

Die Universität Rostock zwischen Sozialismus  
und Hochschulerneuerung. Zeitzeugen berichten.  
Teil 2.

Herausgegeben von  
Kersten Krüger

---

Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte Band 2

Universität Rostock 2008

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie;  
detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Herausgeber: Der Rektor der Universität Rostock

Redaktion und Druckvorlage: Prof. Dr. Kersten Krüger

Einband: Medienzentrum der Universität Rostock

Druck und Herstellung: Universitätsdruckerei Rostock 467-08

Copyright 2008 by Universität Rostock

ISBN 978-3-86009-027-5

Bezugsmöglichkeiten: Universität Rostock  
Universitätsarchiv  
Universitätsplatz 1  
18051 Rostock  
Telefon: +49-381 498 8621  
Fax: +49-381 498 8622

## **Inhalt**

Kersten Krüger	Seite
Vorwort	5
 <b>Rektor</b>	
Hans Jürgen Wendel	
Auszug aus dem Catalogus Professorum Rostochiensium	7
Zeitzeugenbericht am 27. April 2007	9
 <b>Kanzler</b>	
Jörn Wüstenberg	
Die Entwicklung des Kanzleramtes der Universität Rostock als Form staatlicher Wissenschaftsorganisation	35
Joachim Wittern	
Auszug aus dem Catalogus Cancellariorum Academiae Rostochiensis	53
Zeitzeugenbericht am 13. Juli 2007	55
 <b>Angewandte Sprachwissenschaft</b>	
Edith Buchholz	
Auszug aus dem Catalogus Professorum Rostochiensium	80
Zeitzeugenbericht am 22. Juni 2007	82
Zeittafel zur obligatorischen Fremdsprachenausbildung an der Universität Rostock	102
Sprachentafel (nach MHF) Stand 1984 in Rostock	104
 <b>Geschichte</b>	
Kersten Krüger	
Auszug aus dem Catalogus Professorum Rostochiensium	105
Zeitzeugenbericht am 20. April 2007	107
Udo Michallik	
Lebenslauf	134
Zeitzeugenbericht am 11. Mai 2007	136
Fred Mrotzek	
Lebenslauf	160
Zeitzeugenbericht am 18. Mai 2007	162

**Klassische Archäologie**

Maik Landsmann und Christoph Schöne

Die Klassische Archäologie an der Universität Rostock 194

Konrad Zimmermann

Auszug aus dem Catalogus Professorum Rostochiensium 197

Zeitzeugenbericht am 15. Juni 2007 199

**Medizin: Innere Medizin**

Horst Klinkmann

Auszug aus dem Catalogus Professorum Rostochiensium 223

Zeitzeugenbericht am 8. Juni 2007 226

**Medizin: Pädiatrische Onkologie und Hämatologie**

Ingo Richter

Universitäre Kinderheilkunde in Rostock 1905-2005 254

Auszug aus dem Catalogus Professorum Rostochiensium 263

Zeitzeugenbericht 1. Juni 2007 266

**Theologie**

Gert Haendler

Auszug aus dem Catalogus Professorum Rostochiensium 293

Zeitzeugenbericht am 25. Mai 2007 295

**Register** der Zeitzeugen und Protokollanten 333

Hinweis auf ein Kolloquium mit Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung 335

## Vorwort

Berichte unserer Zeitzeugen zur Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung erscheinen in einem zweiten Band; ein dritter abschließender wird folgen. Ein deutlicher Schwerpunkt dieses Bandes liegt auf der Übergangszeit der frühen 1990er Jahre. Die Hochschulleitung ist durch Rektor Wendel und Kanzler Wittern vertreten, die ihre zum Teil kontroversen Positionen darlegen und zu kritischer Reflexion anregen.

Es folgen einzelne Fächer in alphabetischer Reihenfolge. Edith Buchholz dokumentiert die Angewandte Sprachwissenschaft, ein in Lehre und Forschung methodisch innovatives, EDV-gestütztes Gebiet, das zur Zeit der DDR entwickelt, aber danach nicht fortgesetzt wurde. Das Fach Geschichte erscheint in diesem Band aus unterschiedlicher Perspektive, zum einen aus dem Erleben von zwei sehr erfolgreichen Absolventen, die ihr Studium in Rostock in der DDR aufnahmen und in der Bundesrepublik beendeten – der eine, Udo Michallik, ist inzwischen Staatssekretär im Bildungsministerium – der andere, Fred Mrotzek, stellvertretender Leiter des Dokumentationszentrums für die Opfer deutscher Diktaturen an unserer Universität. Die Erneuerung des Faches Geschichte stellt Kersten Krüger aus der Sicht des aus Hamburg zugewanderten Hochschullehrers dar, während Konrad Zimmermann den erfolgreichen Wiederaufbau des selbstständigen Instituts für Altertumswissenschaften spannend schildert.

Aus der Medizin kommen zwei Vertreter mit unterschiedlicher Biografie zu Wort. Es sind Horst Klinkmann, der unter erschwerten Bedingungen künstliche Organe, vor allem die künstliche Niere, in Rostock entwickelte, und Ingo Richter, der sich besonders um die Heilung krebs- und leukämiekranker Kinder bemühte. Bei aller Verschiedenheit weisen sie Gemeinsamkeiten in ihrer Bescheidenheit und ihren hohen Verdiensten auf, die der eine als “einfacher Landarzt aus Teterow”, der andere als “einfacher Kinderarzt” – wie sie sich ausdrücken – erreichte.

Den Abschluss bildet der Bericht des Doyens der evangelischen Theologie, Gert Haendler. Ausgehend von Römer 13, dass alle Obrigkeit von Gott ist, zeigt er die letztlich erfolgreiche Arbeit für die Bewahrung der Theologie in einem Staat auf, der Religion allenfalls unter der Überschrift des “Wissenschaftlichen Atheismus” gelten und gewähren ließ.

Auch an dieser Stelle hat der Herausgeber Anlass, Dank zu sagen an alle, die zur Dokumentation dieses Teils unserer Zeitgeschichte beigetragen haben. Das sind vor allem die Beiträger, die nicht nur ihre Berichte gaben und sich der Diskussion mit kritischen Studierenden stellten, sondern sich auch der Mühe unterzogen, aus den verschriftlichten Tonbandprotokollen druckfertige Texte zu machen. Besonderer Dank gilt hier auch Frau Gina Schäfer, die die Tonaufzeichnungen in Textdateien schrieb. Diese wurden von den zuständigen Studierenden und vom Herausgeber in mehreren Stufen überarbeitet und von den Zeitzeugen autorisiert.

Hohen Verdienst erwarb sich mein Kollege und Freund, Horst Pätzold, der unermüdlich Korrektur las und neben Spuren des Druckfehlerteufels auch fachliche Irrtümer bereinigte. Einige Teilnehmer des Seminars sowie einer der Beiträger schrieben einleitende Darstellungen zu Zeitzeugenberichten. Dabei erhielten sie jede erdenkliche Unterstützung durch das Universitätsarchiv, vor allem durch seine Leiterin, Angela Hartwig. Ihnen allen gebührt hohe Anerkennung.

Wissenschaft ist im Humboldtschen Sinn forschendes Lernen. Die Zeitzeugenseminare erreichten dieses hohe Ziel in gemeinsamer Bemühung der Lehrenden, der Lernenden und der berichtenden Zeitzeugen. Erkenntnisfortschritte wurden nicht nur fachlich, sondern auch persönlich gewonnen. In diesem Bewusstsein übergeben wir den zweiten Band der Zeitzeugenberichte der interessierten, gern kritischen Öffentlichkeit – der dritte abschließende ist in Vorbereitung.

Rostock im Mai 2008

Kersten Krüger

## Wendel, Hans Jürgen

Auszug aus dem  
Catalogus Professorum Rostochiensium  
([http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000000841](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000841))  
vom 20.05.2008




---

<i>akademischer Titel:</i>	Prof. Dr. phil. habil. Dr. h. c. mult.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	seit 1992      Professor für Philosophie (Schwerpunkt Formale Philosophie)
<i>Fakultät:</i>	Philosophische Fakultät (1990- )
<i>Institut:</i>	Institut für Philosophie
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	Sprachphilosophie, Erkenntnistheorie und erkenntnistheoretische Grundlagen der Ethik

---

*Lebensdaten:*                    geboren am 16.01.1953 in Ludwigshafen am Rhein

*Kurzbiographie:*

1977-82	Studium der Sozialwissenschaften und Philosophie an der Freien Univ. Berlin und an der Univ. Mannheim
1982-85	Promotionsstipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes
1985-90	wiss. Assistent an der Univ. Mannheim
1990-92	Lehrtätigkeiten an der Univ. Kiel und der Humboldt-Univ. Berlin
seit 1992	Universitätsprofessor für Philosophie an der Univ. Rostock
2002-06	Rektor der Univ. Rostock

*Akademische Abschlüsse:*

Studienabschluss:	1982 Univ. Mannheim
Promotion:	1986 Dr. phil., Univ. Mannheim
Habilitation:	1989 Dr. phil. habil., Univ. Mannheim

---

*Akademische Selbstverwaltung:*

1994-96	Sprecher des Fachbereiches Kulturwissenschaften
1996-2000	Dekan der Philosophischen Fakultät
seit 2000	Mitglied des Akademischen Senats und des Konzils
2002-06	Rektor

*Funktionen:*

seit 1998      Landesvorsitzender des Deutschen Hochschulverbandes  
Mitherausgeber von LOGOS (Zeitschrift für systematische  
Philosophie)  
Geschäftsführender Herausgeber der Kritischen Gesamtausgabe der  
Schriften von Moritz Schlick

*wissenschaftliche Mitgliedschaften:*

Präsident der Gesellschaft für Neue Phänomenologie  
Mitglied der Friedrich-und-Irmgard-Harms-Stiftung

*Ehrungen:*

2006      Dr. h. c., Univ. Cluj (Rumänien)  
2006      Dr. h. c., Univ. Oradea (Rumänien)

---

*Werke (Auswahl):*

Benennung, Sinn, Notwendigkeit (1986)  
Moderner Relativismus (1990)  
Die Grenzen des Naturalismus (1997)  
Zus. mit Volker Gadenne (Hg.): Rationalität und Kritik (1996)

*Quellen:*

eigene Angaben

*Weitere Literatur:*

Moritz-Schlick-Forschungsstelle an der Univ. Rostock



## **Zeitzeugenbericht von Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hans Jürgen Wendel am 27. April 2007**

Kersten Krüger:

Wir begrüßen heute Hans Jürgen Wendel; er war Rektor bis in das vorige Jahr. Alle Aktivitäten zur Universitätsgeschichte haben wir ihm zu verdanken, letztlich auch dieses Seminar. Herr Wendel ist Zeitzeuge für die Erneuerung der Hochschule und des Faches Philosophie, auf den Ebenen der Philosophischen Fakultät wie der Universität insgesamt. Herr Wendel, jetzt haben Sie das Wort, wir sind Ihnen dankbar.

Hans Jürgen Wendel:

Danke für die Einführung; ich hatte ja auch den Fragenkatalog erhalten, kann aber mangels Alters zu vielen Ereignissen nichts sagen. Es geht daher hier eher darum, was ich in Bezug auf die Universität Rostock berichten kann, und zwar aus der aus der Perspektive eines kurz nach der Wende Neuberufenen.

Ich kam 1992 an die Universität Rostock und gehörte zu den ersten elf damals im Zuge der Hochschulerneuerung neu berufenen Professoren. Es waren Kollegen hauptsächlich aus der Medizin, aus der Theologie, aus der Rechtswissenschaft und aus der Philosophie. Voraus gegangen waren bei mir Überlegungen seit der Wende für ein Engagement in den neuen Ländern. Damals war ich in Kiel. Von dort knüpfte ich Kontakte zum Wissenschaftszentrum für Sozialwissenschaften in Berlin. Da wurde ich von einem Fachkollegen gefragt, ob ich nicht Interesse hätte, nach Berlin an die Humboldt-Universität zu kommen, wo sich vieles in Auflösung befand. Da ich mich sowieso ziemlich viel in Berlin aufhielt, tat ich es. Es war für mich überwältigend zu sehen, mit welchem Interesse hier den Themen begegnet wurde. In den Seminaren war wirklich lebendiger Geist zu spüren, und es machte sehr viel Freude, sich entsprechend einzubringen. Damals war ich auch an der Humboldt-Universität im Gespräch, hatte allerdings schon einen Ruf hierher bekommen, in gewisser Weise etwas überraschend, ohne im Grunde etwas davon gewusst zu haben. Normalerweise läuft das in Berufungsverfahren anders ab.

Als ich im Juli 1992 hierherkam, geriet ich ins Staunen. Da drüben das Gebäude war gerade von der Staatssicherheit verlassen worden, da standen noch die Tresore und das Mobiliar in der zehnten Etage, teilweise lagen noch unwichtige Akten herum. Von den Telefonen hingen drei oder vier an derselben Leitung. Vier Stockwerke weiter unten war die Hautklinik untergebracht. Da sah man die Leute morgens im Morgenrock auch im Fahrstuhl. Der Dekan der Philosophischen

Fakultät, Dieter Nerius<sup>1</sup> – Sprachwissenschaftler, Ihnen sicher durch die Rechtschreibreform bekannt –, zeigte mir das alles. Offenbar merkte er, dass diese Rahmenbedingungen nicht so waren, wie ich sie mir vorstellte, und meinte, man gewöhne sich schnell daran. Es gab noch Berufungsgespräche im Kultusministerium mit dem zuständigen Abteilungsleiter – einem pensionierten Ministerialdirigent aus Westdeutschland – und mit der Ministerin, Frau Steffie Schnoor.<sup>2</sup> Was ich damals von Anfang an habe spüren können, das war die Stimmung, dass man hier im Grunde etwas verändern wollte. Hier, spürte ich, könnte ich mich einbringen, hier gab es Gestaltungsmöglichkeiten für das eigene Fach Philosophie. Das gab es ja vorher nicht als eigenständiges Fach, sondern es war unselbständiger Bestandteil von Marxismus-Leninismus-Studien, eingegliedert in die entsprechenden Sektionen.

Insofern ging es hier um einen Wiederaufbau seit den 1950er Jahren. Heiner Hastedt<sup>3</sup> und ich – wir waren damals die beiden neu berufenen Kollegen in der Philosophie – mussten überlegen, was nun zu machen sei. Im Oktober 1992 begannen wir unsere Lehre. Einen Studiengang gab es nicht, Interessierte hingegen schon. Wir stellten ein notdürftiges Programm auf. Herr Hastedt kam aus Hamburg, ich aus Mannheim und Kiel. Jeder kannte andere Prüfungsordnungen und jeder meinte, jetzt müsse es so gemacht werden, wie man es kannte. Wir mussten uns erst einmal lange darüber auseinandersetzen, welche Ziele das Fach Philosophie verfolgen solle, wie das Studium einzurichten sei. Wir kamen zu dem Ergebnis, dass wir hier etwas ganz Anderes, Neues versuchen wollten.

Aber das Landeshochschulgesetz war gerade verabschiedet. Es legte fest, dass im Grunde das westdeutsche Hochschulsystem 1:1 übernommen wurde. Damit war schon ein Korsett geschaffen, das sehr bald die Spielräume, die wir zu haben glaubten, einengten. Zudem galt das Hochschulrahmengesetz mit seiner zentral für ganz Deutschland geltenden Festschreibung bestimmter Strukturen für Prüfungsordnungen: Diplomstudiengänge, Magisterstudiengänge und andere. Das empfanden wir als unangenehmes Reglement. Rückschauend würde ich das vielleicht etwas relativieren wollen, aber viele Wege der Innovation waren damit gar nicht möglich.

Die Philosophische Fakultät wurde in traditioneller Fächerstruktur neu gegründet. Einige Fächer wurden abgebaut, hier zum Beispiel die Lateinamerikawissenschaft, die in eine herkömmliche Romanistik umgebaut wurde. Ein als

---

<sup>1</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001555](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001555)

<sup>2</sup> Ministerium für Wissenschaft, Bildung und Kultur  
<http://www.kultus-mv.de/sites/wir/schnoor.htm>

<sup>3</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000000723](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000723)

„Kaderwissenschaft der DDR“ aufgefasstes Fach wollte man nicht weiterführen, doch ließ man andererseits die in diesem Bereich vorhandene Expertise verkümmern und hat dafür die Romanistik ungefähr so eingerichtet, wie es sie von Freiburg bis Flensburg gibt. Damals bestand noch die Hoffnung auf weiteren Ausbau der Fächer. Man kann es heute kaum noch mit Phantasie nachvollziehen, wie viele Stellen die einzelnen Fächer bekommen, welche Ausdifferenzierungen es geben sollte. Mehrere musikwissenschaftliche Professuren waren vorgesehen, ebenso eine Kunstwissenschaft; es war sogar von Orientalistik die Rede.

Mit der Einführung traditioneller Strukturen waren auch Vorentscheidungen der Erneuerung betreffend die Autonomie und die Gruppenuniversität getroffen. Die Gruppenuniversität kannte ich aus der Vergangenheit recht gut. In der ersten Woche meines Studiums – das war damals in Mannheim – wurde in der Sozialwissenschaft der Dekan von radikalen Studenten verhaftet. Der Grund war ein umfängliches Forschungsprojekt, das unter anderem auch von der amerikanischen Armee finanziert war. Da ging es um soziale Bewegungen. Der Verdacht der Studenten war, hier werde Geld ausgegeben, es werde die Wissenschaft instrumentalisiert, um soziale Bewegungen auszuspionieren, wie es damals hieß. Sie verlangten die Herausgabe von Geheimakten. Daher setzten sie den Dekan fest. Das war ein älterer, respektabler Herr in seinem Fach, in der Soziologie, der auch wirklich Angst hatte. Die Radikalen haben dann seine ganzen Dekanatsakten zum Fenster rausgeschmissen, und danach gab es eine Vollversammlung, wie es üblich war. Das waren meine ersten Erfahrungen mit der Gruppenuniversität.

Darüber gab es nach 1968 noch viele Diskussionen, also wie Entscheidungsprozesse an Universitäten stattzufinden hätten. Hier in Rostock wurde das Modell der Gruppenuniversität übernommen mit den entsprechenden Verwaltungsstrukturen. Dennoch, es herrschte eine Aufbruchstimmung und auch die Hoffnung, dass hier in erster Linie der Aufbau auf dem Programm stehe. Es wurden auch neue Hochschulen hier im Land gegründet. In Stralsund stand eine Kaserne leer, für die man eine neue Verwendung suchte. Der Oberbürgermeister war klug und gründete eine Fachhochschule; ähnlich ging es in Neubrandenburg. Die Hochschule für Musik und Theater kam hier nach Rostock.

Doch schon ab 1996, erinnere ich mich sehr genau, kamen die ersten Diskussionen über Abbau. Damals gab es Diskussionen, welche Fächer eingestellt werden sollten. Da war ich gerade Dekan der Philosophischen Fakultät. Slawistik, Musikwissenschaft und Zahnmedizin sollten aufhören. Es sollte sie nur noch in Greifswald geben. Es fanden dann die Anhörungen statt, die ja vorgeschrieben sind. Alle Experten waren damals der Auffassung, dass es nicht richtig sei, aber dennoch war es im Grunde genommen der Startschuss für eine lang anhaltende, immer wieder aufkeimende Spardiskussion. Immer wieder habe ich das erlebt. Schon bei meiner Antrittsvorlesung sagte mir Herr Kurt Schanné, der auch heute noch maßgeblich im Ministerium für die Gestaltung der Studiengänge zuständig

ist, welche Vorstellungen die Landesregierung, – und damit meinte er auch sich selber als Gestalter – zur Entwicklung der Universitäten habe. Der geisteswissenschaftliche Schwerpunkt solle in Greifswald liegen, hier in Rostock hingegen der naturwissenschaftlich-technische. Auch wolle man überlegen, was noch in Wismar bleiben könne, damit es im Land nicht so viele Doppelungen gebe. Also hier in Rostock sollte das damalige Fächerspektrum deutlich reduziert werden, und zwar ab etwa 1998.

Drei wichtige Themen beherrschten in der Folge die Diskussionen. Das eine war ab 1996 die Ressourcenplanung – Planung reduzierter Ressourcen –, zweitens inhaltliche Vorstellungen über die Hochschulentwicklung an den Hochschulen des Landes seitens des jeweiligen Ministeriums und drittens die Frage der internen Organisation der Universität. Diese Diskussionen hatten für mich, wenn ich den Bogen vielleicht von 1992 bis 2006 ziehe, doch letztendlich immer die Tendenz, dass Rostock in Abbauplanungen benachteiligt war. Im Nachhinein kann ich das nur so deuten, dass erkannt wurde, das Land werde sich auf Dauer nur eine wirkliche Volluniversität leisten können. Weil Vorpommern das strukturschwache Gebiet sei und man auf Wählerpotenziale Rücksicht nehmen müsse, sei es zu begünstigen; Rostock verkrafte Kürzungen eher.

Weitere Diskussionen, an die ich mich lebhaft erinnere, betrafen neue Studiengänge. Viele von Ihnen kennen das Stichwort Bologna. Zunächst einmal sollten die Studiengänge nach angelsächsischem Vorbild neu strukturiert werden. Nach den ersten Ausführungsbestimmungen hätten Studiengänge an Fachhochschulen und Universitäten nur noch eine Struktur bekommen. Seit 2000 setzte sich die Einsicht durch, dass der Bologna-Prozess unumkehrbar sei. Was immer man davon halten mag, ich habe mich damals als Dekan sehr für neue strukturierte B.A.- und M.A.-Studiengänge eingesetzt, und zwar für die ganze Fakultät und aus einem Guss, nicht tröpfchenweise, weil das unüberschaubar würde. Ich bin auch jetzt noch davon überzeugt, dass wir das im Anfang ganz gut geschafft haben, aber die vielen Studienordnungen, die Sie alle als parallel gültig erleben, sind darauf zurückzuführen, dass seitens der Kultusminister immer wieder nachgelegt wurde. Es war die Kultusministerkonferenz, die mehrmals im Jahr zusammentrat und jedes Mal Neues verlangte. Hinzu kam dann der Zwang zur Akkreditierung der neuen Studiengänge. Die privaten Akkreditierungsagenturen verlangten wiederum Veränderungen, so dass wir bei einer Unübersichtlichkeit angelangt sind, die jeder Reform kontraproduktiv entgegensteht und das Studium nicht leichter macht.

Ich mache jetzt hier einen kleinen Sprung, und zwar zu den vier Jahren, in denen ich die Universität geleitet habe. Im Jahr 2002 begann, das weiß ich noch genau, die erste Sitzung im Ministerium mit einer Finanzdiskussion. Zwar gab es zwei Jahre davor ein Übereinkommen mit dem damaligen Kultusminister Peter

Kauffold,<sup>4</sup> und der Finanzministerin, den „Pakt von Basthorst“, nach dem Tagungsort benannt, in dem festgelegt war, dass letztmalig bestimmte Reduktionen vorgenommen, aber dann die Haushalte festgeschrieben würden, so dass die Hochschulen sich fortan in finanziell sicherer Autonomie entwickeln könnten. Aber dann trat 2002 im Herbst das neue Landes-Hochschulgesetz in Kraft. Noch im Sommer, als ich schon die Universität kommissarisch leitete, lud der Bildungsminister zu einer Besprechung ein und projizierte uns zwei berühmte Grafiken an die Wand: die eine zeigte eine Kurve mit vielleicht leichtem Anstieg, die sagte, das sind die Kosten bei entsprechender Verteuerung des Personals im Hochschulbereich. Die zweite Grafik bestand aus einer Linie, die deutlich abwärts ging. Dazu sagte der Minister, das seien die in Zukunft zur Verfügung stehenden Mittel.

Mit anderen Worten, die Situation war damals schon prekär. Wir hatten zwar einen Hochschulhaushalt definiert, aber die Personalmittel reichten nicht mehr aus. Unsere Universität hatte damals ohne Medizin fast 1.800 Stellen, und eine Hochrechnung der Kosten – entsprechend den Festlegungen des BAT oder des Besoldungsrechts für Beamte – ergab eine höhere Summe als wir zur Verfügung hatten, und zwar dauerhaft. Zunächst hatten wir versucht, vakante Stellen ein halbes Jahr nicht zu besetzen oder Vakanzen hin- und her zu schieben. Aber es war abzusehen, dass solche Behelfe nicht dauerhaft funktionieren würden. Denn um wirklich Lehre, insbesondere aber auch Forschung planen zu können, muss Klarheit herrschen, dass Personal zur Verfügung steht, wenn es gebraucht wird. Fluktuationen gibt es immer, aber die darf man nicht fest als Kostenminderung einplanen.

Es war also die erste Aufgabe, zu überlegen, wie man mit den Finanzen erforderliche Strukturen aufrecht erhalten kann. In der ersten Klausurtagung des damaligen Rektorates fragte ich nach den Zielen, unter die wir die Strukturen stellen könnten. Wir beschlossen eine Hochschulentwicklung als Qualitätssicherung in Forschung und Lehre, dazu sollten Studiengänge gehören, ebenso Personal, das sowohl gut forscht als auch lehrt, schließlich auch leistungsfähige Verwaltungsstrukturen, die möglichst reibungsfrei das Andere ermöglichen. Auch im Nachhinein bin ich überzeugt, dass diese Diskussionen und Festlegungen wichtig waren. Ein erster Schritt zur Umsetzung stellte die neue Berufsordnungsordnung dar, die genau der Qualitätssicherung diente. Die althergebrachten Berufsverfahren wurden damit aufgemischt, wiewohl nicht völlig umgestellt. Normalerweise gab es entweder engagierte Professoren, die wussten, wen sie unterbringen wollten, suchten sich eine Kommission zusammen und schafften es. Daneben entwickelte sich eine andere Konstellation, indem zwei Kontrahenten in der Berufungskommission saßen und sich gegenseitig blockierten. Dann wurde das ganze Verfahren

---

<sup>4</sup> Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur  
[http://www.kultus-mv.de/\\_sites/bibo/reden98\\_01.htm](http://www.kultus-mv.de/_sites/bibo/reden98_01.htm)

lahm gelegt und dauerte Jahre. Auch konnte es das Interesse eines schwachen Faches sein, bloß keinen hervorragenden Wissenschaftler zu bekommen, der dann irgendwo Schatten wirft. Hier suchte man die Mittelmäßigkeit zu perpetuieren. Zum Berufungsverfahren gehört nach der ersten Auswahl durch die Kommission die Einholung von Gutachten über die Kandidaten. Diese Gutachten waren – das hatte ich schon in meiner Dekanatszeit erfahren – häufig oberflächlich und dürftig. Jeder von Ihnen kann das, wenn Sie einfach nur die Lebensläufe lesen und schreiben, der Kandidat lebte, habe studiert und möchte Professor werden, so ungefähr.

Gegenstand und Ziel der neuen Berufsordnung war die Vorgabe eines genauen zeitlichen Ablaufs des Verfahrens und eine wirksame Kontrolle durch die Hochschulleitung. Dazu gehörte die Einholung wirklich aussagekräftiger Gutachten, gegebenenfalls auch durch den Rektor, wenn er den Eindruck gewann, ein Verfahren laufe schief. Gut erinnere ich mich daran, dass ich damals in einem Fach, das ich jetzt aus Freundlichkeit nicht nennen möchte, den Vorsitzenden einer Berufungskommission ansprach, wie es denn mit dem Verfahren stehe – das war ungefähr ein Dreiviertel Jahr nach dem Bewerbungsschluss. Er sagte mir, er sei noch nicht dazu gekommen, alle Unterlagen zu ordnen, er wolle sich aber demnächst daran machen und auch die Kommission einberufen. Das war der äußere Anlass für die neue Berufsordnung.

Computergestützt wurde im Verfahren festgelegt, welche Schritte in welchen Zeiträumen zu erledigen waren. Regelmäßig kontrollierte das Programm, wann welcher Schritt erreicht sein musste, und meldete der Universitätsleitung alle Fristüberschreitungen. Das hat die Verfahren deutlich beschleunigt, aber nicht so schnell gemacht, wie es eigentlich sein sollte. Es war der erste Schritt, aber ich glaube, man müsste da noch sehr viel radikaler vorgehen und vielleicht die Berufungsverfahren ähnlich wie mit „Headhuntern“ betreiben, wie wir das bei Spitzenpersonal der Wirtschaft kennen. Ganz sicher ist jedoch, dass die fachliche Qualität gewahrt sein muss. Das war Qualitätssicherung im Bereich des Personals.

Dann hatten wir das Ziel, in diesem unüberschaubaren Bologna-Prozess eine Zertifizierung von Studiengängen schon bei ihrer Einrichtung zu erreichen. Das Zentrum für Qualitätssicherung (ZQS), mit dem nicht immer alle Beteiligten zufrieden waren, brachte Ansätze und erste Schritte auf den Weg, die Neueinrichtung von Studiengängen zu vereinheitlichen, nur wurde dieser Teil der Studienreform teilweise dadurch konterkariert, dass sich einerseits fachegoistische Interessen einmischten, aber andererseits die dauernden, vorhin beschriebenen äußeren Veränderungen und Ansprüche an das Verfahren durch die Kultusminister für Unruhe sorgten. Dadurch wurde eine zügige Zertifizierung neuer Studiengänge sehr viel schwieriger.

Im Bereich der Forschung war ich immer der Überzeugung, dass wissenschaftliche Qualität nicht einfach zu messen ist, jedenfalls dort, wo es um wirkliche inhaltliche Erfolge geht. Aber wir können zumindest in gewissem Maße

feststellen, ob jemand in der Hängematte liegt, oder ob er sich engagiert, ob er Anträge schreibt, ob er Publikationen herausbringt (also eine gewisse Quantität). Wie gut ihre Qualität ist, das wird sich dann später im Echo von außen zeigen.

Weiterhin ging es mir darum, nicht mehr Verwaltungsstrukturen zu haben, wie sie seit dem 19. Jahrhundert überkommen sind. Als Beispiel wähle ich die gesetzlich festgeschriebene Institution des Kanzlers. Historisch entwickelte sich der Kanzler der Universität aus dem so genannten Kurator, was eigentlich ein Hohn ist schon vom Wort her – also jemand, der Sorge trägt für die Universität, aber der Kurator trug Sorge für den Finanzminister und den Landesherren, damit alles so läuft, wie sie es sich vorstellten. Im Vergleich dazu waren die Rektoren, wenn Sie ein paar Jahrzehnte zurückgehen, nur ein Semester im Amt. Sie hatten nichts weiter zu tun, als zu repräsentieren und Urkunden zu unterschreiben, während in der Verwaltung ein Selbstverständnis vorherrschte, die Rektoren seien Amateure, die einmal eine Feierstunde machen dürften, aber in der Verwaltung befänden sich die Fachleute, welche die Kontinuität wahren. Das hat sich im Laufe der Zeit verschoben. Das war zu einer bestimmten Zeit sicher auch richtig, aber in dem Moment, als die Befugnisse – auch die gesetzlichen Befugnisse innerhalb der Hochschulleitungen – sich veränderten, waren damit Sollbruchstellen vorgezeichnet. Je nach Akteuren auf der einen oder anderen Seite konnten sie verstärkt oder abgeschwächt zu Tage treten. Es war mein Versuch, organisatorische Strukturen ohne Schwerfälligkeit zu erstellen. Denken Sie etwa an Qualitätssicherung. Dazu bedarf es eines funktionierenden Controlling, das dem Rektor zur Verfügung steht und nicht über fünf Umwege der Verwaltung schwerfällig arbeitet.

Das waren ungefähr die Ziele, die ich mir aus meinen Erfahrungen heraus gesetzt hatte. Von der obersten Etage aus wollte ich abbauen, was nicht funktioniert. Es war dabei zu lokalisieren, wo die Hemmnisse lagen: auf der Gesetzesebene, auf der organisatorischen Ebene, auf der Ebene der Wissenschaftsstruktur – Studiengänge oder Forschung –, möglicherweise auch in persönlichen Dingen. Ziel waren Entbürokratisierung und Effektivierung von Strukturen auf den verschiedenen Ebenen der Institute, der Fachbereiche – diese gibt es nicht mehr –, der Fakultäten und schließlich der Hochschulleitung. Das waren die Bestrebungen, die mich ganz persönlich, aber nicht nur mich, sondern fast alle, mit denen ich zusammen gearbeitet habe, leiteten. So würde ich das im Rückblick beschreiben. Die Realität gestaltet sich, wie Sie wissen, wie in einem Kräfteparallelogramm. Die Resultate zeigten eine ganz andere Richtung als die vielen kleinen Kräfte mit ihren Sonderwünschen. So sehe ich meinen Anteil an der Hochschulerneuerung, wie ich sie aus meiner Perspektive betrieben habe.

Kersten Krüger:

Vielen Dank, das war knapp und wesentlich; es lässt Raum für viele Fragen. Ich darf die Rednerliste eröffnen.

## **Diskussion**

Transkription und Protokoll: Björn Gehrke, Sebastian Leder und Heiko Marski

Martin Hanke:

Der Fokus meiner Frage zielt auf Ihre Zeit als Rektor. Man konnte damals der Ostsee-Zeitung entnehmen, eine Stellungnahme sozusagen, zum Schlagwort Hasenwinkel. An diesen Schlagabtausch in Hasenwinkel kann ich mich noch gut erinnern, das war der Tagungsort. Sie sind Beamter und haben den Anforderungen aus Schwerin zu folgen. Meine Frage ist: Da sie eine Person waren, wie schätzen Sie die Unterstützung aus dem universitären Bereich ein, in besonderem Maße vielleicht vom ASTA?

Hans Jürgen Wendel:

Da muss ich etwas ausholen, was Hasenwinkel angeht. Es war ja eine Entwicklung, dass mit dem neuen Hochschulgesetz ein Hochschulentwicklungsplan der einzelnen Hochschulen auch auf Landesebene vorgeschrieben war, um die Hochschulentwicklung entsprechend zu begleiten. Dazu hatte der damalige Bildungsminister eine Kommission gegründet, die aus den Hochschulleitungen und studentischen Vertretern bestand. Eigentlich sollten zunächst Eckwerte der Hochschulen festgelegt werden, auf deren Grundlage dann Hochschulentwicklungspläne entworfen werden sollten. Da das Gesetz aber schon in Kraft getreten war, mussten beide Vorhaben parallel laufen. So gab es dann diese Arbeitsgruppe, in welche die einzelnen Hochschulen ihre Entwicklungsvorstellungen einbrachten, die allgemein bekannt waren. Doch dann richtete sich die Aufmerksamkeit auf die vielen Doppelungen im Land. Zunächst waren die Doppelungen undifferenziert – ob Universität oder Fachhochschule – aufgeführt, dann hat man da noch einmal Unterschiede gemacht, was den Fachhochschulen weniger gefallen hat, denn deren Interessenlage war anders. Dann gab es Versuche aus der Mitarbeiterebene des Ministeriums, Schwerpunkte zu definieren, die zunächst nicht die großen Fachgebiete anders definierten, zum Beispiel: Plasmaphysik wird in Greifswald gemacht, Teilchenphysik in Rostock – aber beide Universitäten haben Physik. So ging es auch mit anderen Fächern. Es waren auch alle recht froh, dass es bei schwindenden Ressourcen nicht die Existenz von Fächern in Frage gestellt war.

Zunehmend gab es Probleme in der Kommission von studentischen Vertretern, welche die Legitimation dieses Gremiums in Frage stellten, weil sie der



Meinung waren, es müsse einen stufenweisen Aufbau der Entscheidungen geben, während Hochschulleitungen dazu neigten, möglichst schnell zu versuchen, geordnete Strukturen zu definieren und eigene Vorstellungen in die Diskussion einzubringen. Zudem waren alle weiteren Bauvorhaben auf die ausgehandelten Strukturen abzustimmen. Das führte zu einer ersten Runde von Beratungen an der Universität Rostock mit dem Ergebnis, ausgehend von der Finanzsituation könne nicht dauerhaft das bestehende Fächerangebot aufrecht erhalten werden. Es gab Diskussionen über strukturelle Schwächen, die wir nicht in den Griff bekämen, jedenfalls nicht mit diesen Ressourcen. Das führte damals zur Einstellung des Bauingenieurwesens. Dieser Bereich hatte seinen Sitz zum Teil noch in Wismar, es gab keine oder kaum angemessene Gebäude in Rostock, es waren viele Berufungen nicht realisiert, es konnten wichtige Fachgebiete auf absehbare Zeit gar nicht besetzt werden. Daher beschlossen wir, diesen Bereich aufzugeben, damit wir die anderen Fächer erhalten, vielleicht teilweise stärken könnten.

Die Lage verschärfte sich, als der Bildungsminister ein eigenes Papier mit Vorstellungen über wichtige Felder für das Land einbrachte, die die Universitäten und Hochschulen arbeitsteilig bedienen sollten. Das stieß auf nachhaltige Ablehnung aller Hochschulen. Zwar wurde der Plan mehrfach nachgebessert, aber einmal war die Mathematik vergessen, dann kam sie wieder, dazu andere Fächer. Die Diskussionen darüber führten dazu, dass bei einem der letzten Treffen in Hasenwinkel die Rektoren der Auffassung vertraten, ständig mit etwas Neuem konfrontiert zu sein. Stundenlang werde über Probleme geredet, dann werde das Ergebnis der Beratung mehr oder minder korrekt verkündet, dann folgten erneut Einwände. So gehe das nicht. Daher wurde das nächste Treffen abgesagt, und zwar als Signal aller Rektoren.

Damit war der Punkt direkter Einflussnahme des Ministeriums erreicht. Anfang 2004 machte der Bildungsminister in Warnemünde deutlich, wenn es hier nicht zu einer Einigung komme, wie er es sich vorstelle, dann müssten die Hochschulstrukturen von oben entsprechend geändert werden, was dann auch passiert ist. Es wurde das Landeshochschulgesetz geändert, um das zu erzwingen, was die Hochschulen freiwillig nicht angenommen hatten. Was unsere Universität angeht, bin ich nach wie vor der Meinung, dass die vorgesehenen strukturellen Einschnitte deutlich stärker waren als an anderen Hochschulstandorten, wo man allenfalls kleine Fächer, kleinste Fächer, schließen oder abbauen wollte, während hier in Rostock massiv die Strukturen verändert werden sollten. Hier gab es ein Ungleichgewicht, was sich schon in der Diskussion andeutete. Die Lasten sollten auf dem Rücken der Universität Rostock ausgetragen werden. Und ich war der Meinung, dass eine verantwortungsvolle Position der Hochschulleitung dies nicht unterstützen könne.

Hilde Michael:

Sie sprachen zuerst die Erneuerung der Hochschulrichtung an. Können Sie beschreiben, wie wurde es aufgenommen, wer innerhalb der Universität machte welche Schwierigkeiten?

Hans Jürgen Wendel:

Zunächst einmal: Die erste Erfahrung war, die man auch im Alltag macht, viele waren nicht begeistert, hofften, es gehe vielleicht alles vorbei, wollten erst einmal abwarten. Aber es gab auch Überlegungen, vielleicht lasse sich das Neue mit Dingen vereinbaren, die man immer schon verändern wollte. Verbesserungen sind immer möglich, und die Freiheit, die das weniger regulierende Landeshochschulgesetz einräumte, ließ sich nutzen. Für die Studiengänge der geisteswissenschaftlichen Fächer hieß es zwar weiterhin, am Prinzip des Zweifächerstudiums festzuhalten, aber mit einer Modifizierung, es sollte auch die Möglichkeit geben, in einigen Fächern – wie in den Diplomstudiengängen – ein Fach deutlich vertieft zu studieren, das zweite deutlich weniger. Es gab viele Diskussionen, aber in der ersten Runde kamen wir mit den integrierten BA/MA-Studiengängen zu überschaubaren Möglichkeiten nach dem Baukastenprinzip. Zudem führten wir die Interdisziplinären Studien (INS) ein, die es noch heute gibt. Diese umfassten einige Module freier Wahl aus dem vielfältigen Lehrangebot der Universität, die eine interdisziplinäre Spezialisierung ermöglichen. Ich will ein Beispiel nennen: Wenn jemand, der Germanistik studiert, die Vorstellung hat, später einmal im Verlag tätig zu sein, dann soll er die Möglichkeit haben, auf rechtswissenschaftlichem Gebiet – etwa im Verlagsrecht – sich Spezialwissen anzueignen. Das kann ihm persönlich bei Bewerbungen einen Vorsprung schaffen. Das war der Sinn dieser ersten Reform der Studiengänge.

Catharina Trost:

Wie sollen Berufungsverfahren stattfinden und wie gewichten Sie Forschung und Lehre bei Berufungen?

Hans Jürgen Wendel:

Zunächst zum ersten Teil der Frage. Leistungen in Forschung und Lehre wurden immer abgefragt. Listen der Publikationen und der Lehrveranstaltungen sind Standard in einem Verfahren. Der kritische Punkt ist jedoch, dass die Kommissionen schon so zusammengesetzt sind, dass sich nicht die Richtigen finden. Ich habe zu lange in meinem Leben auch in Berufungskommissionen gearbeitet, dass ich nicht genau wusste, mit wem ich zusammenarbeiten muss, um ein bestimmtes Ergebnis zu erhalten. Solche, darf ich sagen „verwandtschaftlichen“ Strukturen sollten nach meiner Vorstellung nicht mehr möglich sein, sondern es sollte das Ziel sein, fachkompetente Bewerber zu finden. Es durfte nicht gelten, dass einer

aussucht und sich das absegnen lässt. Fachkompetenz muss im Vordergrund stehen, nicht andere Dinge. Das bringt große Vorteile.

Was jetzt den anderen Bereich angeht, die Gewichtung von Forschung und Lehre, ich weiß nicht, ob man das einfach und auf allen Ebenen gewichten kann. Einerseits brauchen wir gute Lehrkapazität, um ein Fach studierbar zu machen. Übrigens muss ja nicht alles nur von Professoren geleistet werden. Wir haben ja verschiedene Personalkategorien. Andererseits glaube ich nicht – was jetzt wieder diskutiert wird –, dass es reine Lehrprofessoren geben sollte. Denn die würden Ihnen dreißig Jahre dasselbe erzählen, besonders wenn sie viel lehren müssen. Aber eine gewissen Flexibilität in der Gewichtung von Forschung und Lehre, also dass ein Hochschullehrer selbst definieren kann – vielleicht auch in verschiedenen Lebensabschnitten –, jetzt konzentriere ich mich mehr auf die Forschung, später mehr auf die Lehre. Es müsste die Möglichkeit geben, ein Jahr mehr oder weniger zu lehren, so dass die Lehrverpflichtung sich im Schnitt dann wieder ausgleicht. Ansonsten bin ich der Auffassung, ein Hochschullehrer werde letztendlich nur dann kompetent lehren, wenn er gründlich geforscht hat, wenn er Ihnen Inhalte vermitteln kann, die aus anderen Quellen zu erfahren sind. Wenn Sie nämlich einen Lehrenden haben, der nicht selbst forscht, dann brauchen Sie nur Bücher zu kaufen, dann brauchen Sie eigentlich keine vermittelnde Person mehr. Es ist also eine schwierige Balance, aber diese sollte so aussehen, dass die Lehre aus der Forschung abgeleitet ist. Wenn Sie das mit anderen Ländern vergleichen – etwa den USA –, da beträgt die Lehrverpflichtung der Professoren zwischen zwei und vier Stunden. Allerdings wird dort viel an Input in die Lehre erwartet. Hingegen wird bei uns diskutiert, die Lehrverpflichtung zu erhöhen, ohne zu sehen, dass man damit langfristig die Qualität gefährdet. Sie glauben gar nicht, wie oft ich im Bereich außerhalb der Universität zu hören bekomme, Professoren hätten das beste Leben, die arbeiteten acht Stunden, und das nicht mal das ganze Jahr. Das wird teilweise noch von der Politik befördert. Ich denke, das Ziel muss eine qualitativ gute Lehre sein, und die bekommen wir nur, wenn sie sich letztendlich aus der Forschung speist. Das kann im Lebensverlauf eines Professors auch die Forschung sein, die er vor zehn oder zwanzig Jahren gemacht hat, da gibt es biografische Spannen.

Christian Hall:

Welche Gründe hatten Sie, 1992 nach Rostock zu kommen? Wie beurteilen Sie die Qualität der Studenten? Gab es gewisse Vorurteile Ihnen gegenüber, wenn ein Professor an diese Universität kam und eine ganz andere Art der Philosophie in Lehre und Forschung vertrat?

Hans Jürgen Wendel:

Also das letzte hat eine geringe Rolle gespielt. Es gibt immer Ressentiments, aber die waren nicht größer als andernorts. Was die Motivation angeht, hatte ich Ihnen gesagt, dass ich zufällig in diese Situation kam. Für mich war eigentlich das Jahr 1995 viel entscheidender, als ich einen attraktiven Ruf erhielt und mir überlegte, geh ich jetzt aus Rostock weg, dann hast du es bequemer, das wäre auch so gewesen. Damals hab ich mich entschieden, hier zu bleiben, zu leben und zu wirken. Das war eine sehr wichtige Entscheidung.

Was die Situation mit den Studierenden angeht, möchte ich Ihnen ein Beispiel geben. Als ich 1988 nach Kiel kam – damals mußten alle Lehramtsstudenten ein so genanntes Philosophikum machen, also Proseminare in Philosophie und in Erziehungswissenschaften –, da kam ich in den Raum, und es saßen über hundert Leute in einem Seminar. Jetzt war zu überlegen, was man hier strukturiert machen könne. Entweder ließ sich das Seminar in eine Vorlesung umfunktionieren, aber wie sollten dann Scheine vergeben werden? Oder es blieb ein Seminar, in dem schließlich 120 Studierende zu prüfen waren, aber welchen Aufwand erforderte das und blieb das noch überschaubar? Damit will ich sagen, die Situation war in Kiel und Rostock gar nicht so verschieden. Auch was die Zusammensetzung der Studierenden angeht, gab es kaum Abweichungen. Denn bundesweit kommen rund 70 % immer so aus der engeren Umgebung. Wenn Sie in Baden-Württemberg sind, sprechen alle schwäbisch oder badisch; und Sie merken, dass es nur wenige sind, die von etwas weiter herkommen. Seit 1992 haben sich die Verhältnisse in Rostock an die bundesdeutschen angeglichen.

Christian Hall:

Sie würden also die Angleichung als sehr erfolgreich bezeichnen?

Hans Jürgen Wendel:

Als erfolgreich in dem Sinne, dass man hier das geschaffen hat, was man in Westdeutschland auch hat. Insofern erfolgreich, aber man hätte bestimmte Dinge ganz anders machen können, also Strukturen vereinfachen. Um noch einmal ein Beispiel zu geben – das sind natürlich impressionistische Beispiele, die ich persönlich erlebt habe. Ich kenne Kollegen aus England oder aus den USA, wenn die eine Reise machen, die müssen nicht bitten und betteln, damit sie das dürfen, nachdem sie zehn Formulare ausgefüllt haben, sondern die sagen, dann muss ich weg und dann bekommen sie das vorbereitet. Eine ähnliche Struktur finden Sie vielleicht, wenn Sie im Max-Planck-Forschungszentrum tätig sind. Da gibt es eine Verwaltung, die sich vor allem durch Hilfsbereitschaft und Unauffälligkeit auszeichnet und nicht als etwas, das eigentlich einen großen Selbstzweck hat. Das sind Dinge, wenn man da etwas hätte anders machen können, würde ich anders urteilen.

Kersten Krüger:

Sie sprachen von der Sollbruchstelle zwischen Rektorat und Kanzler. Ich glaube, es war teilweise auch eine Ist-Bruchstelle. Das ist ja eine Frage der Struktur. Es geht jetzt nicht um Personen, sondern um die Rolle, die der Rektor und der Kanzler spielen. Und ich erwähnte vielleicht schon, dass man in der alten Bundesrepublik im Zuge der Hochschulreformen über das Präsidialsystem diesen Konflikt zu lösen suchte, indem man beide Funktionen zusammenfasste. Die Ergebnisse sind freilich nicht so, dass man sagen könnte, es sei ein Patentrezept. Vielleicht können Sie noch etwas zu dieser Sollbruchstelle zwischen Rektor und Kanzler aus Ihrer Sicht sagen.

Hans Jürgen Wendel:

Ja, ich möchte das etwas vorsichtig formulieren. Jede Sollbruchstelle bedeutet ja nicht unbedingt, dass sie bricht. Nur, wenn sie bricht, dann an der Stelle zuerst. Ich würde es, wie an anderer Stelle, als nicht vorhandene Dehnungsfuge aus dem Baubereich bezeichnen. Wenn Sie keine Dehnungsfuge haben, dann gibt es irgendwo einen Riss, den man nicht vorher bestimmen kann. Das Strukturelle muss ja von Personen ausgefüllt werden, die das mehr oder weniger befördern oder verhindern können. An dieser Universität ist es zumindest seit 1994 so, dass sich diese Stelle immer als sehr schwierig gestaltet hat, gleichgültig, welcher Rektor amtierte, und insofern wurde diese Sollbruchstelle wiederholt mit besonderer Spannung belegt.

Aber gehen wir noch einmal darauf ein, was das von der Struktur her ausmacht. Wenn Sie die Arbeit der Hochschulleitung ansehen, dann ist das nach Gesetz und Willen der Verwaltungsspitze so, dass der Verkehr mit der Verwaltung immer nur mittelbar über den Kanzler stattfindet. Das heißt, wenn der Rektor eine Statistik braucht, dann gibt er das an den Kanzler, der gibt es an den Mitarbeiter, von dort geht es über den Kanzler wieder an den Rektor. Das dauert vier Wochen, auch, wenn es nur eines Telefonats bedurft hätte. Das ist die reine Verwaltungslehre, wie sie gedacht und gelebt wird. Das sind keine modernen Managementstrukturen, wo man mit flachen Hierarchien einfach Dinge angehen kann. Wenn man versuchte, sich diesen Strukturen zu entziehen – das haben eigentlich alle Rektoren getan, weil sie ihre Arbeit möglichst schnell zustande bringen wollten –, dann führte das dazu, dass bei direkter Anfrage des Rektors an einen Mitarbeiter der Verwaltung dieser hinterher dem Kanzler berichtspflichtig war. Das heißt er musste teilweise schriftlich vorlegen, was die Anfrage beinhaltete und dann die Ergebnisse mindestens parallel auf dem so genannten Dienstweg weiterleiten. Auf diesen Dienstweg wurde auch bestanden, das war ein ganz wesentlicher Zug, damit war ja auch eine wesentliche Informationsmacht verbunden. Geld können Sie nur ausgeben, wenn sie genau wissen, wo es ist, in welchem Topf. Wenn der Topf nicht sichtbar ist, können Sie es nicht ausgeben, dann kann

plötzlich irgendwo ein Füllhorn auftauchen, über das man sich nur wundert. Also war es mein Bestreben, genauen Überblick über die Finanzen zu haben. Das war nicht erwünscht, es hieß dann immer: „Machen Sie bitte Ihre Dinge.“ Das sind diese Strukturen, dieser Dienstweg, den ich in der heutigen Zeit für völlig inadäquat halte.

Hinzu kommt noch, dass der Kanzler die Funktion des Beauftragten für den Haushalt, wie es im Landeshochschulgesetz heißt, innehat. Jede Behörde – die Universität ist rechtlich eine nachgeordnete Behörde – in jeder Behörde wird Geld ausgegeben und man will, dass das Geld auch ordentlich ausgegeben wird, also muss auch jemand da sein, der aufpasst, dass keiner das Geld verschwendet, Schindluder treibt und gegen das Haushaltsrecht handelt. Das ist jemand, der sich auskennt. Deshalb hat er besondere Befugnisse, und wenn er meint, da wird nicht nach Recht und Gesetz gehandelt und Geld ausgegeben, dann kann er sein Veto einlegen. In diesem Fall entscheidet dann der nächsthöhere Vorgesetzte. Bei der Universität funktioniert das nicht mehr. Zum einen ist die Universität kein Finanzamt, kein Landgericht, wo das nebensächlich ist. An der Universität ist der Umgang mit Geld und Finanzen Teil der Hochschulpolitik, der Hochschulgestaltung. Wenn jede Entscheidung, die einem Beauftragten für den Haushalt nicht gefällt, gleich prophylaktisch mit einem Veto belegt und damit erst einmal die Ausführung behindert wird, dann führt das dazu, dass die Struktur nicht mehr sinnvoll ist. Die Strukturen von Verwaltung und Behördenverwaltung entsprechen nicht dem Management einer unternehmerischen Hochschule, wie man es teilweise auch nennt.

Christian Zarend:

Also der Kanzler ist praktisch der Kontrolleur des Rektors?

Hans Jürgen Wendel:

Ganz so ist es nicht. Mancher Kanzler ist so, dass er so redet und handelt. Aber, was Finanzen angeht, wenn er der Auffassung ist, hier wird Geld nicht so verwendet, wie es rechtens ist, kann er den Minister anrufen und der kann es dann entscheiden. Nur, der Punkt ist, wenn er meint, es sei nicht rechtens, dass er hier die Beweispflicht hat. Er kann es erst einmal anhalten und hinterher einräumen, dass er sich geirrt habe. Aber es ruhen erst einmal alle Verfahren, sei es in der Rechtspflege, seien es Berufungsverfahren. Dann muss abgewartet werden, was verhandelt wird. Vor allen Dingen sorgt solches Handeln für eine Stärkung der Rolle des Ministeriums, das zum Schiedsrichter wird, was vom Gesetz eigentlich nicht vorgesehen war. Aber es muss nicht so sein. Wenn Sie einen Kanzler haben, der sich als Manager fühlt und Dinge auch befördert und nicht nur versucht, alles in bürokratische Ordnung zu bringen, kann es auch funktionieren. Ich möchte als Beispiel die Universität Darmstadt nennen, da klappt das mit einem Schulter-

schluss, so dass man gar nicht merkt, dass es auf der gesetzlichen Ebene auch anders sein könnte.

Christian Zarend:

Hat Darmstadt einen Präsidenten oder einen Rektor und einen Kanzler?

Hans Jürgen Wendel:

Die haben einen Präsidenten, aber die Struktur ist dennoch ähnlich, denn der Kanzler ist Vizepräsident, zuständig für die Finanzen: An ihn werden Anforderungen gestellt wie auch an einen Kanzler.

Kersten Krüger:

Aber darf ich mich doch noch einmal einmischen? Der Grund, weswegen in den Hochschulreformen der alten Bundesrepublik diese beiden Ämter vereint wurden, war ihre Konkurrenz. Hat sich das bewährt oder nicht? Es gibt Universitäten, da hat es sich nicht bewährt, Darmstadt scheint ein glücklicher Fall zu sein.

Hans Jürgen Wendel:

Ja. Dort haben die den Kanzler sogar noch zum Honorarprofessor gemacht.

Christian Zarend:

Der Kanzler wird praktisch vom Kultusministerium bestimmt und nicht auf demokratischem Wege irgendwie gewählt?

Hans Jürgen Wendel:

Da gab es gewisse Änderungen. Bislang wurde er vom Senat gewählt und blieb lebenslang im Amt. Allerdings hatte die Hochschulleitung ein Vorschlagsrecht. In Zukunft werden es nur noch acht Jahre sein, die der Kanzler als Amtszeit hat. Danach muss er sich einer Neuwahl stellen. Aber acht Jahre sind eine lange Zeit, da kann viel Gutes und Schlechtes passieren.

Catharina Trost:

Sie haben eben davon gesprochen – die Strukturen und die ganzen Verwaltungswege, Bürokratie kennen wir ja alle. Liegt es nicht am Rektor, so etwas zu vereinfachen, zu verändern und einfach zu sagen: „So nicht, ich gehe nicht über A-B-C sondern ich rufe gleich bei C an.“

Hans Jürgen Wendel:

Ich habe das auch so gemacht. Aber es gibt entsprechende Verordnungen, die für Behörden gelten, ich konnte mich ja nicht über Recht und Gesetz hinwegsetzen! Dennoch kann ich natürlich einfach jemanden fragen, und wir haben vieles verein-

facht, sehr vieles vereinfacht. Aber es ist ungefähr so, als wenn Sie eine Dampfmaschine haben und die ganze Energie geht in die Pfeife anstatt auf den Vortrieb, so dass man ständig nur Energieverluste hat. Also wir haben, denke ich, genau in diese Richtung gearbeitet, doch es wurde ständig konterkariert.

Catharina Trost:  
Warum?

Hans Jürgen Wendel:

Das dürfen Sie mich nicht fragen. Ich kann ihnen das nicht beantworten, ich kann nur beschreiben, was ich erlebt habe. Letztendlich war ein Punkt erreicht, an dem es in den Rektoratssitzungen eigentlich immer nur Probleme mit dem Kanzler gab und es sich meistens um solche Kompetenzstreitigkeiten handelte – also das ist seine, meine und dessen Aufgabe. Vom Gesetz wegen her ist der Kanzler der Leiter der Universitätsverwaltung, man kann ihn also nicht absetzen als Leiter der Universitätsverwaltung. Und darum kann er seine Untergebenen auch entsprechend instruieren. Überlegen Sie einmal: wenn Sie einen Chef haben und Sie machen nicht, was er will, was das bedeuten kann. Wenn da entsprechende Energie noch dahinter ist, umso mehr! Dann überlegt man sich, auf wen man hört. Und die Strukturen können Sie nicht ändern, ohne die Gesetze zu ändern. Ähnlich im umgekehrten Fall, Sie haben geänderte Gesetze aber alle machen so weiter, wie es bisher gewesen ist.

Catharina Trost:

Aber lag es dann nicht an Ihnen zu sagen: Es gibt neue Gesetze, bitte halten Sie sich daran?

Hans Jürgen Wendel:

Ja. Selbstverständlich, aber wenn die Gesetze beispielsweise bestimmten Gremien Rechte nehmen, dann wird das erst einmal als Ausdruck verminderter Demokratie gesehen und nicht, dass es sich um gesetzliche Vorschriften handelt. Wenn es beispielsweise in Berufungsverfahren überhaupt keine Beteiligung des Senats mehr gibt, dann hieß es, der Rektor möge doch gleich alles alleine bestimmen! Festgelegt ist allerdings, dass es die Kommission gibt und darüber den Rektor. Auf diesem Weg wird jemand berufen. Das entspricht keiner bisherigen Gepflogenheit, solange man überhaupt zurückdenken kann. Aber so lautet das Gesetz, und wer es ausführt, wird als jemand wahrgenommen, der etwas tut, was man eigentlich nicht gut findet. Dennoch muss er entsprechend dem Gesetz handeln, aber das schafft Probleme.



Daniel Münzner:

Ich möchte meine Frage stellen zum Verhältnis Universität und Ministerium. Das Ministerium ist ja in manchen Kreisen auch als „Mysterium“ bezeichnet worden, weil es da unterschiedliche Strukturen gab. Sie haben darauf hingewiesen, dass es da auch Entscheidungsträger wie Herrn Wildenhain<sup>5</sup> gab, die auch aus der Hochschule selbst kamen. Wie funktionierte die Kommunikation gerade am Anfang der neunziger Jahre, als das Ministerium gerade aufgebaut wurde? Konnte man vernünftig zusammenarbeiten?

Hans Jürgen Wendel:

Sie haben ein Beispiel genannt, als Herr Wildenhain im Ministerium tätig war. Sie können das auch nachlesen. Es gibt von der Enquête-Kommission einen Band, ich glaube Band 3<sup>6</sup>, in dem er über seine Erfahrungen in der Hochschulerneuerung berichtet, die auch seine Tätigkeit im Ministerium mit einschließen. Was ich in der Zeit erlebte, als er im Ministerium war, dass man die Interessen der Hochschule wirklich wahrgenommen und ernst genommen hat. Aber er war Abteilungsleiter für Wissenschaft, es gibt noch andere Abteilungen. Es gibt den Staatssekretär, den Minister und dann gibt es auch noch bestimmte Dinge, über welche die Regierung beschloss; und das sind alles noch einmal zusätzliche Einflussfaktoren, die jedes Ergebnis relativieren können. Wer also ein bestimmtes Amt innehat, kann nicht tun und lassen, was er will, aber er kann gewissermaßen Nuancen erreichen, und diese können teilweise sehr wichtig sein. Gerade im Zeitraum der Erneuerung war es sehr hilfreich, dass jemand aus der Universität mit entsprechender Kenntnis dort tätig war – das ist meine Erfahrung.

Martin Lehmann:

Ich habe damals mit verfolgt, wie die Diskussion um die Schließung der Fächer Mathematik und Latein umher ging. Es interessiert mich, welche Prämissen bei Kürzungen zum Tragen kommen. Es gibt ja auch Fächer – wie die Pädagogik – in denen die Professoren überlastet sind. Nach welchen Prämissen geht man vor, wenn man denn kürzen muss?

---

<sup>5</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001539](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001539)

Siehe auch seinen Zeitzeugenbericht in Band 1 dieser Reihe, S. 78-104.

<sup>6</sup> Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung. Hrsg. v. Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Bd. 3: Bildung, Wissenschaft, Erziehung, Kultur. 3. Aufl. Schwerin 1998.

Hans Jürgen Wendel:

Sie meinen die Universitätsleitung, wie sie ihre Entscheidungen und in welche Richtungen bewegt?

Martin Lehmann: Genau.

Hans Jürgen Wendel:

Zwei Punkte möchte ich hier ansprechen. Der erste ist, dass wir uns ansehen, was auf der Lehr-Seite passiert, was auf der Forschungs-Seite passiert, weiter ob wir ersehen können, dass dieses Fach in seiner Struktur zukunftsfähig ist, also ob es dort entsprechende Investitionen und ausreichend Personal gibt. Wir fragen, ob wir bei Fortbestand des Faches einen Zustand perpetuieren, der sich immer nur auf niedrigem Niveau weiter entwickelt. Was sich ja in den letzten zehn Jahren deutlich verändert hat, ist die Konkurrenzsituation von Hochschulen in ganz Europa. Wir merken das immer mehr. Früher hieß es: „Die Fächer sind im Grunde genommen alle gleich und werden auch entsprechend bedient.“ Das ist nicht mehr so. Die ganze Diskussion um Eliteuniversitäten zeigt es ja sehr deutlich. Das heißt, perspektivisch müssen wir darauf achten, dass wir auf relativ hohem Niveau Forschung und Lehre sicherstellen können. Welche Strukturen machen das wahrscheinlich? Das sind langfristige Prozesse. Sie können da immer nur mit einer großen Unsicherheit etwas vorantreiben, so dass man vielleicht nur dort, wo man die größten Defizite wahrnimmt, vermuten kann, das werde sich auf Dauer nicht behaupten können, damit stehen wir in der regionalen, der bundesweiten und auch der darüber hinausgehenden Konkurrenz nicht gut da. Dafür gibt es ein Instrument, das so genannte Hochschulinformationssystem HIS. Darin werden für den Hochschulbereich Zahlen veröffentlicht, die für einzelne Fächer über Hochschulen hinweg gehen, also etwa: wie viele Promotionen finden dort statt; wie viele Studierende pro Professor werden dort betreut und andere Dinge. Damit können sie ein bestimmtes Fach an dieser Universität mit dem an einer anderen Universität vergleichen – was kostet es und was leistet es ungefähr? Dabei werden nicht etwa Äpfel mit Birnen verglichen, wie das sonst passiert, wenn ich sage, die Physik braucht teure Apparate, Pädagogik hingegen bloß einen Hörsaal; und deswegen kostet Physik mehr. So geht es nicht. Aber wenn Sie die Physik von zehn Universitäten vergleichen, und die einen haben einen Sonderforschungsbereich, viele Promotionen, viele Publikationen und alles das, dann kann man, ausgehend von einem Durchschnittswert, abschätzen, ob das Fach an unserer Universität sehr tief darunter oder darüber liegt. Dann kann man die einzelnen Fächer beurteilen und sagen: „Bei denen sieht es kritisch aus, das sehen wir bei der Konkurrenz, wie es sich darstellt.“ Daraus ergeben sich dann wichtige strukturelle Überlegungen. Aber das ist kein Automatismus. Man könnte ja auch sagen: „Das machen wir jetzt ganz mechanisch nach den Zahlenwerten, dann haben wir

keine Verantwortung.“ Sie müssen in diesem Fall trotzdem noch überlegen, wie die Lage und die Folgen sich darstellen. Es bleibt die besondere Verantwortung für Entscheidungen über Kürzungen.

Christian Zarend:

Ich habe eine etwas persönliche Frage, ich habe immer den Eindruck, dass die Wirtschaft über die Landesregierung – oder die Bundesregierung – die Naturwissenschaften mehr fördert und die Geisteswissenschaften eher zurückdrängen will und dass dahinter das Interesse der Wirtschaft steckt. Ist das nur mein Eindruck? Wie stehen Sie dazu?

Hans Jürgen Wendel:

Das ist oft zu hören, auch von vielen Wirtschaftsvertretern. Die sagen, wir müssten – da gibt es so ein schönes Wort – die produktiven Fächer stärken, das sind die, die etwas zur Wirtschaft beitragen. Die Absolventen der Universität sollen lieber Ingenieure und nicht Taxifahrer werden, um das einmal auf die Spitze zu treiben. Ich denke, dass die Universität zunächst die Funktion hat, gute Forschung und Lehre zu betreiben, und darüber hinaus eine weitere Aufgabe hat, berufliche Entwicklungen mit zu begleiten, etwa Unternehmensgründungen zu fördern. Wir haben das sehr intensiv getan, aber das kann nicht die einzige Aufgabe sein. Eine Universität kann niemals nur Einrichtung sein, die den regionalen Arbeitsmarkt beliefert oder vielleicht billige Forschung macht, die Unternehmen selbst nicht betreiben können. Jede angewandte Forschung setzt Grundlagenforschung voraus. Es gibt dafür Hunderte von Beispielen, etwa Albert Einstein. Wir hatten das Einstein-Jahr 2005. Kein Mensch hätte jemals gedacht, dass die von Einstein entworfenen Grundlagen für die Lasertechnologie von praktischem Nutzen sein könnten. Aber ohne diese hätte es weitere Arbeiten und letztendlich auch die Lasertechnik nicht gegeben. Hätte man aber damals gefragt, was taue das überhaupt für die Landesentwicklung, wäre Einstein damit durchgefallen. Das heißt zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung können Sie keine Grenze ziehen. Wenn Sie sagen, ich betreibe nur angewandte Forschung, dann werden Sie irgendwann kein Reservoir mehr haben, weil es dann nichts mehr anzuwenden gibt. Das geht Hand in Hand, alles ist wichtig. Ich denke, die Universität wird von der Gesellschaft bezahlt und hat deswegen auch zu zeigen, dass sie in irgendeiner Form nützlich ist, aber es darf nicht so eine platte Nützlichkeit sein. Geisteswissenschaften sind auch, denke ich, sehr nützlich. Wenn Sie darauf achten, in welcher Orientierungslosigkeit heute viele Leute aufwachsen und dass das nicht mehr aufgefangen wird wie in früheren Jahrhunderten etwa durch die Religion, dann sind die in den Schulen und in anderen Bereichen gegebenen Orientierungen ausgesprochen nützlich für die Gesellschaft.

Catharina Trost:

Ich möchte noch einmal auf die Wahl von Prof. Thomas Strothotte zum Rektor zu sprechen kommen. Wie haben Sie damals das ganze Zulassungsverfahren, die Konkurrenz und das Wahlverfahren empfunden, also letztendlich Ihre Abwahl?

Kersten Krüger:

Das müssen Sie nicht beantworten.

Hans Jürgen Wendel:

Ein paar Dinge sage ich dazu schon, so ist das nicht. Also jetzt nicht im Detail, über meine Befindlichkeiten berichte ich nicht. Vieles davon habe ich nicht wahrnehmen können, auch von der Struktur nicht wahrnehmen können, weil dafür Gremien eingesetzt waren. Ich bin der Meinung, dass letztendlich viele, die dann Entscheidungen fällen konnten, dachten, man könne Dinge verändern, die gar nicht zu verändern sind. Man hatte keinen Einblick, was überhaupt zur Disposition stand, wo überhaupt Verhandlungsspielräume waren. So kam aus meiner Sicht die Entscheidung zustande.

Ich hätte mich nicht zur Wahl gestellt, wenn ich nicht der Meinung gewesen wäre, ich mache es besser. Ich denke, jeder, der sich zur Wahl stellt, sollte zumindestens dieser Auffassung sein. Das ist es, was ich dazu zu sagen habe.

Kersten Krüger:

Darf ich jetzt an dieser Stelle noch einmal die Frage nach den Strukturen vertiefen? Wir haben sehr viel über Unzulänglichkeiten diskutiert, über bürokratische Rückständigkeit. Etwas ist dabei verloren gegangen. Gibt es überhaupt noch so etwas wie Hochschulautonomie? Ich denke erst einmal, das ist ein hohes Gut, vielleicht nur nicht vollkommen zu verwirklichen. Können Sie das noch einmal thematisieren? Was ist unter unseren Verhältnissen Hochschulautonomie? Denn wir haben in der älteren Zeit bis zur dritten Hochschulreform erlebt, wie die Autonomie immer weiter abgeschafft wurde und die Hochschule in den Dienst der Wirtschaft der Region kam, um es mal verkürzt auszudrücken. Aber der Neuanfang 1990 hatte ja auch den Anspruch, neben der Freiheit von Lehre und Forschung die Autonomie der Hochschule wieder herzustellen.

Hans Jürgen Wendel:

Ja, also Autonomie heißt Autonomie in den Belangen, die die Aufgabenstellung betreffen. Das sind in erster Linie Lehre und Forschung, das heißt wie Studiengänge auszusehen haben und was man forscht. Das sollte in keiner Weise reglementiert sein. Es sollte über eine Art Qualitätssicherung reglementiert sein, indem man die Ergebnisse betrachtet. Finden hier gute Studiengänge statt? Sind sie bei Studierenden nachgefragt? Haben die Wissenschaftler publiziert und Drittmittel

eingeworben? So lässt sich messen, wie erfolgreich ein Fach ist. Danach können dann die Mittel vielleicht anders verteilt werden. Hier liegt das einzige Steuerungsmittel, das autonom nach bestimmten, wissenschaftsbezogenen Kriterien zu handhaben ist. Das bedeutet für mich die institutionelle Autonomie. Dann kommt noch die Frage der Entscheidungsstrukturen, die das am besten befördern. Das kann aus meiner Sicht nicht eine völlige Gremien- und Gruppenuniversität sein, die leicht dazu führt, dass man sich beim kleinsten gemeinsamen Nenner trifft und dass man im genannten Wettbewerb Nachteile hat. Das ist meine Vorstellung von Autonomie.

Heiko Marski:

Ich habe zwei etwas komplexere Fragen, ich würde sie gern nacheinander stellen. Die erste betrifft Ihre Vorstellung einer breiteren Verwaltungsgrundlage für die Universitätsleitung, die eher Richtung Management und Controlling geht. Das hätte ja im Prinzip zur Konsequenz, dass es eher eine Art zentralisierte, unternehmensähnliche Struktur gibt, in der nicht mehr ein Rektor über einen Wissenschaftsbetrieb wacht, sondern mehr oder weniger ein Unternehmensmanager über den ordnungsgemäßen Ablauf innerhalb der Hochschule. Das heißt, der Rektor solle in die Berufung einzelner Professoren eingreifen können wie ein Manager. Sie könnten entscheiden, den möchte ich haben, den anderen möchte ich nicht haben. Aber der Rektor einer Hochschule sollte wohl auch darauf achten, welche Fakultät welchen Professor wünscht und aus welchen Gründen.

Hans Jürgen Wendel:

Vielleicht kann man die Frage gut beantworten wenn man die Analogie weiter spinnt. Sie haben gesagt, Hochschulmanagement ist ähnlich wie in einem Unternehmen. Da möchte ich sagen, ja und nein. Ja deswegen: Jedes Unternehmen hat ja nicht nur einen Selbstzweck, dass es sich irgendwie managt, sondern es produziert etwas: Güter und Dienstleistungen und ist damit am Markt erfolgreich. Das Gut, mit dem wir handeln, ist die Wissenschaft. Das heißt, was herauskommen muss bei allem Management, sind gute Forscher und gute Lehrer. Dafür muss das Management da sein, und durch diese Ziele ist es auch schon in einer bestimmten Weise eingeschränkt. Das heißt, auch wenn es bestimmte Eingriffsmöglichkeiten gibt, dann stehen sie doch ständig unter der Prämisse, dass gute Forscher und Lehrer eingestellt und ausgebildet werden. Die Entscheidungsstrukturen im Management müssen so gestaltet sein, dass das gewährleistet ist. Insofern sehe ich keinen Gegensatz, sondern die Zielsetzung muss alles Handeln bestimmen.

Heiko Marski:

Jetzt kommt das konkrete Beispiel zu dieser Frage. Es ging um Besetzung der Professur Sprachwissenschaften in der Anglistik, wo ein Kandidat eingestellt

werden sollte, der nur auf die zweite Stelle kam, weil sich ein Professor einer anderen Hochschule hier auch beworben hatte, um an seiner Hochschule Druck auszuüben. Das ist ja in Deutschland ein gern genutztes Mittel. Das ganze Institut stand hinter diesem zweitplatzierten Kandidaten, weil der Erfolg seiner Lehrveranstaltungen sehr groß war. Trotzdem stimmte die Universitätsleitung der Berufung nicht zu. Das ist jetzt ein Beispiel. Ein Manager kann das machen, ein Rektor würde es wahrscheinlich eher nicht tun, weil das immer noch die Autonomie der Fakultät sowie der einzelnen Institute betrifft.

Hans Jürgen Wendel:

Gut, Autonomie von Instituten oder Fakultäten sieht das Gesetz nicht vor. Aber das ist jetzt einfach gesagt, man kann das ja auch bewerten. An den Einzelfall erinnere ich mich nicht. Ich habe viele hundert Berufungsverfahren in der Form begleitet, ich kann Ihnen nur ein paar Gründe nennen, die die Hochschulleitung, und das wurde damals auch diskutiert, bewogen haben, Abstand von Berufungen zu nehmen. Die Gründe waren entweder, dass die Gutachten – salopp gesagt – wenig aussagekräftig waren. Gutachten spielen aber eine Rolle, denn die Entscheidung, einen Professor zu berufen, heißt, wenn der ungefähr 40 Jahre alt ist, eine Investitionsentscheidung von ungefähr 1,5 Millionen Euro zu treffen, und da ist nicht mal die Pension dabei. Wenn Sie das in den Sand setzen, dann ist dieses Institut erstmal lahm gelegt, gerade bei den wenigen Professuren, die da sind. Also hatten wir Wert darauf gelegt, dass aussagekräftige Gutachten vorlagen. Bisweilen drängte sich der Eindruck auf, dass gute Bekanntschaften eine Rolle spielten oder dass strukturelle Mängel schön geredet wurden. Aber was insgesamt die Anzahl der Beanstandungen angeht – ich hatte das einmal ausgerechnet – es waren unter fünf Prozent. Dass heißt, dass die Berufungskommissionen in den definierten Strukturen ganz gut gearbeitet haben, was die Auswahl der Kandidaten angeht. Bemängelt wurde in erster Linie die immer noch quälend lange Zeit der Verfahren. Also insofern gehörte der von Ihnen erwähnte Einzelfall zu den zahlenmäßig geringen überschaubaren Ausnahmen.

Heiko Marski:

Die zweite Frage möchte ich erläutern. Sie haben sehr lange als Dekan und auch Rektor gearbeitet. Wir sehen jetzt strukturelle Probleme. Für die Selbstverwaltung sind Forscher und Lehrer möglicherweise überfordert, da sie zunächst einmal von ihrem Berufsgegenstand her – nämlich in Forschung und Lehre – nichts mit Verwalten zu tun haben, außer dass sie dort Anträge stellen. Als Dekan und Rektor hatten Sie mit Verwaltung zu tun, aber Sie hatten keine Verwaltungswissenschaften studiert und sind mit den Strukturen auch nur im gewissen Rahmen vertraut. Die Frage ist jetzt: macht es aus ihrer eigenen Erfahrung wirklich Sinn, Akademiker sich selbst verwalten zu lassen unter der Maßgabe, dass es ja

parallel eine Verwaltung gibt, die dann auch in gewissen Strukturen arbeitet? Man kann die Strukturen jetzt angreifen, wie Sie meinten, mit dem langen Dienstweg oder Ähnlichem. Aber macht es wirklich Sinn, die akademische Selbstverwaltung, völlig wertneutral, Leuten zu überlassen, die mit Verwaltung von Haus aus erst einmal nichts am Hut haben?

Hans Jürgen Wendel:

Nehmen Sie einmal ein großes Unternehmen, die BASF, da kenne ich mich ein bisschen aus, ein großes, chemisches Unternehmen. Alle Vorstandsvorsitzenden, so lange ich mich entsinnen kann, waren Naturwissenschaftler, die irgendwann dort tätig waren. Keiner im Vorstand stammte aus der Betriebswirtschaftslehre oder etwas Vergleichbarem. Das heißt, die Sachkenntnis und das, womit eigentlich der Unternehmenszweck zusammenhängt, Geld verdient wird, das sind bei der akademischen Selbstverwaltung Forschung und Lehre. Hier müssen inhaltliche Beurteilungen stattfinden können. Sie sind ein ganz wichtiges Kriterium, um in eine bestimmte Richtung zu lenken. Akademische Selbstverwaltung meine ich in dem Sinne, dass über die Inhalte von Forschung und Lehre strategische Entscheidungen getroffen werden. Ich glaube, es sollten Leute sein, die von Hause aus zumindest Wissenschaftler sind. Was dann die ausführende Verwaltung angeht, ist sekundär. Selbstverwaltung, darunter verstehe ich, dass das Akademische selbst verwaltet wird, und daneben gibt es die Sachverwaltung, die möchte ich davon unterschieden sehen. Ich gebe ein Beispiel, um das noch etwas weiter zu führen: Es ist nicht die Aufgabe der Hochschulleitung, sich Inhalte auszudenken, wo es schön wäre zu forschen, sondern sie muss prüfen, wo Stärken liegen. Was kann man auf den Weg bringen, wo sehen wir Entwicklungspotenzial? Dann ist ohne Ansehen der Person oder des Wissenschaftsgebietes zu entscheiden: das sieht erfolgreich aus, das unterstützen wir jetzt.

Heiko Marski:

Das Problem ist, Sie haben ja vorhin das Beispiel BASF genannt. Wir könnten jetzt auch das Beispiel Siemens nehmen. Auch dort sind viele der Vorstandsleute, die auch inzwischen sehr häufig ausgewechselt werden, nicht unbedingt Verwaltungsexperten. Der Unterschied zwischen einer Universität und einem Unternehmen ist doch einfach der, dass ein Unternehmer schon alleine von der Wortbedeutung jemand ist, der scheitern oder nicht scheitern kann. Die Universität ist eine Einrichtung des Staates. Wenn wir jetzt noch einmal in die akademische Selbstverwaltung zurückgehen, das mag dann gut gehen. Sicherlich, es gibt immer wieder talentierte Leute, die niemals vorher das gemacht haben, was sie jetzt machen. Bill Gates war Schüler und hat dort seine Klasse selber zusammen gestellt und ist heute einer der reichsten Männer der Welt. Aber wenn man, wie Sie sagen, Entscheidungen über inhaltliche Ausrichtungen und Ähnliches zu

treffen sind, machen wir doch den Bock zum Gärtner, wenn wir Leute, die aus ihrem eigenen Gebiet kommen, die Struktur für sich selbst schneiden lassen, und das relativ unkontrolliert. Das heißt, ich kann über die akademische Selbstverwaltung durchaus Dinge vorbringen oder behindern, weil sie mir persönlich, aus meiner eigenen Tätigkeit heraus, nicht passen oder weil ich sie so haben will.

Hans Jürgen Wendel:

Da kann ich Ihnen ein Beispiel nennen. Die Philosophische Fakultät war mit mir nicht immer sehr glücklich, so dass man durchaus nicht sagen könnte, ich hätte immer die Wissenschaften, aus deren Umfeld ich komme, besonders befördert. Ich glaube, dass fast kein Rektor das so getan hat oder auch tut, weil hier eben auch eine Distanz dazu gehört. Man beurteilt Dinge: machen die das gut oder nicht? Wenn man das selbst nicht beurteilen kann, holt man sich einen Experten, den man befragt. Aber das, was Sie vorher von der staatlichen Einrichtung gesagt haben, erscheint in einem anderen Licht, wenn Sie zurück gucken an den Anfang des 19. Jahrhunderts. Da gab es ein richtiges Universitäten-Sterben. Da sind altherwürdige Universitäten geschlossen worden, weil sie plötzlich keine Studenten mehr hatten. Da ist niemand mehr hingegangen. Ich denke, auch heute ist es eine wichtige staatliche Aufgabe, dass es entsprechende Zahlen für staatliche Universitäten und Schulen gibt. Aber eine schlechte Schule oder eine schlechte Universität soll man zumachen, Punkt. Da gibt man das Geld anderswohin, wo es besser gemacht wird. Da soll die Konkurrenz auf dem Gebiet der Wissenschaft entscheiden, wer letztendlich das Geld bekommt. Wenn man die Sicherheit hat, in vorwiegend beamteten Positionen lebenslang gut da zu stehen – in der Schweiz hat man das geändert, in Österreich ist man gerade dabei –, dann zeigt sich, dass letztendlich der Leistungsgedanke zu entscheiden hat. Anders werden diejenigen, die das nachfragen, also die Studierenden, und auch diejenigen, die auf die Forschung zurück greifen, nicht gut bedient. Das ist eine Frage der gesellschaftlichen Verantwortung, die man in der Weise auch steuern kann.

Kersten Krüger:

Gesellschaftliche Verantwortung ist ein gutes Schlusswort – vielleicht.

Daniel Kötzing:

Das finde ich jetzt nicht ganz so passend hier, also die Richtung, in die Sie jetzt gehen. Ich habe gerade die Diskussion beobachtet über die Eliteuniversitäten. Besteht jetzt nicht die Gefahr, dass man praktisch Zwei-Klassen-Akademien im Raum entstehen lässt? Wäre es in dem Fall nicht sinnvoller zu sagen, wir investieren allgemein mehr in Bildung? Das wird ja bei jeder Wahl versprochen, und man sollte doch eher versuchen, das Gesamtniveau anzuheben, als diese Lücken zu schaffen.



Hans Jürgen Wendel:

Mehr Geld in die Bildung zu investieren, halte ich auf jeden Fall für richtig. Das können wir gleich abhaken. Aber ich denke, dass das Geld auch gut ausgegeben werden muss. Ich bin sicher, auch Sie kennen Einzelpersonen, über die Sie sagen, dem etwas zu geben, das wäre weggeworfenes Geld. Also muss man überlegen, nach welchen Kriterien das Geld zu verteilen ist. Nach meiner Vorstellung sollten diejenigen, die gute Wissenschaft, gute Forschung und Lehre betreiben, etwas mehr erhalten. Die Elitediskussion finde ich deswegen schlimm, weil Seilschaften die Gelder verteilen. Ich weiß teilweise genau, an wen ich mich wenden muss, wenn ich etwas haben will, weil der wieder die und die kennt. Das ist die Kunst dabei. Politische Einflüsse heißt: die im Südwesten, für die muss jetzt noch einmal eine ordentliche Förderung kommen, sonst machen wir das nicht mit. Dass wissenschaftsfremde Argumente Entscheidungen über Förderung mit beeinflussen, das ist eigentlich der Punkt. Dass man nach Qualität Geld verteilt, ich denke, damit können fast alle Wissenschaftler leben.

Catharina Trost:

Da schließt sich für mich gleich eine Frage an. Wie kann dann eine kleine Universität wie Rostock die Qualität liefern, die zum Beispiel eine Universität Berlin erreichen kann. Das geht ja gar nicht, denn Berlin bekommt mehr Geld, dementsprechend haben die Wissenschaftler dort mehr Mittel zur Verfügung für Bücher, für Forschungsanträge, für Personal. Die Möglichkeit bekommt Rostock im Moment gar nicht. Mithin wird in Kauf genommen, dass bestimmte Universitäten geschlossen werden. Theoretisch müsste das ein langfristiger Plan sein.

Hans Jürgen Wendel:

Auch hier bringe ich noch einmal den Vergleich mit Unternehmen. Es gibt nicht nur Großkonzerne, sondern auch mittelständische Unternehmen, die sehr erfolgreich sind und die, nur weil sie kleiner sind, nicht gleich schlecht sind. Aber ein mittelständisches Unternehmen kann bestimmte Dinge nicht tun, die ein Großkonzern tut. Und so gilt das vielleicht auch für kleinere Hochschulen. Die werden jetzt nicht in einem Bereich forschen können, in dem München beispielsweise riesige Strukturen hat. Man wird aber sich auch Dinge herausuchen können, die man hier erfolgreich betreibt. Wir haben hier in Rostock zum Beispiel eine sehr erfolgreiche Physik, die auch einen Sonderforschungsbereich eingeworben hat, trotz der Schwierigkeiten, die ich vorhin beschrieben habe. Unsere Physik hat Ansehen weit über das Land hinaus. Also die Kleinheit heißt nicht von vornherein, dass es nichts taugt, sondern nur, dass man bestimmte Dinge nicht tun kann, für die man Größe braucht.

Kersten Krüger:

Es liegen keine weiteren Fragen vor, dann dürfen wir die Sitzung schließen. Vielen Dank, heute bekamen wir einen Einblick in die Gegenwart, aber Zeitgeschichte beginnt ja in dem Moment, in dem wir sie erleben. Das heißt, diese Sitzung ist schon wieder Geschichte. Insoweit war auch sie Universitätsgeschichte, nicht nur im Hinblick auf das Jubiläum 2019. Dafür dürfen wir uns bedanken!

## **Die Entwicklung des Kanzleramtes der Universität Rostock als Form staatlicher Wissenschaftsorganisation**

Von Jörn Wüstenberg

Kaum ein Amt war für die Wissenschaftsorganisation an der Universität Rostock so wirkmächtig wie das des Kanzlers, Vizekanzlers oder Regierungsbevollmächtigten. Von ihm gingen wesentliche Impulse für die Entwicklung der Universität aus. Die Bedeutung und der Charakter dieses Amtes erfuhren durch die Jahrhunderte zahlreiche strukturelle Transformationen, die es im Folgenden darzustellen gilt.<sup>1</sup> Dabei werden die Entwicklung in Rostock vor dem Hintergrund der Veränderung des Kurator- und Kanzleramtes anderer deutscher Universitäten dargestellt und die Besonderheiten in Rostock, insbesondere die lange Unklarheit über den Charakter des Amtes und die wirkmächtigen Entwicklungen im 19. und 20. Jahrhundert sowie die große Kontinuität des Amtes, hervorgehoben.

### **Das Kanzleramt im 15. Jahrhundert**

Dem frühen Kanzleramt des 15. Jahrhunderts oblag hauptsächlich eine geistige Kontrollaufgabe und nicht wie später eine finanzielle Aufsicht. Die Universität Rostock ist wie alle deutschen Universitäten dieser Zeit nach dem Vorbild der Universität Paris gegründet.<sup>2</sup> Der Einfluss der Kirche manifestierte sich bei der Einsetzung hoher geistlicher Würdenträger als Kanzler. Oftmals waren es die örtlichen Bischöfe. Wie an den mittelalterlichen Universitäten in Bologna und Paris, so war der Kanzler auch in Rostock in der Zeit nach der Gründung nur mit der Überwachung der Prüfungen und der Verleihung akademischer Grade beauftragt, um sicher zustellen „daß kein Unwürdiger promoviert werde.“<sup>3</sup> Diese Aufgabe erforderte hoch gebildete Personen von großer Autorität. Mit Zustimmung

---

<sup>1</sup> Zur Geschichte der Kanzler Vizekanzler und Kuratoren an der Universität Rostock liegt bereits die Dissertation von Bernhard Wandt vor, diese ist jedoch nur eingeschränkt zu verwenden. Zwar sind die allgemeinhistorischen Teile stark marxistisch geprägt und zum großen Teil unbrauchbar, die Analysen einzelner Entwicklungen des Rostocker Kanzleramtes stellen jedoch gut die speziellen Rostocker Besonderheiten dar. Wandt lässt seine Ausführungen jedoch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts enden, sodass die Zeit der Regierungsbevollmächtigten nach 1919 nicht berührt wird. Die notwendigen Akten waren während der DDR-Zeit nur in Rostock verfügbar. – Wandt, Bernhard: Kanzler, Vizekanzler und Regierungsbevollmächtigte der Universität Rostock 1419-1870: Ein Beitrag zur Universitätsgeschichte. Diss. Phil. Rostock 1969.

<sup>2</sup> Scheel, Otto: Die deutschen Universitäten von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, in Michael Doeberl u. a. (Hrsg.): Das akademische Deutschland. Berlin 1930. Bd. 1 S. 4.

<sup>3</sup> Wandt: Kanzler, Vizekanzler und Regierungsbevollmächtigte, S. 9.

des Landesherrn konnte der Kanzler in Einzelfällen die Universität auch in der Ausübung ihrer Rechte beraten oder in rechtlichen Fragen verteidigen. Zum Kanzler der Universität wurde in Rostock der Bischof von Schwerin bestimmt, sein ständiger Vertreter war der Propst von Bützow.<sup>4</sup>

Im Alltag der sehr autonomen spätmittelalterlichen Universität war das Kanzleramt von geringer Bedeutung. 1427 erlangte die Universität sogar das Recht, Promotionen auch gegen eine Ablehnung des Kanzlers durchzusetzen, wenn diese nicht ausreichend begründet war. In der Praxis unterstützten im Heiligen Römischen Reich die Kanzler im 15. Jahrhundert ihre Universitäten kaum bei rechtlichen Konflikten mit den Landesherrn.<sup>5</sup> Bernhard Wandt konstatiert für diese Zeit, auch „für Rostock gibt es keinen Nachweis, daß die Tätigkeit der päpstlich bestellten Conservatoren zum Wohl der Universität wirksam geworden wäre.“<sup>6</sup>

Wo die Organisation der Universität lückenhaft war, verortet er das Einfallstor für die landesherrlichen und städtischen Stifter, von deren Zugriff sich die Universität als mittelalterliche Korporation freihalten wollte. Beide Stifter beanspruchten seit der Gründung das Aufsichtsrecht über die Universität, deren Autonomie sie gleichzeitig anerkannten. Vom 15. bis zum 17. Jahrhundert muss zwischen der Aufsicht der Stadt und des Landesherrn unterschieden werden. Die Stadt kann als „Träger“ der Universität angesehen werden. Sie stellte die Gebäude zur Verfügung und garantierte jährlich 800 Golddukatn zur Besoldung der Professoren. Die Aufsicht über diese Gelder übernahm allerdings nicht der Kanzler. Die Stadt Rostock ist im 15. Jahrhundert der eigentliche Patron der Universität. Gleichwohl nahm sie auf diese vergleichsweise weniger Einfluss, als dies später beispielsweise bei Universitäten wie Straßburg und Altdorf durch die jeweiligen Städte der Fall gewesen ist.

### Das Kanzleramt im 16. Jahrhundert

Die Aufsicht des Landesherrn war im 15. Jahrhundert noch nicht wirksam. Gegen Ende dieses Jahrhunderts wurde die autonome Stellung der Universität jedoch zunehmend bedroht. Die Situation einer weitgehend inaktiven Kanzlerschaft änderte sich nun erstmals. Mit der Rostocker Domfehde traten der Kanzler und der Vizekanzler gestalterisch für die Universität in Erscheinung. Nach der Rückkehr der Universität aus Greifswald nach Rostock, wohin sie wegen eines Bannes, der über Rostock gelegt wurde, ausziehen musste, war die Stadt nicht bereit, die 800 Golddukatn für die Unterhaltung zu zahlen. Daraufhin entwickelte der Vertreter

---

<sup>4</sup> Ebenda, S. 9-12.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 13.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 14.

des Kanzlers, der Archediakon von Rostock, den Plan, eine städtische Kirche zum Domstift zu erheben und die Einnahmen aus den Pfründen zur Finanzierung der Universität zu verwenden.<sup>7</sup> Das als „Dom“ bezeichnete Kollegienstift soll den anderen Stadtkirchen vorstehen und über ihre Einnahmen verfügen können. Diese Praxis war nicht unüblich, in Rostock sollten allerdings nur vier Stiftspfründen für Mitglieder des Konzils vorgesehen.<sup>8</sup> Die Stadt und vor allem viele ihrer Einwohner bekämpften diesen Plan, da sie befürchteten, Kirche und Landesherr könnten auf diese Weise ihren Einfluss in Rostock stärken.<sup>9</sup> In der nun folgenden Domfehde belegte der Kanzler der Universität als Bischof von Schwerin die Stadt erneut mit dem Bann und ordnete an, dass die Universität die Stadt verlassen müsse.<sup>10</sup> Festzuhalten bleibt, dass der Kanzler hier erstmals ein „Finanzierungskonzept“ für die Universität entwickelte. Im Jahr 1493 bestätigte der Kanzler das Privileg der Gerichtsbarkeit der Universität auch über geistliche Angehörige. Später erhielt der Rektor das Begnadigungsrecht.<sup>11</sup> Der Kanzler wirkte gestaltend auf die innere Verfasstheit der Universität ein. Im Verlauf der Domfehde kamen schwere Spannungen zutage, zwischen Stadt und Universität auf der einen und Herzog Magnus, der der Stadt das Kollegiatstift aufzwingen und seine Ansprüche auf die Universität vorantreiben wollte. Der Schweriner Bischof Konrad stand dabei meist auf Seiten des Herzogs.<sup>12</sup>

Mit der Reformation erfuhr das Kanzleramt im Spannungsfeld zwischen dem Landesherrn und der Stadt neue Bedeutung. Hatte die Stadt die Universität bisher finanziell allein getragen, so trat nun der Herzog zunehmend in Rostock in Erscheinung. Auf ihn ging nach der Reformation die kirchliche Gewalt über. Somit konnte er ein landesherrliches Kirchenregiment entwickeln. Seit 1516 bzw. 1532 nahm das Bischofsamt in Schwerin und somit das Kanzleramt in Rostock ein Angehöriger des mecklenburgischen Fürstenhauses wahr. Erst 1648 erfolgte die endgültige Säkularisierung. Somit hatte der Landesherr über das Kanzleramt die Befugnis über Promotionen zu entscheiden, bei Berufungen mitzuwirken und insgesamt auf die Universität Einfluss zu nehmen. In den folgenden Jahren

---

<sup>7</sup> Ebenda, S. 16-19.

<sup>8</sup> Pluns, Marko A.: Die Universität Rostock 1418-1563: Eine Hochschule im Spannungsfeld zwischen Stadt, Landesherrn und wendischen Hansestädten. Köln Weimar Wien 2007, S. 84-88.

<sup>9</sup> Münch, Ernst: Rostock in der Großen Zeit der Hanse 1265 bis 1522/23. In: Karsten Schröder (Hrsg.): In deinen Mauern herrsche Eintracht und allgemeines Wohlergehen: Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihren Ursprüngen bis zum Jahre 1990. Rostock 2003, S. 29-52. S. 49f.

<sup>10</sup> Wandt: Kanzler, Vizekanzler und Regierungsbevollmächtigte, S. 25-27.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 27.

<sup>12</sup> Pluns: Universität Rostock. S.125.

entwickelte sich ein langwieriger Streit zwischen den beiden verbliebenen Akteuren. Dieser konnte erst 1563 mit einem Kompromiss zwischen den beiden Stiftern beigelegt werden.<sup>13</sup> Am 11. Mai 1563 unterzeichneten die Vertreter der Stadt und der Herzog die *Formula Concordiae* und regelten damit die Verfassung der Universität grundlegend neu. Es wurde formal ein Kompatronat über die Universität beschlossen. In ihr wurden zwei Professorenkollegien, ein fürstliches und ein rätliches installiert. Jeder der Stifter finanzierte je eines und hatte auch die Berufungsrechte darüber.<sup>14</sup> Das Amt des Promotors, das neben dem Rektorenamt bestand und über die Einhaltung der Statuten wachte, wurde nun ebenfalls streng paritätisch besetzt. Nach dem neuen Modus waren Rektor und Promotor abwechselnd aus den beiden Professorenkollegien sowie aus der Gruppe der Juristen und Nichtjuristen zu wählen, so dass einem landesherrlichen Rektor, der der Medizinischen, Theologischen oder Artistenfakultät angehörte, ein städtischer Promotor aus der Juristischen Fakultät angehörte. Im folgenden Jahr war dieses Verfahren umgekehrt anzuwenden.<sup>15</sup>

Vor allem aber beinhaltete der Vertrag, dass die Kanzlerschaft dauerhaft auf den Herzog überging, dessen Nachfolger sie bis 1918 innehatten. Somit bedeutete die *Formula Concordiae* den politischen Sieg des Herzogs. Dieser ließ sich in der Funktion des Kanzlers zur Verleihung akademischer Titel durch Prokanzler vertreten, die zumeist Dekane waren. Die Umsetzung dieser Praxis bedeutete eine Visitation des Herzogs, um sein Amt als Kanzler auszuüben. Die erste Visitation von 1599 fand jedoch keine Fortsetzung. Das Kanzleramt blieb damit in Rostock über fast zwei Jahrhunderte nicht direkt präsent, obgleich es sehr großen Einfluss besaß. Erst ab 1789 wurde ein Vizekanzler berufen.<sup>16</sup> Der Kanzler beaufsichtigte auch die von ihm 1557 zugesicherten 3.500 Gulden, die jedoch nur langsam an die Universität flossen.<sup>17</sup> Das Kanzleramt ist in dieser Zeit ein Einfallstor des Landesherrn nicht nur in die Universität, sondern auch in die inneren Angelegenheiten der Stadt. Es nahmen also sowohl die Kontrolle, als auch die Aufwendungen des Landesherrn für die Universität zu.

### Das Kanzleramt im 17. und 18. Jahrhundert

Das Kanzleramt in Rostock wurde im 17. Jahrhundert ähnlich wie die gesamte Universitätsaufsicht des Kompartonats anachronistisch. Fast überall sonst in Deutschland versuchten die Landesherrn, die Universitäten als Korporation dem

<sup>13</sup> Wandt: Kanzler, Vizekanzler und Regierungsbevollmächtigte. S. 27-31.

<sup>14</sup> Ebenda.

<sup>15</sup> Pluns: Universität Rostock, S. 479f.

<sup>16</sup> Wandt: Kanzler, Vizekanzler und Regierungsbevollmächtigte, S. 33-36.

<sup>17</sup> Ebenda.

Staat unterzuordnen. Dies geschah in Mecklenburg zunächst nicht in gleichem Maße. Der Herzog finanzierte zwar jährlich an den fürstlichen Teil, der rätliche blieb jedoch unterfinanziert.<sup>18</sup> Das Kanzleramt trat erst nach Ende der Mecklenburgischen Ständekämpfe zu Beginn des 18. Jahrhunderts wieder in Erscheinung. Im Jahr 1748 erfolgte ein Bericht an den Herzog, der eine Zahlung von jährlich 2.000 Reichstalern bereitstellte. Das Kompatronat bestand jedoch weiter. Auch der Konflikt zwischen Stadt und Herzog dauerte an. Der pietistische Herzog Friedrich verfügte mit kaiserlicher Genehmigung die Gründung der Universität Bützow. Hierzu wurden die herzoglichen Teile von Rostock nach Bützow verlagert, während der städtische Teil in Rostock verblieb. Die Friedrichsuniversität in Bützow nahm 1760 den Lehrbetrieb auf. Einen neuen Grundgesetzlichen Erbvergleich schlossen 1788 Herzog und Stadt, der die Universität nach Rostock zurückverlegte. Patron und Kanzler wurde erneut der Herzog. Zugleich blieb das Kompatronat bestehen, die Teilung in zwei Professorenkollegien wurde jedoch aufgehoben, und Fakultäten und Konzil hatten das Vorschlagsrecht für Berufungen. Die Universität Bützow schloss 1789 den Lehrbetrieb.<sup>19</sup> Durch diese Veränderung wandelte sich auch die Funktion des Kanzlers. Vertreten durch einen Vizekanzler konnte die Aufsicht des Landesherrn nun direkt ausgeübt werden. Diese folgenreiche Entwicklung sollte in den folgenden Jahrhunderten größten Einfluss auf die Universität gewinnen.

#### Das Vizekanzleramt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Das Amt des Vizekanzlers wurde im 19. Jahrhundert maßgeblich durch eine Person geprägt: Vizekanzler von Both wirkte mit Erfolg für die Abschaffung des Kompatronats, weil der rätliche Teil der Universität von der Stadt Rostock kaum eine auskömmliche Finanzierung erhalten konnte. In den Änderungen des Patronatsverhältnisses heißt es:

*Vere igitur dicturi nobis videmur, FRIDERICUM FRANCISCUM etsi divisum cum Senatu huius urbis Amplissimo ad hoc usque tempus habuit patronatum, tamen unicum fuisse huius Academiae patronum iam ante initum nuper novum pactum, quo abrogata penitus est ista patrocini communio.*<sup>20</sup>

<sup>18</sup> Ebenda, S. 51f.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 52-54.

<sup>20</sup> Academiae Rostochiensis Rector cum Senatu susceptum nuper a serenissimo principe Friderico Francisco magno duce Megapolitano Universi huius Doctrinarum instituti Patronatum piis votis bonisque omnibus. Rostock 1827. UAR R I A 14. 4., S. 7-8.

Von nun an soll also für alle Zeit der Herzog das Patronat über die Universität innehaben. Dieses aber soll ungeteilt bestehen. Damit brach für die Universität und für das Kanzleramt eine neue Ära an. Nachdem der Landesherr nun alleiniger Patron der Universität war, stattete er seinen Vertreter an der Universität mit umfangreichen Vollmachten aus. Hierzu findet sich ein für den Charakter des Amtes einmaliges Dokument, auf das sich spätere Vizekanzler berufen sollten wie auf kaum ein anderes. Am 1. Februar 1837 schrieb Herzog Paul Friedrich in den Instruktionen an den Vizekanzler von Both:

*Bei der geschehenen Ernennung Unseres Vice-Canzlei-Directors von Both zum Vice-Canzler Unserer Universität zu Rostock, ist es nicht Unsere Absicht gewesen, die Uns, als Landesherr, Patron und Canzler der Universität zustehenden und obliegenden, durch Unsere Regierung ausgeübte Ober-Aufsicht und Leitung der Angelegenheiten derselben auf ihn zu übertragen und die und die unmittelbaren Beziehungen derselben zu Uns und Unserer Regierung aufzuheben.*<sup>21</sup>

In diesen Zeilen ist bereits eine charakteristische Ambiguität des Vizekanzleramtes grundgelegt. So sehr es auch mit weit reichenden Vollmachten ausgestattet war, hatte es doch stets den Charakter eines Vertreters des Großherzogs. So stellen die Kompetenzen des Vizekanzlers nur die des Herzogs selbst dar. Der Vizekanzler soll *über die der Universität verliehenen Rechte, Privilegien und Immunitäten sorgfältig wachen*.<sup>22</sup> Es kann hier davon gesprochen werden, dass die Rechtsaufsicht auf den Vizekanzler übertragen wurde. Der Vizekanzler sollte neue *Statuten der Academie und ihrer einzelnen Facultäten*<sup>23</sup> erarbeiten und dem Landesherrn vorlegen sowie für die Verwaltung *zeit- und zweckgemäße Regulative* erteilen.<sup>24</sup> Der Vizekanzler sollte also sowohl die akademischen Vorgänge in den Fakultäten als auch die nichtakademischen in der Verwaltung durch Statuten und Regeln beaufsichtigen. Hier ging die Kompetenz des Kanzlers über die Verwaltung hinaus und griff in den akademischen Bereich ein. Dies ist für das spätere Amtsverständnis des Vizekanzlers besonders wichtig. Ihm oblag die Sorge um die *academischen Disciplinar-Gesetze und die Controlle über deren tüchtige Handhabung*.<sup>25</sup> In diesen *Official-Pflichten* kann eine Form der Rechtsaufsicht über die Universität gesehen werden.

<sup>21</sup> Instruction für den Vice-Canzler der Universität Rostock Dr. C. F. von Both. Vom 1. 2. 1837. UAR K01 507. 17.

<sup>22</sup> Ebenda, 17 § 1 .

<sup>23</sup> Ebenda, 17 § 2.

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> Ebenda.



Der Vizekanzler war ferner befugt *sowohl an Rektor und Concilium als an die einzelnen Facultäten, minder nicht an alle übrigen Universitäts-Angehörige und Beamte diejenigen Mitteilungen, Ermahnungen oder Aufforderung zu erlassen, welche er im Interesse der Academie [...] für erforderlich hält und [es J. W.] sind daher die Behörden, Beamten und Angehörige der Universität verpflichtet, den Aufforderungen zu genügen.*<sup>26</sup> Dies erhob de facto den Kanzler zum Dienstvorgesetzten der gesamten Universität, mithin zum mächtigsten Mann. Er bekam volle Akteneinsicht und den Vorsitz im *Concilium integrum*.<sup>27</sup> Ihm wurde die Zensur aller von den Professoren veröffentlichten Schriften übertragen.<sup>28</sup> Das Recht die Promotionen zu vergeben, erhielt jedoch nicht der Vizekanzler, sondern ein jeweils aus der Fakultät zu berufenden Prokanzler.<sup>29</sup> Erst in §7 wurden die *ökonomischen Angelegenheiten* der Universität in den Kompetenzbereich des Vizekanzlers übertragen.<sup>30</sup> Diese weitgehenden Instruktionen sollten den Charakter des Amtes sehr wirkmächtig prägen.<sup>31</sup>

#### Das Vizekanzleramt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert

Auch die Instruktionen von 1870 hatten in wesentlichen Fragen einen ähnlichen Charakter wie die von 1837. Die mächtige Stellung des Vizekanzlers blieb unberührt.<sup>32</sup> Somit festigten sich der Charakter des Amtes und das große Selbstbewusstsein seiner Träger. Ihre Machtfülle ließ die Vizekanzler jedoch nicht zu Erfüllungsgehilfen landespolitischer Sparzwänge werden. In der Auseinandersetzung um die finanzielle Ausstattung der Professoren traten die Vizekanzler häufig für höhere Professorengehälter und gegen die Interessen der Landesbehörden auf. Die Rostocker Professoren standen am unteren Rand der Besoldung von Professoren in Deutschland. 1896 wies der Vizekanzler darauf hin,

---

<sup>26</sup> Ebenda, 17 § 3.

<sup>27</sup> Ebenda.

<sup>28</sup> Ebenda, 17. § 5.

<sup>29</sup> Ebenda, 17. § 6.

<sup>30</sup> Ebenda, 17. § 7.

<sup>31</sup> Es lässt sich auch beim gegenwärtigen Kanzler ein weit reichendes Amts- und Selbstbewusstsein feststellen, das in der Kontinuität seines Amtes steht. Auf die Frage des Autors an den amtierenden Kanzler, ob er für das Amtsverständnis des Rektors 2002- 2006 Verständnis habe antwortete er: „Nein.“ Siehe den Zeitzeugenbericht des Kanzlers Joachim Wittern in diesem Band.

<sup>32</sup> Instruktionen für den der Vizekanzler vom 26 VIII 1870 UAR K1/ 507. 17 I.

dass Gymnasiallehrer, Justizbeamte und Pfarrer besser bezahlt würden als Professoren.<sup>33</sup>

Festzuhalten bleibt, dass die Vizekanzler oftmals ein enormes Selbstbewusstsein und weit reichendes Amtsverständnis entfaltet haben. Dies lässt sich nur auf der Grundlage der hier dargestellten Geschichte verstehen. Auch die in diesem Band gedruckten Äußerungen des amtierenden Kanzlers zu diesem Problem stehen in dieser Kontinuität und sind nur vor dem Hintergrund einer jahrhundertealten Entwicklung der Amtsauffassung verständlich.

Das Amt des Vizekanzlers steht in Spannungsfeld zwischen seiner großen politischen Bedeutung und seiner in der Universitätsstruktur geringen Positionierung als Nebenamt. Dies stellte eine dauerhafte Streitfrage nach seiner Stellung innerhalb der Universität dar. Im Jahre 1896 ernannte der Herzog den Landesgerichtspräsidenten Wendhausen zum Vizekanzler und beschrieb im Ernennungsbrief den Charakter des Amtes. *[D]as Amt des Vizekanzlers [ist J.W.] nicht als eine eigene Zwischenbehörde zwischen Unserem Ministerium und der Universität konstituiert [...], vielmehr [haben Wir J.W.] dasselbe nur als den Vermittlungspunkt Unserer wohlwollenden Absicht [...] wissen wollen.*<sup>34</sup> Im Jahre 1916 beklagte sich der Vizekanzler in einem Beschwerdebrief an das Ministerium, der Rektor lehne es ab, zu ihm zu kommen und rufe ihn statt dessen zu sich. Dieses Ritual verweist darauf, dass sich Rektor und Vizekanzler über den Art ihres Vorgesetztenverhältnisses noch uneins waren. Unabhängig von tagespolitischen Streitfragen und unterschiedlichen Interessenlage der beiden Ämter sind ihr jeweiliger Charakter selbst und dessen hierarchische Verortung in der Universität dauerhaft Streitgegenstand.

*Meiner Ansicht nach nimmt der Rektor dem Vizekanzler gegenüber keine andere Stellung ein, wie die übrigen Professoren. Weiter heißt es: Das Vizekanzleramt ist auch dem Rektor gegenüber keineswegs nur Vermittlungsbehörde des Ministeriums sondern nach der massgebenden Instruktion auch Kontroll- und Aufsichtsbehörde.*<sup>35</sup>

<sup>33</sup> Canis, Konrad: Geschichte der Universität Rostock von der Französischen Revolution 1789 bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917. In: Heidorn, Günter (Hrsg.): Geschichte der Universität Rostock 1419-1969: Festschrift zur Fünfhundertfünfzig-Jahr-Feier der Universität Rostock. Bd. I. Die Universität von 1419-1945. Rostock 1969, S. 85-152, S. 95 f. Die bewusst der marxistischen Perspektive verschriebene Universitätsgeschichte von 1969 ist für die Beurteilung nicht heranzuziehen, leistet aber einen umfangreichen ereignisgeschichtlichen Überblick.

<sup>34</sup> Brief an den Landgerichtspräsidenten Wendhausen zu Rostock, (ohne Verfasser) Schwerin, den 14. Sept. 1896. UAR K01 507. 20a.

<sup>35</sup> Brief des Vizekanzlers an den Geheimen Ministerialrat Heuk vom 4. Januar 1916. UAR K01 507. 73.

Das dienstrechtliche Vorgesetztenverhältnis des Kanzlers zum Rektor, dessen juristische Grundlage bereits in den Instruktionen von 1837 deutlich geworden ist, war also noch um 1916 keinesfalls von Seiten des Rektors anerkannt, und auch der Kanzler hat es nicht ohne Rücksprache mit dem Ministerium durchsetzen wollen. Hier finden wir einen dauerhaften Konflikt, der für das Amtsverständnis von Rektor und Kanzler dauerhaft konstitutiv ist und noch im 21. Jahrhundert weiter bestehen wird.

Die Vizekanzler, Kuratoren und Regierungsbevollmächtigten im frühen 20. Jahrhundert

Die große Kontinuität des Vizekanzleramtes aus dem 19. Jahrhundert bestand bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. In der Revolution 1918 bestimmte die neue Regierung: *der bisherige Vizekanzler der Universität Rostock führt künftig die dienstliche Bezeichnung „Bevollmächtigter der Mecklenburg-Schwerinschen Volksregierung an der Universität Rostock.“*<sup>36</sup> Damit änderte sich der Name, nicht aber der Amtsinhaber und die Struktur des Amtes sowie seine Amtsgewalten. Die neue Bezeichnung wurde bis 1927 beibehalten. In diesem Jahr verlangte das Ministerium die Änderung in *Regierungsbevollmächtigter an der Universität Rostock.*<sup>37</sup>

In der Revolution verlor die Universität jedoch mit der Abdankung des Herzogs auch ihren Kanzler. Diesem oblag jedoch seit 499 Jahren das Recht die akademischen Grade zu vergeben. Im Februar 1919 fragten die vier Fakultäten an, wer nun die Promotionen durchführe. Der Regierungsbevollmächtigte schlug der Landesregierung vor, dieses Recht den Fakultäten mit der Einschränkung zu überlassen, dass diese jeden Kandidaten vorher vom Ministerium bestätigen lassen mussten. Somit bestand also stets noch eine Kontrollmöglichkeit.<sup>38</sup> Das Ministerium folgte diesem Vorschlag.<sup>39</sup> Somit war eine der wichtigsten Kompetenzen des Kanzlers auf die Universität übergegangen.

Die juristische Basis, auf der der Regierungsbevollmächtigte handelte, wies im 19. und 20. Jahrhundert große Kontinuität auf. Noch 1929 berief sich der Regierungsbevollmächtigte Siegfried in einem Brief an die Landesregierung auf

<sup>36</sup> Nr. 206. Regierungs-Blatt für Mecklenburg-Schwerin Jahrgang 1918 vom 18. November 1918. Abschrift. UAR. K1 / 839. 79.

<sup>37</sup> Brief des Mecklenburg-Schwerinschen Ministeriums für Unterricht an den Regierungsbevollmächtigten der Universität Rostock vom 20. Dezember 1927. UAR. K1 / 839. 80.

<sup>38</sup> Bericht des Regierungsbevollmächtigten an das Ministerium vom 25. Februar 1919, Abschrift. UAR K1/ 839. 79a.

<sup>39</sup> Mecklenburg-Schwerinsches Ministerium Abt. für Unterrichtsangelegenheiten. Zum Bericht vom 25. Februar d. J. Schwerin, (Abschrift 25. März 1919) UAR K1/ 839. zu 79a.

die §§ 1 und 4 der Instruktionen für den Vizekanzler vom 1. II. 1837,<sup>40</sup> um die Kosten einer Reise, die demnach in seinen Amtsbereich fiel, von der Landesregierung erstattet zu bekommen, sowie eine Erhöhung seines Gehaltes zu begründen. Die lange Wirkung dieser Instruktionen und ihre Prägung des Amtsverständnisses der Regierungsbevollmächtigten sind hieraus zu ersehen.

Die neue Regierung hatte keine neue juristische Grundlage für die Arbeit des Regierungsbevollmächtigten geschaffen. In den 1920er und 1930er Jahren argumentierte der Regierungsbevollmächtigte Siegfried mit den Gehältern seiner Vorgänger, um eine Erhöhung seiner Bezahlung zu erreichen. Seine Aufstellung erlaubt einen Überblick über Entwicklung der finanziellen Ausstattung der Vizekanzler und Kuratoren. In einem Brief an die Landesregierung heißt es, dass der Nachfolger von Boths, Herr von Liebeherr, *von 1870- 1896 eine jährliche Remuneration von 1500 Mk. erhalten*<sup>41</sup> habe. Dessen Nachfolger Wendhausen erhielt diese bis 1897 ebenfalls. Ahmsetter, der nächste Inhaber des Amtes, der es von 1898 an bekleidete, erhielt bereits 2.000 Mark. Sein Nachfolger Dr. von Buchka bezog zunächst 4.000, seit 1921 4.800 Mark und seit Dezember 1924 2.000 Mark.<sup>42</sup>

Hieraus ergibt sich eine Aussage über den Charakter des Amtes. So heißt es in den angefügten Akten: *Das Amt des Vizekanzlers, jetzt Regierungsbevollmächtigten an der Universität, ist seit jeher ein Nebenamt gewesen und die [...] Vergütung von 2000 RM im Jahre macht es ohne weiteres für jeden ersichtlich, dass es sich hier nicht um ein Hauptamt handeln kann.*<sup>43</sup> Das Finanzministerium hingegen argumentierte, dass es sich nicht um die Vergütung eines Nebenamts handelte, da die Vergütung *um 1200 RM über den vom Staatsministerium zugelassenen Höchstbetrag hinausging.*<sup>44</sup> Eine Vergütung als Nebenamt könne höchstens 800 RM betragen. Das Finanzministerium bestätigte im gleichen Schreiben nur eine Vergütung von 800 RM als Nebenamt für den Regierungsbevollmächtigten.<sup>45</sup> Innerhalb der Landesregierung verwies man auf den Nebenamtscharakter, um eine höhere Bezahlung abzulehnen. Der Konflikt um die Stellung und Charakter des Amtes zog sich ohne klare Lösung weiter hin.

<sup>40</sup> Brief des Regierungsbevollmächtigten an das Ministerium für Unterricht. Schwerin, 23. Dezember 1929. UAR. K 1/ 821. 12.

<sup>41</sup> Brief des Regierungsbevollmächtigten der Universität Rostock an das Mecklenburg- - Schwerinsche Ministerium für Unterricht vom 6. Juni 1930. UAR K1/ 821. 21. S. 2.

<sup>42</sup> Ebenda.

<sup>43</sup> Brief des Mecklenburg- Schwerinschen Ministeriums für Unterricht an das Finanzministerium vom 24. Oktober 1929. (Abschrift 23. Mai 1930) UAR K1/ 821. 21. Anlage 13.

<sup>44</sup> Brief des Mecklenburg- Schwerinschen Finanzministeriums (ohne Adressat) vom 31. Oktober 1929. (Abschrift 23. Mai 1930) UAR K1/ 821. 21. Anlage 14.

<sup>45</sup> Ebd.

Die geringe Vergütung kann auch als Grund für den Fortbestand des Amtes angesehen werden. Im Gutachten des Reichssparkommissars über die Landesverwaltung Mecklenburg Schwerin von 1930 heißt es:

*Die Verhältnismäßig geringen Kosten des Regierungsbevollmächtigten nebst seinem kleinen Büro (9.250 RM) und gewisse nicht zu ersetzende Vorteile, die die Einrichtung im Interesse eines reibungslosen Verkehrs mit der Universität bietet, lassen es trotz der Bedenken gegen eine gewisse Schwerfälligkeit dieser Art der Verwaltung zweckmäßig erscheinen, den Regierungsbevollmächtigten beizubehalten, mindestens solange eine geeignete Persönlichkeit vorhanden ist, die die Geschäfte fast ehrenamtlich führt.*<sup>46</sup>

Das Amt wies also auch wegen seiner geringen Bezahlung große Kontinuität im frühen 20. Jahrhundert auf, trotz seines anachronistischen Charakters auf einer juristischen Grundlage von 1837. Zugleich spricht die gute Amtsführung des Inhabers für seinen Fortbestand. Die Kontinuität lässt sich nicht nur institutionell, sondern auch personell nachzeichnen. Der Amtsinhaber Dr. von Buchka<sup>47</sup> führte die Geschäfte vom 20. März 1902 bis zum 1. Juli 1929, wie das Ministerium 1929 bestätigte.<sup>48</sup> Er verblieb im Amt obwohl er ein großer Verfechter der Kolonialpolitik und enger Vertrauter des Herzogs war, der ihn in das Amt eingesetzt hatte.<sup>49</sup>

Das Amt zeichnete sich weiterhin durch eine charakteristische Ambiguität aus. Das Ministerium erteilte dem Generalstaatsanwalt Siegfried ausdrücklich den Auftrag zur *Wahrnahme der Geschäfte des Regierungsbevollmächtigten an der Universität Rostock und des Staatskommissars der Verwaltungsbehörde für die Finanzen der Universität*.<sup>50</sup> Damit oblag Siegfried nicht nur die Aufsicht über die Universität, sondern auch die Kontrolle des Haushaltes. Zugleich war er der Verwaltung vorgesetzt. Das Ministerium stellt aber klar: *Für die Führung dieses Nebenamtes*<sup>51</sup> werde eine jährliche Vergütung bezahlt. In einem früheren Brief, in dem Siegfried um die Übernahme des Amtes gebeten wird, beziffert man den

<sup>46</sup> Abschrift aus dem Gutachten des Reichssparkommissars über die Landesverwaltung Mecklenburg-Schwerin. 1930 UAR K1/ 821. 21. Anlage 17 II.

<sup>47</sup> Pade, Werner: Gerhard von Buchka, Kolonialpolitik und Kolonialwissenschaft. In: Wolfgang Brauer (Hrsg.) Beiträge zur Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Heft 11. Rostock 1988. S. 34-40.

<sup>48</sup> Brief des Mecklenburg-Schwerinschen Ministeriums für Unterricht an Generalstaatsanwalt Siegfried. 23. September 1929. Abschrift. UAR K1 /821. 1.

<sup>49</sup> Pade: Gerhard von Buchka. S. 34-40.

<sup>50</sup> Brief des Mecklenburg-Schwerinschen Ministeriums für Unterricht an Generalstaatsanwalt Siegfried vom 23. September 1929. Abschrift. UAR K1 /821. 1.

<sup>51</sup> Ebenda.

Arbeitsaufwand *mit durchschnittlich 2 Stunden am Tage*.<sup>52</sup> Dieser Arbeitsaufwand entsprach eher einem Nebenamt. An Macht und Verantwortung war das Vizekanzleramt aber einem Hauptamt gleich.

#### Der Regierungsbevollmächtigte in der Zeit des Nationalsozialismus bis 1945

In dieser Zeit fand eine schnelle und auf wenig Widerstand stoßende Durchdringung der Universität von Seiten der neuen Machthaber statt. Federführend dabei war der Rektor Schulze.<sup>53</sup> Das Amt des Regierungsbevollmächtigten blieb bis zum Ende des Nationalsozialismus bestehen, verlor aber zunehmend an Bedeutung. Der Rektor trieb die Einwirkung der Nationalsozialisten auf die Universität in direkter Beziehung zum Ministerium voran. Der Regierungsbevollmächtigte sprach sich 1932 noch gegen die von den Nationalsozialisten vorgeschlagene Änderung der Rechtsstellung der Universität aus. Diese sah vor, dass die Universität nicht mehr *Körperschaft des öffentlichen Rechtes*, sondern *Veranstaltung des Staates*<sup>54</sup> sein solle, und sich somit ihre Abhängigkeit von der Landesregierung institutionell erhöhte. Über wichtige Änderungen der Satzung wurde später direkt zwischen Universität und Ministerium korrespondiert. Der Regierungsbevollmächtigte bekam lediglich Abschriften *zur gefälligen Kenntnisnahme*,<sup>55</sup> wie es hieß. Seine Stellung sank herab, obwohl er bis 1938 auf denselben juristischen Grundlagen amtierte wie zu Beginn des Jahrhunderts. Von 1938 bis 1945 arbeitete er auf derselben juristischen Grundlage wie Kuratoren an preußischen Universitäten.<sup>56</sup>

Ein ernsthafter Konflikt zwischen Regierungsbevollmächtigten und Rektor, zu dem es in den Jahrzehnten zuvor immer wieder gekommen war, war zunehmend unmöglich. Grund dafür ist sowohl die äußerlich wie inneruniversitär veränderte Situation. Der Rektor war ein Nationalsozialist und somit williger Helfer der ebenfalls nationalsozialistischen Regierung in Schwerin. Der Vertreter eben dieser Regierung war der Regierungsbevollmächtigte. Soweit sich auch die Regierungs-

<sup>52</sup> Brief H. Krause an Oberstaatsanwalt Siegfried, 13. 8. 1929. Abschrift. UAR K1 /821 1a.

<sup>53</sup> Fleischhauer, Elisabeth; Guntau, Martin, Sens, Ingo: Die Universität in ihrer Geschichte. In: Gerhard Maeß (Hrsg.): Mögen viele Lehrmeinungen um die eine Wahrheit ringen. Rostock 1994. S. 9-39. S. 30f.

<sup>54</sup> Carlsen, Ruth; Heidorn, Günter u. a.: Die Universität Rostock von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus. In: Heidorn, Günter (Hrsg.): Geschichte der Universität Rostock 1419-1969: Festschrift zur Fünfhundertfünfzig-Jahr-Feier der Universität Rostock. Bd. I. Die Universität von 1419-1945. Rostock 1969. S. 225.

<sup>55</sup> Antwort des Rektors vom 12. Oktober 1933 auf die Anfrage des Unterrichtsministeriums vom 22. September 1933. Abschrift. 17. Oktober 1933. UAR K1/792. 4

<sup>56</sup> Wandt: Kanzler, Vizekanzler und Regierungsbevollmächtigte. S. 304.

bevollmächtigten in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in Konflikten mit dem Rektor vorgewagt hatten, stets bedurften sie der Unterstützung durch das Ministerium in Schwerin, dessen sie sich auch stets versicherten.<sup>57</sup>

Die neue, in den 1920er Jahren maßgeblich von Rektor Friedrich Brunstäd vorangetriebene und 1932 in Kraft getretene Satzung wurde nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wieder außer Kraft gesetzt. Auch gab es keinen breiten Widerstand von Seiten der Professoren und Studenten gegen den Nationalsozialismus.<sup>58</sup>

Diese Veränderungen von außen schwächten also die Position des Regierungsbevollmächtigten. Innerhalb der Universität verlor er durch den Machtgewinn des Rektors infolge der neuen Führerverfassung zunehmend an Bedeutung.<sup>59</sup> Am ersten 1. Dezember 1933 wurde der Rektor auf Grundlage dieser neuen Satzung vom Ministerium ernannt.<sup>60</sup> Er war nun nicht mehr vom Senat zu wählen und auch nicht mehr den Gremien der Universität verpflichtet. Die vorläufigen Vorschriften berühren nur die Universität im engeren Sinne und nicht die Stellung des Regierungsbevollmächtigten. Innerhalb der Universität genoss der Rektor nun nahezu unumschränkte Macht.<sup>61</sup> Das Amt des Regierungsbevollmächtigten fungierte in der Folge als Übermittler von Verwaltungsentscheidungen zwischen Rektor und Ministerium ohne eigene Gestaltungsansprüche.<sup>62</sup> Hieran ändern auch die Vereinheitlichungen der Universitätsverwaltung in den Folgejahren nichts.<sup>63</sup> Aus diesen inneren und äußeren Veränderungen folgte eine zunehmende Marginalisierung des Regierungsbevollmächtigten.

---

<sup>57</sup> Siehe auch: Brief des Vizekanzlers an den Geheimen Ministerialrat Heuk. Vom 4. Januar 1916.

<sup>58</sup> Fleischhauer, Elisabeth; Guntau, Martin, Sens, Ingo: Die Universität in ihrer Geschichte. S. 30.

<sup>59</sup> Brief des Vizekanzlers an den Geheimen Ministerialrat Heuk. Vom 4. Januar 1916. Siehe auch: Ernennung des Rektors auf Grundlage der neuen Universitätsstatuts: Brief der Ministeriums „An Herrn Universitätsprofessor Dr. Schulze“ vom 1. Dezember 1933. UAR. K1/792. 6. – Zum neuen Universitätsstatut siehe: Mecklenburg Schwerinsches Ministerium für Unterricht, An Rektor und Konzil der Universität Rostock, 20. November 1933. UAR. K1/792. 5

<sup>60</sup> Vorläufige Vorschriften. 20. November 1933. UAR. K1/792. 5.

<sup>61</sup> Ebenda.

<sup>62</sup> Am 19. Dezember teilte der Regierungsbevollmächtigte dem Ministerium die vom Rektor ernannten Senatoren mit. Siehe: An das Mecklenburgische Ministerium für Unterricht, durch den Herrn Regierungsbevollmächtigten. 19. Dezember 1933. UAR. K1/792. 8.

<sup>63</sup> Siehe: Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Auf das Schreiben vom 6. April 1935. Berlin den 18. Juni 1935. UAR. K1/792. 25.

## Das Kuratorenamt in der Nachkriegszeit

In den ersten Monaten nach Kriegsende erfuhr das Kuratoren- oder Kanzleramt für die Planungen der Wiedereröffnung der Universität große Bedeutung. Mit Dr. Richard Moeller wurde zum ersten Nachkriegskurator ein ausgewiesener Demokrat, der in der Weimarer Republik Kultusminister des Landes Mecklenburg-Schwerin und Landesvorsitzender der DDP gewesen war, berufen. Rektor und Kurator gründeten einen Untersuchungsausschuss, um die Universitätsangehörigen für eine zukünftige Arbeit zu überprüfen. Moeller wechselte bald darauf in die Landesverwaltung. Im Herbst wurde er jedoch verhaftet und in ein Internierungslager des NKWD verschleppt, wo er noch im Dezember 1945 starb.<sup>64</sup> Es lässt sich also konstatieren, dass vom Kanzleramt der Versuch einer demokratischen Erneuerung ausging. Rektor und Kurator arbeiteten in den ersten Nachkriegsmonaten produktiv und kompromissbereit zusammen.

Mit der Frage nach der strukturellen Neugestaltung der Universität und somit der strukturellen Neuverteilung der Macht trat jedoch auch der langwierige Konflikt zwischen Rektor und Kurator wieder in Erscheinung. Im Herbst 1945 begann die Diskussion um den institutionellen Umbau der Universität. Im Mittelpunkt stand der Streit um die Stellung des Universitätskurators, um die Interessen des Staates und die Leitung der Universitätsverwaltung. Sowohl der Rektor der Universität Rostock, als auch sein Greifswalder Amtskollege versuchten sich des Kurators zu entledigen. Am 17. September 1945 forderte der Rostocker Rektor eine erhebliche Einschränkung der Kompetenzen des Kuratorenamtes. Bereits am 13. Oktober sprach sich der Rostocker Kanzler gegen diese Forderungen aus. Nach seiner Auffassung *sollte der Rektor jedoch ausschließlich den Lehrbetrieb leiten, da er mit den Verwaltungsangelegenheiten überfordert sei*,<sup>65</sup> so konstatiert Martin Handschuck. Am 3. November desselben Jahres beantragte der Rektor der Universität Greifswald die Abschaffung des Amtes bei der Neuregelung der Universität.<sup>66</sup> Die Auffassung des Kurators zum Rektorenamt, die hier deutlich wird, könnte auch vom amtierenden Kanzler Wittern stammen. Seine Äußerungen in diesem Band verdeutlichen dies anschaulich.<sup>67</sup>

Ab 1. Dezember 1945 war Dr. Erich Schlesinger Kurator der Universität Rostock. Im Januar 1946 wandte er sich gegen die Forderungen des Rektors. Er

---

<sup>64</sup> Jakubowski, Peter; Urbschat, Kerstin: Die Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1952 – Versuch und Grenzen eines demokratischen Neuanfangs. In: Gerhard Maeß (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Universität Rostock. Hft. 19. Rostock 1994. S. 9-10.

<sup>65</sup> Handschuck, Martin: Auf dem Weg zur Sozialistischen Hochschule: Die Universität Rostock in den Jahren 1945 bis 1955. Bremen 2003. S. 64-65.

<sup>66</sup> Ebenda.

<sup>67</sup> Vgl. Zeitzeugenbericht von Kanzler Joachim Wittern in diesem Band.



argumentierte gegen dessen Pläne mit einer zu hohen Machtkonzentration in den Händen des Rektors. Zu Anfang und noch bis 1946 stieß seine Position in Schwerin auf Ablehnung. Sie richtete sich gegen das Prinzip des Zentralismus nach sowjetischem Vorbild. In dieser frühen Phase war die Entwicklung in Rostock jedoch noch offen. In Schwerin war nicht davon auszugehen, dass man das Rektorenamt bereits dauerhaft mit einem Parteigänger besetzen konnte.<sup>68</sup> Damit lässt sich erklären, dass die Landesregierung strukturell noch eine andere Eingriffsmöglichkeit in die Universität brauchte. Das Rektorenamt konnte noch nicht Ausgangspunkt der sozialistischen Umgestaltung werden. Das Amt des Kurators blieb vorläufig erhalten.

Ohne gültige Universitätsverfassung waren die Befugnisse von Rektor und Kurator jedoch 1946 nicht klar fixiert. Bis 1948 waren die Stellung des Kurators und der Landesregierung nicht geregelt. 1947 verstärkte sich der Einfluss der SMAD an der Universität zunehmend. Der Rektor wurde in die Parteiarbeit einbezogen, die Funktion des Kurators mehr und mehr überflüssig.<sup>69</sup>

Am 4. November 1947 stellte die zuständige Zentralverwaltung ihren neuen Satzungsentwurf für die Universitäten vor. Dies leitete eine über mehrere Stufen verlaufende Entwicklung hin zu einer reinen Rektorverfassung ein. Dieser neue Entwurf unterschied sich von dem vorangegangenen vom 10. April 1947, welcher noch einen *voll verantwortlichen* Kurator beinhaltete. Die Einsetzung eines Kurators in der Universität wurde nun der Landesregierung freigestellt. Der Kurator war nur noch ein Aufsichtsorgan über die Verwaltung, dem Rektor oblag die Verantwortung über die gesamte Universität.<sup>70</sup> Damit war das lange währende Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Ämtern institutionell in eine Hierarchie umgeformt.

Der Mecklenburgische Minister für Volksbildung Grünberg bat demzufolge den Rektor darum, Vorschläge für die Gestaltung des Aufgabenbereiches eines zukünftigen Verwaltungsdirektors zu unterbreiten. Der Übergang zur Rektorverfassung wurde dann in der ersten Hälfte des Jahres 1948 vorbereitet.<sup>71</sup>

---

<sup>68</sup> Handschuck: Sozialistische Hochschule. S. 65f.

<sup>69</sup> Jakubowski; Urbschat: Universität Rostock. S. 11-18.

<sup>70</sup> Hoffmann, Horst; Hoffmann, Rosemarie. u. a. Die Universität Rostock von der Befreiung Deutschlands vom Faschismus bis zum XX. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik 1969. In: Heidorn, Günter (Hrsg.): Geschichte der Universität Rostock 1419-1969: Festschrift zur Fünfhundertfünfzig-Jahr-Feier der Universität Rostock. Bd. II Die Universität von 1945-1969. S. 31.

In der Universitätsgeschichte von 1969 wird die Abschaffung des Kurators mit dem Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“ zu erklären versucht. Einer zusätzlichen Aufsicht über den schon linientreuen Rektor bedurfte es nun nicht mehr.

<sup>71</sup> Ebenda.

Der Zugriff der Landesregierung auf die Universität verlief zunehmend direkt und nicht über den Kurator. Der Rektor wurde seit dem 12. Januar 1949 vom Senat gewählt, dem nun auch nicht ordinierte SED-Mitglieder angehörten. Somit war die „Wahl eines der SED nicht genehmen Kandidaten in das höchste Amt der Universität nahezu unmöglich,“<sup>72</sup> wie Martin Handschuck konstatiert. Die SED favorisierte nun eine Rektorverfassung, die ihr direkten Zugriff auf die Universität erlaubte. Am 23. Mai 1949 trat eine vorläufige Ordnung für alle Universitäten der SBZ in Kraft. Der Rektor hatte nunmehr die alleinige Verantwortung für die Universität, alle Angehörigen des Lehrkörpers unterstanden seiner Aufsicht. Der Senat wählte ihn.<sup>73</sup>

Aus dieser Entwicklung ergaben sich für das Kuratorenamt existentielle Konsequenzen: Es wurde abgeschafft. Das Ministerium konnte nun einen Verwaltungsdirektor ernennen, der dem Rektor verpflichtet war. Zunächst lässt sich auch hier eine personelle Kontinuität aufweisen. Der seit Jahresbeginn 1949 als Kurator amtierende Franz Wohlgemuth bekleidete nun diese Position.<sup>74</sup> Damit war der langwierige Konflikt in einer klaren Unterordnung und auf undemokratische Weise gelöst. Von einem Verwaltungsdirektor konnte dem Rektor keine ernsthafte Opposition mehr drohen. Die inneruniversitäre Konfliktlinie war vorerst beendet.

#### Das Kanzleramt nach der Wende 1989/90

Eine der wichtigsten Wandlungen seines Charakters erfuhr das Amt während seiner Neuschaffung nach der Wende. Man folgte hierin dem Vorbild westdeutscher Universitäten und reimportierte den strukturellen Konflikt zwischen Rektor und Kanzler somit aus den alten Bundesländern in neuer Struktur wieder nach Rostock.<sup>75</sup>

In seiner neueren Geschichte ist die Struktur des Kanzler- oder Vizekanzleramtes in Rostock in zwei Phasen einzuteilen: Martin Handschuck analysiert die Struktur treffend: „Dieses Amt, das im 19. Jahrhundert als eine Art Kontrollinstanz des Staates an den deutschen Hochschulen geschaffen worden war, vereinigte zwei Funktionen in sich. Zum einen vertrat der Kurator die Interessen des Staates [...] an der Hochschule, gleichzeitig hatte er die Leitung der Universitätsverwaltung in seinen Händen.“<sup>76</sup>

<sup>72</sup> Handschuck: Sozialistische Hochschule, S. 80.

<sup>73</sup> Ebenda, S. 80f.

<sup>74</sup> Ebenda, S. 82.

<sup>75</sup> Grundordnung der Universität Rostock Vom 28. Oktober 2003. Mitteilungsblatt des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern Nr. 1/ 2004. S. 16-26. UAR. R 3396.

<sup>76</sup> Handschuck: Sozialistische Hochschule, S. 64.

Dies unterschlägt zwar einige Jahrhunderte der Geschichte dieses Amtes in Rostock, trifft aber seinen Charakter im 19. und frühen 20. Jahrhundert, der in diesen zwei Funktionen bestand. Beides macht gleichermaßen seine Funktion als Wissenschaftsorganisator aus. Auch die juristischen Grundlagen, auf denen der Kanzler agierte, waren noch bis ins 20. Jahrhundert hinein sehr offen und beinhalteten weite Spielräume und Konfliktpotenziale. Im Gegensatz dazu ist der Kanzler nun kein Vertreter der Landesregierung mehr. Er wird von der Universität gewählt, steht jedoch weiterhin der Universitätsverwaltung vor und nimmt die Haushaltsaufsicht wahr. Das Kanzleramt der Gegenwart besitzt somit nur noch eine dieser beiden Funktionen des frühen 20. Jahrhunderts. Die Juristische Grundlage des gegenwärtigen Kanzleramtes ist in der Grundordnung klar fixiert.<sup>77</sup> Im 19. und frühen 20. Jahrhundert bestand der Konflikt also auch zwischen den Interessen der Universität und der Regierung und dem Finanzministerium sowie im Streit um die Frage, wer die höchste Position in der Universität innehatte.

Im späten 20. Jahrhundert bestand vor allem ein Gegensatz zwischen dem aus der Wissenschaft kommenden Rektor einerseits und der Universitätsverwaltung sowie den Möglichkeiten des Haushalts andererseits, die gegen einzelne Projekte des Rektors verteidigt wurden.<sup>78</sup> Aus den strukturell verschiedenen Voraussetzungen dieser beiden Ämter hätte sich durchaus auch eine unterschiedliche Praxis der jeweiligen Amtsführung ergeben können und somit eine Verringerung des Konfliktpotenzials. Ein Kanzler, der unabhängig von der Landesregierung und ohne von ihr direkt abhängig zu sein, agieren kann, hat größere Handlungsspielräume und kann leichter Kompromisse mit dem Rektor eingehen. In Rostock tratt jedoch auch nach der Wende stärker eine Kontinuität der Konfliktlinie zwischen Rektor und Kanzler hervor. Es lässt sich feststellen, dass die Argumente für und gegen ihn, seit Jahrzehnten sehr ähnlich sind.

Dauernde Streitigkeiten des Kanzleramtes mit dem Rektor um Kompetenzen lassen unterschwellig ein unterschiedliches Amtsverständnis erkennen. Der Rektor Wendel erkannte zwischen Rektor und Kanzler eine „Sollbruchstelle“ in der Verfassung der Universität.

## Fazit

Das Amt des Vizekanzlers oder Kurators zeichnet sich also durch eine starke Ambivalenz aus. Einerseits erlauben es die Amtsbefugnisse über lange Zeiträume, vom mächtigsten Amt zu sprechen, andererseits waren der Charakter eines Nebenamtes oder überhaupt die Verneinung einer eigenständigen Behörde und statt

<sup>77</sup> Siehe: Grundordnung der Universität Rostock Vom 28. Oktober 2003.

<sup>78</sup> Die Zeitzeugenberichte von Rektor Wendel und Kanzler Wittern illustrieren diesen Konflikt anschaulich. Siehe dazu: Zeitzeugenbericht von Kanzler Joachim Wittern und Zeitzeugenbericht von Hans Jürgen Wendel, Rektor 2002-2006, in diesem Band.

dessen die Vermittlerposition bestimmend. Dieses unterschiedliche Amtsverständnis trat hier hervor wie bei kaum einer anderen Position in der Wissenschaft. Kontinuierlich war das Amt von Konflikten um seine Gestalt und Stellung begleitet. Im 19. und bis ins 20. Jahrhundert zeichnete sich das Amt sowohl personell, als auch in Bezug auf das Amtsverständnis seines Trägers und dessen Befugnisse durch hohe Kontinuität aus. Die Revolution von 1848, die Reichseinigung, die Revolution von 1918 und die Krisen der Weimarer Zeit überstand nicht nur das Amt in seinem Charakter schadlos, sondern oft auch der jeweilige Amtsinhaber. Es stellte somit eine der großen Konstanten in der Wissenschaftsorganisation des 19. Jahrhunderts in Mecklenburg dar. Die Entwicklung der Wissenschaften in Rostock ist ohne diese konstante Einflussnahme nicht zu verstehen. Neben dieser großen Kontinuität lassen sich jedoch auch verschiedenen Phasen der Entwicklung dieses Amtes identifizieren.

## Wittern, Joachim

Auszug aus dem  
Catalogus Cancellariorum Academiae Rostochiensis

([http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_staff\\_000000000001](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_staff_000000000001))  
vom 25.04.2008




---

In Rostock	seit 1993	Kanzler
------------	-----------	---------

Fachgebiet	Verwaltung
------------	------------

---

*Weitere Vornamen:* Friedrich

*Lebensdaten:* geboren am 20.02.1944 in Lübeck

*Konfession:* evangelisch-reformiert

*Vater:* Andreas Wittern, Jurist

*Mutter:* Elsbeth Wittern, Hausfrau

*Kurzbiographie:*

1964	Abitur, Hamburg
1964-66	Zeitsoldat, Leutnant der Reserve
1966-71	Studium der Rechtswissenschaft in Tübingen und Hamburg
1971-72	Juristisches Staatsexamen, Univ. Hamburg
1971-74	Referendariat am Oberlandesgericht Hamburg
1974-87	Große Juristische Staatsprüfung
1974-75	Umlaufzeit in den Hamburger Behörden, Regierungsrat
1975-77	Referent für Allgemeine Angelegenheiten der Studenten und der Studentenschaft in der Präsidialverwaltung der Univ. Hamburg
1977	Ernennung zum Oberregierungsrat
1977-82	Referent für Allgemeine Rechtsangelegenheiten der Behörde für Wissenschaft und Forschung Hamburg
1982-93	Referent für Bau- und Investitionsplanung der Behörde für Wissenschaft und Forschung - Bedarfsträgerplanung des gesamten Hochschul- und Studentenwohnheimbaus in Hamburg zuzüglich Haushalts-, Finanz- und Rahmenplanung, Vertretung Hamburgs in den Gremien des Wissenschaftsrates und des Planungsausschusses

1986	Ernennung zum Regierungsdirektor
seit 1993	Kanzler der Univ. Rostock

---

*Funktionen:*

1996-2002	Sprecher der Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt in der Konferenz der Kanzler der deutschen Univ.
seit 1997	Sprecher der Kanzler der Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern Mitglied des Kanzler-Arbeitskreises Immobilienmanagement Mitglied des Kanzler-Arbeitskreises Hochschulmedizin Mitglied des Kanzler-Arbeitskreises Studentenwerke Vorsitzender des Vorstands der Gesellschaft zur Förderung des Kulturhistorischen Museums Vorsitzender des Vorstands des Trägervereins des Internationalen Begegnungszentrums Rostock

*wissenschaftliche Mitgliedschaften:*

Mitglied des Deutschen Juristentages
--------------------------------------

---

*Quellen:*

eigene Angaben
----------------

## **Zeitzeugenbericht von Joachim Wittern Kanzler der Universität Rostock am 13. Juli 2007**

Kersten Krüger:

Wir eröffnen die Zeitzeugensitzung und begrüßen unseren Kanzler, Herrn Joachim Wittern, der als der gesetzlich bestimmte Beauftragte für den Haushalt an der Spitze der Verwaltung steht. Erlauben Sie mir einen kleinen Vorspann. Kanzler der Universität Rostock war seit 1419 der Bischof von Schwerin. Erst mit der *Formula Concordiae* von 1563 wurde das Kanzleramt wirkliches Amt, als sich durch fürstliche Geldbewilligung die Ressourcen der Universität vervielfältigten. Das Konzil musste fortan einen *Promotor Academiae* wählen, der über die Einhaltung der Statuten und über die Finanzen zu wachen hatte. In dieser Amtsfolge steht unser heutiger Zeitzeuge. Jetzt hat Herr Wittern das Wort. Es ist üblich, dass auf eine kurze autobiographische Skizze die Diskussion folgt.

Joachim Wittern:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich dafür, dass ich hier heute bei Ihnen sein kann und Sie mich anhören wollen. Ich habe vernommen, dass ich einen gewissen biografischen Überblick über mein Leben geben soll. Ich bin am 20. Februar 1944 geboren und gehöre somit noch zur Nachkriegsgeneration. Mein Vater war bis 1951 in russischer Gefangenschaft. Ich habe mit meiner Schwester und meiner Mutter bei meinen Großeltern in Lübeck gelebt. Als mein Vater aus der russischen Gefangenschaft kam, schloss sich für uns ein gewisses Zigeunerleben an, weil wir zunächst für eine kurze Zeit von zwei Jahren mit meinem Vater nach Hamburg gegangen sind. Dort war er im öffentlichen Dienst angestellt. Er war wie ich Jurist. Wir hatten dann eine Zeit des Wanderns nach Bonn und wieder zurück. Das war für uns Kinder in den ersten Jahren der Schulzeit nicht ganz unproblematisch, weil wir schon in den ersten vier Jahren in der Grundschule zweimal die Schule wechseln mussten und dann auch in der gymnasialen Übergangszeit dieser Schulwechsel erfolgte. Ich bin aber letztlich die meiste Zeit meiner Jugend in Hamburg aufgewachsen. Dort habe ich mein Abitur gemacht und bin nach dem Abitur in die sogenannte „Ersatzreserve Zwei“ der Bundeswehr einsortiert worden. Das bedeutete für mich, dass ich zwar am 31. März 1964 mit dem Abitur fertig war, jedoch erst zum Juli eingezogen werden sollte. Ich habe mich daher freiwillig gemeldet, um gleich zum 1. April in den Wehrdienst einzutreten. Dort habe ich die zwei Jahre meiner Dienstzeit absolviert und die Bundeswehr dann als Leutnant der Reserve verlassen. Ich hatte mich nicht nur deshalb dazu entschlossen, weil es dort ein kleines Gehalt gab, sondern weil die damalige Wehrdienstzeit von 18 Monaten eine Zeit war, in der die „Ver-

blöschung“ drohte. Wenn sich jemand zu einer Offizierslaufbahn meldete, hatte er die Chance, die grauen Zellen weiter in Gang zu halten, weil er vierteljährlich zu Lehrgängen geschickt wurde. Darin habe ich eine Motivation gesehen, die zwei Jahre bei der Bundeswehr zu verbringen. Ich will nicht leugnen, dass diese Zeit für mich auch eine Lehrzeit darstellte, in der ich mit Menschen konfrontiert wurde und zusammen leben musste, mit denen ich in meinem normalen Leben nicht viel zu tun gehabt hätte. Das “lernt”!

Nach der Bundeswehrzeit habe ich angefangen zu studieren. Wie ich eingangs erwähnte, war mein Vater Jurist. So wurde auch ich in der Berufswahl von meinem Vater beeinflusst. Mein Vater war damals in der hamburgischen Verwaltung tätig. Er hatte dort auch einen gewissen Namen, so dass mich seine Arbeit immer sehr überzeugte.

Ich begann in Tübingen zu studieren. Damals war noch eine Zeit, in der man den Studienort danach auswählte, ob dort berühmte Professoren lehrten. Tübingen ist eine alte traditionelle Universität. Sie hatte 1966 wirklich große juristische Köpfe wie Günter Dürig, der zusammen mit Theodor Maunz<sup>1</sup> den wichtigsten Kommentar über die Verfassung geschrieben hatte. Es war Professor Reiser dort, ein bedeutender Handelsrechtler oder Professor Baumann, der ein wichtiges Strafrechtslehrbuch verfasst hatte. Das war Anlass genug für mich nach Tübingen zu gehen, wo ich vier Semester studierte. Tübingen ist eine Stadt, in der es sich gut leben lässt. Ich habe sehr gerne dort studiert und wäre beinahe auch dort geblieben. Allerdings verhinderte dies mein Vater, weil er der Meinung war, ich würde nicht zielstrebig genug studieren, da ich damals schon mit meiner Frau befreundet war; er holte mich mehr oder minder zwangsweise unter Androhung der Streichung meines Wechsels nach Hamburg zurück.

Ich bin nach Hamburg zurückgegangen. Dort habe ich mein erstes Staatsexamen und als Referendar meine ersten beruflichen Erfahrungen gemacht. Schließlich habe ich dort auch meine gesamte berufliche Determinierung gefunden, weil ich in dieser Referendarszeit in der Präsidialverwaltung der Universität Hamburg eingesetzt war. Das hatte mir so viel Spaß bereitet, dass ich mich nach meinem zweiten Staatsexamen entschlossen habe, nach Möglichkeit in die Universitätsverwaltung zurück zu gehen. Das ist mir auch gelungen. Am 1. Februar 1974 habe ich mein zweites Staatsexamen gemacht. Das war ein Freitag, und am darauf folgenden Montag habe ich in der Präsidialverwaltung der Universität Hamburg angefangen.

Das sah damals so aus, dass ich als junger Regierungsrat zur Anstellung gesagt bekam: „Schön, dass Sie da sind. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. Da hinten ist ihr Büro und da liegen auch die Akten, die Sie bearbeiten müssen.“

---

<sup>1</sup> Günter Dürig (1920-1996); Theodor Maunz (1901-1993). Vgl. Theodor Maunz; Günter Dürig: Grundgesetz : Kommentar. München 1958 ff.



So begann mein Berufsleben und ich muss sagen, da habe ich viel gelernt. Nach wie vor bin ich der Meinung, dass es ein guter Berufseinstieg ist, sich nicht einweisen zu lassen, denn was sich jemand selbst erarbeitet hat, begreift er und behält er dauerhaft. Alles was jemand gezeigt bekommt, vergisst er auch schnell wieder. Deshalb war das eine gute Lehrzeit.

In der Universitätsverwaltung war damals die zweite Zeit der studentischen Unruhen. Wir wurden als junge Regierungsräte von der Präsidialverwaltung zum Beispiel bei Streikmaßnahmen eingesetzt, um dafür zu sorgen, dass der Zugang zu den Universitätsgebäuden geöffnet blieb. Wir mussten uns dann mit den Studierenden – im Doppelpack über den Campus gehend – auseinander setzen. Nach etwas mehr als zwei Jahren wurde ich in das Wissenschaftsministerium gerufen, um dort das Allgemeine Rechtsreferat zu übernehmen. Das habe ich damals mehr oder minder ungern getan, weil mir die Arbeit in der Universitätsverwaltung außerordentlich viel Spaß gemacht hatte. Seinerzeit war ich Referent für allgemeine Angelegenheiten der Studentenschaft und zu Beginn der Zulassungsbegrenzungen zuständig für die Kapazitätsprozesse und den gesamten Zugang zu den Hochschulen. Ich habe mit allen Zugangsbewerbern große Seminare gehalten, um sie darüber zu informieren, wie sie am besten an die Universität Hamburg kommen und was sie tun können, um ihre Zulassung erfolgreich zu betreiben. Diese Arbeit mit den Studenten hat mir außerordentlich viel Spaß gemacht. Deshalb habe ich diese Funktion sehr ungern verlassen, wenngleich die Arbeitslast außerordentlich hoch war, weil wir seinerzeit schon zu Beginn der Kapazitätsprozesse rd. eintausend Eilverfahren pro Semester zu führen hatten. Und da ich das alles allein bewältigen musste, können Sie sich vorstellen, was das bedeutete. Nachdem ich weggegangen war, wurden drei Juristen für diese Arbeit eingestellt.

Letztlich bin ich aber in die Behörde für Wissenschaft und Forschung gegangen. Als junger Jurist habe ich mir gesagt, dass mich die Führung eines Allgemeinen Rechtsreferates in einer solchen Behörde, also eines „Wald- und Wiesen-Rechtsreferates“, qualifiziert. Dieses Referat war zuständig für den gesamten Bereich der Juristerei, von der zivilrechtlichen Seite mit Mietverträgen, Schadensersatzprozessen, welche vor allen Dingen aus dem Universitätskrankenhausbereich kamen und mit Kunstfehlern zu tun hatten, über das Disziplinarrecht, das öffentliche Recht und das Hochschulrecht – alles war dort angesiedelt. Dieses habe ich fünf Jahre gemacht und mich dann innerhalb der Behörde umgesehen.

Dort gab es eine Möglichkeit, eine ganz andere Funktion zu übernehmen, nämlich das Referat für Bau- und Investitionsplanung. Dieses Referat war zuständig für die gesamte Bau-, Haushalts- und Finanzplanung des Hochschulbaus in Hamburg, worüber ich Erfahrungen gewinnen konnte, die mit der Juristerei nichts mehr zu tun hatten. Es waren im Wesentlichen planungsrechtliche und planungstechnische Aufgaben wie die Planung von Gebäuden für die Hochschulen, für die Universität, die Technische Universität, die Fachhochschule und

die künstlerischen Hochschulen in Hamburg. Darüber konnte ich einen sehr breiten und tiefen Einblick in den gesamten Hochschulbereich in Hamburg gewinnen. Zu dieser Funktion gehörte auch die Vertretung der Behörde für Wissenschaft und Forschung als Bedarfsträger im Bereich der Finanz- und Haushaltsplanung gegenüber den anderen Fachbehörden und der Bürgerschaft mit ihren Ausschüssen, aber auch überregional im Wissenschaftsrat. Zu jener Zeit gab es eine Mitfinanzierung des Hochschulbaus, die auf der Basis eines sehr ausgeklügelten Beratungs- und Begutachtungsverfahrens realisiert worden ist. Ich vertrat Hamburg in den Ausschüssen des Wissenschaftsrates und im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung. Zu dieser Aufgabe gehörte auch der Studentenwohnheimbau, so dass ich mich im gesamten Hochschulbereich in Hamburg tummelte. Das habe ich zwölf Jahre lang betrieben. Als ich mich dem fünfzigsten Lebensjahr näherte, wollte ich trotz großer Zufriedenheit mit dieser Arbeit noch einmal etwas anderes machen. Ich habe mich deshalb in Hamburg umgeschaut und mich auf andere Stellen beworben. Allerdings musste ich feststellen, dass das politische Vorurteil in Hamburg, jemand könne dort nur etwas werden, wenn er das SPD-Parteibuch in der Tasche hat, nicht unzutreffend ist. Ich fing an, mich anderweitig umzusehen und habe mich auf die Kanzlerfunktion in Rostock beworben, wurde vom Senat gewählt und daraufhin vom Bildungsministerium ernannt. Am 2. September 1993 bin ich als Kanzler der Universität nach Rostock gegangen. Ich habe mich um eine solche Funktion deshalb beworben, weil meine bis dahin absolvierte berufliche Laufbahn immer mit Hochschulen zu tun hatte. Es war mein Anliegen im Hochschulbereich bleiben zu können. Eine Kanzlerfunktion war für mich das, was ich mir in meinem Leben durchaus gut vorstellen konnte. Natürlich habe mich sehr gefreut, dass etwas daraus geworden ist. Selbstverständlich habe ich mich schon bei der Bewerbung um diese Stelle mit meiner Frau abgestimmt.

Wie Sie wissen, war die Wende noch nicht lange her und die Zeit der DDR in Mecklenburg-Vorpommern auch noch nicht vergessen. Die bauliche Situation war hier damals noch äußerst angespannt und insofern gab es durchaus Überlegungen, ob ich jetzt schon nach Mecklenburg-Vorpommern gehen könne oder nicht. Wir/ich hatte/n über meine Frau, die aus Schönebeck an der Elbe stammt (Sachsen-Anhalt), nach Rostock ganz zarte Verbindungen und ich kannte Rostock deshalb schon ganz gut. Rostock war (und ist) für mich eine sehr schöne norddeutsche Stadt mit entsprechend norddeutschen Menschen, so dass es wenige Berührungspunkte für mich gegeben hat. Trotzdem war dieser Wechsel für uns natürlich ein Neuanfang, von Hamburg beziehungsweise Uetersen, wo wir damals wohnten, hierher zu gehen. Meine Frau und ich hatten uns dazu entschlossen, im Falle des Bewerbungserfolges selbstverständlich gemeinsam mit unserer Familie nach Rostock gehen. Wir wollten mit dem Umzug aber so lange warten, bis unser Sohn sein Abitur gemacht hat. Er war damals, als ich mich bewarb, gerade zwischen

dem Übergang von der elften zur zwölften Klasse, so dass er plötzlich und unerwartet in Rostock das Abitur hätte machen müssen. Das wollte ich ihm nicht zumuten. So pendelte ich bis 1995 zwischen Hamburg und Rostock, bis unser Sohn das Abitur gemacht hatte. Im September 1995 haben meine Frau und ich unser Haus in Uetersen verkauft und sind nach Rostock umgezogen, wobei wir immer sagen: normalerweise verlassen immer die Kinder das Elternhaus. Bei uns war das umgekehrt. Die Eltern haben das Elternhaus verlassen. Unsere Kinder hatten sich dazu entschlossen, nicht mit uns zu kommen, sie sind in Hamburg beziehungsweise in Kiel geblieben. Wir beide sind nach Rostock gezogen und haben uns von Anfang an sehr wohl gefühlt. Zuerst haben wir sehr städtisch, innerstädtisch in der St.-Georg-Straße gewohnt. Wir hatten eine schöne Wohnung. Ich kann aber nicht leugnen, dass der Umzug für meine Frau ein viel, viel schärferer Einschnitt gewesen ist, als für mich, denn ich hatte hier das berufliche Umfeld und war insofern nicht nur integriert, sondern auch angespannt. Daher war es für mich ganz anders als für meine Frau, nach Rostock zu ziehen. Das ist mir einmal ganz deutlich geworden, als meine Frau im Freundeskreis mehr oder minder überraschend für mich erzählte, dass dieser Übergang von Hamburg hierher für sie doch bedeutet hat, dass sie ihre Kinder, ihre Freunde, ihre Arbeit, ihr Haus, ihre Umgebung, ihren Sport aufgeben musste. Das einzige, was sie behalten hatte, war ich. Da wurde mir erst richtig deutlich, dass dieser Übergang für meine Frau doch viel einschneidender war, als für mich. Denn ich hatte die ersten beiden Jahre mit sehr anstrengender, sehr intensiver Arbeit verbracht, so dass diese Trennung für mich nicht so gravierend wie für meine Frau war. Das war erst einmal der autobiographische Hinweis, den ich Ihnen geben möchte. Sie können mir diesbezüglich nachher auch noch Fragen stellen.

Die Arbeit in Rostock war für mich ein ganzer Neuanfang. Ich möchte Ihnen dazu einige Dinge sagen, die für mich wichtig gewesen sind. Ich bin hier in eine Situation gekommen, in der die gesamte personelle Erneuerung, bei der fast fünfzig Prozent des bei der Wende beschäftigten Personals entlassen wurde, so gut wie abgeschlossen war. Das verbliebene Personal wurde einem so genannten Ehrenverfahren unterzogen. Bei diesem Verfahren wurde überprüft, ob und inwieweit es mit den staatlichen Organen, insbesondere der Staatssicherheit, Kontakt gehabt beziehungsweise kooperiert hatte. Dieses Verfahren habe ich noch in seinen Grundzügen kennen gelernt. Ich will nicht leugnen, dass mich das Prozedere dieser Verfahren außerordentlich betroffen gemacht hat, weil diese Verfahren sich nicht an rechtsstaatlichen Regeln und Festlegungen, sondern überwiegend an Mehrheitsentscheidungen ausrichteten. Ich habe mich seinerzeit aber aus diesen Verfahren immer sehr weit herausgehalten, weil ich mich nicht als „Besserwessi“ betätigen und mich bei den Ostdeutschen, die diesen Reinigungsprozess sehr individuell empfunden und eigenverantwortlich geführt haben, einbringen wollte, indem ich Ihnen sage, wie der Prozess anders zu gestalten sei.

Die dort getroffenen Entscheidungen haben mich manchmal sehr nachdenklich gemacht. Ich möchte Ihnen einen Fall, den ich noch sehr gut in Erinnerung habe, schildern. Dabei ging es um einen Mitarbeiter aus dem Rechenzentrum, bei dem sich herausstellte, dass er als Jugendlicher mit 18 Jahren und als NVA-Soldat durch die Stasi verpflichtet worden war. Er hatte auch die Verpflichtungserklärung als inoffizieller Mitarbeiter unterzeichnet, sich aber schon als 21-Jähriger nach Ende seiner Dienstzeit von dieser Umklammerung selbst befreit und niemandem geschadet. Er ist dennoch zwanzig Jahre später entlassen worden, weil er seine Verpflichtung der Universität gegenüber aus Angst um seinen Arbeitsplatz verschwiegen hatte und ihm dies als ein das Vertrauensverhältnis zum Arbeitgeber zerstörender Sachverhalt angelastet worden ist. Diese Entscheidung hatte mich sehr betroffen gemacht und ich empfand die Entscheidung auch als falsch, weil sie meines Erachtens zwar arbeitsrechtlich formal möglich, aber ohne eine ausreichende Würdigung des Gesamtsachverhaltes und bestehender entlastender Gesichtspunkte getroffen worden ist. Dennoch habe ich mich in diesen Prozess nicht eingeschaltet, weil ich mich als Westdeutscher dazu nicht berechtigt fand – ein Verhalten, mit dem ich noch heute etwas hadere. Soviel aber zunächst zur Neuordnung des Personalbereichs.

Was das Personal meiner Verwaltung angeht, will ich Ihnen auch einen Hinweis geben, der für mich immer sehr wichtig gewesen ist. Ich bin hier auf hoch engagierte Mitarbeiter gestoßen, engagierter als ich das kannte. Das war für mich ein ganz tolles Erlebnis. Dieses Engagement war aber auch notwendig, weil die eigentliche Arbeitsgrundlage für die Mitarbeiter noch nicht entstanden war. Die Ausbildung für eine auf Recht und Ordnung verpflichtete Verwaltung fehlte noch. Viele Mitarbeiter unterzogen sich deshalb der Ausbildung zum Beispiel zum gehobenen oder mittleren Dienst, so dass sich die Mitarbeiter nur sukzessiv die fachliche und rechtliche Arbeitsbasis für ihr Tun erarbeiteten. Sie dabei zu unterstützen und innerhalb der Verwaltung dem Grundsatz von Recht, Gesetz und Ordnung zum Erfolg zu verhelfen, war für mich natürlich eine große Herausforderung. Dies war auch eine der wesentlichen Aufgaben, die ich damals vorfand und übernehmen musste. Wir haben dabei sehr viele Fortschritte gemacht. Dessen ungeachtet ist die von mir immer gerne apostrophierte „Runde-Tisch-Mentalität“ durchaus noch in der Universität weit verbreitet. Wenn Sie im Senat bestimmte Dinge diskutiert sehen, dann werden Sie auch heute noch häufig feststellen, dass dort Entscheidungen getroffen werden, die schlicht *contra legem* sind. So wird/wurde zum Beispiel die vom Landeshochschulgesetz geforderte, berühmt berüchtigte „Freischussregelung“ [Freiversuch] in den Prüfungsordnungen stets weggelassen, weil Sie in den Studiengängen mit iterativen Prüfungen zu einem nicht zu bewältigenden Prüfungsaufwand führen. Da dieser Freiversuch jedoch vom Gesetz gefordert war, wurden die Prüfungsordnungen ohne diese Regelung

vom Bildungsministerium regelmäßig beanstandet und mussten nachgebessert werden.

Diese „Runde-Tisch-Mentalität“ habe ich auch in meiner Verwaltung vorgefunden; mittlerweile haben wir das korrigieren können, so dass der Gesichtspunkt der Bindung an Recht und Gesetz für uns durchaus eine große Rolle spielt. Wenn wir Verwaltung betrachten, möchte ich Ihren Blick auch auf die Verwaltung außerhalb der Universität, sprich in den Ministerien lenken. In den Ministerien haben wir den Sachverhalt festzustellen, dass die Ministerien zur Wendezeit ganz und gar neu aufgebaut worden sind und im Rahmen dieses Aufbaus ein erheblicher Exodus von West nach Ost stattgefunden hat, und zwar im Wesentlichen von Beamten des gehobenen Dienstes, die hier in Stellen des höheren Dienstes übernommen worden sind. Dieses kann gerade im Bildungsministerium noch deutlich gesehen werden. Es war ein richtiger Fehler der Wendezeit, die Ministerien auf diese Art und Weise zu besetzen. Das dokumentiert sich auch heute noch in der Arbeit dieser Ministerien. Ich bitte es mir nachzusehen, dass ich als Mitglied des höheren Dienstes dieses so sage. Es hat nichts damit zu tun, dass ich darüber in irgendeiner Weise die Nase rümpfe. Der gehobene Dienst, der von den Inspektoren bis hin zu den Amtsräten reicht, ist einfach anders ausgebildet als der höhere Dienst. Er ist dazu da, die Grundlage der Verwaltungsarbeit sicher zu stellen. Insofern ist er an Richtlinien und an interne Festlegungen gebunden, muss nicht flexibel handeln. In unseren Ministerien, auch in dem Finanzministerium, stößt man leider auf eine hohe Inflexibilität im Handeln. Ich bin davon überzeugt, dass die Ursache dafür in der Besetzung einer hohen Zahl von Positionen des höheren Dienstes mit Beamten des gehobenen Dienstes liegt. Das sage ich, weil ich sehe, wie restriktiv beispielsweise das Finanzministerium mit dieser Universität verfährt und wie rigoros auch sonst mit dieser Universität umgegangen worden ist. Sie wissen, dass das Finanzministerium diese Universität investiv in den letzten Jahren schlicht hat trocken fallen lassen. Das hat etwas mit dieser Inflexibilität im Denken und Handeln zu tun. Ich will nicht leugnen, dass das vielleicht auch an der Ministerin lag. Aber ich will hier keine Ministerschelte mit Ihnen traktieren, sondern ich führe das im Wesentlichen auf den Umstand zurück, den ich eben benannte. Ich glaube auch, dass sich das Land damit einen Bären dienst erwiesen hat.

In der Zeit der Wende hatte das auch etwas mit dem so genannten „Buschgeld“ zu tun. Das war eine Trennungsentschädigung, die Beamte bezahlt bekamen, die vorübergehend in die ostdeutschen Bundesländer gingen. Ich werde nie vergessen, wie mich ein Amtsrat aus dem Bildungsministerium Bonn darüber informierte, dass er nur deshalb das eine Jahr in die ostdeutschen Bundesländer gehe, weil er in diesem Jahr sechzigtausend DM zusätzlich bekam, die er zur Abzahlung seines Hauses einsetzen wollte. Das war die Motivation, hierher zu gehen. Sie können sich vorstellen, dass das die schlechteste Motivation ist, die es

gibt. Ich habe das damals als fürchterlich empfunden. Aber es war nicht zu ändern. Das war die Übergangszeit, die zu solchen Auswüchsen geführt hat.

Ich will Ihnen noch kurz etwas zu meiner Funktion und den Problemen erzählen, die ich in meiner Funktion gehabt habe und die ihre Gründe darin haben, was Herr Krüger Ihnen bereits zeigte. Die Kanzlerfunktion war in dem alten Landeshochschulgesetz im Sinne einer Doppelspitze der Universität definiert, und der Kanzler hatte als Chef der Verwaltung eine klar beschriebene und abgegrenzte Aufgabe. Ich habe diese immer so verstanden, dass der Kanzler mit seiner Verwaltung dafür verantwortlich ist, den Grundbetrieb in der Universität zu sichern, in jeder Hinsicht, von der Personal- und Haushaltsverwaltung über die Bauplanung und die Gebäudeverwaltung bis hin zur Studenten- und Prüfungsverwaltung und Gremienbetreuung und so weiter. Im Prinzip betraf das die gesamte Intendanz der Universität und die gesamte Verwaltungstätigkeit. Dies war in der Verantwortung des Kanzlers definiert. Der Kanzler in der alten Zeit hatte deutlich höhere Kompetenzen als der Kanzler, den ich Ihnen eben beschrieben habe.

Der Rektor oder das Rektorat hingegen ist meiner Auffassung nach verantwortlich für die Strukturierung des gesamten akademischen Bereiches, das heißt also für die Studienstruktur, die Reform des Studiums, die Schwerpunktsetzung im Forschungsbereich, die Sicherung eines qualifizierten professoralen und wissenschaftlichen Nachwuchses. Das sind die wesentlichen Aufgaben der Rektoren. Ich will meine Meinung nicht verbergen, dass die Aufgabe, die Forschungslandschaft zu strukturieren und zu fokussieren und qualifiziertes wissenschaftliches Personal zu gewinnen, entweder nicht oder nicht ausreichend wahrgenommen wird. Das bedeutet, dass das Rektorat in den Berufungsverfahren, die an den Fakultäten laufen, nicht involviert ist. Das Rektorat stimmt zwar zu, dass eine Stelle wieder ausgeschrieben wird. Es stimmt auch zu, welche Denomination zu einer Professorenstelle gehört, aber in die eigentliche Personalauswahl ist das Rektorat nicht involviert. Das Rektorat wird erst in dem Moment eingeschaltet, in dem die Berufungskommission eine Liste erstellt hat. Dann sind die Messen aber gesungen, denn dann ist die Liste definiert, zu der das Rektorat zwar noch ja oder nein sagen kann, aber bei dem Auswahlverfahren, der eigentlichen Personalauswahl- und damit auch Strukturentscheidung ist das Rektorat als das oberste akademische Leitungsorgan nicht existent. Dies halte ich für einen gravierenden Fehler in der Hochschulleitung.

Aus diesem Handlungsdefizit heraus hat es sich auch ergeben – und das wissen Sie als Studierende dieser Universität –, dass es immer wieder zu Eingriffen in die Aufgaben des Kanzlers und darüber zu Spannungen zwischen dem Rektor und dem Kanzler gekommen ist, weil die Aufgabenabgrenzung zwischen der Funktion des Kanzlers und des Rektors immer mehr verwischt beziehungsweise verunklart worden ist. Das sehen Sie an dem neuen Landeshochschulgesetz, in welchem dem Kanzler zwar die Leitung der Verwaltung übertragen worden ist,

demgegenüber aber die Weisungsverhältnisse zwischen Rektor und Kanzler verunklart sind, indem dem Rektor eine Richtlinienkompetenz zugeordnet ist, die von den Rektoren gerne im Sinne einer Einzelweisungsbefugnis missverstanden oder –interpretiert wird. Diese Richtlinienkompetenz, die dem Kanzler in der Bundesrepublik Deutschland gegeben ist, beinhaltet jedoch „nur“ die Kompetenz zur Vorgabe genereller, grundsätzlicher Dinge. Die Richtlinienkompetenz wird demgegenüber nicht nur in unserer Universität, gern dahingehend missverstanden, dass sie eine Weisungsbefugnis im Einzelfall bedeutet, und daraus entstehen selbstverständlich Probleme.

Zusätzlich wurde dem Rektor die Dienstherrenfunktion für das gesamte Personal übertragen. Die Dienstherrenfunktion bedeutet Disziplinargewalt, so dass mit dieser Funktion auch über das nicht wissenschaftliche Personal dem Kanzler derart ins Geschäft gefuhrwerkelt wird, indem Weisungen am Kanzler vorbei in die Verwaltung gegeben werden. Die Mitarbeiter sind gezwungen, diese Weisungen des Dienstvorgesetzten als solche entgegen zu nehmen und wagen es nicht, darauf aufmerksam zu machen, dass Weisungen über den Kanzler als Fachvorgesetztem laufen müssen, eine Erosion der Organisationsstrukturen und der Funktionsfähigkeit der Verwaltung ist die Folge, die dann auch zu Auseinandersetzungen zwischen Kanzler und Rektor führen.

Sehr häufig wird in diesem Zusammenhang die Funktion des Kanzlers als Beauftragter des Haushalts angesprochen. Der Kanzler muss als solcher sicherstellen, dass das Haushaltsrecht und die Haushaltstechnik beachtet werden und keine unwirtschaftlichen Maßnahmen an der Hochschule realisiert werden. Sehr häufig wird diese Funktion des Beauftragten für den Haushalt aber als eine Sperrfunktion gegen Entscheidungen des Rektors oder des Rektorates missdeutet. Das ist natürlich Unsinn. Als solche wird sie nicht benutzt und auch nicht eingesetzt. Ich habe aber in der Tat in meinem Dasein hier schon zweimal von diesem „Recht“, wenn es nicht als Pflicht beschrieben werden muss, Gebrauch machen müssen, weil ich Entscheidungen des Rektors gesehen habe, die ich in der Tat für unwirtschaftlich und sachwidrig gehalten habe. Die Auseinandersetzungen darum haben Sie alle in der Presse gesehen. Ich habe diese Entscheidungen sorgfältig abgewogen und begründet und damit nicht nur das Recht des Kanzlers, sondern seine durchaus schwer belastende Pflicht wahrgenommen. Ich habe auch so entschieden, weil ich glaube – und nach wie vor bin ich auch davon überzeugt –, dass diese wirtschaftlich unvertretbaren Entscheidungen des Rektors falsch waren und zum Schaden der Universität geführt hätten. Aber natürlich gibt es dazu selbstverständlich ganz unterschiedliche Auffassungen, ich bedauere insoweit auch, dass sich das Bildungsministerium bislang zu diesen Problemen nicht geäußert hat. Ich betone aber noch einmal, dass ich mich nicht so entschieden habe, um mein Mütchen zu kühlen. Ich nehme für mich in Anspruch, in sehr ernsthafter und nachdenklicher Ausübung meines Amtes gehandelt zu haben.

## Diskussion

Transkription und Protokoll: Andrea-Juliane Hübel und Martin Lehmann

Kersten Krüger:

Vielen Dank. Wir eröffnen damit die Fragerunde, ich bitte um Wortmeldungen.

Martin Lehmann:

Sie haben gesagt, dass Sie sich an den Ehrenverfahren in den 90er Jahren nicht beteiligt haben. Mich würde interessieren, wie groß ihr Einfluss gewesen wäre, wenn Sie interveniert hätten.

Joachim Wittern:

An den Ehrenverfahren selber bin ich nicht beteiligt gewesen und hätte mich auch nicht beteiligen können. Aber über die arbeitsrechtlichen Konsequenzen hätte ich mich natürlich einbringen können und sollen. Das habe ich aber aus den geschilderten Gründen nicht getan. Da diese Entscheidungen damals ausdrücklich über den Rektor getroffen worden sind, wäre es sicherlich zu einer Auseinandersetzung zwischen mir und zum Beispiel dem Rektor gekommen, die ich in diesem sensiblen Feld unbedingt vermeiden wollte. Sie wissen vielleicht, dass ich mit Herrn Maeß<sup>2</sup> meine Probleme gehabt habe oder Herr Maeß mit mir. Ich habe mich damals häufig gefragt, warum hast du eigentlich diese Probleme? Ich habe mir das so erklärt, dass ich jemand bin, der schlicht und ergreifend sagt, was er denkt. Ich mache dieses wohl überlegt, deutlich und möglicherweise auch zu nachdrücklich, in manchen Fällen vielleicht auch kämpferisch, und manchmal auch über die Stränge schlagend, das gestehe ich gerne zu. Aber prinzipiell orientiere ich mich dabei immer an der Sache mit dem Ziel, sachlich vernünftige Ergebnisse zu erreichen. Ich habe aber wohl zu spät begriffen, dass eine solche nachdrückliche und fachlich stringente Kommunikation von vielen Ostdeutschen als persönlicher Angriff verstanden wurde. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es so ist, weil die Kommunikationsfähigkeit und die Kommunikation der Ostdeutschen eben doch eine andere ist, als die der Westdeutschen. Das wird sich mit den Generationen natürlich abschleifen. Ich nenne das für mich immer die „subkutane Kommunikationsfähigkeit der Ostdeutschen“, weil ich beispielsweise sehr häufig erlebt habe, wie schnell die ganze Universität von bestimmten Sachverhalten wusste, welche zum Beispiel kurz zuvor im Senat oder im Rektorat erörtert worden waren. Manchmal habe ich mich gefragt, wie das eigentlich geht. Trotzdem war es immer genau diese Art der Kommunikation, die mir Probleme bereitete. Sicherlich wurde meine Art der Verständigung wiederum unter den Ostdeutschen ausgewertet, so

---

<sup>2</sup> Prof. Dr. Gerhard Maeß. Siehe Band 1 dieser Reihe, S. 44-77.



dass ich zum Beispiel von Herrn Maeß erfahren musste, dass ich der Universität schweren Schaden zugefügt hätte und noch immer zufügen würde, weil ich mich mit der Max-Planck Gesellschaft, die für die Bauplanung für das Internationale Begegnungszentrum verantwortlich war, nachdrücklich mit dem Ziel der Beschleunigung dieses Projektes auseinander gesetzt habe. Ich habe nicht verstanden, wie diese Dinge zustande kamen. Für mich war es schlimm, dass ich von ganz anderen Seiten her Signale bekam, dass genau diese Belange schon längst überall diskutiert wurden. Diese Erlebnisse haben mich wirklich schwer belastet.

Hilde Michael:

Wie würden Sie die Entwicklung von Beginn ihrer Kanzlerzeit bis heute sehen und wie würden Sie anhand dieser Erfahrung die Universität Rostock in der Zukunft sehen?

Joachim Wittern:

Meinen Sie die Entwicklung der Universität oder die meiner Funktion?

Hilde Michael:

Nein, ich meine anhand der Haushaltsmittel allgemein und insgesamt.

Joachim Wittern:

Ich interpretiere das jetzt im Sinne der Entwicklung der Universität. Die Universität hat natürlich enorme Fortschritte gemacht, das ist keine Frage. Wenn Sie sich den baulichen Bereich anschauen, gibt es zum Beispiel die Neubauten in der Südstadt, die sehr gut gelungen und in Ordnung sind. Auf der anderen Seite bin ich gerade vor kurzem abgestraft worden, weil ich beispielsweise dieses dreijährige Interregnum von der Finanzseite her unter anderem auch in der Zeitung massiv mit dem Hinweis kritisiert habe, dass uns das Finanzministerium drei Jahre lang „am langen Arm hat verhungern lassen“. Das hat dazu geführt, dass der Rektor – entgegen den eindeutigen Regelungen des LHG - die Bauplanung seinem Stellvertreter, Herrn Professor Redmer zugeordnet hat. Mir wurde gesagt, dass in diesem Land nach einem anderen Gesprächspartner als dem Kanzler verlangt wurde. Das sind alles Erlebnisse, die einem das Leben nicht besonders leicht machen. Ich erzähle das auch nur, weil Sie mich danach gefragt haben. Hinsichtlich der Entwicklung der Universität sage ich abermals, dass wir 1993 eine Entwicklungsplanung für diese Universität erstellt haben, die das Ziel verfolgte, die Universität in Neubauten auf vier Standorten zu konzentrieren.

Damit wurde eine Planung aufgegeben oder abgelöst, nach der die gesamte Universität auf dem Campus der Südstadt errichtet werden sollte. Dieses war wegen der damit verbundenen Kosten von vielen hundert Millionen natürlich ein Wolkenkuckucksheim, dass musste auch jedem klar sein. Nicht anders verhielt es

sich mit der Vorstellung, das gesamte Klinikum mit zwei Milliarden DM „auf der grünen Wiese“ neu zu bauen. Das war die Euphorie der Wende und alles schlicht nicht finanzierbar.

An der Entwicklungsplanung mit dem Ziel von vier Standorten habe ich in den vierzehn Jahren meiner Dienstzeit strikt festgehalten und sie verfolgt. Das können Sie auch daran erkennen, dass es in der Südstadt die Neubauten für die Biologie, die Chemie, die neue Mensa und die neue Bereichsbibliothek gibt. Das sind unter anderem die Folgen dieser Festlegung.

Wir kümmern uns zurzeit um die Grundinstandsetzung des Maschinenbaus und die Errichtung eines Neubaus für die Informatik, das Rechenzentrum und die Physik, die alle in die Südstadtplanung gehören. Ein weiterer Standort, den Sie sicherlich kennen, ist der Standort Ulmenstraße. Das ist einer von den vier Standorten, die wir damals beschrieben hatten. Als ich allerdings zunächst hörte, dass es sich um eine Russenkaserne handelt, habe ich nur gesagt: „Lasst die Finger von den Russenkasernen, die können wir nicht gebrauchen.“ Als ich das Haus dann aber sah, war klar, dass wir dieses Objekt als einen innerstädtischen, unglaublich schönen und attraktiven Standort unbedingt bekommen mussten. Leider konnten wir damals nur den Erwerb der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät durchsetzen, da der Bund den Erwerb des Hauses, in dem heute noch die Bundespolizei sitzt, mit der Begründung verweigerte, es solle das zukünftige Gebäude der Post oder der Wasser- und Schifffahrsdirektion werden. Ich habe mich damals schon an das Bildungs- und Finanzministerium gewandt, weil ich nicht verstanden habe, wieso dieses Haus nicht mit erworben wurde. Mit dem Erwerb hätten die Juristen von Beginn an in die Stadt einziehen können. Das war das eigentliche, von mir verfolgte Ziel. Jener Vorschlag ist aber schließlich durch das Bildungs- und Finanzministerium abgelehnt worden. Dieses Haus wurde für den damaligen Bundesgrenzschutz hergerichtet. Als dieser dann eine Schießbahn auf dem Gelände errichten wollte, habe ich mich gefragt, was man sich dabei gedacht hat, auf einem Hochschulstandort eine paramilitärische Einheit einzurichten und dort auch noch Schießbahnen aufzubauen. Das ist dann unterblieben.

Nach der Neubildung der vorletzten Regierung habe ich meine Bemühungen um dieses Projekt wieder aufgenommen. Wir konnten uns Gott sei Dank durchsetzen, so dass das ehemalige BGS- bzw. Bundespolizeigebäude durch das Land erworben worden ist. Das Haus können wir voraussichtlich 2008/09 erwerben, noch immer mit dem Ziel, die Juristen dort unterbringen zu können. Es wird jedoch nur der Rumpfbereich der Juristen untergebracht werden können und der Rest wird der Philosophischen Fakultät gewidmet werden, so dass wir dann dort einen sehr attraktiven Standort haben werden. Natürlich muss auch weiter investiert werden, unter anderem für den zweiten Teil des Hörsaalgebäudes, weil dieser Standort als geschlossener Campus in einer sehr urbanen Umgebung eine hohe Attraktion für die Universität hat. Ich hoffe, dass wir im bauinvestiven

Bereich vor allem auch mit den Ingenieurwissenschaften vorankommen, weil sich diese in einem beklagenswerten Zustand befinden. Denn die Ingenieurwissenschaften können ihre Aufgaben zum Beispiel in der Grundlagen- und auch in der anwendungsbezogenen Forschung mit der Industrie wegen der desolaten baulichen Situation nur sehr unzureichend wahrnehmen. Daher wird es ganz wichtig sein, diese Bereiche schnell und qualifiziert auszubauen.

Als Nächstes wollen wir ein weiteres großes Projekt in der Südstadt, das Rechenzentrum mit der Informatik, beginnen. Aber auch dort gibt es Probleme mit der Landesregierung, wobei ich mir erhoffe, dass wir dieses alles durchsetzen können. So ist momentan die Situation im baulichen Bereich. Ich habe jedoch Sorgen um die Zukunft der Universität, weil ich glaube, dass es in diesem Land keine wirkliche Lobby für den Hochschulbereich insgesamt und erst recht nicht für die Universität Rostock gibt. Ich habe den Eindruck, dass die Landesregierung – das kann besonders an der Verfahrensweise des Finanzministeriums in den letzten drei Jahren gesehen werden – nicht besonders positiv gegenüber der Universität Rostock eingestellt ist.

Nun kann ich nicht leugnen, dass die Universität Rostock in ihrem taktischen und strategischen Verhalten keine so glückliche Hand hat wie die Universität Greifswald. Aber abgesehen davon habe ich den Eindruck, dass wir immer etwas schlechter behandelt werden als Greifswald. Ich sage das auch trotz meiner Herkunft als Westdeutscher, weil ich das so empfinde. Als ich nach Rostock kam, dachte ich immer, ich hätte einen Kollegen aus Westdeutschland in Greifswald und ich könne vielleicht dazu beitragen, diese Animositäten, die ich zwischen Greifswald und Rostock gespürt habe, aufzulösen. Das ist mir aber nicht gelungen. Insofern empfinde ich auch die Sparmaßnahmen, die der Universität auferlegt worden sind und werden, als keine Beförderung der Universität.

Für die Philosophische Fakultät sind beispielsweise trotz der alten Grundsatzentscheidung, die Schwerpunktausbildung im Lehramtsbereich in Rostock zu lozieren, nie die entsprechenden politischen Folgeentscheidungen getroffen worden. In Greifswald waren immer ungefähr vierzig Prozent der Studierenden, aber sechzig Prozent des Lehrpotenzials, in Rostock war es genau umgekehrt. Das ist bis heute noch so. Greifswald taktiert auch jetzt mit der Lehramtsausbildung im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen, indem Lehramtsstudiengänge fortgeführt werden, die wegen der Schwerpunktbildung in Rostock geschlossen werden sollten. Rostock ist hingegen in dieser Schwerpunktsetzung, die vom Land ausging, nicht richtig gefördert worden. Zwar hat Rostock die Auflage in der Zielvorgabe, ein Lehrerbildungszentrum mit allen damit verbundenen Stellen und technischen Konsequenzen zu gründen, die aber aus eigener Kraft zu erbringen sind. Ich erkenne mithin keine wirkliche Förderung in diesem und anderen Bereichen. Die massiven Sparmaßnahmen im personellen Bereich, die den Hochschulen, aber insbesondere der Universität Rostock auferlegt worden sind, stellen

keine Förderung der Universität dar - und inwieweit diese Maßnahmen zwingend sind, will ich nicht bewerten. Sie sind einfach existent. Zudem glaube ich, dass in diesem agrarisch geprägten Land und Landtag eine Lobby für die Hochschulen fehlt, die Universitäten finden wenig Anklang. Diesen Eindruck bekomme ich immer wieder, weil zwar die Bildung stets als Schwerpunkt der Entwicklung des Landes und der Landespolitik bezeichnet wird, die entsprechenden Taten aber nicht folgen.

Ich hoffe dennoch, dass es mit der Investitionstätigkeit endlich weiter voran geht. Es sollen nun 104 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren an dieser Universität verbaut werden. Wenn ich aber betrachte, wie die Planung jetzt wieder anläuft, habe ich das Gefühl, dass es genauso weiter geht wie in den letzten drei Jahren. Ich habe eine tiefe Skepsis hinsichtlich der Organisation der Bauplanung und –realisierung des Landes in dem bbl, „Betrieb Bau und Liegenschaften“.

Was die Personal- und Stellensparmaßnahmen angeht, sind wir noch lange nicht durch. Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Sparmaßnahmen nur strukturell erbracht werden können. Das, was jetzt geschehen ist und was noch geschehen wird, dass wir anteilspezifisch die Personalressourcen reduzieren, führt zu einer solchen Ausdünnung in allen Bereichen, sodass kein Bereich mehr richtig ausgestattet sein wird. Ich bin deshalb der Auffassung, dass wir diese Sparmaßnahmen nur durch die Beseitigung einzelner Strukturen erbringen sollten, auch wenn das hart klingt. Aber ich bin davon überzeugt, dass das der richtigere Weg wäre, weil ich eine weitere flächendeckende Reduzierung der Personalressourcen für absolut schädlich halte. Die Konkurrenzfähigkeit dieser Bereiche wird endgültig beseitigt, wie es im philosophischen Bereich zu sehen ist. Der Philosophischen Fakultät wird „angekreidet“, dass sie zu wenig Drittmittel einwirbt; sie begründet dieses damit, dass die Lehrbelastung in ihrem Bereich so hoch sei, dass für Forschung keine Kapazität mehr verfügbar sei. Gegen diese Argumentation kann nicht viel eingewendet werden! Wir bekommen kein zusätzliches Personal von der Landesregierung. Wenn ich Frau Keler<sup>3</sup> vorgestern in der Zeitung erklären hörte, wie erfreulich der Haushalt doch aussehe, dass sie Schulden abbauen und Rücklagen bilden könne, frage ich mich, warum Rücklagen gebildet werden, anstatt diese Mittel dazu zu nutzen, die Hochschulen schneller konkurrenzfähig zu machen. Das wäre die viel bessere Rücklage. Aber diese Konsequenz sieht in diesem Land keiner. Insofern werde ich zu diesen Dingen auch zunehmend schweigen, meine Dienstzeit nähert sich dem Ende und ich bin genügend bekämpft und bekriegt worden; ich will zum Schluss auch keine weiteren Kriege führen.

Jörn Wüstenberg:

Ich möchte eine Frage zu der eingangs erwähnten Sollbruchstelle stellen. Welche

---

<sup>3</sup> Sigrid Keler, seit 1996 Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Versuche haben Sie unternommen, um das Verhältnis zwischen Ihnen und dem Rektor zu entspannen? Wie haben Sie vor allen Dingen in Krisensituationen versucht, Kompromisse anzudeuten und wie viel Verständnis haben Sie für das Amt des Rektors beziehungsweise wie würden Sie die Eingrenzung, die Sie vorhin skizziert haben, begründen?

Joachim Wittern:

Die begründe ich schlicht und ergreifend damit, dass jeder Schuster bei seinen Leisten bleiben soll. Rektoren sind für die Leitung der Verwaltung nicht ausgebildet. Die einzigen Profis in der Hochschulleitung waren und sind derzeit noch die Kanzler. Die Rektoren haben aber in den letzten fünfzehn Jahren auch auf Bundesebene in einer so genannten Professionalisierungsdebatte das einzige professionelle Mitglied der Hochschulleitungen funktional reduziert und begrenzt und die statusspezifische Situation der Kanzler durch Begrenzung der Amtszeiten ohne die notwendigen Begleitentscheidungen so verschlechtert, dass ich um die Möglichkeit qualifizierter Nachbesetzung meiner Funktion fürchte. Die Professionalisierungsdebatte verfolgte eigentlich das Ziel, wirklich professionelle Hochschulleitungen zu installieren. Das ist nicht geschehen, denn die Rektoren und Präsidenten sind noch immer gewählte Professoren aus den Hochschulen, zum Teil auch aus anderen Hochschulen, sie sind aber nach wie vor für die Leitung einer Hochschule nicht ausgebildet. Deswegen bin ich der Meinung, dass es richtig ist, wenn sich die Hochschulleitungen auf das konzentrieren, für das sie kompetent sind. Und das ist nicht die Verwaltung.

Wenn Sie nach Kompromissen fragen, so habe ich diese Dinge mehrfach diskutiert, ich habe zwar keine Kompromisse vorgeschlagen, aber ich habe die Entscheidungen, die von der Rektorenschaft vorgeschlagen worden sind, akzeptiert, wie zum Beispiel die Zerschlagung des Dezernats für Studium und Lehre, indem ein „Zentrum für Qualitätssicherung in Studium und Lehre und Evaluation“ geschaffen und als Stabsstelle beim Rektor angesiedelt wurde. Der Rest dieser Verwaltung – das Studentensekretariat und die Studienberatung – gingen wieder in die Hände des Kanzlers nach dem Motto: „Sieh zu wie du das unterbringst.“ Wenn Sie nach solchen Kompromissen fragen, dann habe ich sie akzeptiert und darum keine Kriege geführt. Ich hätte es vielleicht tun sollen, aber ich habe es auch deshalb nicht getan, weil es auch der Hochschule geschadet hätte und weil ich sah, dass ich im Bildungsministerium keine Unterstützung fand.

Jörn Wüstenberg:

Haben Sie Verständnis für die Legitimation der Rektoren, die in ihren Bereich hineinregiert haben?

Joachim Wittern:

Nein, dafür habe ich kein Verständnis. Für mich zeigt das Hineinregieren in die Aufgaben des Kanzlers nur, dass man nicht weiß, was man tut. Rektoren haben wenig bis keine Ahnung von Arbeits- und Personalrecht und -führung, sie wissen auch nichts von Organisation, vom Haushalt, kennen die rechtlichen Grundlagen der Arbeit der Verwaltung nicht und gründen ihr Handeln im wesentlichen auf die ihnen vom Gesetz zugeordnete Leitungskompetenz. Wenn jemand immer an den eigentlich Verantwortlichen vorbei regieren will, sich um einzelne Dinge kümmert, für die er nicht verantwortlich ist, führt das zu einer Irritation von Kommunikation und Koordination und – ich sagte dies bereits – zur Erosion von Leitungsstrukturen zum nachhaltigen Schaden der Funktionsfähigkeit der Universität. Deshalb habe ich dafür kein Verständnis. Die Funktion des Kanzlers habe ich Ihnen aus meiner Sicht beschrieben, und ich bin fest davon überzeugt, dass es richtig ist, Kanzler zu haben, die nicht nur acht Jahre im Amt sind, da es eine Institution oder eine Position geben sollte, die zum Beispiel wegen des ständigen Wechsels der Hochschulleitung das Gedächtnis der Universität sicher stellt. Ministerien haben dieses Dauergedächtnis, eine Hochschulleitung jedoch nicht. Wird der Kanzler auch diesem stetigen Wechsel unterworfen oder die Verwaltung sogar zerschlagen und Prorektoren mit einer Amtszeit von zwei Jahren zugeordnet, so geht dieses Gedächtnis verloren, die Verhandlungspositionen der Universität werden deutlich geschwächt. Die Verwaltung in einer Universität hat jedoch dieses Gedächtnis. Das ist meines Erachtens auch der Grund dafür, dass beispielsweise das Bildungsministerium nicht mit den Kanzlern kommuniziert, sondern mit den Rektoren. Denn dort weiß jeder genau, dass für gewisse Entscheidungen bestimmte historische Kenntnisse notwendig sind, die auf diese Weise umgangen werden. Ich will (und kann) natürlich nicht bestreiten, dass Sie in mir einen ganz klaren Interessenvertreter hinsichtlich des Kanzleramtes vor sich haben.

Jörn Wüstenberg:

Führt die Verwaltung ein Eigenleben?

Joachim Wittern:

Nein, unsere Arbeit besteht darin, den Grundbetrieb in der Universität sicher zu stellen und das, was in den Gremien und durch den Rektor entschieden wird, durch- beziehungsweise umzusetzen. Das ist unsere Aufgabe, das ist die Verantwortung und Funktion des Kanzlers. Er hat aber auch als Mitglied der Hochschulleitung das Recht und die Pflicht, an der Entscheidungsfindung eines Rektorats – mit seinem Sachverstand und mit dem, was er weiß, auch aus der Vergangenheit weiß – mitzuwirken. Gerade diese Mitwirkung wird in Frage gestellt. Das halte ich für falsch. Ich sage es noch einmal. In mir finden Sie einen Interessen-

vertreter für dieses Amt, vom dem ich überzeugt bin, dass es richtig ist. Aber mir ist auch bewusst, dass die Rektoren dieses genau anders sehen. Sie haben nicht umsonst den Antrag auf Beseitigung des Kanzleramtes an das Bildungsministerium gestellt. Aber bis jetzt wurde noch nicht darüber entschieden. Dieser Punkt wird unter anderem Gegenstand der nächsten Elefantenrunde sein, welche am kommenden Mittwoch stattfindet. Das ist ein Treffen der Kanzler und Rektoren mit dem Bildungsministerium, in dem auch dieser Punkt erörtert werden soll.

Heiko Marski:

Wie ist eine Verwaltung der Mittel für die Stellen und die Lehraufträge beispielsweise möglich, ohne gleichzeitig eine wissenschaftliche beziehungsweise akademische Begleitung zu haben, die Hinweise geben kann, welche Mittel im akademischen Betrieb selbst wirklich benötigt werden und welche nicht? Das würde bedeuten, dass die Verwaltung die Entscheidungen ohne diese wissenschaftliche Begleitung treffen muss und nicht mit der akademischen Selbstverwaltung kommuniziert.

Joachim Wittern:

Es trifft nicht zu, dass eine Kommunikation zwischen den wissenschaftlichen Bereichen und der Verwaltung nicht stattfindet. Wir verteilen die Mittel auf der Basis der vom Senat beschlossenen Mittelverteilungssysteme, stimmen diese mit dem Rektorat, der Senatskommission Haushalt, Personal und Bau und dem Senat ab. Was die Einrichtungen mit den Mitteln machen, ist dann alleine ihre Entscheidung. Mit der derzeit zunehmenden Globalisierung des Haushaltes ist dieser auch weniger restriktiv, die Möglichkeiten des Mitteleinsatzes sind mittlerweile recht flexibel. Wir achten dabei aber darauf, dass das Haushaltsrecht, zum Beispiel die besonderen Beschaffungsregeln, nicht missachtet wird. Die Verwaltung hat auch sicherzustellen, dass der Haushalt nicht überschritten wird. Daneben nehmen wir die Funktion der technischen Abwicklung des Haushaltes wahr. Hinsichtlich des Personalbereiches ist es unsere Aufgabe als Verwaltung, die materiellen Personalentscheidungen, die durch die Fakultäten und Einrichtungen getroffen werden, also die Auswahlentscheidung eines Mitarbeiters, durch den Abschluss eines Arbeitsvertrages zu vollziehen. Sie sehen, bei jeder Verwaltungshandlung, die wir wahrnehmen, haben wir eine enge Verknüpfung zum wissenschaftlichen Bereich, mit dem wir unserer Arbeit eng abstimmen.

Heiko Marski:

Sie haben gesagt, dass es zwei Bereiche gibt, zum einen die akademische Verwaltung, die die Entscheidungen auf wissenschaftlicher Basis trifft und zum anderen die Ihnen unterstehende Verwaltung mit den Dezernaten. Inwiefern wäre es sinnvoll, die Verwaltung und das wissenschaftliche Personal miteinander zu

verflechten, so dass verwaltungstechnisch geschultes Personal den wissenschaftlichen Mitarbeitern zur Verfügung gestellt wird, um bestimmte Verwaltungsabläufe leichter durch- beziehungsweise umzusetzen?

Joachim Wittern:

Mit diesem Problem befasste ich mich seit drei Jahren, indem ich die Dekanate in Diskussionen verwickelt und ihnen Vorschläge unterbreitet habe, in den Dekanaten eine kleine schlagkräftige Verwaltungseinheit mit beispielsweise einem Dekanatsassistenten an der Spitze zu bilden, der nach BAT II a bezahlt wird. Zusätzlich sollte er durch ein bis höchstens vier MitarbeiterInnen für Aufgaben der Personal-, Haushalts- und Prüfungsverwaltung unterstützt werden. Wir haben dafür sehr intensiv gearbeitet. Zunächst wurden die Tätigkeitsbeschreibungen hinsichtlich der dort auszuübenden Aufgaben aus unserer Sicht entwickelt. Wir haben dieses dann den Dekanen zur Verfügung gestellt. Leider mussten wir jedoch feststellen, dass sich die Dekanate nur sehr zögerlich mit diesem Vorschlag auseinander gesetzt haben. Und ich muss auch beklagen, dass es mir bislang noch nicht gelungen ist, alle davon zu überzeugen, eine solche Dekanatsverwaltung zu bilden. Eine solche kleine Verwaltungseinheit gibt es in der Fakultät für Informatik und Elektrotechnik (IEF). Es gibt auch eine Entscheidung der Philosophischen und der Theologischen Fakultät zusammen zu gehen, was ich für richtig halte. Allerdings gibt es hierbei das Problem, die notwendigen Stellen aus dem Bestand bereitzustellen. Ich halte die Bildung einer solchen kleinen Verwaltungseinheit für richtig und notwendig, weil das LHG einerseits den Dekanen deutlich größere Verantwortung zugewiesen hat und andererseits die Globalisierung des Haushaltes dazu führt, dass wir delegieren wollen und müssen. Wir wollen nicht mehr alles zentral machen. Im Übrigen können wir es nicht mehr, weil auch bei uns massiv Personal reduziert wird.

Kersten Krüger:

Ich möchte noch einmal auf die Sollbruchstelle zurückkommen. In den alten Bundesländern wurde teilweise versucht, mit dem Präsidialamt diese Spannung aufzulösen. Sie kommen aus Hamburg, ich habe dort ebenfalls studiert und gelehrt. Ich empfand die Zeit unter Fischer-Appelt,<sup>4</sup> der seinerzeit kein Professor war, als eine glückliche Lösung. Meine Wahrnehmung mag falsch sein, aber wie sind ihre Erfahrungen? Es gibt andere, ich möchte den Präsidenten mit Namen nicht nennen, die für dieses Amt eine völlige Fehlbesetzung an anderen Uni-

---

<sup>4</sup> Prof. Dr. Peter Fischer-Appelt, ehemaliger Präsident der Universität Hamburg. Vgl. Erstmals nach über zwanzig Jahren. Reden, gehalten aus Anlaß des Wechsels im Amt des Universitätspräsidenten am 17. Juni 1991 im Hörsaal A des Hauptgebäudes der Universität. Hamburg 1992 (Hamburger Universitätsreden 51).



versitäten waren. Halten Sie den Versuch, den strukturellen Unterschied, den in einer Doppelspitze angelegten Konflikt zwischen den beiden Ämtern zu lösen, indem ein Präsident eingesetzt wird, für ein gelungenes Modell?

Joachim Wittern:

Das ist natürlich die Frage, Kanzler oder nicht Kanzler. Die Präsidialverwaltung bedeutet, dass nur eine Spitze, sowohl für den akademischen als auch für den Verwaltungsbereich vorhanden ist. In Hamburg hat es eine ganze Zeit lang nur „einen leitenden Verwaltungsbeamten“ gegeben. Inzwischen ist dort der Titel des Kanzlers wieder eingeführt worden. Für mich ist das keine Frage der Weisungsmöglichkeiten, sondern der Klarheit der Aufgabenabgrenzung. Es ist völlig egal, wie diese Funktion benannt wird, es muss nur klar sein, wer für was zuständig und verantwortlich ist. Diese Verantwortlichkeiten müssen klar sein. Ich halte es nicht für richtig, wenn die Präsidenten gerade, wie es ihnen in den Sinn kommt, mal hier und mal da eingreifen. Hinsichtlich der Präsidialverfassung und dem angesprochenen Vizepräsidenten, der für die Verwaltung des Haushaltes und des Personals zuständig ist, handelt es sich hierbei letzten Endes ebenfalls um eine Kanzlerfunktion, wenngleich diese deutlich reduziert ist. Jeder hat eine bestimmte Funktion und Aufgabe. Daher kann es nicht sein, dass ein Präsident, nur weil er der Präsident ist, in die Aufgaben des Vizepräsidenten hineinarbeitet. Das ist nicht vernünftig.

In jeder Aktiengesellschaft haben Sie einen Vorstand mit bestimmten Aufgabenbereichen, die eigenverantwortlich wahrgenommen werden. Zwar unterstehen diese einer generellen Zielsetzung des Unternehmens, sind aber dennoch eigenverantwortliche Bereiche. Ein jeder würde es sich verbitten, wenn in seinen Verantwortungsbereich hinein- beziehungsweise an ihm vorbei gearbeitet würde. Es kommt also darauf an, wie ein solches Leitungsinstrument gelebt wird. Greift der Rektor aufgrund seiner Position in alle Dinge ein, wie es ihm gerade einfällt, oder hält er sich besser etwas zurück, indem er in dem jeweiligem Verantwortungsbereich darauf aufmerksam macht, dass hier und da das eine oder andere falsch läuft und sich der Zuständige darum kümmern sollte, dann würde ich letzteres bevorzugen. Für mich ist nicht die Frage entscheidend, ob es einen Präsidenten, einen Rektor oder einen Kanzler geben sollte, sondern für mich ist wichtig, wie die Kooperation innerhalb eines solchen Leitungsorgans organisiert ist. Für falsch halte ich, dass es nur einen Einzigen gibt, der alles zu bestimmen hat. Dazu ist ein Universitätsbetrieb zu groß. Es gibt Organisationsprinzipien, nach denen es höchstens sieben nachgeordnete Einrichtungen geben sollte. Wenn die Universität in ihrer äußerst heterogenen Struktur betrachtet und beachtet wird, was alles dazu gehört, dann kann es nicht richtig sein, dass es nur eine Person gibt, die in dieser Struktur alleine bestimmt. Die Grundsätze soll der Rektor alleine bestimmen, aber

er soll auch die Aufgabenbereiche so strukturieren, dass sie als Aufgabenbereiche eigenverantwortlich wahrgenommen werden.

Daniel Münzner:

Sie haben erwähnt, dass ihre Amtszeit in Hamburg in die Unruhen der Studentenstreiks gefallen ist und Sie eingesetzt wurden, um die aufgebracht Studenten zu befrieden. Wie sah das aus? Haben Sie die Studenten von den Türen weggezogen oder handelte es sich hierbei vielmehr um juristische Vorgänge, bei denen Verfahren gegen die Studenten eingeleitet wurden, um die Universität wieder begehbar zu machen? Wie war die Kommunikation zwischen Ihnen und den Studenten?

Joachim Wittern:

Das Wegdrängen, die juristische Verfolgung und so weiter, hatte nichts mit der Kommunikation zwischen uns und den Studierenden zu tun. Wir waren selbst gerade dem Studentendasein entsprungen. Wir hatten unser Referendariat hinter uns und waren junge Regierungsräte. Wir waren gerade fünf Jahre älter als die Studierenden, mit denen wir es zu tun hatten. Unsere Aufgabe war allein, mit den Studierenden viel zu reden, Überzeugungsarbeit zu leisten, es war keine Rede von Wegdrängen oder Polizeiholen. Und aus meiner eigenen Erfahrung weiß ich, dass mit den meisten Studierenden gut zu reden ist.

Daniel Münzner:

Welche markanten Unterschiede haben Sie im Hinblick auf das westdeutsche Hochschulsystem im Vergleich zum ostdeutschen erlebt? Was haben Sie als positiv und was als negativ hinsichtlich ihrer Arbeit in der Verwaltung erlebt? Was hätten Sie gern aus dem westdeutschen System mit hierher genommen beziehungsweise was würden Sie lieber aus dem ostdeutschen System auf die westdeutschen Hochschulen übertragen?

Joachim Wittern:

Wenn ich das westdeutsche und das ostdeutsche System vergleichen soll, dann tue ich mich deshalb etwas schwer, weil das westdeutsche dem ostdeutschen System aufgepfropft wurde. Inzwischen finden wir das westdeutsche Hochschulsystem hier vor. Insofern kann ich die Situation nur so beschreiben, dass die Gremienuniversität in breitem Umfang verteuftelt wurde. Die momentane Tendenz ist es, sich an einen großen Führer zu hängen. Das ist die andere Seite des Pendels. Ich bin davon überzeugt, dass eine durchaus stringente Führung einer Universität, die willens und auch in der Lage ist zu überzeugen, etwas Gutes ist. Ich bin aber auch der Meinung, dass eine Universität etwas mit Erörterung, Auseinandersetzung und Diskurs zu tun hat, und wenn das dahingehend missverstanden wird, dass der eine Führer nur noch das Sagen hat, dann hat das nichts mehr mit Universität zu tun.

Das ist jedenfalls nicht das, was ich mir unter einer Universität vorstelle. Den ehemaligen, ostdeutschen Hochschulbereich kenne ich nicht, daher kann ich das nicht beurteilen. Was jetzt übertragen wurde, ist das westdeutsche System. Deshalb kann ich nicht sagen, ob und was in Rostock wesentlich anders ist als in Hamburg.

Heiko Marski:

Es gibt immer mehr Rektorenstabsstellen oder ähnliche Einrichtungen, die Verwaltungsaufgaben und entsprechende Dinge zu lösen haben. Eine hatten Sie vorher genannt: das ZQS. Eine verwandte Funktion besitzt die Controllingeinheit, die häufig in diesen Bereich hinein fuhrwerkelt und dem Studentensekretariat die Aufgaben quasi abgenommen hat. Das Studentensekretariat darf zum Beispiel keine Zahlen mehr herausgeben, so dass wir uns als studentische Vertreter jetzt immer an die Controllingeinheit wenden müssen, wenn wir Zahlen haben wollen. Inwiefern halten Sie es für sinnvoll, dem Rektor unterstellte Verwaltungseinheiten zu bilden, die sicherlich sehr nah am akademischen Bereich sind, die aber auf der anderen Seite Tätigkeiten ausüben, die nicht von der Verwaltung kommen, so dass Stabsstellen gebildet werden, die nicht ordentlich integriert werden und somit als eine Art loses Gremium arbeiten?

Joachim Wittern:

Die Bildung von Stabsstellen ist immer ein negatives Zeichen, vor allem wenn sie proliferiert. Stabsstellen sind nichts Gutes, weil diese meistens dazu führen, dass Spiegelverwaltungen entstehen. Dadurch entstehen Doppelungen in der Arbeit, Koordinations-, Kommunikations-, Haushalts- und weitere Probleme. Ein Rektor braucht natürlich einen qualifizierten persönlichen Referenten. Er benötigt auch ein qualifiziertes Rektorat und Mitarbeiter, die ihm zuarbeiten, vielleicht sogar einen zweiten guten Mann. Ansonsten verfügt er über seine Prorektoren, die wiederum ihre eigenen Mitarbeiter haben, die die wissenschaftliche Strukturarbeit mit leisten können. Ich bin aber im Großen und Ganzen ein Gegner von Stabsstellen. Wenn Sie das Controlling ansprechen, so ist das keine Stabsstelle des Rektors, sondern eine beim Kanzler. Das Controlling ist deswegen nur eine Stabsstelle des Kanzlers, weil jeder sie haben möchte; weil das der Fall war, habe ich diese als Stabsstelle beim Kanzler organisiert, damit kein Streit entsteht. Wenn Sie sagen, dass das Studentensekretariat keine Zahlen mehr herausgeben darf, dann ist das natürlich so nie gesagt worden. Aber ich wollte, dass es aufhört, dass aus vielen verschiedenen Ecken und Enden der Universität immer ganz unterschiedliche Daten und Zahlen herausgegeben werden, da dies über mehrere Ecken zu falschen Daten führt und am Ende die Frage im Raum steht, wie sich unsere Universität eigentlich darstellt, weshalb so unterschiedliche Daten genannt werden. Das Controlling ist für die Hochschulstatistik verantwortlich. Aus diesem

Grund habe ich dafür gesorgt, dass nur belastbare Daten und Zahlen veröffentlicht werden. Wenn das Studentensekretariat zum Beispiel im Zulassungsverfahren Zahlen heraus gibt, wie viele Studenten sich wo beworben haben, dann ist das dem Informationsinteresse geschuldet. Aber statistische Daten und Fakten sollen über das Controlling oder die Fachdezernate gegeben werden, damit die Daten, die dann veröffentlicht werden, wahr und belastbar sind.

Martin Lehmann:

Mir ist aufgefallen, dass es immer wieder in den Fakultäten und in anderen universitären Einrichtungen Diskrepanzen bei der Verteilung von finanziellen Mitteln gibt, so dass innerhalb einer Fakultät der eine Bereich sehr starke pekuniäre Zuwendungen erhält, dafür in einem anderen Bereich das Geld an allen Ecken und Enden fehlt. Warum ist es so schwierig, die monetären Mittel umzulegen? Wenn es beispielsweise um die Anschaffung von Büchern in der Bibliothek geht, werden Stützgelder für Bücher gestellt und diese reichen überdurchschnittlich für die Bestände aus. Allerdings fehlt es sogleich an Mitteln für die technische Ausstattung, wie Computer. Warum ist es nicht möglich einen Teil dieser Zuwendungen, von denen die Bücher bestellt werden, auf die Technik umzulegen, so dass neue Technik angeschafft werden kann und anstelle dessen auf ein Buch mehr verzichtet wird?

Joachim Wittern:

Das ist möglich. Es ist aber auch richtig, dass es Ihnen bis jetzt immer anders begegnet ist. Da kann ich Sie dann immer nur bitten, dass Sie uns darüber informieren. Bei der Mittelverteilung geht es um Entscheidungen der jeweiligen Fakultäten. Wir haben die haushaltstechnische Flexibilität schaffen können, damit wir im Haushalt nicht starr festgelegt sind. Grundsätzlich haben wir einen Wirtschaftsplan, der in drei bis vier Titeln im Haushalt abgebildet wird. Innerhalb dieses Planes sind wir in der Regel flexibel und können über Deckungsfähigkeiten alle Mittel flexibel einsetzen. Die Fakultäten tun dies jedoch nicht. Ein Beispiel sind die wenigen Reisemittel, die wir haben und die dann auch noch pro Kopf auf die Professuren verteilt werden, so dass jeder einmal nach Hamburg hin und zurück fahren kann. Die Professoren müssten sich einmal untereinander verständigen und auf einen gleichen Nenner für die Verteilung der Reisemittel kommen, indem sie beispielsweise die Mittel zentral in der Fakultät halten und streng nach Sach Gesichtspunkten verteilen, zum Beispiel auch für einen großen Kongress besondere Reisemittel bereit zu halten, damit eine solche Kongressreise finanziert werden kann. Das findet jedoch nur sehr wenig Anklang bei den Professoren. Darin werden wir uns von der Verwaltungsseite aber auch nicht einmischen. Das ist gerade die autonome Verwendung der Mittel durch die Fakultäten. Sie haben natürlich Recht, dass die Mittelausstattung der Universität Rostock

insgesamt zu gering ist. Wenn Sie zum Beispiel an die CIP [Computer-Pool]-Problematik denken, dann ist das ein riesiges Problem, nicht nur für die Fakultät, sondern auch für die Universität. Bis jetzt haben wir die Beschaffungen immer über die HBFG [Hochschul-Bau-Förderungs-Gesetz]-Schiene, über die Mitfinanzierung des Bundes realisieren können. Diese ist jedoch weggefallen, so dass wir die Refinanzierung der Pools auch noch mit unseren bescheidenen Geldmitteln sicherstellen müssen. Da sehen Sie, wo die Probleme sitzen, um die wir uns dann als Universitätsverwaltung kümmern müssen. Wir versuchen Lösungen zu finden, aber wir können das Geld nicht vermehren. Da liegt das Problem. Und wenn Sie die vielfachen Wünsche sehen, die auf uns nieder stürzen, dann weiß ich nicht, wie ich diese alle unter einen Hut bringen soll.

Daniel Münzner:

Was ist an Mitteln verschenkt worden? Hätte die Universität mehr an Bundesmitteln abschöpfen können? Stimmt es, dass Gelegenheiten verpasst worden sind?

Joachim Wittern:

Ich kann das natürlich erst ab 1993 beurteilen. Schon 1993 ist hier eine restriktive Verfahrensweise durch das Finanzministerium eingezogen, die es verhindert hat, Konzepte schnell und zügig zu realisieren. Wenn Sie beispielsweise an die Südstadtplanung denken, haben wir die Raumprogrammierung für die großen Bereiche in der Südstadt dreimal neu erarbeiten müssen, weil das erste Raumprogramm viel zu groß und zu teuer war. Dann hat das Finanzministerium die Parameter verändert mit der Maßgabe, diese in die Planung umzusetzen und dann sind die Baumaßnahmen nicht in einem Zug realisiert, sondern in drei und vier Bauabschnitte unterteilt worden. Das war die Verfahrensweise der Südstadtplanung. Bei diesem Thema berühren Sie bei mir einen sehr empfindsamen Punkt, weil sich die Verwaltung mit unglaublicher Energie darum bemüht hat, diese Planung voran zu treiben, aber sie ist dabei immer wieder behindert worden. Wenn Sie also wollen, sind durch diese Verzögerungen Gelegenheiten verpasst worden.

Wir haben als Universität keine Bauherrenfunktion und auch nicht die Kompetenz im Haushalts- und Finanzplan, um bestimmte Mittel für Bauten bereit zu stellen. Wir dürfen immer nur um dieses oder jenes bitten. Das ist unser eigentliches Problem. Ich bin daher auch der Meinung, dass wir mit dem bbl eine Einrichtung der Bauverwaltung haben, die schlecht ist und auch immer schlechter geworden ist. Das ist sicherlich auch im Zusammenhang mit den Personalsparmaßnahmen des Landes geschehen. Wenn Sie sich die „PEM“ ansehen, das so genannte Personalmanagement des Finanzministeriums, das für Vermittlung der so genannten Überhänge aus der Bauverwaltung verantwortlich ist, dann motiviert das niemanden. Das wirkt sich demotivierend und Inkompetenz steigernd in der Arbeit aus.

Kersten Krüger:

Eine abschließende Frage möchte ich noch stellen. Können Sie Stellung zum Problem der Hochschulautonomie und der staatlichen Verwaltung oder der staatlichen Vorgaben aus den Ministerien nehmen?

Joachim Wittern:

Sie sprechen natürlich damit den Leiter der Verwaltung an, der im Wesentlichen die staatliche Auftragsverwaltung wahrnimmt. Ich glaube schon, dass wir gerade durch die Globalisierung der Haushalte eine sehr weitgehende Flexibilität für die Umsetzung des Haushaltes haben. Allerdings sind wir im Baubereich völlig machtlos, da wir dort nicht mit den passenden Kompetenzen ausgestattet sind. Im Haushaltsbereich dagegen sind wir ziemlich selbstständig und können vieles allein entscheiden. Was den akademischen Bereich angeht und die dortige Genehmigungspflicht, ist die gesamte Politik auf dem Wege, die restriktive Genehmigungspraxis abzubauen. Wenn Sie beispielsweise an die Gründung von Fakultäten oder Studiengängen und die Genehmigung von Prüfungsordnungen denken, werden diese durch das Hochschulgesetz an die Hochschulentwicklungsplanung gebunden; haben wir also einen Entwicklungsplan, in dem bestimmte Dinge einvernehmlich festgeschrieben sind, können wir Studiengänge ohne weitere Genehmigungsvorbehalte selber organisieren. Dort wird zukünftig versucht werden, sich von den so genannten restriktiven Genehmigungssituationen zu trennen. Ich glaube auch, dass sich der Staat in der Zukunft noch weiter zurückziehen wird.

Auf der anderen Seite sehe ich natürlich die Verpflichtung der Hochschulen zur Rechenschaft dem Staat gegenüber hinsichtlich der Verwendung der bereitgestellten Ressourcen. Deshalb bin ich der Meinung, dass der Staat/das Land, vertreten durch das Bildungsministerium, ein Recht darauf hat, zu wissen, was in den Hochschulen geschieht. Ein Staat hat ein Recht auf Rechenschaft von der Hochschule. Ob damit immer die Genehmigungserfordernisse für alles und jedes verknüpft sein müssen, bezweifle ich. Ich glaube, dass in diesem Sinne die Politik auf dem Wege ist, mehr Freiheit einzuräumen. Denken Sie nur an die Überlegungen, Stiftungsuniversitäten zu gründen, wobei natürlich dieses nur ein Instrument ist, um Freiheit zu gewähren. Wenn die Politiker das so wollen, könnte das auch dieser Körperschaft gewährt werden, ohne sie dabei in eine Stiftung umwandeln zu müssen. Aber die Politik verwendet gerne das Instrument anderer Rechtsformen, um mehr Freiheit zu gewähren. Doch glaube ich, dass die Tendenz dahin geht und in der Bildungspolitik durchaus sichtbar ist, dass sich die Politik aus der Restriktion immer weiter zurückziehen wird. Aufgeben wird sie Genehmigungsvorbehalte ganz sicherlich nie.

Kersten Krüger:

Mit dem Ausblick auf mehr Freiheit beenden wir die Sitzung und danken unserem Kanzler, Joachim Wittern, für seine Darlegungen in Vortrag und Diskussion sowie allen Teilnehmenden an diesem Seminar.

## Buchholz, Edith



Auszug aus dem  
Catalogus Professorum Rostochiensium  
([http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001613](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001613))  
vom 05.04.2008

---

<i>akademischer Titel:</i>	Prof. Dr. phil. habil., Ing.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	1985-87      Hochschuldozentin für Englische Sprache 1987-93      Professorin für Angewandte Sprachwissenschaft
<i>Fakultät:</i>	Sektion Angewandte Sprachwissenschaft (1988-1990) Philosophische Fakultät (1990- )
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	angewandte Linguistik, Fachsprachenausbildung

---

<i>Weitere Vornamen:</i>	Ida Ilse
<i>Lebensdaten:</i>	geboren am 16.10.1935 in Magdeburg
<i>Vater:</i>	Ernst Kieckhöfel
<i>Mutter:</i>	Ilse Kieckhöfel, geb. Lücke
<i>Kurzbiographie:</i>	
1954-59	Studium der Fächer Anglistik und Germanistik, Univ. Leipzig und Univ. Greifswald
1959-61	Redaktionsassistent Radio Berlin International, English Department, Staatliches Rundfunkkomitee Berlin
1961-85	Lektor, Lehrer im Hochschuldienst, wiss. Oberassistent, Univ. Rostock
1964-69	Fernstudium für Elektronik, Ingenieurschule für Elektrotechnik Mittweida
1985	Ernennung zur Hochschuldozentin, Institut für Fremdsprachen, Univ. Rostock
1987-93	ordentliche Professorin für Angewandte Sprachwissenschaft, Univ. Rostock
1993	Frührente wegen Abwicklung der Sektion Sprachwissenschaft



*Akademische Abschlüsse:*

Studien-  
abschluss: 1959 Diplom, Univ. Greifswald  
Studien-  
abschluss: 1969 Ing., Ingenieurschule für Elektrotechnik Mittweida  
Promotion: 1975 Dr. phil., Univ. Rostock  
Habilitation: 1984 Dr. sc. phil. (Hochschulfremdsprachenmethodik), Univ.  
Rostock

---

*Akademische Selbstverwaltung:*

1988-90 Direktor der Sektion Angewandte Sprachwissenschaft

*Funktionen:*

1986 Berufung zum Mitglied des Wiss. Beirates für Fremdsprachen beim  
Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR, Leitung  
der Arbeitsgruppe "Computergestützter Fremdsprachenerwerb"

*wissenschaftliche Mitgliedschaften:*

European Association for Computer-Assisted Language Learning (EURO CALL)  
Association of Literary and Linguistic Computing (ALLC)  
Gesellschaft für Angewandte Linguistik (GAL)

*Ehrungen:*

Humboldt-Medaille in Silber (Kollektiv)

---

*Werke (Auswahl):*

Buchholz, Edith, Bedarfsgerecht differenzierte Weiterbildung von Hoch- und  
Fachschulkadern auf dem Gebiet der Fremdsprachen - untersucht am Beispiel der  
englischen Sprache im Bereich Seewirtschaft der DDR. Univ. Rostock, 1984.  
Buchholz, Edith, Zum Wortschatz der englischen Fachsprache der Seewirtschaft.  
In: SPRACHE IN WISSENSCHAFT UND TECHNIK (Hrsg. L. Hoffmann),  
Linguistische Studien, Vlg. Enzyklopädie Leipzig 1978, S. 20-37.  
Buchholz, Edith, Antje Düsterhöft: A Natural Language Interface (NLI) for  
Database Design - Issues to be Solved. Grundlagen von Datenbanken 1993: 35-39.  
PORTSPEAK (CD-ROM Hafenenglisch, EU-Projekt mit internationalen Partnern).

*Quellen:*

eigene Angaben

*Weitere Literatur:*

Wer ist Wer? Das deutsche Who's Who  
Kürschner Linguistenhandbuch

## **Zeitzeugenbericht von Frau Prof. Dr. Edith Buchholz am 22. Juni 2007**

Kersten Krüger:

Wir begrüßen unsere Zeitzeugin, Frau Prof. Dr. Edith Buchholz, Fachvertreterin der Angewandten Sprachwissenschaft der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock. Liebe Frau Buchholz, Sie haben das Wort.

Edith Buchholz:

Der Einladung, in der Reihe „Zeitzeugenberichte“ bin ich erst nach einigem Zögern gefolgt, da meine Erfahrung mir sagte, dass erst nach einem längeren zeitlichen Abstand von den Ereignissen eine sachliche Auseinandersetzung dazu möglich sein würde. Andererseits musste ich davon ausgehen, dass es rund eineinhalb Jahrzehnte nach dem Ausscheiden aus dem Universitätsleben einen nicht unerheblichen Aufwand bedeuten würde, sich der Aufgabe zu stellen, als Zeitzeugin aufzutreten. Den Ausschlag gab letztendlich die Erkenntnis, dass mit dem Fachgebiet „Angewandte Sprachwissenschaft“ die DDR eine internationale Entwicklungstendenz aufgegriffen hatte, die an den Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik offiziell keine Widerspiegelung fand, wohl aber von einer ganzen Reihe dortiger Fachkollegen meist außerhalb der Universitäten aktiv betrieben wurde. Internationale Gremien, über die später zu berichten sein wird, haben die entsprechenden Entwicklungen zu einer modernen Fremdsprachenvermittlung koordiniert und gefördert.

Bevor ich jedoch zu den im engeren Sinne fachlichen Darlegungen komme, gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen zur persönlichen Entwicklung. Manche meiner späteren Entscheidungen grundsätzlicher Bedeutung sind sicher stark von Schlüsselerlebnissen aus meiner Kindheit und frühen Jugendzeit geprägt und nachzuvollziehen.

Ich beginne mit meiner Kindheit. In Magdeburg geboren und eingeschult, habe ich erste prägende Erinnerungen an die Bombenabwürfe der Alliierten auf Magdeburg. Vom 16. Juli 1940 bis zum 17. April 1945 wurden insgesamt 53 Bombenangriffe auf Magdeburg geflogen. Um uns zu schützen – wir waren drei kleine Kinder – brachte mein Vater uns in das hinterpommersche Dorf Altsarnow, sein Geburtsdorf. Er ließ uns dort noch 1944 ein Holzhaus-Eigenheim bauen, so überzeugt war er davon, dass alles nur vorübergehend war und der Endsieg kommen werde. Ich war noch in Magdeburg eingeschult worden, wo es für jeden Schülerjahrgang einen Klassenraum gab. Doch hier in Altsarnow lernte ich eine

Dorfschule kennen, in der alle Schüler von einem Lehrer in zwei verbundenen Räumen in zwei Altersgruppen (1. bis 4. und 5. bis 8. Klasse), unterrichtet wurden. Er wechselte ständig von einem Unterrichtsraum in den anderen. Später durfte ich dann zu seiner Unterstützung die Kleineren in das Alphabet einführen. Die Idylle und die Sicherheit dort in der Nähe des Stettiner Haffs waren bald vorüber, wir sahen Stettin brennen, die Bomber warfen beim Hin- und Rückflug auch mal ihre Bomben bei uns im flachen Land ab. Im Februar 1945 verließen wir dann Altsarnow, diesmal auf der Flucht vor der nahenden Ostfront. Zunächst per Fuhrwerk, später dann per Zug ging es zurück nach Magdeburg. Wir erreichten die Stadt nach mehreren Tagen. Die Industriestadt war nach dem schwersten Bombenangriff am 16. Januar 1945 zu 60 Prozent, die Innenstadt zu 90 Prozent zerstört worden. Tausende von Menschen verloren ihr Leben, 190.000 wurden obdachlos. Die Stadt stand hinsichtlich der Zerstörung hinter Dresden und Köln an dritter Stelle. Wir gingen nach unserer Ankunft (einen Monat nach diesem zerstörenden Bombenangriff) nachts durch die Stadt: schwarze Mauern, durch die das Mondlicht fiel. Es roch fürchterlich. Heute weiß ich, dass es nicht nur die ausgebrannten Gebäude waren, sondern in den Flammen verbrannte oder noch nicht geborgene Opfer. Es war sehr beängstigend, diese Eindrücke haben mich jahrelang verfolgt.

In den Außenbezirken von Magdeburg wurden noch immer Transporte für Obdachlose zusammengestellt. Mein Vater schaffte uns zu einem dieser Transporte. Er endete für uns in der Börde an der Grenze zwischen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen in einem Dorf, das vom Krieg völlig verschont war. Dort war der Boden fruchtbar, schwerer Bördeboden, von reichen Großbauern bewirtschaftet. Sie hatten während des Krieges Polen, oder wie man dort sagte „Pollacken“ als Arbeitskräfte, die aber in dieser Endphase des Krieges alle schon in ihre Heimat zurückgekehrt waren. Wir wurden als „Pollackenersatz“ willkommen geheißen. Wir kamen in die von ihnen verlassenen Räume und fanden menschenunwürdige Bedingungen vor. Fehlende Voraussetzungen für einfachste hygienische Bedürfnisse hatten zur Verbreitung von Flöhen und anderem Ungeziefer geführt. Solche „Lebensbedingungen“ hatten wir bisher nicht kennen gelernt. Wir waren wohl als billige Arbeitskräfte, nicht aber als Familie mit 4 Kindern auf der Flucht vor dem nahenden Kriegsende willkommen. Ich musste erleben, wie ein in Not geratener Deutscher bei reichen Deutschen unwillkommen sein kann.

Meine Mutter meldete fünf Personen als zugezogen an. Kurze Zeit später starb mein drei Monate alter Bruder, der die ganze Flucht im Kinderwagen mitgemacht hatte. Wir zwei großen Mädchen – acht und zehn Jahre alt, mussten dann in der Ernte und auch sonst auf den Feldern der Großbauern arbeiten. Wir mussten so die Miete erarbeiten, denn wir hatten natürlich kaum mehr als einen Kinderwagen, der nicht mehr gebraucht wurde.

Im April 1945, etwa einen Monat später, besetzten die Amerikaner das Dorf. Sie verteilten Lebensmittel und sahen komischerweise (für uns Kinder damals) schwarz aus. Nach einigen Wochen wurde das Dorf der sowjetischen Besatzungszone zugeordnet. Einige Monate später war das freie Kinderleben vorbei, es wurden wieder Schulen eingerichtet. Es kamen Neulehrer, in Schnellkursen ausgebildet, die sehr engagiert waren, und auch klug. Wir bekamen wieder für jede Altersstufe einen Klassenraum und einen Klassenlehrer. Ich konnte das verlorene Schuljahr überspringen und 1950 die Grundschule abschließen.

Aus diesem Lebensabschnitt ist mir eine unsägliche Angst vor Kriegsflugzeugen und Sirenen, eine Angst vor Krieg überhaupt und später eben eine Ablehnung des Krieges als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ geblieben. Heute noch erregt es mich tief, wenn Kriegsflugzeuge in der Nähe ihre Übungsflüge absolvieren. Das bleibt irgendwie.

Im Sommer 1950 wurden meine Eltern mit der Frage konfrontiert, ob sie die Älteste auf die Oberschule schicken wollten, ausgerechnet die, die mit 14 Jahren schon zum Familienunterhalt hätte beitragen können. Die Zustimmung der Eltern bedeutete für mich Internat, denn natürlich war am Ort keine Oberschule. Die nächste befand sich in Haldensleben, etwa 50 Kilometer entfernt. Ein zweites Problem für das Internatsleben war meine Ausstattung mit Kleidung und Bettwäsche, die dort mitzubringen war und die wir so nicht hatten. Kleidung war etwas weniger problematisch, da manches Stück aus Schafwolle zu fertigen war, die meine Mutter statt Geld für das Verspinnen von Schafwolle im Auftrag von den Großbauern erhielt. Zu dieser Zeit warb die FDJ in Vorbereitung des 1. Deutschlandtreffens um Mitglieder und für die Teilnahme an diesem Treffen. Gegen einen minimalen Unkostenbeitrag wurden dafür Jacke, Bluse und ein Paar stabile Schuhe geboten. Die Aussicht auf die dringend benötigten Kleidungsstücke und das Zusammentreffen mit vielen Jugendlichen nicht nur aus Deutschland waren Anreiz genug, FDJ-Mitglied zu werden.

Die Internatszeit war natürlich für mich eine erhebliche Umstellung: neue Umgebung, fremde Personen und nur selten die Möglichkeit, an den Wochenenden in die gewohnte Umgebung zurück zu kehren (Entfernung, Verkehrsangebot). Hier vollzog ich – überwiegend durch die Eindrücke aus Kriegs- und unmittelbarer Nachkriegszeit – die erste vorsichtige Hinwendung nach links, obwohl ich kirchlich erzogen worden war.

In vielen Fächern unterrichteten alte Lehrer, die vom Krieg freigestellt waren und zum Teil noch im alten Geiste lebten. Der jüngste Fachlehrer, ein Neulehrer, war natürlich für das Fach Russisch eingestellt. Das Internat hatte eine gute, große Bibliothek, die uns zugänglich war, da sie der Oberschule gehörte. Neben den deutschen Klassikern gab es auch viele interessante Werke neuer Autoren: Seghers, Zweig, Gorki, Dostojewski, Tolstoi, Turgenjew, Fadejew. In den vier Jahren im Internat habe ich wohl den gesamten Bestand gelesen.

Pfingsten 1950 fuhr ich mit vielen anderen zum Deutschlandtreffen der FDJ nach Berlin. Das bedeutete für mich – aus einem Dorf kommend – erst einmal diesen tollen Großstadteindruck, aber besonders nachhaltig war der Eindruck, dass Jugendliche aus aller Herren Länder von der Idee eines sozialistischen Lebens – oder vielleicht treffender – eines Antikriegs- und antifaschistischen Lebens begeistert waren.

Nach dem Abitur bewarb ich mich für das Studium der Anglistik und Germanistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig (anlässlich seines 135. Geburtstages nach ihm benannt) wo ich wider Erwarten auch immatrikuliert wurde. Man konnte mir und vielen anderen damals – 1954 war das –, keine Unterkunft in Leipzig vermitteln. Viele von uns aus den Dörfern übernachteten nächtelang in dem großen Wartesaal des Hauptbahnhofs, der dafür freigestellt wurde. Dann hieß es eines Tages, alle die nördlich von Leipzig beheimatet sind, müssten nach Greifswald gehen, denn in Greifswald werde die Anglistik neu aufgemacht. Und wir drei, die aus Haldensleben kamen, gingen dann nach Greifswald.

Der Wechsel nach Greifswald war nicht schlecht. Erstens waren wir zu Beginn des Studiums dort nur sechs, später sogar nur noch drei Studenten in der Seminargruppe. Gerade war ein neuer Professor berufen worden – neben der alten Professorin, die das ganze englische Königshaus kannte, in England gelebt hatte und sprachlich sehr gut war, jedoch persönlich ein bisschen schwierig. Der neue Professor Liljegren, ein vornehmer weißhaariger Schwede, sprach nur Englisch mit uns. Das heißt, unser ganzes Studium lief in Wort und Schrift fast komplett in Englisch ab.

Ereignisse, die mir aus der Zeit in Greifswald in Erinnerung geblieben sind, waren die heftigen Studenten-Protestdemonstrationen anlässlich der Umwandlung der zivilen in eine militärmedizinische Fakultät. Ich fühlte mich einerseits nicht unmittelbar betroffen und neigte andererseits eher zu der Auffassung, dass die DDR, unmittelbar an der Grenze der beiden Weltsysteme gelegen, ein berechtigtes Interesse daran haben musste, ein (wenn im Grunde auch im scheinbaren Widerspruch zu der vielfach erklärten Antikriegshaltung) militärmedizinisches Potenzial aufzubauen. Es gab einige Inhaftierungen, Verurteilungen und wohl auch Austausche gegen damals „im Westen“ inhaftierte linksorientierte Personen.

Ein anderes in Erinnerung gebliebenes Erlebnis, aber eher fachlicher Natur, war der durch mein zweites Hauptfach bedingte mehrwöchige Aufenthalt in Weimar am Goethe-Schiller-Archiv, genauer in der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätte der Deutschen Klassik in Weimar als Praktikantin. Meine Arbeit bestand darin, eine große Zettelsammlung des Herrn Geheimrat Goethe mit überwiegend hauswirtschaftlichem Inhalt chronologisch zu ordnen (die meisten Zettel waren ohne Datum). Dann war für mich wichtig, dass ich ein weiteres Praktikum beim Staatlichen Rundfunkkomitee der DDR in Berlin in der Englischen Redaktion von Radio Berlin International machen konnte. Bei der 500-

Jahrfeier der Universität Greifswald 1956 war ich für einige Englisch sprechende Gäste als Dolmetscherin tätig. Zu dolmetschen hatte ich später auch bei den so genannten Ostseewochen, die seit 1958 viele Jahre im Bezirk Rostock stattfanden. Es trafen sich Vertreter der Ostseeanrainerstaaten, Norwegens und Islands. Eine Internationale Arbeiterkonferenz, ein internationales Studententreffen zur Koordination friedenssichernder Aktivitäten in den Teilnehmerländern, vielfältige kulturelle Veranstaltungen mit internationalem Flair und ein mit den Jahren legendärer Buchbasar waren Markenzeichen dieser Ostseewochen. Einmal, erinnere ich mich, habe ich während der Ostseewoche für Finnen und Isländer in Graal-Müritz dolmetschen müssen, und zwar auf einem internationalen Studententreffen. Mit den von mir zu Betreuenden war ich dann in großen Kliniken, in Schulen, an Universitäten, in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und vermittelte Einblicke in unser Bildungs- und Gesundheitssystem. Manches daraus wurde von einigen nordischen Ländern übernommen und weiterentwickelt und wird nunmehr im vereinigten Deutschland als finnisches oder anderes nordisches System zur Nachahmung empfohlen. Das war also meine Schul- und Studienzeit.

Die dritte Phase meines Lebens beinhaltet meine erste berufliche Erfahrung. Sie umfasste nur zwei Jahre, war aber wichtig für meine Entwicklung. Mein früheres Praktikum in Berlin beim Staatlichen Rundfunkkomitee der DDR war der Auslöser dafür, mich nach Studienabschluss dort zu bewerben. Im „Department of English“ von Radio Berlin International wurde ich als Redaktionsassistentin angenommen. Da ich ledig war, konnte ich sehr flexibel eingesetzt werden. Englisch sprechende Bergarbeiter besuchten die DDR, als gerade ein großer Bergarbeiterstreik in England stattfand. Als sie nachts ankamen, musste ich nach Schönefeld, um sie zu begrüßen und sie zu fragen, warum sie die DDR als Reiseziel gewählt hätten und Anderes. Zwei Jahre habe ich dort gearbeitet, hatte ein eigenes Ressort wie jeder Mitarbeiter. Wir waren nur wenige Leute, die Älteren waren aus der Emigration zurückgekommen, aus Kanada, aus England, aus Amerika. Ich bekam das Ressort Kultur, und das war ein Glücksfall. Denn zu meiner Zeit damals war die Staatsoper Unter den Linden ein berühmtes Kulturzentrum. Felsenstein war an der Komischen Oper, Brecht am Berliner Ensemble – da überall hatte ich freien Eintritt und musste nur ein Feature darüber schreiben.

Im August 1961 ging ich nach Rostock, und zwar zwei Tage, nachdem in Berlin die Mauer gebaut wurde. Ich hatte schon Urlaub, bin also nicht mehr zum Rundfunk gegangen, was mir sehr übel genommen wurde, aber ich war schon auf Reisen. Einige der Argumentationen konnte ich damals nachvollziehen. Die Wirtin, bei der ich wohnte, hatte einen Maurer zum Freund, der in Westberlin arbeitete, jedes Wochenende kam und das Geld 1:6, 1:7, manchmal 1:10 umgetauscht hatte. Wie die lebten – und ich mit meinen 400 Mark Rundfunkassistentengehalt im Vergleich – das können Sie sich wahrscheinlich gar nicht vorstellen.

Also hielt ich den schamlosen Missbrauch der offenen Grenze aus Sicht der DDR für ein durchaus existenzielles Problem. Das war Berlin.

Dann kam Phase vier meines Lebens. An der Universität Rostock wurde ich als Sprachlektorin eingestellt, und zwar nicht am Anglistischen Institut sondern an der Abteilung Fremdsprachen. Die zweite Hochschulreform der DDR hatte 1951 die Einführung des obligatorischen Unterrichts in der russischen Sprache und Literatur sowie in der deutschen Sprache und Literatur in die Hochschulbildung gebracht. Dafür wurden an den Universitäten Lektorate oder Abteilungen eingerichtet. Zwei Jahre später, 1953, kam dann der fakultative Unterricht in einer zweiten Fremdsprache, meistens Englisch oder Französisch, dazu. Es wurden Abteilungen für Fremdsprachen gegründet, die nicht an der Philosophischen Fakultät angesiedelt, sondern dem Rektor direkt unterstellt waren und als sprachenvermittelnde Dienstleistungseinrichtungen für alle Fakultäten arbeiteten. Damals war die Nachfrage nach Fremdsprachen, besonders nach Englisch, obwohl es zunächst gar nicht obligatorisch war, an den einzelnen Fakultäten so groß, dass Stellen geschaffen wurden, von denen ich eine erhielt.

Aber ich erlebte ein ziemlich anderes Arbeitsklima. Am Rundfunk, durch die Kollegen aus aller Welt, die emigriert und zurück- oder hergekommen waren, weil sie links waren oder aus anderen Gründen, herrschte ein freundschaftliches Klima. Jeden Morgen kamen alle Redaktionsmitarbeiter zusammen, es wurde besprochen was wer zu machen hat. An der Universität hingegen übten die Mitarbeiter der Abteilung ihre Lehrverpflichtungen in den Räumen der jeweiligen Fakultäten aus und hatten – mit Ausnahme der für alle verbindlichen offiziellen Beratungstermine – keine Arbeitskontakte zueinander. Ich hatte aber dringenden Kontaktbedarf, schließlich hatte ich keine Lehrerausbildung, ich hatte eine Diplomausbildung in Anglistik und Germanistik. In dieser Phase der Suche nach Möglichkeiten zum Gedankenaustausch traf ich Mitglieder der SED, die mir den Eindruck vermittelten, dass die Parteiorganisation mit ihrer Struktur diese Möglichkeiten bieten könnte. Daher bin ich in die Partei gegangen, zu Gleichaltrigen. Mein (späterer) Mann war schon seit einigen Jahren Mitglied der SED.

Meine Lehrtätigkeit begann bei Studenten der Fachrichtungen Schiffbau, Schiffsmaschinenbau, Elektrotechnik, Angewandte Mechanik und anderen besonders technischen Fachrichtungen. Mit ihnen musste ich im 1. und 2. Studienjahr Fachtexte lesen. Nun war das Studium in der DDR in ein Grundstudium und ein Fachstudium eingeteilt. Im Grundstudium wurde breit ausgebildet in Russisch, Deutsch, Gesellschaftswissenschaften und den naturwissenschaftlich-technischen Grundlagenfächern (Mathematik, Chemie usw. bei Technikern). Die fachwissenschaftlichen Lehrgebiete, wie Schiffbau, Schiffsmaschinenbau, Elektrotechnik und weitere folgten erst nach dem Vordiplom. Englisch und Russisch gehörten ins Grundstudium, sollten aber auf der Basis fachwissenschaftlicher Texte gelehrt werden. Aber dafür waren bei den Studenten im Grundstudium weder entspre-

chende Fachkenntnisse noch die einschlägigen Fachtermini verfügbar. Oft mussten wir sie ihnen über den fremdsprachlichen Fachtext vermitteln.

Um die Inhalte der Fachtexte selbst besser zu verstehen, habe ich mich für ein Ingenieurfernstudium beworben, und zwar in Mittweida. Das Grundstudium begann 1964 einmal wöchentlich in Warnemünde, und das Fachstudium fand in Mittweida alle paar Monate ein bis zwei Wochen statt, das heißt meine Lehrverpflichtungen in Rostock blieben, wurden nur etwas zusammen geschoben. Zwar hat mir dieses Studium in den maschinenbaulichen Fächern später nicht allzu viel geholfen, aber immerhin lernte ich das Denken von Technikern und Ingenieuren kennen, und das half schon. Das Studium selbst war nicht einfach. Dieses Fernstudium habe ich 1969 als Ingenieur für elektronische Geräte und Anlagen abgeschlossen.

Parallel wuchsen hier in Rostock die Sprachanforderungen. Eine „westliche“ Fremdsprache wurde obligatorisch, überwiegend wurde Englisch gewählt. Hinzu kam die Fachübersetzerausbildung. Studenten im letzten Studienjahr und in der Praxis tätige Absolventen konnten eine Ausbildung als Fachübersetzer bei uns machen, um effektiver ihre fremdsprachige Fachliteratur nutzen zu können bzw. sie anderen in deutscher Sprache weitergeben zu können. Es ging insbesondere um englische Fachliteratur, aber auch juristische und Patentliteratur. Am schwierigsten zu übersetzen waren dabei amerikanische Patente.

Erweiterte Russischkenntnisse spielten in der Landwirtschaft eine große Rolle, weil es dort sehr viele Kontakte mit der Sowjetunion gab. Also fand die Fachübersetzerausbildung Russisch schwerpunktmäßig dort statt. Zusätzlich mussten Doktoranden in zwei Fremdsprachen Kenntnisse nachweisen, so dass sich meine Tätigkeit mehr von der studentischen zur postgradualen Ebene verschob, auch zu Hochschullehrern. Wir bereiteten beispielsweise Hochschullehrer für längere Gastaufenthalte im Ausland sprachlich für ihren Einsatz vor.

Im Jahr 1984 bot die Abteilung für Fremdsprachen 17 Sprachen an, darunter Russisch und Englisch auf verschiedenen Stufen inklusive Fachübersetzerausbildung, Französisch auf mehreren Stufen, Portugiesisch, Spanisch mit Intensivausbildung, Lehrgänge für Reisekader sowie Gastdozenten und Gastprofessoren. Weitere Sprachen waren Bulgarisch, Japanisch, Polnisch, Rumänisch, Schwedisch, Tschechisch, Serbokroatisch, Ungarisch, Latein schwerpunktmäßig für Mediziner. Bewerber für ein Direkt- oder Zusatzstudium oder eine Aspirantur im (vorwiegend aber keines falls ausschließlich sozialistischen) Ausland mussten ein vorgeschriebenes Mindestniveau der mündlichen Fremdsprachenbeherrschung nachweisen (Stufe IIa ).

Nach der Ausbildung wende ich mich jetzt der Forschung zu. Mit den erhöhten Anforderungen an Umfang und Qualität der Sprachausbildung wuchs die Zahl der Lehrenden an unserer Abteilung von etwa 15 im Jahr 1961 auf über 100 am Schluss 1989. Durch die Ausbildung von Fachübersetzern stießen wir in der



DDR – nicht nur hier in Rostock – auf Fragen nach der Spezifik von Fachsprachen. Wir begannen Anfang der siebziger Jahre, Fachsprachen zu untersuchen und auch computergerecht aufzubereiten.

Zunächst sammelten wir Fachtexte verschiedener Bereiche der Seewirtschaft, die wir auf Lochkarten übertrugen und in den Computer eingaben. Daraus entstand dann eine Analyse der Fachsprachen, die wir mit den Allgemeinsprachen – der englischen in meinem Falle – verglichen. Es zeigten sich viele Unterschiede, die grafisch dargestellt wurden.

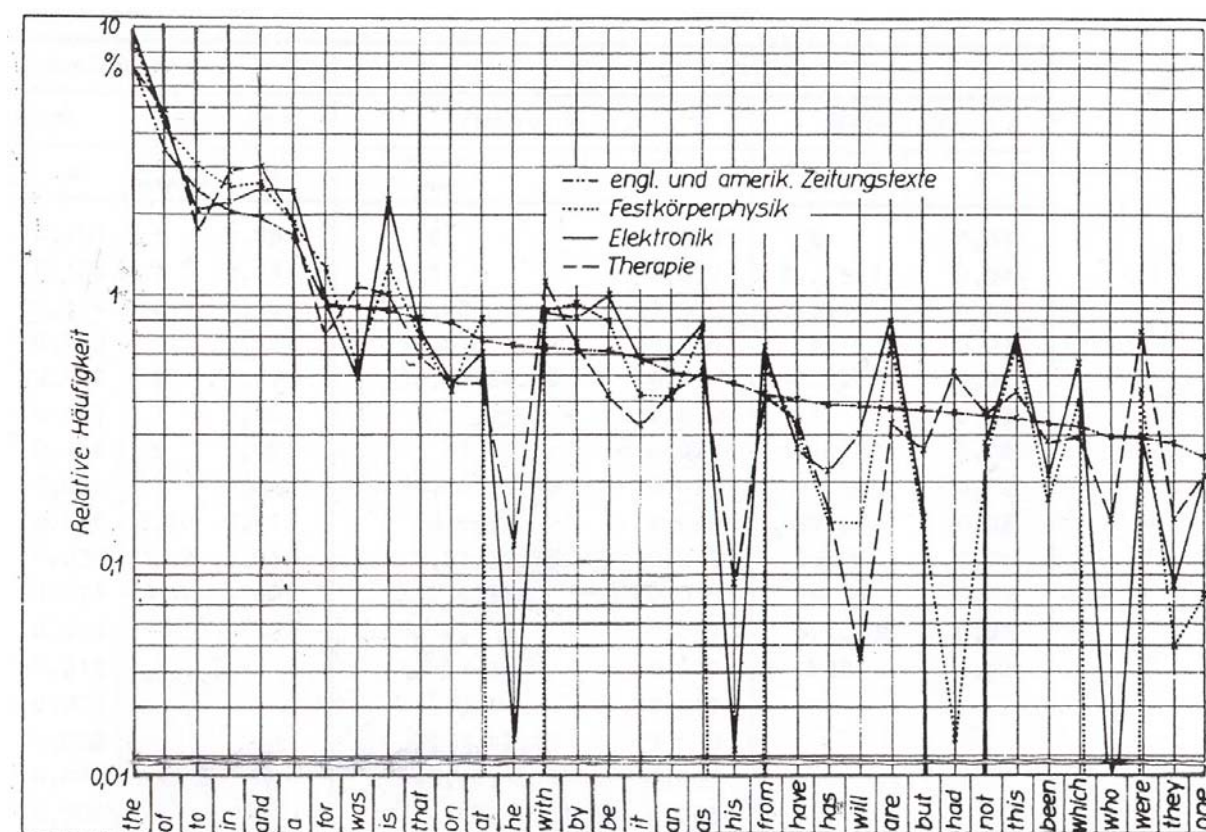


Abbildung 1

Relative Häufigkeit von Funktionswörtern in unterschiedlichen Fachsprachen

Die Abbildung 1 zeigt den Gebrauch der Funktionswörter in der englischen Allgemeinsprache nach fallender Häufigkeit und wie sie im Vergleich dazu in den Fachsprachen der Festkörperphysik, der Elektronik und der Therapie (in völlig anderer Häufigkeitsfolge) verwendet werden. Dass die Fachtermini in den Fachsprachen untereinander und von der Allgemeinsprache abweichen, war zu erwarten, aber dass selbst die kleinen „unscheinbaren“ Funktionswörter es tun, war relativ neu. Aber auch die Adjektive sind völlig anders, weil zum Beispiel die Physik die Welt, die Natur beschreibt und nicht interpretiert

Als Weiteres zeigten sich Unterschiede in der Häufigkeit der auftretenden Buchstaben (Grapheme), die in den beiden Sprachen Belletristik und Elektronik verwendet werden. Auch die Wortlängen weichen ab, etwa in Fachtexten der Physik oder der Geschichte oder in Romanen. Wie die Wortlängen zeigen sich auch die Satzlängen unterschiedlich. So ist ein Satz in der amerikanischen Patentbeschreibung so lang wie die Beschreibung des Patents insgesamt. In der Belletristik kam man in Auszählungen auf maximal 38 Wörter im Satz, und bei der Elektronik sind wir bei maximal 91 angelangt. Über diese Analysen schrieb ich meine Dissertation A.<sup>1</sup> Anregung und Unterstützung fanden wir u. a. bei Professor Dr. Lothar Hoffmann von der KMU Leipzig, Sektion Angewandte Sprachwissenschaft, der nicht nur in der DDR auf diesem Gebiet führend war.<sup>2</sup>

Mit der technischen Entwicklung (Entstehung neuer Fachgebiete, Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung) in der Welt nahmen die Fachsprachen an Anzahl und Bedeutung zu, auch in der DDR. Wir erforschten dieses Gebiet, wie es andere wahrscheinlich auch taten, damit unsere Ingenieure in der Welt mitreden konnten. 1980 wurde von einer Internationalen Kommission unter der Leitung des irischen Nobelpreisträgers McBride, der UNESCO ein Bericht vorgelegt, der die Aspekte der Internationalen Kommunikation in der damaligen Welt darlegte. Es gab damals – und heute wahrscheinlich auch noch – zwischen 3.500 und 4.200 Sprachen in der Welt, von denen etwa 500 über eine Schrift verfügen. Von diesen 500 Sprachen werden 16 von jeweils mehr als 50 Millionen Menschen gesprochen, dabei manche, wie Chinesisch, kaum über die Landesgrenzen hinaus. Englisch, Russisch, Spanisch, Hindi und Urdu blieben übrig, als über die Landesgrenzen hinausgehend verwendete Sprachen. Englisch wurde und wird von mehr als 600 Millionen als erste oder zweite Sprache gesprochen, es ist am weitesten über die Erde verbreitet (englisches Kolonialreich, USA, technische Entwicklungen von Weltbedeutung).

Gemeinsam mit den Abteilungen beziehungsweise Lektoraten für Fremdsprachen in Leipzig und Berlin stellten wir Überlegungen an zum aktuellen Bedarf an Fachsprachen. Wir erarbeiteten eine Bedarfsanalyse, das neue Stichwort hieß *needs analysis*, also: wer braucht die Fachsprache als Kommunikationsmittel, welche Fachgebiete und in welchem Umfang. Die Engländer waren dabei führend, insbesondere hatten die *British Chamber of Trade and Commerce* und die *Chamber of Commerce and Industry* beachtliche Ergebnisse erzielt. In der (alten) Bundesrepublik entstanden ähnliche Untersuchungen. Fachsprachliche Überset-

---

<sup>1</sup> Buchholz, Edith: Untersuchungen zur Häufigkeit der Lexik in englischsprachigen Texten der Seewirtschaft. Ein Beitrag zur Methodologie der Lexikuntersuchung heterogener Fachsprachen. Hochschulschrift: Rostock, Univ., Diss., 1975.

<sup>2</sup> Hoffmann, Lothar: Fachsprachen und Sprachstatistik. Beiträge zur Angewandten Sprachwissenschaft. Berlin 1975.

zungen ins Englische hatten dabei für uns große Bedeutung, während für die Engländer natürlich der Bereich Übersetzung und Übersetzer Ausbildung keine Bedeutung hatte, da ja zunehmend bedeutende Veröffentlichungen von Wissenschaftlern aus dem nichtenglischen Sprachraum in englischer Sprache in weltweit verbreiteten Zeitschriften erschienen.

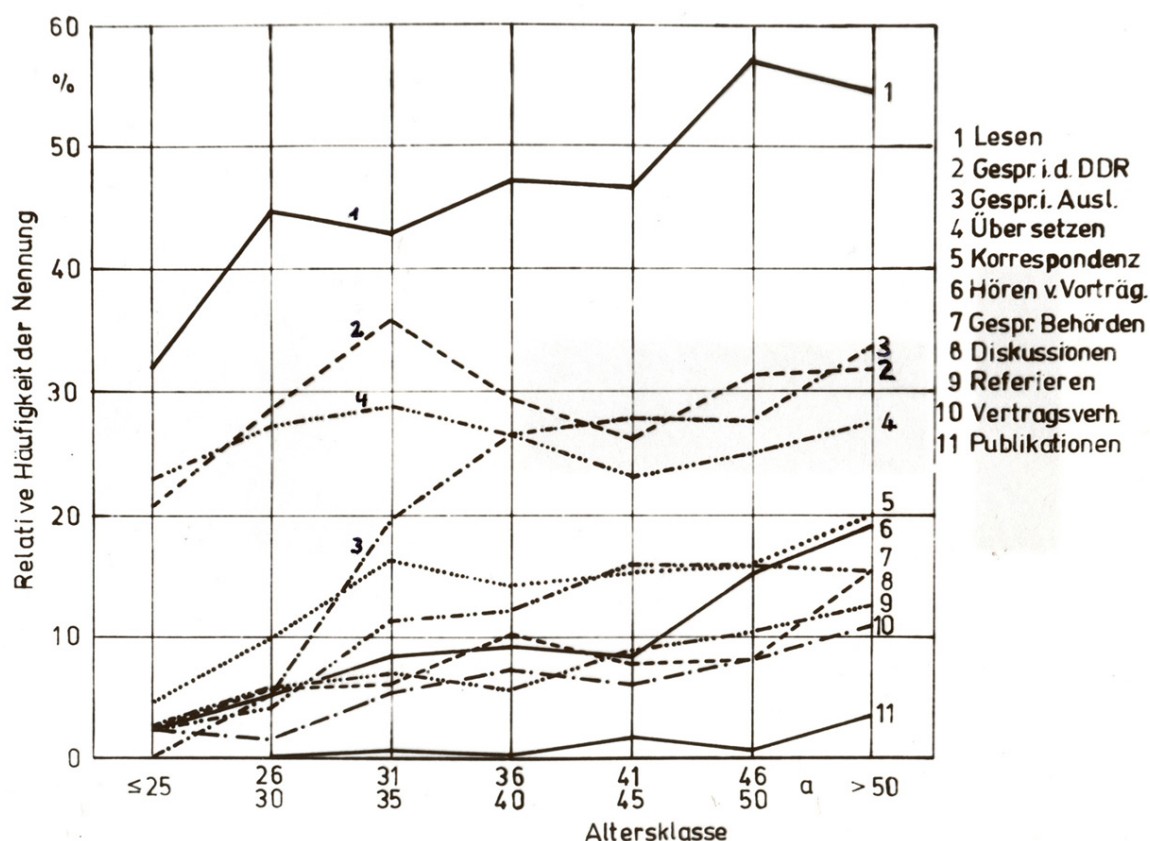


Abbildung 2

Ergebnisse der Analyse zum Bedarf an Fremdsprachen (hier Englisch)  
in der Seewirtschaft der DDR

Es gab in England bereits gute Lehrbücher für Studenten des Schiffbaus und des Schiffsmaschinenbaus, aber natürlich komplett in englischer Sprache und daher für den deutschen Nutzer nur bedingt als Lehrmaterial geeignet. Aus dieser Sicht und in Anbetracht des abgeschätzten Bedarfes wurden die Untersuchungen aus meiner Dissertation A fortgesetzt und erweitert. Mit Genehmigung und Unterstützung des „Gesellschaftlichen Rates“ der Universität (beratendes Gremium der Universität im Ergebnis der Dritten Hochschulreform mit maßgeblichen Vertretern wirtschaftsleitender Einrichtungen und wichtiger Großbetriebe des Territoriums als bedeutende Abnehmer der Absolventen der Universität) konnten wir in

den Häfen und Werften der DDR- Ostseeküste umfangreiche Befragungen zur Strukturierung und Quantifizierung des englischen Fachsprachenbedarfs bei verschiedenen Nutzergruppen durchführen.

Meine Habilitationsschrift (Diss. B) behandelte die Untersuchungsergebnisse für eine „Bedarfsgerecht differenzierte Weiterbildung von Hoch- und Fachschulkadern auf dem Gebiet der Fremdsprachen – untersucht am Beispiel der englischen Sprache im Bereich Seewirtschaft der DDR“ (1984).

Als weiteres Ergebnis verfassten wir ein Lehrbuch „Englisch für die Seewirtschaft“, das 1981 im Verlag Die Wirtschaft herauskam. In Ergänzung zum Textteil wurden Folien, Tonbänder und Diaserien erarbeitet.

Da die Fachsprachen meist an gestandene Fachspezialisten zum Zwecke der Fachkommunikation vermittelt werden, bedarf es auch einer anderen Didaktik und Methodik als bei der Ausbildung von Fremdsprachenlehrern für die Schulen. Auch damit haben wir uns intensiv und auf diversen Konferenzen befasst. Es wurden in Leipzig spezielle Lehrer für die Vermittlung von Fachsprachen an Erwachsene ausgebildet (Erwachsenenbildung).

Mit der Beschaffung der Fachliteratur zu unseren Forschungen hatten wir keine Probleme. Einmal war unsere Universitätsbibliothek relativ gut bestückt, zweitens konnten wir im Institut jährlich eine Reihe von Büchern bestellen, hatten dafür die Devisen. Dann gab es Ausleihen von der Staatsbibliothek in Berlin – eine wirklich gute, leistungsfähige Bibliothek – und von der Deutschen Bücherei in Leipzig, die von jeder deutschsprachigen Veröffentlichung ein Exemplar im Bestand hatte. Der einzige Nachteil war, dass man häufig lange warten musste, bis ein Buch kam, wenn es schon Vorbestellungen durch weitere Interessenten gab, aber am Ende hatten wir die Literatur. Hinzu kam, dass wir mit vielen Universitäten Freundschaftsverträge hatten, mit den östlichen sowieso (Moskau, Leningrad, Warschau, Prag) aber auch mit westlichen, wie Bradford in Großbritannien, wo ich während der Arbeit an der Habilitationsschrift drei Wochen zum Studienaufenthalt weilen konnte. Auch zur Universität Providence in den USA hatten wir gute Verbindungen.

Zu Leitungsaufgaben möchte ich noch etwas sagen. Ich bekam schon bald Leitungsaufgaben, zunächst kleine, wie die Zuständigkeit für die Fachübersetzer-ausbildung oder für die Postgraduiertenausbildung. Mit der Position der Oberassistentin und ab 1985 mit der Berufung zur Dozentin kamen weitere Leitungsaufgaben hinzu. 1984 wurde ich zum Stellvertretenden Direktor für Forschung berufen. Von 1985 bis 1988 war ich Direktor des Instituts für Angewandte Sprachwissenschaft und von 1988 bis 1990 Direktor der gleichnamigen Sektion. Außerhalb der Universität war ich in einigen Gremien tätig, zum Beispiel als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates Englisch beim Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen. Diesem gehörte je ein Vertreter der Institute oder Sektionen für Fremdsprachen beziehungsweise Angewandte Sprachwissenschaft

der Hochschulen und Universitäten an, das heißt der Einrichtungen, die nicht Schullehrer für Fremdsprachen ausbildeten. Dann wurde ich Mitarbeiterin in der RGW-Arbeitsgruppe Gemeinsame Forschung auf dem Gebiet „EDV-Anwendung in der Lehre“. Anlässlich einer Tagung dieser Gruppe in Kasan (UdSSR) konnte ich die Interessen der Fremdsprachenausbildung an der EDV-Nutzung vertreten.

Das Gebiet, das mich seit den ersten Kontakten in der Promotion A (oder vielleicht schon seit meinem Fernstudium) ständig beschäftigte, war die Erforschung der Einsatzmöglichkeiten des Computers beim Wissens-, insbesondere beim Fremdsprachenerwerb. Sie wissen, dass die Embargobestimmungen der NATO-Länder während des Kalten Krieges den Export von EDV-Ausrüstungen in das Gebiet des Warschauer Paktes, also auch der DDR, offiziell verboten. Natürlich behinderte das nicht nur die Sprachforschung in der DDR, sondern eine effektivere Entwicklung in allen wesentlichen Wirtschaftsbereichen überhaupt. Für mich erwies es sich aber als möglich, einen Aufenthalt im westlichen Ausland zum „privaten“ Import eines bescheidenen Commodore-Rechners zu nutzen. Dadurch stand uns ein wichtiges Arbeitsmittel für weitere Untersuchungen zur Verfügung. *Computer Aided Language Learning* = CALL hieß dieses Arbeitsgebiet bei uns. *Computer Aided Learning* gab es auch für andere Fächer, etwa für Mathematik und für Elektronik wahrscheinlich noch eher.

Die Engländer waren auf diesem Gebiet weiter als die Amerikaner, wie ich bei Vorträgen auf Tagungen in England feststellen konnte. Wir konnten schon bald kleinere selbst erarbeitete Programme vorlegen und erproben. Ich wurde dann ins Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR in eine Arbeitsgruppe CALL – *Computer Aided Language Learning* – als ihr Leiter berufen. Diese Arbeitsgruppe koordinierte alle Aktivitäten in der DDR auf diesem Gebiet, ihre Mitglieder kamen aus allen Universitäten und Hochschulen und waren in die Programmerarbeitung direkt einbezogen.

Gestatten Sie mir noch ein paar Bemerkungen zu unseren internationalen Verbindungen. Schon 1980 wurde ich Mitglied der Gesellschaft ALC – *Association of Literary and Linguistic Computing*. Das ging zurück auf den Vorschlag eines von uns betreuten Austauschprofessors aus Australien. Prompt bekam ich eine Einladung, die Probleme der Finanzierung erwiesen sich als lösbar. Wenig später wurde ich auch Mitglied in der für mich wichtigeren Association *EURO-CALL* (*Euro* für Europa und *CALL* für *Computer Aided Language Learning*). Diese veranstaltete in Europa Konferenzen, um Lehrer für den Einsatz von Computern im Unterricht zu motivieren. Auf diesem Gebiet habe ich dann die letzten Jahre an der Universität bis zu meiner „Abwicklung“ 1992 (es bestand kein Bedarf an diesem Fach, so lautete die Begründung) und auch danach (privat) gearbeitet, eben weil wir schon erste Ergebnisse vorzuweisen hatten.

Aus Gesprächen mit einem englischen Kollegen, der selbst in England einen Vertrieb von Software für den Fremdsprachenerwerb in Schulen unterhielt, ent-

stand der Plan, einen solchen Softwarevertrieb hier durch mich für den deutschsprachigen Raum zu gründen, um nicht mit 55 (und zwei unselbständigen Kindern) arbeitslos zu sein. Nicht genügend bedacht war von uns dabei, dass in Deutschland Ausbildung eine Sache der Länderhoheit ist und daher deutsche Schulen nicht, im Gegensatz zu den englischen, mit einer zentralen Forderung nach einer Integration des Computers in den Unterricht konfrontiert waren. Zudem war die Hemmschwelle für die „Eroberung“ des neuen Arbeitsmittels Computer für die Lehrer häufig wesentlich höher als für Schüler oder Studenten. Aus heutiger Sicht musste daher der Versuch mit dem Softwarevertrieb als neuer Existenzgrundlage damals nach der Abwicklung fehlschlagen. Ein universitäres Fachgebiet „Angewandte Sprachwissenschaft“ gab es in der damaligen Bundesrepublik auch nicht.

Ich war dann nach der Wende Mitglied in der Gesellschaft für Angewandte Linguistik (GAL), aber das war eine Gesellschaft außerhalb der Universitäten, das heißt Professoren für Linguistik betrieben CALL innerhalb dieser Gesellschaft. Ich war nach Bonn zu einer GAL-Tagung zum Vortrag eingeladen, die Teilnehmer kannte ich zu einem wesentlichen Teil durch ihre auch in der DDR erschienenen Veröffentlichungen, aber es war kaum einer, der einen Lehrstuhl für Angewandte Sprachwissenschaft hatte. Das Gebiet war in den alten Bundesländern nicht als Wissenschaft etabliert, also würde es dafür auch in den neuen Bundesländern keinen Lehrstuhl geben. So erlebte ich die Erneuerung der Universitäten und Hochschulen als verwaltungstechnischen Akt von bemerkenswerter Kurzsichtigkeit.

Ich bin also in den so genannten Altersübergang gegangen (mit Unterbrechungen, zum Beispiel ein Jahr als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sektion Informatik dieser Universität oder mehrere Wochen als Deutschdozent auf einem Passagierschiff). Die meisten „abgewickelten“ Englischlektoren von uns haben eine Stelle an Schulen bekommen, während sich die Russischlehrer – auch die jungen – von ABM zu ABM hangelten – schon traurig.

Was haben wir versucht? Wir haben einen Verein gegründet, hatten gesehen, dass das in den alten Bundesländern auch bei Nichtsportlern klappte. Wir nannten uns *Eurospeak*, boten dort alle unsere 17 Sprachen europaweit an, aber es bestand überhaupt kein Bedarf. Die Firmen hier im Osten hatten andere Probleme, so sie überhaupt am Leben blieben. Die einzige Sprache, die von Firmen oder Institutionen gebraucht wurde, war Englisch. Die Russischlehrer schieden daher bald aus dem Verein aus. Der „englische Flügel“ existiert unter meinem ehrenamtlichen Vorsitz bis heute. Wir befassten uns – an vorhandene Erfahrungen anknüpfend – mit englischen Fachsprachen, besonders der im Hafen. So konnte ich an Europa-Projekten mitarbeiten, in deren Rahmen wir Software entwickelten, zum Beispiel *Business English* oder *Portspeak*, eine CD-ROM zum Erwerb der englischen Fachsprache für Hafenarbeiter.

Gegenwärtig erstreckt sich meine Tätigkeit überwiegend auf das Übersetzen von Fachtexten aus dem Deutschen ins Englische und umgekehrt.

## **Diskussion**

Transkription und Protokoll: Anne Henke, Beate Lehwald, Stephan Noack, Dörthe Ulbricht

Kersten Krüger:

Wir dürfen erst einmal danken. Ihr Weg führte aus der Praxis in die Wissenschaft, die nach meinem Eindruck alles überholt hatte, was dann kam. Das heißt also, all diese Computer-Language-Learning-Systeme gab es an westdeutschen Universitäten und Schulen nicht. So war es ausgesprochen gewinnbringend, diesen Bericht zu hören. Wir eröffnen die Rednerliste.

Hilde Michael:

Sie haben uns eindrucksvoll geschildert, mit welchen Projekten, welchen Aufgaben man Sie an der Wilhelm-Pieck-Universität hier in Rostock betraut hatte. Gab es dennoch für Sie persönlich in der sozialistischen Zeit Projekte oder Ziele, die Sie nicht verwirklichen konnten oder durften?

Edith Buchholz:

Wahrscheinlich gab es immer irgendetwas. Aber wissen Sie, ich habe mir meist die Aufgaben selbst gesucht. Es gab immer irgendwelchen Ärger, ganz klar. Wenn man etwas Neues tut, eckt man schon mal an. Man konnte irgendwo nicht hinfahren, aber ich konnte sehr viel reisen, meist zu Konferenzen, wo ich natürlich in Englisch Vorträge, meist zum Gebiet CALL, hielt.

Zum Beispiel wurde ich nach Pisa zu einer Konferenz eingeladen, wofür ich keine Genehmigung erhielt. Aber sie haben dann meinen Vortrag veröffentlicht, das war ja eigentlich wichtiger. So ganz schlimm war es also nicht. Aber ich hatte immer die Unterstützung der Instituts- und der Universitätsleitung.

Dass man in ein Loch fiel, dann nachher, war wirklich schlimm. Zwar gab es viele Bekanntschaften über CALL, auch mit Kollegen aus den alten Bundesländern. Aber sie waren alle in guten Positionen, keiner wollte herkommen und uns unterstützen. Es war eine chaotische Zeit. Und Rostock hat, wie Sie ja wissen, aus meiner Sicht den Fehler gemacht, bei der Hochschulerneuerung eine kleine Provinzuniversität als Modell zu nehmen, und alles, auch die Verfassung, nach diesem Modell auszurichten. Da blieb kein Raum für angewandte Sprachwissenschaft oder für Fachsprachen.



Christian Hall:

Sie hatten kurz erwähnt, dass Ihre Dissertation B eigentlich brisantes Material enthielt, das damals jeder einsehen konnte. Kam Ihnen das komisch vor?

Edith Buchholz:

Heute, aber damals nicht. Es haben ja alle mitgemacht: die Generaldirektoren haben die Fragebögen genehmigt und über ihre Mitarbeiter verteilen und einsammeln lassen. Ich habe mir jetzt wieder den Fragebogen angeschaut, gestempelt von der Wilhelm-Pieck-Universität. Was wir gefragt haben, ist zum Beispiel: Welches Alter sind Sie? Welches Geschlecht haben Sie? Daraus konnte ich dann Schlussfolgerungen zur Frauenförderung in der Seewirtschaft ziehen. Weiterhin kam die Frage nach dem Abschluss, ich wusste also genau, wie viele Diplomingenieure die Seewirtschaft hatte, wenn sie nicht geschwindelt haben, was ich aber nicht glaube, da ihnen der Fragebogen durch einen Leiter in die Hand gedrückt wurde und gesagt wurde: „Hier, füll das mal aus und gib es nächste Woche wieder ab.“ Auch die Frage nach den im Funktionsplan vorgesehenen Fremdsprachenkenntnissen: „Welche Kenntnisse haben Sie in den einzelnen Sprachen, in welchen Situationen erwiesen sich Ihre Fremdsprachenkenntnisse als unzureichend, welche Fremdsprachen brauchen Sie, wofür?“ In unserem Fragebogen gab es über zehn Abstufungen zu Art und Umfang des Fremdsprachengebrauchs im Beruf. Denn irgendwann in den Achtzigern wurden wir veranlasst, Geld für die Universität einzuspielen. Ich habe im Hafen gearbeitet, wissenschaftliche Arbeiter der Akademie der Wissenschaften in Berlin ausgebildet, und diese Einrichtungen bezahlten dafür an die Universität.

Kersten Krüger:

Wir haben ja an dieser Stelle schon oft gehört, dass alle Forschungsergebnisse grundsätzlich geheim gehalten werden mussten. Diese Befragung hätte ja eine sozialstatistische Analyse der Mitarbeiter ergeben, aber die geschah nicht.

Christian Hall:

Sie haben es ja eben schon angesprochen: Es ging darum, Geld einzuspielen und mehr in die Anwendung zu gehen. Können Sie den Zeitrahmen noch mal eingrenzen, als es an der Universität explizit darum ging zu sagen, wir brauchen jetzt mehr Leute in den technischen Wissenschaften, die fürs Berufsleben vorbereitet sind und in Englisch fit sind, so dass weniger in die theoretischen Bereiche investiert wurde?



Edith Buchholz:

Irgendwann Ende der Siebziger, Anfang der Achtziger Jahre, im Zuge der dritten Hochschulreform. Eine Kürzung von finanziellen Mitteln für die theoretischen Bereiche kann ich aus meiner Erfahrung nicht bestätigen.

Jörn Wüstenberg:

Wie würden Sie sagen, standen der Lehrkörper und die Studentenschaft zum Regime, gerade auch in Bezug auf das, was sich später entwickeln sollte. Sie haben ja gesagt, Sie sind in die Partei eingetreten. Wie könnte man das beschreiben? Welche Tendenzen sehen sie da?

Edith Buchholz:

Mein Vorgänger war, wie viele andere Leiter der Universität auch, ein Nichtgenosse. Jeder Leiter, ob Genosse oder Nichtgenosse, musste einen Monatsbericht über Vorkommnisse in der Einrichtung schreiben. Ich weiß nicht, ob das überall so war, aber in der Industrie muss man das auch heute noch. Unsere Monatsberichte waren immer gern gesehen, weil wir Zugang zu allen Einrichtungen hatten und immer das geschrieben haben, was Studenten als Beschwerde an uns herantrugen, etwa über den *Sputnik*. Wir haben immer ziemlich deutlich geschrieben und meistens keine Antwort bekommen, wofür ich bis heute kein Verständnis habe. Von unseren mehr als 90 Mitarbeitern waren die wenigsten Genossen. Es waren wohl um die 12 bis 15 Genossen unter ihnen.

Alle Lektoren für Russisch mussten/konnten in die Sowjetunion zur Weiterbildung. Ihr Arbeitsplatz wurde während dieser Zeit meist mit Russischlektoren aus der SU ausgefüllt. Mit den Lektoren für Englisch fing die Weiterbildung in England auf Sommerkursen 1974 an. Jedes Jahr fuhr ein Mitarbeiter. Das haben dann aber nicht alle von den 30, die im Fachbereich Englisch arbeiteten, bis zur Wende geschafft. Dabei spielte es keine Rolle, ob man Genosse war oder nicht. Die Zeit der Tätigkeit am Institut entschied.

Ich wurde dann Leiterin der Sektion Angewandte Sprachwissenschaft. Eine Sektion konnte nach der Hochschulreform nur gegründet werden, wenn es habilitierte Mitarbeiter gab. Wir waren nur zwei jüngere Kollegen, die in dieser Einrichtung eine Habilitation geschrieben haben. Es war kein Zwang. Wir haben es aus Ehrgeiz getan und um nicht immer nur lehren zu müssen. Aber das wollten wohl nur wenige auf sich nehmen, denn Wochenenden mit der Familie sowie andere Vergnügungen auch wurden dadurch natürlich für lange Zeit rar. Wir waren insgesamt drei (einer auf einem anderen Fachgebiet), die habilitiert waren, weswegen die Einrichtung dann gegründet werden konnte.

Berichte mussten auch die Nichtgenossen schreiben. Wir haben immer darauf geachtet, auch die Genossen, dass wir in den Parteigruppenberichten keine Namen nannten und keine näher verfügbaren Informationen preisgaben. Aber da

die Berichte offensichtlich nie gelesen wurden, wurde auch nie nachgefragt, obwohl wir uns auf Nachfragen vorbereitet hatten. Ich denke, es war ein wenig allgemeine Bürokratie. Die Berichte sind eingegangen und wurden abgehakt. Man sieht das ja heute auch noch. Wir hätten schon manchmal Antwort haben wollen, denn gerade über die erste Sputnikaffäre hätte man mehr erfahren wollen.

Wir hatten den *Morning Star* und englische Fachzeitschriften, aber kaum eine amerikanische Tageszeitung oder andere allgemeine Zeitungen. Devisen waren bekanntlich knapp. Der *Sputnik* erschien in vielen Sprachen, und die Russen waren gut in Sprachen, ob Englisch oder Französisch. Wir haben die Zeitschrift gekauft und Texte daraus mit den Studenten gelesen.

Daniel Kötzing:

Sie haben eben auf die Knappheit an Devisen hingewiesen. Hatten Sie denn ähnliche Probleme bei der Beschaffung von Elektronik, also für die EDV-Ausrüstung, die ihrer Forschung diente?

Edith Buchholz:

Wir haben das nur gekonnt, indem wir mit den Kollegen in der Informatik zusammengearbeitet haben. Ich denke, sie waren an unserer Forschung interessiert (es haben nicht viele damals Lochstreifen und Lochkarten angefertigt). Auch gehörte der Großrechner meines Wissens der Universität, so dass jeder Zugang hatte.

Als wir dann Sektion wurden, begannen wir auch Studenten auszubilden. Wir haben mit einem Nebenfach angefangen, zum Beispiel in der Sektion Informatik, wo Studenten im Nebenfach *Angewandte Sprache* studierten. Als Nebenprodukt habe ich dann, nachdem ich abgewickelt worden war, ein Jahr in der Informatik auf dem Gebiet *Natürlich-sprachliche Zugänge zu Datenbanken* gearbeitet. Dies beinhaltete, dass eine Datenbank mündlich Gesagtes erkennt. Das war ein interessantes Forschungsteam, obwohl, wenn Informatiker „Semantik“ sagen, sie etwas anderes meinen als ein Sprachwissenschaftler. Aber wir hatten die Informatik ziemlich früh als interessant empfunden, weil wir auch deren Studenten ausbildeten. An unserer Sektion hatten wir auch eigene Rechner, einen hatte ich aus England mitgebracht und die *British Embassy*, die Britische Botschaft in Berlin, hatte uns kurz vor der Wende einen geschenkt.

Kersten Krüger:

Vielleicht darf ich kurz erwähnen, da ich ja auch Zeitzeuge bin, nur auf der anderen Seite lebte: der Commodore ohne Festplatte mit zwei Laufwerken kostete 4.400 Mark, das sind etwa 2.200 Euro. Der lief nur mit dem Betriebssystem DOS – *Disk Operating System*. In der Zeit, als Frau Buchholz hier anfang, saßen wir drüben auch und haben Lochkarten gestanzt. Es war noch die Anfangszeit mit

riesigem Arbeitsaufwand, und deswegen kann ich nur sagen: große Bewunderung. Denn Wörter, für die offensichtlich Häufigkeitsauszählungen vorgenommen wurden, waren einzeln abzulochen. Das war eine Sklavenarbeit, verglichen mit heute.

Edith Buchholz:

Durch mein Fernstudium musste ich mich damals auch mit Statistik befassen nämlich wie Wahrscheinlichkeitsgrenzen, Zuverlässigkeitsgrenzen und Ähnliches berechnet werden. Das war nicht leicht, aber dieses Fernstudium hat mir wahrscheinlich bei meinen späteren Forschungen geholfen, obwohl ich zunächst dachte: „Jetzt hast du einen Titel mehr auf dem Grabstein und du kannst immer noch keinem Studenten den Schiffbau erklären.“ Aber es hat etwas gebracht, und zwar, dass man die Scheu vor etwas, das man nicht kennt, verliert, indem man einfach darauf zugeht. Dass ich dann im Ministerium die Arbeitsgruppe leiten musste, das war schon eine Verantwortung.

Heiko Marski:

Mich würde interessieren, ob es im Zusammenhang mit der Abwicklung zu einer Art Technologieexport kam, das heißt wenn hier alles abgewickelt wurde, dass dann die Ergebnisse, die hier wahrscheinlich noch irgendwo lagen, nach Westdeutschland oder ins Ausland gebracht wurden, weil die dort damit arbeiten konnten?

Edith Buchholz:

Aus meiner Sicht gab es derlei Aktionen nicht, entweder wurde „Brauchbares“ erst gar nicht vermutet oder es war wegen seines noch bescheidenen Umfangs nicht interessant genug.

Wir haben einige wenige unserer Programme zum Spracherwerb dann über mein eröffnetes Gewerbe *Linguasoft International* verkauft und auch einige weitere mit Programmierungsfachleuten selbst entwickelt, aber wir hatten einfach nicht die Mittel, mit den großen Firmen in Amerika und England Schritt zu halten. Die ersten CALL-Programme waren recht simpel. Das waren zum Beispiel Übungen zum Satzbauverständnis oder Übungen zum Vokabelverständnis. Solche Übungen gab es in den 60ern und 70ern. Die Engländer hatte diese damals in alle Schulen gebracht und wir hofften, dass dies auch bei uns möglich war.

Kersten Krüger:

Nun möchte ich an dieser Stelle noch ergänzen, dass die Entscheidungen über die Wissenschaftsstruktur der Universitäten durch die Gründungskommissionen getroffen wurden. So weit ich es sehe, ist die Angewandte Sprachwissenschaft,

was für sie tödlich war, nicht in der Anglistik angesiedelt worden, denn die Anglisten interessierten sich für so etwas nicht.

Edith Buchholz:

Warum denn gerade die Anglistik? Es hätte auch eine andere Sprache sein können.

Kersten Krüger:

Es ist damit versäumt worden, eine Stufe auf wissenschaftlich abgesicherter, höherer Erkenntnis in einer Weiterentwicklung für die Zukunft zu sichern. Denn CALL im Format von 1987, 1988, 1989, 1990 können wir gar nicht mit dem vergleichen, was es heute gewesen wäre, wenn es eine Chance gehabt hätte. Das ist dieses Unverständnis der Gründungskommissionen, über das ich im Fach Geschichte auch schon lästerlich geredet habe, wissenschaftliche Innovation zu erkennen und abzusichern, und das scheint mir auch hier der Fall zu sein. Sie sind einfach das Opfer von Wissenschaftlern geworden, die davon keine Ahnung hatten oder aus Überforderung kein Interesse dafür hatten.

Edith Buchholz:

Natürlich kommt der Frust dazu, wenn dir dann jemand in einer Sitzung sagt: „Nun werden wir Ihnen endlich einmal gute Professoren aus dem Westen schicken.“

Kersten Krüger:

Das möchte ich nicht kommentieren. Anwesende sind ausgeschlossen!

Edith Buchholz:

Dass ist ja erstens auch schon eine kleine Ewigkeit her und zweitens war das einer, das kommt noch dazu, der das nicht einmal beurteilen konnte. Denn Leute, die das beurteilen können, reden nicht so. Die sind vorsichtiger. Es sind meistens die Opportunisten, die flott daher reden.

Kersten Krüger:

Darf ich noch einmal nach dem spezifischen Erkenntnisfortschritt, den die Angewandte Sprachwissenschaft durch Ihre Forschung erfahren hat, fragen. Wir sind ja nun Historiker und nicht unbedingt Sprachwissenschaftler, aber ich denke, dass die Analyse von Fachsprache und auch die anwendungsbezogene, computer-gestützte Methodik wichtig sind. Da scheint mir das zu liegen, was jetzt Ihr spezieller, eben nicht nur lerntechnischer, sondern auch wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt war. Da hätte ich ganz gerne mal eine knackige Zusammenfassung.

Edith Buchholz:

Es existieren neben der Umgangs- oder Allgemeinsprache Fachsprachen, die selbst der gebildete Laie nicht versteht, zum Beispiel die Fachsprache der Medizin. Fachsprachen wurden bis dahin von der Wissenschaft kaum untersucht, jedenfalls nicht in ihrer Komplexität – abgesehen vielleicht von Jargons. Die (Fach)Sprache hat auf dem Gebiet der Lexik, der Grammatik, der Intonation ihren eigenen Charakter. Nicht wir allein haben das herausgestellt. Es haben in der Sowjetunion viele daran gearbeitet – auch in den anderen RGW-Ländern, in Westeuropa, in den USA. Es war aktuell für den damaligen Stand der Entwicklung auf diesem Gebiet.

Daniel Kötzing:

Sie haben auch von den verschiedenen Entwicklungen ihres Aufgabenbereichs erzählt, unter anderem auch von der gezielten Weiterbildung von Doktoranden und Diplomanden.

Edith Buchholz:

Zunächst zu den Promovenden. Das waren Doktoranden und Aspiranten, letztere bekamen ein Stipendium und arbeiteten während der Aspirantur nur für die Erlangung des akademischen Grades. Voraussetzung für eine angestrebte Berufung zum Dozenten oder Professor war ein mindestens halbjähriger wissenschaftlicher Aufenthalt im Ausland. Darauf mussten die Betroffenen sprachlich vorbereitet werden.

Jeder Student war verpflichtet, die Sprachkundigenstufe IIb zu erwerben (die b-Stufen waren leseorientiert, die a-Stufen stärker sprechorientiert, in beiden Kategorien gab es die Stufen I bis III). Die höchste Stufe (IIIa) absolvierten Teilnehmer, die für Auslandstätigkeit vorgesehen waren. Bei uns betraf dies die Sprachen Spanisch und Portugiesisch, die in Intensivkursen und internatsmäßiger Unterbringung vermittelt wurden. Hier hatten wir Teilnehmer aus der ganzen Republik. Das waren alles gestandene Wissenschaftler, die in spanischsprachigen Ländern, zum Beispiel in Kuba, etwas aufbauen oder lehren sollten. Dazu brauchte man neben der Fach- auch die Umgangssprache.

Kersten Krüger:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir danken Frau Buchholz und allen teilnehmenden wie diskutierenden Studierenden. Die Sitzung ist geschlossen.

**Zeittafel zur obligatorischen  
Fremdsprachenausbildung an der Universität Rostock**

- 1951 2. Hochschulreform in der DDR: Einführung des Unterrichts in der russischen Sprache und Literatur sowie in deutscher Sprache und Literatur für alle Studierenden. Lektorate für russische Sprache und Literatur sowie deutsche Sprache und Literatur eingerichtet.
- 1953 Der fakultative Unterricht in Englisch, Französisch und Latein wird aufgenommen.
- Einrichtung einer selbständigen Abteilung Sprachunterricht an der Universität Rostock und anderen Universitäten, die dem Rektor direkt unterstellt ist.
  - Sprachunterricht umfasst die Ausbildung in russischer Sprache und einer zweiten Fremdsprache meist Englisch, Französisch, Spanisch oder Latein sowie den Deutschunterricht für Ausländer.
  - Beginn des direkten Erfahrungsaustausches mit gleichartigen Institutionen in der Sowjetunion.
- 1958 Kenntnissnachweise in Fremdsprachen werden als Teil des Staatsexamens in den Rang von Prüfungen erhoben.
- 1959 Erste Teilnahme von Mitarbeitern am internationalen Seminar der Russischlektoren der Universitäten in Moskau.
- 1963 Beginn der Fachübersetzer Ausbildung Russisch-Deutsch, Englisch-Deutsch für die Bereiche Schiffbau, Schiffsmaschinenbau, Elektrotechnik und Landwirtschaft. Die Abteilung Sprachunterricht an der Universität Rostock gehört zu den ersten vier Institutionen der DDR, die die Ausbildungslizenz für Fachübersetzer erhalten.
- 1965 Erste Theoretische Konferenz der Abteilung Sprachunterricht zum sogenannten Rostocker Testsystem. (Bis 1985 wurden 14 Theoretische Konferenzen durchgeführt.)
- 1967 Einführung des Fremdsprachenpraktikums als Form einer effektiveren Kooperation mit allen Fakultäten der Universität und eines stärkeren Praxisbezuges der Ausbildung.
- Doktoranden werden verpflichtet, Kenntnisse in zwei Fremdsprachen nachzuweisen.

- Studierende erhalten die Möglichkeit zum weiterführenden Sprachunterricht (fakultativ) bis hin zur Sprachkundigenprüfung.
- Die Abteilung Sprachunterricht wird auf Grund der erreichten Ausbildungsprofile und der Ergebnisse in der Forschung in Abteilung für Fremdsprachen umbenannt.

1973 Durchführung der ersten Russischolympiade an der Universität Rostock in Zusammenarbeit mit den Struktureinheiten, den Hochschulvorständen der DSF und der FDJ.

Einrichtung eines Sprachintensivzentrums für Spanisch an der Abteilung für Fremdsprachen zur Ausbildung von potenziellen Auslandskadern aus der gesamten DDR.

1974 Die Sprachkundigenausbildung Russisch I/II wird obligatorisch für bestimmte Grundstudienrichtungen.

- Russisch wird obligatorisch im Fernstudium..
- Beginn einer planmäßigen Ausbildung in Englisch an der Abteilung Fremdsprachen von Praxiskadern für den Bereich der See- und Hafenwirtschaft.

1978 Die Abteilung für Fremdsprachen Rostock wird durch den Minister für das Hoch- und Fachschulwesen in den Rang eines Instituts für Fremdsprachen erhoben.

- Am Institut werden folgende Fremdsprachen angeboten: Russisch, Englisch, Französisch, Spanisch, Polnisch, Tschechisch, Bulgarisch, Schwedisch, Latein und Deutsch als Fremdsprache.

1982 6. Internationale Konferenz der DDR "Angewandte Sprachwissenschaft und fachsprachliche Ausbildung". Diese Konferenz dokumentierte einen deutlichen Qualitätszuwachs in der fachsprachlichen Forschung und ihrer Applikation auf die fachbezogene Ausbildung.

- Beginn der Sprachintensivausbildung in Portugiesisch für Kader aus den Bereichen von Industrie, Wirtschaft und Wissenschaft.
- Die Sprachwochen für Studierende des 1. Studienjahres (2 Wochen unmittelbar am Beginn des Studiums) werden eingeführt. Sie orientieren auf den aktuellen Stellenwert der Fremdsprache in der Hochschulausbildung.
- Erstmals Ausbildung in Japanisch in der Geschichte der Universität Rostock.

1985 Gründung des Instituts für Angewandte Sprachwissenschaft.  
 Beginn der Arbeit eines Zentrums für Sprachintensivausbildung in Russisch für Studierende der Universitäten und Hochschulen des Bezirkes Rostock, die für ein Teilstudium in der Sowjetunion vorgesehen sind.

1987 Gründung der Sektion Angewandte Sprachwissenschaft

1989 November: Erste Internationale Konferenz EUROCALL in der DDR.

### Sprachentafel (nach MHF) Stand 1984 in Rostock

Sprachen	Stufe			Sprachen	Stufe	
Russisch	IIb	+		Japanisch	G	+
	IIa	+		Polnisch	I	(+)
	III	-			IIb	(+)
	Fachübersetzer	-		Rumänisch	G	(+)
Englisch	IIb	+		Schwedisch	I	+
	IIa	+			IIa	+
	Fachübersetzer	+		Tschechisch	G, I	(+)
Französisch	I	+		Ungarisch	G,I	(+)
	IIb	+		Latein		+
	IIa	(+)				
Portugiesisch	G	+				
	I	+				
	IIa	+				
Spanisch	G	+				
	I	+				
	IIa	+				
Bulgarisch	I	(+)				
	IIb	(+)				

- + in Rostock regelmäßig unterrichtet
- (+) in Rostock unregelmäßig unterrichtet
- in Rostock nicht unterrichtet



## Krüger, Kersten

Auszug aus dem  
Catalogus Professorum Rostochiensium  
([http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_0000000000053](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_0000000000053))

vom 14.02.2008




---

<i>akademischer Titel:</i>	Prof. Dr. phil. habil.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	1993-2004    Professor für Geschichte der Neuzeit (16.-18. Jahrhundert)
<i>Fakultät:</i>	Philosophische Fakultät (1990- )
<i>Institut:</i>	Historisches Institut
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	Geschichte der Neuzeit (16.-18. Jahrhundert)

---

<i>Lebensdaten:</i>	geboren am 10.07.1939 in Berlin
<i>Konfession:</i>	evangelisch-lutherisch
<i>Vater:</i>	Dr. med. Hans Joachim Krüger, Arzt
<i>Mutter:</i>	Jutta Krüger, geb. Kolbe
<i>Kurzbiographie:</i>	
1959	Abitur, Göttingen
1959-68	Studium der Geschichte, Anglistik und Skandinavistik an den Univ. Göttingen, Köln, München, Kiel, Hamburg und Kopenhagen
1968-78	Assistent und Dozent an der Univ. Marburg
1978-86	Vertretungsprofessuren an den Univ. Kassel, Gießen, Hamburg, Münster und Oldenburg
1986-93	Professor für Skandinavische Geschichte, Univ. Hamburg
1993-2004	Professor für Geschichte der Neuzeit, Univ. Rostock
ab 2005	Fortsetzung der Lehrtätigkeit und Beauftragter des Rektors für die Universitätsgeschichte, Univ. Rostock

---

<i>Akademische Abschlüsse:</i>	
Studienabschluss:	1967 erstes Staatsexamen (Lehramt Geschichte / Englisch), Univ. Hamburg
Promotion:	1968 Dr. phil., Univ. Hamburg

Habilitation: 1978 Dr. phil. habil. (Neuere Geschichte), Univ. Marburg

---

*Akademische Selbstverwaltung:*

2002-04 Mitglied im Senat

*wissenschaftliche Mitgliedschaften:*

Commission Internationale pour l'Histoire des Assemblées d'Etats

Historische Kommission für Hessen in Marburg

Kuratorium des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster

Det Kongelige Danske Selskab for Fædrelandets Historie in Kopenhagen

*Ehrungen:*

1997 Ehrenmedaille der Alma Mater Stettinensis (Universität Stettin /  
Uniwersytet Szczeciński) Sis qui es pro publico bono

---

*Werke (Auswahl):*

Die Einnahmen und Ausgaben der dänischen Rentmeister 1588-1628. Marburg  
1970.

Der Ökonomische Staat Landgraf Wilhelms IV. Marburg 1977.

Finanzstaat Hessen. Marburg 1980.

Landständische Verfassung. München 2003.

Formung der frühen Moderne. Münster 2005.

*Quellen:*

eigene Angaben

*Weitere Literatur:*

Nordlichter, Band 4, Leipzig 1999, S. 190 f.

## **Zeitzeugenbericht von Herrn Prof. Dr. Kersten Krüger am 20. April 2007**

Kersten Krüger:

Meine Damen und Herren, heute wollen wir über die Erneuerung des Faches Geschichte sprechen. Das war in den Jahren von 1989 bis fast in die Gegenwart. Folgende Kapitel habe ich mir notiert:

1. Autobiografische Notiz,
2. Vorläufe für mein Engagement in Rostock,
3. Beginn in Rostock,
4. Erneuerung des Faches Geschichte mit den Unterpunkten
  - 4.1 Personal,
  - 4.2 Gebäude,
  - 4.3 Bibliothek,
  - 4.4 Dokumentationszentrum,
  - 4.5 Datenverarbeitung und
5. Bilanz und Fragen.

### 1. Autobiografische Notiz

Geboren bin ich 1939 in Berlin; mein Vater war Marinearzt, stammte eigentlich aus Mecklenburg-Strelitz, aber die Familie war zeitweise auf Rügen ansässig. Meine Mutter war in Barth, also in Pommern geboren, aber die Familie stammte aus Rostock. Meine Mutter war, das erwähne ich ab und zu, so eine freche Biene der 1920er Jahre, die mit 16 rauchte und von der Schule flog, dann aber 1930 als Apothekerin in den afrikanischen Busch auf eine Missionsstation ging. Mein Vater, der 1931 an dieser Universität Rostock in Medizin promovierte, bewarb sich angesichts der Arbeitslosigkeit auch für Akademiker um eine Stelle im Ausland und ging zufälligerweise auch auf diese Missionsstation Bolahun in Liberia. Dort lernten sich meine Eltern kennen und heirateten. So ist die Familie, aus der ich stamme, im Busch in Afrika entstanden. Mein Vater blieb 1941 auf dem Schlachtschiff „Bismarck“. Meine Mutter setzte sich dann in den Kopf, ohne Abitur Medizin zu studieren. Sie war Kriegerwitwe, wie man es damals nannte, und hatte mit vier Kindern das Mutterkreuz. Nach bestandener Eignungsprüfung studierte sie in Rostock, wie sich das gehörte, weil wir in dieser Gegend bei meiner Tante auf dem Lande in Neu-Nieköhr wohnten. Aber 1942, nach den Bombenangriffen auf Rostock überlegte sie sich, das sei ihr zu gefährlich. Zudem

hatte sie auch – da stand hohe Strafe drauf – Feindsender gehört und in Erfahrung gebracht, dass Rostock russisch besetzt würde. Daher zog sie nach Göttingen, weil – wie sie sagte – die Universität Göttingen 1737 vom englischen König als Kurfürst von Hannover gegründet worden war und von britischen Bomben verschont bleiben würde. Sie hatte Recht.

So bin ich also zufälligerweise als Kind nach Göttingen verschlagen worden, ging dort zur Schule und begann 1959 auch dort mein Studium der Fächer Geschichte, englische und nordische Philologie. Es führte mich von Göttingen über Köln, München, Kiel, Hamburg schließlich nach Kopenhagen. Nach 13 Semestern legte ich in Hamburg die Erste Staatsprüfung ab und ein Jahr später promovierte ich in Hamburg im Fach Geschichte über die Finanzen des dänischen Königs Christians IV. Danach arbeitete ich seit 1968 zehn Jahre in Marburg als Assistent, als Dozent, als Privatdozent, habilitierte 1978 in Marburg über den Finanzstaat Hessen. Danach lebte ich acht Jahre von Vertretungen, sozusagen als reisende lebendige Feuerwehr. Professuren vertrat ich in Kassel, in Gießen, in Marburg, in Hamburg, in Münster, in Oldenburg in Oldenburg und wieder in Hamburg. Seit 1986 hatte ich die Professur für Skandinavische Geschichte in Hamburg inne. Von dort bewarb ich mich um die Professur für Geschichte der Neuzeit (16. bis 18. Jahrhundert) an der Universität Rostock und wurde am 3. Dezember 1993 in Schwerin als Professor für dieses Gebiet ernannt.

## 2. Vorläufe für mein Engagement in Rostock

Wie kommt man nach Rostock? Die Familie spielt überhaupt keine Rolle, ihre Tradition war völlig verfallen und darüber hat meine Mutter nie gesprochen. Aber – und das war der erste Vorlauf – im Oktober 1989, als ich geschäftsführender Direktor des Historischen Seminars in Hamburg war, kam auf Grund des Kulturaustausches zwischen der DDR und der Bundesrepublik eine Kollegin aus Rostock zu Besuch und musste betreut werden. Und für mich war das zunächst eher Pflicht als Neigung, aber es erwies sich ganz anders. Es kam nämlich Frau Hanna Haack,<sup>1</sup> Professorin der Sektion ML. Sie war, wie sich herausstellte, neben Peter Voigt<sup>2</sup> die Vertreterin für Sozialgeschichte, aber in der Sektion ML. Wir entdeckten sofort gemeinsame Interessen, zum einen zeigte es sich, dass Frau Haack Schülerin von Gerhard Heitz<sup>3</sup> war, den ich wissenschaftlich sehr schätzte, aber

---

<sup>1</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001863](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001863)

<sup>2</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000000793](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000793)

<sup>3</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001558](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001558)

persönlich nicht kannte, schätzte wegen seiner Schriften zur Agrargeschichte. Frau Haack brachte eine 5 ¼ -Zoll-Diskette mit, die sie Gerhard Heitz zum 65. Geburtstag schenken wollte, und zwar mit den ersten Daten der mecklenburgischen Volkszählung von 1819. Diese Disketten hatten übrigens in der DDR einen Graumarktwert von 80 bis 100 Mark pro Stück! Wir arbeiteten in Hamburg an einem ähnlichen Projekt, nämlich an den Volkszählungen in Altona und Kiel, 1803. Spontan verabredeten Frau Haack und ich – also im Oktober 1989, als nichts von der Einheit Deutschlands absehbar war – ein gemeinsames Projekt, nämlich die Volkszählungen der Großstädte Altona, Kiel, Rostock und Wismar 1803 und 1819 zu untersuchen und auch auszuwerten. Später – 1991 – beantragten wir ein DFG-Projekt dafür und bekamen es bewilligt. Wir führten es auch durch. Jetzt erfüllt es uns mit Genugtuung, dass historische Demografie von unserer Universität und dem Max-Planck-Institut für Demografie erneut aktiviert wird.

Der zweite Vorlauf begann im Januar 1990, da war ja schon ein bisschen mehr los. Da kamen Rostocker Studenten nach Hamburg, die mir sagten, sie brauchten eine Erneuerung ihres Faches, ob wir nicht irgendetwas unternehmen könnten. Da schlug ich ihnen einen Lehraustausch vor. Sie sollten einmal zu ihrem Sektionsdirektor, zum Kollegen in Rostock gehen und fragen, ob er nicht einmal ein Semester hier lesen wolle, dann käme ich ein Semester nach Rostock. Für Gastvorträge und Reisekosten gab es ja Gelder auf beiden Seiten, und zwar lange vor der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion von 1990. Das wäre eine spannende Sache gewesen. Allerdings erklärten mir die Rostocker Studenten nach zwei Monaten etwas kleinlaut, dass, als sie mit ihrem Vorschlag zum Direktor in Rostock kamen, er ihnen die Tür wies – aus.

### 3. Beginn in Rostock

Zugang nach Rostock bekam ich dann auf anderem Weg, nämlich über das Institut für Soziologie und Sozialgeschichte, das Peter Voigt<sup>4</sup> hier schon vorgestellt hatte.<sup>5</sup> Zunächst hatte ich einen Lehrauftrag an diesem Institut – die Historiker waren, wie gesagt, sehr zurückhaltend – und hielt eine Übung zur Datenverarbeitung in der Geschichte. Wir werteten Steuerregister des 17. und 18. Jahrhunderts mit statistischen Verfahren aus, die auch in der Soziologie Anwendung finden.

Die Gespräche mit den Rostocker Studenten der Geschichte gingen parallel weiter. Sie sagten, so könne es nicht weitergehen, und hatten auch im neu ge-

---

<sup>4</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000000793](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000793)

<sup>5</sup> Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Teil 1. Rostock 2007, S. 320-346.

bildeten Kultusministerium in Schwerin interveniert. Von dort waren alle Examina angehalten und alle Studierenden verpflichtet worden, vier Semester zusätzlich zu studieren, um ein innovatives Lehrangebot zu erhalten und dann erst Staatsexamen zu machen. Dafür gab es Förderung nach dem BAFöG. Aber ein solches innovatives Lehrangebot war ja nun so nicht aus dem Hut zu zaubern, da brauchte man Lehraufträge und Vertretungen, denn Neuberufungen standen noch nicht an. Das war alles erst im Werden. Dann riet ich den jungen Leuten, wenn bei der Universität nichts zu erreichen sei, sollten sie es doch mal im Ministerium versuchen, denn das sei die vorgesetzte Behörde. Dabei war ich mir ganz sicher, dass sie das nie hinkriegen würden. Aber ich hatte mich geirrt. Nach kurzer Zeit – auf gut mecklenburgisch zwei Monate oder drei – bekam ich einen Gesprächstermin im Kultusministerium in Schwerin, und dort war – er war ja auch schon hier – Herr Wildenhain<sup>6</sup> Referent für diese Dinge. Es überraschte mich angenehm, wie gut man mit einem leitenden Ministerialamtsträger eine Stunde inhaltlich über Geschichte diskutieren kann. Dabei kam heraus, dass ich von 1992 an erst einmal eine Vertretung in Rostock wahrnehme, um einen Teil dieses zusätzlichen Lehrangebotes zu realisieren. Das hatte noch einen ganz guten Nebeneffekt, nämlich dass Frau Haack, die in Rostock wegen ML nicht weiter beschäftigt wurde, mich nun in Hamburg vertreten konnte. Das ging damals noch. Ein Jahr lang hat also Frau Haack mit großem Erfolg meine Professur in Hamburg vertreten und dann habe ich sie noch an die Universität Oldenburg vermittelt, wo sie ein weiteres halbes Jahr eine Professur vertrat. Auf diese Art und Weise hatte sie eine qualifizierte Beschäftigung in den alten Bundesländern. Wenigstens an dieser Stelle konnte ich meine Vorstellung der Hochschulerneuerung durch Austausch verwirklichen.

Hier in Rostock war das nicht ganz so gerne gesehen, ich fühlte mich immer wie Santa Claus, der von oben durch das Dach einsteigt. Denn der erste Kommentar – und jetzt komme ich zum Vorlauf in Rostock – lautete hier: „Schon wieder so ein Nackenschlag aus dem Ministerium.“ Es galten, wie ich von Zeitzeugen weiß, vier Parolen:

1. Parole: Nicht umziehen;
2. Parole: Nur mit Vertretern arbeiten;
3. Parole: Niemanden reinlassen und
4. Parole: Summe – die Macht behalten.

Die Parolen zeigen die mangelhafte Bereitschaft der Sektion oder – wie sie dann hieß – des Fachbereichs, neue Lehrende hinein zu lassen, die etwas zu

---

<sup>6</sup> Ebenda, S. 78-104; Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001539](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001539)

bewegen suchten. Insoweit stieg ich also von oben ein. In den ersten Semestern hielt ich vierstündige Vorlesungen je Woche. Seit dem Sommer 1993 fanden die ersten Staatsexamina hier statt, die auf Grund des Zusatzstudiums abgelegt werden konnten. Wir hatten etwa 80 Kandidaten. Das war ein Riesenberg, der abzuarbeiten war, aber, das muss ich auch sagen, die Ergebnisse waren mindestens, nein sie waren genauso gut wie heute. Das heißt, gelernt hatten die Studierenden schon etwas, sie hatten gutes Wissen, und ich habe damals Herrn Moll<sup>7</sup> gesagt, er brauche sich wegen der Ausbildung im Fach Geschichte nicht zu verstecken. Dabei meinte ich die Ebene des empirischen Wissens.

#### 4. Erneuerung des Faches Geschichte

##### 4.1 Personal

Lehre und Forschung, aber auch Personalstruktur waren zu erneuern. Die Sektion Geschichte hatte 40 bis 45 Lehrkräfte und nahm alle zwei Jahre, wenn ich mich nicht irre, 20 Studenten auf. Das war ein Verhältnis – ein Missverhältnis, denke ich –, das sich nicht halten ließ. Wenn Herr Maeß<sup>8</sup> sagte, es wäre doch gut gewesen, die paradiesischen Zustände der DDR, was die Personalausstattung angehe,<sup>9</sup> in die Bundesrepublik zu exportieren, dann war das unreal, das war nicht erreichbar. Wir haben verschiedene Ebenen zu unterscheiden. Zunächst einmal die Ebene der Professoren, dann die der Dauerangestellten, dann die der Assistenten. Die Professoren gingen in den Vorruhestand. Herr Wildenhain hat mir im Ministerium dazu nur ein Wort gesagt „alle“. Er hatte nämlich Akteneinsicht genommen. Allerdings galt das nicht für Harry Wüstemann,<sup>10</sup> Professor für Ur- und Frühgeschichte; er machte weiter. Es gab beim Personal ein zweistufiges Verfahren, nämlich zunächst die Überleitung und dann kam die Übernahme.

Die Überleitung bedeutete, dass alle Wissenschaftler auf Grund ihrer Schriften überprüft wurden, ob und in wie weit sie nach dem Hochschulrahmengesetz der Bundesrepublik qualifiziert waren für eine C4-, für eine C3-Professur, für eine Dozentenstelle oder eine Assistentenstelle. Man hat das vor allem ab Habilitation

---

<sup>7</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001733](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001733)

Siehe auch: Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Teil 1. Rostock 2007, S. 258-288.

<sup>8</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000000772](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000772)

<sup>9</sup> Die Universität Rostock zwischen Sozialismus und Hochschulerneuerung. Teil 1. Rostock 2007, S. 44-77, hier S. 69.

<sup>10</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001737](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001737)

aufwärts gemacht. Im Fach Geschichte in Rostock wurden damals übergeleitet, also anerkannt als qualifiziert für eine C3-Professur: Ilona Buchsteiner<sup>11</sup> und Gyula Pápay,<sup>12</sup> Andere nicht. Es gab danach die Übernahme, also wer die Überleitung geschafft hatte und für eine bestimmte Professur anerkannt war, konnte übernommen werden, sofern der Bedarf bestand und eine Planstelle vorhanden war. Hierfür gab es Kommissionen, Übernahmekommissionen. Wer in der Übernahmekommission saß, hatte damit einen Anspruch auf Dauereinstellung. Das war ein Mitglied der Sektion, des späteren Fachbereichs Geschichte, und der erste Sprecher des Fachbereichs – weil er ja auch unbequeme Entscheidungen fällen musste – bekam ebenfalls den Anspruch auf Dauereinstellung. Strittig war die Mitgliedschaft in der Ehrenkommission. Herr Pápay saß in der Ehrenkommission und hatte eigentlich diesen Anspruch. Weil es strittig war, haben wir es erst später erreicht. Unstrittig war auch, dass es eine Didaktik geben müsse, und Günter Kosche,<sup>13</sup> der im Winter hier noch erscheinen wird, ist sofort übernommen worden, und zwar als Oberstudienrat im Hochschuldienst, aber genau genommen war es eine unbefristete Angestelltenstelle zum Zwecke der Fortführung des Gebietes der Didaktik.

Man hat von dem vorhandenen Personal zunächst einmal die Dauerstellen besetzt, also das Mitglied in der Übernahmekommission, Manfred Jatzlauk, und der erste Sprecher, Ernst Münch,<sup>14</sup> wurden auf Dauer übernommen. Die Anderen wurden auf befristete Stellen übernommen, also es erhielten Ilona Buchsteiner, Gyula Pápay und Ralph Schattkowsky<sup>15</sup> als Habilitierte befristete 2/3-Stellen. Damit hatte ich übrigens nichts zu tun, das war alles vor meiner Zeit geschehen, aber ich habe mich darüber einigermaßen entsetzt, weil nach meiner Auffassung bis heute es den Qualifiziertesten gebührt hätte, auf die ersten Dauerstellen zu kommen. Da ich an den Überleitungen als Gutachter beteiligt war, ich nenne jetzt hier keine Namen, weiß aber genau, was ich sage. Mit Abstand die Beste war Frau Buchsteiner, und nach meiner Vorstellung hätte sie sofort Sprecherin des neuen Fachbereiches werden müssen. Sie wurde es aber nicht, und zwar aus Gründen, die eher politischer und nicht wissenschaftlicher Natur waren. Sie hatte schon zu

---

<sup>11</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001457](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001457)

<sup>12</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001509](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001509)

<sup>13</sup> Sein Zeitzeugenbericht wird im dritten Teil veröffentlicht.

<sup>14</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001273](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001273)

<sup>15</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001454](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001454)



DDR-Zeiten den Mund aufgemacht und galt bis zu ihren Tod als Verräterin, weil sie mit dem Klassenfeind paktierte. So habe ich es gehört. Sie sah es anders. Sie hatte als Einzige, so meine ich – von Herrn Pápay abgesehen – die Chancen genutzt, ihr Gebiet, nämlich Agrar- und Adelsgeschichte, grundlegend zu modernisieren.

Befristete Stellen – jetzt bin ich bei den Assistenten – erhielten die Assistenten. Nach dem Hochschulrahmengesetz waren Assistenten für sechs Jahre einzustellen zum Zweck der Habilitation. Nach dem Hochschulerneuerungsgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern sollten es drei plus drei Jahre sein, drei Jahre Vorlauf, dann eine Begutachtung des Habilitationsprojektes mit der Option der Verlängerung um weitere drei Jahre. Ziel war die Habilitation. Für die Wissenschaftsgeschichte wurde Peter Jakubowski übernommen. Er hatte ein Projekt zu Zeitschriften und Aufklärung. Für die Neuere und Zeitgeschichte wurden übernommen Rainer Mühle mit einem Habilitationsprojekt zur Migration aus Mecklenburg im 19. Jahrhundert, Rolf Rehberg, mit einem Projekt zur schottischen Geschichte der frühen Neuzeit und Kerstin Urbschat mit einem Projekt zum Nationalsozialismus in Mecklenburg. Das war eine breite Streuung.

Sprecher des Fachbereiches – später hießen sie Direktor – waren zunächst Herr Münch – er bekam dann die Dauerstelle –, dann wurde es Herr Pápay – befristet auf einer 2/3-Stelle. Ab 1994 war ich es selber, also der Herr Krüger, dann Herr Völkel<sup>16</sup> ab 1996, Herr Gruner<sup>17</sup> ab 1998, Werner Müller<sup>18</sup> seit 2000 und ich noch einmal ab 2002, Herr Völkel ab 2004 und Herr Gruner ist es jetzt seit 2006. Sprecher des Fachbereiches oder Direktor des Instituts war früher eine einflussreiche Stelle, hat jetzt aber eigentlich gerade noch den Charakter einer Repräsentationsstelle. Zu sagen haben die Direktoren im Grunde nichts mehr.

Was ich mir vorstellte, womit ich aber gescheitert bin, war, dass wir nach der Habilitation der vier Assistenten sie – nach dem Hamburger Modell der 1970er Jahre – zumindest in Teilzeitbeschäftigung auf Dauer übernehmen könnten. Mit dem Titel außerplanmäßiger Professoren hätten wir dann ein sehr leistungsfähiges Institut und Fach gehabt. Meine Zielvorstellung in der Wissenschaft war es, in Rostock die Geschichte der DDR, die Agrargeschichte und dann Datenverarbeitung in der Geschichte zu verankern und auszubauen. Eine Norddeutsche Historische Datenbank wollte ich gründen, bin jedoch in vielen Dingen total gescheitert.

---

<sup>16</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001696](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001696)

<sup>17</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001306](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001306)

<sup>18</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001679](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001679)

Die Assistenten haben nicht habilitiert, nicht einer. Wenn Sie das hochrechnen – Herr Jakubowski ging schon nach drei Jahren – vier mal sechs minus drei, also 21 Dienstjahre BAT II ohne Ergebnis. Nichts von einer Qualifikation, nichts von einer Chance für eine Dauereinstellung. Ich weiß zwar nicht ob ich es geschafft hätte, Dauerstellen zu bekommen, aber ohne eine qualifizierte Nachwuchsgruppe war gar nicht daran zu denken. Meine Vision von einer Integration viel versprechender Nachwuchswissenschaftler aus der Wilhelm-Pieck-Universität in die neue Zeit der Freiheit von Forschung und Lehre ging völlig daneben.

Meine Zielvorstellungen der wissenschaftlichen Schwerpunkte sind durch die Gründungskommission, die das Fach neu einrichtete – ich war nicht daran beteiligt – in keiner Weise, oder doch nur sehr rudimentär berücksichtigt worden. Die Gründungskommission, die also das Fach Geschichte neu einrichtete, stand unter Vorsitz von Helmut Neuhaus, den ich noch aus Marburger Zeiten kannte. Er ist ein ganz solider Wissenschaftler und persönlich sehr nett, aber für methodische Innovation hatte er relativ wenig Sinn. Die Gründungskommission hatte das Fach Geschichte nach dem, ich möchte sagen, westdeutschen Muster einer Minimalausstattung eingerichtet. Es gab insgesamt sieben Professuren für das Fach Geschichte: eine Professur für Alte Geschichte, die jedoch an das Institut für Altertumswissenschaften wanderte, das neu gegründet wurde und eifersüchtig darauf achtete, dass nur nichts von der Geschichte an Einfluss in die Altertumswissenschaften kommen könne. Der Fachbereich Geschichte – später das Historische Institut – erhielt sechs Professuren: eine für die Geschichte des Mittelalters, eine für die Geschichte der Neuzeit (16. bis 18. Jahrhundert), eine für die Geschichte der Neuesten Zeit, eine für Zeitgeschichte und Internationale Beziehungen, eine für Geistesgeschichte und eine sechste Professur für Landesgeschichte.

Berufen wurden zunächst einmal der heutige Zeitzeuge, also ich Ende 1993, dann für das Mittelalter Werner Rösener aus Göttingen, der einen Winter hier auch gelehrt hat, aber dem das hier zu ungemütlich war. An seiner Stelle kam dann über Platz zwei der Liste Tilmann Schmidt.<sup>19</sup> Es kamen Markus Völkel für die Geistesgeschichte, 1994 Wolf D. Gruner für die Neueste Geschichte und schließlich – das war für mich ein unerwarteter Glücksfall – Werner Müller über Platz zwei auf die Professur für Zeitgeschichte. Diese war zwar für Internationale Beziehungen vorgesehen, aber Werner Müller betreibt hauptsächlich Sozialismus und DDR-Geschichte. Mein Ziel war es, in Rostock DDR-Geschichte wissenschaftlich aufzuarbeiten und hier nicht in primitiven Antikommunismus zu verfallen. Damals herrschte hier eine Stimmung des Glaubenskrieges, da durfte politisch nichts links aussehen. Da wurde mir klar, dass wissenschaftlich etwas geschehen müsse, um die Geschichte des Sozialismus und der DDR aus dem politischen

---

<sup>19</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001852](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001852)

Tageskampf herauszubringen. Da war der Zufall auf meiner Seite, da habe ich dann etwas erreicht, ohne dass ich selber ein Verdienst daran hatte.

Die sechste Professur für Landesgeschichte ist verloren gegangen, durch eigene Dummheit und gegen meinen Willen. Die Landesgeschichte wurde – vor meiner Zeit in Rostock – in der ersten Liste mit Ernst Münch an der Spitze präsentiert, das ist kein Geheimnis. Aber er war nicht übergeleitet nach dem beschriebenen Verfahren. Die Ministerin, Steffi Schnoor,<sup>20</sup> hatte klar verlauten lassen, wenn auf einer Liste jemand präsentiert werde, der nicht übergeleitet sei, also nicht anerkannt als qualifiziert für eine Professur, betrachte sie das als einen Affront. Die erste Liste ging also mit diesem Namen dahin und kam prompt zurück. Beim zweiten Mal – ich bin da überstimmt worden – hat man die Liste mit demselben Spitzenkandidaten eingereicht mit dem Erfolg, dass das Ministerium dann die Stelle gestrichen hat. Alle Versuche sie durch Umwidmung zu retten, scheiterten; ich wollte sie in Richtung Historische Demographie bringen, also Datenverarbeitung. Vermutlich hätten wir damals Artur E. Imhof, den führenden Fachvertreter für Bevölkerungsgeschichte bekommen können. Aber das scheiterte an der oberen Instanz der Universität. Dekan der Philosophischen Fakultät war damals Hans Jürgen Wendel und Rektor der Universität Gerhard Maeß. Sie haben es beide verhindert, und die Stelle ging dann in die Romanistik. Daher sind wir auf fünf Professuren reduziert. Herr Münch war und ist selbstverständlich, das habe ich sofort gesagt, der Fachvertreter für mecklenburgische Landesgeschichte. Dafür bekam er eine außerplanmäßige Professur.

Wir haben nach und nach neue Assistenten einstellen können, zum Teil durch Bewilligung neuer Stellen, zum Teil durch Ausscheiden der Anderen. Ich nenne sie mal in der Reihenfolge der Zeit. Zunächst war Fred Mrotzek Assistent, ich nenne ihn den Gründungsassistenten, weil er die organisatorische Arbeit, die wir noch gleich besprechen wollen zu gestalten hatte. Dann kam Stefan Kroll für die Neuzeit, es kam dann Jan-Peter Schulze für die Neuzeit, es kam Mathias Schulz für die Neueste Zeit bei Herrn Gruner, jetzt ist es Iris Borowy. Es kam Nicole Reinhardt für die Geistesgeschichte, Andreas Pečar für die Geistesgeschichte, Sven Wichert für das Mittelalter, Wolfgang Eric Wagner für das Mittelalter, der inzwischen aber Juniorprofessor ist, und es kam schließlich Mario Niemann für die Zeitgeschichte, der jetzt aber die Agrargeschichte auf Dauer – wenn Sie so wollen – in einer gewissen Nachfolge für Frau Buchsteiner inne hat. Die personelle Erneuerung ist nach meinen Vorstellungen nur teilweise gelungen, es war außerordentlich schwierig, hier Fuß zu fassen, und das Ergebnis selbst möchte ich nicht kommentieren. Sie wissen, alle menschlichen Gruppen sind normal verteilt, es gibt meistens mittelmäßige, wenige Gute und wenige Schlechte, vielleicht gibt

---

<sup>20</sup> Ministerium für Wissenschaft, Bildung und Kultur  
<http://www.kultus-mv.de/sites/wir/schnoor.htm>

die Normalverteilung etwas her, um ein eigenes Urteil zu bilden. Die Erneuerung hat also stattgefunden, hauptsächlich unter Westimport, das war nicht immer glücklich, aber die wirklich Qualifizierten, nämlich Frau Buchsteiner und Herr Pápay sind vor allem im Hause behindert worden, so dass es also für sie schwierig war sich durchzusetzen.

## 4.2 Gebäude

Die Sektion Geschichte war in einer alten Villa am Wilhelm-Külz-Platz 4 untergebracht. Sie war – das ist kein Vorwurf – in schlechtem baulichen Zustand. Die Heizung war, wie in einem Einfamilienhaus früher üblich, mit Braunkohle und mit Holz zu befeuern, über Winter 1989 kamen kräftig Akten hinzu. Damals waren auch die Winter noch kalt. Wenn Sie montags früh dorthin kamen, herrschten dort 8,3° C Hitze, obwohl der Hausmeister um 4:00 Uhr morgens angefangen hatte zu heizen. Sie konnten dort nicht arbeiten. Es wird über die Direktoren zu DDR-Zeiten gesagt, dass sie kamen und sagten: „Hu, ist aber kalt hier, arbeiten Sie mal schön, ich gehe nach Hause“.

Die DDR war nun einmal kein reiches Land, und die baulichen Zustände waren häufig beklagenswert. Es gab, als Herr Rösener da war, abenteuerliche Pläne zur Verbesserung. Er wollte einen Glaspavillon in den Garten stellen, damit die Bibliothek da hinein kommen sollte. Sie kennen aber vielleicht, oder erinnern noch die Parole „Nicht umziehen“. Es gab Möglichkeiten in die Ulmenstraßenkasernen umzuziehen. Es gab die Möglichkeit, hier in die August-Bebel-Straße einzuziehen. Das wurde von den damaligen Leitenden der Sektion des Faches brüsk zurückgewiesen. Als ich nach meiner Ernennung im Frühjahr 1994 mich dann an das Dezernat Technik wandte, und den Leiter, das ist bis heute Herr Dr. Knut Böttcher, einlud, da sagte er, er habe noch nie etwas von Nöten des Faches Geschichte gehört, das sei jetzt zum ersten Mal, und der Fachbereich Geschichte könne gleich in der August-Bebel-Straße 28 drei Stockwerke haben.

Dann allerdings fingen wir an, den Auszug, den Umzug zu planen. Das Hochhaus in der August-Bebel-Straße 28 ist ein Bürohaus, das aus standardisierten, übereinander gesetzten Betonschachteln besteht. Das ist für Büros geeignet, das ist tragfähig, es liegen genügend Leitungen, genug Elektrizität ist vorhanden. Das war und ist gegenüber der Villa am Wilhelm-Külz-Platz das richtige Gebäude für ein Seminar, übrigens auch ein gutes Recycling einer Stasi-Sicherheitsanlage, das habe ich ja auch in einem anderen Zusammenhang schon einmal gesagt. Die Zustände in diesem Haus, nachdem es besetzt, befreit und wieder in Nutzung genommen wurde, waren abenteuerlich. Von der dritten bis zur sechsten Etage war die Hautklinik eingezogen, und wenn man morgens am Fahrstuhl stand, dann kamen Patienten mit großen Verbänden, manchmal Ausschlägen. Andere Institute waren lustig eingezogen, wo nun gerade Platz war. Also die Soziologie saß in der

zweiten Etage, die Germanistik weiter oben, wie es sich bei der Besetzung so ergeben hatte. Das aber hatte für die Bibliotheken erhebliche Nachteile, die wiederum dezentral in kleinen Lesesälen und in den Dienstzimmern aufgestellt wurden. Das Wichtigste ist ja für Lehre wie Forschung, denke ich, die Bibliothek.

Mit Hilfe des Dezernats 6 haben wir diesen Umzug gemacht, mit einem ganzen Institut ist das ja nicht ganz leicht. Frau Barbara Heine, unsere Sekretärin sagte mit einem Stoßseufzer noch in der Villa: „Ob ich es noch einmal erlebe, dass wir ordentliche Büros bekommen“. Darauf antwortete ich: „Der Frau kann geholfen werden.“ In diese Büros in der 6. Etage sind wir im Sommer 1994 eingezogen. Sie waren notdürftig renoviert, tapeziert mit Raufaser, weiß gestrichen, dazu der graue Standardteppich. Nachdem das „Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen“ gegründet war und der Stasi-Knast zur Universität kam, haben wir hier noch weitere Räume in Beschlag genommen. Auch hier sitzen wir ja in so einem solchen Raum des ehemaligen Gefängnisses und haben drüben im Hochhaus Platz gemacht für die Computerpools, die nach und nach angewachsen sind.

#### 4.3. Bibliothek

Bei der Bibliothek habe ich, meine ich, sehenswerte Erfolge erreicht. Das ist allgemein unstrittig. Die Bibliothek in der Villa war, das sage ich ganz polemisch, die gebaute sozialistische Ausbildung, in dem das alte Wohnzimmer als Lesesaal diente. In diesem Wohnzimmer standen die Klassiker zum Auswendiglernen. Sie wissen, dass das DDR-Ausbildungssystem dem französischen entsprach: standardisiertes Wissen auswendig lernen, in der Prüfung abfragen, 30 Jahre lehren. Das ist polemisch überzeichnet. Die Altbestände, die sowieso aus den kapitalistischen Zeiten stammten und nichts wert waren, die alten Bücher, die standen in den Übungsräumen an der Wand. Die Fachliteratur stand in den Zimmern der Assistenten, die bessere Fachliteratur bei den Professoren, und die Westliteratur stand in verschlossenen Schränken auf dem Flur in der zweiten Etage. Zugang war nur mit Sondergenehmigung zu erlangen. Und ich sehe noch Frau Syndikus, unsere tüchtige Bibliothekarin, wie sie auf einer schwankenden Holzleiter, so drei Meter hoch, mit einem Schlüssel hantierte und dann die Bücher da heraus nahm. Dabei dachte ich, sie fällt da gleich runter. Nun war ja nach 1990 der Zugang zu diesen Büchern frei, aber baulich waren die ja noch immer da oben in den so genannten Giftschränken.

Nun kam ich aus einer anderen Tradition. Für mich bedeutete Freiheit von Forschung und Lehre in Bezug auf die Bibliothek, dass es eine Freihandbibliothek für alle Bücher, für alle Nutzer gibt, und das mussten wir verwirklichen. Zunächst fragte ich Frau Syndikus. Das ist die tüchtigste Bibliothekarin, die ich in meinem ganzen Leben kennen gelernt habe. Mit ihr habe ich abgesprochen, wie wir das

machen. Das Gegenkonzept der Freihandbibliothek bedeutete nun, dass wir erst einmal entsprechende Räume brauchten. Dann suchte ich den damaligen Direktor der Universitätsbibliothek auf, Peter Hoffmann, der aus der Ingenieurhochschule für Seefahrt in Warnemünde<sup>21</sup> kam und genau dieselbe Ansicht hatte wie ich: wir müssen frei zugängliche Präsenzbibliotheken aller Bestände für alle Studierenden schaffen.<sup>22</sup> Das Einzige, was er verlangte, war das System Mauselloch, dass also Zugang nur an einer Stelle möglich ist, dass dort ständig Aufsicht ist. Sonst solle sich jeder in der Bibliothek frei bewegen können. Daraufhin guckten wir uns das Hochhaus an und da Herr Hoffmann meinte, fünf Stockwerke brauchten wir für eine Gesamtbibliothek der Philosophischen Fakultät. Das erwies sich baulich als möglich, wenn man die unteren Stockwerke nahm und über die Nottreppe eine interne Verbindung herstellte. Unten im Erdgeschoss könne dann der Eingang sein, das Mauselloch. Alle Bibliotheken der Geisteswissenschaften sollten dort hinein.

Heute regt das niemanden mehr auf, denn wir haben die zentrale Bibliothek über mehrere Stockwerke längst erreicht. Aber damals war dieser neue Gedanke ein echter Umsturz, eine Revolution der Wissenschaft in der Philosophischen Fakultät. Denn überall herrschten Verhältnisse wie im Fach Geschichte. Bei Verwirklichung unseres Ziels mussten die Professoren ebenso wie die Assistenten die Bücher aus ihren Dienstzimmern herausrücken. Die Giftschränke waren zu räumen! Freier Zugang zu allen Büchern war etwas Unvorstellbares. Zu organisieren war es ja auch. Wir haben damals, im Frühjahr 1994, mit erheblichen Kämpfen die drei unteren Stockwerke frei geräumt bekommen. Die Soziologen mussten ausziehen, die Institute intern im Haus auch, damit die Stockwerke für die Bibliothek Geisteswissenschaften frei geräumt wurden. Dann musste man ein bisschen renovieren und Regale aufstellen. Das ließ sich alles verwirklichen, und wir sind im Sommer 1994 in großer Geschwindigkeit mit ungefähr 50.000 Büchern aus der Villa am Wilhelm-Külz-Platz in die neue Fachbibliothek der Geisteswissenschaften eingezogen.

In allen Instituten mussten die Bestände in einen Magazinbestand und in einen Präsenzbestand getrennt werden. Es gab also uralte Bücher, die wirklich nichts mehr bedeuteten, es gab die unendlichen Mengen von Klassikern des Marxismus-Leninismus, die im Magazin besser aufgehoben waren als Platz wegnehmend in einem Präsenzbestand. MEW reichte einmal, nicht fünfmal. Wir haben

---

<sup>21</sup> Vgl. <http://www.robotrontechnik.de/index.htm?/html/standorte/fh-warnemuende.htm>  
20. Februar 2008.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu auch: Krüger, Kersten: Hochschulerneuerung und Universitätsbibliothek in Rostock – Herausforderung und Lösungsmöglichkeiten am Beispiel der Fachbibliothek Geschichte. In: Bibliothek zwischen Kontinuität und Wandel. Festschrift für Peter Hoffmann zum 60. Geburtstag. Hrsg. v. Stefan Siebert. Rostock 2000, S. 217-265.

also die Bestände trennen müssen. Dabei waren mehrere Arbeitsschritte durchzuführen. Als Erstes mussten alle Bestände in der Villa Buch für Buch in Augenschein genommen werden, das waren 60.000 bis 70.000 Exemplare. Zu entscheiden war der künftige Standort: Präsenzbestand oder Magazin. Frau Syndikus erfand die Kennzeichnung mit Papierstreifen. Jedes Buch für das Magazin bekam einen Papierstreifen eingelegt, blieb aber noch am Standort. Denken Sie an Aschenputtel: die Schlechten ins Kröpfchen und die Guten ins Töpfchen. Wochenlang legten wir Papierstreifen ein.

Als Zweites mussten die Bücher grob nach neuen Signaturen sortiert werden. Die alten Signaturen stammten aus den 1920er Jahren, die durch Zuwachs völlig unübersichtlich geworden waren, unmöglich eigentlich. Wir führten die Regensburger Systematik ein. Zwar kann ich nicht behaupten, dass ich sie besonders liebe, aber sie ist sehr praktisch, denn sie ordnet nach Epochen. Wir hatten vor, die Bücher neu nach der Regensburger Systematik zu signieren, und dann auch zu katalogisieren. Einen fachgerechten Katalog gab es nicht. Verschiedene Arbeitsschritte waren möglichst in einem Arbeitsgang zu erledigen. Frau Syndikus schätzte dann den Platzbedarf des Präsenz- wie des Magazinbestandes in Regalmetern. Als die Umzugsleute kamen, passte sie auf, dass richtig gepackt wurde: Bücher mit Papierstreifen in die Magazinkartons, ohne in die Präsenzkartons, grob sortiert nach den neuen Regensburger Signaturen. Sie hatte an den Zielregalen in der neuen Bibliothek auch schon die Regensburger Signaturen angeklebt, so dass die Bücher gleich an den richtigen Standort gestellt wurden. Das war also unheimlich geschickt gemacht, geradezu genial. Im Sommer 1994 konnten wir die Eröffnung feiern.

Der Magazinbestand kam zunächst in den Telekomkeller unter dem Zwischenbau in der August-Bebel-Straße, ein Stockwerk minus zwei unter der Erde. Dort haben wir billige Holzregale mit studentischen Hilfskräften aufgestellt und rund 12.000 Bücher untergebracht, das war unser Magazin. Dann gab es noch ein extra Magazin, draußen in Lichtenhagen am Laakkanal. Der Magazinbestand im Telekom-Keller war über die Ausleihe zugänglich.

Nun kommt aber der Clou. Als wir eingezogen waren, das war im Juni 2004, zeigte sich bald, dass die Bibliothek zu klein war. Wen wundert das? Da gab es dann die abenteuerlichsten Vorstellungen. Wir stellen auf den Fluren noch Regale auf, aber das wurde aus Gründen der Feuersicherheit verboten. Statt dessen sollten Stahlschränke in die Flure, das ging auch nicht. Zufällig bei einer Besprechung mit dem Kanzler zusammen mit Herrn Hoffmann klagte Herr Hoffmann über das Michaeliskloster. Kein Mensch wolle da einziehen, wiewohl es mit viel Geld hergestellt worden sei und es Pläne gebe, es aufzustocken. In die neuen höheren Stockwerke sollten die Sondersammlungen der UB hineinkommen. Die Germanisten hätten das Michaeliskloster als Standort ihrer Fachbibliothek abgelehnt, jetzt könne wohl ein Warenhaus einziehen, scherzte er. Da sagte ich, die

Historische Fachbibliothek würde dort gut hineinpassen, sie gehöre sogar dorthin. Denn wenn oben die Sondersammlungen mit den alten Büchern stünden, müssten die Nutzer ja sowieso an die historischen Nachschlagewerke. Also wir, die Historiker ziehen ein.

Das haben wir dann gemacht. Zuerst aber fragte ich Frau Syndikus, ob sie ein zweites Mal umziehen wolle. Da sagte sie: „Natürlich mache ich das.“ Wir sind also in einem Jahr noch einmal mit rund 50.000 Büchern umgezogen, von der August-Bebel-Straße in das Michaeliskloster in der Altbettelmönchstraße. Seitdem haben wir eine schöne Bibliothek, für mich die schönste Fachbibliothek, die ich kenne. Mit viel Fleiß haben wir dann die anstehenden Arbeiten gemacht. Als Erstes war die Vergabe der vollständigen neuen Signaturen an der Reihe. Im Winter 1994/1995 stellten wir den Bestand völlig um. Die neu signierten Bücher bekamen neue Schilder aufgeklebt und wurden am endgültig richtigen Standort aufgestellt. Wir druckten neue Katalogkarten, den elektronischen Katalog gab es bis 1998 noch nicht. Von einem meiner Hamburger Schüler ließ ich ein kleines dBASE-Programm schreiben, mit dem wir in einem Arbeitsgang die Bücherbestellzettel schreiben und aus derselben Datenbank nachher die Katalogkarten drucken konnten. Während in den anderen Geisteswissenschaften alles noch mit der Schreibmaschine ging, hatten wir alles schon EDV-gestützt automatisiert und waren ganz schnell damit fertig.

Wir richteten dann die Mediothek ein, die viel zu wenig genutzt wird, was ich damals nicht ahnen konnte. Wir haben vom Gymnasium in Parchim den gesamten Schallplattenbestand aus der Zeit der DDR gut verwahrt geschenkt erhalten. Wir kauften eine stattliche Anzahl Videos mit historischem Inhalt.

Nun hatten wir eine schöne Bibliothek, auch beachtliche Bestände, aber es klafften erhebliche Lücken. Die DDR hatte, das haben wir immer wieder gehört, Devisenknappheit. Sie hatte aber auch andere Gründe, nicht so viel Westliteratur anzuschaffen. Es fehlte von Erscheinungsjahr 1950 bis 1990 der größte Teil der westdeutschen Fachliteratur für Geschichte. Um diese Lücke zu schließen, begannen wir, Gelehrtenbibliotheken einzuwerben und zu bekommen. Der erste große Coup, den ich landen konnte, war die Bibliothek meines Lehrers Gerhard Oestreich, das waren 2.500 Bände im Wert von ungefähr 80.000 Mark. Frau Brigitta Oestreich, Witwe Gerhard Oestreichs, war gerade dabei in ein Wohnstift umzuziehen und sagte mir: „Was soll ich denn mit den Büchern machen? Die Antiquare stehen hier schon auf der Matte und wollen gerne kaufen.“ Da antwortete ich ihr: „Geben sie die Bücher lieber uns, wir brauchen sie in Rostock.“ Ja, sagte sie, darüber lasse sich reden. Man kann ja den Wert einer Bibliothek hochschätzen, indem auf einen Regalmeter 30 bis 33 Bücher gerechnet und je Buch 30 Mark veranschlagt werden. So kamen wir auf eine pauschale Summe von rund 80.000 Mark für diesen Bestand.



Nun ging es um die Finanzierung. Am 3. Dezember 1993 wurde ich in Schwerin von der Kultusministerin, Steffi Schnoor, ernannt. Damals gab es eigentlich Geld fast ohne Ende aus dem Hochschul-Erneuerungs-Programm HEP, aber die Ministerin meinte: „Es ist ja eigentlich schade, bei Ihrer Gründungsprofessur sind noch 120.000 Mark, die Sie in diesem Jahr nicht mehr ausgeben können. Die verfallen ja nun. Denn in einer Woche ist Haushaltsschluss.“ Da habe ich ihr gesagt: „Her die Mäuse, ich kaufe eine Bibliothek für 80.000 Mark.“ Mit dem größten Teil des Geldes erwarb und bezahlte ich dann in drei Tagen also die Oestreich-Bibliothek. Frau Oestreich aber wollte das Geld gar nicht haben. „Das gebe ich Ihnen zurück,“ versprach sie, und daraus wurde der Grundstock für die Oestreich-Stiftung.<sup>23</sup> Seit 1994 haben wir an der Universität Rostock die Oestreich-Stiftung, die Forschungen zur frühen Neuzeit, insbesondere die Veröffentlichung von Untersuchungen auf diesem Gebiet fördert. Sie hat inzwischen ein Stiftungskapital von ungefähr von 65.000 Euro. Der Großteil stammt aus dem Verkauf der Oestreich-Bibliothek und der von Frau Oestreich großzügig gemachten Stiftung; sie hatte noch einiges draufgelegt, über 30.000 Mark, um das zu unterstützen.

Mit der Oestreich-Bibliothek hatten wir die Literatur zur frühen Neuzeit bis zum Todesjahr von Gerhard Oestreich 1978 eigentlich zusammen. Zusätzlich bekamen wir die Bibliothek von Fritz Ernst mit etwa 2.000 Bänden geschenkt, ebenfalls, das hat Werner Müller eingeworben, die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung in Würzburg, die eine ihrer Akademien auflöste. Das waren rund 40.000 Bände, die hier ins Haus kamen. Zum großen Teil Dubletten, die wir zum Teil an unsere Partneruniversität Stettin, zum Teil an unsere Studierenden weitergaben. Von Hermann Weber, dem führenden DDR-Forscher, bekamen wir 2.000 Bände. Er hatte in Mannheim das Institut zur Geschichte des Sozialismus aufgebaut, das man nach seiner Emeritierung einfach auflöste, weil man es nach der Vereinigung der deutschen Staaten angeblich nicht mehr brauchte. Immerhin erhielten wir wenigstens die Bücher, die übrigens eigentlich die Gauckbehörde in Berlin kaufen wollte. Da aber Behörden einander nichts verkaufen dürfen, konnten die Bücher nur verschenkt werden, und zwar an uns.

Der letzte große Fang, den ich machen konnte, war die Fritz-Fischer-Bibliothek. Fritz Fischer – „Griff nach der Weltmacht“<sup>24</sup> dürfte Ihnen ein Begriff sein – hatte eine Bibliothek von etwas 3.000 Bänden. Er war 1999 gerade verstorben, und die Bibliothek sollte entweder verkauft oder nach Oxford verschenkt werden. Dort sollte auf Initiative seines Schülers, Hartmut Pogge von Strandmann, damit ein Fritz-Fischer-Zimmer eingerichtet werden. Aus Hamburg bekam ich den Tipp,

---

<sup>23</sup> Oestreich-Stiftung <http://www.uni-rostock.de/oestreich-stiftung>

<sup>24</sup> Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918. Düsseldorf 1961. Nachdruck der Sonderausgabe 1967. Düsseldorf 2002.

ich solle mich darum bemühen. Dann bin ich nach Hamburg gefahren und habe mich mit Frau Fischer, einer Reederstochter aus Bremen, glänzend verstanden und dann habe ich ihr erklärt: „Frau Fischer, Ihre Bibliothek brauchen wir, es ist ihre nationale Pflicht, sie uns zu schenken,“ – wortwörtlich. Frau Fischer gab ihre Zusage. Aber sie wollte keine Umzugsfirma im Haus haben. Sie ist eine vornehme alte Dame, damals über 80 Jahre alt – ihr Mann war mit 90 Jahren verstorben – da hatten wir Rücksicht zu nehmen. Daher haben wir die Bücher selber eingepackt. Mit meiner Frau und Mike Jensen – damals studentische Hilfskraft – begaben wir uns kurz darauf nach Hamburg, hatten vorher von einer Umzugsfirma 80 Kartons abstellen lassen und packten dann eigenhändig die Bücher ein. Auch die Regale bauten wir noch ab. Das war ein hoch qualifiziertes Umzugspersonal. Frau Fischer zog dann in ein Wohnstift nach Bonn. Es war also ein guter Zeitpunkt, da haben wir die Zeitgeschichte auffüllen können.<sup>25</sup>

Mit unserer Bibliothek, darf ich sagen, können wir ganz zufrieden sein. Wir haben mit der Fischer-Bibliothek schon viele Dubletten bekommen, die wir dann zum Teil weiter verschenkten. Bis zum Erscheinungsjahr 1995 sind wir also auch in der Zeitgeschichte recht gut ausgestattet. Danach, wie Sie wissen, begann das Zeitalter der ständigen Etatkürzungen, da wird es dann in der Fachliteratur etwas dünner und etwas schwieriger. Aber die Lücken bis 1995 haben wir ganz gut ausfüllen können.

#### 4.4. Dokumentationszentrum

Das Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen, im Plural, das war nicht meine Erfindung. Forschungen zum Nationalsozialismus haben wir hier nie wirklich betrieben, wir können das nur schwer aufbauen. Die Doppelfunktion wurde uns von der Landesregierung aufgegeben. Meine Vorstellung war immer ein Dokumentationszentrum für die Geschichte des Sozialismus der DDR. Es ergab sich – da bekamen wir einen Tipp aus Schwerin –, dass die Justiz dieses Gebäude, das ehemalige Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit, loswerden wollte. Das Gefängnis war ja, am Beginn der 1990er Jahre nach Bützow verlegt worden, dann war hier das Grundbuchamt eingezogen und als das Grundbuchamt ein neues Gebäude hatte, stand dieses also leer. Der Justizminister wollte es ganz gerne abgeben. Sehr bald haben Werner Müller und ich uns auf Reisen nach Schwerin begeben. Als Harald Ringstorff noch Wirtschaftsminister war, wurden wir bei ihm vorstellig. Wir brauchen das Gebäude und wir brauchen diesen Schwerpunkt und wir brauchen natürlich Personal, argumentierten wir. Ja, sagte

---

<sup>25</sup> Fritz Fischer (1908-1999). Schenkung der Gelehrtenbibliothek Fritz Fischer an die Fachbibliothek Geschichte der Universität Rostock am 6. Juli 2000. Zusammengestellt von Kersten Krüger. Rostock 2000.

Harald Ringstorff, die Kultusministerin – Regine Marquardt – solle eine Stelle geben, der Justizminister – Rolf Eggert – ebenso, und dann seien wir am Ziel. Als er Ministerpräsident war, ging es ja auch in etwa in Erfüllung.

Wir sprachen – unter Vermittlung von Ingo Richter – dann mit Joachim Gauck, dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU). Bei ihm konnten wir erreichen, dass seine Behörde die Präsentation einer ständigen Ausstellung im Gefängnis übernahm. Denn die Universität ist kein Museum, wir können Ausstellungen weder errichten noch betreiben. Wir wussten aber, dass es in Waldeck, dem Sitz der Behörde des BStU, eine Ausstellung gab, ganz entsprechend dem gesetzlichen Auftrag zur Präsentation dieses Teils unserer Vergangenheit. Doch liegt Waldeck etwas weit entfernt, ein besserer Standort sei angebracht, und zwar das ehemalige Gefängnis. Die Gauck-Behörde solle darin eine Etage bekommen und dort, wie in Waldeck, eine Präsentations- und auch Gedenkstätte einrichten. Das ist sehr gut gelungen, und die Gedenkstätte läuft ganz ausgezeichnet mit sehr vielen Besuchern. Die Arbeitsteilung hat sich bewährt. Forschung ist Sache der Universität, Präsentation Aufgabe der Bundesbeauftragten.<sup>26</sup>

Wir führten auch Gespräche mit allen Fraktionen des Landtages, also mit der CDU-Fraktion ebenso wie mit der SPD und auch der PDS. So sind wir an dieses Gebäude gekommen, das im Grunde keiner mochte und haben wollte. Es ist teuer im Unterhalt und nicht hübsch anzusehen. Gerade deshalb haben wir es mit Hilfe der damaligen Leiterin des Rostocker Denkmalschutzamtes, Frau Dr. Michaela Selling, ganz schnell unter Denkmalschutz stellen lassen. Wir dürfen hier nichts verändern. Die Nutzung ist schwierig. Nach wie vor bin ich der Meinung, dass es sich als Magazin nutzen lässt, denn Gefangene wollen wir hier nicht mehr haben. Eine oder mehrere Etagen sind für die Gedenkstätte geeignet. Man kann also auch noch mehr daraus machen. Dass es jetzt ein altes Gebäude ist, das in einer neuen Funktion nicht so effektiv sein kann wie ein Neubau etwa für eine Universität, das ist wohl klar. Aber es steht ja schon, der Bau also kostet nichts mehr. Insoweit sind es Unterhaltskosten, die das Land tragen und optimieren muss. Der hohe Dokumentationswert des Gebäudes ist unbestritten.

#### 4.5 Datenverarbeitung

Gyula Pápay ist von Haus aus Kartograph und kam über den Kartographischen Verlag aus Leipzig nach Rostock. Er hatte schon immer eine ausgesprochene Neigung zu Computern. Er sagte mir damals, wir müssten es so machen, wie wenn die Ampel grün wird. Alle stehen sie noch und haben bei Rot gewartet, wir gehen

---

<sup>26</sup> Eröffnung des Dokumentationszentrums des Landes für die Opfer deutscher Diktaturen. Reden zur Eröffnung am 16. September 1998 in Rostock. Rostock 1999.

auf die Überholspur und sausen an allen vorbei. Genau das war es. Herr Pápay hat mit den neuen Rechnern, die wir hier aufstellen konnten, die historische Kartografie auf einen Höhepunkt bringen können, der in Norddeutschland unerreicht ist. Allerdings haben wir keinen ähnlich qualifizierten Nachfolger bekommen, so dass die Gefahr besteht, dass die historische Kartografie wieder verfällt.

Aber ganz wichtig ist, dass wir die EDV fest in den Geisteswissenschaften verankert haben. Selber bringe ich die historische Statistik ein sowie Datenbanken der historischen Finanzsoziologie, das kennen Sie vielleicht. Bereits 1994 hatten wir in Rostock den ersten Computerpool in Norddeutschland für Geisteswissenschaften in der 6. Etage, ein kleines Ding aus heutiger Sicht. Aber er wuchs weiter, und wie Sie wissen, nehmen Datenverarbeitung und Multimedia die gesamte 10. Etage der August-Bebel-Straße 28 ein. Es war eine echte Großtat vom damaligen Rektor Wendel, dass er uns half, Ersatzräume zu finden. Kostenmäßig war das machbar, weil damals die Hälfte der Kosten noch vom Bund getragen wurden. Wir mussten übrigens immer nachweisen, dass wir den Computerpool brauchen. Zu Anfang dachte ich, die Studis gehen doch nie in den Computerpool. Heute wissen wir, dass Sie da Schlange stehen müssen. Es hat sich also außerordentlich bewährt, dass wir in diesem Bereich der Multimedia und Datenverarbeitung technisch, aber auch in der Lehre wie in der Forschung präsent sind. Unser Computerpool wird übrigens, das rechnet sich dann besser, zusammen mit der Theologischen Fakultät betrieben.

Was ich mir noch notiert habe, Historische Demographie sei gescheitert, das ist nur bedingt richtig. Wenn wir Glück haben, kommen wir damit jetzt wieder in Gang, und das Land hat neuerdings daran Interesse. In Rostock gibt es das Max-Planck-Institut für Demografie. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der neue Direktor für die Historische Demographie Sinn hat. Zumindest sind unsere alten Datenbanken, die wir früher gesammelt hatten, noch genutzt.

## 5. Bilanz

Was ich Ihnen als Letztes als Bilanz sagen kann: Misserfolge: Es ist mir nicht gelungen, die Wissenschaftler der Wilhelm-Pieck-Universität zu integrieren. Nur bei Frau Buchsteiner und Herrn Pápay war es kein Problem. Wir haben kein deutliches Profil der Innovation entwickelt, denn es war mir von Anfang an klar, dass wir andere Akzente als in der traditionellen Geschichtswissenschaft setzen müssen. Das Fach Geschichte hat auf Grund seiner inneren Uneinigkeit, die Ihnen nicht unbekannt ist, keine Durchsetzungskraft, oder zu wenig.

Wir haben Einiges erreicht, aber es hätte noch besser sein können. Als Erfolg sehe ich die Einführung der Freiheit von Lehre und der Freiheit von Lernen und von Forschung. Dieses war für einige der fortgeschrittenen Studierenden 1990 wie ein Rausch, die mit ihren Forschungen nun und ihren Forschungsfragen in die

Archive führen, sogar mit Trabi und Zelt. Das ist wirklich wahr. Freiheit, eine eigene Fragestellung zu entwickeln und frei zu forschen, frei an Bücher heran zu kommen und frei nach Quellen zu suchen, halte ich für das höchste Gut in der Wissenschaft, das wir vermitteln können. Da, so glaube ich, sind wir sehr weit gekommen, freilich auch in der Freiheit zum Scheitern und zum Misserfolg. Wir haben eine sehr gute Bibliothek, wir haben eine recht gute Ausstattung, und ich bin sicher, dass wir es geschafft haben, ein verbessertes Arbeitsklima hierher zu bringen. Die DDR war für mich unglaublich, manchmal unfassbar konservativ. Das, was hier die älteren Kollegen von der Ordinarienuniversität erzählen, die war in der DDR mindestens so fest gefahren hierarchisch geordnet, wie in der alten Bundesrepublik. Das ist, denke ich, eine graue Vergangenheit, der wir in nichts nachtrauern wollen, so dass ich also als das höchste Gut, was wir erreichen konnten, die Freiheit von Lehre, von Lernen und der Forschung betrachte. Damit will ich schließen und die Diskussion eröffnen.

## **Diskussion**

Transkription und Protokoll: Ronny Kietzmann und Lars Tschirschwitz

Catharina Trost:

Warum konnte kein klares Profil entwickelt werden, warum konnten die Leute, auch die, die nicht hier habilitiert haben, nicht motiviert werden?

Kersten Krüger:

Ich fange mit der letzten Frage an. Nach meiner festen Überzeugung hat man diese Menschen überfordert. Lange genug habe ich sie gekannt, sie waren menschlich sehr nett, aber sie waren nicht in der Lage, eine zweite Monografie zu schreiben. Das liegt am System der DDR. Die waren alle sortiert. Die kreativen und diejenigen, die den Mund aufmachten, hatten Schwierigkeiten oder kamen gar nicht erst hinein. Die anderen waren einfach überfordert. Man hat ihnen keinen Gefallen getan. Vielleicht hätte man ihnen einen größeren Gefallen getan, hätte man sie 1990 entlassen und gesagt: „Leute, sucht Euch einen neuen Arbeitsplatz.“ Es sind sechs Jahre dahin gegangen, in denen sie diese Chance nicht nutzten. Ich kam aber nicht hierher als Ausfeger. So habe ich gefragt: „Haben Sie ein Habilitationsprojekt?“ – „Ja, haben wir.“ Dann habe ich gefragt: „Haben Sie daran gearbeitet?“ – „Ja.“ Es war in der alten Bundesrepublik üblich, dass sich die Themenwahl der Schüler nach den Themen der Meister richtete. Abweichend davon sagte ich ihnen zu, das habe ich auch durchgesetzt: „Sie können Ihre Themen behalten, aber weil die Neuberufenen Ihre Themen im Grunde schlecht betreuen können, suchen wir für Sie auswärtige Gutachter, die nach drei Jahren ein Gutachten schreiben und die

dann, wie die Habilitationsordnung es fordert, nach sechs Jahren das auswärtige Gutachten erstellen.“ Dann schickten wir sie zur persönlichen Vorstellung zu den ausgewählten Gutachtern, bei denen sie auch ihre Seminare besuchten. Die Reisekosten wurden selbstverständlich aus der Institutskasse genommen. Bei einem haben mir zwei Kollegen, weil er so schlecht war, die persönliche Freundschaft gekündigt. Sie sagten: „Wie können Sie einen solchen Mann hierher schicken!“ Der war wahnsinnig nett, aber er war unfähig, ganz einfach ein Opfer, so meine ich, des Systems an der Sektion Geschichte. Das müssen Sie mir nicht abnehmen, Sie können sie auch selber fragen.

Zur ersten Frage: Das klare Profil setzt voraus, dass sich ein Kollegium im Fach Geschichte einig ist. Das sind wir aber nicht. Bei der Datenverarbeitung ist an dieser Stelle vor zweieinhalb Jahren noch mehrheitlich erklärt worden – ich habe als Direktor nur nicht darüber abstimmen lassen –, das sei ein „verzichtbarer Randbereich“ des Faches Geschichte. Da hört es bei mir auf! Denn wir hätten selbstverständlich im Bereich Demografie mehr machen können. Ich bin der Meinung, dass sich das Fach Geschichte aus den multimedialen Möglichkeiten nicht heraushalten darf. Das gehört zur Berufsqualifikation in der Lehre. Wir werden abhängig von diesen Sachen, wir müssen uns daher einschalten. Aber schauen Sie sich einmal das Programm des nächsten Historikertages an. Oberthema: Ungleichheit. Das haben wir vor dreißig Jahren schon erörtert. Da ist gar kein Platz für Datenverarbeitung oder Multimedia. Im vergangenen Jahr waren wir Rostocker, also Stefan Kroll und ich, in Stockholm leitend mit einer ganzen Sektion zu historischen Informationssystemen auf der Konferenz der internationalen Stadtgeschichtskonföderation. So etwas können Sie hier gar nicht landen, innerhalb des Kollegiums auch nicht. Da liegt die Schwäche, wenn Sie so wollen die Schwäche der Importierten.

Catharina Trost:

Herr Strothotte, unser Rektor, möchte uns zu den zehn besten Universitäten aufsteigen lassen. Wenn es bei solchen Dingen schon scheitert, wie soll das denn funktionieren? Können Sie nicht bei ihm vorsprechen und sagen: „Wenn Sie schon so eine Aussage im Fernsehen machen, wäre es dann auch ganz nett, wenn Sie uns in dem Bereich unterstützen würden.“

Kersten Krüger:

Das ist außerordentlich schwierig. Sie wissen, es gibt die Profillinien, die polemisch als Vierte Hochschulreform bezeichnet werden. Das verträgt sich nicht immer mit der Freiheit von Forschung und Lehre. Aber Innovationen zu fördern, darum geht es, denke ich. Was die Erfolge im Multimedia-Bereich angeht, als ich das erste Mal bei Rektor Strothotte war, kam er mit der Liste und fragte: „Was ist denn der Rang Ihres Faches Geschichte? Na ja mittelmäßig.“ Und dann fuhr er

fort: „Und Drittmittel sind ja auch nicht toll.“ Darauf antwortete ich: „Ich bin Drittmittel-Millionär, das trifft mich überhaupt nicht. Ich habe auf diesem Gebiet so viele Drittmittel eingeworben. Das trifft mich nicht.“ Insoweit ist es ganz richtig, dass von einem Rektor solche Impulse ausgehen. Aber er muss Einfluss nehmen, und das heißt sich dann vielleicht auch manchmal mit unserem Dienstrecht. Wenn Sie als Professor auf Lebenszeit ernannt sind, ist es schwierig, Sie bei den Hammelbeinen zu kriegen. Da gibt es also Schwierigkeiten. Aber es ist nicht Rostock-spezifisch. Ich war an genügend Universitäten. Mir macht an der Universität so leicht keiner ein „X“ für ein „U“ vor, das können Sie mir glauben. Aber, dass es bestimmte Hinweise, bestimmte Förderungen geben muss, das ist ganz sicher. Meine feste Überzeugung ist es – seit 1980, seit ich Lochkarten hämmere –, dass wir dieses Fach unbedingt für die modernen Techniken öffnen müssen, sowohl in der wissenschaftlichen wie berufsqualifizierenden Lehre. Da ist noch viel zu tun und da müssten wir sehr viel mehr arbeiten. Aber wir haben Einiges erreicht. Sehen Sie einmal, was Stefan Kroll macht, als Nachfolger von Gyula Pápay, das kann sich schon sehen lassen. Er ist mit mir Millionär in Drittmitteln. Wir machen das gern zusammen.

Hilde Michael:

Sie haben gesagt, dass Anfang der 1990er Jahre hier ein Lehrstuhl für DDR-Geschichte besetzt wurde. Wie waren die Reaktionen, besonders hier im Fachbereich Geschichte darauf, dass man hier innerhalb der Geschichte DDR-Geschichte betrieb?

Kersten Krüger:

Im Sekretariat hieß es: „Der weiß doch davon gar nichts. Der hat doch nicht in der DDR gelebt.“ Da habe ich spitz geantwortet: „Wir haben einen Mittelalter-Historiker, der hat auch nicht im Mittelalter gelebt.“ Und damit war das Thema eigentlich erledigt. Der Erfolg der DDR-Geschichte, das brauche ich Ihnen nicht zu erzählen, ist riesig. Sie alle kennen Werner Müller, er hat Stärken und er hat Schwächen. Das wissen wir alle! Aber dieses Fachgebiet läuft hervorragend. Es ist genau richtig. Aber ich denke schon, dass die kritische Auseinandersetzung mit dem Sozialismus nach Rostock gehört, und ich glaube, wir haben inzwischen die beste Bibliothek in ganz Deutschland für diesen Forschungsbereich. Die Arbeiten laufen ja noch. Es bedarf auch da der Tatkraft und der Initiative. Das darf ich verraten, Werner Müller und ich, wir spielen gerne Eisenbahn, und er hat eine seiner Dieselloks „Krüger“ genannt. Wir waren also ein gutes Gespann, was das Durchsetzen angeht. Denn ein solches Dokumentationszentrum mit Gedenkstätte bekommen Sie nur auf der politischen Ebene durchgesetzt. Das muss oben verhandelt werden. Das ist auch dokumentiert.

Angela Hartwig:

Das ist keine Frage, mehr ein Kommentar. Ich bin erst seit 1989 an dieser Universität, seit 1992 Leiterin des Universitätsarchivs, und habe mich seit dieser Zeit immer bemüht, zu den Historikern Kontakt aufzunehmen. Nachdem sie zwischen 1990 und 1992 das Archiv komplett schlucken wollten, also dem Fachbereich als Institut unterordnen und dann die Leitung übernehmen – wir sind aber selbstständig geblieben – ging mein Anliegen immer in die Richtung, dass am Historischen Institut mehr Interesse für die Bestände des Universitätsarchivs aufgebracht wird. Das funktioniert erst jetzt, seit Professor Krüger für die Vorbereitungen für das Jubiläum 2019 Beauftragter ist und wir gemeinsam arbeiten können, ich Zuarbeit leisten kann und die Ideen von dort kommen. Aber aus dem richtigen Historikerkreis kommt da ganz wenig. Und das ist schade. Wir haben eine sehr lange Tradition. Mir als Studentin ist es leider verwehrt geblieben, die Leipziger Universitätsgeschichte selbst zu erforschen. Das empfinde ich als Mangel, dass ich über die Leipziger Stadt- und Universitätsgeschichte zu DDR-Zeiten nichts gelehrt bekommen habe. Die bei uns im Archiv waren, empfanden das als sehr positiv. Ich schaffe es nicht, das noch allen Lehrenden zu vermitteln, dass diese Quellen auch genutzt werden können.

Kersten Krüger:

Wenn wir wollen, ein Defizit in der Ausbildung, das aber besprochen werden muss. Doch bei der Freiheit der Lehre, ist es schwierig das zu verordnen.

Christian Hall:

Als Sie nach Rostock gekommen sind, hatten Sie bestimmte Vorstellungen oder Klischees, die sich hier erfüllt haben, oder die sich nicht erfüllt haben? Man war ja ein anderes Forschungsumfeld gewohnt.

Kersten Krüger:

Ich kannte die DDR durch den kleinen Grenzverkehr. Ich hatte eine Tante in Boizenburg. Die Verhältnisse waren mir schon bekannt. So hatte ich keinerlei Berührungsängste, und ich gestehe Ihnen als alter Sozialdemokrat und Gewerkschaftler, ich habe die DDR lange Zeit für eine echte gesellschaftspolitische Alternative gehalten, zugegeben in jüngeren Jahren, weil man die DDR nicht so genau kannte. Für mich ist Sozialismus nicht tot und nicht abgetan und ich denke, dass wir die soziale Verantwortung, die heute zu klein geschrieben wird, noch sehr viel weiter entwickeln müssen. Das ist das Eine. Das Andere ist: Ich hatte auch die Möglichkeit nach Oldenburg zu gehen. Als ich aus dem Urlaub kam – von einer Paddeltour um Rheinsberg – lagen in Hamburg beide Berufungen in der Post. Zufälligerweise kam ich erst ein paar Tage später, sonst hätte ich vielleicht das Angebot aus Oldenburg angenommen. Dann habe ich es mir überlegt und mir



gesagt – jetzt werden Sie staunen, das klingt wahnsinnig edelmütig, ist es auch –: „Es ist meine nationale Pflicht, nach Rostock zu gehen!“ Das ging zu Lasten der Forschung. Schauen Sie sich mal an was ich geschrieben habe! Es ist doch wenig genug. Es ist immer noch genug, aber es ist wenig im Vergleich zu Anderen. Wenn Sie mich nur messen an der Produktion der Zahlen oder Wörter, dann ist das eine Folge meines hiesigen Engagements. Das heißt, auf Forschung habe ich weitgehend verzichten müssen. Auch skandinavische Geschichte habe nicht mehr machen können. Das ist mein Lieblingsthema. Das heißt, ich habe mich konzentriert, erstens auf die Lehre, worauf ich immer großen Wert gelegt habe, auf die Betreuung in einem hohen Maße und auf die Organisation der Erneuerung. Also ‘mal eben das Doku-Zentrum hier einzurichten, ich bin doch Frühneuzeitler, was geht mich die DDR-Geschichte an? Verstehen Sie? Das kostet doch alles Zeit. Und anstatt im damaligen Landeshauptarchiv in Schwerin zu sitzen, oder im Uni-Archiv, um zu forschen, habe ich organisiert. Insoweit war das eine Güterabwägung. Und da der Tag nur 24 Stunden hat, ist dieses Engagement für Rostock schon unter Verzicht auf Forschung geschehen. Zwar habe ich auch hier geforscht, nur, wie ich finde, ein bisschen wenig. In der Wissenschaftsorganisation halte ich es übrigens für völlig falsch, die Menschen nur an ihren Veröffentlichungen zu messen. Wie schwer es ist, Lehrerfolge und Dergleichen zu messen, weiß ich, aber wenn Sie nur die Zahl der produzierten Anschläge – und die Leerzeichen mitgerechnet – messen, dann ist das einfach zu kurz und zu wenig. Das will ich hinzusetzen. Die Situation am Anfang der 1990er Jahre war hier bestimmt eine Ausnahmesituation.

Aber was ich mir erhofft hatte, dass wir integriert, gemeinsam etwas erforschen könnten, das habe ich nur mit Frau Buchsteiner und Herrn Pápay geschafft. Frau Buchsteiner, die aus der Agrargeschichte kam und die große Datenbank des Adels angelegt hat, hatte die Programme von mir und wir haben zusammen Lehrveranstaltungen gemacht. Auch mit Herrn Pápay hielt ich gemeinsame Seminare. Auch mit den Anderen zusammen Lehrveranstaltungen zu machen, hatte ich mir erhofft, um erst einmal ein neues Lehrklima zu vermitteln. Ich bin nicht in andere Lehrveranstaltungen gegangen und habe geguckt, ich weiß nur aus Erzählungen, was dort aus DDR-Zeiten erzählt wurde, und das war für meine Vorstellungen nicht unbedingt erfreulich. Gemeinsames ist im Ganzen nicht gelungen. In der Abwehrhaltung, in dieser Bunkermentalität wäre das ja Paktieren mit dem Klassenfeind gewesen. Damit ist mir die Erneuerung weder in der Lehre, noch in der Forschung gelungen, wiewohl ich das gern gesehen hätte. Wie gerne hätte ich in der Migrationsforschung weiter gemacht, aber das ging nicht. Ich bin also zum Teil gescheitert, freilich nicht an mir.

Daniel Münzner:

Ich würde gern noch einmal nachfragen, weil Sie eben ein wenig ausgewichen sind. Warum wurde der Platz Eins der Zeitgeschichte nicht besetzt, also wer war das?

Kersten Krüger:

Ja, das kann ich durchaus öffentlich machen. Der ursprünglich Erstplatzierte auf der Professur der Geschichte der Neuzeit (19./20. Jahrhundert) war ein Frühneuezeitler. Das war ein Kollege, der seine Schwerpunkte im 18. und 19. Jahrhundert hatte. Herr Pápay, der damalige Sprecher, bemerkte: „Wir haben schon eine Doppelbesetzung, erst kommt Herr Krüger, dann kommt Herr Völkel, beide sind Frühneuezeitler.“ Jetzt hätten wir einen Dritten gehabt. Der sollte aber das 19. und 20. Jahrhundert vertreten. Und eines der vergleichenden Gutachten hat genau das bemängelt. Daraufhin ist die Liste so nicht in den Senat gegangen, sondern ist ummöbliert worden. Und da sich noch jemand beworben hatte, der die Stelle jetzt inne hat, nämlich Wolf D. Gruner, ist Herr Gruner auf Platz Eins gekommen, weil er auf diesem Gebiet unbedingt ausgewiesen war – er hatte nämlich die europäische Dimension, er hatte das 19. Jahrhundert, er hatte auch das 20. Jahrhundert. Weil er zufällig auch auf der C3-Stelle stand und da aber wegfiel, wurde dort zugunsten von Werner Müller entschieden. Das ist der Zufall.

Damit kein Missverständnis aufkommt, ich war auch dafür, dass wir die Frühe Neuzeit nicht verdreifachten, sondern wir brauchten das 19. und 20. Jahrhundert, nicht die Fortsetzung des Ancien Régime, sondern den Aufbruch in die Doppelrevolution, das sind die politische Französische Revolution und die wirtschaftliche Industrielle Revolution. Hinzu muss der Ausblick ins 20. Jahrhundert kommen, in die Weimarer Republik, in die europäischen Diktaturen. Dann hätten wir mit 1945 die Zeitgeschichte erreicht. Das war also der sachlich nachvollziehbare Grund, und insofern bin ich mit der Besetzung nicht unzufrieden. Es wäre Unsinn gewesen, die Zeitgeschichte nach 1945 mit Internationalen Beziehungen zu besetzen, wie es die Gründungskommission vorgesehen hatte – freilich im Unwissen über die hiesigen Verhältnisse, in Unwissenheit über den Sozialismus. Da bin ich froh, dass uns zufällig der DDR-Historiker ‘reingerutscht ist, der sonst keine Chance gehabt hätte. Gewiss wäre er anderswo etwas geworden, aber wir hätten ihn nicht gekriegt. Das war genau die Professur, die wir brauchten, um diesen Schwerpunkt aufzubauen und zu entwickeln. Unser Dokumentationszentrum ist zusätzlich mit einer Dauerstelle ausgestattet, die Fred Mrotzek innehat. Er betreibt ebenfalls auf Dauer die DDR-Geschichte und bewegt da eine ganze Menge.

Heiko Marski:

Sie hatten erwähnt, dass die Assistenten unfähig oder nur ungenügend qualifiziert waren und gleichzeitig gesagt, dass von allen Professoren der Geschichte nur zwei übergeleitet wurden. Heißt das rückblickend, dass die Mehrzahl der Professoren für Geschichte nicht hätte unterrichten dürfen, weil sie nach heutigen Maßstäben zu schlecht ausgebildet waren und geforscht haben?

Kersten Krüger:

Nein, das heißt es nicht. Das hatte andere Gründe, deswegen erwähnte ich das Wort „alle“. Es gab bei der Neuformierung der Universität einen Entlassungsgrund für alle: Das war die Tätigkeit für die Staatssicherheit in diesem Haus. Wer IM war, flog raus. Wer es verschwieg und später entdeckt wurde, der flog dann raus. Im Fach Geschichte hat man das sehr elegant mit dem Vorruhestand geregelt, also Ausscheiden aus dem aktiven Dienst vor Erreichen der Altersgrenze. Herr Wildenhain sagte mir eben jenes Wort. Allerdings galt es für Harry Wüstenmann nicht; und Gerhard Heitz war bereits mit 65 Jahren im Februar 1990 emeritiert worden, das war gar kein Thema. Sie haben an dieser Stelle erlebt, dass Georg Moll<sup>27</sup> ehrlich darüber geredet hat, ich denke das ist sehr anerkennenswert.

Die Anderen, die habilitiert waren und noch keine Professur inne hatten, wurden überprüft. Es hat Universitäten gegeben, an denen man nach der Überleitung auch die Übernahme so gestaltet hat, dass die Übergeleiteten Stellen kriegten, nicht so in Rostock. Ich hatte aber darauf überhaupt keinen Einfluss. Sie können sich das auch vorstellen, es war eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Zeichen von Helmut Kohl. Und wenn die CDU etwas kann, dann ist es, Personalpolitik zu betreiben, das hat sie immer gekonnt. So waren also diese Kommissionen mit spitzen Fingern ausgesucht, da hatte ich, als bekannter „Linker“ überhaupt keine Chance. Aber ich hätte es anders gemacht; ich hätte auf jeden Fall die Übergeleiteten wegen ihrer Qualifikationen in Dauerstellen übernommen. Das wäre in Rostock wunderbar gewesen. Die Agrargeschichte hätte genau gepasst, aber das ist ein *conjunctivus irrealis*. Ich kann nicht sagen, dass ich da gescheitert bin, denn daran war ich ja nicht beteiligt. Ich kann nur sagen: Das waren für mich Fehlentscheidungen der zuständigen Kommissionen. Aber Sie müssen bedenken, dass das auch nur irrende Menschen waren. Es gab in der DDR so eine Hoffnung, jetzt kämen die „Supermenschen“ aus dem Westen, die menschenfreundlich seien, alles könnten und alles mitbrächten. Das war nicht so, die waren und sind auch normal verteilt. Es waren auch Professoren, die noch andere Pflichten hatten. Selber habe ich sechs Wochen meiner Wintersemesterferien 1990/91 mit Gutachten verbracht. Das hat mir in der Forschung gefehlt oder in anderen Dingen, wie der Vorbereitung der Lehre. Die anderen Professoren sind herumgereist mit

---

<sup>27</sup> Siehe seinen Zeitzeugenbericht in Band 1 dieser Reihe, S. 260-288.

den Kommissionen und hatten auch noch andere Pflichten, so dass die von uns abverlangte Sensibilität für die örtlichen Verhältnisse kaum zu erbringen war.

Das Andere ist kein Spezifikum von Rostock. Wenn Sie junge Menschen ausbilden, werden Sie sehen, dass manche sich sehr spät entwickeln und manche ganz plötzlich aufsteigen und dann nichts mehr bringen. Aus Marburg könnte ich Ihnen Kollegen nennen, die nie die Habilitation geschafft haben, weil sie damit überfordert waren. Sie waren glänzend bis zur Dissertation und dann waren sie irgendwie ausgebrannt. Für mich bleibt es ein Stück Unmenschlichkeit unseres wissenschaftlichen Systems – aber das sage ich auch schon seit 30 Jahren –, dass wir für diejenigen, die sich qualifiziert haben, keine Möglichkeiten haben, sie auf angemessener Stufe weiter zu beschäftigen. Und dass wir für diejenigen die es nicht schaffen, die zweite Monografie zu schreiben, keine Auffangmöglichkeit haben außer Sozialhilfe, finde ich skandalös, unsozial und ungerecht, aber das betrifft nicht nur die neuen Bundesländer, das ist im Westen ganz genauso. Es gibt Hunderte von arbeitslosen Privatdozenten, die von der Ehefrau leben oder von Sozialhilfe. Im politischen Bewusstsein ist das nicht zu verändern, das wird so hingenommen, als sei das normal. Aber verstehen Sie, das ist nicht Rostock-spezifisch, das ist nicht DDR-spezifisch, das werden Sie in der deutschen Wissenschaftsorganisation überall finden. Ich hätte auch nichts gegen ein System, in dem alle nur auf Zeit angestellt sind. Da hätte ich nie Probleme beschäftigt zu sein, da bin ich ganz sicher. Aber das müsste für alle gelten. Das ist bei Beamtenrecht aber nicht möglich.

Catharina Trost:

Was war eigentlich mit den Studenten, die waren doch dauernd damit beschäftigt, sich gegenseitig zu bespitzeln. Inwieweit konnten die denn noch, realistisch betrachtet, in der Lage sein, Bildung aufzunehmen? Die waren doch geprägt.

Kersten Krüger:

Wir sollen uns hüten zu glauben, dass Menschen sich total prägen lassen, junge schon gar nicht. Mit der KSZE kam ja, mit den drei Körben, der freie Austausch der Information. Hier habe ich, glaube ich, schon erwähnt, dass Walter Ulbricht dagegen war. Er soll gemeint haben: „Mit jedem West-Besucher kommt ein Tropfen des sozialdemokratischen Revisionismus zu uns.“ Genau das war der Fall. Wir sind mit unseren Kindern zu unserer Tante gefahren. Wir waren nur nette Menschen und haben damit ständig Feindbilder abgebaut. Den jungen Leute, zu denen ich nach Rostock kam und die ich hier kennen lernte, konnte ich gleich sagen, dass ich überhaupt keinen Unterschied zu meinen lieben Hamburgern sehe. Sie waren offen, kleideten sich genauso, waren vielleicht in der Lehre anders geprägt, also eher auswendig daher zu sagen, was in den Prüfungen von ihnen verlangt wurde. Aber die Mentalität war nicht anders. Ich habe ganz wenige hier

getroffen, die den Eindruck knöchiger DDR-Sozialisten machten, keinen oder kaum einen, das war unglaublich. Mir sagte eine Studentin schon 1992: „Hören Sie doch bloß auf mit diesem Ost-West-Gerede, das ist doch alles vorbei.“ Das war eine ganz junge Studentin, und seitdem hab ich den Ost-West-Gegensatz auch nie wieder thematisiert, den leugne ich einfach, obwohl ich weiß, dass es so etwas gibt, aber wir dürfen es nicht politisch aufladen, das ist das Entscheidende.

Bei den Älteren gab es für mich einen erlebbaren Unterschied. Wer aus der vorsozialistischen Zeit stammte, mit dem konnte man sofort anknüpfen, der oder die hatten Freiheit noch erlebt. Die mittlere Generation war häufig ziemlich oder unziemlich „vernagelt“. Die Jüngeren waren, nachdem sie Westfernsehen und westliche Kultur gesehen hatten, in ihrem Bewusstsein ein wenig gespalten. Die nannte man „Radieschen“: außen waren sie rot, innen waren sie weiß. Sie öffneten sich sofort, sie kamen zu mir nach Hamburg und erzählten, was sie vorhatten. Sie waren unternehmungslustig, besonders diejenigen, die mit Trabi und Zelt zum Forschen fuhren. Das ist doch nach DDR-Vorstellungen total unmöglich. Da will ich Ihnen noch berichten, wie die alten Herren damals mit uns diskutiert haben. Da erwähnte ich Bibliothek und freien Zugang. Die Antwort lautete: „Ja bei uns gab es doch auch den freien Zugang. In der Deutschen Bücherei in Leipzig gab es doch alles, da wurde dann die Genehmigung erteilt, und wir haben denen sogar noch die Reisen bezahlt, wenn sie Westliteratur einsehen wollten, die es hier nicht gab.“

Angela Hartwig:

Und die „Giftscheine“ vielleicht...

Kersten Krüger:

Eben, das heißt, für sie war klar, es gab ja alles. Man musste nur zugelassen sein, den Berechtigungsschein haben, das Geld beantragt und bewilligt haben. Aus dieser Formierung und Begrenzung sind die jungen Leute von einem Tag auf den anderen ausgebrochen. Das ist also eine Flexibilität, die möglicherweise ein Privileg der Jugend ist, die aber auch damit zu tun hat, dass der Austausch der Meinungen – vielleicht bis auf das „Tal der Ahnungslosen“ – ja möglich war. Mit diesem erneuten Hinweis auf die Freiheit des Lernens, des Lehrens und des Forschens beenden wir die Sitzung, vielen Dank.

## Michallik, Udo

### Lebenslauf



[http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal\\_prod/Regierungsportal/de/bm/Der Staatssekretaer/index.jsp](http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/bm/Der_Staatssekretaer/index.jsp)

---

*Akademischer Titel:* M.A.

*Geburtsdatum:* 18.05.1968

*Geburtsort:* Waren/Müritz

*Familienstand:* 2 Kinder

*Konfession:* Evangelisch-freikirchlich

---

### *Bildungsweg*

1974 – 1984	Wilhelm-Pieck-Oberschule und Käthe-Kollwitz-Oberschule in Waren/Müritz (Zehnklassige Polytechnische Oberschule)
1984 – 1987	Berufsausbildung mit Abitur zum Maschinen- und Anlagenmonteur beim VEB Industrie- und Kraftwerksrohrleitungen Bitterfeld Ausbildungsbetrieb/Berufsschule: Netzschkauer Maschinenfabrik – Netzschkau – Vogtland) Abschluss: Maschinen- und Anlagenmonteur, Abitur

1989 – 1995	Studium der Geschichte, Politikwissenschaften, Soziologie, (Grundstudium Germanistik)
Abschluss:	Magister Artium
1993 – 1994	Studium an der Arizona State University (USA) und Forschungsassistent am Center for Atlantic Studies der ASU

---

*Bisherige Tätigkeiten*

07-10/ 1987	Maschinen- und Anlagenmonteur beim IKR Bitterfeld
1987 – 1989	Grundwehrdienst
05-08/ 1989	Maschinen- und Anlagenmonteur beim IKR Bitterfeld
1995 - 2006	Wissenschaftlicher Mitarbeiter der CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern für Bildung, Wissenschaft und Kultur
2003 - 2006	Leiter des wissenschaftlichen Dienstes der CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern
November 2006 -	Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur MV

---

*Quellen:* eigene Angaben

## **Zeitzeugenbericht von Udo Michallik am 11. Mai 2007**

Kersten Krüger:

Wir eröffnen diese Sitzung mit dem Staatssekretär Udo Michallik. Wie immer beginnt es mit einer autobiografischen Notiz und dann haben wir Zeit für die Diskussion. Jetzt hat Herr Michallik das Wort.

Udo Michallik:

Ja, vielen Dank, ich habe mich sehr über diese Einladung gefreut, hier einmal ins Gespräch zu kommen mit einer Generation, die ich, sagen wir, mental als gar nicht weit weg empfinde. Für mich waren schon die Vorgespräche spannend, denn ich habe versucht, mich auf diese Diskussion vorzubereiten, und habe mit einem früheren Kommilitonen darüber gesprochen. Wir mussten feststellen – obwohl es gerade 17 oder 18 Jahre her ist –, dass viele Details aus der Wendezeit schon verloren gegangen sind und dass zunächst nur ein allgemeiner Eindruck, wenn man so auf die Zeit zurückblickt, vorhanden ist. Dann aber sind wir ganz schnell an sehr viele Details herangekommen und haben uns daran erinnert. Mit Fred Mrotzek – Sie kennen ihn auch – habe ich lange Zeit zusammen studiert. Es war eine sehr intensive Zeit, und im Gespräch kommen die Erinnerungen wieder hoch. So bin ich der festen Überzeugung, dass es jetzt eine sehr kurzweilige und interessante Diskussion werden kann.

Kurz zu mir selbst: Ich bin zu 100 Prozent ein Landeskind, wurde 1968 in Waren/Müritz geboren, also auch nicht weit weg von hier, bin dann 1974 in Waren/Müritz eingeschult worden, in die damals, wie das hieß, Allgemeine Polytechnische Oberschule, habe dann 1984 den Abschluss der 10. Klasse gemacht und da fängt auch meine erste – vielleicht auch schon zwei oder drei Jahre davor – meine erste intensive Erfahrung mit dem DDR-System an. Wenn man aus Mecklenburg kommt, möchte man ab und zu nach Rostock fahren. Das war damals beschwerlicher als heute, das war eine halbe Weltreise für die 80 Kilometer. Es gab noch keine Autobahn, und dann mit einem 311-er WARTBURG oder mit der Bahn nach Rostock zu kommen, das war mühsam. Dennoch bin ich ab und zu nach Rostock gefahren, habe in Warnemünde auf der Mole gestanden und den ausfahrenden Schiffen hinterher geblickt, und wenn so ein Dreizehn- bis Sechzehnjähriger dann so aufs Meer hinaus blickt, dann sagt er sich, das würdest du auch gern machen. Zudem hatte ich Eltern, die mit mir in den Sommerferien regelmäßig ins Ausland fuhren. Seit 1974 waren wir fast jedes Jahr in Bulgarien, in Rumänien, in Ungarn, eigentlich überall, wohin wir reisen konnten. So war ich ein unsteter Typ, gern auf Achse, um alles zu entdecken, was es zu entdecken gibt.



Aber bald kam man an seine Grenzen. Es hieß ja, die Staaten des Warschauer Vertrages und des RGW lernst du kennen; doch es gibt es ja noch den Rest der Welt, und der war für uns damals objektiv nicht erreichbar. Daher suchte ich eine Möglichkeit, wie ich es dennoch schaffen könnte und wollte zur See fahren mit der Handelsmarine. So führte ich mit der Berufsberatung, die es auch schon zu DDR-Zeiten gab, Gespräche über meine Pläne. Die Handelsmarine und auch die Hochseefischerei kamen nämlich regelmäßig in die Schulen und machten dort ihre Beratungsangebote. Aber ganz schnell bekam ich durch „Schild und Schwert“ der Arbeiterklasse, die Staatssicherheit, zu verstehen, also wenn du ein gewisses Mindestmaß an Westbekanntschaft oder Westverwandtschaft hast, dann kannst du diesen Berufstraum vergessen. Der Bruder meiner Mutter und die Schwester meines Vaters lebten in Pforzheim und Freiburg, und wir hatten einen sehr engen Kontakt, so dass ich von vornherein wusste, diese Perspektive gibt es für dich nicht. Dann entschied ich mich für die Hochseefischerei, ein Knochenjob. Die Perspektive, einmal nach Neufundland zu kommen und vor Neufundland zu fischen und dann dort anzulegen, die war auch sehr eng begrenzt. Vielleicht wäre noch Afrika möglich gewesen, weil die DDR auch vor Afrika intensiv fischte.

Also es gab da die Perspektive, noch ein bisschen mehr vom Rest der Welt zu sehen, natürlich verbunden mit einem Haufen Arbeit. Ich glaube, man war bei der Hochseefischerei drei Monate ununterbrochen auf dem Schiff, dann wurde man an Land gebracht und zurückgefliegen, und die andere Crew kam zur Ablösung. Das wollte ich auf mich nehmen, um mir meinen Traum zu erfüllen. Wer zur Fischerei oder zur Seefahrt wollte, musste sich in der Regel ein Jahr vorher bewerben, bevor die normalen Bewerbungsverfahren begannen. Dieses Verfahren habe ich dann durchlaufen, mich bei der Hochseefischerei in Saßnitz beworben. Wie es von meinem Ausbildungsstand, von meinen Leistungen her stand, strebte ich in die Berufsausbildung mit Abitur, um im Offiziersbereich in die Seefahrt zu gehen. Die Ausbildungsplätze waren da sehr begrenzt. Dann habe ich die Seetauglichkeitsprüfung überstanden, also ich war kerngesund, die Leistungen stimmten. Aber trotzdem erhielt ich eine Ablehnung. Das war für mich die erste große Niederlage in meinem Leben. Nebenher bekam ich mit, dass meine Mutter – so sind Mütter eben, die sich für ihre Kinder ein Bein auszureißen – ohne Ende Briefe geschrieben hatte, um herauszubekommen, aus welchem Grund ich abgelehnt wurde. Der Grund für die Ablehnung des Seefahrtsbuches, sozusagen des Reisepasses für die Seefahrt, war derselbe wie bei der Handelsmarine: Westverwandtschaft. Nicht nur aus heutiger Sicht kann ich sagen, dass mich dieses Erlebnis unheimlich gegenüber diesem Staat geprägt hat. Es war Verbitterung, die bis heute andauert.

Die Geschichte ging aber noch weiter. Denn in diesem Bewerbungszyklus waren die attraktiven Lehrstellen schon weg. Als Mecklenburger sagte ich mir, dann gehst du dahin, wo dein bester Freund ist, – das war in Bitterfeld. Das war

gewiss nicht die attraktivste Gegend, wo man als junger Mensch hin wollte. Die jungen Leute kennen Bitterfeld nicht mehr so, wie ich Bitterfeld noch kennen gelernt habe. Da sind wir durch Bitterfeld gefahren und haben das Abteilstfenster 'runter gemacht, und da hatte ich ein Stück Kohle im Auge, das ist kein Witz, das war wirklich so.

Aber ich hatte dann doch noch Glück im Pech. Mein Ausbildungsbetrieb, die Industrie- und Kraftwerksrohrleitungen Bitterfeld, hatte noch einen Außenbetrieb im Vogtland, in Netzschkau bei Reichenbach, und so verschlug es mich zwar nicht zu meinem besten Freund, sondern ins Vogtland. Da sage ich auch heute, ja, das war in Ordnung. Aber eben 500 bis 600 km von Waren/Müritz entfernt, und das war 1984, und die Fahrten dorthin waren eine halbe Weltreise. Noch heute weiß ich, dass mein Zug von Rostock nach München einmal täglich fuhr, ab Waren um 17 Uhr, und um 24 Uhr war ich dann in Reichenbach. Zumindest fuhr der Zug durch. Die Rückfahrt war beschwerlicher.

Dort habe ich dann drei Jahre Maschinen- und Anlagenmonteur mit Abitur gelernt. Attraktive Stellen, und gerade Berufsausbildung mit Abitur, waren in der DDR nicht verbreitet. Die Elitenauswahl war sehr konsequent: 10 bis 15 Prozent eines Jahrganges durften Abitur machen. Im Jahr 1987 habe ich in Netzschkau mein Abitur gemacht und war gleichzeitig Maschinen- und Anlagenmonteur. Dann hatte ich noch das große Glück, zwei Monate in Leipzig im Kraftwerk zu arbeiten. Das war eine sehr interessante Erfahrung, zu DDR-Zeiten im Kraftwerk zu arbeiten. Wenn man vergleichsweise die schwedischen Firmen gesehen hat, mit welcher Technik und mit welchem Know-how die im Kraftwerksbereich arbeiteten, dann agierten wir eigentlich „Just for Fun“, wenn wir dann mit unserem Multicar und mit unserem Schneidbrenner auf die Baustellen fuhren, denn auf Grund von diversen Materialmängeln saßen wir durchaus mal gut eine Woche im Container und machten alles Andere als Rohre zu verlegen. Das war pure DDR-Erfahrung, Erfahrung mit dem Mangel, die aus heutiger Sicht natürlich sehr interessant war, da möchte man dann auch nicht mehr tauschen. Anders hätte ich geredet, wenn wir die Zeiten heute noch hätten, natürlich.

In diese Zeit fällt das zweite Erlebnis mit der DDR und ihrem Machtsystem. Wir wurden 1986 gemustert, wie jeder Achtzehnjährige in diesem Staat, für den Dienst in der Nationalen Volksarmee getestet sozusagen. Damals dachte ich, hier öffnet sich doch vielleicht doch eine Chance, auf ein Schiff zu kommen. Um auf ein Schiff zu kommen, habe ich mich für vier Jahre Marine verpflichtet. Ich weiß nicht, was mich damals getrieben hat, in welchem Zustand der geistigen Umnachtung ich war, dass diese alten Gefühle mich übertrumpften. Da war wohl der Salzgeruch in der Nase stärker als der Verstand. Das habe ich dann auch ganz schnell eingesehen. Parallel zur Musterung und der Verpflichtung, vier Jahre zur Armee zu gehen, gingen die Studienbewerbungen schon los. Da hatte ich mich bei der Universität Rostock – ich wollte ja unbedingt nach Hause zurück – für ein

Studium auf Lehramt Deutsch und Geschichte beworben. Ich hatte auch die Studienzulassung. Wenn man sich vier Jahre verpflichtete, dann war das ja kein Problem. Vier Jahre Verpflichtung, Lehramt als Mann, also sicherer ging es gar nicht. Also ich hatte die Studienzulassung für 1991/1992, aber dann kam wieder ein bisschen Licht in das Dunkel. Da sagte ich mir, nein, vier Jahre, nein, das geht beim besten Willen nicht. Kann ich nicht, will ich nicht.

Also bin ich wieder hingegangen und habe gesagt: „Ich ziehe meine Verpflichtung zurück, 18 Monate reichen.“ Da haben die mich auch weiter gar nicht groß bearbeitet, und ich fand es sehr erstaunlich, wenn ich so zurückschaue, dass die da so schnell klein beigegeben hatten. Aber ein paar Wochen später wusste ich dann auch warum, dass es für die sehr einfach war. Gleichzeitig hatte ich nämlich einen Brief an die Rostocker Universität geschickt mit der Bitte, dass ich für das Studium 1989 immatrikuliert werde. Die Universität antwortete, das sei kein Problem, sie machten das gern, nur müsse ich eine Bescheinigung des zuständigen Wehrkreiskommandos beibringen, das sicherstellt, dass ich 1989 meinen Wehrdienst absolviert haben würde. Dann könne man mich immatrikulieren. Ja, selbstsicher wie ich war, nachdem mich keiner beim Wehrkreiskommando bearbeitet hatte, bin ich mit dieser Anforderung nach Reichenbach ins Wehrkreiskommando gefahren und habe darum gebeten, dass sie mir eine solche Bescheinigung ausstellen. Da sagten mir die Genossen dort, das sei alles ganz natürlich, noch sei ich zwar in ihrem Zuständigkeitsbereich, aber wenn ich die Lehre abgeschlossen hätte und den Wehrdienst antrete, gehörte ich in den Zuständigkeitsbereich des Wehrkreiskommandos Waren/Müritz. Gut, ich dankte für die Auskunft und fuhr nach Waren/Müritz und trug dort mein Ansinnen vor. Da sagten die Genossen: „Schön Herr Michallik, Sie sind dann zwar im Herbst 1987 in unserem Zuständigkeitsbereich, aber wir können ihnen im Moment die Bescheinigung nicht ausstellen, weil Sie im Moment im Zuständigkeitsbereich des Wehrkreiskommandos Reichenbach sind.“ Gut, ich fuhr wieder nach Reichenbach und sagte den Genossen dort, ich befände mich gerade noch im Zuständigkeitsbereich ihres Wehrkreiskommandos, also möchten sie bitte so freundlich sein und mir diese Bescheinigung ausstellen. „Nein, nein, wir haben Ihnen doch schon deutlich gemacht, dass, wenn es so weit ist, Sie im Zuständigkeitsbereich des Wehrkreiskommandos Waren-Müritz sind.“ Die Bescheinigung bekam ich nicht.

Also das war immer so eine Strecke von 500 km zu fahren, wenn man Freitag am Nachmittag von der Lehre nach Hause kommt, dann hat auch kein Wehrkreiskommando mehr auf. Also es war alles schwierig, ich weiß nicht, wie oft ich diese Tour gemacht habe, immer mit derselben Auskunft. Zum Glück hatte das Leben auch wieder ein Nachsehen mit mir. Der Vater einer ehemaligen Freundin von mir, einer Jugendfreundin, Schulfreundin, der Stellvertretender Leiter des Wehrkreiskommandos in Waren-Müritz war, hatte ein Einsehen und stellte mir

diese Bescheinigung aus. Endgültig. Also ein bisschen privates Glück hilft dann auch noch. An diesem Punkt brauche ich mit dem Leben nicht mehr zu hadern.

Mit dieser Bestätigung bekam ich glücklicherweise die Immatrikulation für 1989, was mich dann in das große Glück versetzte, 1989 anzufangen zu studieren. Aber mein Wehrdienst war auch noch eine wundersame Geschichte, die ich mir bis heute nicht recht erklären kann. Ich hatte mit allem gerechnet, als ich 1987 zum Wehrdienst eingezogen wurde, nämlich dass ich in das „Land der drei Meere“ komme. Das lag bei Eggesin, und das war ja so die Höchststrafe für einen jungen Menschen, dorthin versetzt zu werden als Mucker sagte man damals, als Mot-Schütze. Wenn ich heute ins Auto steige und nach Pasewalk runter fahre, dann bin ich in zweieinhalb Stunden da, früher war das eine Weltreise, da hat man von Waren nach Pasewalk oder Eggesin gut acht Stunden gebraucht, das war also ein schierer Albtraum. Da wissen wir heute es zu schätzen, wie gut wir es haben. Aber ich wurde nicht nach Eggesin einberufen, sondern zur Militärstreife. Das konnte ich mir gar nicht erklären. Nachdem ich von vier Jahren auf 18 Monate „abgekeult“ – so hieß das damals noch – hatte, dann zu einer solchen Truppe einberufen zu werden, das war für mich ein Rätsel. Vielleicht hatte das mit dieser persönlichen Bekanntschaft zu tun, aber das ist jetzt alles nur Spekulation. Nur wenn man einen gefestigten Klassenstandpunkt hatte, durfte man bei der Militärpolizei dienen.

Nun war ich ein halbes Jahr in Potsdam in der Ausbildung, und zwölf Monate habe ich meinen Dienst dann in Neubrandenburg absolviert. Das war eine relativ entspannte Zeit, weil man da als Militärstreife relativ privilegiert war, ich war alle zwei Wochen zu Hause, und als Kraftfahrer habe ich mir nichts zu Schulden kommen lassen. Allerdings stand man, wie in anderen Dienststellen auch, unter ständiger Beobachtung der Staatssicherheit. Aber man hatte davon keine unmittelbar persönlichen Nachteile, wenn man sich nichts zu Schulden kommen ließ. Interessant war immer der Politunterricht bei der Armee, der bei uns meistens ganz schnell zu Ende war. Weil ich damals auch schon historisch interessiert war und mich versucht habe zu belesen, stellte ich gern einige Nachfragen. Dann zeigten sich die Genossen Stabsfeldwebel nicht immer sonderlich auskunftsfähig, so dass nach einer halben Stunde der Politunterricht vorbei war. Das war ganz bequem und angenehm, denn dann konnte man andere Dinge machen.

Ja, 1989 begann ich hier zu studieren. Das war eine interessante Konstellation im Lehramt Deutsch und Geschichte. Das waren vom Kräfteverhältnis her 80 Prozent Frauen und 20 Prozent Männer, die dann in den Seminargruppen mit unterschiedlichem Alter und unterschiedlichen Erfahrungen zusammen saßen. Wir gestandenen Herren waren gerade von der Armee gekommen, und die jungen Damen kamen gerade von der EOS frisch zum Studium eingeflogen. Mit unserer Lebenserfahrung zeigten wir ihnen, wie das Leben so ist. Es war teilweise sehr lustig. Das Interessante war ja, was sich heute so gar keiner mehr vorstellen kann,

dass wir straff in Seminargruppen organisiert waren, also aus der Schule 'raus, in die Schule 'rein. Zwei Seminargruppen eines Jahrganges hatten wir in Rostock, damals noch in der Villa am Wilhelm-Külz-Platz. Studiengangweise waren wir auch im Wohnheim untergebracht, in der Albert-Einstein-Straße hatten wir komplett die vierte Etage als Studiengang belegt, also in der Verteilung 80 Prozent Mädchen und 20 Prozent Jungs. Alles war straff abgeteilt und durchorganisiert. Da war noch eine Wache unten im Wohnheim, da musste man einen Ausweis beantragen. An die Wache, an die gute Frau, kann ich mich noch gut erinnern, da kamst du ohne Ausweis wirklich nicht vorbei, die war richtig „Schild und Schwert“ der Arbeiterklasse, wie die da aufgepasst hat. Am Wochenende wurden wir auch noch zum Dienst eingeteilt, da mussten die Studenten auch den Dienst der Wache übernehmen. Es waren noch alles die alten Zustände, obwohl wir dann 1989 merkten, dass ein gewisser politischer Transformationsprozess in der allgemeinen politischen Lage und dann in der Hochschule Einzug hielt.

Als Studenten hatten wir jeder im Monat 200 Ostmark Stipendium; davon gingen 10 Mark ab für den Wohnheimplatz, also blieben 190 Mark zur Verfügung. Und wenn man dann drei Jahre bei der NVA erfolgreich absolviert hatte, bekam man noch mal 100 Mark drauf. Die sich verpflichtet und länger gedient hatten, erhielten noch mehr Stipendium. Sie waren damit privilegiert. Zusätzlich gab es noch ein Leistungsstipendium von 60 Mark. Aus der heutigen Perspektive frage ich mich, wie wir mit diesem Geld überhaupt ausgekommen sind. Wir nutzten ja sehr intensiv das Studentenleben, und da stellt sich diese Frage. Natürlich, da hat das Bier auch noch nicht so viel gekostet, das muss man dazu sagen.

Besonders interessant war der Anfang des Studiums, und das war an jeder anderen Hochschule in der DDR auch so. Es begann mit der so genannten „Roten Woche“, in der wir durch ältere Semester eine Einweisung in die Universität und in das Studium erhielten, dazu ein bisschen Unterweisung in Marxismus-Leninismus – komprimiert. Damit sollten wir gleich auf Linie gebracht werden, damit es kein Vertun gibt. Ausbrechen aus solchen Strukturen war da immer schwer, denn allein durch die Sozialisation, die man in diesem Staat hatte, kannte man die Grundvoraussetzung und wusste, wenn du dagegen rebellierst, spielst du mit deiner Exmatrikulation. Also man konnte hier leistungsmäßig versagen und alles Mögliche, aber hier aktiven Widerstand zu leisten, das bedeutete mit der Zukunft zu spielen und immer die Exmatrikulation vor Augen zu haben. Die Konstellation an der Sektion Geschichte war verschärft, und es gibt auch verschiedene Beispiele aus der Sektion Geschichte, wo Kommilitonen entsprechende Erfahrungen machen mussten und exmatrikuliert wurden.

Im September 1989 haben wir gar nicht angefangen zu studieren, das war auch gar nicht beabsichtigt, weil nach der „Roten Woche“ das Erntelager kam. Wir waren zwei oder drei Wochen danach in Karstädt, hier im Westmecklenburgischen. Da durften wir dann zwei oder drei Wochen Kartoffeln sortieren und

einsacken mit unseren russischen Brüdern zusammen, die illegal von der dortigen LPG aus der Kaserne geholt wurden, um mitzuarbeiten für eine Schachtel Zigaretten und ein klein bisschen Brot. Die haben dann auch noch ihre Uniformen eingetauscht und alles Mögliche, Waffen zwar nicht, und so hat man auf diese Art und Weise Klassenbrüderschaft gepflegt. Was ich damit sagen will, im ersten Monat, als wir hier an der Universität anfangen, haben wir die Universität nicht von innen gesehen, sondern alles Andere gemacht aber nur nicht studiert. Das unterscheidet sich ein bisschen von der heutigen Zeit.

Ja, und dann hatten wir aber auch schon den 7. Oktober, den Tag der Staatsgründung der DDR. Aber ich muss noch etwas einfügen. Es ging schon ziemlich schnell los, dass die männlichen Studenten sofort von dem hier dafür zuständigen Mitarbeiter der Sektion Geschichte, Rolf Rehberg, angesprochen wurden, sich perspektivisch für einen Reserveoffizierslehrgang zu verpflichten, der immer am Anfang des zweiten Studienjahres stattfand. Das waren sechs Wochen in Seligensadt im Thüringischen in einem richtigen Reserveoffizierslehrgang mit richtigem militärischen Drill vom Feinsten. Ich weiß nicht, was uns damals getrieben hat, wir waren zu dritt – Mathias Mahncke, Holger Sasnowski und meine Wenigkeit – wir waren so die unzertrennlichen Drei, wir haben auch im Wohnheim in einem Zimmer gewohnt. Wir drei haben dann aber gesagt: „Lieber Herr Rehberg, da ist nichts. Also wir unterschreiben jetzt nichts. Können Sie uns noch sagen, ob nächstes Jahr dieser Lehrgang überhaupt noch stattfindet?“ Er war der festen Überzeugung, dass der noch stattfindet, aber wir nicht.

Und dann, sagen wir mal zu Glück, kam ja schon der 7. Oktober, und da war es ja schon offensichtlich, dass sich in dieser Republik etwas bewegt mit dem Auftritt von Gorbatschow, der diesen berühmten Spruch prägte: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Selber war ich am 7. Oktober in Berlin, bin dort ein bisschen herum gewandelt, habe einen Freund besucht, bin dann relativ früh abends wieder nach Hause gefahren und habe dann im Zug gehört, dass es in Berlin schon die ersten Ausschreitungen am Rande der offiziellen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR gab. Da war mir schon klar, dass in dieser Republik etwas passieren wird. Die Ereignisse haben sich ja dann auch mehr oder weniger überschlagen. Aus heutiger Sicht war das ja dann schon fast in Lichtgeschwindigkeit, was sich abspielte: Rücktritt Erich Honeckers, Aufstieg von Egon Krenz an die Macht, dann die überraschende Grenzöffnung am 9. November. An die Situation kann ich mich noch ganz genau erinnern. Das war eine etwas längere Nacht in irgendeinem der Studentenclubs. Der 9. November war ein Donnerstag, und den Abend haben wir im Studentenclub ST zugebracht. Etwas verkatert kam ich am Freitag auf den Universitätsplatz, um zur Vorlesung zu gehen, und traf Kommilitonen, die sagten: „Weißt du schon, hast du schon gehört, die Grenze ist offen.“ Ja, ich verstand ja viel Spaß um die Zeit, aber das war ja etwas, womit ja nun keiner gerechnet hat. Am Universitätsplatz, wo jetzt das Fünfgiebelhaus steht,

war früher ein Durchgang, in dem die einzigen Telefone dieser Gegend angebracht waren. Von dort habe ich meinen Freund Lutz in Berlin angerufen, um mich da zu vergewissern, dass man mir da keinen ganz großen Bären aufbindet. Ich habe ihn auch erreicht. Ich fragte: „Sage mal, was ist denn los bei dir.“ „Ach,“ sagte er, „lass mich in Ruhe, ich bin gerade vom Kurfürstendamm gekommen.“ Ja, dann musste etwas Wahres daran gewesen sein.

Dann haben wir schnell die Vorlesung gemacht, haben dann unsere Sachen zusammen gepackt mit der Katrin Bohm und sind dann Freitagnachmittag nach Berlin gefahren und dann nach Westberlin rüber. Ich hatte da eine Großtante und einen Großonkel in Berlin-Spandau, und zu denen sind wir dann rüber gefahren, haben uns unser Begrüßungsgeld [je 100 DM] abgeholt. Das war schon eine interessante Zeit. Ein ganzes Wochenende sind wir in Westberlin gewandelt, da war das Begrüßungsgeld schon wieder weg, viel war es ja nicht. Ja, und dann gab es eigentlich kein Halten mehr. Die folgende politische Situation ist ja allgemein bekannt. Die verfestigten staatlichen Strukturen brachen langsam auf. An der Sektion Geschichte kam es allmählich auch so. Ich meine, wir waren ja nun wirklich rot, roter am rotesten. Die Struktur dieser Sektion, wenn man heute Dokumentationen liest, wird – mit ihrem Hintergrund der Staatssicherheit – uns erst heute richtig klar.

Eine Bemerkung über die internationalen Beziehungen möchte ich hier noch einschieben. Die Universität Rostock hatte schon zu DDR-Zeiten eine langjährige Beziehung zu der Brown-University in Providence / Rhode Island, eine „Ivy League“ Universität, was wir damals schon immer sehr beachtlich fanden. Es fand regelmäßiger Austausch von Studenten statt, auch mit Historikern. Heute wissen wir, dass unsere Studenten, die dorthin gingen, natürlich von der Staatsicherheit handverlesen waren. Aber es kamen auch zahlreiche amerikanische Studenten zu uns, die dann bei uns mit auf den Zimmern wohnten. Da kam die Welt zu uns ins Studentenzimmer, was unsere Weltsicht erheblich erweiterte. Unsere Diskussionen führten wir gerade in dieser Zeit des Aufbruchs, etwas besseres konnte uns nicht passieren.

In dieser Zeit versuchte zwar an der Sektion Geschichte die FDJ für die Studentenschaft das Heft des Handelns in der Hand zu behalten. Aber es bildeten sich erste alternative Studentenvertretungen, um anderen Einfluss auf die Entwicklung zu nehmen. Es fanden erstmalig richtig offene Diskussionen mit den Professoren der Sektion statt, politische Diskussionen über geschichtliche Darstellungen. Professor Johannes Kalisch, der die Geschichte der Sowjetunion hier an der Sektion lehrte, hatte immer behauptet, Katyn sei ein Verbrechen der Nazis gewesen. In der Diskussion gab er zu: „Natürlich haben wir gewusst, dass das die Russen waren.“ Selber hatte ich 1990 ein ganz interessantes Seminar mit Professor Lothar Elsner zum Faschismus. Wir waren mittlerweile nach Hamburg gefahren und hatten uns in den Buchläden und Bibliotheken die westliche Literatur zu

Faschismustheorien besorgt. Die stand zwar auch hier, in den Giftschränken, an die wir als Studenten aber nicht heran kamen. Diese Literatur haben wir gelesen und dann versucht, mit Lothar Elsner aktuelle Faschismustheorien zu diskutieren. Das aber ging gar nicht. Zu der Zeit wurden Faschismustheorien im Zusammenhang mit dem Totalitarismuskonzept diskutiert, und da kam man schnell auf Vergleiche zwischen Faschismus auf der einen Seite und Stalinismus auf der anderen Seite. Bei einem gefestigten DDR-Geschichtsbild durfte so eine Diskussion überhaupt nicht stattfinden. Das ging ja überhaupt nicht.

Konflikte entzündeten sich auch mit Professor Karl Heinz Jahnke, der hier die FDJ-Geschichte betrieb. Ich will nicht sagen, dass wir schon aktiv im Widerstand waren und die Bewegung angeführt hätten, aber wir waren aktiv, um in der Sektion einiges zu ändern. Aber so lange die Genossen in ihrem Sattel saßen, und das waren sie Anfang 1990 noch, wurde nichts unversucht gelassen, die entstandene Bewegung wieder umzukehren oder in eine Richtung zu lenken, die sowohl der FDJ als auch dann der SED nutzen konnte.

Durch die Arbeit der Ehrenkommission, die die Professoren hier an der Universität auf Grund ihrer Partei- und Stasivergangenheit überprüfte, war die Sektion Geschichte überproportional betroffen. Es wurden sämtliche Professoren ausgetauscht. Unter fachlichen Gesichtspunkten war das widersprüchlich. Professor Georg Moll hielt 1990/1991 noch eine Bismarck-Vorlesung, die war für uns Studenten hervorragend, didaktisch sehr gut aufgearbeitet und interessant. Zum Dozenten Joachim Lehmann hatten wir immer eine exzellente Beziehung, weil er uns bei allem, was wir wollten und gemacht haben, unterstützt hat. Aber es gab immer das gewisse Moment in ihrer Biographie, das ein anderes Licht auf sie warf.

In diesem Prozess der Neubesetzung der Professuren war es eine neue Erfahrung für uns Studenten – und ich war einer von ihnen –, als studentische Vertreter in Berufungskommissionen zu sitzen und mitbestimmen zu dürfen. Das war für uns Studenten die erste Begegnung mit der neuen Zeit. Die Berufungskommissionen waren alle mit gestandenen Professoren aus den alten Bundesländern besetzt; und da erlebten wir, wie Berufungsverfahren an alten deutschen Universitäten ablaufen. Dabei merkten wir, dass auch dort nach festen Systemen Nachwuchs rekrutiert wurde. Das muss man ganz klar so sagen. Die eigenen Schüler waren da immer mit im Spiel und wurden entsprechend befördert. Das gab einen eher faden Beigeschmack, denn es hatte ja geheißsen, es komme die neue Freiheit und da werde wirklich auf Grund der Qualifikation und der Leistung entschieden, wer Professor wird. Mit der Freiheit kommt nicht alles automatisch zugeflogen, vielmehr muss man seine Interessen vertreten und durchsetzen. Bei aller Euphorie zeigten sich auch damals Grenzen studentischer Mitbestimmung. Aber diese Erfahrung gehört einfach mit dazu.



Wir verfassten erste Studentenzeitungen. Man kann sich ja heute gar kein Bild mehr davon machen, wie schwierig das war. Heute schreiben wir mal schnell zwei bis drei Seiten, ausgedruckt, fertig, kann ich dann auch sofort in Buchform ausdrucken und dann verteilen. Nein, das ging damals alles mit der Schreibmaschine und mit Kohlepapier. Und das war allein technisch ein riesiger Aufwand.

In guter Erinnerung an diese Zeit des Umbruchs habe ich den lebhaften Durchlauf von Fachkapazitäten, die an der Sektion vertetungsweise lehrten oder Gastvorträge hielten. Lothar Gall, Hartmut Pogge von Strandmann, Kersten Krüger, Hans Mommsen und viele andere kamen, alles was eigentlich Rang und Namen hatte in der Geschichtswissenschaft, zum Anfassen. Sie waren auch selber begeistert, was hier passierte, und waren auch bereit, hier ihren Anteil zu leisten, um der Geschichtswissenschaft wieder auf die Beine zu helfen nach diesem Systemwechsel. Was da an Input, an aktueller Geschichtswissenschaft zu uns gelangte, das war einfach enorm.

Wir haben dann zu dritt – wir waren das unzertrennbare Trio – vom Lehramt in den neuen Studiengang Magister gewechselt, haben die neue Zeit gleich voll ausgekostet. Wir haben dann zu dritt Germanistik abgewählt, weil uns das Fach nicht mehr lag, und nahmen das neu eingerichtete Studium der Politikwissenschaft und Soziologie auf. Ich bezeichne mich heute auch gern noch mal mit meinen beiden Kommilitonen als die Gründungsstudenten dieser beiden Studiengänge. Wir waren wirklich mit die Ersten, die sich dort einschrieben und von Anfang an dabei waren, und das Studium lief noch besser als in den Geschichtswissenschaften. Da wir da mit 10 bis 15 Hanseln anfangen, hatten wir kleine Lehrveranstaltungen, Hauptseminare zu zweit, Vorlesung mit vier Leuten. Winfried Steffani und Hans Apel aus Hamburg lehrten bei uns, mit vier bis fünf Teilnehmern saßen wir in ihren Hauptseminaren. Das waren paradiesische Zustände zu der Zeit, von denen ich profitierte und die einen Baustein bilden für die Funktion, in der ich heute vor Ihnen sitzen kann. In dieser wissenschaftlichen Auseinandersetzung beider Systeme haben wir mit unserer politischen, doch schon aktiven Erfahrung als junge Menschen, wie Schwämme alles Neue aufgesogen. Auch praktisch hatte ich die Chance, an der Neugestaltung mitzuwirken. Wir haben aktiv dieses neue Institut für Politikwissenschaft mit aufgebaut, wir haben die Bibliotheken mit eingerichtet, wir haben Bücher herangeschafft. Einmal holte ich eine ganze Ladung Bücher aus Stralsund, die die amerikanische Botschaft dort in der Fachhochschule abgekippt hatte. Da haben wir ein Auto organisiert, die Bücher sortiert und in die neue Bibliothek gebracht. Also es gab unheimlich viel Bewegung in dieser Zeit. Wir konnten uns einbringen und mitgestalten.

Im Fach Geschichte war es ein Glück, dass Herr Krüger hierher kam mit einer fachlichen Ausrichtung, die in den neuen Ländern kaum bekannt war. Computergestützte quantitative Methoden in Geschichts- und Sozialwissen-

schaften gab es in der Lehre im Osten nicht. Mit Computern – das waren 1992/1993 noch DOS-Rechner mit 286er und 386er Prozessoren – fingen wir langsam an, Datenerhebungen zu machen und erste statistische Auswertungen zu berechnen. Das war ein Unterschied zu meiner Berufsausbildung 1986, als Computer mit einem Bildschirm und einem Kassettenrecorder liefen. Die Programme kamen vom Kassettenrecorder, und die musste man noch selber programmieren. Das war nichts für mich, ich hatte nie was mit Computern am Hut, bis Kersten Krüger kam und uns in die wissenschaftliche Arbeit am Rechner vermittelte: Datenerhebung mit dBASE, statistische Auswertungen mit SPSS. Also man hat im Fach Geschichte nicht bloß quantitative Methoden als Mittel zu Erkenntnisfortschritten gelernt, sondern zugleich auch den Umgang mit den Computern. Für mich erwies sich das später als Berufsqualifikation, als ich in der CDU-Fraktion der Fachmann im Umgang mit Computern war.

Beruflich wählte ich dann einen anderen Weg als meine Freunde, die bei der Geschichte blieben und sich auf die Erforschung Rostocker Stadtgeschichte konzentrierten. Mein Interessensfeld lag in der Zeitgeschichte und in der Politikwissenschaft. Durch die Partnerschaft der Universität Rostock mit der Brown-University angeregt, hatte ich den Wunsch – das Fernweh hatte nicht nachgelassen –, auch einmal in Amerika zu studieren. Schon 1991 packte ich die Gelegenheit beim Schopf und flog nach Amerika zur Brown-University. Das war ein Abenteuer, weil wir damals noch mit unseren alten DDR-Pässen nach Amerika reisten. Die erste zusätzliche Kontrolle hatten wir in Hamburg auf dem Flughafen, weil man dort unseren Pässen nicht recht traute. Wer die alten DDR-Pässe noch kennt: es war ein zusammen getackertes Papier, gar nicht so richtig fälschungssicher. Dann durften wir aber fliegen, brauchten aber eine geschlagene Stunde in Boston auf dem Flughafen, um durch die Sicherheitskontrollen zu kommen. Die wollten uns absolut nicht rein lassen mit diesen Pässen, aber sie haben es schließlich doch getan. Dann waren wir noch drei Wochen in den USA, besuchten Freunde und lernten unter anderen auch den Ansprechpartner der Rostocker kennen, den Historiker Volker R. Berghahn. Mit ihm diskutierten wir die Möglichkeiten für ein Studium in Amerika. Mein ständiges Bemühen, nach Amerika zum Studium zu kommen, hatte 1993 Erfolg, als ich in den Genuss eines Stipendiums für die Arizona-State-University kam. Es war zusammen mit der Friedrich-Nau-mann-Stiftung ausgeschrieben und für ostdeutsche Studenten im Bereich Geschichte, Politikwissenschaften, Soziologie reserviert. Es gab 1.500 Dollar pro Monat, verbunden mit einer Forschungsassistenten, zwei Semester Studium an der Arizona-State-University. So ging ich 1993/1994 für ein Jahr nach Arizona.

Dieses Studium in Amerika gab den Ausschlag, als ich mich 1995 um die Stelle als wissenschaftlicher Referent für Bildungspolitik, Hochschulpolitik und Kulturpolitik bei der CDU-Fraktion im Schweriner Landtag bewarb. Eckhardt Rehberg, damals CDU-Fraktionsvorsitzender, stellte mich wegen meiner breiten

Erfahrung ein. Seit 2002 war ich Leiter des Wissenschaftlichen Dienstes der CDU-Fraktion, und dann ab Herbst 2006, nach den Landtagswahlen – als es klar wurde, dass die CDU mit in die Regierungsverantwortung gehen wird – war Jürgen Seidel, der Landesvorsitzende der CDU, der Meinung, ich solle Staatssekretär im Bildungsministerium werden, was ich bis heute noch bin, sechs Monate überstanden, glücklich und zufrieden. So viel von mir, von meiner Seite. Dankeschön.

## **Diskussion**

Transkription und Protokoll: Kersten Krüger, Christian Pauer und Catharina Trost

Christian Pauer:

Ja, erste Frage: Die ideologische Prägung gerade in Geschichte und im Deutschunterricht wird ja vorher bekannt gewesen sein, ich frage, wie es zu diesem Entschluss noch zu DDR-Zeiten kam, gerade diese Fächer zu studieren?

Udo Michallik:

Es war ein langer Reifeprozess und hatte auch mit eigenen Befindlichkeiten und Interessen zu tun. Ich hab ja kurz geschildert, wie der Weg meiner Berufsfindung gewesen ist. Ich muss dazu sagen, meine Mutter ist selber Lehrerin. Die Alternativlosigkeit vor der ich mit der Berufswahl dann stand, Maschinen- und Anlagenmonteur zu werden, hat letztendlich dazu geführt, dass ich etwas Anderes machen wollte, weil die technische Ausrüstung nicht mein Ding war. Ich habe nie einen glatten Block feilen können, da waren immer Huckel drin, und die Löcher, die ich bohrte, waren auch nicht gerade. Zum Loch in der Wand reichte es, auch habe ich ein gewisses Grundverständnis für Technik entwickelt, aber der Werdegang, aus der sich diese Berufsausbildung ableitete, wäre eine Ingenieurausbildung gewesen. Das war nicht meine Perspektive.

In Geschichte und auch in Staatsbürgerkunde hatte ich immer meine Eins. Wenn man politisch, gesellschaftlich, historisch interessiert ist, dann kann man Zusammenhänge aufbauen und Hintergründe erklären. Das war meine Stärke. In Deutsch war ich immer derjenige, der – wenn es darum ging, Gedichte zu rezitieren – Heinz Kahlaus Liebesgedichte aufsagte, während alle Anderen ihre Kampfgedichte, ihre roten Gedichte herausholten. Also es war schon immer ein kleiner Unterschied. Im Abituraufsatz schrieb ich über Effi Briest, in diesen Roman war ich geradezu vernarrt. Es gab dann schon eine gewisse Affinität zu solchen Sachen. Eigentlich wollte ich Historiker werden, aber ein entsprechendes Studium gab es nur an der Humboldt-Universität in Berlin und in Leipzig. Wollte man es in Rostock studieren, ging es nur über das Lehramt. Als Ausnahme bestand nach dem Studium die Möglichkeit, Historiker zu werden und nicht Lehrer.

Natürlich wusste ich, dass da eine ideologische Ausrichtung herrschte. Aber was war die Alternative? Ich hatte ja keine. Zudem hat man auch immer noch gehofft, gerade im studentischen, akademischen Bereich seine Freiräume zu finden. Die haben sich auch viele gesucht und viele haben diese dann auch für sich genutzt. Wie man heute sieht, gab es viele exzellente Arbeiten, auch aus der Geschichtswissenschaft. Wenn man die ersten vier bis fünf Seiten roten Text weglässt, hat man eine ordentliche Arbeit vor sich. Eine weitere Motivation, Lehrer zu werden, war mein Gefallen an diesem Beruf. Ich habe viel bei meiner Mutter in der Schule hospitiert und es bewundert, wie sie es schaffte, die Kinder zu bändigen. Aber selber vor der Klasse stehen zu müssen und dann zu unterrichten, ist etwas ganz Anderes. Es fiel mir später leicht, den Lehramtsstudiengang zu verlassen. Denn Lehrer werden ist das Eine, Lehrer sein ist das Andere. Deswegen plädiere ich ja heute für pädagogische Eingangstests, wenn man Lehrer werden will. Aber das ist ein anderes Thema.

Hilde Michael:

Sie haben vorhin gesagt, sie waren Mitglied in Berufungskommissionen. Gut formuliert: Welche Vorstellungen haben Sie für dieses Amt gehabt. Was haben Sie sich versprochen aus der Mitgliedschaft in diesen Berufungskommissionen und wie sind diese Vorstellungen umgesetzt worden oder ging es überhaupt sie umzusetzen?

Udo Michallik:

Also in der Zeit war es ja für uns ein Novum, dass ein Student daran beteiligt wurde, eine Professur zu besetzen. Wir haben noch manchmal gerätselt, ob die Studenten volles Stimmrecht hatten. Ja, sie hatten volles Stimmrecht. Und wir hatten natürlich auch Einfluss. Die Stellen wurden ja ausgeschrieben, und es hatten sich zahlreiche Leute darauf beworben. Sicher war es auch für viele Akademiker aus den alten Bundesländern eine Chance, relativ schnell eine Professur zu erreichen. Unsere Hoffnung war, dass man mit der Auswahl anhand von Leistungsparametern für den Fachbereich eine optimale Besetzung gewinnen könne. Nun war es für uns natürlich schwer, die Bewerbungslisten und die Berufungslisten, die vorgelegt wurden, entsprechend fachlich zu beurteilen. Wen kannte man denn von denen? Da lagen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander, das muss man ganz ehrlich sagen. Aber es war eben das Gefühl, ich kann hier mitbestimmen. Meine Stimme zählt. Und meine Meinung zählt. Und man hat ja dann die ganzen Bewerbungsunterlagen gelesen und hat sich dann schon ein eigenes Bild machen können. Der könnte es sein, der könnte zu uns passen, man hatte seine Publikationsliste gesehen und konnte dann doch schon irgendwo abschätzen, welchen Stellenwert dieser Bewerber in der Landschaft hatte. Schwierig war es, dass man zur Verschwiegenheit verpflichtet war. Also ich konnte jetzt nicht

loslaufen und mit ein paar Leuten reden und fragen: „Was denkst Du über den?“ Man war dort ganz auf sich allein gestellt und auf dieses Beratungsgremium, die Berufungskommission angewiesen. Da konnten die einem natürlich was vom Pferd erzählen, die sich alle gegenseitig kannten. Da blieb einem nur das subjektive Bild und man konnte sagen: „Also, von der Publikationsliste her und von seinem bisherigen Lebenslauf würde ich den vorziehen.“ Aber man war ja nur der eine studentische Vertreter, und die Fachkollegen haben schließlich unter sich weitestgehend die Berufungen ausgemacht. Es ging dann auch noch um Berufungsvoraussetzungen. Hartmut Pogge von Strandmann wurde nicht berufen, etwa weil er aus Großbritannien kam?

Kersten Krüger:

Das darf ich sagen. Es war nicht seine Herkunft, sondern er war nicht habilitiert und hatte keine äquivalenten Leistungen. Also er konnte nicht berufen werden.

Udo Michallik:

Das waren Regularien, die wir erst lernen mussten, welche Voraussetzungen dazu führen konnten, dass jemand hier an die Universität berufen wurde. Viele Erfahrungen, sowohl in rechtlicher und hochschulpolitischer Hinsicht hatten studentische Vertreter zu sammeln. Insgesamt haben sich einige Hoffnungen erfüllt, andere nicht.

Catharina Trost:

Ja also ich habe drei Fragen, wobei die ersten beiden Fragen ziemlich zusammengehören. Wie war es in der Umbruchszeit? Hat man da die Dozenten, das stelle ich mir so vor, hat man da die Dozenten erstens noch für voll genommen, wenn die die ganze Zeit vorher vom Marxismus-Leninismus erzählt haben und auf einmal kam die große Umstellung? Und die zweite ist: Wie viele von den Dozenten, wenn man das so einschätzen könnte, haben das Ding eigentlich wirklich bis zum Ende durchgezogen, so von wegen, nein wir reißen das Ruder noch wieder rum und das hier ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Und das Dritte ist die Frage: Was haben Sie hier an der Sektion Geschichte von der Staatssicherheit noch mitbekommen. Wurden Sie auch kontrolliert oder Ähnliches. Kannte man seine Pappenheimer oder wie auch immer?

Udo Michallik:

Mit dem letzteren angefangen: Ich glaube, es war 1989/90 schon eine Zeit, wo der Einfluss der Staatssicherheit massiv nachgelassen hat. Wir waren davon nicht mehr unmittelbar betroffen. Die Zeit der Aufarbeitung ist aber immer noch nicht

zu Ende. Wenn ich jetzt gerade an die jüngste Arbeit denke über „Rohrstock“,<sup>1</sup> sind wir noch mitten im Prozess. Für mich ist es eine persönliche Enttäuschung, weil ich auch selber ein halbes Jahr im „Rohrstock“ mitgespielt habe und alle Kollegen über Michael Ruschke und Wolfgang Dalk und Matze Speer kenne. Gerade bei Michael Ruschke ist es eine besonders große Enttäuschung gewesen, dass das jetzt hoch gekocht ist, womit er immer „hinterm Berg“ hielt. Damit will ich nur sagen, dass zu dem Zeitpunkt – vor 16 oder 17 Jahren –, die großen Verdächtigungen noch keine Rolle gespielt haben. Es gab vielleicht schon den Einen oder Anderen, bei dem es eine Rolle spielte, aber nicht bei uns. Wir müssen uns hüten, mit dem Blick von heute Unrecht zu tun. Wir sind alle in demselben System, alle mit demselben Hintergrund groß geworden.

Wir sind damals erst einmal selbst dabei gewesen, uns das Neue zu erarbeiten und zu erlesen und zu erfahren, und das war wichtiger als die Vergangenheit. Es fand ein sehr intensiver Diskussionsprozess über die Zukunft statt. Dabei zeigte sich, dass man sich schon in zwei Richtungen bewegte, wie Sie schon richtig gesagt haben. Die Einen beharrten auf ihrem alten Standpunkt. Wenn ich an Georg Moll denke, der daran festhielt, aber fachlich für uns eine Bereicherung war, dann wird der Widerspruch deutlich. Aber was ich ihm hoch anrechne, ist, dass er die Diskussion mit uns gesucht hat. Das war keineswegs selbstverständlich. Also man hätte sich statt dessen aufgrund des eigenen Scheiterns oder des Scheitern des eigenen Weltbildes ganz zurückziehen können. Die intensiven Diskussionen führten uns zu eigenen Perspektiven, zu einem individueller Formungsprozess. Wir brachen aus der Gruppe aus. Die Seminargruppe marschierte nicht mehr zusammen los, sondern zerfiel, weil jeder individuell mit der Situation und der Zeit klarkommen wollte und musste. Das hat uns unheimlich geprägt.

Catharina Trost:

Ich möchte noch einmal auf die erste Frage zurückkommen. Mit dem Ernstnehmen der Dozenten, das habe ich noch nicht so ganz herausgehört, in dem Moment, als die Grenzen aufgegangen sind. Mit was für einem Gefühl ist man in das nächste Seminar gegangen? Können Sie sich daran noch erinnern? Hat man da gesagt: „Naja ist ja egal, ob ich da nun hingehe“, oder ist man dort bewusst hingegangen mit der Erwartung: „Na jetzt bin ich ja mal gespannt, was die sagen.“

Udo Michallik:

Ja, auch mit dieser Erwartungshaltung sind wir dahin gegangen. Ich sage mal, das war abhängig von den Personen und auch vom Fach. Also im Mittelalter und in

---

<sup>1</sup> Dietrich, Christopher: Schild, Schwert und Satire : das Kabarett ROhrSTOCK und die Staatssicherheit. Rostock 2006. Siehe auch: Dalk, Wolfgang ; Ruschke, Michael: Das Kabarett ROhrSTOCK – 30 Jahre. Rostock 2000.

der Ur- und Frühgeschichte war die Erwartungshaltung nicht da. Aber in der Zeitgeschichte bei Johannes Kalisch, bei der Geschichte der Sowjetunion hatten wir diese Erwartungshaltung. Oft schalteten wir allerdings resigniert ab und sagten uns: „Könnte mal was Neues kommen.“

Kersten Krüger:

Was war mit Faschismustheorien?

Udo Michallik:

Ja, Faschismustheorien, das war für mich noch das Interessante, weil wir genau wussten, welche Position Lothar Elsner vertrat. Mit dem Wissen, das wir uns angelesen hatten, sind wir ganz bewusst mit Konfrontation in die Diskussion hineingegangen.

Catharina Trost:

Wie ist er dann damit umgegangen?

Udo Michallik:

Konfrontativ! Das war für ihn alles revanchistische Geschichtsschreibung. Gerade die Totalitarismusdebatte war ja hier tabu und nicht reflektiert. Nun kamen wir mit unseren Fragen nach den Parallelen der Diktaturen. Wir hatten eben angefangen die Biographien von Stalin und Hitler zu lesen, die uns vorher nicht zugänglich waren. Mit dem gewonnenen Wissen kontroverse Positionen zu vertreten, war für mich ein produktiver Streit. Wir hatten jemandem, der in seiner fachlichen Meinung gefestigt schien und auch gefestigt in die Diskussion hineinging, etwas entgegenzusetzen. Es galt nicht mehr, einfach zu konsumieren, wie es eigentlich in dem Stadium des Studiums üblich war: Man hört, was der Professor zu sagen hat, wagt es aber nicht, diese Autorität anzugreifen. Es wuchs ein neues Selbstbewusstsein, mit anderen, mit neuen Erkenntnissen in diese Diskussion hinein zu gehen und sich aktiv zu behaupten.

Daniel Münzner:

Mich interessiert, welche Erinnerungen Sie an den Wechsel auf der obersten Führungsebene haben, die es ja damals gab, bevor die gesetzlichen Vorgaben kamen. Hat das Konzil damals eine Erneuerung beschlossen? Es gab mit Rektor Maeß eine Person, die das Neue und das Alte verbunden hat. Wie ist das bei den Studenten angekommen und welche Erklärungen haben Sie da?

Udo Michallik:

Wenige nur noch. Hochschulpolitisch kann ich mich an ein paar Aktionen erinnern, als wir viel gegen die Hochschulpolitik des Landes demonstriert haben,

ich auch gegen meine damalige und heutige Mentorin, Frau Steffi Schnoor, damals Kultusministerin. Es gibt sonst wenige Erinnerungen, weil ich mich mehr auf den Fachbereich Geschichte konzentriert hatte und nicht so auf die große studentische Politik an der Universität. In Rostock gab es eine besondere Situation. Der Studentenrat kam ja aus der Geschichte heraus und hat sich dann auch in seiner Struktur lange an der Universität gehalten, bis dann ein 2002 AStA gebildet wurde.

Catharina Trost:

Ich habe da noch eine Frage: Sie haben vorhin von Ihren Erfahrungen mit dem Mangel während Ihrer Ausbildung gesprochen. Wie sah das denn hier aus an der Uni? Also, als Sie dann hier studiert haben. Dass man nicht an alle Bücher ‘ran-kam ist mir klar, aber wie sah das denn aus, wenn man zu einem Dozenten ging und sagte: „Ich möchte jetzt aber das oder das Buch haben!“ Bekam man es dann, und mangelte es auch anderswo?

Udo Michallik:

Es ist schwer aus der heutigen Sicht des Überflusses zu beurteilen, woran es damals gemangelt hat. Die Ausstattung der Bibliotheken war mangelhaft. Ich weiß noch, wo jetzt der Rostocker Hof ist, da war die germanistische Bibliothek mit dem großen Lesesaal. Es war schwer Bücher auszuleihen. Dann konnte man sie nur in den Lesesaal ausleihen. Aus der heutigen Sicht war Studieren viel umständlicher. Ich gehe heute irgendwo hin, kopiere mir irgendwas, aber damals mussten wir dann halt bestimmte Sachen abschreiben. Die Organisation des Studiums war ganz anders als heute.

Kersten Krüger:

Jetzt mache ich einen Einschub. Ich habe neulich versucht klarzumachen, dass es auch erkenntnis- und ausbildungstheoretische Gründe hatte. Denn es war ein anderes Ausbildungssystem, in dem ein Standardwissen portioniert verabreicht und in den Prüfungen per Zufall abgefragt wurde, so dass es gar nicht nötig war, Bücher zu lesen, zumindest die außerhalb des schmalen Kanons standen.

Udo Michallik:

Da ist was dran, ja.

Kersten Krüger:

Wir haben das hier vor längerer Zeit mit den alten Herren diskutiert. Sie behaupteten: „Wir kamen doch an alle Bücher ‘ran.“ Selbstverständlich, sie brauchten ja nur nach Leipzig zu fahren in die Deutsche Bücherei, da gab es doch alles. Sie bekamen sogar noch die Reisekosten bezahlt. Und da kommen Sie mal als



Student und fragen nach Fischers „Griff nach der Weltmacht“ oder Ernst Noltes „Faschismus.“ Da brauchen Sie eine Genehmigung der Sektion, da brauchen Sie den Reiseantrag, die Reisemittel und die Zugverbindung nach Leipzig. Wo bleibt denn da die Freiheit der Forschung? Der Mangel war ein materieller, aber auch ein im Ausbildungssystem theoretisch begründeter.

Udo Michallik:

Das waren aber Erfahrungen, die wir in unserer Studienzeit nicht mehr so gemacht haben. Deswegen zögere ich jetzt ein bisschen, weil wir in der Transformationszeit uns die Bücher beschaffen konnten. Wenn ich bloß an Professor Wolf Gruner denke, der jedes Mal aus Hamburg mit einem Kofferraum voll Bücher kam .

Kersten Krüger:

Ich aber auch!

Udo Michallik:

Ja Sie auch. Das waren eben andere Zeiten.

Martin Lehmann:

Herr Michallik, mich würde interessieren, was Sie bewogen hat, nach der Wende hier an der Uni Rostock zu bleiben? Sie sind ja hier auf alte gefestigte Sinnbilder gestoßen und wollten ja im Prinzip neue Sachen erfahren. War es zu schwierig, einfach mal an die Westuniversitäten zu wechseln, weil man ein Ost-Student war? Oder blieben Sie, um diesen Entwicklungsprozess mitgestalten zu können?

Udo Michallik:

Beides! 1990 gab es nicht gleich die materiellen Voraussetzungen, einfach in die alten Bundesländer zu gehen. Ich wollte es auch nicht, muss ich sagen. Bin halt ein bodenständiger Typ, bin ja immer noch hier. Aber wie gesagt, ich hatte ja den kurzen Ausflug nach Amerika gemacht. Einige meiner Kommilitonen haben ein ganzes Jahr in Hamburg einen Teil ihres Studiums absolviert. Also man hat sich dann im begrenzten Rahmen hier und da schon einmal umgesehen. Wir waren ja auch Mitgestalter hier. Wo ist denn die Motivation, an die Politikwissenschaften nach Hamburg zu gehen, wo ich im überfüllten Hörsaal meine Vorlesungen hören muss, wenn derselbe Professor Winfried Steffani in Rostock mit vier Kommilitonen ein Hauptseminar abhält? Was mich an Hamburg gestört und mich abgehalten hat, war ihre Überfüllung als Massenuniversität. Rostock war attraktiv.

Martin Lehmann:

War es nicht auch frustrierend, wenn man nun das neue Wissen hatte und dann doch immer wieder auf die alte Leier vom Historischen Materialismus in der Vorlesung getroffen ist oder im Seminar?

Udo Michallik:

Nein. Da war ja ein Wechsel da. In den Politikwissenschaften und bei der Soziologie, auf die ich mich dann auch zunehmend fokussiert hatte, gab es ja eine komplette Neubesetzung, vom Professor bis hin zum Mitarbeiter. Diese geradezu paradiesischen Umstände habe ich gern in Anspruch genommen.

Christian Zarend:

Das ist jetzt mal eine persönliche Frage, weil da so viele Parallelen sind mit der DSR und Fischkombinat und Berufsausbildung und Abitur. Sie sprachen von der großen weiten Welt. Ich kenne diese ganzen Gedanken. Letztlich war es doch nur Mittel zum Zweck. Ich habe mir immer nur gesagt: „Die brauchen mich nur einmal ‘raus zu lassen, dann bin ich doch weg.“ Oder wollten Sie wirklich zur See fahren?

Udo Michallik:

Ja, ich wollte wirklich zur See fahren.

Christian Zarend:

Wären Sie dageblieben?

Udo Michallik:

Ja

Christian Zarend:

Ja gut, ich wäre nicht da geblieben. Ich bin ja auch über Ungarn abgehauen.

Udo Michallik:

Ich bin 1989 in Ungarn gewesen und bin wieder nach Hause gefahren. Meine Mutter hat dann die Tür aufgemacht und gefragt: „Was willst Du denn hier?“ Die hatte genau das erwartet.

Gert Haendler:

Zu Frau Trost: Ihre Frage ging dahin, wie es in der Übergangszeit war. Ich komme von der Theologie und unsere Promovenden mussten noch eine Prüfung in Marxismus und Leninismus haben, und das war noch 1991 so. Die mussten zu Ger-

hard Roger<sup>2</sup> bei den Erziehungswissenschaften gehen. Der verteilte die Scheine. Das waren ganz leichte Prüfungen. Da ging man eine viertel Stunde hin und kam wieder 'raus und hatte seinen Schein. Das war kein intellektuelles Problem. An unserer Sektion gab es längere Übergänge. Wir hatten einen Kollegen, von dem wir wussten, dass er wirklich bei der Stasi war. Zwar bestritt er das, und es dauerte lange, bis man es eindeutig nachweisen konnte. Dann musste er auch gehen. Aber er hat wirklich Rektor Maeß noch ins Gesicht gelogen, damit habe er gar nichts zu tun gehabt.

Catharina Trost:

Ja und zwar habe ich immer noch nicht den ganzen Übergang begriffen, wie Sie dann irgendwie zur CDU gekommen sind. Haben Sie sich denn schon vorher, als die Grenzen noch zu waren, mit der Ost-CDU befasst oder ich meine: Wie kommt man sonst zu dem Verein?

Udo Michallik:

Wirre Geschichte. Es gibt einen geflügelten Ausspruch: Wer bis 30 nicht Sozialist war, hat kein Herz, und wer nach 30 noch Sozialist ist, hat keinen Verstand. Also so ging es mir auch. Wirklich, bei mir kann man auch nach diesem Spruch gehen. Das war ein politischer Reifeprozess, muss ich ganz klar so sagen. Also ich hatte große Affinitäten zur SPD am Anfang der neunziger Jahre, hatte auch einmal den Versuch unternommen, Mitglied der SPD zu werden hier in einem Ortsverein in Rostock. Es hatte auch noch viel mit Dozenten und Mitarbeitern zu tun, mit denen ich in den Politikwissenschaften zu tun hatte. Ich habe dann auch noch einige Sachen mit über die Friedrich-Ebert-Stiftung mitgemacht, versuchte mich da auch politisch zu engagieren, habe dann aber auch wieder gemerkt, dass ich da wieder in ein System verkrusteter Parteistrukturen hineinkomme, gerade hier in Rostock, das hat mir nicht gepasst. Dann bin ich 1993/94 nach Arizona gekommen. Ich kann mich gar nicht daran erinnern, dass Arizona jemals einen demokratischen Gouverneur hatte, Arizona wird straff republikanisch regiert, und mein Professor, Gerry Kleinfeld, war (und ist) auch Republikaner. Hinzu kam das Erlebnis Amerika, wenn man einmal länger als drei Wochen da ist und da lebt und sieht, dass das System funktioniert. Ja wenn man da lebt, ist es etwas Anderes, als wenn man von außen draufguckt. Man wundert sich ja auch, dass die Leute da nicht die Revolution machen, die wir ihnen hier eigentlich tagtäglich unterstellen.

Es hat dort ein politischer Reifeprozess stattgefunden, der mich dann nach meiner Rückkehr 1994 bewogen hat, in die CDU einzutreten. Da gab es vorher keine Beziehungen und auch keine persönlichen Beziehungen und auch keine

---

<sup>2</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001328](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001328)

persönlichen Bekanntschaften. Ich meine, ich muss auch ehrlich sagen: Die Aufnahme in die CDU war die einzige Gelegenheit bis heute, wo ich meinen Ortsverband mal kennen gelernt habe. Ich war seitdem auch nicht mehr wieder da.

Es war, wie gesagt, ein glücklicher Umstand, dass 1995 die Stelle des Bildungsreferenten bei der CDU-Fraktion ausgeschrieben war und dass ich die dann bekommen habe. Von diesem Zeitpunkt an hat eigentlich erst die intensive Beziehung zur CDU angefangen. Nicht jetzt über den Ortsverband, die klassische Ortsverbandskarriere oder die Junge Union. Ich bin da vielmehr so ein Seiteneinsteiger. Überzeugungstäter. Überzeugungstäter nicht Schreibtischtäter!

Christian Zarend:

Das ist jetzt provokant, aber ich meine, vier Jahre Armee waren ja gut für das Studium in der DDR und die Mitgliedschaft in der CDU ist ja auch nicht so schlecht für die Karriere. Da sind ja Parallelen. Das musste ich jetzt mal loswerden.

Udo Michallik:

Nein, das würde ich nicht so sagen, diese Parallele bestreite ich. Aus meiner Überzeugung heraus kann ich sagen, dass ich da, wo ich jetzt bin, nicht durch Opportunismus hingekommen bin. Es war vielmehr eine Entscheidung des Landesvorsitzenden gewesen, die er letztendlich auf Grund der fachlichen Qualifikationen getroffen hat. Natürlich war und bin ich Mitglied der Partei, habe drei Wahlprogramme geschrieben, habe mich aus Überzeugung da auch eingebracht, denn so ein Programm schreibt man nicht einfach mal so von heute auf morgen. Da gehört schon Überzeugung dazu, um so etwas dann auch verfassen zu können. Aber die Leistung ist dann eben erbracht worden. Und was ich vorher hier auch bildungspolitisch geleistet habe, hat letztlich auch mit dazu geführt, dass ich das große Glück hatte. Ich wollte es nur kurz erklären, dass man da durchaus auch Parallelen ziehen kann, aber da bin ich dann auch gerne bereit zu erklären, was meine Motivation für meinen Werdegang ist. Damit habe ich kein Problem.

Hilde Michael:

Ja, Sie sagten, dass Sie das Papier nicht unterschrieben haben für die Reserveoffiziersausbildung. Wie wurde insgesamt damit umgegangen zu dieser Zeit, wenn ein Student oder ein junger Wissenschaftler einfach gesagt hat: „Nein, das tue ich nicht.“

Udo Michallik:

Wir wurden alle zwei Wochen wieder gefragt, ob wir es denn nicht mal endlich tun wollen. Man wurde dann bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, dass wir es noch nicht getan hätten. Und damit entstand ja immer der Rechtfertigungs-

zwang, warum wir das nicht tun wollten, und außerdem war man dann schon Pressionen ausgesetzt. Aber es hat, wie gesagt, weil die Zeit dann einfach schneller war als dieses Begehren, das Bemühen ganz schnell nachgelassen oder hatte keine Auswirkungen mehr.

Hilde Michael:

Aber wenn jetzt dieser Wendepunkt nicht gekommen wäre, dann hätte es Konsequenzen haben können für Ihre Karriere?

Udo Michallik:

Dann hätte es definitiv Konsequenzen gehabt zu einem gewissen Zeitpunkt. Dann hätte man sich entscheiden müssen, und ich denke, dann wäre die Frage gekommen: Entweder weiterstudieren oder exmatrikulieren. Wenn die Zeiten so weiter geblieben wären, klar. Ich denke wir haben es auch vor dem Hintergrund, dass die Zeit so gelaufen ist, machen können. Wir hätten, wenn die Zeiten sich anders entwickelt hätten, eine Entscheidung treffen müssen, ganz sicher, und ich glaube, wir wären dann nach Seligenstadt in die Reserveoffiziersausbildung gegangen. Definitiv.

Kersten Krüger:

Die Zeit ist fast abgelaufen, aber ich möchte noch eine Frage stellen, die ein bisschen in die Gegenwart geht und schon in die hochschulpolitische Ortsbestimmung. Sie müssen darauf nicht antworten, aber ich möchte darauf hinweisen, dass der damalige Rektor Maeß an dieser Stelle erklärt hat, beim Aufbruch kamen einige Fachleute aus den alten Bundesländern und sagten, was die personelle Ausstattung angeht, herrschten hier ja paradiesische Zustände in Rostock und seine – Rektor Maeß’ – Idealvorstellung war, dass eigentlich die paradiesischen Zustände nicht nur beibehalten, sondern in den westlichen Bundesländern erst eingeführt werden sollten. Also scheint es zwischen der Hoffnung auf eine zukünftige Realität und der Realität, wie sie sich herstellte, einen Unterschied zu geben. Mögen Sie dazu etwas sagen? Paradiesische Zustände, die sich ja auch beziehen auf Ihre Entwürfe oder Träume in der Wendezeit und im Gegensatz dazu die Realität, die ja etwas härter ist, weil sie vom finanziellen Rahmen der verfügbaren Mittel bestimmt wird.

Udo Michallik:

Diese Entscheidungen waren ja auch schon einmal Gegenstand unserer Demonstration Anfang der neunziger Jahre, als die damaligen Landesregierungen schon entsprechende Schließungs- und Kürzungsbeschlüsse durchsetzten. Einsparungen waren damals auch schon nichts Unbekanntes, wiewohl nicht in dem Maße, wie es jetzt vor sich geht. Es ist schwierig, eine Antwort zu geben. Im Vergleich der

beiden Systeme ist festzuhalten, dass die DDR letztendlich dran gescheitert ist, dass ihre Ausgaben materiell nicht gedeckt waren. Natürlich wünschen wir uns alle mehr Bildung. Das ist gar keine Frage, und ich sehe auch in der Bildung das A und O für Mecklenburg-Vorpommern und nicht nur für unser Bundesland, das kann man verallgemeinern. Es geht dabei um unsere Zukunft. Schlecht ausgebildete junge Menschen können nicht in die Betriebe hineingehen, können keine Unternehmen gründen. Nichts. Bildung ist schlichtweg die wichtigste Ressource, und wir kämpfen momentan gleichzeitig an so vielen Fronten – zum Teil auch mit ungedeckten Schecks, und das ist das große Problem im Moment.

Jetzt bin ich Regierungsmitglied, das den Tatsachen ins Auge gucken muss. Wir haben nach wie vor – selbst bei einer guten Steuerentwicklung – eine Steuerdeckungsquote im Land, die liegt bei rund 46 Prozent. Das ist die traurige Tatsache. Wir leben zum größten Teil in unserem Land von Transferzahlungen der alten Bundesländer. Ich mag mich da ungern der Argumentation von Matthias Brodkorb (SPD) anschließen, aber in dem Fall hat er Recht, dass wir bis 2019 den Solidarpakt verlieren werden und dass wir dann durch Ausfall der Transferzahlungen bis 2019 zwei Milliarden Euro weniger im Haushalt haben. Im Vergleich dazu, der Haushalt meines Hauses, des Bildungsministeriums, umfasst 1,3 Milliarden Euro. Also der ganze Kultushaushalt und noch etwas drauf ist bis 2019 weg. Im Gegensatz zu Herrn Brodkorb sage ich aber: Da müssen wir uns überlegen, wie wir hier mit so viel Intelligenz wie möglich Strukturen schaffen, um diesen Ausfall der Einnahmen zu kompensieren. Ich kann jetzt nicht versuchen, die Bildungsstrukturen, wofür wir ganz die Verantwortung tragen, auf diesen schrumpfenden Finanzrahmen zu reduzieren und auch nicht auf die sinkende Bevölkerungszahl. Da gilt das schöne Beispiel, das Jürgen Seidel im Wahlkampf gebracht hat: Nur weil die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern abnimmt, werde ich nicht proportional dazu die Hotels schließen! Das gleiche Argument stimmt in der Bildung. Nur wegen abnehmender Bevölkerungszahl kann ich hier nicht die Kapazitäten eingrenzen. Nun befinden wir uns gerade in dem großen Konflikt auf Bundesebene. Der Bund sagt: Ihr müsst hier Kapazitäten aufbauen und wir finanzieren Euch zusätzliche Kapazitäten. Aber die Landesplanung sagt: Wir bauen Kapazitäten ab.

Also es gibt so viele Widersprüche, aber in Bezug auf die Universität Rostock sehe ich die Notwendigkeit, dass man sich auf den einen oder anderen Exzellenzbereich konzentriert. Eine Ausbildung in der Breite ist gut, aber wenn man die Ressourcen nur in die Breite steckt und die Exzellenz nicht fördert, dann wird man hier früher oder später im Wettbewerb zu einer reinen Lehranstalt verkommen, und das möchte ich für Rostock nicht. Also hier müssen wir jetzt sehen, dass die Beschlüsse der Landesregierung über die Sparmaßnahmen wirklich einen Endpunkt darstellen und dass die Hochschulen Planungssicherheit bekommen auf dieser Basis. Wir wollen den Profilierungsprozess der Hoch-

schulen weiter fortführen, damit wir perspektivisch auch sagen können, dass wir hier noch Forschung und Lehre betreiben und nicht nur Lehre.

Kersten Krüger:

Vielen Dank. Das war ein gelungenes Schlusswort. Wir dürfen uns bedanken. Das war eine aufregende Sitzung. Ein Ausflug in die achtziger und neunziger Jahre, mit einem Ausblick auf die Zukunft. Vielen Dank!

## Mrotzek, Fred

### Lebenslauf



<http://www.phf.uni-rostock.de/fbg/doku/titel.htm>

<http://www.phf.uni-rostock.de/fbg/22/people/mrotzek.html>

---

<i>akademischer Titel:</i>	Dr. phil.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	1994-1995    Wiss. Assistent
	1997-        Wiss. Mitarbeiter
<i>Fakultät:</i>	Philosophische Fakultät (1990- )
<i>Institut:</i>	Historisches Institut
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	Zeitgeschichte

---

<i>Lebensdaten:</i>	geboren am 14.09.1965 in Parchim
<i>Konfession:</i>	
<i>Vater:</i>	Manfred Mrotzek, Ingenieur
<i>Mutter:</i>	Sylvia Mrotzek, Lehrerin
<i>Kurzbiographie:</i>	
1984	Abitur EOS Parchim
1984-87	3 Jahre Dienst bei der NVA
1987-93	Studium an der Universität Rostock
1994-95	Wiss. Assistent Fachbereich Geschichtswissenschaften Univ. Rostock
1995-97	Archivreferendariat
1997-99	Wiss. Mitarbeiter Univ. Mannheim
1999-	Wiss. Mitarbeiter Univ. Rostock



*Akademische Abschlüsse:*

1993	1. Staatsexamen Lehramt Gymnasien Geschichte, Deutsch
1996	Promotion
1997	2. Staatsexamen, Archivassessor

---

*Akademische Selbstverwaltung:**Funktionen:*

1999-	Gesellschaft zur Erforschung der Zeitgeschichte des Landes Mecklenburg-Vorpommern
-------	--

*Ehrungen:*

2006	Ehrennadel des Bundes der Vertriebenen
------	--

---

*Werke (Auswahl):*

Der Zusammenbruch der DDR am Beispiel der mecklenburgischen Stadt Parchim,  
Hamburg 1996 (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte 17).

Schriftenreihe: Diktaturen in Deutschland.

*Quellen:*

eigene Angaben

## **Zeitzeugenbericht von Herrn Dr. Fred Mrotzek am 18. Mai 2007**

Kersten Krüger:

Herr Mrotzek ist Mitarbeiter am Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen. Sein Berufsweg war etwas verkrümmt und umständlich. Er ist ausgebildeter Archivar und kehrte erst nach seiner Archivarsausbildung an die Universität zurück. Er ist für mich einer der wesentlichen Träger der Erneuerung des Faches Geschichte, denn ohne ihn stünde ich nicht hier, und einige von Ihnen säßen vielleicht nicht hier. Fred Mrotzek war der Erste, der 1990 nach Hamburg kam und mich aufforderte nach Rostock zu kommen, und das habe ich ernst genommen. Fred Mrotzek ist erfahren in der DDR-Ausbildung in Geschichte, und er hat auch die Erneuerung des Faches mitgetragen. Jetzt hat er das Wort.

Fred Mrotzek:

Vielen Dank, dass Sie mir zuhören wollen. Um Ihnen die wichtigsten Stationen meines Lebens zu erläutern, muss ich auch schon in meiner Kindheit anfangen. Ich bin in der DDR aufgewachsen, in diesem Staat erzogen, den es heute nicht mehr gibt. Meine DDR-Karriere betrachte ich als eine typische Karriere von jemandem, der dort das Abitur machte und studierte. Ich wurde 1965 in Parchim geboren, das ist eine Stadt von damals 28.000 Einwohnern und 20.000 Sowjetsoldaten. Diese Soldaten prägten diese Stadt auf eine, wie ich finde, sehr hässliche Art und Weise. Meine Eltern sind Vertriebene. Meine Mutter ist Bessarabiendeutsche, das ist heute Moldawien. Mein Vater ist Ostpreuße, und ich bin aufgewachsen in einem Dorf, das nach dem Krieg über 600 Einwohner hatte und in den 70er Jahren nur noch 90. Man kannte sich, aber für mich als Flüchtlingskind war es bis in die 70er Jahre nicht einfach, dort gleichberechtigt unterzukommen.

Meine Mutter ist ein sehr liebevoller Mensch, die dafür sorgen wollte, dass ihre Kinder Karriere machen sollten. Man hatte sich in der DDR eingerichtet, meine Eltern sind zu einem Zeitpunkt in die SED eingetreten, als man sich nicht mehr dagegen wehren konnte, wenn man eben Karriere machen wollte, am Ende der 70er Jahre. Mein Vater – meine Mutter hatte ihn überzeugt – ist ihr heute noch böse dafür; er wollte eigentlich gar nicht, aber sie haben es eben auch für ihre Kinder getan, weil sie wollten, dass ihre Kinder Abitur machen und studieren können.

In diesem Dorf befand sich ländliche Gesellschaft in einem Umbruch, als meine Familie dorthin zog. Man hatte die Bauern enteignet, sie waren alle zwangskollektiviert in der LPG. Zugleich kamen diese neuen Lehrer, darunter

meine Mutter als junge Frau, die nun begannen, dieses Dorf kulturell zu prägen. Deutlich kann ich mich an eine Episode in meiner Kindheit erinnern. Wir spielten Fußball, und ich hatte ein Tor geschossen! Ich war immer ein recht guter Sportler, habe auch viel Leichtathletik gemacht, wollte eigentlich Profifußballer werden – will ich heute noch. Damals freute ich mich ganz furchtbar über mein Tor und machte entsprechenden Krach. Da kamen die Bauern – das muss so gegen 18 Uhr gewesen sein im Sommer –, nach Hause, und einer von ihnen – er hatte durch die DDR viel verloren – griff mich dann – dieses Bürschchen von den Vertriebenen, die an allem Schuld hatten –, schüttelte mich und hat mich vor allen anderen Kindern furchtbar verdroschen. Dazu sagte er: „Hier wird nicht geschrieen, hier wird nicht geschrieen!“ Er ließ seine Wut an mir aus. Heulend und schreiend lief ich zu meiner Mutter, wollte mich beschweren, aber sie versuchte, mir das zu erklären. Also es war nicht einfach in diesem Dorf dort zu leben.

Bisweilen trafen sich die Reste der Familie, von Vaters Seite hatten nur wenige den Krieg überlebt. Es waren die Großmutter und drei ihrer Kinder, die anderen waren wirklich brutal von den Sowjets in Ostpreußen umgebracht worden. Wenn die Teile der Familie sich trafen, dann spielten natürlich Flucht und Vertreibung immer eine ganz große Rolle. Damals wurde mir so eine Art Doppelgewissen eingepflanzt. Also Oma sprach natürlich, wenn sie auch von der NVA sprach, immer von der Wehrmacht. Das hatte sie also nie so richtig begriffen, dass nun andere Verhältnisse herrschten. Im Familienkreis wurde Geschichte eben so erzählt, wie man sie selbst erlebt hatte, und da waren die Russen eindeutig Verbrecher. Da konnten die Älteren nie über ihren Schatten springen. Mir wurde natürlich immer gesagt: „Du pass mal auf, was du hier zu Hause hörst, das ist in der Schule für dich bitte überhaupt kein Thema. Darüber wird nicht geredet.“

Es gibt auch eine ganze Reihe von Schlüsselepisoden, die für mich ganz wesentlich sind. Ich interessierte mich immer schon für Geschichte. Als im Unterricht der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges behandelt wurde, fand der Hitler-Stalin-Pakt natürlich keine Erwähnung, ebenso wenig, dass die Sowjets eben am 18. September auch in Polen eingerückt sind. Das erzählte ich unserem Nachbarn, der den Polenfeldzug mitgemacht hatte. Da sagte er: „Nee, nee, mein Freundchen, das war ganz anders, ich habe da mitgemacht damals“, und dann erzählte er mir eben, dass die Sowjets von der anderen Seite kamen, dass es ein ziemlich freundschaftliches Verhältnis war und dass es auch noch zu Aufteilungen von Gebieten zwischen diesen beiden Diktatoren kam. Das erzählte ich dann wieder meinen Eltern abends am Abendbrottisch: „Hört mal zu, also in der Schule ist das so, aber der Onkel erzählt mir das anders.“ Meine Eltern sagten mir: „Ja, ja das ist schon so gewesen, aber das darf man heute so nicht sagen, und das behältst du bitte für dich.“ Da ragte ganz deutlich das Geschichtsverständnis der SED bis in die private Sphäre hinein.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Rolle des Westfernsehens. Mein Vater war von Beruf Schmied, also jemand, der eine unwahrscheinlich große Körperkraft hatte – auch noch heute hat – und zugleich technisch sehr interessiert war. Also wenn die Familie ein Auto brauchte, dann wurde ein altes gekauft und neu zusammengebaut. Und wenn eine Hollywood-Schaukel gebraucht wurde, dann wurde sie gebaut. In meiner Jugend habe ich an zwei großen Häusern mitgebaut, also richtig gearbeitet. Für das Fernsehen holte der Vater dann alle möglichen Fernsehsachen heran und baute einen Konverter zusammen. Damit konnte man Westfernsehen empfangen, ARD und ZDF. Und das haben wir natürlich geguckt. Ganz klar. Und wenn ich dann zur Schule kam, dann haben die Kinder in der Pause unheimlich begeistert davon erzählt, welche Filme man gesehen hatte. Wir sahen „Dick und Doof“ und viele „kapitalistische“ Serien, aber man musste aufpassen, und ich habe aufgepasst. Nur manchmal rutschte mir etwas heraus, und dann guckten mich alle fragend an, ob ihr auch Westfernsehen guckt? „Nein, nein,“ antwortete ich schnell, „nein, das habe ich nur erzählt, weil ihr das so erzählt habt.“ Im Dorf war das ein offenes Geheimnis, dass da jeder Westfernsehen guckte.

Aber in der Schule war es anders. Wir hatten einen Direktor, das war ein ziemlich Roter, das muss ich ganz deutlich so sagen. Sein Sohn stand immer in den Diskussionen am Montag auf und sagte, er könne jetzt nicht mitreden, zu Hause bei ihm werde wirklich kein Westfernsehen geguckt. Da musste man eben aufpassen, dass man da nicht in ein schiefes Licht geriet. Die EOS, also die Erweiterte Oberschule, mit Aussicht auf das Abitur zu erreichen, war schon problematisch für uns. Denn die SED führte zu verschiedenen Zeitpunkten eine ganz unterschiedliche Schulpolitik. Am Ende der 70er Jahre wurden verstärkt Jungen in die EOS aufgenommen, doch am Anfang der 80er Jahre drehte das komplett, da hatten dann mit einem Mal Mädchen mehr Chancen.

Eine Sache war für Jungen natürlich immer sehr interessant: Offiziersanwärterbewerber. Wer für 25 Jahre Offizier werden wollte, wer sich dazu in der 8. Klasse, also mit 14 Jahren, verpflichtete, der konnte dumm sein wie ein Brot, der bekam die Möglichkeit Abitur zu machen. Es gab in der Kreisstadt Parchim eine einzige Schule mit ungefähr 200 Schülern, an der das Abitur zu erreichen war. Da ging es für meine Eltern sehr frühzeitig darum, mich so zu lancieren – von meinen Leistungen her war das kein Problem –, auch politisch so zu lancieren, dass ich Abitur machen konnte. Deshalb ist meine Mutter in die Partei eingetreten, muss ich ganz ehrlich so sagen, mein Vater auch. Deshalb wurde mir sehr frühzeitig gesagt: „Pass auf, mein Freund, wir wollen hier keinen Ärger haben. Du sagst, du gehst drei Jahre zu Armee.“ Ich habe eigentlich gar nicht gewusst, was das bedeutete. Zusätzlich bin ich auch politisch als Agitator aktiv gewesen. Hinzu kam meine sportliche Karriere. Durch hohe Leistungen im Sport – das war in der DDR sehr anerkannt – habe ich auch verschiedene Reisen machen dürfen, etwa zum

Fest des Roten Oktober 1977 nach Berlin, also 60 Jahre Oktoberrevolution. Zum ersten Mal kam ich in die Hauptstadt der DDR. Angekündigt wurde diese Belohnung beim Fahnenappell, alles angetreten, und Fred Mrotzek nach vorne. „Für deine 15 Medaillen, die du gewonnen hast, wirst du zum Fest des Roten Oktober delegiert.“

Ich war stolz wie Bolle damals, und dann sagte die Pionierleiterin noch zu mir: „Im Auftrag der Grundorganisation geben wir dir noch ein Tagebuch mit.“ Da sollte ich dann jeden Tag meine Eindrücke über Berlin hinein schreiben. Da habe ich mich sehr gequält, etwas über Berlin einzutragen. Ich war das allererste Mal in Berlin, wir hatten solche Budjonnyemützen auf, mit einem roten Stern dran, dann hatten wir so einen Pionierparka bekommen, so einen Pionieranorak, und dann rannten wir da durch Berlin. Die Bevölkerung hat uns natürlich sehr kritisch aufgenommen, und ich wurde da geschädigt für mein Leben. Am Alexanderplatz wollte ich in einen Schnellimbiss, so würde man heute sagen, da war eine Drehtür. Mensch, ich habe zum ersten Mal eine Drehtür gesehen, das war 1977; und dann schob mich eine Berlinerin da durch. Irgendwie hatte ich mich da in der Drehtür nicht richtig verhalten, und dann bölkte die mich da in einem Berliner Ton an, ob ich zu dumm sei, eine Drehtür zu benutzen. War ich ja auch damals, gebe ich zu.

Auf jeden Fall schaffte ich es zum Abitur zugelassen zu werden. Nach der 8. Klasse verließ ich das Elternhaus, kam mit 14 Jahren ins Internat. Dort herrschten harte Regeln. Ganz klar, die Neuner – die 9. Klasse – mussten sauber machen, die mussten alle niederen Arbeiten verrichten. Es gab Zeiten, wo Mittagsschlaf oder Mittagsruhe gehalten wurde. Es gab Zeiten, wo man Hausarbeiten machen musste, es war alles ziemlich militärisch durchorganisiert. Aber die Schulzeit dort will ich nicht abwerten, denn alleine schon Abitur machen zu können in der DDR, das war schon etwas, das durfte nicht jeder. Es gibt eine ganze Reihe von Leuten, die also trotz hervorragender Leistungen eben nicht zugelassen worden sind. In meiner Klasse war zum Beispiel ein Christ. Der Vater war in der evangelischen Kirche. Wir haben uns gleich gut verstanden, wir mochten einander. Er war ein lustiger Kerl, hat allerdings ganz anders gedacht als ich so mit meinem Sozialismus. Da nahm mich dann der Direktor zur Seite und sagte: „Du pass mal auf, ich habe mitbekommen, du bist der Freund von dem [...], und du weißt ja, er ist Christ, und wenn es da was gibt, wenn er anfängt in der Klasse da so religiös zu arbeiten, dann musst du das sagen. Dann musst du mir das sagen, das möchte ich nicht.“ Er hat sich aber immer zurückgehalten. Der wusste ganz genau, dass er da nicht irgendwie die Klappe aufmachen kann. Der hat immer sein Blauhemd angehabt, hat sich in den politischen Diskussionen versucht zu beteiligen, nicht zu doll, aber eben doch. Das war 1983, also relativ spät in der DDR, und er war eigentlich der erste Christ, der Abitur machen durfte.

Dann ging es zum Studium. Ich wollte Sport studieren und kam das erste Mal nach Rostock. Die Sportaufnahmeprüfung habe ich auch bestanden, aber dann hat

der Arzt mir einen Strich durch die Rechnung gemacht. Irgendwie hatte ich die Scheuermannsche Krankheit im Rücken, und dann durfte man nicht Sport studieren. Ich war zutiefst betrübt. Damals war es so, dass man sich für ein Fach bewerben musste. Man konnte nicht sagen, ich will jetzt Geschichte studieren, oder ich will Medizin studieren, sondern man musste sich bei der Zentralen Vergabestelle in Berlin bewerben. Man durfte ein Hauptfach und ein Nebenfach angeben. Es gab ja viele, die wollten Medizin studieren, die hatten irgendwelche Illusionen, das hat natürlich nicht alles geklappt. Bei mir war der erste Wunsch Geschichte, eigentlich wollte ich Geschichte und Sport studieren. Heute bin sehr froh, dass ich das nicht konnte.

Mein Direktor riet mir zu Geschichte und Deutsch, ja, und das hat dann auch sofort geklappt. Zur Bekanntgabe der Zulassungen kamen wir in einen zentralen Raum, also alle Abiturienten saßen dort noch vor dem Abitur zusammen, und dann wurden die zugelassenen Studienrichtungen verlesen. Jemand, der beispielsweise Verkehrswirtschaft oder Medizin beantragt hatte – das waren begehrte Fächer –, bekam die Zulassung nicht immer. In einigen Fällen wurden die Bewerber eiskalt nach Leipzig geschickt, um dort Marxismus-Leninismus zu studieren. Überlegen Sie das einmal! Also Leute, die überhaupt kein Interesse dazu hatten, sollten das studieren. Da gab es Tränen. Die haben geheult, das war also eine ganz fatale Situation. Also einige haben gejubelt, wenn sie das Gewünschte wirklich bekamen, und andere waren zutiefst erschrocken und traurig. Bis heute habe ich nicht begriffen, wonach die Entscheidungen eigentlich fielen. Die Leistungen spielten keine Rolle, das weiß ich noch. Bei einigen Schülern, deren Eltern in der Partei waren, hat man wohl gesagt, der Apfel fällt nicht weit vom Stamm, und schickten sie zum ML-Studium.

Zu den Berufsoffiziersbewerbern muss ich sagen, dass die meisten von ihnen unheimlich nette Kerle waren, aber wirklich so dumm wie die Sowjetunion groß. Von denen haben die Wenigsten das Abitur geschafft. Es sind eine ganze Reihe von Leuten abgegangen. Da gab es richtig Bewerberkollektive, die bevorzugt Fahrerlaubnis machen durften und die regelmäßig zum Wehrkreiskommando gingen. Sie erhielten viel Hilfe, aber häufig ohne Erfolg. Sie gingen ab.

Nach dem Abitur hatte man ein bisschen Freizeit. Im September wurde ich fertig, und Ende Oktober wurde ich eingezogen. Da fuhr ich das letzte Mal noch in den Urlaub. Vorbei war es: jeden Montag Fahnenappell, jeden Montag steht der Direktor vorne und er gibt dir das Gefühl, DU bist derjenige, der zukünftig diesen Staat leiten wird. So hat man ja auch mit uns gesprochen. Wir seien die Kader der Zukunft. Wir sind kleine Sozialisten, wir sind große Sozialisten. Immerhin waren wir in einem gewissen Sinne auch humanistisch erzogen worden, ohne Frage.

Und dann fuhr ich mit meinem Freund in den Urlaub. Er hatte von seinem Vater einen PKW, einen „Škoda“, bekommen und wir fuhren in die ČSSR. Ich hatte – wie es bei jungen Leuten so ist – Westkassetten mitgenommen, die offen

im Auto lagen. Der Titel von Grönemeyer „Männer“ war gerade so „in“ 1984, und den spielten wir hoch und runter. So fuhren wir nach Bad Schandau an die Grenze ran. Da stand eine Grenzbeamtin, und ich habe dann auch noch eine irgendwie dumme Bemerkung gemacht. Daraufhin mussten wir aussteigen und unsere Taschen mitnehmen, auch den Kassettenrecorder. In einem Raum sollte alles durchleuchtet werden. Das mir als Sozialisten, als jemandem, der die DDR nie in Frage gestellt hatte. Ich war empört, zutiefst empört und habe mit meiner großen Klappe dann auch noch gesagt, sie sollen mal nachsehen, der Kassettenrecorder funktioniert nicht richtig, die Potentiometer seien defekt, sie sollten mal sehen, was daran ist, ob man das Schnarren weg bekommen könne. Oh, da hatte ich was gesagt. Da wurden wir richtig rausgeholt und mussten das ganze Auto auseinander nehmen. Ich war wütend und sagte, ich mache hier gar nichts und so. Gut, das mag man nicht stundenlang aushalten, dann baut man schön, dann zeigt man denen alles. Das war schon Erniedrigung pur, wo ich mich dann fragte, wo ist dann diese Freundschaft unter den sozialistischen Staaten.

Dann fuhren wir weiter in diesen Urlaub, der eine Woche dauerte. Wir fuhren zur Schneekoppe. Was ich nicht wusste: die Schneekoppe war Grenzgebiet zwischen der ČSSR und Polen. Auf der polnischen Seite stand eine Kathedrale. Eingereist von der tschechischen Seite, gingen wir in die Kathedrale hinein und wollten auf der polnischen Seite wieder hinaus. Da standen zwei Grenzposten und haben mich festgenommen. Da wurde mein Weltbild mehr als ein bisschen angekratzt.

Dann kam die Zeit der Armee. Ich bin kein militärischer Mensch, ich habe das immer gehasst. Es war Folter gewesen, wirklich Folter in einer Art und Weise, die ich – glaube ich – auch heute noch nicht richtig überwunden habe. Wir wurden in Bad Dübener Heide ausgebildet, ich würde heute sagen Luftwaffe oder Luftverteidigung. Als ich meine Eltern das erste Mal nach zwei Monaten wieder sehen durfte, da habe ich richtig geheult. Der Drill war schlimm. Man kam auch nicht raus, man hat keinen Urlaub bekommen, mehrere Monate nicht. Dann musste man im Winter als billige Arbeitskraft in die Braunkohle. Im Winter hat die NVA immer die Soldaten an die Betriebe verkauft. Damals habe ich, das muss ich auch sagen, erste erschreckende Bekanntschaft mit dem Alkohol gemacht. Aber was willst du machen jeden Abend da. Zu Lesen gab es nichts, Radio durftest du nicht hören, dann sollte man immer in seinen Büchern lesen, also „Vom Sinn des Soldatseins“ oder irgend so einen Kram. Das kann man sich nicht antun. Ich habe ein halbes Jahr verzweifelt irgendeinen Sinn in dieser NVA-Zeit gesucht. Ich habe mir diese Atom-Filme, diese Propagandafilme angesehen, wie man sich vor der Atombombe schützt. Wenn also die Atombombe fällt und also Füße weg vom Epizentrum und möglichst hinter so einen Busch werfen und dann schnell diese grüne Plane rüberlegen, um mir dann irgendwie zu sagen, ja irgend etwas Praktisches muss doch dieser Blödsinn haben, den man dort bekommt.

Nach einem halben Jahr bin weiter gereicht worden in die Dienststellen in Prangendorf bei Tessin, nur 100 km von zu Hause weg, kam aber auch dort die ersten Monate nicht heraus. Es war eine besondere Bewegung, wie die älteren Dienstjahre mit den Menschen umgegangen sind, das war erniedrigend. Durch meine jetzige Tätigkeit weiß ich, wo diese Offiziere heute sitzen, dass sie teilweise pädagogisch tätig sind und sogar große Privatschulen leiten – also da kommt mir heute noch die Galle hoch.

Auch das war hart. Dort habe ich dann das erste Mal mit einem Staatssicherheitsoffizier Bekanntschaft gemacht, wurde vorgeladen zu einem Gespräch. Ich muss dazu sagen, dieses Gebiet in Prangendorf war militärisch ziemlich wichtig, wir arbeiteten sehr viel mit sowjetischen Offizieren zusammen. Dort lag eine Luftabwehrstation, die das AWACS-System unter Beobachtung hatte, auch den „Blackbird“, dieses Tarnflugzeug, das nicht zu sehen ist, dazu diese E3A, das ist eine Passagiermaschine mit einem extra Teller oben drauf, die flog damals immer über Frankfurt am Main Achten in der Luft und leitete die Bomber der NATO an. Im Kriegsfall, das war unser Auftrag, werden auf das Teil 48 Raketen geschossen. Ich war Funkmessmechaniker, ich musste gucken, wo die Maschine auf dem Radar ist. Die Bundis machten sich einen Witz daraus, na so am Freitag um zehn Uhr dann merkte man, der Luftraum war leer, da hätte man eigentlich angreifen müssen. Dann haben die übelste Übungen gemacht und Probealarme ausgelöst, die wussten doch ganz genau, wie das funktionierte. Sie flogen dann Scheinangriffe auf die DDR-Grenze, jedes Mal immer der gleiche Mist, man hat schon gar nicht mehr hingehört. Dann haben wir alle Raketen darauf gerichtet. Das merken die natürlich, wenn die angestrahlt wurden. Die Russen waren oben mit ihren Abfangjägern und Hubschraubern, und dann drehten die wirklich so einen Kilometer vor der Grenze ab und flogen wieder zurück. Aber bei uns war jedes Mal ein totales Theater.

Weil diese Raketenstation so eine hohe Reichweite von um die 300 km hatte, habe ich auch mit Honecker und den anderen Größen Bekanntschaft gemacht. Diese Station war ganz neu erbaut – man sieht sie auch noch heute in Prangendorf – und da kam dann Honecker zu einer Art Einweihung. Er hatte dummerweise schon Monate vorher bekannt gegeben, dass er im Sommer 1985 diese Raketenstation begutachten wolle. Das führte dazu, dass jeder kleine Funktionär und jeder kleine General der DDR eine Vorabnahme gemacht hat. Wenn man mir vor meiner NVA-Zeit so erzählte, Rasen grün streichen, den Wald harken, habe ich ja gelacht. Aber dann habe das alles gemacht, ich habe den Rasen gepinselt, ich habe Rasen gepflanzt, ich habe den Wald geharkt – und dann fragst du dich dann wirklich, was ist das noch für ein Sozialismus. Dann kam Honecker endlich. Die Russen waren abgezogen, die Raketen waren eingerichtet, und die gesamte Dienststelle wurde der Staatssicherheit übergeben. Die haben solche Angst gehabt vor den eigenen Soldaten. Ich weiß also, ich sollte eigentlich auf Wache aufzie-



hen. Nun war bekannt, dass ich Westverwandtschaft hatte. Ich durfte deshalb auch nicht zum Fla-Raketen-Schießen nach Kasachstan; da wurde auf Cruise-Missiles-Imitationen geschossen, ein Glück, ich hatte auch gar keinen Bock dazu. Hier übernahm alles die Staatssicherheit. Unter dem Wachtisch des Wachhabenden saß ein Stasioffizier. Die Kalaschnikow, die mussten entkernt werden, damit da keiner auf die Idee kommt Honecker umzunieten, also das war alles skurril, was da passierte. Wir wurden alle weggeschlossen in die großen Maschinenhallen, in die Hallen, wo die Kriegstechnik, also die großen LKW's und so was standen, und da hatte man sich auch noch was Besonderes einfallen lassen. Ich habe dann mit vielen anderen Soldaten auch diese Riesenreifen mit Schuhcreme geputzt. Ja, ja, das war ein irrer Kram.

Dann entstand dummerweise unter den Soldaten so etwas wie ein Kameradschaftsgefühl, was ich ja eigentlich für tödlich halte. Also Leute, mit denen du im privaten Leben nie was zu tun hast, weil sie eben Alkohol ganz groß schreiben, weil sie auch wenig im Kopf haben, aber mit denen bist du drei Jahre lang zusammen, und irgendwie musst du mit denen ja klar kommen. Weil eben das kulturelle Angebot gleich Null ist – ja es war gleich Null da auf dem Feld, wo wir gewohnt haben –, fängt man eben an wirklich Alkohol zu trinken. Ich weiß, wir haben kolliweise – Bier ja gar nicht, das lohnt sich ja nicht, wenn man das schmuggelt – kolliweise Schnaps in diese Dienststellen reingetragen, geschmuggelt, reingefahren mit Autos, was weiß ich. In einem Fall war es wirklich schlimm, da war die ganze Kompanie betrunken, und zwar am Wochenende nach der Vorführung mit Honecker. Auf Alkoholvergehen stand Gefängnis. Ich habe auch einmal gesessen, drei Tage. Als „Dreijähriger“ durfte man insgesamt 30 Tage sitzen, ohne das nachzudienen. Da wurde man dann ein bisschen wach, guckte sich an und fragte sich, was machen sie eigentlich mit unseren Leuten.

Übrigens gab es eine Auswertung dieses Honeckerbesuches. Die Offiziere und der Kompaniechef durfte daran teilnehmen, die einfachen Hoschis, so wie wir, natürlich nicht. Der Kompaniechef hat es uns natürlich später beim Appell weitererzählt, und was mich sehr beeindruckte war, Erich Honecker soll gesagt haben, wir sollten nicht meinen, dass er nicht wisse, was wir gerade die letzten Wochen durchgemacht hätten. Das ist denn doch ein Kommunist, dachte ich, nur an der Basis stimmt etwas nicht. Da oben die wissen doch wohl schon Bescheid. Irgendwie müssen weiter unten Leute sitzen, die Sand ins Getriebe streuen. Das war damals meine Einstellung.

Endlich Ende Oktober 1987 kam ich raus. Das Studium ging schon im September los. Sie können sich das gar nicht vorstellen, wie befreiend es ist, wenn man mit einem Mal diese Stadt Rostock erlebt, das war gigantisch. Ich kam hierher, musste mich in der Sektion Geschichte melden, die sich seinerzeit in der Nähe des Bahnhofs befand. Es gab Studienberater. Wir waren in Seminargruppen zusammengefasst, das heißt, man studierte von Anfang bis Ende zusammen, aber

das störte mich erst einmal noch gar nicht. Dann ging ich in die Studentenwohnheime. Also jeder hatte einen Schlafplatz bekommen und zwar, das wissen Sie nicht, in der Thierfelderstraße war alles voller Baracken. Dort waren hauptsächlich die Landtechniker und Melioranden untergebracht, aber auch wir. Man hatte uns gesagt, das hätte die FDJ Anfang der 50er Jahre in einem freiwilligen Aufbaueinsatz geschaffen. Da waren in der Verwaltungsstelle auch noch Wandzeitungen, wie in den 50er Jahren Leute im Blauhemd da geschuftet haben. Doch nach der Wende 1990 kam dann ein Russe in mein Zimmer und wollte unbedingt sein Zimmer fotografieren, in dem er während des Zweiten Weltkrieges als Gefangener war. Also, das war ein Gefangenenlager der Organisation Todt gewesen, das man zum Studentenwohnheim umfunktioniert hatte.

Es war ein unheimlich niedriges Niveau, in dem wir lebten. Die Wände waren Pappwände. Wir mussten selbst heizen, wir haben die Kohlen geholt. So irgendwie 100 Meter weiter war ein Kohlenstall, da lag dann die Braunkohle, es war ja auch teilweise Schrott. Es sollte ursprünglich draußen abgeladen werden, und der Hausmeister hatte geschrieben mit dicker Farbe an die Stelle wo die Kohlen hinsollten an eine Wand „Hier Bri“ und dann wusste er nicht, wie Brikett geschrieben wird, dann hat er das durchgestrichen und geschrieben „Kohlen abladen“. Die Blöße wollte er sich dann auch nicht geben.

Doch muss man aber auch sagen, Elend verbindet. Es war ein unheimlich gutes Gemeinschaftsgefühl, jeder war gleich auf einem ganz niedrigen Niveau. Die Unterkunft kostete fünf Mark im Monat warm, heizen musste man ja selbst, die Toiletten und die sanitären Einrichtungen waren in einem erbärmlichen, schmutzigen Zustand, so dass ich dann beschlossen habe mit meinem Freund Jens Hildebrand, dass wir eine Toilette sauber machen würden, richtig säubern würden, und dann haben wir draußen „defekt“ ran geschrieben und zugeschlossen. Das hielt dann ein paar Wochen vor, dann haben die anderen das natürlich mitbekommen. Dann gab es die großen Kühlschränke, die waren nicht abgeschlossen und, na gut, man konnte da nichts zum Essen hinlegen, das wurde alles weggeklaut. Das war schon ziemlich komisch alles.

Ich war ein Nachzügler, die anderen Studenten hatten sich alle schon kennen gelernt. Man beginnt das Studium, womit im Sozialismus? Mit einem anständigen Arbeitseinsatz! Die hatten bereits drei Wochen Äpfel geerntet, oder waren es Kartoffeln? Da entwickelte sich ein feuchtfröhliches Jugendleben, da waren auch die Seminargruppenberater mit dabei.

Nun hatte ich das riesige Glück, dass meine Schwester – vier Jahre jünger als ich – das Gleiche studierte wie ich. Wir waren zwar in verschiedenen Seminargruppen, aber der Vorteil war, dass sie für mich in den ersten Vorlesungen mitgeschrieben. Blaupapier war sowieso ein ganz teurer Rohstoff. Heute macht man das ja alles mit dem Computer. Damals gingen drei, vier oder fünf Leute in eine Vorlesung, und wenn man einmal eine Vorlesung geschwänzt hatte, besorgte man

sich die Durchschriften vom Blaupapier. Wenn man dann der letzte war, na ja, dann bekam man eben das, was man kaum noch lesen konnte.

In diesem Wohnheim waren die Geschichtsstudenten alle zusammen untergebracht; das heißt die männlichen Geschichtsstudenten, Frauen konnte man das nicht zumuten. Als Nachzügler fand ich zunächst keinen Platz. In dem mir zugewiesenen Zimmer war schon alles voll, der Student – schon im fünften Studienjahr – hatte es irgendwie als Einzelzimmer durchbekommen, hatte sein Fahrrad dort stehen, die Schränke waren alle voll. Ich sagte: „Hallo, ich bin der und der, ich soll hier mit ins Zimmer.“ Er antwortete: „Du kannst hier gerne reinkommen, aber du siehst ja, hier ist alles belegt, ich sage dir gleich, du lebst aus dem Koffer.“ Nun war ich gewöhnt, dass ich mich durchsetzen kann, auch in der Armee. Bin zum Schrank hingegangen, habe den angekippt, da fiel alles raus. Also es ist doch Platz! Glücklicherweise kam ich dann in ein anderes Zimmer, wo auch Leute aus dem ersten Studienjahr wohnten. Dort war ein Kommilitone sehr krank, krebskrank. So lange er im Krankenhaus war, konnte ich dann dieses Zimmer nutzen.

Wir hatten sehr schnell Kontakte. Man gestaltete die Freizeit zusammen, verbrachte den Abend meist auch im Meli. Dort habe ich auch meine ersten Prüfungen gewonnen, weil die Prüfer eben auch dorthin kamen. Es gab natürlich auch ganz feste Termine, die gefeiert wurden, und da erinnere ich mich, gab es auch die nötigen Gelder dafür. Jeder Verein hatte sein Geld und die Deutsch-Sowjetische-Freundschaft, da waren wir alle drin, hatte natürlich auch Gelder. Alle mussten Russisch machen, man hat einen Abschluss in Russisch bekommen, ich habe insgesamt in meinem Leben 12 Jahre Russisch gelernt und habe aber nie so richtig etwas behalten. Die Jungs, die von der Armee kamen, waren immer ein bisschen schwächer im Russischen, die wurden in einer Gruppe zusammengefasst. Die Mädchen waren immer ein bisschen fleißiger, die in der anderen Gruppe. Nun gab es aber diese Gelder eben von der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft, und da hatte die FDJ beschlossen, man würde anlässlich der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft ein russisches Fest machen. Das haben wir dann „Russischer Winter“ genannt.

Dann haben wir das Zimmer aufgeräumt, es wurde richtig eingeheizt, es war im Winter, es war eiskalt, und die kleinen Teufelchen von der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft – diese Rollen übernahmen meist nur Mädchen, weil die Jungs dazu nie Lust hatten – kochten Soljanka. Wodka gab es in Strömen. Unsere Russischlehrerin hoffte, wir würden bei ein bisschen Soljanka Russisch sprechen, nicht Deutsch. Sie war furchtbar enttäuscht, denn es wurde kein Russisch gesprochen. Noch in der nächsten Unterrichtsstunde regte sie sich darüber auf. Feste sollten ein Zusammengehörigkeitsgefühl schaffen, und das ist auch teilweise gelungen. Die Leitung der Sektion Geschichte beging bestimmte Festtage, kommunistische DDR-Feiertage feierlich, da musste man dann anrücken.

Ich weiß noch, am 1. Mai gab es vor der Maidemonstration auf dem Hinterhof der Sektion am Wilhelm-Külz-Platz 4, ausgegeben von den Dozenten, die berühmte Maibowle. Ja, das waren zwei Zehn-Liter-Eimer mit irgendwelchen Früchten drin und viel Wodka hat man versucht, das Ereignis ein bisschen schön zu trinken. Das war schon damals auch nicht mein Ding, das wollte ich nicht. Dennoch mussten wir im ersten Studienjahr am 1. Mai 1988 losmarschieren, und da galt eine Hierarchie, das zweite Studienjahr, das im Jahr davor erstes Studienjahr war, musste die Winkelemente tragen, rote Nelken und Spruchbänder und all solchen Blödsinn. Doch dann kam der gute [...] und meinte, die Neuen sollten die Winkelemente tragen. Selber hatte ich kein FDJ-Hemd mehr, das bedeutete mir nichts, ich sagte immer, ich hätte kein Geld für ein neues, außerdem seien sie zu eng und zu klein für mich. Das hat man auch durchgehen lassen. Dann kam [...] an und sagte: „Hier, du musst auch so was tragen.“ Da hatte er acht Winkelemente in der Hand und meinte, um Zeichen zu setzen, der große Fred müsse eines tragen. Da guckte ich ihn an und sagte: „Wenn du jetzt mit dem ganzen Mist ankommst, nehme ich davon nichts, bring das zurück oder trage das selbst.“ Die anderen haben das gesehen und keiner nahm etwas an. So haben wir den ersten Mai dort gefeiert.

Das Studium war sehr verschult aufgebaut, was Vorteile hat, aber natürlich das freie Studieren behindert. Jeder Tag begann um 7,15 Uhr. Durch Einteilung in Seminargruppen fiel es sofort auf, wenn jemand fehlte. Um 13 Uhr gab es eine kleine Pause, da konnte man schnell in die Mensa laufen und etwas essen. Um 14 Uhr ging es weiter bis gegen 18 Uhr. Wir hatten gut eine 30-Stundenwoche, das Studium war unheimlich verschult. Es mussten Hausarbeiten geschrieben werden, die man aber häufig schlecht machen konnte, weil es sehr schwer war, an Bücher heranzukommen. Später stellte ich fest, dass zwar eine Menge Bücher vorhanden waren, aber für uns einfache Studenten gab es nur den Lesesaalbestand. Da waren dann diese zehn Bände Deutsche Geschichte und so ein paar andere Standardsachen, da gab es Marx, Engels und Lenin natürlich, und ja, da sollte man sich etwas zusammenlesen. Das war alles nicht mein Ding, es machte keinen Spaß, im Lesesaal zu sitzen. Wie ich später merkte, war Naziliteratur zum Teil frei zugänglich. Aber diese Bücher standen verteilt auf irgendwelchen Zimmern, und man hätte sie sicherlich nicht gleich gefunden, nur wenn man intensiv gesucht hätte. Was in den so genannten Giftschränken weggeschlossen war, das war die aktuelle Literatur der bürgerlichen Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland, so beispielsweise Hermann Webers „Geschichte der DDR“. Das war nicht zugänglich.

Es gab noch weitere Besonderheiten im ersten Studienjahr. Beispielsweise musste man einen Mensa-Einsatz machen, das heißt wir mussten eine Woche lang den Abwasch bewältigen. Dann gab es verkürzten Unterricht, und die gesamte Seminargruppe ging dann eine Woche lang in die Mensa und musste den Ab-

wasch machen. Abwaschen, große Topfwäsche alles andere. Das war eine Schweinearbeit also. Heute ist das natürlich so nicht mehr.

Interessant ist auch das Prüfungssystem, da man da in der DDR weniger Wert auf die schriftliche Arbeit legte als auf die mündlichen Leistungen. Man hatte nach jedem Semester, also nach einem halben Jahr vier bis acht mündliche Prüfungen, immer eine halbe Stunde. In den Semesterferien war man damit beschäftigt zu lernen, richtig doll zu lernen, und im Nachhinein muss ich sagen, das ist für ein Lehrerstudium unheimlich gut, wenn man die gesamten Geschichtsepochen im Kopf hat – abgesehen von diesem ganzen roten Rattenschwanz, den man damals als Geschichtsstudent noch viel besser drauf haben musste als alle Anderen.

Nach der Ersten Staatsprüfung war ich ein halbes Jahr im Referendariat an der Schule. Da hatte ich nie Schwierigkeiten mit der fachlichen Vorbereitung der Epochen, wie der Reformation mit Luther oder mit dem 30jährigen Krieg. Die westdeutschen Kommilitonen – wir hatten damals Kontakte zu Hamburgern – die haben teilweise bis zu acht Stunden gegessen, nur um sich das fachliche Wissen zu erarbeiten. Das war ein kleiner Vorteil des Studiums in der DDR.

Eine weitere Besonderheit war, dass alle Männer nach dem ersten Studienjahr noch einmal zum Militär mussten, nach Seeligenstädt. Das war eine Sache, vor der ich barbarischen Horror hatte. Da bin ich auch nicht cool genug gewesen, mich zu drücken. Aber ein Freund von mir, der musste auch mit hin, dem hatte der Vater gesagt: „Wo willst du hin? Militär? Ich will eine Garage bauen. Jetzt gehst du hin und sagst, du bist krank“. Das hat funktioniert. Wir anderen sind dann auch wirklich hingekommen, ich hatt einen so großen Bammel. Übrigens mussten die Mädchen alle – 500 bis 600 Frauen in ein Wehrerziehungslager nach Prerow. Die Männer, die das alle kannten, wurden dann noch mal alle richtig eingerüstet, kriegsmäßig, und sind dann alle mit einem Sonderzug nach Seeligenstädt gefahren. Über 1.000 Leute, und haben dort eben noch mal eine militärische Ausbildung erfahren mit dem Ziel, diese Leute zu Offizieren zu machen. Nun hatte ich mich am Ende meiner Armeezeit zum Offiziersbewerber bereit erklärt, weil ich mir sagte, du kommst in der DDR an diesem verdammten Moorloch NVA nicht vorbei, und du möchtest, wenn du das nächste Mal hinkommst, nicht wieder der Letzte sein in der Kette. Deshalb hatte ich zugesagt, Reserveoffiziersanwärter zu werden. So wurde ich gleich zum Feldwebel geschlagen, und in Seeligenstädt war dann das Ziel, mich zum Leutnant zu machen.

Das war eine etwas skurrile Situation, also erst einmal, die Geschichtsstudenten fuhren alle von Rostock aus, und ein Teil von ihnen fiel in Seeligenstädt wirklich aus dem Zug. Also so wurde schon erst mal getrunken, und die Stimmung war mies. Man wollte einfach nicht. Dann wurden wir dort eingekleidet und zu Mot-Schützen ausgebildet. Seeligenstädt liegt in der Nähe von Aue, wo die

Uranhalden lagen. Sie wissen ja, die Sowjets haben Aue mit der Wismut AG<sup>1</sup> stark ausgebeutet, weil es dort das einzige Uran in ihrem Verfügungsgebiet gab. Sie brauchten es für den Bau der Atombombe. In diesen riesigen Uranhalden, fünf bis sechs Kilometer auf einer Ebene, haben wir in Schützengräben gebuddelt, haben für die Heimat geschrien, haben dort den Grabenkampf geübt und sind mit Panzern wie die Irren durch die Gegend gefahren. Es war eine dumme Zeit, das muss ich ganz ehrlich sagen.

Schlimm war auch, dass man aus den eigenen Reihen wieder Offiziere bestimmte, das waren die, die länger gedient hatten. Da konnte man wieder Persönlichkeiten erleben. Es gibt Menschen, denen zieht man Uniformen an und dann drehen die völlig durch. Zwei von ihnen mussten nach dieser Ausbildung auch ihren Studienort wechseln. Die hatten sich so unmöglich gemacht, dass man denen richtig Dresche angeboten hat. Schließlich wurde man denn doch zum Offizier geschlagen, das fand in der Aula statt, und zwar am 8. Mai, am Tag der Befreiung. Das war eigentlich das Letzte, was ich von der DDR bekam, danach hatte ich mit ihr abgeschlossen.

Der große Umbruch kam dann 1989 mit der Wende. Da fanden ganz heiße Diskussionen statt. Gut erinnere ich eine Versammlung der Historiker im Hörsaal 218. Dort saßen alle Dozenten, die Studenten weiter oben. Es kam zu ganz harten Auseinandersetzungen über historische Lügen. So wurde etwa Katyn angesprochen. Das war ja bekannt, man hat es nur nicht offiziell gelehrt. In unserem Studium wurden also Unwahrheiten weiter gegeben. Darauf haben wir die Hochschullehrer angesprochen und sie antworteten, ja das habe es gegeben, sie hätten es eben nicht gesagt, aber jetzt würden sie es tun. Das war schon irgendwo eine Aufbruchstimmung, aber diese Aufbruchstimmung war unehrlich. Das muss ich so deutlich sagen. Die Hochschullehrer haben im Prinzip wirklich nur versucht, ihr Hemd zu retten.

Gut erinnere ich mich an Karl-Heinz Jahnke,<sup>2</sup> er war der bekannteste Faschismusforscher hier in Rostock. Er brachte in seinen Vorlesungen immer aktuelle fünf Minuten über die Revolution, die im Land stattfand, und sagte: „Aus Leipzig sind jetzt wieder Leute angereist, die wollen die Situation hier anheizen, also die Konterrevolution ist überall“. Wir waren ja proletarisch geschult, und so argumentierte er auch. Dann hielt er seine Vorlesung über die Novemberrevolution. Sie bewegte sich, jetzt im Nachhinein gesagt, auf einem ganz niedrigen Niveau, das ist eigentlich unvorstellbar. Er handelte eigentlich nur Daten ab und sagte, wann was wo war. Am soundsovielten im November um 3:17 Uhr gehen die Matrosen

---

<sup>1</sup> 1947-1953 Sowjetische Aktiengesellschaft (SAG) Wismut, 1954-1991 Sowjetisch Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut.

<sup>2</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001623](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001623)

los und um 3:22 Uhr erreichten sie das und das. So ging das seitenweise, so habe ich mir den Kram aufgeschrieben. Das erste Mal, als das Deutsche Volk die Monarchen und den Monarchen aus dem Land jagte! Diese ganze Darstellung, meine ich, stimmte hinten und vorne nicht. Endlich kam er zum 18. Januar 1919: „Und dann starben Rosa und Karl“. Er sprach immer von Rosa und Karl, wenn er Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht meinte. Das war so emotional, und ich bin davon überzeugt, er hat fast geweint, er tat mir in dem Moment leid.

An der Wende war ich weniger aktiv beteiligt, weil ich zu dem Zeitpunkt furchtbar verliebt war, aber bei den Demonstrationen lief ich mit. Auch in den Kirchen war ich dabei, etwa als Briefe von Häftlingen in der Petrikirche verlesen wurden. Eine junge Frau schrieb: „Ich sitze gerade im Gefängnis, mir fallen die Haare aus“ und so weiter. Das verlas ihre Mutter. Damals dachte man, das ist nur Propaganda. Aber ich kenne die junge Frau mittlerweile, und ich kenne auch die Akte, es ist wirklich so gewesen. In der Kirche kamen erstmals solche Sachen wie das MfS-Gefängnis zur Sprache. Dass es hier irgendwo so etwas gab, hat man erst in der Kirche erfahren. Wir sind hier zweimal am Tag die Hermannstraße lang gelaufen. Man wusste, da ist die Staatssicherheit, man hat immer so einen kleinen Bogen herum gemacht, aber man hat nicht gewusst, dass es hier ein Gefängnis gibt, wo im Lauf der Zeit 4.000 Leute eingesperrt haben. Das war ja ganz und gar undenkbar.

Dann war die Grenze offen. Ich habe zu dem damaligen Zeitpunkt noch in Thierfeld gewohnt. Die Gruppe der Geschichtsstudenten war aufgelöst, die Buden fielen da alle zusammen. Daher wohnte ich mit Studenten der Landwirtschaft in einer solchen Baracke. Da gab es sogar ein Parteiaktiv, also eine Partei in der Partei. Das muss man sich mal vorstellen, die hatten wirklich in dieser Baracke in der Parteigruppe eine Parteivorsitzende gewählt. Da traf ich eine furchtbar rote Zicke. Als die Grenze am 9. November nun endlich offen war, fuhr dieses Parteiaktiv als erstes nach drüben. Ich hatte irgendwie keine Zeit. Die kamen zurück mit der Bemerkung: „Oh toll, wir waren im Westen und haben Rote-Kreuz-Decken mitgebracht.“ Die hatten wirklich alles mitgebracht, was sie erstmal kriegen konnten, wer wusste, ob man noch mal rüber kommt.

Ich hatte mir damals relativ viel Zeit gelassen, ich wollte nicht in diese Hysterie geraten. Das erste Mal fuhr ich mit meinem guten Freund Marco Rillinger nach Lübeck. Schallplatten wollte ich kaufen und etwas für die Freunde mitbringen, irgend so ein Deo und solchen Kram. Es herrschte unheimliche Aufregung in Lübeck. Natürlich haben wir die 100 Mark Begrüßungsgeld abgeholt. Dann standen wir in Lübeck an einem Bratwurststand und es kam ein Mann, das war ein richtiger Norddeutscher, unheimlich nett, und der fragte: „Kommt Ihr aus dem Osten?“ Wir wollten das nicht gleich zugeben, aber man sah es ja an der Kleidung. Da sagte er: „Oh dolles Ding, was ihr da gemacht habt, Mann, habt ihr einen Mut und tolle Sache, und ich will Euch eins sagen, wenn das so weiter geht, wenn

jetzt die Mauer auch noch in Berlin fällt, dann sind wir im nächsten Jahr ein einheitliches Deutschland“. Da machte es bei mir Klick und ich dachte: „Das kann nicht sein. Weißt du, du bist hier in dem Staat aufgewachsen, du hast so viele Sachen durchgemacht, der Sozialismus ist das Beste, was es gibt, das haben sie uns immer gesagt. Der Sozialismus, das steht doch überall drin bei Marx und Engels, das höchste Ziel der Gesellschaft, und der Kommunismus, das kann nicht zu Ende sein.“ Da habe ich mit dem Mann diskutiert, aber er war sich sicher und steckte mir einen Zehnmarkschein in die Tasche. Ich war innerlich aufgebracht und wollte ihm den Schein zurückgeben, aber dann siegte der Geiz, das gebe ich ja zu.

Aber der Gedankenanstoß blieb. Was mache ich nun? Wenn man Zeit seines Lebens etwas studiert hat und merkt, dass das große Ziel des Lebens so nicht erreicht wird, dann beginnt man zu zweifeln und zu lesen. Ich habe angefangen zu lesen, und habe mir dann auch wirklich mal so einen Marxschinken vorgenommen – das hatte man ja alles schon zum Abitur bekommen – und habe noch mal nachgelesen, doch fand ich keine Antworten. Dann haben ich mir Bücher gekauft, westdeutsche Bücher. Das erste weiß ich noch, Volker Elis Pilgrim, Adieu Marx.<sup>3</sup> Dieses Buch ist ziemlich vulgär geschrieben, aber wo eben auch Seiten von dieser Person Marx zur Sprache kamen, sein Verhältnis zu Frauen, sein Verhältnis zu den Kindern, sein Verhältnis zum Geld und Weiteres. Das kannten wir nicht. Das war ja ein Heiliger, der gute Marx.

So versuchte man sich langsam hochzuarbeiten. Dann kamen wir mit den Dozenten ins Gespräch, die waren völlig verunsichert, ich weiß es gab ein Seminar zur Geschichte der DDR, und der zuständige Dozent, Dr. Drews – ein netter Typ, ohne Zweifel – aber in diesem Seminar hangelte man sich von Parteitag zu Parteitag und hat geguckt, was hat die SED beschlossen – hirnrissig. Nun war klar, so geht es nicht weiter. Da kam er mit einem neuen Ding an und sagte hier, SUPER-ILLU. Damit kam er 1990 und haute sie auf den Tisch und sagte: „Da stehen neue geschichtliche Sachen drin.“ Aber das konnte wohl nicht angehen, dass ich von einem so ein blöden Blatt Geschichte lernen sollte. Dann sind wir mit meinem Freund nach Hamburg gefahren, gingen zur Landeszentrale für politische Bildung und haben uns dort Bücher geholt. Das waren damals goldene Zeiten, wir haben den ganzen Kofferraum mit politischer, historischer Literatur nach Rostock geschleppt und den Dozenten diese Bücher vorgestellt. Sie waren verblüfft, aber innerlich verhärtet. Die Bücher habe ich alle so, wie ich die im Karton dorthin gestellt habe, 1994 wieder gefunden, als wir mit der Bibliothek umzogen. Da hatte keiner reingeguckt. Man war eben noch nicht so weit, und das hat mir dann schon wehgetan.

---

<sup>3</sup> Pilgrim, Volker Elis: Adieu Marx. Gewalt und Ausbeutung im Hause des Wortführers. Reinbek bei Hamburg 1990.



Dann haben wir uns bei der neuen Regierung, die in Schwerin entstand, beschwert, dass wir hier keine vernünftigen Lehrinhalte vermittelt bekamen. Wir hatten ja sechs Monate frei, weil alles im Umbruch war. Innerhalb von Minuten erreichten wir in der neuen Regierung den Staatssekretär Thomas de Maizière, der sich unsere Leiden anhörte und sagte, er hoffe, dass man das endlich verändere und dass der Hochschulerneuerungsprozess in Gang gesetzt werde. Wenn es aber gar nicht gehe, dann müssten wir an eine andere Universität wechseln. Dann kamen wir zu dem zuständigen Referenten, einem alten Oberstudiendirektor aus Westdeutschland, Herrn Ilse, den werde ich nie vergessen. „Dann müssen sie mal woanders hingehen,“ sagte er zu Pieplow und zu mir, „aber eines sollten sie wissen, gehen sie nicht nach Bremen, das ist der Ho-Chi-Minh-Pfad, dann brauchen sie nicht wieder zurück zu kommen.“ Das war eine Universität, die noch von 1968 einen schlechten Ruf hatte. Wir haben dann relativ schnell beschlossen, nach Hamburg zu gehen, um dort zu studieren. Da haben wir unsere besonderen Erfahrungen gemacht. Da wurden wir durchgereicht, denn es war schon etwas Besonderes, wenn so ein Ossi ‘rüber geht. Dort haben wir unter ganz skurrilen Bedingungen gelebt, denn wir hatten ja kein Geld, also nicht so sehr viel Geld.

Da habe ich dann auch das erste Mal Herrn Krüger<sup>4</sup> kennen gelernt. Die Geschichte darf ich noch ganz kurz erzählen, weil sie auch irgendwie typisch ist für sein Wesen. Also wir kamen rein, es war proppenvoll, er hatte viel zu tun, „rein, rein, rein, rein, rein,“ sagte er. Als er dann merkte, dass wir aus Rostock kamen, wurde er sofort hellhörig. Aber er hatte wirklich keine Zeit mehr und meinte: „Passen Sie auf, ich würde mich unheimlich gerne mit Ihnen unterhalten“. Dann gab er uns Geld für die Mensa. Wir dachten er kommt mit, aber nein, essen würde er nicht, also wir sollten dann später noch mal reinkommen. Daraus ist dann eine ziemlich enge Zusammenarbeit entstanden. Kersten Krüger ist ja relativ schnell nach Rostock gekommen, hat in Hamburg und gleichzeitig hier gearbeitet.

Mein Studium brachte ich zu Ende und legte 1993 das Staatsexamen ab. Auf Grund unseres DDR-Studiums mussten wir unter den neuen Verhältnissen zwei Jahre länger studieren. Normalerweise wäre ich 1991 fertiger Lehrer gewesen. Zunächst haben wir alle ganz schön geschluckt, weil wir das als eine Art Diskriminierung empfanden. Im Nachhinein muss ich sagen, das war das Richtige, was es geben konnte, wenn man vernünftige Lehrinhalte vermittelt bekommen hätte.

Nach meinem Staatsexamen, das sehr gut ausfiel, ging ich an die Schule nach Parchim in das Referendariat. Am 1. April 1994 wechselte ich an die Universität Rostock, da Kersten Krüger eine Assistentenstelle besetzen konnte. Diese wollte er mit jemandem besetzen, der mit verwaltungstechnischen Fähigkeiten am Neu-

---

<sup>4</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000000053](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000053)

aufbau des Faches Geschichte an der Universität mithelfen konnte. Da nahm er, sagen wir mal, glücklicherweise mich. Im Nachhinein glaube ich, hat Kersten Krüger mich auch genommen, weil ich sicherlich mit der DDR schon abgerechnet hatte, ich hatte Schluss gemacht mit der DDR in mir. Wenn man sich jahrelang damit beschäftigt, dann führt das auf den Weg zur Distanz zur DDR, zu ihrem Sozialismus. Er wusste, glaube ich, dass ich in einigen Dingen eben auch ziemlich kompromisslos bin und auch unpopuläre Entscheidungen durchsetzen kann. Allerdings war das für mich sehr schwer hier unter den alten Kollegen, die mir gerade die Prüfung abgenommen hatten. Es hatte eine Entlassungswelle gegeben, und ich kam als junger Schnösel dort hinein und wurde dann noch als der Vertrauensassistent des Chefs gehandelt.

Da wurde auch eine ganze Reihe von Intrigen gegen mich gesponnen, auch Verleumdungen erfunden. In einem Fall ging das sogar bis zum Personalchef, weil ich angeblich behauptet hätte, dass einer von den Studenten bei der Staatssicherheit gearbeitet habe, der zudem ein ganz enger Freund von mir war. Das waren ziemlich hässliche Situationen, die ich dann in den 90er Jahren mit durchgemacht habe. Bei diesen Verleumdungen hat es aber einige gegeben, die dann nach dem Jahr 2000 zu mir kamen und sich bei mir entschuldigten. Das war natürlich dann auch etwas Schönes. Da kann dann auch eine Freundschaft wieder aufleben.

Insgesamt war der Neuanfang so was wie eine Französische Revolution. Werte brachen zusammen, das Leben stellte sich auf den Kopf. Man musste sich erst einmal neu finden, neu wieder justieren. Man musste auch seine Karriere neu planen. Wir waren ja Menschen, die man in einem sehr geradlinigen marxistischen Sinne erzogen hatte. Also ich mache mein Abitur, ich gehe zur NVA, dann studiere ich und dann bin ich Lehrer, Geschichte und Deutsch bis zu meinem 65. Lebensjahr, und ein vernünftiger Rentner stirbt dann mit 66 Jahren. Also diese geradlinige marxistische Denkweise, die mussten wir erst mal ablegen. Wir mussten also zwischen Alternativen wählen lernen: ich kann das Eine machen, ich kann das Andere machen, und eine dritte Möglichkeit habe ich auch noch. Man musste also verästelte denken, und das mussten viele Leute erst mal lernen und sich neu einrichten. Aber aus meiner Sicht haben das alle irgendwie geschafft und sind heute also relativ glücklich. Damit möchte ich dann jetzt auch erst einmal enden.

## **Diskussion**

Transkription und Protokoll: Carolin Sander, Anne Schell-Dieckel

Daniel Kötzing:

Hat der Dienst in der NVA Sie und die von Ihnen geschilderten Erlebnisse (den Rasen grün streichen oder den Wald harken) in seiner ideologischen Überzeugung stark geprägt?

Fred Mrotzek:

Nach dem Abschluss an der EOS waren meine Mitschüler und ich allesamt überzeugte Humanisten, kleine sozialistische Humanisten. Ich bin in dem Glauben erzogen worden, dass der Sozialismus die vernünftige Gesellschaftsordnung ist und dass es nur eine positive Entwicklung in die Zukunft geben kann.

Die Erlebnisse in der NVA haben die Grundeinstellung vollkommen verändert. Ich war auch weiterhin vom Sozialismus überzeugt, habe aber die Phase, die viele Bürger im Herbst 1989 bewegte, die von einem besseren und menschlicheren Sozialismus träumten, schon 1987 erlebt. Das Miterleben der Idiotie bei der NVA bewirkte, dass dies kein Sozialismus sein könne. Ich war der Ansicht, dass es noch einen besseren Sozialismus geben müsse. Gleichzeitig gab es aber auch die Führermentalität, so wie sie Menschen im Dritten Reich hatten. Wenn etwas Schlimmeres innerhalb der Gesellschaft passierte, sagte meine Großmutter immer: „Wenn das der Führer wüsste“. So ähnlich haben wir auch gedacht. Erich Honecker besuchte unsere Dienststelle und es war eine ähnliche Situation. Wir glaubten, dass dieser nicht wusste, was alles vorgegangen ist. Bei einem Appell stellte sich jedoch heraus, dass Honecker von den Vorgängen Kenntnis hatte, da er sich für den Aufwand bedankte.

Der Glaube an das Politbüro und an Honecker war immer noch vorhanden. Man glaubte daran, dass Erich Honecker das Gute erreichen will, weil er im Faschismus aufgewachsen ist, lange im Zuchthaus gesessen und gegen den Kapitalismus gekämpft hatte, aber die Mitarbeiter unter ihm würden dies verhindern. Im Privaten wollte ich mit dieser Sache nichts mehr zu tun haben. Ich habe mich in der FDJ nicht mehr engagiert und auch Parteimitgliedschaften waren indiskutabel. Gleichzeitig bewegte ich mich mehr in Grüne Positionen. Als junger Mensch versucht man Gegenentwürfe zu gestalten. Die Frage war, wie ich nach der NVA weiter leben wollte. Damals gab es noch diese SVK-Brillengestelle und da ich stark kurzsichtig bin, hatte ich eine solche. Andere haben sich aus einem Altersheim eine John Lennon-Brille besorgt und sich die Haare lang wachsen lassen, länger als heute. Außerdem trug man Kletterschuhe und Jesus-Sandalen, möglichst ohne Socken. Ich wollte mich hingegen vom Mainstream der Jugendlichen abheben und so kaufte ich keine Jeans, sondern Malerhosen für 12 Mark, die dann rot eingefärbt wurden. Dazu trug ich Hirschbeutel.

Der Sozialismus war trotzdem immer noch meine Ideologie. Natürlich ein anderer, besserer Sozialismus.

Daniel Kötzing:

Welche Wirkung hatten die militärischen oder militärähnlichen (hierarchischen) Strukturen (Pioniere, FDJ usw.) auf Ihre Persönlichkeit?

Fred Mrotzek:

Bis heute ein katastrophale. Ich bin niemals jemand gewesen, der mit 12 oder 13 Männern in einem Kasernenzimmer schlafen kann. Die Männergesellschaft und Kameradschaft war mir zutiefst zuwider und ist es bis heute. Das hat ganz einfach damit zu tun, dass man mich gezwungen hat mit Männern, die teilweise 28 Jahre alt waren, während ich erst 19 war, dementsprechend alte Männer, in einem Zimmer zu wohnen und mich mit deren Gewohnheiten abzufinden. Diese waren natürlich erfahrener als ich. Auch waren das alles Menschen, mit denen ich im normalen Leben definitiv keinen Kontakt gehabt hätte. Im Gegenteil, ich hätte um diese immer einen großen Bogen gemacht. Sie haben stark getrunken, vor allem Schnaps, außerdem wurde viel Unsinniges geredet, was nicht angenehm war. Das oktroyierte Gefühl der Kameradschaft empfand ich immer als sehr problematisch, weil man sich diesem nicht entziehen konnte. Auch wird von einem verlangt, dieses mitzumachen. Es gab den Begriff des Kameradenschweins oder Kameradenbetrügers, und das lehne ich bis heute komplett ab. Aber ich hatte in den Pionierorganisationen immer Führungsaufgaben aufgrund „meiner großen Klappe“ zu erfüllen. Bis heute kann ich mir nicht vorstellen, trotz Angeboten von Parteien, in einer Organisation Mitglied zu werden, weil ich der Meinung bin, dass man hinter solch einer Sache hundertprozentig stehen muss. Ich weiß nicht, wie es in der SPD ist, da reicht es aus, wenn man zu 40 Prozent hinter der Strategie der Führung oder des Parteiprogramms steht, dann ist das schon viel.

Aus mir hat sich so eine Art Einzelkämpfer entwickelt. Ich bin immer froh, wenn ich meine Bücher habe, allein sein kann und wenn man nicht in zu große Gruppennetze gerate. Aufgrund „meiner großen Klappe“ empfand ich es in der DDR schwer mich in der Gesellschaft zu bewegen. Beispielsweise in Diskussionen in der FDJ-Versammlung sagt man einfach ganz frei seine Meinung, eine die vielleicht nicht ganz auf der Parteilinie ist (sauber ist). Es ist mir häufig passiert, dass ich nicht meinen Mund halten konnte, und als ich nach Hause ging dachte: „Was hast du denn jetzt schon wieder gesagt, dafür bekommst du bestimmt Ärger.“ Wiederholt ist es mir in der DDR passiert, dass der Direktor der EOS – Dieter Dümke –, der mir eigentlich wohl gesonnen war, mich zu sich zitierte und sagte: „Naja Fred, nun mal vorsichtig, so kann man das aber nicht sehen.“ In gewissem Sinne bin ich auf diese Art bestraft worden, jedoch nicht so, dass man mir gedroht hat die Schule zu verlassen.

Dieser entstehende Zwiespalt in mir war immer ein zutiefst unangenehmes Gefühl. Einen Gedanken erst einmal aussprechen zu dürfen habe ich nach 1989 in den Seminaren in Hamburg als sehr angenehm empfunden. Selbst wenn die Gedanken wissenschaftlich nicht haltbar sind, kann man darüber reden und sich diese durch den Kopf gehen lassen. Meine Töchter versuche ich politisch nicht zu beeinflussen. Wenn sie sich politisch stärker in irgendeiner Organisation engagieren würden, wäre ich froh, kann es aber auch verstehen, wenn sie heute sagen:

„Ich möchte das aber nicht und möchte lieber meine gewisse Freiheit haben.“ Die Möglichkeiten, die ich damals nicht hatte, möchte ich ihnen geben.

Daniel Kötzing:

Haben Sie sich als Student an den Protesten beteiligt, da ein Zeitzeuge explizit auf die mangelnde Teilnahme hinwies und sogar von einer völligen Teilnahmslosigkeit der Studenten sprach.

Fred Mrotzek:

Diese Aussage des Zeitzeugen, dass die Wende in der DDR die Universitäten nicht betroffen hat, könnte ich zum Teil bestätigen. Es wurde zwar diskutiert, aber man hatte es geschafft, die angehende Elite des Staates, die Studierenden, anfangs von den Straßen fern zu halten, wobei es aber auch immer Ausnahmen gegeben hat. Dazu muss ich auch sagen, dass ich während meines Studiums aufgrund meines Lebensstils sehr schnell in Geldnöte geriet, die man in der DDR so nicht zu haben brauchte. Ich habe 250 Ostmark Stipendium bekommen, normal waren 150. Mehr Geld bekam ich, da ich ein Jahr länger bei der Armee gewesen bin. Das Leistungsstipendium, das ich erhielt, war mir gekürzt worden, weil ich in Marxismus- Leninismus wieder eine zu große Klappe in der Prüfung hatte. Wissenschaftlicher Kommunismus hieß dieser Teil, WiKo abgekürzt. Die Prüfung habe ich mit einer vier abgeschlossen, worauf die Kürzung erfolgte.

Eigentlich hatte ich ganz gut verdient, musste aber frühzeitig dazu verdienen und bin so in die DDR-Wirtschaft hineingeraten. Anfangs war ich im Hotel „Neptun“ als Tellerwäscher und arbeitete später als Friedhofsgärtner. Dies waren Berufszweige, in denen sich Aussteiger etabliert hatten. Es gab viele verrückte Leute in der Tellerwäscherei, die ich im Hotel kennen lernte. Das waren Menschen, die diesen Entwurf des Sozialismus komplett ablehnten und sich so viel Geld dazu verdienten, wie sie eben brauchten. Ansonsten machten sie den ganzen Tag ihr Ding. Danach war ich Friedhofsgärtner, seitdem mag ich Friedhöfe. In diesem Bereich waren die kleinen privaten Handwerker noch aktiv. Sie wurden allerdings enorm unter Druck gesetzt. Mein Friedhofsgärtner Herr Örlicke (An der Wendeschleife 11), wurde mit nichts beliefert. Sie haben die Totenfeiern mit dem ausgestattet, was da war oder was sie in ihren Gärten angebaut hatten. Plastebäumen und Plasteschleifen haben sie nicht bekommen, die gingen an die staatlichen Betriebe. Alte Schleifen wurden wieder aufgesammelt, wenn sie von den Angehörigen entsorgt wurden, sauber gemacht und noch einmal verwendet. Auch hier trafen sich wieder Aussteiger. Für ein ausgehobenes Grab wurden 200 Mark bezahlt, was damals viel Geld war. Ich habe die Gräber bepflanzt und einige gepflegt, aber keine Gräber ausgehoben. Diese Aussteiger, die sich unter den Friedhofsgärtnern befanden, gruben dann für 200 Mark ein Grab aus und konnten davon dann eine Woche leben.

In die Wende war ich sehr frühzeitig involviert, aber von einer ganz anderen Seite. Die Menschen waren nicht unbedingt Christen, sondern einfach solche, die anders leben wollten, meist keinen Kontakt zur Kirche hatten, aber sehr frühzeitig an den Demonstrationen teilgenommen haben. Herr Örlicke kam zu mir ins Studentenwohnheim in der Thierfelderstraße und meinte, ich müsse heute Abend unbedingt kommen. Die Herbstzeit begann damit, dass man für die Gräber Tannengrün geflochten hatte. Verschiedene Tannenzweige wurden übereinander gelegt und dann zusammengebunden. Örlicke hat dabei immer gesagt, ich solle es so binden, dass der Kunde wenigstens aus dem Laden ist, bevor der Kranz auseinander fällt. Während die anderen die Kränze binden mussten, hatte er nun für mich viele Besenstiele, Pappe und Farbe besorgt. Da ich der einzige Intellektuelle war, fertigte ich für die selbstständigen Unternehmer Plakate, für die ich mir alles Mögliche ausgedacht habe. Diese haben die Plakate dann abends auf der Demonstration verwendet. Herr Örlicke hat alle seine Kollegen angerufen, damit sie zur Demonstration erscheinen. Denen ging es ja nicht schlecht, weil sie das Organisieren gewöhnt waren. Ein oder zwei wollten nicht kommen, und denen hat er gedroht, ihnen einige Waren nicht mehr zu schicken, wenn sie nicht kommen. Sie haben sich getroffen und sind mit meinen Schildern zur Demonstration gegangen.

Im Jahr 1989 war ich sehr verliebt und habe so möglicherweise auch einiges verschlafen, bin aber auch auf Demonstrationen und in der Kirche gewesen. Auch habe ich das Verlieren der Sprachlosigkeit miterlebt. Menschen, die nie in ihrem Leben eine Rede gehalten hatten, standen auf einmal Schlange vor den Mikrofonen und haben einfach nur ihre Gefühle ausgedrückt. Nach anfänglichem Stottern haben diese Menschen auch vier oder fünf Sätze sprechen gelernt. Sprechen und diskutieren außerhalb der von der SED genehmigten Räume. Die Vorträge und Beiträge, die man da halten konnte, mussten zuvor bei der Partei oder FDJ eingereicht werden, sie haben sich diese durchgelesen und abgesegnet, erst dann durfte man sie halten. Das freie Sprechen wurde erst später in den Kirchen gelernt. Die Studenten hatten sehr früh Angst um ihre Privilegien, die sie meinten zu haben.

Es gab in der Studentenschaft viele Diskussionen, in denen man merkte, dass die SED-Propaganda bei den Studenten gefruchtet hatte. Die Preise der Grundnahrungsmittel wurden stark diskutiert. Ich erinnere mich an Diskussionen über die Preissteigerung der Butter, wenn der Kapitalismus in der DDR eingeführt werden sollte. Dann informiert man sich, was das Pfund Butter im Westen gekostet hatte. Dort waren es 80 Pfennige und in der DDR 2,50 Mark. Das gleiche galt für Käse und auch Brot. An dieser Stelle merkte man, dass das, was uns erzählt worden war, nicht stimmte, die Grundnahrungsmittel gar nicht so viel teurer waren. Aber so verliefen seiner Zeit die Diskussionen. Höhere Studienjahrgänge, die Assistentenstellen anstrebten oder kurz vor ihrer Promotion standen, hatten Angst um ihre Privilegien und haben sich dann zu ihren sehr DDR-freundlichen Ansichten und Positionen bekannt. Im Dezember begannen die

Vorbereitungen für die Wahlen. Die Masse der Menschen trug Plakate auf denen stand: „Für ein Neues Linkes Ding“, also einen besseren Sozialismus. Über diese Formulierung habe ich mich persönlich lustig gemacht. Es gab ganz harte Auseinandersetzungen in der Geschichte, als eine Wissenschaft, die sich mit der Legitimation und der Geschichte des Staates sehr stark beschäftigte. Sie waren besonders staatsnah. Mein Freund, Frank Pieplow und ich waren die einzigen, die sich dann aus Trotz zu sehr konservativen Positionen bekannten. Seinerzeit habe ich mein Privileg, ein Einzelzimmer im Wohnheim zu haben, verloren und musste dann zu zwei anderen Männern ins Zimmer ziehen. Dort habe ich ganz provokant ein Bild von Helmut Kohl über meinem Bett aufgehängt. Alle Anderen waren für ein „Neues Linkes Ding“, während ich mich von einem veränderten Sozialismus schon verabschiedet hatte und die Wiedervereinigung wollte. Im Herbst kann das noch anders gewesen sein aber im Frühjahr 1990 wollte ich die Wiedervereinigung.

Daniel Kötzing:

Haben Sie nach Ihrem Umzug nach Hamburg einen Kulturschock erlebt, da das Bild des glorreichen Westens, das die DDR-Bürger aus dem Fernsehen oder von ihrer Verwandtschaft erhalten haben, nur zum Teil der Realität entsprach?

Fred Mrotzek:

Die blühenden Gegenden, die Helmut Kohl uns versprochen hat sind, meiner Meinung nach eingetreten, trotz aller Probleme, die wir noch haben. Ich habe den Westen damals nicht als Kulturschock erlebt und ich war unglaublich glücklich in Hamburg. Ich will ihnen das an einer einzigen Geschichte klar machen. In meiner Studienzeit in der DDR bin ich nie jemand gewesen, der ständig in der Bibliothek war. Frau Syndikus saß am Wilhelm-Külz-Platz, und dort war ein Leseraum, der etwas größer als dieser Übungsraum war. Da standen dann die Bücher, die wir lesen durften. Die SED-Geschichtsbücher lesen zu müssen, empfand ich als ganz schrecklich. Wenn man ein anderes Buch lesen wollte, war dieses dann nicht da, obwohl man genau wusste, dass es da sein musste. Als ich nach der Wende Assistent bei Kersten Krüger war, erfuhr ich, was sich in den so genannten Giftschränken mit nicht zugänglicher Literatur wirklich verbarg. In diesen Giftschränken, in dem ich nationalsozialistische Literatur vermutete, befand sich in Wirklichkeit die Literatur der bürgerlichen Wissenschaftler aus der Bundesrepublik. Gewiss, auch Hitlers „Mein Kampf“, Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“, diese Bücher standen dort auch, allerdings wusste keiner, dass sie dort waren. Man fand sie nicht, weil es zu unordentlich war. Das war für mich unvorstellbar. Und dann kommt man nach Hamburg. Die Stadt Hamburg hat natürlich ihre Reize, und ich weiß, dass die Masse der Studenten dort studiert, weil die Stadt toll ist und ein schönes Freizeitangebot hat.

Die Universität hatte dort schon ihre Mängel. Für mich war es ein Kulturschock, als wir in den Philosophen-Turm hinein kamen. Dort hatte sich jede Gruppe, von den Lesben bis zu den Homosexuellen sehr laut artikuliert, was ich als seltsam empfand. Unten gab es ein Frauenkaffee. Mein Freund Pieplow und ich gingen in dieses Kaffee und empfanden das als eine tolle Sache. Dort saßen aber nur Frauen, und als wir dort hineinkamen, wurden wir regelrecht rausgeworfen und wüst beschimpft. Mein Freund in seiner charmanten Art sagte: „Meine Damen wir wollen hier nur ein Kaffee trinken.“ Aber es nützte nichts.

Dann fuhr man hoch in die Bibliothek im achten Stock, wo Sie durch ganz viele Räume mit unzähligen Büchern laufen. Dort gehen Sie an das Regal und nehmen das Buch raus, welches Sie brauchen. Man geht dann an einen der vielen Arbeitstische und liest einfach dieses Buch. Sobald man fertig ist, legt man es zurück. Es sagt keiner: „Das ist nichts für dich“ oder „das brauchen Sie nicht zu lesen, denn ich habe es für Sie gelesen,“ so wie es bei uns in den Vorlesungen der Fall war. Der Kulturschock bestand darin, alle diese Bücher einfach lesen zu können. In dieser Bibliothek in der achten Etage habe ich unglaublich viel Zeit verbracht und habe die Sachen gelesen, die mich interessierten, Dinge, die nicht immer etwas mit meinem Studium zu tun hatten, wo ich aber genau wusste, dass ich sie im Osten nicht bekomme. Der Hunger nach Bildung, nach den Dingen, die es in der DDR nicht gab, das ist das, was ich als Kulturschock erlebt habe.

Daniel Münzner:

Die Aufnahme durch die Hamburger Professoren, respektive Kersten Krüger, haben Sie als sehr freundlich und interessiert beschrieben. Wie haben die Studierenden in Hamburg auf diesen „Kulturkontakt“ reagiert?

Fred Mrotzek:

Die Studenten haben sehr interessiert reagiert, was eigentlich verblüffend war. Wir waren wahrscheinlich die Ersten, die dort hinkamen. Nicht nur von den Professoren, sondern auch von den Studenten wurden wir unheimlich freundlich empfangen und eingeladen. Damals hatte ich so ein bisschen den Eindruck eines Zoomechanismus. Wir sind sehr viel privat eingeladen worden, auch zu Feiern und man feierte in Westdeutschland zu seiner Zeit ganz anders als im Osten. Es wurde viel geraucht und sie bröselten sich da auch teilweise irgendetwas rein. Es hat auch seltsamer gerochen als sonst, obwohl ich nie geraucht habe. Heute weiß ich, was das ist. Es gab ganz nette Partys und auch Freundschaften, die bis heute halten. Andererseits gab es aber auch etwas bei den Studierenden, was ich als aufgesetzt empfand. Das waren zumeist diejenigen, die ein bisschen mehr Geld hatten, wo Standespartys gefeiert worden sind. Da hatte man das Gefühl vorgeführt zu werden. Von diesen Leuten habe ich mich dann bald ferngehalten und mich in die materielle Preisklasse begeben, in der man sich auch ungezwungener



bewegen konnte. Mein Freund Frank hatte weitaus intensivere Kontakte zu viel mehr Menschen, auch politischen Gruppierungen, Strömungen und Berufsqualifikationen. Ich bin lieber in die Bibliothek gegangen und habe dort gelesen.

Daniel Münzner:

Gab es Überlegungen nach dem Studium in Hamburg oder in Westdeutschland zu bleiben? Wenn nein, warum sind sie zum 2. Staatsexamen nach Parchim zurückgekehrt?

Fred Mrotzek:

Mir wäre es nach dem Ersten Staatsexamen eigentlich völlig gleich gewesen. Es gab damals schon den Kontakt zu Kersten Krüger, und dieser hatte uns sehr gut betreut. Er hat mir das Gefühl gegeben richtig zu studieren. Nach Parchim bin ich aus ganz pragmatischen Gründen zurückgegangen. Zum einen war ich eben nicht mehr verliebt. Das ist der erste Grund, da ich auch aus Parchim komme. Der zweite Grund, der viel wichtiger war; in Parchim konnte ich sofort mit dem 2. Staatsexamen beginnen. Wenn ich in Hamburg geblieben wäre, hätte ich aufgrund der vielen Studenten vielleicht viele Jahre warten müssen, bevor ich überhaupt einen Platz als Referendar bekommen hätte. Ich war nun auch schon 28, wollte das Studium endlich abschließen und sofort mit dem 2. Staatsexamen beginnen. Es waren mehr pragmatische Gründe.

Daniel Münzner:

Wovon lebte man als ostdeutscher Student in der teuren Stadt Hamburg?

Fred Mrotzek:

Ich hatte ja schon sehr frühzeitig angefangen neben dem Studium zu arbeiten, auch schon in der DDR-Zeit. Wir haben immer gearbeitet und haben ziemlich preiswert in der Nähe der Reeperbahn gewohnt. Gearbeitet haben wir zumeist nachts und am Abend. Am Tag haben wir studiert und in der Nacht hatten wir immer etwas, wo wir arbeiten konnten. Damals empfand ich es als sehr einfach, Geld zu verdienen. Ich habe Dächer begrünt. Wenn man in Hamburg ein Haus baut, muss man eine Art Grünenabgabe bezahlen oder man muss neues Grün schaffen. Damals war es sehr angesagt, sich einen Dachgarten anzulegen, was nur Leute können, die viel Geld haben. Am Sonnabend und Sonntag sind wir dieser Tätigkeit nachgegangen.

Im Keller eines in Konkurs gegangenen Apothekers haben wir zusammen mit Polen pharmazeutische Produkte abgepackt, zum Beispiel Bruststraffungsmittel oder Potenzmittel. Nach dem Seminar konnte man um 18 Uhr dort hingehen und bis morgens um drei Uhr arbeiten. Das war dem Mann auch ganz lieb. Vielleicht waren um diese Zeit die Razzien nicht so häufig. Nachdem man fertig war, bekam

man von ihm das Geld bar auf die Hand. In einer Nacht verdiente man so um die 90 oder 100 Westmark, was damals sehr viel war.

Aufgrund „meiner großen Klappe“ habe ich sehr früh angefangen Autos zu verkaufen. Das ist das Geschäft gewesen, mit dem die Menschen hier sehr viel Geld gemacht haben. Wenn ich dann am Wochenende nach Hause kam, habe ich bei Autohaus [...] – bei dem würde ich nicht einmal ein Fahrrad kaufen – sehr gut verdient. Die Menschen wollten unbedingt Westautos besitzen, selbst wenn diese Jahrzehnte alt waren und bereits keinen TÜV mehr hatten. Einfach alles verkaufte sich. An dieser Stelle spürte man die Kriminalität von Westdeutschland herüber schwappen. Ich empfand, dass mit den Autos auch die Kriminalität kam. Am Verkauf der Autos habe ich gut verdient, weil es eine Art Provision gab. Noch heute erinnere ich mich an einen großen Opel aus den 1970er Jahren, ein sehr großes Auto, eine drei Litermaschine. Es war Winter und normalerweise regnete es rechts beim Beifahrer rein. Da alles gefroren war, hatte ich mir angewöhnt, die Autos warm laufen zu lassen, wenn ich morgens zur Arbeit kam. Er, der Besitzer, hatte auf einem Berg ein Gartenhaus gebaut und das ganze dann Autoland genannt. Ich habe alle Autos angelassen, so dass alle Autos bei Ankunft der Kunden warm gelaufen waren, dann habe ich vor dem Kunden das Auto wieder angelassen, um zu zeigen, wie toll dieser Klang ist. Wenn sie nicht warm gelaufen wären, wäre kein einziges Auto angesprungen. Ein junger Mann kam mit einem nagelneuen Wartburg, den er gerade abgeholt hatte und sah sich ein wenig um. Den beschriebenen Opel habe ich ihm dann gezeigt und vorgeführt, wie toll doch so ein Westauto war. Eigentlich müsste man sich dafür schämen: Baujahr 1975, rechts regnet es rein. Der junge Mann stand draußen, weil ich rechts gar nicht aufgemacht hatte und man sich dort nicht hinsetzen konnte. Um den Klang des Autos zu präsentieren habe ich richtig auf das Gaspedal getreten. Der junge Mann war begeistert, fuhr eine Runde mit dem Auto und wollte es danach kaufen. Er musste lediglich noch zu seiner Mutter, um das Geld zu holen. Die Vereinbarung sah dann so aus, dass er das Geld holte und das Auto dann nachher gleich mitnehmen konnte. Die Frage war nur, was mit dem neuen Wartburg geschehen sollte. Wir hatten klare Anweisungen von Herrn Kühn die Ostautos für wenig Geld zu kaufen, womit Herr Kühn selbst sehr viel Geld machte. Für 800 Mark wurde der Wartburg dann vom Kunden abgekauft, während der Opel 7800 Mark kostete. Der junge Mann war froh diesen Wartburg abstoßen zu können. Mit dem „neuen“ Auto ist er denn vom Hof gefahren, ohne sich dafür zu interessieren, dass dieses Auto einen hohen Spritverbrauch von 16 Litern hatte, des Weiteren steuerlich sehr teuer war und ihn hätte ruinieren können. All dies war egal. Hauptsache war ein Westauto zu haben. Auf diese Art und Weise wurden damals Autos verkauft. Die kapitalistischen Möglichkeiten, die der Westen mit sich brachte habe ich voll ausgeschöpft, das lief damals sehr gut. Heute ist es sicherlich weitaus schwerer.

Daniel Münzner:

Für die Studierenden verlängerte sich ihr Studium durch staatlichen Beschluss plötzlich um zwei Jahre. Wie haben die Studierenden dies finanziert? Gab es eine Art „Sonder-BAFöG“?

Fred Mrotzek:

Wie waren sofort als Studenten in die Möglichkeiten der Bundesrepublik integriert und hatten alle Vergünstigungen, die Studierende damals hatten. Die finanziellen staatlichen Möglichkeiten wie BAFöG beispielsweise, die sich durch die Wende eröffneten, standen uns von Anfang an zur Verfügung. Wir haben dies beantragt und es auch in der entsprechenden Weise bekommen. Aber ich hatte ja vorhin schon gesagt, dass wir mit dem Geld keine Probleme hatten, da wir so viel gearbeitet haben. Ich kenne keinen, der sich beklagt hat, dass er zu wenig Geld hatte. Doch kannte ich eine ganze Menge an Leuten, die als Studenten sehr viel Geld verdienten und auch etwas angespart haben so 10.000 bis 15.000 Mark. Das war ein Boom. Die Verlängerung des Studiums durch staatlichen Beschluss wurde heiß diskutiert. Ich war vorher in Hamburg und für mich war das vollkommen klar, dass das gerechtfertigt ist. Als Strafe habe ich es auch nicht empfunden, sondern mich eigentlich darüber gefreut, dass ich nach zwei Jahren einen vernünftigen Abschluss als Gymnasiallehrer machen konnte, der dem der westdeutschen Studenten gleichberechtigt war. Auch ich wollte mich mit einem vernünftigen Abschluss in den Westländern bewerben können.

Die Masse der anderen Studenten hat das sehr kritisch gesehen. Es war von Strafstudium die Rede, von dummen Osis und so weiter. Auch heute noch bin ich der Meinung, dass es damals gerechtfertigt war, uns die zwei Jahre weiter studieren zu lassen. Das Problem war, dass man sich nicht entscheiden konnte, welche Leistungen erbracht werden sollten, und dies wechselte permanent. Die Rede war davon, dass wir 60 Semesterwochenstunden machen sollten, dann wurde aber nicht gesagt, dass wir richtige Leistungsscheine benötigen, sondern ursprünglich war festgelegt worden, dass wir Übungen, Seminare und Vorlesungen besuchen und Scheine für 60 SWS vorlegen könnten. Nach einem Jahr wurde es dann geändert, und wir sollten auch schriftliche Leistungen erbringen, was eigentlich logisch ist. Dennoch hätte es zu Anfang gesagt werden sollen und nicht, als wir uns zur Prüfung anmelden wollten. Es kam die Frage nach den Leistungsscheinen. Das wiederum hatte man uns aber nicht gesagt. An diesem Punkt haben wir uns an Herrn Krüger gewandt und schilderten ihm das Problem. Wir hatten unter anderen Bedingungen begonnen, die inmitten des Studiums geändert worden sind. Mitbekommen haben wir das gar nicht so, weil wir viel in Hamburg waren. Herr Krüger setzte sich damals sehr für uns ein, wodurch wir ein Gespräch mit dem SDEA hatten, dem Stellvertretenden Direktor für Erziehung und Ausbildung. Bei einer Unterhaltung mit ihm engagierte sich Herr Krüger für uns mit den Argumenten,

dass wir Vertrauensschutz hätten, weil wir unter anderen Bedingungen begonnen hätten. Schließlich könnten die Studenten nichts dafür, wenn die Bedingungen geändert würden. Wenn das so weiter gehe, könne jeder Student mit Aussicht auf Erfolg vor das Verwaltungsgericht ziehen, sagte er. Realistisch war das kaum, denn bis zu einem Urteil hätte es vielleicht fünf Jahre gedauert, aber das wussten man ja nicht. Das fand ich damals sehr mutig. Es zeigte, dass man nicht nur ein Rechtsstaat, sondern auch eine Rechtswegstaat war. Man war nicht mehr so machtlos wie in der DDR. Danach haben wir ganz normal unseren Abschluss gemacht, genau so, wie Sie das heute auch machen. Das Staatsexamen bestand aus der schriftlichen Arbeit, der fünfstündigen Klausuren und der mündlichen Prüfung.

Kersten Krüger:

Es war der gewollte Systemwechsel. Das Zusatzstudium war ja nicht nur da, um einen gleichwertigen Abschluss für die Lehrämter in den Alten Bundesländern zu erhalten, sondern auch, um die bisher vernachlässigten, verschwiegenen und absichtlich vernichteten Inhalte frei nachzustudieren. Im Fach Geschichte gab es ja weite Bereiche, die in der marxistischen Geschichtsschreibung überhaupt nicht erwähnt wurden. Wir hatten schon kurz darüber gesprochen, dass nur hinter vorgehaltener Hand beim Bier gesagt wurde, es gab mal einen Hitler-Stalin-Pakt. In der Ausbildung kam das gar nicht vor. Die notwendige Ergänzung war der inhaltliche Anspruch eines viersemestrigen Zusatzstudiums. Dieses war mit wenigen Leistungsanforderungen verbunden und bot die Chance, im Wege der neu gewonnenen akademischen Freiheit sich selbstständig nach eigenem Qualifikationsinteresse umzutun.

Fred Mrotzek:

Bei vielen Sachen, wie dem Finnland-Krieg, dem Verhältnis Münzer und Luther fing das schon an. Thomas Münzer war immer ein Gott gewesen, Politoffizier der Bauern. Die Frage der Frühbürgerlichen Revolution wurde bei uns ganz anders gesehen. Keiner wurde gezwungen weiter zu studieren, aber es wurde die Möglichkeit gegeben. Ich hätte mich auch verweigern können, hätte die zwei Jahre nicht weiter studiert und wäre genauso Lehrer geworden wie alle anderen auch. Die Mehrzahl hat das aus Protest so gemacht und dachte sich, ich mache kein Staatsexamen nach zwei weiteren Jahren, sondern mache genau den Abschluss, den ich mir 1987 ausgesucht habe und gehe danach in die Schule ohne Staatsexamen. Diese Personen sind heute genauso wie die anderen auch Lehrer. Es wurde keiner gezwungen, das darf man nicht vergessen, es galt Freiwilligkeit.

Daniel Münzner:

Herr Maeß<sup>5</sup> hat in seinem Zeitzeugengespräch seine Vision beschrieben, eine Erneuerung aus der Universität Rostock selbst zu gestalten. Sie haben jedoch ob der „antiquierten“ Lehrinhalte die Universität Rostock in Richtung Hamburg verlassen. Gab es so etwas wie eine inhaltliche und personelle Erneuerung aus der Hochschule heraus, insbesondere im Fach Geschichte?

Fred Mrotzek:

Herr Maeß hat mit seiner Äußerung für den Bereich der Mathematik vollkommen Recht, ebenso in weiten Teilen der Naturwissenschaften. In der Geschichte war die Situation ganz anders. Sie war vor allem auch durch die Mitarbeiter der Staatssicherheit (IM) sehr belastet. Ich habe einmal die Zahl gehört, dass jeder Dritte des Lehrkörpers IM war. Es waren sehr systemtreue Leute, die dort arbeiteten, die sich gegen jegliche Erneuerung sperrten. Die einzige Ausnahme war meines Wissens Frau Buchsteiner,<sup>6</sup> sie arbeitete allerdings noch in der Wissenschaftspublizistik. Ich kann mich daran erinnern, dass wir eine Belegarbeit über „die Kollektivierung der Landwirtschaft“ schreiben sollten und zu den Bauern gegangen sind, um diese direkt zu befragen. Wir haben das, was sie erlebt hatten, aufgeschrieben. Frau Buchsteiner war sehr davon begeistert und hat versucht etwas Neues in die Lehre zu bringen. DDR-Geschichte bestand sonst aus der Abfolge der unterschiedlichen Parteitage der SED und den vielen Protokollbänden mit Diskussionsbeiträgen. Alles, was auf dem Parteitag beschlossen worden ist, wurde darin festgehalten, wobei dies als Wahrheit genommen wurde. Zurückzuführen ist das darauf, dass ein getroffener Beschluss natürlich in den 4 oder 5 Jahren umgesetzt worden ist. Dann wurde der nächste Parteitag behandelt. So waren auch unsere Geschichtslehrbücher.

Im Fach Geschichte hat sich eine Verweigerungshaltung bei den Lehrenden sehr lange und bewusst gehalten, und dementsprechend wurden neue Akzentsetzungen verhindert. Damals glaubten einige Menschen, man wolle ihnen mit Innovationen etwas Böses antun. In den 1990er Jahren hat es ganz schlimme Situationen und Auseinandersetzungen in der Geschichte gegeben. Alle Professoren, die in diesem Bereich gearbeitet hatten, wurden ausgetauscht. Wie in den anderen Geisteswissenschaften kamen nach der Wende viele Professoren und Dozenten aus dem Westen – anders als in den Naturwissenschaften, wo fast alle übernommen wurden. Insofern stellten die Geisteswissenschaften etwas Besonderes dar. Der Grund dafür war, dass die Ideologie nicht so stark in naturwis-

---

<sup>5</sup> Prof. Dr. Gerhard Maeß, siehe auch Band 1, S. 44-77; Catalogus Professorum Rostochiensium [http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000000772](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000772)

<sup>6</sup> Prof. Dr. Ilona Buchsteiner, Catalogus Professorum Rostochiensium [http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001457](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001457)

senschaftliche Fächer eingedrungen war, eins plus eins bleibt in der Mathematik zwei, unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Aufgaben kann man verändern, aber die wissenschaftlichen Erkenntnisse bleiben die gleichen.

In der Geschichte war das anders. Hier stellte sich eine enge Koalition ein zwischen drei Gruppen: erstens denen, die freiwillig gekündigt hatten, zweitens solchen, die nicht durch die Ehrenkommission gekommen waren, weil sie sich etwas zu Schulden hatten kommen lassen, und drittens denjenigen, die hier weiter beschäftigt waren. Diese Koalition reichte bis weit in die 1990er Jahre hinein und zeigte sich in Form von Feiern und Fahrten, die sie gemeinsam unternahmen. Dadurch wurde die Erneuerung des Faches Geschichte sehr erschwert, und eigentlich ist es der Arbeit von Kersten Krüger zu verdanken, dass sie überhaupt zustande kam. Jeder andere, so glaube ich, hätte das Handtuch geworfen.

Die erwähnte Koalition gelang zum Teil auch mit den Leuten, die Anfang der 1990er Jahre hier Professuren vertraten – Wissenschaftlern aus Westdeutschland, die mit einer Hoffnung auf Festanstellung hierher kamen. Man suchte sich sehr frühzeitig mit ihnen zu verbrüdern. Ich hatte immer das Gefühl, das sei die dritte oder vierte Kategorie von Wissenschaftlern gewesen, die im Westen keine Stellen bekamen.

Anne Schell-Dieckel:

Sind sie einmal mit dem DDR System in Konflikt geraten?

Fred Mrotzek:

Einmal wegen zu schnellen Fahrens. Aber habe ich Ihnen die Geschichte erzählt, wie mich die Stasi verhört hat? Das ist mir auch erst nachts eingefallen, dass ich das unbedingt erzählen muss. Da nenne ich auch einmal Namen, weil es wirklich so gewesen ist. An einem Dienstag früh nach dem „Sowjetunion-Seminar“ um 10,45 Uhr steht Professor Dr. Münch unten am Seminarraum und erwartet mich. Ich war ganz erstaunt und wunderte mich, seit wann ich von Dr. Münch erwartet werde. Er sagte zu mir: „Herr Mrotzek hier will sie jemand sprechen. Kommen sie bitte am gleichen Tag zu einer bestimmten Uhrzeit in das Büro des SDEA,“ – dem Stellvertretenden Direktor für Erziehung und Ausbildung, das war ein wichtiger Posten in der Sektion – „dort möchte jemand mit Ihnen sprechen.“ Es hatte schon in den Monaten zuvor schon ganz seltsame Besuche gegeben, aber ich war jedes Mal nicht da und dachte schon, meine Kommilitonen würden mich auf den Arm nehmen. Sie sagten, es sei jemand im Ledermantel da gewesen, der wolle „Genosse Mrotzek“ sprechen.

Sofort wusste ich, was los war und habe dann meine Freunde und und Freundin informiert. Wie verhält man sich? Ich bin kein Kirchenmitglied, sonst konnte man zum Pastor gehen und diesem sagen, dass man von der Staatsicherheit vorgeladen worden war. Von ihm bekam man dann die Frage beantwortet, wie man

sich verhalten solle. Am frühen oder späten Nachmittag bin ich dort hingegangen; SDEA war damals Herr Münch. Ich klopfte am Büro an, und ich wurde hinein gebeten. Es kam eine ganze Menge an Professoren heraus, die mich grüßten, wobei der letzte der Büroinhaber Münch war, der ebenfalls das Büro verließ. Er sagte zu mir, ich solle hinein gehen. Ich stand dann im Raum mit meiner Nickelbrille und meinen eingefärbten Hosen. Hinter der Bücherwand trat ein sympathischer Herr hervor, klappte seinen Ausweis auf und sagte: „Ministerium des Inneren“, es war die Polizei. Mir war bewusst, dass der nicht vom MDI kam. Er hatte seinen Namen genannt und sagte dann: „Genosse Mrotzek, setzten wir uns.“. Da habe ich dann, möglicherweise aufgrund meiner großen Klappe erwidert: „Ich bin kein Genosse. Ich bin nicht in der SED.“ Der Mann von der „Polizei“ sagte darauf: „Dann habe ich eine falsche Information. Was nicht ist, kann noch werden.“ Ich antwortete sofort darauf: „Das glaube ich nicht.“ Er nahm dies zur Kenntnis und wir diskutierten nicht weiter darüber. Er teilte mir mit was er von mir wolle. Damals war ich in einem Kabarett, einem Ableger des „Rohrstocks“ aktiv. Wir sind viel herumgereist, waren in Leipzig, Bitterfeld, Neubrandenburg, Berlin und haben dort unser Programm aufgeführt. Es waren einfache Sketche, hauptsächlich politische Witze. Die Säle waren mit 200 Menschen voll und sie haben darüber herzlichst gelacht. Ich musste immer den dummen Parteisekretär spielen, was mir ganz großartig geglückt ist. Dabei musste ich immer durch den Saal laufen und fragen: „Bist du mein Parteisekretär, oder bist du es?“ In Bitterfeld war der Parteisekretär anwesend und ich habe, ohne es zu wissen, ihn gefragt. Der ganze Saal lachte, weil es der Parteisekretär war, der sich immer zurückgezogen hatte, sobald es brenzlich wurde. Die Chemiewerker kamen zu mir, gratulierten mir für diesen Sketch und haben Schnaps ausgegeben.

Der Mann von der „Polizei“ fragte mich, ob ich für ihn arbeiten würde und sagte: „Arbeiten Sie für das MDI!“ Da ich in diesem Land leben und Karriere machen wollte, wusste ich nicht, wie ich mich verhalten sollte. Das war im Mai 1989, und an die Wende war noch nicht zu denken. Erst einmal fragte ich ihn: „Was soll ich denn machen?“ Er erwiderte: „Es wäre schön, wenn sie uns eine Liste all ihrer Bekannten geben könnten.“ Ich antwortete ihm dann: „Es gibt hier 6.000 Studenten und 3.000 davon kenne ich bestimmt.“ Daraufhin wurde er genauer und fragte nach der Theatergruppe, in der ich Mitglied war. Also sollte es schon in Richtung der Kabarettgruppe gehen. Weiterhin stellte er sich vor, dass ich reisen solle. Da ich nicht wusste, wie ich aus dieser Situation wieder heraus kommen sollte, habe ich mich einfach herumgewunden. Dies merkte er und brachte das Druckmittel der Familie ins Spiel. Mir kam dann der Gedanke, wenn ich Familie habe und Reisen soll, kann ich nicht arbeiten, woraufhin ich eine Bezahlung verlangte. Der Mann von der „Polizei“ wollte jedoch lediglich den Aufwand entschädigen. Ein Gehalt würde es nicht geben. „Wenn ich kein Geld bekomme, kann ich das nicht machen. Weil ich mit dem Stipendium nicht aus-

komme, muss ich in meiner Freizeit arbeiten,“ sagte ich zu ihm. Seine Reaktion darauf war, ich hätte meine Freundin doch heiraten können und dann würden wir einen Ehekredit bekommen. Heiraten wollte ich aber noch nicht gleich. Wenn man geheiratet hatte, bekam man 6.000 Mark. Da es sich dabei vordergründig um einen Kredit handelte, der abbezahlt werden musste, haben wir darüber erst einmal diskutiert. Erlassen wurde die Rückzahlung nur, wenn man ganz viele Kinder bekam. Ein solcher Kredit war für mich in der momentanen Situation nicht tragbar. Was sollte ich mir denn von den 6.000 Mark kaufen, vielleicht einen Farbfernseher? Der Mann von der „Polizei“ fühlte sich angegriffen, und wir diskutierten dann letzten Endes über die Sozialpolitik der DDR. Während des Gesprächs wurde ich mutiger und er merkte wohl, dass seine Taktik bei mir nicht fruchtete und dass ich mich verweigerte. Heute weiß ich, dass man sich verweigern konnte, ohne dass man Sanktionen zu erwarten hatte. Er selbst wollte sich zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal mit mir treffen, vielleicht hätte sich ja dann meine Lage verändert und man könne zusammenarbeiten. Dieses Treffen sollte im Mai 1990 stattfinden, ist aber natürlich nie zustande gekommen. Damit war ich dann auch entlassen und ziemlich froh darüber.

Danach bin ich erst einmal ein Bier trinken gegangen und habe mich mit meinem Freund Frank getroffen. Diesem erzählte ich von dem Treffen und habe mich so dekonspiriert, weil ich wieder eine große Klappe hatte und nicht, weil ich es besser wusste. Auch anderen habe ich davon erzählt und außerdem ein wenig damit angegeben. Durch das Erzählen hatte ich mich untragbar gemacht. Möglicherweise hätte diese Sache auch anders ausgehen können.

Anne Schell-Dieckel:

Wie haben Sie die Entwicklung damals beurteilt und wie sehen Sie es aus der heutigen Perspektive?

Fred Mrotzek:

Ich beurteile meine eigene Entwicklung als eine sehr große Chance, die ich genutzt habe, und sicherlich auch durch meinen Mentor und Lehrer Kersten Krüger persönlich als unglaubliche Bereicherung. Sicherlich stagniert diese Entwicklung im Beruflichen ein wenig. Das empfinde ich nicht als schlimm, sondern als sehr schön und angenehm, an der Universität Rostock zu arbeiten. Eigentlich bin ich der freiste Mensch der Welt, und es ist ein großes Privileg sich mit Wissenschaft auseinandersetzen zu können. Mit der allgemeinen politischen Entwicklung bin ich komplett nicht einverstanden. Die SPD hat uns vernünftige Bildungspolitik versprochen und wir haben Frau Bulmahn bekommen. Ich empfinde es als zutiefst unfair, was mit der Universität Rostock gemacht worden ist. Viele Sachen, die uns oktroyiert wurden, haben zur Folge, dass sich die Arbeit vervielfacht. Die Mitarbeiter sind in ihren Stunden heruntergesetzt worden und müssen diese als



Freistunden im Sommer nehmen, wodurch sich die Korrektur von Proseminararbeiten, Hauptseminararbeiten, Staatsexamensarbeiten und Prüfungen nach hinten verlagert. Die Bedingungen sind schwerer geworden. Ich habe das Gefühl, dass man im Wahlkampf regelmäßig belogen worden ist. Ich erinnere nur an den CDU-Abgeordneten Seidel, der jetzt Wirtschaftsminister ist und im Wahlkampf gesagt hat, er würde sich für die Universität einsetzen. Als er die Wahl gewonnen hatte, war das alles nicht mehr von Bedeutung. Wenn bei einem Politiker das gebrochene Wort gilt, empfinde ich das immer als sehr unfair und hoffe, dass sie bei den nächsten Wahlen die Quittung dafür bekommen. Das ist eine ganz persönliche Meinung.

Hilde Michel:

Sie haben sehr eindrucksvoll den Aufbruch geschildert. Wie war der Dialog zwischen den verbliebenen Rostocker Dozenten und den Studenten, die in Hamburg die wissenschaftliche Freiheit kennen gelernt hatten?

Fred Mrotzek:

Der Dialog war zerstört. Wir hätten im Staatsexamen Schwierigkeiten bekommen, wenn wir nicht westdeutsche Dozenten hier gehabt hätten. Ich weiß ja, wie man prüft. In einer Prüfung kann man jeden reinlegen. Das wäre sehr problematisch geworden. Deshalb habe ich mir Prüfer ausgesucht, von denen ich meinte, sie würden mich fair prüfen. Gott sei Dank waren Ernst Münch und Kersten Krüger da, die ich in dieser Hinsicht immer sehr geschätzt habe. So ging die Prüfung dann einigermaßen gut. Meine Schwester hat dafür die Quittung bekommen und musste die große Klappe ihres Bruders ausbaden.

Kersten Krüger:

Dazu möchte ich noch sagen, dass die neuen Dozenten aus dem Westen sofort prüfungsberechtigt waren. In meinem ersten Jahr hier habe ich fast 80 mündliche Staatsexamina abgenommen. Es war eine ganze Menge und es hat sich auch nach den Personengruppen geteilt. Dabei gab es einige, die sich auch an die verbliebenen Prüfer gewandt haben. Die waren aber auch, wenn ich das polemisch sagen darf, geistig zurückgeblieben. Aber dramatisch war es nicht. Wir haben aber immer verlangt, wenn wir das bundesdeutsche System einführen, dann geht es von der Freiheit von Forschung und Lehre aus und verlangt selbst gewählte Schwerpunktbildung. Prüfungen bestehen also nicht aus einfachem Abfragen willkürlich gewählter Fakten, sondern aus wissenschaftlicher Diskussion über gezielt ausgewählte historische Probleme. Das erfordert mehr Tiefgang als Breite. Mit diesem Appell an die Freiheit von Forschung und Lehre schließen wir die Sitzung und danken unserem Zeitzeugen sowie allen Diskutanten und Teilnehmenden.

## **Die Klassische Archäologie an der Universität Rostock**

**Von Maik Landsmann und Christoph Schöne**

Der Begriff Archäologie stammt vom Griechischen *archaiologia* und heißt „Kunde von den alten Dingen“. Die Klassische Archäologie ist ein Teilgebiet der Altertumswissenschaften. Das Spektrum des Faches reicht von der Erfassung, Ausgrabung und Auswertung der Befunde über die Sammlung und Erforschung der Zeugnisse aus der Lebenswelt der Griechen und Römer bis hin zur Geschichte der antiken Kunst. Der geographische Raum, der dabei untersucht wird, konzentriert sich vor allem auf den Mittelmeerraum entsprechend der Ausdehnung des Imperium Romanum. Hinzu kommen noch jene Gebiete Asiens, die durch die Eroberungen Alexanders des Großen mit der griechischen Kultur in Berührung kamen. Der zeitliche Rahmen umfasst die Anfänge der griechischen und römischen Kultur bis hin zur Spätantike.

Das Heinrich Schliemann-Institut für Altertumswissenschaften der Universität Rostock kann auf eine lange und traditionsreiche Geschichte zurückblicken. Bereits im Jahr 1828 gründete der damals 22jährige Gräzist Franz Volkmar Fritsche, der als ordentlicher Professor für alte Sprachen nach Rostock berufen worden war, ein philologisches Seminar. Lange Zeit lag der Forschungsschwerpunkt auf den alten Sprachen. Im Jahr 1869 wurde der gebürtige Mecklenburger Heinrich Schliemann promoviert. 1875 kam Richard Förster nach Rostock, der ein umfassendes Wissen auf dem Gebiet der Archäologie besaß. Er begründete auch die Anfänge eines archäologischen Instituts. 1881 wurde er nach Kiel berufen, seine Nachfolge übernahm Gustav Körte. Unter ihm löste sich die Archäologie schließlich von der Philologie und bekam 1881 ein eigenes Institut. Er hielt der Universität die Treue und baute das Institut mit viel Sorgfalt aus. Gustav Körte war zudem auch der Begründer der noch heute geführten archäologischen Sammlung der Universität Rostock.

Die Alte Geschichte schuf sich mit der Bildung des Historischen Instituts II unter Walther Kolbe (1905–1919 in Rostock) eine separate akademische Institution. Das Extraordinariat wurde 1923 in einen Lehrstuhl umgewandelt. In der Altphilologie war bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts ein häufiger Wechsel der Lehrkräfte zu verzeichnen, darunter befanden sich so bekannte Philologen wie Eduard Schwartz, Friedrich Leo und Otto Kern. Mit der Übernahme der Professuren in der Gräzistik durch Johannes Geffcken 1907 und in der Latinistik durch Rudolf Helm 1909 folgte eine Zeit großer Kontinuität.

In der Archäologie wurde Gustav Körtes Nachfolger Carl Watzinger, der vor allem bekannt war durch seine Arbeiten über palästinische Altertümer sowie seine grundlegenden Studien über großgriechische Kunst und griechische Malerei. Als

er 1909 nach Gießen berufen wurde, folgte ihm Arnold von Salis. Als dieser 1921 früh verstarb, übernahm Gottfried von Lücken das Institut. Mit von Lücken trat auch in der Archäologie eine kontinuierliche Phase ein, da er die Leitung bis 1954 besaß. In dieser Zeit fand die archäologische Sammlung, die mit einem von Heinrich Schliemann der Universität geschenkten Gipsabdruck ihren Anfang nahm, einen großen Zuwachs an Exponaten.

Die erste Regierung des Freistaates Mecklenburg mit dem Ministerium Wendorf-Sivkowitz pflegte gegenüber der Philosophischen Fakultät der Universität Rostock ein gutes Verhältnis und schenkte ihr zum Universitätsjubiläum 1919 eine Reihe neuer Institute. Darunter befanden sich Seminare für Orientalistik, für vergleichende Religionsgeschichte, für Psychologie und für Kunstgeschichte.

Mit der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 wurden die Prozesse der quantitativen und qualitativen Ausgestaltung jäh gebremst. Die Fakultät ließ sich, durch eine nationalkonservative Grundhaltung begünstigt und getäuscht, fast widerspruchlos gleichschalten und geriet in eine Phase der akademischen und wissenschaftlichen Stagnation. Wissenschaftler, die politisch oder rassistisch nicht in das Konzept des Nationalsozialismus passten, wurden entfernt.

Der Altertumswissenschaftler Kurt von Fritz, der den für Beamte vorgeschriebenen bedingungslosen Eid auf die Person Adolf Hitlers nicht leistete, wurde in den dauernden Ruhestand versetzt. Nachfolger auf dem Lehrstuhl wurde Hans Diller. In der Latinistik löste 1937 Andreas Thierfelder den in den Ruhestand tretenden Rudolf Helm ab. Auch während der Kriegszeit wurde der Lehrbetrieb unter den allgemeinen Einschränkungen aufrechterhalten.

Nach dem Ende des Krieges vollzog sich der akademische Wiederaufbau in Rostock zunächst unter dem Zeichen einer antifaschistischen-demokratischen Erneuerung. Im Jahre 1946 wurde die Universität wieder eröffnet und jene Hochschullehrer, die sich im Nationalsozialismus ihre Integrität bewahren konnten, nahmen den Lehrbetrieb allmählich wieder auf. Dies galt für die Altertumswissenschaftler Ernst Hohl, Gottfried von Lücken, Rudolf Helm, der trotz Pensionierung nochmals bis 1953 seine Tätigkeit in Rostock aufnahm, und dem Gräzisten Hermann Kleinknecht.

Aber schon zu Beginn der 50er Jahre gerieten die Einzeldisziplinen der Altertumswissenschaften unter massiven Druck im Rahmen der sich abzeichnenden Zweiten, der „sozialistischen“ Hochschulreform. Im Jahr 1965 schlossen sich die bis dahin selbstständigen altertumswissenschaftlichen Fächer zu einem Komplexinstitut zusammen. Dies konnte die Austrocknung der „kleinen“ Fächer aber nur verlangsamen. Sie wurden auf einen minimalen Personalbestand reduziert und in andere wissenschaftliche Einrichtungen der Fakultät eingegliedert. Die Altertumswissenschaften wurden so der allgemeinen Geschichtswissenschaften zugeordnet. Im Zuge der Dritten Hochschulreform 1969 wurde auch die

Philosophische Fakultät aufgelöst und durch die Fakultät für Gesellschaftswissenschaften ersetzt. An eine wissenschaftsinterne Selbstverwaltung war nicht mehr zu denken. Die Forschung wurde zentralistisch und administrativ geleitet und geplant. Seitdem konnte fast nur noch Grundlagenwissen vermittelt werden.

Trotzdem gab es auch in dieser Zeit bei den Altertumswissenschaften eine Reihe von kleineren Erfolgen. Seit den siebziger Jahren war es der Klassischen Archäologie möglich, sich an Ausgrabungen an der rumänischen Schwarzmeerküste zu beteiligen. Die Alte Geschichte überlebte mit ihren Forschungen zum Römischen Recht, die Ur- und Frühgeschichte mit ihren Arbeiten zum Seddiner Königsgrab.

Mit der Neubegründung der Philosophischen Fakultät 1990 konnte im Institut für Altertumswissenschaften der Lehrbetrieb im WS 1991/92 in seiner ganzen Breite wieder aufgenommen werden. Die archäologische Sammlung, die in den Nachkriegsjahren eine große Dezimierung erfahren hatte, befindet sich heute wieder im Aufbau und kann mit ihrem breit gefächerten Exponaten nach Anmeldung in den neu eingerichteten Ausstellungsräumen besichtigt werden.

Zur Erinnerung an den Troja-Entdecker und einstigen Promovierten Heinrich Schliemann trägt das Institut seit dem Wintersemester 2004/05 seinen Namen.

#### Literaturhinweise:

Hölscher, Tonio: Klassische Archäologie Grundwissen. Darmstadt 2002.

Lücken, Gottfried von: Zur Entwicklung der Altertumswissenschaft an der Universität Rostock. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock 13, Jg. 1964, S. 198-200.

Sinn, Ulrich: Einführung in die Klassische Archäologie. München 2000.

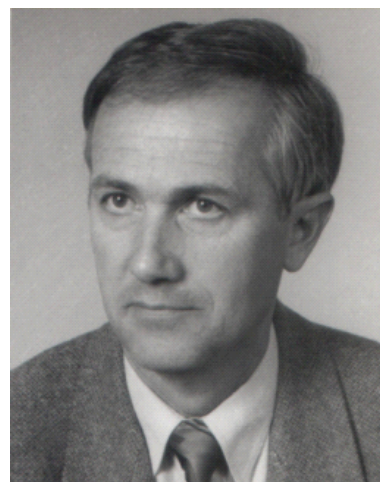
Staszak, Hans-Jürgen: Die Philosophische Fakultät. In: 575 Jahre Universität Rostock. Mögen viele Lehrmeinungen um die eine Wahrheit ringen. Rostock 1994, S. 120.

<http://www.altertum.uni-rostock.de/faecher/klassische-archaeologie.html>  
(Stand 12.08.2007, 21.31).

<http://www.altertum.uni-rostock.de/institutsgeschichte.html>  
(Stand 12.08.2007, 21.33).

## Zimmermann, Konrad

Auszug aus dem  
Catalogus Professorum Rostochiensium  
([http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001864](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001864))  
vom 20.05.2008




---

<i>akademischer Titel:</i>	Prof. Dr. sc. phil.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	1987-92 Hochschuldozent für Klassische Archäologie 1992-2005 Professor (C4) für Klassische Archäologie
<i>Fakultät:</i>	Sektion Geschichte (1968-1990) Philosophische Fakultät (1990- )
<i>Institut:</i>	Heinrich Schliemann-Institut für Altertumswissenschaften
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	Gesamtbereich der Klassischen Archäologie (altgriechische und römische Kunst und Kultur)

---

<i>Weitere Vornamen:</i>	Johannes Ernst
<i>Lebensdaten:</i>	geboren am 18.06.1940 in Plovdiv (Bulgarien)
<i>Konfession:</i>	evangelisch
<i>Vater:</i>	Johannes Zimmermann, Lehrer
<i>Mutter:</i>	Johanna Zimmermann, geb. Liebscher, Hausfrau
<i>Kurzbiographie:</i>	
1959	Abitur, Berlin
1959-64	Studium der Klassischen Archäologie und Altorientalistik, HU Berlin
1964-2005	Anstellung am Institut für Altertumswissenschaften der Univ. Rostock als Assistent, Oberassistent (1975), Hochschuldozent (1987) und Universitätsprofessor für Klassische Archäologie (1992)
1972-92	alleinige Vertretung der Klassischen Archäologie an der Univ. Rostock
seit 1973	Grabungstätigkeit in Histria (Rumänien)
seit 1992	Mitarbeit am DFG-Forschungsprojekt in Milet (Türkei)

*Akademische Abschlüsse:*

Studien- 1964 Dip.-Archäologe, HU Berlin  
abschluss:  
Promotion: 1969 Dr. phil., HU Berlin  
Habilitation: 1983 Dr. sc. phil., HU Berlin

---

*Akademische Selbstverwaltung:*

1991-95 Institutssprecher  
1990-2004 Mitglied im Fakultätsrat  
1994-96 Prodekan der Philosophischen Fakultät  
1998-2000 Prodekan der Philosophischen Fakultät  
1990-96 Mitglied des Konzils  
1998-2004 Mitglied des Konzils

*Funktionen:*

1991-94 Ortsvorsitzender Rostock des Deutschen Hochschulverbandes  
1992-96 Vorstandsmitglied im Deutschen Archäologen-Verband  
1993-97 Mitglied in der Studienkommission der Mommsen-Gesellschaft  
1993-2008 Mitglied der Zentralkommission des Deutschen Archäologischen Instituts, Berlin

*wissenschaftliche Mitgliedschaften:*

Winckelmann-Gesellschaft e. V. Stendal  
Deutscher Archäologen-Verband e. V.  
Mommsen-Gesellschaft  
Deutsches Archäologisches Institut

---

*Werke (Auswahl):*

Die Dresdener Antiken und Winckelmann = Schriften der Winckelmann-Gesellschaft Stendal 4, Berlin 1977.  
Tätowierte Thrakerinnen auf griechischen Vasen, in: Jahrbuch des Deutschen Archäologischen Instituts 95, 1980, 453-467.  
Zu den Dachterrakotten griechischer Zeit aus Histria, in: Xenia. Konstanzer Althistorische Vorträge und Forschungen 25, 1990, 155-177.  
Griechische Altäre in der Tempelzone von Histria, in: L'espace sacrificiel dans les civilisations méditerranéennes de l'antiquité, Lyon 1991, 147-154.  
Ἀποδότην ἀνέθηκεν... Zu einem Dachziegel mit Votivinschrift, in: Civilisations grecque et cultures antiques périphériques, Bukarest 2000, 239-251.

*Quellen:* Eigene Angaben*Weitere Literatur:*

Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender, 21. Ausgabe, München 2007, Bd. III, S. 4172.  
Gesichter der Universität Rostock. Professorinnen und Professoren stellen sich vor, Rostock 2000, S. 91-96.

**Zeitzeugenbericht von  
Prof. Dr. Konrad Zimmermann am 15. Juni 2007**

Kersten Krüger:

Wir begrüßen unseren Zeitzeugen, Herrn Professor Konrad Zimmermann, wir bitten Sie, das Wort zu nehmen.

Konrad Zimmermann:

Ich danke zunächst für die Einladung und freue mich, dass ich gegen Ende des Semesters in solch zahlenmäßig großer Runde an diesem Zeitzeugenseminar teilnehme, zu dem ich gebeten worden bin vorzutragen.

Ich werde erst etwas zu meiner Person, also im Sinne von Biographischem, ausführen und dann mein Fach und meine wissenschaftlichen Aktivitäten an der Universität Rostock vorstellen. Dann leiten wir über zu den Ereignissen und Veränderungen im Jahre 1989/1990 und danach.

Ich bin im Oktober 2005 aus dem Universitätsbetrieb altersgerecht ausgeschieden. Daraus können Sie schon errechnen, wann ich geboren bin, im Jahre 1940. Ich sage Ihnen erst etwas zu meiner Herkunft: Mein Vater war Lehrer und meine Mutter Hausfrau, wie damals üblich. Das Elternhaus war dadurch besonders geprägt, dass ich nicht in Deutschland geboren bin, sondern in Bulgarien. Das hängt damit zusammen, dass mein Vater als Lehrer im Auslandsschuldienst an einer deutschen Schule tätig war. So etwas gibt es ja auch heute noch, dass die Bundesrepublik Deutschland Schulen im Ausland unterhält, für Kinder im Ausland lebender Deutscher wie für solche des Gastlandes, deren Eltern diese eben in einer Fremdsprachenschule erziehen lassen wollen. Das hat es natürlich vor der Bundesrepublik und vor der DDR auch gegeben, und so wurde mein Vater schon in den 30er Jahren in Bulgarien, in Plovdiv, der zweitgrößten Stadt des Landes Lehrer. Meine Mutter, ebenfalls eine Deutsche, ist dann nach der Hochzeit mit nach Bulgarien gegangen – und so bin ich in Bulgarien geboren. Aber Sie merken schon, das Jahr 1940 fällt in die Anfangsphase des Zweiten Weltkrieges. Ich habe deshalb nur zwei Jahre mit meinen Eltern in Bulgarien gelebt, spreche also nicht Bulgarisch. Mein Vater wurde 1942 eingezogen, meine Mutter kehrte im Sommer desselben Jahres mit mir nach Deutschland zurück; dort wurde dann auch mein Bruder geboren.

Zu diesem frühen Kapitel meiner Kindheit gehört auch, dass mein Vater, der eben von Bulgarien aus Soldat geworden war, 1944 verwundet wurde und er-

blindete. Das hat natürlich das Familienleben und vor allem das Verhältnis der Kinder zu einem nicht mehr sehenden Vater außerordentlich geprägt. Ich greife ein wenig vor: Mein Vater hat dann nach verschiedenen Phasen der Operationen und gesundheitlichen Wiederherstellungen, mit Ausnahme natürlich des Augenlichtes, schließlich wieder eine Anstellung als Lehrer gefunden, und zwar an einer Blindenschule, was zur Folge hatte, dass er sich später als Erwachsener durch ein Zusatzstudium noch zum Blindenlehrer qualifiziert hat. Sie merken schon, warum ich das so besonders ausbreite, weil das Aufgehobensein in der Familie für meine frühe Entwicklung von entscheidender Bedeutung gewesen ist. Sonst bin ich ganz normal nach Ende des Krieges, also 1946, in die Schule gekommen, allerdings mit Ortswechsel, weil diese Blindenschule, an der mein Vater tätig wurde, sich in Königs Wusterhausen bei Berlin befand – eben nicht in dem Bereich, wo meine Eltern zunächst herkamen, aus dem Erzgebirge. Es handelte sich um eine Internatsschule, und auch die Lehrerfamilien wohnten auf dem Schulgelände, so dass ich im Grunde mit gleichaltrigen behinderten Kindern aufgewachsen bin und auch sehr nette Freundschaften geschlossen habe, manche haben lange angedauert.

Meine Kindheit ist auch von häufigen Schulwechseln gekennzeichnet. Im Grunde habe ich zweimal die Schule gewechselt, das heißt drei verschiedene Schulen kennen gelernt. Der erste Schulwechsel 1952 war durch die berufliche Entwicklung meines Vaters verursacht, der zweite Schulwechsel hing dann schon mit meinen Studienabsichten zusammen. Sie wissen, dass das Schulsystem der DDR über eine Grundschule bis zur 8. Klasse verfügte, auf die dann die Oberschule (sie hieß später Erweiterte Oberschule) folgte. Dieser Schnitt am Ende der 8. Klasse fiel in das Jahr 1954, anschließend besuchte ich einen so genannten neusprachlichen Zug mit Russisch als erster und Französisch als zweiter Fremdsprache. Als ich 15 oder 16 Jahre alt war, entwickelte sich in mir immer deutlicher eine Neigung zu den Altertumswissenschaften, spezieller für den Teilbereich Archäologie – nicht zuletzt bedingt durch Lektüre, durch die Nähe Berlins, seiner Museen und seines Kulturangebotes. Da haben meine Eltern – und das rechne ich ihnen bis heute sehr hoch an – mit Kämpfen erreicht, dass ich auf Grund eines noch um einige Jahre voraus liegenden späteren Studienwunsches die Schule wechseln konnte. Es war nämlich klar, wer das Fach Klassische Archäologie und damit die griechisch-römische Kultur im Mittelmeerraum studiert, der muss die alten Sprachen lernen, also Latein und Griechisch. Das war in dieser kleinen Kreisstadt nicht möglich, und so musste erneut ein Schulwechsel her. Mit Eingaben beim örtlichen Schulrat wurde erreicht, dass ich nach der 10. Klasse, also mit 16 Jahren, auf eine Spezialschule nach Berlin wechseln konnte, allerdings unter Einbuße eines Schuljahres. Wenn Sie es genauer nehmen, bin ich quasi sitzen geblieben, denn ich habe die 10. Klasse zweimal besucht, weil es nicht möglich war, auf einen Schlag zwei Jahre Latein und ein Jahr Griechisch nachzuholen. So habe ich die 10. Klasse wiederholt und brauchte im Grunde nur ein



Jahr Latein aufzuholen, denn Griechisch begann erst in der 10. Klasse. Am Ende habe ich also 13 Jahre Schule besucht, wie das in den alten Bundesländern üblich, in der DDR dagegen unüblich war. Sie werden gleich hören, dass das dann auch noch einen günstigen Nebeneffekt hatte.

Die Schule, die ich in Berlin besuchte, war eine der acht Schulen mit Alt-sprachenunterricht, die es in der DDR gab; eine weitere befand sich beispielsweise in Rostock, andere waren die Thomas-Schule in Leipzig, die Kreuz-Schule in Dresden, weitere in Erfurt, Halle und Berlin. Letztere war nun eine dem Namen nach ganz berühmte Schule, das „Berlinische Gymnasium zum Grauen Kloster“. Das ist die Schule, an der unter anderen Bismarck Schüler, der Turnvater Jahn als Lehrer tätig war – und es ließe sich vieles anführen, aber das ist jetzt nicht Aufgabe dieses Berichtes. Es handelte sich um eine Schule mit fünf parallelen Klassen pro Jahr, dreimal Latein/Griechisch und zweimal Russisch; die Russischklassen lernten seit dem 2. Schuljahr Russisch, später erfolgte Fachunterricht in Geographie, Biologie usw. in russischer Sprache. Für die DDR-Hauptstadt, also Berlin, galt sie als eine Art Eliteschule. Denn hier lernten Kinder von Leuten aus dem Regierungsapparat, von Kulturschaffenden – wenn Sie die Schriftstellerin Monika Maron kennen, sie war in einer Parallelklasse, oder der erste und letzte frei gewählte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, war eine Klasse höher und seine Schwester eine Klasse tiefer – solcherart waren meine Schulkameraden, so war das Umfeld.

Für mich war der Schulbesuch insofern schwierig, weil ich vom Stadtrand Berlins täglich – es war keine Internatsschule – in die Stadt hineinfuhr. Ich stand um 5:30 Uhr auf, es folgten eineinhalb Stunden S-Bahnfahrt. Das habe ich nicht genossen, aber genutzt, indem ich in diesen drei Jahren täglicher Schulfahrten sehr, sehr viel gelesen habe, vor allem Belletristik. Das hat mich auch, denke ich, sehr geformt. An dieser Schule habe ich dann 1959 mein Abitur gemacht. Allerdings hieß die Schule da schon nicht mehr „Berlinisches Gymnasium zum Grauen Kloster“, weil sie zwischenzeitlich als ‚reaktionäres Nest‘ ausgehoben und ihr der Name aberkannt worden war. Denn es gab Jahr für Jahr die Flucht von Mitschülern und von Lehrern; es verschwand auch die traditionsreiche Schulfahne, die später in Westberlin auftauchte. Da verfügte der Senat von Ostberlin als neue Bezeichnung „2. Oberschule Berlin-Mitte“. Also kann ich mich auf meinem Zeugnis nicht mit dem schönen alten Namen brüsten.

Die Einbuße eines Schuljahres führte dazu, dass ich genau in dem Jahr Abitur machte, als an der Humboldt-Universität in das Fach Klassische Archäologie immatrikuliert wurde – das geschah nämlich nur alle zwei Jahre und immer nur mit fünf Studenten. Es gab eine Art *numerus clausus*, der aus der Sicht der DDR, sage ich einmal ganz allgemein, auch sinnvoll war, insofern der Staat eine gewisse Garantie übernahm, denjenigen, den er studieren ließ, auch unterzubringen, nicht haargenau, aber es gab diese staatliche Verpflichtung. Mehr konnte sich

die DDR auch nicht leisten, denn Klassische Archäologen brauchte man nicht all zu viele. Das war insofern günstig, als es nur noch in Jena die Möglichkeit gab, das Fach zu studieren. So gab es dann – bei einem normalen Schwund – pro Jahr im Fach vier oder drei Absolventen in der DDR.

Ich hatte mich, noch als Schüler während der 12. Klasse, in dem betreffenden Universitätsinstitut vorgestellt, so dass ich dann die Zulassung auch ohne ein Eignungsgespräch bekam. Dies zeigt, dass sich, wenn man von sich aus rege war, auch manche Tür öffnete. Das war damals so, und das ist auch heute noch so. Ich habe dann fünf Jahre in Berlin mit dem Hauptfach Klassische Archäologie und einem Nebenfach studiert. Für letzteres gab es verschiedene Möglichkeiten, man hätte mit Kunstgeschichte, mit Ur- und Frühgeschichte kombinieren können, auch mit den alten Sprachen, aber ich hatte die Marotte, Vorderasiatische Archäologie beziehungsweise Altorientalistik zu belegen. Das ist eine Disziplin, in der Geschichte, Sprache und materielle Kultur noch nicht so stark differenziert sind. So war es für mich ziemlich überraschend, dass das Studium vor allen Dingen darin bestand, Akkadisch und Sumerisch, also Keilschrift zu lernen und natürlich Vorlesungen zur Geschichte und ähnliches zu hören. Das war ein mühsames Geschäft; und da ich nach dem Studium niemals in diesem Metier tätig geworden bin, ist auch sehr viel verflogen, das muss ich ganz offen gestehen. An der Humboldt-Universität, einer Universität mit einem erheblichen Renommee, gab es auch zu DDR-Zeiten sehr gute akademische Lehrer, das ging in meinem eigenen Fach los, aber auch in den möglichen Neben- und angrenzenden Fächern gab es namhafte Wissenschaftler, etwa die Religionswissenschaftlerin und Philosophin Liselotte Richter,<sup>1</sup> bei der ich antike Philosophie hörte, den Kirchenhistoriker Alfred Raddatz,<sup>2</sup> die Althistorikerin Liselotte Welskopf,<sup>3</sup> ganz system-konform – bekannt durch große Indianerromane wie „Die Söhne der großen Bärin“ –, den Altphilologen Werner Hartke,<sup>4</sup> der zuvor in Rostock die Klassische Philologie

---

<sup>1</sup> Liselotte Richter (1906 – 1968), erste deutsche Professorin für Philosophie.

<sup>2</sup> Alfred Raddatz (1918 – 2006), seit 1971 Professor für Kirchengeschichte, Christliche Archäologie und kirchliche Kunst an der Universität Wien.

<sup>3</sup> Liselotte Welskopf-Henrich (1901 – 1979); vgl. Stark, Isolde (Hrsg.): Elisabeth Charlotte Welskopf und die Alte Geschichte in der DDR, Stuttgart 2005; – Welskopf, Elisabeth Charlotte (Hrsg.): Hellenische Poleis: Krise, Wandlung, Wirkung, 4 Bde., Berlin 1974; – Welskopf-Henrich, Liselotte: Die Söhne der großen Bärin, 10. Aufl., Berlin 1960.

<sup>4</sup> Werner Hartke (1907– 1993); vgl. Scheel, Heinrich (Hrsg.): Rom und Germanien. Dem Wirken Werner Hartkes gewidmet [Ansprache und Vorträge, die am 2. März 1982 auf dem von der Klasse Gesellschaftswissenschaften II in Verbindung mit dem Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie der AdW der DDR zu Ehren des 75. Geburtstages von Werner Hartke veranstalteten Wiss. Kolloquium gehalten wurden], Berlin 1983 (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR: G, Gesellschaftswissenschaften 15).

vertreten hatte, hier sogar Dekan gewesen war, später dann in Berlin zum Rektor der Humboldt-Universität aufstieg und am Ende noch das Amt des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR innehatte.

Zum Studium noch eine kurze Bemerkung: Die Klassische Archäologie ist ein so genanntes kleines Fach, wenn man auf die Zahl der Studierenden, Absolventen und den Lehrkörper, nicht aber auf den Gegenstand schaut. Das ist in der Regel auch heute noch so, sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern; und so war es auch zu DDR-Zeiten: Es gab immer nur einen Professor mit wenigen Mitarbeitern, die dann einen ganzen Studiengang betreuten. Mein akademischer Lehrer<sup>5</sup> wurde nach meinem fünften Semester so krank, dass er kaum noch unterrichtete. Wir waren da schon auf zwei Studenten zusammengeschmolzen, von den fünf ursprünglich Immatrikulierten. Den Rest des Studiums betrieben wir eigentlich im Selbststudium, wurden aber durch diesen kränkelnden Professor bereits an die Wissenschaft herangeführt. Die Studenten des Berliner Winckelmann-Instituts waren nämlich in ein ‚sozialistisches Großprojekt‘ eingebunden, das die Herausgabe eines im Seemann-Verlag Leipzig erscheinenden „Lexikons der Kunst“<sup>6</sup> betraf. Dafür hatte mein Professor mit seinen Mitarbeitern den ganzen Altertumsbereich übernommen. Das war eine Aufgabe, mit der man nicht nur eigene Wissenschaftlichkeit beweisen konnte, sondern einen Lexikon-Artikel zu schreiben, erfordert besondere Qualitäten, weil dabei in der Kürze die Würze liegt. Da sind wir natürlich angeleitet worden – aber dies war im Grunde schon wissenschaftliche Tätigkeit während des Studiums.

Zusätzlich machte man pflichtgemäß im Sommer Praktika, etwa im Museum oder auf einer Grabung – letzteres meistens nach dem ersten Studienjahr. Ich habe allerdings jedes Jahr an Ausgrabungen in der Umgebung von Berlin teilgenommen, und zwar solchen der Nachbardisziplin Ur- und Frühgeschichte, das heißt der Archäologie auf heimischem Boden. Dort habe ich im Grunde meine Grabungspraxis erworben. Ja, und dann war das Studium schon beendet, und es begann die Suche nach einer Stelle.

Durch ihre Verpflichtung dazu waren meine Hochschullehrer stark gefragt. Mein Nebenfachprofessor, der an der Humboldt-Universität altorientalische Archäologie lehrte, war im Hauptamt der Generaldirektor der Ostberliner Staatlichen Museen, Gerhard Rudolf Meyer.<sup>7</sup> Er war Mitglied der NDPD – einer Block

---

<sup>5</sup> Ludger Alscher (1916-1985); vgl. Schindler, Wolfgang: Ludger Alscher, 1916-1985, in: Archäologenbildnisse (Hrsg. R. Lullies/W. Schiering), Mainz 1988, 319-320.

<sup>6</sup> Lexikon der Kunst, 5 Bde., Leipzig 1968-1978; dieses Lexikon hat mehrere Auflagen erlebt und ist dann nach der Wende vom Seemann-Verlag in einen bundesdeutschen Verlag gewechselt und erweitert worden

<sup>7</sup> Gerhard Rudolf Meyer (1908-1977); vgl. Meyer, Gerhard Rudolf: Altorientalische Denkmäler im Vorderasiatischen Museum zu Berlin, Leipzig 1965; Ders.: Berlin Museumsinsel, Leipzig

partei – und stieg mit seinem Renommee bis zum Abgeordneten der Volkskammer auf. Als Generaldirektor der Staatlichen Museen hatte er Beziehungen, und der Zufall wollte es, dass er in den 30er Jahren vorübergehend in Rostock studiert hatte. Dort hatte die Landesregierung 1919 aus Anlass des 500jährigen Jubiläums der Universität Rostock einige neue Lehrstühle geschaffen, unter anderen für Kunstgeschichte und für Altorientalistik. Rostock zog Studenten dieser Fächer an, eben auch Gerhard Rudolf Meyer. Hier lernte er den klassischen Archäologen, Gottfried von Lücken,<sup>8</sup> kennen. Dieser war auch nach dem Krieg noch an der Universität Rostock tätig – schon hoch betagt – und hatte Kontakt zum Generaldirektor der Berliner Museen. Eines Tages fragte mich Professor Meyer schulterklopfend, ob ich schon eine Stelle hätte? Das verneinte ich. Nach einiger Zeit hieß es, der Rostocker Professor von Lücken komme nach Berlin, und ich sollte ihm vorgestellt werden. Daraus ergab sich, dass hier in Rostock eine auf meine Person zugeschnittene Stelle geschaffen wurde.

So kam es, dass ich tatsächlich nach der Sommerpause des Jahres 1964, nach meinem Diplomexamen, in Rostock eine Assistenz bei Gottfried von Lücken antrat, der sich bereits im 81. Lebensjahr befand. Ich habe dann sehr schnell für eine Festschrift gesorgt. Gottfried von Lücken war 1883 geboren und hatte noch vor dem Ersten Weltkrieg studiert, in seiner Person war also fast ein ganzes Jahrhundert eingeschlossen. Ich wurde sein erster archäologischer Assistent – bisher hatte er immer einen Kunsthistoriker oder einen Altphilologen an seiner Seite gehabt –, und das passierte ihm mit über 80 Jahren. Wir haben dann noch acht Jahre hier in Rostock gemeinsam gewirkt, bis er 1972 in die Bundesrepublik übersiedelte und später in München verstarb. Er ist weit über 90 Jahre alt geworden und war eine imposante Erscheinung mit schlohweißem Haar. Wenn Sie ältere Leute heutzutage hier in Rostock fragen, der eine oder andere wird sich noch an ihn erinnern. Übrigens hielt er immer donnerstags von 17 bis 18 Uhr öffentliche Vorlesungen im Hörsaal 218. Das habe ich dann später, sozusagen in seinen Fußstapfen, fortgesetzt.

Die Assistenz war zunächst auf vier Jahre befristet und mit dem Ziel verbunden, innerhalb dieser vier Jahre zu promovieren, aber eben auch diese Assistenz auszufüllen, etwas anders, als wir das heute kennen. Ich habe dann 1969 an der Humboldt-Universität in Berlin, von der ich kam, promoviert. Dann wurde die Assistenz verlängert und aus der persönlichen Bindung an den Professor gelöst.

---

1980.

<sup>8</sup> Gottfried von Lücken (1883-1976), vgl. Zimmermann, Konrad: Gottfried von Lücken †, in: *Gnomon* 50, 1978, 221-224; Ders.: Gottfried von Lücken, 1883-1976, in: *Archäologenbildnisse* (Hrsg. R. Lullies/W. Schiering), Mainz 1988, 218-219; ferner Zimmermann, Konrad (Hrsg.), *Festschrift Gottfried von Lücken*, Rostock 1968 (*Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock* 17, 1970: Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Heft 7-10).

Da ich als parteiloses Mitglied der Philosophischen Fakultät ganz unten im Rang stand – damals fiel das noch nicht allzu sehr auf –, hat es sehr lange gedauert, bis Konsequenzen aus der Promotion im Sinne der akademischen Stufenleiter gezogen wurden. So habe ich bis 1975 warten müssen, um Oberassistent zu werden, durchaus typisch für Universitätskarrieren. Hinzufügen muss ich, dass trotz seiner Existenz das Fach Klassische Archäologie in Rostock nicht als Hauptfach studiert werden konnte. Wie ich erwähnte, bildeten allein die Humboldt-Universität und die Friedrich Schiller-Universität Jena im Hauptfach Klassische Archäologie aus. Klassische Archäologie gab es zwar außerdem in Halle, in Leipzig, in Greifswald und in Rostock, doch konnte man es in diesen vier Universitäten nur als Begleitfach belegen, so dass alle Lehrveranstaltungen im Rahmen von Nachbardisziplinen oder universitätsöffentlich stattfanden. Die Archäologen waren an der Ausbildung von Griechisch- und Lateinlehrern beteiligt, ebenso konnte man an der althistorischen Ausbildung der Historiker mitwirken. In diesem Rahmen gab es – angesichts der Verwobenheit der historischen Disziplinen – auch finanzielle Mittel für die Klassische Archäologie und deren Assistenten. Das habe ich nach Möglichkeit genutzt.

Nach meiner Promotion war es mir möglich zu reisen, allerdings nur in das mir zugängliche so genannte sozialistische Ausland. Es war an sich gut geregelt in der DDR, wenn man eine solche Studienreise beantragt und genehmigt bekam – und ich habe nahezu jeden Antrag in östliche Richtung genehmigt bekommen –, dann wurde die Reise voll finanziert. Auf diese Weise bin ich in Ungarn, Polen, Bulgarien, Rumänien und auch mehrfach in der Sowjetunion gewesen, um die dortigen Museen und antiken Sammlungen und eben auch Grabungsstätten zu sehen. Das waren meistens Reisen von drei oder vier Wochen, voll finanziert, mit Dolmetscher, besten Hotels, zwischen den Orten hin- und her geflogen, also wirklich auf Händen getragen. Ich erinnere mich noch, als ich das erste Mal nach Bukarest kam, erhielt ich einen jungen deutschstämmigen Rumänen als Betreuer, der nicht nur Deutsch sprach, sondern auch Germanistik studierte. Er erwartete unter einem Archäologen natürlich einen alten Herrn mit langem Bart und war dann sehr erstaunt, dass er einen etwa Gleichaltrigen vorfand – wir sind bis heute befreundet. Auch auf dieser Reise wurde viel gearbeitet, zugleich war es eine sehr schöne Zeit. Das hat meinen Blick sehr geweitet.

Wenn Sie sich an das Forschungsgebiet der Klassischen Archäologie erinnern: Es reicht in griechisch-römischer Zeit von ca. 1000 vor bis etwa 500 nach Christus, und geografisch von Spanien über den gesamten Mittelmeerraum und Nordafrika bis fast nach Indien. Das ist ein riesiger Bereich. Doch lagen die Kernländer des Faches – Italien, Griechenland und Kleinasien – im damaligen nichtsozialistischen oder kapitalistischen Ausland. So habe ich Vorlesungen über die Athener Akropolis gehalten, ohne je dort gestanden zu haben. Später erst

konnten wir Besuche vor Ort nachholen. Sie können ermessen, unter welchen Bedingungen bestimmte Fächer gelebt haben und nicht eigentlich blühen konnten.

Zu meinen Anfängen möchte ich noch ein Kuriosum erzählen: Mein akademischer Vorgesetzter, in gewisser Weise auch Lehrer in Rostock, Gottfried von Lücken, bekam den Auftrag, eine Kollektion antiker Keramik, die sich im Schweriner Museum befindet, in einem internationalen wissenschaftlichen Korpusunternehmen zu veröffentlichen. Heute können Sie diese besonders qualitätsvolle Sammlung antiker Vasen im Güstrower Schloss besichtigen. Bei der Veröffentlichung assistierte ich, schrieb auf der Schreibmaschine Texte und entwarf das Layout. Dabei kam mir die Idee, man könne daraus auch etwas Populärwissenschaftliches machen. Und es gelang mir, 1973 in der Inselbücherei Leipzig ein Bändchen über griechische Vasen an Hand dieser Schweriner Sammlung herauszubringen.<sup>9</sup> Die Inselbücherei ist eine sehr traditionsreiche, hoch qualitätsvolle Publikationsreihe, meist von Texten, aber auch wenigen Bildbänden. Das Vorhaben war erfolgreich, es erschienen zwei Auflagen, ich glaube 70.000 oder 80.000 Stück sind damals gedruckt worden. Das Büchlein kam im selben Jahr auch in der Bundesrepublik heraus, solche Ausnahmen gab es. Ich wurde mit einem DDR-Honorar, das jämmerlich war, abgefunden und hatte damit auch alle Rechte an dieser Sache abgetreten.

Im Jahr 1974 erhielt ich die *Facultas docendi*, das ist die Lehrbefähigung – heute bekommt man sie erst mit der Habilitation –; das war zu DDR-Zeiten möglich, wenn man entsprechend viel Lehre geleistet hatte und auch wissenschaftlich tätig war. Schließlich wurde ich 1975 Oberassistent.

In dieser Zeit, Anfang der 70er Jahre, entwickelte sich eine meiner Studienreisen zu einer ganz entscheidenden. Ich war 1971 erstmals in Rumänien und besuchte dort Ausgrabungsplätze und Museen. Dabei kam ich mit der Rumänischen Akademie der Wissenschaften und seinem Institut für Archäologie in Kontakt, dort auch mit wichtigen Personen. Und aus diesem ersten Besuch erwuchs eine Einladung, an einer der Hauptausgrabungsstätten Rumäniens mitzuarbeiten. Histria heißt der Ort an der Schwarzmeerküste; er befindet sich zwischen Donaudelta und der Hafenstadt Constanța. Hier liegt die älteste städtische Siedlung im gesamten Schwarzmeergebiet überhaupt. Damit ist es ein ganz zentraler Fundplatz, im 7. Jahrhundert vor Christus gegründet und bis ins 7. Jahrhundert nach Christus bestehend. Die Stadt wurde später nie überbaut, das stellt eine zweite Besonderheit dar. Nie überbaut heißt für die Wissenschaft: offen zugänglich für wissenschaftliche Grabungen, und zugleich die älteste griechische Siedlung der Region mit einer Geschichte von etwa 1200 bis 1300 Jahren! Dort

---

<sup>9</sup> Zimmermann, Konrad: Griechische Vasen des 7. bis 4. Jahrhunderts [IB 980], Leipzig 1973, 2. Aufl. 1978. – Vgl. von Lücken, Gottfried: Corpus Vasorum Antiquorum, DDR 1 = Schwerin, Staatliches Museum, Berlin 1972.

bin ich 1973 eingestiegen und war bis zum letzten Sommer (2006) tätig – nahezu ununterbrochen über 30 Jahre fuhr ich jeden Sommer nach Rumänien zu Ausgrabungen. Das reizt einen Archäologen ganz besonders, der praktisch arbeiten, nicht ausschließlich ‚Schreibtischtäter‘ sein will.

Bei Histria handelt sich um einen besonderen Grabungsplatz, der in der archäologischen Welt hohen Rang hat. Daher wurde dieser Ort im Sommer von vielen Wissenschaftlern – Westeuropäern und Amerikanern – besucht, die ich auf diesem Umweg im Ausland kennen lernte. Das war nicht unproblematisch, denn Sie wissen vielleicht über die DDR, dass jeder dienstliche Auslandsreisende hinterher einen Bericht zu schreiben hatte, fachlich und politisch. Solche Begegnungen musste man dann geschickt umgehen oder eben so darstellen, dass es nicht dazu führte, im nächsten Jahr nicht erneut fahren zu dürfen. Diese Kontakte haben wohl dazu beigetragen, denke ich jedenfalls, dass die ‚Person Zimmermann‘, vielleicht auch die Archäologie in Rostock bei dem einen oder anderen in jener anderen Hemisphäre bekannt wurde. Ich war auch einer der wenigen Wissenschaftler in der DDR, der im Ausland ausgrub, von den Universitäten mit dieser Konsequenz der einzige. Es gab zwar noch eine Grabung der Akademie der Wissenschaften der DDR in Bulgarien und für die Ägyptologie eine Rettungsgrabung in Verbindung mit dem UNESCO-Hilfsprogramm am Assuan-Staudamm, aber sonst nur verstreute einzelne Aktivitäten.

Im Jahr 1983 habilitierte ich mich, wieder an der Humboldt-Universität in Berlin. Sie werden sich sagen, dass zwischen 1969 und 1983 eine ziemlich lange Zeit verstrich. Man hatte mir nie Mut oder Hoffnungen gemacht, dass ich durch eine Habilitation weiter kommen könnte; da stellte sich für jeden die Frage, ob es überhaupt Sinn habe – schließlich habe ich mich dazu entschlossen. Heute, im Nachhinein, sage ich mir, man hätte viel früher Dampf machen müssen und dann vielleicht auch schneller etwas erreicht. Ich will nicht gerade sagen, dass ich behindert worden bin, aber natürlich habe ich manchmal von parteigebundenen Kollegen gehört, ob das sein müsse und was ich mir davon verspreche. Nach der Habilitation war es möglich, in Rostock Studenten auszubilden. Von 1983 bis 1988, also die fünf Jahre eines normalen DDR-Studiums, habe ich als Einzelperson im Fach Klassische Archäologie drei junge Damen etwa in Ihrem Alter hier in Rostock ausgebildet, kombiniert mit Geschichte. Das war natürlich schwierig und auch schwer zu leisten. Und da sind wir auf folgenden Trick verfallen, dass wir die Studierenden reihum an die anderen Universitäten in der DDR mit unserem Fach schickten. Damals bildete nur noch Jena aus. Wir organisierten daher den Austausch mit Berlin und Halle; Greifswald war inzwischen ganz eingestellt worden. Dadurch hatte man selbst zwei bis drei Semester mehrere Studenten, dann aber mal wieder Luft. Und die drei Damen haben bei mir auch 1988 ihr Examen gemacht. Wie Sie sehen, gab es schon Möglichkeiten für akademische Lehre, nämlich über ein Sonderkontingent des Rektors von zehn Plätzen freier, nicht

gebundener Studienrichtungen im Jahr. Die wurden 1983 der damaligen Sektion Geschichte zugeschlagen, zwar für Historiker, aber da wurden eben drei in die Archäologie abgezweigt.

Obwohl 1983 habilitiert, wurde ich erst im Februar 1987, also nach vier Jahren Dozent. Andere, die sich im gleichen Zeitraum habilitierten, wurden am Tag danach in die Dozentur berufen – sie hatten eben die entsprechenden besonderen Qualifikationen, wenn Sie so wollen. Gerechtigkeitshalber will ich aber doch sagen, dass im Januar 1989 mit mir eines unter vielen so genannten Kadergesprächen stattfand mit der Andeutung, man könne vielleicht in den Altertumswissenschaften wieder eine Professur errichten. Daran konnte man erkennen, was man mit mir vorhatte. Es ist nicht mehr dazu gekommen, weil die Wende dazwischenkam. Unter Umständen wäre ich zu DDR-Zeiten noch ein Jahr früher Professor geworden als dann in der Nachwendezeit. So spielt halt das Leben.

Um meine Biografie abzurunden, berichte ich über die Entwicklung der Altertumswissenschaften an der Universität Rostock nach 1989: Im Herbst 1992, also bei der ersten Runde der Ernennung von Professoren nach der Wende, wurde ich als Lehrstuhlinhaber für das Gebiet der Klassischen Archäologie berufen. Schon im Jahr zuvor hatte man in die Fächer der Altertumskunde immatrikuliert – und dann ging es auf einmal ganz normal zu, normal im Sinne eines vollen akademischen Lebens. So habe ich 13 Jahre als Professor – 14 Jahre insgesamt – hier in Rostock Studenten ausgebildet, das waren sicher über 100. Unsere Fächer blühten sehr schnell auf, jedes bekam einen Assistenten, Mitarbeiter, Sachmittel und neue Räume – also es war wirklich ein Neubeginn. Als ich dann 2005 emeritiert wurde, kam innerhalb von drei Monaten mein Nachfolger ins Amt, ein ganz seltener Fall.

Persönliches möchte ich nachtragen. Ich bin seit 1974 verheiratet. Meine Frau war Oberärztin, zuletzt Professorin an der Hautklinik Rostock. Wir haben zwei Kinder, die Ende 20 bzw. Anfang 30 sind und bereits im Berufsleben stehen.

Es ist leicht ersichtlich, dass mein gesamtes Berufsleben mit der hiesigen Universität verbunden ist. Auch das ist ein typisches DDR-Schicksal, wenn Sie so wollen, und wäre ganz untypisch für die akademische Entwicklung eines altbundesdeutschen Fachvertreters. Heute zählt ja die Mobilität, der Wechsel – das war zu DDR-Zeiten nicht üblich. Man erklohm an der eigenen Universität die Stufenleiter, so weit es ging, oder man blieb irgendwo stecken. Der Wechsel der Universität auch als Student kam eigentlich nur vor, wenn irgendetwas vorgefallen war, was nicht zur Exmatrikulation führte, sondern eben zu einer Art universitätsstrafrechtlicher Versetzung. Das hing mit den Kontingentierungen und Ähnlichem zusammen. Sie sehen, ich bin mit der Universität sehr verbunden, 41 Jahre lang, fast auf den Tag genau. Und aus meiner Biografie haben Sie auch gesehen, dass ich spätestens seit 1972, eigentlich seit 1964 neben dem betagten Herrn von Lücken, der alleinige Fachvertreter war.



Auch in der Latinistik, in der Gräzistik, in der Alten Geschichte lief der Betrieb auf ganz kleiner Sparflamme. Die Professuren waren verschwunden, aber es gab noch Assistenten oder Dozenten. Die Fächer waren eben vorhanden, und das war nach der Wende außerordentlich wichtig. Auch wenn wir lange Jahre ohne Studenten blieben, leisteten wir unser Lehrdeputat, wenn Sie so wollen, durch öffentliche Vorlesungen oder durch Einbau in andere Fächer. Selber lehrte ich lange Jahre für die Kunsthistoriker in Greifswald antike Kunstgeschichte, fuhr alle 14 Tage für einen Freitag/Sonabend an die Nachbaruniversität und hielt dort meine Lehrveranstaltungen. Auch suchte ich andere Wege, um mehr in der Forschung und in der Konferenztätigkeit auf Rostock (und damit letztlich auch auf mich) aufmerksam zu machen. Wir haben in Rostock in diesem kleinen Kollektiv – so nannte man das ja damals – von vier Altertumswissenschaftlern eine ganze Reihe von internationalen Kongressen durchgeführt, wieder durch Anwendung eines Tricks. International bedeutet ja, dass man Leute aus verschiedenen Himmelsrichtungen, nicht nur aus der östlichen, nach Rostock holte. Damals haben wir uns mit einem Partnerinstitut der DDR-Akademie zusammengetan, denn die Akademie konnte – bedingt durch ihre Unterstellung – Westeuropäer einladen. So hielten wir beispielsweise in meinem zweiten Jahr in Rostock, also 1966, eine wirklich große Konferenz über die griechische Vase in Schwerin ab, wohin etwa 60 Wissenschaftler kamen: aus der Bundesrepublik, aber auch aus Norwegen, Ungarn, Großbritannien, natürlich auch bedeutende Kollegen aus der Eremitage im (damaligen) Leningrad und vom Puschkin-Museum in Moskau. Solchen Aktivitäten widmeten wir uns mehrfach und publizierten darüber in der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Universität Rostock. Da sind allein von mir vier oder fünf sehr stattliche Bände dieser Kongressmaterialien vorgelegt worden.<sup>10</sup> Mit diesen Veröffentlichungen versuchten wir zu tauschen, denn mit den uns zugewiesenen Mitteln der so genannten harten Währung konnten wir höchstens ein paar Zeitschriften-Abonnements aufrecht erhalten, aber keine Bücher aus dem Westen kaufen. So haben wir uns bemüht, den Bibliotheksbestand ein wenig aufzubessern.

Es gab auch verschiedene Formen der Öffentlichkeitsarbeit: Ich habe in Rostock an zwei größeren Ausstellungen in der Kunsthalle am Schwanenteich mitgewirkt. Einmal über antike Kleinkunst; dafür haben wir aus allen DDR-Sammlungen, staatlichen wie universitären, Kleinkunst – das sind nicht allzu

---

<sup>10</sup> Vgl. – neben der Festschrift Gottfried von Lücken (Anm.8) – Die griechische Vase, Rostock 1967 (Wiss. Zeitschrift der Universität Rostock: Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, Heft 7-10); Altertumswissenschaftliche Beiträge aus Rostock und Leningrad, Rostock 1970 (ebenda 19, 1970, Heft G 8); Vergleich und Analogieschluß in den Altertumswissenschaften, Rostock 1988 (ebenda 37, 1988, Heft G 2); Der Stilbegriff in den Altertumswissenschaften, Rostock 1993.

große, antike originale Werke – in der oberen Etage ausgestellt.<sup>11</sup> Danach wurde noch eine Ausstellung über altorientalische Kunst mit Stücken der Staatlichen Museen zu Berlin auf die Beine gestellt. Sie sehen, auch in diesem Bereich bestanden Möglichkeiten. Unter dem Dach des Kulturbundes der DDR (früher Deutscher Kulturbund) existierten verschiedene Interessensparten, so auch eine für die Antike, geleitet von einem Altphilologen; dort haben wir Vorträge gehalten. Einige Jahre war ich der Vorsitzende der „Kunstfreunde Rostock“ an der Kunsthalle Rostock. Wir nutzten also alle Möglichkeiten, unsere Fächer ins Gespräch zu bringen und anderen etwas anzubieten.

In diese lange Zeit meiner Tätigkeit in der DDR fällt auch eine Ausnahme-Westreise: Ich hatte durch meine Ausgrabungstätigkeit in Rumänien einen nur etwas jüngeren Franzosen kennen gelernt, der an einem Forschungsinstitut in Lyon tätig war, das damals ganz moderne Methoden der Keramikanalyse entwickelte, mit denen man anhand von Tonproben bestimmte Herkunftszuweisungen machen und auf diese Weise relevante Fragen klären konnte. Von dort kam eine Einladung, voll finanziert – das war schon immer die Voraussetzung, dass der Einladende außer dem Flug möglichst auch noch die Fahrt von Rostock nach Berlin mit übernahm, und alles andere auch. Dieser Reiseplan war eigentlich eine Totgeburt, aber er kam dann doch zustande, weil der Direktor eines entsprechenden Akademieinstitutes Interesse hatte, dass einmal jemand aus der DDR sich dieses Forschungsinstitut ansieht. Ich will das nicht gerade Wissenschaftsspionage nennen, das wäre zu hoch gegriffen. Das Einladungsschreiben an die Universität Rostock führte schließlich dazu, dass eine Ausnahmegenehmigung erteilt wurde und ich auf diese Weise in Lyon und in Paris war, also wenigstens einmal über den Tellerrand in westliche Richtung schauen konnte. Die Reisemöglichkeiten erweiterten sich dann 1988/1989, und so bin ich noch vor der Wende erstmals in Athen gewesen, wiewohl parteilos.

Die Dritte Hochschulreform von 1968/1969 führte zum Aus der Kleininstitute; man bildete Großinstitute unter dem Titel Sektionen. Da lag es nahe, dass alle Fächer, die irgendwie historisch angehaucht waren, von der Musikwissenschaft bis zur Archäologie, selbst die alten Sprachen in die Sektion Geschichte eingegliedert wurden. Der Bereich Geschichte selbst war nur von Parteileuten besetzt, da hatte man die anderen alle schön unter Kontrolle. Wir haben uns dort nach ein paar Jahren insofern freigeschwommen, als wir innerhalb der Sektion einen eigenen Wissenschaftsbereich Altertumswissenschaften gründen konnten, den ich dann in den späten 80er Jahren auch geleitet habe. Später, als man mit mir offenbar auch in der Sektion Geschichte etwas vorhatte, bin ich stellvertretender Direktor für Erziehung und Ausbildung (1984 bis 1987) geworden, das war

---

<sup>11</sup> Vgl. Griechische Kleinkunst. Skulpturen-Vasen-Bronzen-Terrakotten-Münzen, Ausstellung in der Kunsthalle Rostock September 1973-März 1974, Rostock 1973.

sozusagen eine Pflichtübung, um nach der Habilitation irgendwie dafür zu sorgen, dass es weiterging bis zur Professur. Nach einer Pause wurde ich noch stellvertretender Direktor für Forschung, bis sich die Sektion aufzulösen begann.

Was die Wende selbst betrifft und die Zeit danach, muss ich sagen, dass wir sechs verbliebenen Altertumswissenschaftler seit Ende 1989 nichts Eiligeres zu tun hatten, als uns im Jahre 1990 aus der Sektion Geschichte herauszulösen, um nicht mit ihr unterzugehen; denn die Sektion Geschichte wurde ‚abgewickelt‘. Das ist uns auch gelungen, nicht nur aus vordergründigen Motiven, sondern wir haben auch alle Evaluierungen unbeschadet durchlaufen. Wir haben dafür gesorgt, dass sich das Institut für Altertumswissenschaften, das es vor der Hochschulreform 1968 gegeben hatte, am 1.1.1991 wieder begründete. Die ersten fünf Jahre war ich auch dessen Sprecher. Wir sind dabei von der Universität sehr unterstützt worden. Das hat dazu geführt, dass wir noch im Laufe des Jahres 1991 mit der Studentenausbildung im eigenem Institut beginnen, uns wieder in eigener Regie bewegen konnten.

Anfang der 90er Jahre nahm ich eine ganze Reihe von Aufgaben wahr, die über mein eigentliches Fach oder fachliches Umfeld der Altertumswissenschaften – das waren im wiederbegründeten Rostocker Institut Latinistik, Gräzistik, Alte Geschichte, Ur- und Frühgeschichte, Klassische Archäologie – hinausgingen. Ich selbst habe mit meinem Kollegen Werner Krenkel<sup>12</sup> – Latinist, zugleich Senator – ein Konzept für den Aufbau des Instituts für Altertumswissenschaften erarbeitet. Man hat im Leben, wenn überhaupt, nur einmal die Chance, ein Institut nach eigenen Vorstellungen aufzubauen, und das war mir vergönnt. Der Stellenplan, wie ich ihn entworfen hatte, ist so vom Ministerium genehmigt worden. Wir haben allerdings nicht hoch gepokert, vielmehr gesagt, jedes Fach bekommt eine Professur, einen Assistenten, eine weitere feste Stelle im Mitarbeiterbereich, eine halbe Sekretärin pro Professur und bei der Archäologie noch jemanden, der für die Sammlungen zuständig ist. Das ist umgesetzt worden, und drei Jahre später auch in Greifswald nach dem Rostocker Modell. Das hat sich also bewährt und war offenbar gut begründet.

An der neuen akademischen Selbstverwaltung war ich von Anfang an beteiligt, so auf Fakultätsebene als Fakultätsratsmitglied bis zu meinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst. Zweimal bekleidete ich das Amt des Prodekans der Fakultät und habe jahrelang die Promotionskommission geführt. In den Jahren 1993/1994 war ich Senator, als Werner Krenkel ausschied, und habe an dessen Stelle seine Legislaturperiode zu Ende geführt. Einige Jahre vertrat ich die Philosophische Fakultät im Philosophischen Fakultätentag, das ist ein Gremium aller Philosophischen Fakultäten der Bundesrepublik Deutschland. Wichtig für die

---

<sup>12</sup> Prof. Dr. Werner Krenkel, *Catalogus Professorum Rostochiensium*:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001309](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001309)

Erneuerung und interessant für mich war meine Mitgliedschaft in der Überleitungskommission des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Jahre 1992; diese Kommission prüfte auf Antrag die DDR-Hochschulangehörigen, meist Dozenten und Professoren, ob sie statusgemäß in bundesdeutsches Recht übergeführt werden konnten. Im Sommer 1992 leitete ich darüber hinaus die Übernahmekommission für den Mittelbau der Philosophischen Fakultät, das heißt wir haben alle akademischen Mitarbeiter unterhalb der Professorenebene auf die reduzierten Stellen umgesetzt, viele mussten wir dabei verabschieden. Schließlich war ich 1993/1994 das einzige ostdeutsche Mitglied in der Gründungskommission Geschichte der Universität Rostock, so dass die meisten Ihrer Professoren – Historiker, die Sie heute zum Teil noch vorfinden – von mir mit ausgewählt wurden.

Es gab auch Wermutstropfen: 1996 fiel es der damaligen Landesregierung ein, einige Fächer der Universität Rostock dem Sparstift zu opfern – zuvorderst, aber inzwischen ausgestanden, die Zahnklinik Rostock, sodann die Slawistik, die es getroffen hat, die Ur- und Frühgeschichte, die es ebenfalls getroffen hat, und die Klassische Archäologie, die es treffen sollte, und die dann am Ende verschont wurde. Die Einzelheiten ersparen Sie mir. Das war ein Kampf mit öffentlichen Demonstrationen, mit Sternmärschen durch Rostock, mit Manifestationen in der Marienkirche, mit Plakaten am Universitäts-Hauptgebäude, persönlichem Gespräch mit der damaligen Ministerin Marquardt,<sup>13</sup> auch Anhörungen und Evaluation. Die Zahnklinik und die Klassische Archäologie blieben erhalten. Gott sei Dank, hatte ich bei den Gesprächen doch deutlich gesagt: „Sie können diesem Fach und mir als Person das nicht antun, denn ich habe es während der ganzen DDR-Zeit aufrechterhalten; soll das Durchhalten umsonst gewesen sein?“ Möglicherweise haben ein solches Argument wie auch die allgemeine Akzeptanz dieser Disziplin innerhalb der Philosophischen Fakultät zum Erhalt beigetragen.

## Diskussion

Transkription und Protokoll: Maik Landsmann und Christoph Schöne

Martin Lehmann:

Sie haben geschildert, dass Sie in der DDR nicht mehr als fünf Studenten durchgehend unterrichtet haben. Nach der Wendezeit änderte sich dies jedoch, so dass Sie für weitaus mehr Studenten verantwortlich waren. Diese Veränderung forderte sicherlich einen wesentlich höheren Zeit- und Arbeitsaufwand Ihrerseits. Schildern Sie doch bitte einmal die Umstellung in der Wendezeit und wie es Ihnen dabei persönlich ergangen ist.

---

<sup>13</sup> Regine Marquardt, 1994-1998 Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Konrad Zimmermann:

Also, die Umstellung war schon gewaltig. Natürlich sind wir, die wir die Fächer neu aufgelegt haben, in diese Aufgabe schrittweise hineingewachsen. Denn im ersten Jahr war es überall nur ein erstes Semester und weiter nichts. Nach fünf Jahren absolvierten die ersten Studenten die Examen an der Universität erfolgreich. Es war mir sogar möglich, eine Erstimmatrikulierte von 1991 nach zehn Jahren zu promovieren. Im Fach Archäologie zeigten sich Unterschiede gegenüber anderen Fächern, etwa zur Geschichte. In der Regel jedoch blieben die Studenten an ihrer Universität, hingegen kamen viele neue Professoren aus dem Westen, nur einige wenige Professoren wurden übernommen, die dann unter grundsätzlich veränderten Bedingungen zumindest in ihrer eingeübten Lehrtätigkeit fortfahren konnten. Alles dies geschah unter vielen Schwierigkeiten, mussten die Professoren doch erst in diese neue Situation hineinflinden. Die Wendezeit stellte für uns zwar einen Kraftakt dar, aber gegen alle Bedenken sind wir an den uns gestellten Herausforderungen gewachsen.

Ihnen wurde sicherlich durch die Ausführungen der anderen Referenten und meinerseits bereits bewusst, was nebenbei alles in der Wendezeit ablief. Während der reinen Vorlesungszeiten habe ich oft nur noch Gremienarbeit und den Lehrbetrieb geleistet. In der Sommerzeit beschäftigt sich der Archäologe mit Ausgrabungen und ist daher mindestens vier bis sechs Wochen im Ausland, so dass auch ich oft erst Ende September wiedergekommen bin. Außerdem bedürfen diese Arbeiten sorgfältiger Vor- sowie Nachbereitung; und doch musste ich bereits zwei Tage später schon wieder am Katheder stehen. Das unterscheidet das Fach von anderen. Die wissenschaftliche Tätigkeit – das wüssten Sie auch, wenn Sie meine Bibliographie eingesehen hätten – ist in den 90er Jahren bis 2005 geringer geworden. Das ist der Sache geschuldet. Als Hochschullehrer habe ich immer die Einheit von Lehre und Forschung gesehen. So habe ich in den letzten Jahren auch Studenten zu den Grabungen nach Histria mitgenommen, sowie Vorlesungen und Übungen zu diesem Schwerpunkt abgehalten. Ich durchlebte einen völlig anders strukturierten Berufsalltag an der Universität, in den ich allerdings schrittweise hineingekommen bin. Da ich ja auch kein junger Fuchs mehr war, also ein bisschen Erfahrung hatte, gelang es mir, alles zu bewältigen. Schließlich sitze ich ja heute vor Ihnen.

Hilde Michael:

Wie würden Sie die Zusammenarbeit, vielleicht besser ausgedrückt, die Kommunikation innerhalb der Sektion Geschichte beschreiben, von der Sie, wie Sie es ein bisschen beschrieben haben, mit der Archäologie ein Teil waren? Und die zweite Frage, die ich stellen möchte: Es ist bekannt, dass das Fach Archäologie zum Beispiel profitieren kann von einer archäologischen Lehrsammlung. Wie war es

möglich, diese im DDR-System zu erhalten, weiter aus- und aufzubauen? Welche Unterschiede gab es dann nach der Wende?

Konrad Zimmermann:

Ich gehe zunächst auf Ihre letztgenannte Frage ein. Die Universität Rostock hat, wie viele andere Universitäten, an denen Archäologie angeboten wird, eigene Studiensammlungen, die Lehrsammlungen genannt werden. Diese ermöglichen es, den Studenten einmal eine antike Plastik oder Bronze oder ein Stück Keramik in die Hand zu geben, somit können sie die originalen Objekte befühlen und von allen Seiten betrachten. Diese Form der Anschaulichkeit war in Rostock lediglich in begrenztem Maße vorhanden. Zu DDR-Zeiten habe ich diese Sachzeugen mehr oder minder nur verwaltet und gelegentlich mal abgestaubt; trotz aller Bemühungen ist es mir nicht gelungen, sie sachgemäß oder gar präsentabel vorzuführen. Das war erst nach der Wende möglich, als ich meine ganze Kraft dafür einsetzten konnte; das Ergebnis war bei meinem Ausscheiden dann fast vollendet, auch wenn bis heute diese Ausstellung in unserem neuen Institutsgebäude noch immer nicht offiziell eröffnet werden konnte. Doch wir haben bereits viel erreicht. Die Gipsfiguren wurden aus dem Hauptgebäude abgenommen und für viel, viel Geld restauriert, so dass ein archäologisches Universitätsmuseum entsteht, das eine Novität für die Hansestadt Rostock darstellen wird. Darüber hinaus habe ich eine Schriftenreihe ins Leben gerufen. In dieser sind bereits zwei Bände entstanden, die Bestände von Münzen und antiker Kleinkunst publizieren. Das alles ist selbstredend ein Pfund, mit dem man wuchern, will sagen sich präsentieren kann, wenn ausreichend Gelder bewilligt werden. Wir haben nie Geld gehabt, um neu anzukaufen, weder zu DDR-Zeiten noch jetzt. Im Moment halte ich diesen Zustand auch für akzeptabel, da es zunächst darum geht, die Bestände zu sichern und bekannt zu machen. Das ist also in guter Bahn, denke ich. Es ist natürlich ein Glück, wenn Sie an Herrn Kinzelbach<sup>14</sup> denken, der mit seiner zoologischen Sammlung, mit seinem Pfeilstorch und Ähnlichem, noch weit aktiver sein kann. Wir verfügen unter anderem über aus- und nicht ausgewickelte ägyptische Mumien, über römische Sarkophage sowie über Funde aus der Schliemann-Sammlung, die Heinrich Schliemann selbst in Troja ausgegraben hat. Das sind schon Dinge, die man vorzeigen kann. Alles dies konnten wir vorrangig in Zusammenarbeit mit den Studenten erreichen. In Praktika haben sie die Objekte gereinigt, die Gipse neu hergerichtet sowie aufgestellt. Diese Arbeit hat allen Beteiligten sehr viel Spaß bereitet. Das Betätigungsfeld der Archäologie umfasst viele Bereiche und bedient daher eine Vielzahl von Interessen, so dass manch schlummernde Talente geweckt werden.

---

<sup>14</sup> Prof. Dr. Ragnar Kinzelbach, *Catalogus Professorum Rostochiensium*:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000000880](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000880)

Ihre erstgenannte Frage beschäftigte sich mit dem Verhältnis der Lehrkräfte oder Mitarbeiter innerhalb einer Sektion. Das war natürlich von Sektion zu Sektion verschieden und hing von den einzelnen Personen in diesen Bereichen ab. Ursprünglich waren wir Altertumswissenschaftler ein Fremdkörper in der Sektion Geschichte, da parteipolitisch nur einige von uns gebunden waren. Stets versuchte man, neue Parteimitglieder zu rekrutieren. Es hat natürlich auch Bemühungen und Gesprächsansätze gegeben, ob und warum man denn nicht Mitglied der SED werden möchte. Das Verhältnis auf einer bestimmten Ebene zu halten, gestaltete sich leichter für einen Parteilosen, zumal man mit den Kollegen nicht per du war. Somit war gewissermaßen automatisch eine klare Distanz gegeben, die auch sehr hilfreich sein konnte. Da man darüber hinaus sonst keine große Angriffsfläche bot, konnte man auf der zwischenmenschlichen Ebene miteinander auskommen. Was genau im Hintergrund abgelaufen ist, das habe ich zum Teil nicht mitbekommen, eben nur marginal gespürt oder erahnt. Zu den meisten Kollegen dort pflegte ich ein durchaus normales Verhältnis. Ich weiß nicht, ob ich mit diesen Ausführungen Ihre Frage beantwortet habe. Ich möchte hinzufügen, dass eine Reihe von denen, die hier bereits vorgetragen haben, solche ehemaligen Kollegen von mir sind. In meiner früheren Tätigkeit habe ich, ohne dass ich jetzt Beispiele nennen will, Dinge erlebt, die einen provozieren sollten oder Zumutungen darstellten. So wollte man herausfinden, wie weit man gehen könne, ehe sich eine Person verleugnet oder wie lange sie durchhält. In solchem Moment reagiert man vermehrt impulsiv; erst im Nachhinein wird einem bewusst, was dahinter stand. An meiner Entwicklung haben Sie selbst bemerkt, dass sich dies nach einer gewissen Zeit, und es waren eben die 80er Jahre, aufweichte. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir uns dann bereits wieder einen gewissen Spiel- und Freiraum geschaffen. In den Altertumswissenschaften war ich umgeben von sehr verlässlichen Kollegen, so dass die Arbeit dort ohne ständige Kontrolle ablief. Auf Grund dieser Arbeitsatmosphäre konnte gut publiziert werden, und das zählte auch in der Sektion Geschichte; ich will gar nicht in Abrede stellen, dass hier ebenfalls viel gearbeitet wurde.

Kersten Krüger:

Sie führten an, dass es zu Parteibindungen und so genannten Nicht-Karrieren kam. Des Weiteren erwähnten Sie Kadergespräche, was ebenso im Hintergrund lief. Wer führte diese? Wer hatte sie zu führen? Ich weiß nur gerüchteweise, die Papiere der Kadergespräche sind im Winter 1989/90 in der alten Kohleheizung verbrannt worden. Vermutlich geschah dies aus gutem Grund. Jedoch handelt es sich hierbei um ein Gerücht! Weiß man etwas darüber? Es ist nämlich ein bisschen nebulös. Es wurde ein Kadergespräch geführt, in dem einem ein Angebot unterbreitet wurde und dies möglicherweise ein bisschen unsittlich in Richtung auf die Parteibindung steuerte.

Konrad Zimmermann:

Parteibindung spielte bei Kadergesprächen keine Rolle. Geführt wurden sie in der Regel durch den Direktor der Einrichtung. In diesem Fall war es der Sektionsdirektor, der meistens seinen wissenschaftlichen Sekretär als Protokollanten dabei hatte. Als schlimm habe ich empfunden, dass bei Kadergesprächen mit Parteilosens wie mir der Parteisekretär der Sektion immer anwesend war. Hätte ich mir das verboten, wüsste ich nicht, ob ich heute vor Ihnen stünde. Ich denke nicht, dass damals überlegt wurde, ob es uns möglicherweise unangenehm war, dass der Parteisekretär an den Gesprächen teilnahm. In meinem Fall war es jedenfalls so. Die Sektion wurde nach ihrem Anfang in große Bereiche untergliedert; wir bildeten den Wissenschaftsbereich Altertum, darüber hinaus bestanden viele weitere Wissenschaftsbereiche wie beispielsweise die Musikwissenschaften und FDJ-Geschichte. Bei den Kadergesprächen war folglich auch der Wissenschaftsbereichsleiter anwesend. Normalerweise fand ein Vorgespräch statt, in dem die Erwartungen der Leitung an die betreffende Person artikuliert wurden. Anschließend hatte man *pro forma* eine Bedenkzeit von etwa zwei Wochen. Im Kadergespräch erfuhr man, was die Leitung mit einem konkret vorhatte, welche Aufträge man übernehmen sollte, was sie einem zumutete und was sie sich davon versprach. Es gab auch eine Reihe positiver Aspekte, nämlich dass man selbst eigene Vorstellungen äußern konnte. Auch war es möglich zu erfragen, wie beispielsweise die Chancen auf eine Genehmigung stehen, wenn ich einen Antrag auf eine Reise stellen wollte. Das Kadergespräch selbst war geprägt von einem offiziellen Charakter. In diesem Kreis führte ein Beteiligter das Protokoll, das – was ich korrekterweise sagen muss – der Betroffene im Nachhinein ausgehändigt bekam.

Auch die Universität Rostock besaß ein Kaderbüro, das nach der Wende aufgelöst wurde. Damals galt es, die große Menge nunmehr herrenloser Unterlagen zu sortieren und zuzuordnen; teilweise wurden sie in die Bereiche zurückgeführt. Daher konnte ich meine Unterlagen mit solchen aus der Sicht des Kaderbüros ergänzen, so dass ich heute über eine ziemlich komplette Akte verfüge. Des Weiteren existieren Stasiunterlagen, die für so manches Erwachen verantwortlich waren bezüglich dessen, wer da welche speziellen Dienste geleistet hat.

Maik Landsmann:

Nach Ihrer Habilitation war es Ihnen nun endlich möglich, von 1983 bis 1988 Studenten auszubilden. Sie haben erzählt, dass Sie zur Sommerzeit immer mit Ausgrabungen beschäftigt waren. Konnten einige Studenten Sie zu den Ausgrabungen begleiten oder war die Teilnahme von Gruppen nicht erwünscht?



Konrad Zimmermann:

Wir haben den Studenten natürlich das Ausgraben als Handwerk des Archäologen vermittelt. Dabei konnten wir diese archäologische Disziplin nur hier vor Ort praktizieren, das Hauptaugenmerk lag deshalb auf der Ur- und Frühgeschichte. Im Landesamt Schwerin konnten wir den Studenten dieses Handwerk näher bringen. Leider blieb es mir zu diesem Zeitpunkt verwehrt, Studenten ins Ausland, etwa nach Rumänien, mitzunehmen; damals war dies schier unmöglich.

Heiko Marski:

Sie haben berichtet, dass Sie miterlebt haben, wie viele Mitarbeiter und Dozenten durch die Überleitungskommission ihren Arbeitsplatz verloren haben. Des Weiteren wurden vorrangig Westprofessoren für deren Position nominiert. Ich möchte Sie einfach als Westimporte bezeichnen. Es wurden oftmals Professoren aus anderen Ländern zugezogen, da diese für fähiger gehalten wurden. Nach welchen Maßgaben wurde bei der Besetzung von Lehrstühlen vorgegangen? Wie haben Sie die damalige Situation, den Prozess empfunden?

Konrad Zimmermann:

Das kann ich ihnen aus zwei Perspektiven näher erläutern, erstens als Betroffener und zweitens als Mithandelnder. Dabei muss zwischen Folgendem unterschieden werden: Es gab eine Reihe von Einrichtungen, die als staatstragend beziehungsweise höchst staatsnah galten, beispielsweise die Sektion Marxismus-Leninismus, die Sektion Geschichte. Zu diesen zählten auch Juristische Fakultäten, die es in Rostock allerdings nicht gab. In dieser Weise geprägte Institutionen wiesen eine hohe Zahl von Entlassungen auf und wurden völlig neu aufgebaut. Es wurden sogenannte Gründungskommissionen geschaffen; bei einer habe ich für das Fach Geschichte mitgearbeitet. Die neu zu besetzenden Stellen wurden bundesweit ausgeschrieben, so dass sich ein jeder auf diese bewerben konnte. Die westdeutschen Fachvertreter hatten in vielerlei Hinsicht Vorteile. Sie konnten unter anderem nicht selten eine Biografie vorweisen, die gespickt war mit einer Vielzahl von Auslandsaufenthalten. Erfahrungen dieser Art konnten von den oft wenigen ostdeutschen Bewerbern auf solche Stellen nicht erbracht werden. Diese hatten sich vielmehr einer langwierigen Prozedur zu stellen, der so genannten Überleitung. Auf Landesebene wurde festgestellt, ob ein DDR-Hochschullehrer, Dozent oder Professor, den Ansprüchen des aus dem westdeutschen Hochschul-Rahmengesetz abgeleiteten Professorenbildes entsprach. Dies wurde zumeist durch eine Kommission von westdeutschen Fachkollegen beurteilt. Somit musste der Bewerber auf eine ausgeschriebene Stelle bei der Kommission den Antrag auf Überleitung stellen, um nicht entlassen zu werden. Erst wenn er die Überleitung positiv bestand, war eine Weiterbeschäftigung als Lehrender oder seine Berufung prinzipiell möglich. Neben der erfolgreichen Überleitung war außerdem ein Negativ-

zeugnis, nach gesonderter Überprüfung ausgestellt von der so genannten Ehrenkommission, erforderlich, um als nicht stasibelastet zu gelten. Dieses Zertifikat war eine weitere Vorbedingung für den Übernahmeantrag. Lag beides vor, dann konnte man sich auf freie Stellen bewerben. In den Geisteswissenschaften wurde nur in den wenigsten Fällen aus der bisherigen Position direkt übernommen.

Ich will Ihnen ehrlich sagen, dass die Lage für mich in Rostock zunächst völlig unklar war. Deshalb habe ich mich auf die ausgeschriebene Professur für Klassische Archäologie in Jena beworben. Dort absolvierte ich vor einer Berufungskommission Vortrag und Vorstellungsgespräch, in dessen Ergebnis ich mich auf dem Listenplatz 2b wiederfand. Platz 1 wurde nicht besetzt und 2a von einer Dame eingenommen; sie sitzt noch heute in Jena auf ihrer Professur. Anschließend habe ich darauf gedrungen, dass endlich auch in Rostock die Klassische Archäologie ausgeschrieben wird. Ich habe mich also auch hier auf die Stelle bewerben und gegen die Konkurrenz durchsetzen müssen. Es hat sicher eine Rolle gespielt, dass ich bereits zuvor jahrelang am Ort gearbeitet habe und zudem unbelastet war.

Da ich selbst in Überleitungs- und Gründungskommissionen tätig war, kann ich durchaus zugeben, dass die westdeutschen Fachvertreter stets den Ton angaben. Meine Mitwirkung beschränkte sich auf die Überleitungskommission, die die historisch geprägten Fächer, darunter auch die Archäologie, bewertete. Für die Gründungskommission Geschichte – und Ähnliches gilt für die Berufungskommissionen zur Besetzung der anderen altertumswissenschaftlichen Professuren – möchte ich im Nachhinein festhalten, dass uns hier manche Bewerber vorgeschlagen wurden, die wir aus eigenem Antrieb vermutlich nicht genommen hätten. Dabei spielte auch eine Rolle, welchen ‚Schulen‘ die jeweiligen Fachvertreter in diesen Kommissionen angehörten. So konnte man bestimmte Fachvertreter geschickt sowohl unterbringen als auch zugleich loswerden, denn sie waren zwar professorabel, doch wollte man sie selbst nicht haben. Diesbezüglich sind viele Dinge im Nebel geblieben. In der Philosophischen Fakultät waren wir vielleicht fünf oder sechs Personen mit Ostherkunft, die wie automatisch für derartige Kommissionsarbeit herangezogen wurden. Wir waren dabei völlig illusionär, auch dass alles ganz bieder und korrekt vollzogen wurde; heute habe ich daran doch meine Zweifel. Ich möchte es nicht generalisieren, doch da sind Dinge zu Stande gekommen, die man in verschiedener Hinsicht in Frage stellen sollte, auch was die Bewertung und Überleitung von DDR-Kollegen in einen neuen Status betrifft. So ist manches Unrecht entstanden, anderes durchgeschlüpft. Das ist jedoch nur sehr schwer zu beurteilen. Ehe es möglich ist, das richtig zu bewerten und zu untersuchen, muss sicher auch noch weitere Zeit vergehen. Für Historiker ist dies aber sicherlich eine interessante Fragestellung.

Daniel Münzner:

Welche Rolle hat die Doktrin des Marxismus-Leninismus und des historischen Materialismus für das wissenschaftliche Arbeiten gespielt? Wenn man die alte Geschichte betrachtet, existiert noch immer die Entwicklung in der marxistischen Forschung, die Epoche der Sklavenhaltergesellschaft zwanghaft zu beweisen, obwohl Quellen der Ausgrabung dagegen gesprochen haben.

Konrad Zimmermann:

Da bin ich ganz ehrlich. Ich befand mich sozusagen in einer Nische, in einer relativen Nische. Die Klassische Archäologie ist auf der einen Seite eine praktische Wissenschaft, die materielles Gut einer vergangenen Epoche ausgräbt, dokumentiert sowie publiziert. Das allein hat mit Ideologie nicht viel zu tun, erst in der Auswertungsphase wird es diesbezüglich spannend. Denn die Klassische Archäologie ist in ihrem Schreibtischteil auch antike Kunstgeschichte; als solche beschäftigt sie sich, wie Sie vielleicht wissen, zum Beispiel mit antiker Plastik, die bis ins frühe 20. Jahrhundert formgebend war. Nun kann man Kunsttheorien auch marxistisch orientiert vertreten, was sogar versucht wurde. Hierbei handelte es sich aber zu keiner Zeit um eine rein vordergründige Aufgabe, die Dinge nach einer bereits feststehenden Lehrmeinung einzuordnen oder zu deuten; doch wurde möglicherweise einiges verändert, um ein bestimmtes Bild zu stützen. Vor diesem Zwang konnte man stehen, wenn man gewisse Bereiche berührte. Jedoch ließen sich auch solche Dinge vermeiden. Ich will Ihnen ehrlich sagen, dass ich denke, dass ich mich in keiner meiner schriftlich gedruckten Äußerungen habe verbiegen müssen. Dieses Bild der DDR, wie ich es erlebt habe, ist ja auch immer von Umständen und Personen geprägt worden. Ich konnte sogar zu DDR-Zeiten einen großen Aufsatz in der führenden archäologischen Fachzeitschrift der Bundesrepublik veröffentlichen. Das Thema meines Aufsatzes ist sicherlich sehr interessant für Sie: es handelte von Tätowierungen im Altertum. Meine Frau ist darüber hinaus Dermatologin, und deshalb konnten wir damals sogar gemeinsam einen Aufsatz in „Der Hautarzt“ (Berlin/Heidelberg) publizieren. Zum Erstaunen war auch das möglich. Zudem wurde ich nach dem Tod des Rostocker Professors von Lücken angeschrieben, für ein berühmtes Rezensionsorgan, in dem auch Nachrufe veröffentlicht wurden, einen solchen zu verfassen. Diesen Aufsatz musste ich natürlich der Sektionsleitung vorlegen. Nachdem diese den Nachruf über Professor von Lücken durchgesehen hatte, erhielt ich ihn mit mehreren am Rand stehenden Bemerkungen zurück. Ich sollte kleinere Veränderungen an meinem Text vornehmen, was ich jedoch verweigerte, so dass der Nachruf dann doch in seinem Originalzustand hinausging. Dabei musste ich allerdings in Kauf nehmen, dass dieser Brief die Universität über mehrere Umwege verließ. Die Post durchlief ohnehin viele Stationen wie beispielsweise die Abteilung für Internationale Beziehungen, wobei aber nicht nur die hinausgehende Post genauer unter die Lupe

genommen wurde. Posteingänge konnten so manches Mal auf mysteriösem Wege verschwinden, oder man wurde bei dem jeweiligen Beauftragten vorgeladen, um sich sogar über den Inhalt eingehender Postsachen zu rechtfertigen. Bereits daran können Sie erkennen, dass die Realität von vielen Faktoren geprägt wurde. Jedoch möchte ich keinesfalls alles verurteilen. Natürlich haben wir uns den gegebenen Umständen angepasst. Der entscheidende Faktor war zu wissen, wo für einen selbst die Grenze ist. Jedoch ist jeder Mensch ein Individuum mit unterschiedlichen Vorstellungen vom Leben und demzufolge auch von Grenzen, deshalb unterliegt die Beurteilung von Biografien einem so hohen Schwierigkeitsgrad. Man kann einfach nicht alle über einen Kamm scheren.

Kersten Krüger:

Ich möchte einen Einschub meinerseits dazu tätigen. Wir sind zu der Einsicht gekommen, dass die Fächer unterschiedlich ideologiefreier oder ideologienah waren. Bei anderen Fächern wie beispielsweise der Mathematik gibt es unumstößliche Gesetze. Innerhalb der Geschichte existierten für die marxistische Geschichtswissenschaft solche Gesetze auch. Die Sklavenhaltergesellschaft hatte einen bestimmten Stellenwert. Die Ur- und Frühgeschichte wurde immer als sehr harmonisch bewertet, es schien einfach alles wunderbar. Im Gegensatz dazu stand die Sklavengesellschaft, die oft als Sündenfall bezeichnet wurde. Sie sprachen von einer Nische. Die Vermutung, die ich heute gewonnen habe, ist, dass die Altertumswissenschaft und auch grade diese technischen Ausgrabungswissenschaften im Vergleich etwa zum Wissenschaftsbereich FDJ-Geschichte lange nicht so relevant waren für Ideologie und ideologische Aufladungen. Dort war das Spektrum für das Schreiben eines Artikels sicherlich wesentlich geringer.

Konrad Zimmermann:

Das will ich Ihnen gern zugestehen. Jedoch war dies jedem bewusst, und ich denke, dass dies auch in der Absicht des Wissenschaftsbereiches FDJ-Geschichte lag.

Jörn Wüstenberg:

Der Bereich der Kunstgeschichte ist in der Forschung schwer ideologisierungsfähig. Jedoch existierten Bereiche, in denen derartige Grenzen offensichtlich zu erkennen waren. Auf welche Grenzen sind Sie gestoßen, insbesondere in der Sektion Geschichte?

Konrad Zimmermann:

In der Sektion Geschichte bin ich auf keine Grenzen gestoßen, was fachliche Dinge betraf, da diese kaum einer beurteilen konnte. Beispielsweise bei dem Nachruf auf Professor von Lücken wurde ich nur mit Bemerkungen zu meinen

eigenen Bewertungen konfrontiert. Die rein fachlichen Dinge blieben dabei außen vor. Eine Einmischung hätte ich mir auch verboten. Ich durfte ihnen nicht reinreden, und ebenso wenig war dies von meiner Seite aus erwünscht. Die Altertumswissenschaftler, die nicht so stark durch die Lehre belastet waren, konnten mehr publizieren. Diese Publikationen wurden auch weitestgehend anerkannt. Durch eine Studienreise in die Sowjetunion war es mir seinerzeit möglich, sogar zwei Aufsätze in russischen Fachorganen zu veröffentlichen. Dies konnte sicher nicht jeder in der Sektion Geschichte nachweisen. Darüber hinaus habe ich auch in Rumänien publiziert. Publikationen dienten und dienen im Allgemeinen natürlich dem Renommee der Einrichtung. Der Archäologe konnte sich bei Arbeiten über Materialien immer auf Datierungsfragen, Herkunftsbestimmungen und Meisterfragen beziehen. Gewiss strebt ein Archäologe danach, einen Beitrag zum Gesamtbild einer Gesellschaftsepoche zu leisten, wozu sich viele Möglichkeiten auftun. Jedoch musste man die Lage nicht zuspitzen. Ich erinnere mich noch gut an einen Aufsatz über den Wandel der Göttervorstellungen, wie sie sich in den Kunstwerken äußern. Dabei kamen bedeutende Fragen auf wie: „Was stellte die Göttin Athene im fünften oder vierten Jahrhundert dar? Wie sah man sie? Welche Hintergründe sind bei diesen Betrachtungen wichtig?“ Offensichtlich bieten sich hier Möglichkeiten für die gesellschaftliche Ausdeutung an. Dieser Artikel wurde in einem Werk über die Krise der Polis am Übergang vom fünften zum vierten Jahrhundert v. Chr., herausgegeben von der marxistischen Althistorikerin Welskopf, veröffentlicht, ein Werk, das natürlich auch archäologische Beiträge enthielt. Zuvor hatte ich allerdings viele Streitgespräche mit Frau Welskopf, da sie vieles aus meinem Artikel streichen wollte. Diese Streitpunkte klärten wir jedoch im Gespräch, teils konnte ich diese akzeptieren, und andere blieben strittig. Trotzdem wird einem in diesem Fall bewusst, dass Probleme in unserer Disziplin ganz anders behandelt werden als etwa solche im Zentrum der Geschichtswissenschaft.

Kersten Krüger:

Das Fach Geschichte zeigt immer dieselben oder ähnlichen Differenzierungen, wie wir sie im Fächerkanon insgesamt gesehen haben. Ich glaube, der besondere Akzent, den Herr Zimmermann heute beisteuern konnte, war, dass ein Fach, wenn auch reduziert, damit die Möglichkeit hatte, bei der Hochschulerneuerung sozusagen prominent eine Wiederauferstehung oder eine Wiederbelebung in Gang zu setzen. Dies war schon eine enorme Leistung, die ohne wissenschaftliche Substanz nicht umsetzbar gewesen wäre.

Konrad Zimmermann:

Ja, das kann man sehr deutlich erkennen, wenn wir beispielsweise Greifswald betrachten. Im Zuge der Dritten Hochschulform wurde der Fachbereich der Altertumswissenschaften bis auf den Teil der Alten Geschichte geschlossen. Die Alter-

tumswissenschaftler in Greifswald hatten es seit Beginn der Wende viel schwerer und mussten die ganze Zeit um ihre Existenz kämpfen, ein Kampf, der letztlich vergebens ausgefochten wurde. Schon zu DDR-Zeiten war es deshalb von besonderer Bedeutung, den Standort Rostock aufrecht zu erhalten. Auch wenn dies nur in stark reduzierter Form geschah, so gelang es doch, eine hohe Fächerkultur zu wahren, die auch weiterhin von sich reden machte. In den Jahren 1988/89 hatte ich endlich den Status erreicht, um zu reisen. Ich konnte daraufhin drei Vortragsreisen in der Bundesrepublik mit je drei Auftritten an Universitätsinstituten unternehmen. Das Publikum dieser Veranstaltungen bestand vordergründig aus Fachkollegen sowie einer großen Zahl von Studierenden. Die Vorträge handelten über die Schwarzmeerarchäologie, also vor allem von Histria. Das waren für die meisten Zuhörer völlig weiße Flecken. In diesem Falle konnten wir unseren westlichen Kollegen etwas Neues, ihnen Unbekanntes bieten. Die meisten kannten mich von Publikationen, aber nun lernten sie mich das erste Mal persönlich kennen. Ich wurde auch immer sehr entgegenkommend empfangen, was einiges über die innere Struktur kleinerer Fächer aussagt. Fächer wie Klassische Archäologie, Musikwissenschaft oder Indogermanistik setzen internationale Durchmischung voraus, von der wir leben. Normalerweise findet man seinen eigentlichen Ansprechpartner in Bezug auf Forschung selten im eigenen Land. Es ist meistens der Zufall, der zwei Forschungspartner zusammenführt. Sie könnten das an meiner umfangreich geführten Korrespondenz ablesen. Da sind zur DDR-Zeit zwar manche Briefe abgefangen worden, jedoch konnte ich mit nahezu aller Welt korrespondieren. Was dies anbelangt, gab es jedoch große Unterschiede in den Fächern, was wiederum zu ganz unterschiedlichen Bewertungen der Verhältnisse und hier vorgetragener Resümees geführt hat und führt.

Kersten Krüger:

Wir danken unserem Zeitzeugen für seinen spannenden Vortrag und für seine Bereitschaft, sich der vertiefenden Diskussion zu stellen, ebenso danken wir den teilnehmenden Studierenden.

## Klinkmann, Horst

Auszug aus dem  
Catalogus Professorum Rostochiensium  
([http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002057](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002057))  
vom 20.05.2008




---

<i>akademischer Titel:</i>	Prof. Dr. med. Dr. h. c. mult. F.R.C.P.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	1970-71      Hochschuldozent für Innere Medizin 1971-92      o. Professor für Innere Medizin
<i>Fakultät:</i>	Bereich Medizin (1969-1990) Medizinische Fakultät (1990- )
<i>Institut:</i>	Klinik für Innere Medizin
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	Nephrologie, künstliche Organe, Biomaterialien

---

<i>Lebensdaten:</i>	geboren am 07.05.1935 in Teterow
<i>Konfession:</i>	evangelisch
<i>Vater:</i>	Walter Klinkmann, Angestellter
<i>Mutter:</i>	Henny Klinkmann
<i>Kurzbiographie:</i>	
1954	Abitur, Teterow
1954-59	Studium der Medizin an der Univ. Rostock
1960-61	Pflichtassistent am Physiologischen Institut und der Chirurgischen Univ.-Klinik Rostock
1961-69	Assistenzarzt und Oberarzt an der Medizinischen Univ.-Poliklinik Rostock
ab 1962	Aufbau und Leitung des Nierenzentrums (ab 1970 Abteilung für Nephrologie und Organersatz)
1966	Facharzt für Innere Medizin
1969-71	Visiting Research Professor, Univ. of Utah (USA)
1970	Hochschuldozent für Innere Medizin
1971-92	o. Professor für Innere Medizin, Univ. Rostock

- 1992-94 Professor für Nephrologie an der Univ. Bologna (Italien), seit 1996 Dekan und o. Professor der International Faculty for Artificial Organs (INFA) Bologna
- 1996-2002 Chefarzt und Medizinischer Direktor, FOCUS Medical Kliniken Berlin

*Akademische Abschlüsse:*

- Studienabschluss: 1959 Medizinisches Staatsexamen, Univ. Rostock
- Promotion: 1959 Dr. med., Univ. Rostock
- Habilitation: 1969 Dr. med. habil. (Innere Medizin), Univ. Rostock

*Akademische Selbstverwaltung:*

- 1974-92 Direktor der Klinik für Innere Medizin

*Funktionen:*

Präsident des Rates für Medizinische Wissenschaft im Ministerium für Gesundheitswesen der DDR (1982-90)

Präsident der Akademie der Wissenschaften Berlin (1990-92)

Vize Präsident des Forschungsrats der DDR (1990-91)

Aufsichtsratsvorsitzender F.C. Hansa Rostock e. V. (seit 1996)

Direktor ehrenhalber des Nationalinstituts für Molekularbiologie und Materialwissenschaften an der Nankai Univ. Tianjin (China) (seit 1998)

Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften (seit 2000)

Vorstandsvorsitzender BioCon Valley M-V e. V. (seit 2001), Aufsichtsratsvorsitzender BioCon Valley® GmbH (seit 2001)

Vorsitzender des Kuratoriums für Gesundheitswirtschaft M-V (seit 2004)

Berater der Bundesregierung (Arbeitskreis Ost) (seit 2004)

stellv. Aufsichtsratsvorsitzender der Festspiele M-V (seit 2004) und Mitglied des Landeskulturrats M-V (seit 2007)

Präsident mehrerer nationaler und internationaler Wissenschaftsorganisationen, u. a. der Gesellschaft für Nephrologie der DDR (1974-80), der International Society for Artificial Organs (1979-84), der European Dialysis and Transplant Association (1988-90), der World Apheresis Association (1998-2000) und der European Society for Artificial Organs (1998-2002), sowie der Deutsch-Japanischen Gesellschaft (2000-06)

(Mit-)Herausgeber und Mitglied im Editorial Board mehrerer wissenschaftlichen Zeitschriften, u. a. Artificial Organs, International Journal of Artificial Organs, Transfusion Apheresis Science



*wissenschaftliche Mitgliedschaften:*

Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR (1986-92), der Deutschen Akademie der Naturwissenschaften "Leopoldina", der Belgischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften, der New York Academy of Science (seit 1986), des Royal College of Physicians Edinburgh (seit 1988), der International Academy of Medical Science Genf (seit 1990), der Leibnitz Sozietät der Wissenschaften (seit 1992), des Royal College of Physicians and Surgeons Glasgow (seit 1994), der Mazedonischen Akademie der Wissenschaften und Künste (seit 2004) und der ScanBalt Akademie Kopenhagen/Oslo (seit 2008)

*Ehrungen:*

Ehrendoktor der Universitäten Marseille, Debrecen, Glasgow, Tianjin, Skopje, Katowice und Kosice, Professor ehrenhalber der Universitäten Tianjin, Skopje und der International Medical Association Bulgarien, sowie Honorary Fellow der Royal Colleges of Physician Edinburgh und Glasgow  
Ehrenpräsident auf Lebenszeit der International Society for Artificial Organs (seit 1984), der European Society for Artificial Organs (seit 2004) und der Deutsch-Japanischen Gesellschaft (seit 2006)  
über 50 nationale und internationale wissenschaftliche Auszeichnungen, darunter der African Achievement Award, der Italienische Nationalpreis für Wissenschaft und der Barney Clark Award der USA sowie der Landesorden des Landes M-V und zweimal der Nationalpreis der DDR  
Ehrenmitgliedschaften in 17 nationalen und internationalen Medizinischen Gesellschaften

---

*Werke (Auswahl):*

32 Patente auf dem Gebiet des Organersatzes

*Quellen:*

eigene Angaben

*Weitere Literatur:*

Persönlichkeiten aus Mecklenburg und Pommern. Hg. v. Helmut Graumann, Schwerin 2001, S. 62 f.

Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945-1990. Hg. v. Gabriele Baumgartner und Dieter Helbig, Bd. 1, München 1996, S. 404 f.

Wikipedia.

## **Zeitzeugenbericht von Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Klinkmann am 8. Juni 2007**

Kersten Krüger:

Wir begrüßen unseren Zeitzeugen, Herrn Prof. Dr. Horst Klinkmann, der allen bekannt sein dürfte. Herr Klinkmann, Sie haben das Wort.

Horst Klinkmann:

Ihre Einladung habe ich mit Freude angenommen, Zeitzeugen sind Betroffene, und Erkenntnis in Geschichte ist, wie Sie wissen, ein interpretationswürdiger Vorgang. Als Zeitzeuge und somit Betroffener hat man Schwierigkeiten, immer objektiv zu sein, denn es kommt darauf an, auf welcher Seite der Geschichte Sie aktuell stehen, ob auf der Seite der Gewinner oder der Verlierer, danach fällt die subjektive Beurteilung unterschiedlich aus. Für uns Zeitzeugen kann es nur die einzige Aufgabe sein, Tatsachen festzuhalten und zu dokumentieren und es dann den Historikern zu überlassen, anhand dieser dokumentierten Tatsachen später ihr Urteil zu fällen. Auch ich werde immer wieder gedrängt, als einer der wenigen noch lebenden Zeitzeugen der Anfänge meines wissenschaftlichen Arbeitsbereiches, des künstlichen Organersatzes, das alles aufzuschreiben. Das habe ich zwar nur in einigen Dingen gemacht, aber dabei wurde mir auch klar, wenn Sie als Zeitzeuge etwas niederschreiben, dann entsteht häufig von denjenigen, die Ihnen nicht wohlgesonnen sind, der Vorwurf, man wollte weiter nichts als sich rechtfertigen. Deshalb bin ich dankbar, dass ich in dieser Runde über einige wenige Tatsachen berichte und wir dies diskutieren können.

Geboren bin ich in dem Ort, der heute von sich in Anspruch nimmt, der Mittelpunkt Mecklenburg-Vorpommerns zu sein, nämlich in Teterow. Teterow hat die Besonderheit – das mögen Sie mir zugestehen – die Schildbürgerstadt von Mecklenburg-Vorpommern zu sein. Und alle die schönen Geschichten, die man aus Schilda kennt, die haben sich in Teterow schon vorher abgespielt. Da die Stadt Teterow mich zu ihrem Ehrenbürger gemacht hat, sage ich immer, ich bin Ehrenschildbürger. Das sei am Beginn unserer Zusammenkunft erwähnt, um manches aus meinem Leben etwas besser zu verstehen. Ich komme aus einer etwas – wie soll ich sagen – ökonomisch nicht so ganz begüterten Familie. Alle meine Vorfahren waren Landarbeiter und Kleinhändler, entstammten also dem, was man in der DDR als Arbeiterklasse bezeichnete. Mein Vater war dann schon Angestellter bei der Stadtverwaltung in Teterow und damit war ich also in die Angestelltenkategorie hineingekommen. Ich habe meine Eltern sehr früh verloren, hatte keine Geschwister und bin als junger Mensch in „staatlicher Obhut“ aufgewachsen – oder

wie man das so schön sagt – ich bin auf mich selbst gestellt groß geworden. Einige Zeit während der Schuljahre war ich in einem kirchlichen Heim hier in Rostock. Aus dieser Zeit im kirchlichen Heim stammt auch meine persönliche Beziehung zu Ingo Richter, der beim letzten Mal hier bei Ihnen war. Mein Abitur habe ich in Teterow gemacht und bin zum Studium nach Rostock zurückgegangen. Für mich war das von Anfang an ein klarer Weg. Biologie hatte mich immer interessiert, allerdings auch immer in Verbindung mit der Technik. Hier in Rostock bekam ich dann während meines Studiums eines der damals sehr begehrten Sonderleistungsstipendien, die mit politischen Namen wie Karl Marx oder Wilhelm Pieck belegt waren. Als Studenten wissen Sie, wenn Sie einigermaßen gut Ihre Prüfer überzeugen können, dass Sie mehr wissen als Sie sagen, dann bekommen Sie gute Noten und ich habe dann dieses Sonderstipendium bekommen. Ich sage dies auch deshalb, weil es für mich, als jemand, der kein ökonomisches Hinterland hatte – also keine Eltern – dies ganz komfortabel war, um in der Studentenzeit gut zu überleben.

Nach dem Studium begann ich – für mich war von Anfang an klar, ich wollte in die Forschung gehen – in der Physiologie zu arbeiten und habe dort einiges an Untersuchungen über biologische Verteilungsstörungen im Organismus gemacht, musste dann aber die klinischen Pflichtassistentenzeiten ableisten, um als Arzt klinisch arbeiten zu dürfen. In dieser klinischen Pflichtassistentenzeit trat ein, was nach meiner Auffassung für junge Menschen entscheidend ist, nämlich einen Lehrer zu finden, an dem man sich orientieren kann, und dass diese Lehrer ihnen nicht nur fachlich etwas geben, sondern auch menschlich. Dies zu erkennen und die Chance nutzen ist aus meiner Sicht ein ganz wesentlicher Schritt für die eigene Zukunft und die eigene Laufbahn. Ich hatte das Glück, in Harald Dutz<sup>1</sup> einen solchen Chef und Lehrer kennen zu lernen. Er war damals gerade aus der Charité in Berlin nach Rostock berufen worden und wir hatten sehr rasch ein tiefes Vertrauen zueinander. Nach kurzer Zeit schickte er mich an das Physiologische Institut nach Budapest, um dort meine Ausbildung weiter zu vertiefen.

Damals war eine Zeit des großen Umbruchs in der Medizin. Es war der erste große Umbruch in der Therapie des Organersatzes mit Hilfe künstlicher Organe, im Moment erleben wir den zweiten Umbruch mit der Verwendung von Stammzellen für den Organersatz in der so genannten Regenerativen Medizin. Damals war dieser Umbruch mehr ein physikalisch-mechanisch-ingenieurmäßiger im Sinne der Konstruktion der künstlichen Organe. Es war die Geburtsstunde der Therapie mit der ersten künstlichen Niere, die diesen Durchbruch brachte, weil es das erste Mal in der Geschichte der Medizin möglich war, Menschen mit dem Versagen eines lebenswichtigen Organs, in diesem Fall die Niere, am Leben zu

---

<sup>1</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002030](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002030)

erhalten. Die erfolgreiche Therapie mit der künstlichen Niere war der große Durchbruch im Organersatz. Und mein Lehrer erweckte mein Interesse für dieses Grenzgebiet zwischen Medizin und Technik.

Im Jahre 1959 hatte ich das Staatsexamen abgelegt und promoviert, danach war ich 1960 in Budapest, von wo ich 1961 zurückkehrte, dann kam 1961 diese unselige Spaltung Deutschlands durch die Berliner Mauer und Prof. Dutz musste zurück nach Berlin, weil an der Charité in Folge des Mauerbaus eine Umschichtung vor sich ging. Dort waren bis zur Errichtung der Mauer 1961 viele Kollegen aus West-Berlin tätig, die dann nach der Mauer weg blieben. Die älteren Kollegen gingen mit ihm nach Berlin, und er ließ uns als junges unerfahrenes Team hier in Rostock allein mit der neu eingerichteten Künstlichen-Niere-Station. Das war ein sehr großer Vertrauensbeweis, aber auch eine ziemlich prägende Herausforderung, denn wir waren ja Anfänger in jeder Beziehung. Die Rostocker Künstliche-Nieren-Station war damals eine der ersten, die es in der DDR gab, ausgerüstet mit einer in Hamburg produzierten Dialyse-Maschine. Es sind dann durch unser Team einige Publikationen und Arbeiten entstanden, die – ehrlich gesagt – mehr durch Mut als durch Wissen geprägt waren. Wenn Sie jung sind, nicht so sehr viel wissen, dann trauen Sie sich bekanntlich einiges mehr zu. Wenn Sie älter sind, wenn Sie darüber nachdenken, ob es überhaupt gehen kann, was Sie sich ausgedacht haben, dann werden Sie vorsichtiger. Das ist der sehr große Vorteil der Kreativität der Jugend, dass Sie noch nicht zu viel wissen, warum ein solcher Lösungsversuch eigentlich nicht erfolgreich sein kann. So hatten wir damals das große Glück, dass wir Säuglinge, die eine rh-Unverträglichkeit hatten – das bedeutet eine Blutgruppenunverträglichkeit –, die sonst zur damaligen Zeit überwiegend starben, mit Hilfe der künstlichen Niere retten konnten, indem wir das Blut austauschten.

Kurz darauf fand der erste Weltkongress für Nephrologie – so heißt die Nierenheilkunde – in Washington statt. Mein Lehrer, Harald Dutz, der bereits in Berlin an der Charité zurück war, hatte zur Zeit des Nationalsozialismus einigen seiner jüdischen Kommilitonen geholfen, in die Schweiz zu fliehen. Einer dieser Kommilitonen war Ralph Jacobi, inzwischen einer der bekanntesten Psychiater in Amerika. Er war unter anderem der „private psychiatrist“ von Leonard Bernstein, der Ihnen sicherlich nicht unbekannt ist. Auf diese Art bekam Harald Dutz damals eine Einladung zum ersten Weltkongress zur Nephrologie nach Washington. Dutz hatte gehört, was wir inzwischen hier in Rostock mit den Behandlungen erreicht hatten und hatte bei dem Weltkongress zu diesem Thema einen Vortrag angemeldet, der dann auch angenommen wurde. Dann aber hatten wir ein Problem. Zu der damaligen Zeit gab es ja die DDR für die USA offiziell noch nicht, wir galten also für die Amerikaner als staatenlos, und das brachte das Problem mit sich, dass wir in West-Berlin im so genannten Travel Office als Staatenlose einen Pass mit einem Einreisevisum nach Amerika beantragen mussten. Als ich in dieses Travel

Office kam, war ich überrascht, wie gut man über meine ganze Familiengeschichte informiert war. Nach etlichem Hin und Her und Unterstützung aus den USA bekamen wir unseren Reisepass als „*stateless person*“, aber wir durften nur zu einem bestimmten Zweck, für eine begrenzte Zeit, in bestimmte Orte einreisen.

Dieses Abenteuer war für einen jungen Mann aus dem Osten Deutschlands außerordentlich ungewöhnlich. Auf dem Wege nach Washington mit Zwischenstop in New York bei Jacobi hatten wir noch das Glück, die Eröffnung der Metropolitan-Opera in New York mitzuerleben, weil Leonard Bernstein uns eingeladen hatte. Dies sind so Ereignisse am Rande, die ich Ihnen jetzt erzähle, weil sie prägend bleiben für das spätere Leben. Genauso, wie ich völlig davon überzeugt war, dass dieser Weltkongress deshalb organisiert war, damit ich dort einen 10-Minuten Vortrag halten konnte! Ich hatte dann das große Glück, dass in diesem meinem Vortrag, weil er offenbar etwas Neues brachte, jener Mann saß, der mein ganzes Leben später weitgehend mitbestimmt hat, der Erfinder der künstlichen Niere und Vater des künstlichen Organersatzes, Prof. Willem Kolff.<sup>2</sup> Kolff ist eine der historischen Figuren der Medizin. Er wurde beispielsweise beim 200. Jahrestag des Bestehens der USA von den Amerikanern als der einzige Mediziner unter den 200 bedeutendsten Amerikanern der vergangenen 200 Jahre gewählt. Mehrfach vorgeschlagen für den Nobel-Preis intervenierte die amerikanische Regierung massiv deshalb, weil er sich an die Spitze der Anti-Vietnam-Kriegsbewegung gestellt hatte. Willem Kolff kam nach dem Vortrag zu mir und sagte: „Hey Klinkmann, do you want to work with me? You will have to come to Cleveland now with me, OK?“ Ich aber hatte nur ein Visum für den Kongress in Washington. Dann kam auf dem Kongress noch jemand zu mir und stellte sich vor und sagte, er sei der Beauftragte der amerikanischen Regierung für East-Germany und bedankte sich bei uns, dass wir gekommen waren, denn damit hatte er nun eine gewisse Berechtigung seinen Job weiter auszufüllen. Ich sagte ihm „Wenn wir Ihnen quasi Ihren Job gerettet haben, dann geben Sie mir die Erlaubnis, dass ich nach Cleveland fahren kann!“ Diesen guten Deal haben wir gemacht, und ich bin nach Cleveland gefahren zu Kolff und danach wieder nach Haus nach Rostock.

Zu Hause, zurück in Rostock, bekam ich mit einem Mal – es war ungefähr nach einem halben Jahr – einen Anruf aus Amerika: „Kolff speaking, you still like to work with me?“ „Ja!“ In der Zwischenzeit hatten wir einige Publikationen herausgebracht und einige Patente bekommen, die offensichtlich auch für das Ausland ganz interessant waren. Es ging zum Beispiel um neue Membranen für die künstliche Niere. Dann hatte ich Glück, dass im Staatssekretariat für Hochschulwesen – später hieß es Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen – die

---

<sup>2</sup> Willem Johan Kolff (geboren 1911 in Leiden), Erfinder der künstlichen Niere, lebt seit 1950 in den USA.

entscheidende Stelle nicht hauptamtlich besetzt war und ein Kollege aus Leipzig vertretungsweise die Aufgaben des Staatssekretärs wahrnahm. An den ging dann die offizielle Anfrage von Willem Kolff, ob ich zu ihm kommen könnte. Für die DDR-Behörden war eine solche Frage Neuland. Es begannen längere Verhandlungen. Erstens galt ich für die USA nach wie vor als staatenlos – die DDR war ja noch nicht anerkannt – zweitens war es klar, wenn ich dahin ginge, dann nur ohne Familie, die ja dann zu Hause bleiben musste. Und Jens, mein Sohn, war gerade sieben Jahre alt. So fielen die Entscheidungen unter den damaligen Bedingungen. Das große Verständnis meiner Frau und ihre Bereitschaft, diese so große persönliche Belastung in einer jungen Ehe gemeinsam zu tragen, war die Grundvoraussetzung; meine Frau ist Fachärztin für Orthopädie und arbeitete damals an der Universitätsklinik.

Ich kam also wieder als „*stateless person*“ nach Amerika. Willem Kolff, der inzwischen in Amerika zu den einflussreichsten Medizinern gehörte, hatte auf amerikanischer Seite Druck gemacht, und ich bekam einen „*travel passport*“ mit einem so genannten H-1-Visum, das hieß „*highly desired person*“, aber darunter war vom Travel Office ein Codename eingetragen, den ich nicht entschlüsseln konnte und der bedeutete „Vorsicht, gefährlicher Ausländer aus einem kommunistischem Land“. Damals durften wir aus der DDR nur mit der SAS oder mit der Interflug fliegen, SAS deshalb, weil wir mit Skandinavien vermutlich Waren gegen Flugscheine oder Ähnliches getauscht hatten – es war ja damals die Zeit der Jäger und Sammler im Außenhandel. So bekam ich also meinen Flugschein über Kopenhagen und Seattle nach Salt Lake City. In Salt Lake City an der Utah University befand sich das Zentrum von Willem Kolff. Eine weitere Anekdote will ich in diesem Zusammenhang erwähnen. Als ich in Seattle an der Grenzkontrolle war, wurde ich rausgewinkt und dann saß da ein kräftig aussehender Herr, der mich anschaute und sagte: „Get out here.“ Nun stand ich also erst einmal wartend hinten, wurde dann in ein Zimmer gerufen, wo ich intensiv befragt wurde, wieso ich hier sei und was ich denn vorhätte. Schließlich meinte er: „This ist the first time, life has changed completely. I cannot understand why a bloody communist can be highly desirable for this country.“ So begann meine Zeit in Amerika, es war für mich eine der beruflich erfolgreichsten, aber privat schwierigsten Zeiten. Ich war damals Anfang Dreißig und es war wunderbar, mit Willem Kolff zusammenzuarbeiten. Übrigens war der damalige Präsident der Utah University Fletcher später der Nachfolger von Wernher von Braun als Chef der NASA.

Insgesamt hat diese Zeit ungeheuer viel Spaß gemacht, ich habe beruflich viel erreichen können, nicht zuletzt durch die dort vorhandenen technischen Möglichkeiten. Nebenher habe ich mich sehr intensiv völkerkundlich für das Leben der Indianer interessiert, die in ihren Reservaten ein schreckliches Los hatten bei einer mittleren Lebenserwartung von 37 Jahren.

Mit ziemlicher Überraschung und Freude erlebte ich dann, dass die Amerikaner mir nach einem Jahr eine Professur verliehen. In Amerika war das nicht ganz so ungewöhnlich und heute, Gott sei Dank, bei uns auch nicht mehr, aber in der DDR waren Professuren zumindest in der Medizin in so jungen Jahren außerordentlich selten. Dann habe ich voller Stolz einen Brief wegen des Professorentitels nach Hause geschrieben. Das muss furchtbar viel Aufregung verursacht haben, dass jemand in Amerika zu einem Professorentitel kommen konnte, ohne Zustimmung von zu Hause. Ich glaube, ich war damals auch der einzige DDR-Mediziner, der in Amerika war. Eine Antwort bekam ich vom damaligen Rektor unserer Universität, der mir mitteilte, das gehe nicht so einfach, einen Professorentitel anzunehmen und mitzubringen. Außerdem hätte ich die Voraussetzungen aus Sicht der DDR nicht erfüllt, Professor zu werden, auch nicht die gesellschaftspolitischen. Diesen Briefwechsel habe ich heute noch. Für die Amerikaner war das hingegen nicht so ausschlaggebend. Schließlich schrieb mir unser damaliger Rektor, Prof. Günter Heidorn,<sup>3</sup> man hätte eine sibyllinische Lösung gefunden, solange ich in Amerika arbeitete und im Ausland sei, dürfe ich den Professorentitel im Ausland führen, wenn ich aber nach Hause käme, dann hier in der DDR nicht.

Dann kam für mich eine zweite, für mich persönlich sehr einschneidende Situation. Ich hatte vor meiner Abreise eine Vereinbarung getroffen, wenn ich länger als ein Jahr bliebe und genug Geld verdiente, dann dürfte meine Frau zu Besuch auf meine Kosten nachkommen. Schließlich waren wir jung verheiratet und hatten ein kleines Kind. Es war eigentlich alles klar, ich hatte alle notwendigen Unterlagen geschickt, und meine Frau hatte auch schon ihr Visum. Aber kurz vor ihrer geplanten Abfahrt durfte sie nicht ausreisen, angeblich zu meinem Schutz. Für mich hat nie, das sage ich Ihnen ganz offen und ehrlich, zu Diskussion gestanden, in die USA auszuwandern und die DDR zu verlassen. Ein Umstand, der mir nachher während der Wende von der Ehrenkommission sehr angelastet wurde. Denn für mich war es klar, ich hätte ohne die Möglichkeiten, die die DDR mir gegeben hatte, sowohl finanziell als auch in der Ausbildung, nie studieren können. Als Vollwaise, ohne irgendetwas zu haben, hätte ich keine Chance gehabt. Ich hatte meine Familie hier in Rostock und ich war davon überzeugt, dass wir durchaus auf einer Seite der Welt sitzen, die nicht zu den schlechtesten gehörte.

Ein weiteres Erlebnis kam hinzu. Präsident Fletcher, der schon erwähnte spätere Nachfolger von Wernher von Braun bei der NASA, rief mich eines Tages in sein Büro und sagte dann: „You are here professor. Wir möchten Sie gerne hier behalten, bleiben Sie hier, wir erhöhen Ihr Gehalt auf 40.000 \$ pro Jahr!“ Das war

---

<sup>3</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001456](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001456)

damals für einen DDR-Bürger schon eine bedenkenswerte Sache, 40.000 \$ pro Jahr, damals stand der Dollar noch 1:4.20 zur Westmark – wohl gemerkt – also zur Ostmark kann ich den Kurs gar nicht nennen. Trotzdem, auch wenn ich darüber nachgedacht habe und mein Lehrer, Prof. Willem Kolff, immer gesagt hat, er möchte, dass ich bleibe, stand das für mich nicht zur Diskussion. Das war kein Heldentum, es war für mich damals einfach innere Überzeugung – meine Familie war hier und ich bin sowieso ein pathologischer Mecklenburger, sonst würde ich jetzt auch nicht hier sitzen, nach dem, was mir in der Wende passiert ist. Danach rief mich Präsident Fletcher noch einmal an und war böse mit mir, weil ich sein Angebot nicht annahm. „How can you go back to Pankow?“ Also, die DDR war damals für Amerikaner noch Pankow. Eines Tages rief er mich wieder an und sagte: “Now I understand you. You are the David Oistrach of Pankow Medicine!” (Du bist wie David Oistrach in der Pankower Medizin!). Wieso? David Oistrach ist sicherlich Ihnen noch ein Begriff, er war zu seiner Zeit der größte Geiger der Welt, ein russischer Jude, der die Bühnen der Welt beherrschte, aber nie aus Russland weggegangen ist. Da gab es einmal ein Interview im Time Magazine und da hatte er gesagt, er brauche für seine Kreativität seine Heimat und sein Umfeld und er gehe immer wieder zurück. Na ja, also war ich für Fletcher nun wie David Oistrach in der Medizin und wir haben uns seit der Zeit sehr gut verstanden.

Hierher zurückgekommen ließ es sich anfänglich etwas schwierig an mit meinen jetzt vielfältigen internationalen Beziehungen und der Nachfrage wegen des Titels. Die DDR hat sich dann jedoch rasch dazu entschlossen, mir eine Professur zu geben, obwohl ich hierfür relativ zu jung war. In Rostock fand zu der Zeit eine Reorganisation des Medizin-Bereiches statt, in der die damals bestehenden zwei großen medizinischen Kliniken zusammengefügt wurden, und ich wurde dann mit 36 Jahren Ordinarius und Direktor der Klinik für Inneren Medizin (KIM) hier in Rostock. Die Zeit heute erlaubt es nur, bestimmte Sachen kurz anzureißen.

Zwischenzeitlich intensivierte ich dann auch die Zusammenarbeit mit meinem zweiten großen Lehrer, dem Schweden Nils Alvall, damaliger Präsident der Weltgesellschaft für künstliche Organe. Wir hatten den Vorschlag eingereicht, Nils Alvall und Willem Kolff den Nobel-Preis zu verleihen. Beide hatten, so ließ man uns später wissen, den Nobel-Preis schon zugesprochen bekommen, aber kurz vor der Verleihung starb Prof. Alvall und da es ja die Regelung des Nobel-Preis-Komitees ist, dass nur Lebende den Preis erhalten, bekam der zweite Partner, also Prof. Kolff, ihn auch nicht. Und so blieb bis heute, trotz dreifacher Nominierung, eine der größten Leistungen der Medizingeschichte unwürdigt.

Hier, an der Klinik für Innere Medizin, versuchte ich mein eigenes Arbeitsgebiet zu etablieren. Wir sind dabei in der damaligen Zeit ungewöhnliche Schritte gegangen. Wir haben – was damals in der DDR ungewöhnlich war – Naturwissenschaftler mit Medizinergehältern eingestellt. Das war ein Vorteil, wir konnten uns



also die besten Naturwissenschaftler aussuchen. Der Unterschied in den Gehältern der Mediziner und der Naturwissenschaftler war mehr, wie soll ich es sagen, durch den Sozialstatus bedingt, nicht unbedingt durch das Wissen. Im letzteren Falle hätte es mit den Gehältern umgekehrt sein müssen. Wir haben dann an der Klinik eine Forschungsabteilung aufgebaut, die zu ihrem Höhepunkt 42 Mitarbeiter hatte, in der Mehrzahl Naturwissenschaftler. In dieser Forschungsabteilung sind wichtige, auch international wahrgenommene Forschungsergebnisse erreicht worden. Einer meiner damaligen Mitarbeiter, Wolfgang Schütt,<sup>4</sup> entwickelte mit seinem Team ein Gerät mit Namen *Paromoquant*, ein Zellzählgerät, mit dem dann die NASA in den Weltraum geflogen ist. So wurde auch eine Zusammenarbeit mit den Wissenschaftlern der NASA hergestellt. Diese Geräte kamen von hier aus unserer Klinik aus Rostock und wurden damals von VEB Carl Zeiss Jena produziert. Für große Aufregung, diesmal auf der amerikanischen Seite, sorgte es, dass Prof. Kolff für ein Jahr zu einer Gastprofessur zu uns nach Rostock kam, um mit uns gemeinsam ein Kunstherzprogramm aufzubauen. Wir hatten das erste Kunstherz in der DDR; zu seiner ersten Implantation kamen Wissenschaftler aus Japan und den USA zu uns, und das erste mit dem Kunstherz lebende Kalb hatte den wunderschönen Namen „Rosi“, dieser Name hing sicherlich mit dem Namen der Heimatstadt Rostock zusammen.

Ein großes Problem stellten auf der ökonomischen Seite die Versorgungsmängel dar, es gab keine durchgehende Versorgung für Dialysepatienten, also Patienten, denen die Nierenfunktion fehlte, da entsprechende Gerätschaften ausschließlich aus dem nichtsozialistischen Währungsgebiet importiert werden mussten. Daher haben wir in der Forschungsabteilung sehr viel Arbeiten zu dem Problemkreis der Dialyse gemacht, und ich bemühte mich, über mein noch immer bestehendes Netzwerk mit den amerikanischen Freunden eine eigene Kunstnierenproduktion in der DDR aufzubauen. Das glaubte uns damals jedoch niemand. Heute noch habe ich die Gutachten vom Forschungsrat der DDR und vom Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, dass diese Technologie hier bei uns nicht entwickelt werden könnte. Dabei ging es hauptsächlich um die notwendigen Materialien, die für diese Entwicklung hergestellt werden mussten. Wir haben in Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten in der Industrie damals 33 eigenständige Materialpositionen entwickelt.

Wie man das damals machte, will ich Ihnen mit einer weiteren Anekdote erzählen, das heißt, wie Wissenschaft auch unter solchen schwierigen ökonomischen Bedingungen möglich war. Ich hatte als Mitarbeiter einen befreundeten Chemiker – er lebt heute noch –, der war ein hoch intelligenter Mensch und ich habe immer versucht, ihm ausreichend Zeit zum Denken zu lassen. Denn das

---

<sup>4</sup> Vgl. Schütt, Wolfgang; Klinkmann, Horst [Hrsg.]: *Physical characterization of biological cells: basic research and clinical relevance*. Berlin 1991.

Problem ist heutzutage für viele junge Kollegen – wenigstens in der Medizin –, dass Ihnen keine ausreichende Zeit zum Denken gegeben ist. Sie sind von morgens bis abends eingespannt, und Forschung oder Wissenschaft bleiben oftmals Freizeithobby. Das ist aus meiner Sicht einer der ganz wesentlichen Gründe, warum die deutsche Medizinwissenschaft zurzeit international ein bisschen hinterherhinkt. Damals erlaubten wir uns in der Forschungsabteilung „Leitungsmäßig verordnete Denkzeiten“, die mussten eingehalten werden. Ich weiß zwar nicht, ob alle „gedacht“ oder Tee getrunken haben, das ist ja egal, aber wir haben das gemacht. Selber habe ich mich immer in dieser Denkzeit zurückgezogen.

Die DDR hatte damals eine so genannte „Gestattungsproduktion“, das war die Herstellung von Produkten im Auftrag bundesdeutscher oder auch westeuropäischer Firmen für Devisen. Diese Produkte wurden dann mit dem Original-Label versehen und im Westen verkauft. Im Grunde haben wir damals schon Hongkongproduktion in der DDR gemacht für Neckermann, für Quelle, für Schnapsfirmen und so weiter. Für Amerika stellten wir als Gestattungsproduktion Membranen für Hotdogs her, also die Haut für die amerikanischen Würstchen. Eines Tages – mein Lieblingsgericht ist Bockwurst – haben Dr. Holz, mein befreundeter Chemiker, und ich unten in seinem Labor Bockwurst gegessen. Bei diesem Bockwurstessen haben wir dann die Haut abgezogen und dabei ist die Idee gekommen, das sieht doch aus wie diese unglaublich teuren Dialysemembranen, die wir für die Blutreinigung von Union Carbide aus den USA importieren. Dr. Holz hat dann die Würstchenhaut eingespannt, und wir sahen, dass durch diese Membran wirklich eine gezielte Diffusion möglich war, also der Blutreinigungsprozess dadurch stattfinden konnte. Für diese Entdeckung haben Dr. Holz und ich dann nachher den Nationalpreis für Wissenschaft und Technik bekommen, zusammen mit den Industriepartnern. Nun mussten wir aber auch noch einen Hersteller gewinnen. Die Firma ORWO in Wolfen stellte diese Membranen her und hatte damit einen wunderbaren Absatz. Nichts war in der DDR-Wirtschaft so bequem wie die Tatsache, kein Risiko einzugehen und dazu einen guten Absatz in das nichtsozialistische Währungsgebiet zu haben. Jetzt die Leute zu überreden, eine medizinische Produktion einzurichten, bedeutete ja Investitionen, Reinnräume und all das was dafür nötig ist, ja wie machte man das? Dr. Holz und ich haben uns zwei Flaschen Wodka eingepackt und sind dann nach Bitterfeld gefahren, haben dort im Hauptquartier Verbündete gesucht. Wir fanden dann auch zwei Chemiker, und so ist die Produktion der Dialysemembranen in der DDR letztlich entstanden, die dann ja die Voraussetzung war, dass immerhin bis zur Wende rund 30.000 Patienten im gesamten Ostblock der Dialyse ihr Leben verdankten.

Dann kam das zweite große Problem, wir brauchten die technischen Voraussetzungen, auf der diese Membranen nun zu Dialysatoren verarbeitet werden konnten. Wenn wir diese Technik hätten entwickeln müssen, wäre das schwer gewesen. Da haben wir dann wieder Verbündete gesucht und auch gefunden. In

jeder Gesellschaftsordnung findet man Verbündete. Ein solcher Verbündete war Herr Dr. Funke, der im Bereich des Ministeriums für Gesundheitswesen für die Medizintechnik verantwortlich zeichnete und bereit war, mit uns das Risiko einzugehen. Danach verhandelte ich über Prof. Kolff mit den Amerikanern, ob entsprechende Technik zur Verfügung gestellt werden könnte, das war schwierig, denn Amerika praktizierte damals gegenüber der DDR ein Handelsembargo in der Hochtechnologie, also mussten wir uns etwas ausdenken. Ich bin dann nach Amerika gefahren zu der entsprechenden Firma, habe dort gelernt, wie die Technik geht, und zwar gemeinsam mit einem japanischen Kollegen, der mein Leben nach der Wende entscheidend mitgestalten sollte. Das technische Wissen hatten wir also jetzt, jetzt brauchten wir noch eine Produktionsstätte. Solche Anekdoten mögen für Sie nicht ganz uninteressant sein, belegen sie doch die Verhältnisse der damaligen Zeit. Wir suchten also eine Produktionsstätte, die auch mit Plastverarbeitung umgehen konnte, und wir fanden dafür eine einzige, die war in Radeberg bei Dresden, ganz in der Nähe der Brauerei, wo es das gute Bier gibt. Schon das war für uns attraktiv, da damals dieses Bier kontingentiert war, weil es ausschließlich für den Export bestimmt war.

Die Fabrik in Radeberg stellte künstliche Zähne für den RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) her. Die Forschung im Ostblock war damals so organisiert, dass im RGW Hauptforschungsthemen festgelegt waren, eines davon war der Themenbereich künstliche Organe. Die DDR hatte durch unsere Rostocker Forschungsabteilung ohne Zweifel den größten Vorsprung auf diesem Gebiet, aber der oberste Chef saß natürlich in Moskau, das war damals so. Dieser sehr interessante Kollege war ein Herzchirurg, Prof. Shumakow. Er zeichnete sich dadurch aus, dass er Diskuswerfer gewesen war. Er hatte einen großen Leibesumfang und ist nach wie vor ein Mann – heute bewundere ich ihn –, der unglaublich viel Alkohol vernichten konnte. Dabei war er ein hervorragender Operateur, dem man am OP-Tisch wegen seines Bauches eine Umrandung hineingeschnitten hatte. Ich war es gewohnt – obgleich wir hier in Rostock als die Alpha-Tiere auf dem Gebiet des Künstlichen Organersatzes im RGW akzeptiert waren –, dass ich immer nach Moskau fahren musste, um uns Zustimmung für größere Projekte zu holen. Dort ging es dann ganz protokollarisch vor sich – Sie können sich das sicherlich schwer vorstellen –, auch wenn man ganz gut befreundet war.

Das große Protokoll zeichnete sich dadurch aus, dass die Verhandlungen immer einen offiziellen Rahmen hatten. Auf dem Tisch standen die Sakuskas, das waren all die schönen Sachen von Kaviar über Lachs bis hin zu besonders zubereiteten russischen Eiern. Daneben stand dann immer der Wodka, das gehörte einfach dazu. Dann kam der so genannte *bol'schoi*-Toast, der große Toast, und der *malen'kii*-Toast, der kleine Toast. Der *bol'schoi*-Toast ging für Frieden, Freiheit und Völkerfreundschaft und der *malen'kii*-Toast war für die Schwiegermutter, für

die Kinder und die Familie bestimmt. Ich konnte dann nie mithalten, also habe ich immer frühzeitig aufgegeben und gleich unterschrieben, wenn etwas zu unterschreiben war. Aber dieses Mal war es für uns lebensnotwendig, seine, Prof. Shumakows, Unterschrift zu bekommen. So überlegte ich mir vorher, wie kannst du mit ihm mithalten? Denn hier ging es ja nun wirklich um eine absolute Grundsatzentscheidung für die Produktionsaufnahme der lebensnotwendigen Dialysatoren.

In der Zwischenzeit hatte ich nämlich herausbekommen, dass die Sowjetunion gegen unsere Pläne mit dieser Fabrik ihr Veto eingelegt hatte. Dieses Veto war dadurch bedingt, dass in dieser Fabrik Zähne hergestellt wurden, die gelblich eingefärbt waren, dass ist kein Witz, es war die wohl einzige Fabrik, die vordergründig gelblich gefärbte Zähne herstellte und dafür war ein sehr hoher Bedarf in der Sowjetunion. Zur Entgiftung von Alkoholikern benutzten wir immer Aktivkohle, die in große Patronen gefüllt war, durch die dann das Blut lief, um den Alkohol zu binden. Eine solch große Patrone Aktivkohle der schwedischen Firma Gambro nahm ich mit in die Sowjetunion, schraubte sie auf und habe dann die ganze Aktivkohle gegessen. So gefüllt mit einem Gefühl wie eine Schwangerschaft im vierten Monat ging ich dort hin und es fingen die üblichen Freundlichkeiten an: „Nu Horst? Kak wuipuschiwatje?“ (Wie geht es dir?) „Nu normaly...“ (Normal.) und so fort. Mit zunehmenden Toast's guckte mich mein sowjetischer Kollege etwas überrascht an. Dann rief er seine Mitarbeiter – ich konnte etwas Russisch und verstand es – und fragte, wieso mir denn nichts passierte, ob sie mir vielleicht Tee eingeschenkt hätten, das sei ja fast wie eine Verschwörung. Schließlich wurde er richtig wütend und gab bekannte russische Flüche von sich, die man nicht so ohne weiteres ins Deutsche übersetzen kann. Aber er hat dann unterschrieben! Sie können sich vorstellen, ich ging glücklich, sicherlich auch etwas euphorisiert durch den Alkohol zurück in mein Hotel „Peking“.

Dort habe ich eine aus medizinischer Sicht echte fachliche Fehlleistung abgeliefert, denn voller Freude ging ich in das Restaurant des Hotels und genehmigte mir ein kräftiges Abendbrot, das offensichtlich in guter russischer Manier mit viel Fett angerichtet war. Dies löste dann offensichtlich einen Großteil des gebundenen Alkohols, und ich erreichte nur noch unter größten Mühen mein Zimmer und das Bad, in dem eine der alten riesengroßen Kupferbadewannen aufgestellt war mit einer Dusche oben aus der Decke, die man mit der niederhängenden Kette bedienen konnte. Im Unterbewusstsein muss ich offensichtlich diese Dusche betätigt haben, dann kann ich mich an nichts mehr erinnern, bevor ich am nächsten Morgen durchnässt in der Badewanne aufwachte, in der, Gott sei Dank, der Abfluss nicht verstopft war und demzufolge das niederprasselnde Wasser ablaufen konnte. Ich verzichte hier auf die Beschreibung meines Zustandes, der letztlich darin resultierte, dass durch die Alkoholintoxikation meine peripheren Kapillaren weit gestellt waren und ich überall in der Haut Unterblutungen auf-

wies, was, wie Sie sich sicherlich vorstellen können, einen großen Schreck bei meiner Frau bei meiner Heimkehr auslöste, aber egal, wir hatten die Unterschrift und konnten an der Realisierung des Aufbaus einer Produktionsstätte für Künstliche Nieren gehen und innerhalb des RGW rund 30.000 Menschen das Leben retten. Das sind die Anekdoten zur Entstehung der Künstlichen-Nieren-Produktion in der DDR.

Das Weitere lief dann ganz gut. Mit dem Erfolg kamen dann auch die Anerkennung und die Ehren. Aufgrund unserer wissenschaftlichen Arbeit bin ich bis heute wohl der einzige, der sämtliche internationalen Gesellschaften, die es auf diesem Gebiet des Künstlichen Organersatzes in der Medizin gibt, einmal als geheim und frei gewählter Präsident geführt habe. Dazu gehören die Internationale Gesellschaft für Künstliche Organe (ISAO), die Weltgesellschaft für Blutreinigung (WAA), die Europäische Gesellschaft für Dialyse und Transplantation (EDTA) und die Europäische Gesellschaft für Künstliche Organe (ESAO). Dass ich immer in freier und geheimer Wahl gewählt wurde, war sicherlich nicht, weil ich gesellschaftspolitisch zu Hause besonders aktiv war, was mir dann in der Wende vorgeworfen wurde, sondern weil unsere Gruppe einiges an originärer Wissenschaft vorgelegt hatte und weil wir lange in Rostock als ein Mekka des Künstlichen Organersatzes in der Welt galten. Dies führte sogar zu diplomatischen Verwicklungen, denn als mein berühmter Lehrer Willem Kolff während seines Sabbatical eine Gastprofessur in Rostock annahm, hat das in Amerika sehr hohe Wellen geschlagen. Dazu kam dann noch, dass der damalige Chef der Inneren Medizin/Nephrologie der North Western University Chicago, Prof. Ivanovich, ebenfalls für ein Jahr sein Sabbatical mit uns in Rostock verbrachte.

Um die „gesellschaftliche“ Seite chronologisch mit zu erwähnen, ich war bis dahin parteipolitisch ungebunden geblieben, aber immer wieder kam die Frage der Parteimitgliedschaft. Ich weiß noch heute, dass Willem Kolff in Fortsetzung unserer Diskussion bei meinem Aufenthalt in Amerika mir sagte, wenn du dich entschieden hast hier zu bleiben, dann musst du auch sehen, dass du Einfluss hast, denn ansonsten läuft in deiner Klinik alles an dir vorbei. Hier bleiben wollte ich ohne Frage aus den bereits erwähnten Gründen, beruflich hatte ich vieles erreicht und musste mir nicht mehr sagen lassen, dass ich etwas erreichen wolle auf Grund von Parteizugehörigkeit, und so wurde ich dann Mitglied der SED. Danach wurde ich dann relativ rasch mit etwas konfrontiert, das nicht sehr angenehm war. Ich bekam zweimal den Ruf auf den Lehrstuhl für Innere Medizin an der Charité in Berlin, den ich immer ablehnte, weil mir ganz klar war, wenn man auf dem Lehrstuhl der Charité saß, dann hatte man zwar höchstes Ansehen, musste aber auch gleichzeitig viel Zeit aufwenden für die Leibarztstätigkeit von Partei und Regierung. Insofern hatten wir in Rostock eine doch deutlich bessere Ausgangslage, auch deshalb, weil die Telefonverbindungen zur damaligen Zeit außerordentlich schwierig waren. Wenn die Berliner etwas wollten, dann konnte man immer

glaubhaft sagen: „Wie bitte, ich verstehe nicht?“ und konnte auflegen. Dies soll nur illustrieren, dass wir wirklich eine wissenschaftliche Oase hier oben hatten, in der wir relativ ungestört arbeiten konnten.

Zur Koordinierung der Forschungstätigkeit in der Medizin wurde 1982 der Rat für Medizinische Wissenschaften der DDR gegründet und zur allgemeinen und vor allem aber auch zu meiner eigenen Überraschung wurde kein Berliner Kollege sondern ich als Präsident dieses Rates berufen. Der Rat war verantwortlich für die gesamte organisierte medizinische Forschung in der DDR und aus Berliner Sicht gestaltete sich dies etwas schwierig, weil die Leitung von Rostock aus lief, man wollte das auch in Berlin bewusst nicht recht verstehen. Doch ich hatte in der Zwischenzeit durch meine internationalen Präsidenschaften und die internationale Ausrichtung unseres Forschungsteams einen relativ großen Freiraum, in dem ich mich frei bewegen konnte. Das hat sich auch auf meine Mitarbeiter niedergeschlagen, 73 % von ihnen waren so genannte „Reisekader für das nichtsozialistische Ausland“. Insofern hatten wir nicht nur sehr gute intensive Beziehungen zum sozialistischen und nichtsozialistischen Ausland, wir konnten auch sehr intensiv mit der internationalen und bundesdeutschen Industrie zum Beispiel an der Entwicklung von neuen Technologien arbeiten.

Dann kam die Wende und mit ihr die unerwartetsten Ereignisse in meinem beruflichen Leben. Durch die Regierung Modrow wurde mir zusätzlich zur Leitung des Rates für Medizinische Wissenschaften die für die Wissenschaft insgesamt verantwortliche Funktion des Vizepräsidenten des Forschungsrates der DDR übertragen, und in dieser Eigenschaft wurde ich 1989 gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten der Leopoldina aus Halle in den Grunewald gerufen zu einer Zusammenkunft mit den Vertretern der bundesdeutschen Wissenschaftsorganisationen, um über die Vereinigung der deutschen Wissenschaft gemeinsam nachzudenken. Die damaligen Beratungen führten zum Aufbau einer sehr persönlichen freundschaftlichen Beziehung mit Prof. Dieter Simon, dem Chef des Wissenschaftsrates der Bundesrepublik, der später in der Zusammenführung der deutschen Wissenschaftslandschaft eine entscheidende Rolle spielen sollte. An der Akademie der Wissenschaften der DDR, der ehemaligen Preußischen und später Deutschen Akademie der Wissenschaften, hatte sich inzwischen ein Runder Tisch etabliert. Diese Akademie der Wissenschaften<sup>5</sup> ist eine der ältesten Wissenschafts-Gesellschaften und wurde vor über 300 Jahren vom Universalgenie Gott-

---

<sup>5</sup> *Kurfürstlich Brandenburgische Sozietät der Wissenschaften*, 1700 gegründet von Gottfried Wilhelm Leibniz, seit 1701 *Königlich Preußische Sozietät der Wissenschaften*, 1744 *Königliche Akademie der Wissenschaften*, später *Königlich-Preußische Akademie der Wissenschaften* und *Preußische Akademie der Wissenschaften*, 1946 wieder begründet als *Deutsche Akademie der Wissenschaften*, von 1972 bis 1991 *Akademie der Wissenschaften der DDR*, 1992 durch die Bundesländer Berlin und Brandenburg als *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften* neu begründet.

fried Wilhelm Leibniz gegründet. Es war die älteste hoch angesehene akademische Institution in Europa, neben der Académie Française<sup>6</sup> und der Royal Society.<sup>7</sup>

Zum Zwecke ihrer „Erneuerung“ – ein damals sehr geflügeltes Wort – hatte, wie bereits erwähnt, die Akademie der Wissenschaften einen Runden Tisch eingerichtet, der nach einem neuen Präsidenten suchte. Die Akademie der Wissenschaften als Wissenschaftszentrum der DDR zählte damals 24.000 Mitglieder, die natürlich um ihre weitere Beschäftigung im Rahmen ihrer Abwicklung bangten. Überraschender Weise fragte mich der Runde Tisch, ob ich als Kandidat zur Verfügung stehe. Ich habe mir überhaupt keine Chance ausgerechnet, denn ich hatte fünf Gegenkandidaten, die alle aus dem inneren Zirkel der Akademie in Berlin kamen. Zur damaligen Zeit bekleidete ich die Funktion des Präsidenten der Europäischen Gesellschaft für Dialyse und Transplantation (EDTA). Gleichzeitig mit der Wahl des Akademie-Präsidenten fand eine Präsidiumssitzung der EDTA außerhalb Deutschlands statt, und auf dem Wege dorthin habe ich in Berlin Zwischenstation gemacht. In der Wendezeit gab es viele sehr interessante Verfahren der Basisdemokratie. Zur Neuwahl des Präsidenten hatte man an der Akademie mit Hilfe der Datenverarbeitung in alle Institute Abstimmungswege geschaltet, und so fand das erste Mal in der 300jährigen Geschichte der Akademie eine Abstimmung über die Präsidentschaft durch alle 24.000 Mitarbeiter statt. Wir waren uns einig – wir waren sechs Kandidaten – dass wir uns einem langen Eliminationswahlverfahren stellen mussten, also wer die wenigsten Stimmen erhält scheidet vor einer neuen Wahlrunde aus. Ich war schon auf dem Wege zum Flugplatz, da erfuhr ich, dass ich die Präsidentschaft im ersten Wahlgang mit über 80 % der Stimmen gewonnen hatte.

Diese ehrenhafte Aufgabe bin ich als Akademiepräsident mit einem hohen Enthusiasmus, aber auch mit einer großen Blauäugigkeit – so würde ich es heute bezeichnen – angegangen. Ich wurde dann in den Wissenschaftsrat der Bundesrepublik kooptiert und noch vor der Vereinigung zu Treffs mit den Spitzen der bundesdeutschen Wissenschaft eingeladen – gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten der Leopoldina, Prof. Parthier, und dem Präsidenten des Wissenschaftsrates der Bundesrepublik, Prof. Simon, mit dem sich später eine persönliche freundschaftliche Beziehung entwickelte –, um die Vereinigung der Deutschen Wissenschaftslandschaft vorzubereiten. Diese Vereinigung der Wissenschaftslandschaft war von uns grundsätzlich anders vorgesehen als sie später geschah. Vorgesehen war nicht nur eine Evaluierung der ostdeutschen Wissenschaftsinstitute mit all ihren Konsequenzen, sondern wir waren uns damals einig,

---

<sup>6</sup> *Académie française* in Paris, gegründet 1635 durch Ludwig XIII. auf Initiative Richelieus.

<sup>7</sup> *Royal Society* in London, gegründet 1660, damit verbunden die *Royal Academy of Science* in Dublin, gegründet 1782, und die *Royal Society in Edinburgh*, gegründet 1783.

es sollte eine Evaluierung der gesamtdeutschen Wissenschaftsszene sein, auch deshalb, weil sich automatisch aus der Teilung Deutschlands Parallelentwicklungen ergeben hatten. Realisiert wurde dann bekanntlich nur die Evaluierung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft mit allen sich daraus ergebenden und bis heute nachwirkenden negativen Folgen. Über diese Zeit gäbe es sehr viel zu erzählen, heute erlaubt es die Zeit nicht. Den Anfang einer Dokumentation für die historische Aufarbeitung habe ich gemacht mit der Publikation „1992 – Das verdrängte Jahr“.<sup>8</sup> Ich habe gemeinsam mit meinen Präsidiumsmitgliedern in der Akademie fast zwei Jahre für den Erhalt der Akademie gekämpft. Letztlich scheiterten wir daran, dass die föderalistische Bundesrepublik keine übergeordnete nationale Akademie hatte und wollte. Die Akademie der Wissenschaften, eine der traditionsreichsten europäischen Akademien, hatte das Pech, ihren Sitz im Osten zu haben. In der alten Bundesrepublik gab es nur lauter Länderakademien wie die Göttinger Akademie, die Bayerische Akademie, die Nordrhein-Westfälische Akademie, die Heidelberger Akademie, um nur einige zu nennen. Dieses Föderalismusprinzip der Länderakademien der alten Bundesrepublik hat dann letztlich dazu geführt, dass man Deutschlands größtes wissenschaftliches Erbe einfach abwickelte. Mitglieder dieser „abgewickelten“ Akademie waren zum Beispiel keine Geringeren als ihr Gründer Gottfried Wilhelm Leibniz, Max Planck, Albert Einstein, Rudolph Virchow, Katharina die Große als erstes weibliches Mitglied, um nur einige zu nennen. Wenn ich nun plötzlich durch den Lauf der Geschichte, ohne es gewollt zu haben, in gewisser Hinsicht auch historisch geworden bin als letzter Akademiepräsident in einer 300jährigen Geschichte, werde ich letztlich immer derjenige sein, der bei der Betrachtung der Geschichte der Akademie und ihrer Auflösung immer wieder genannt wird. Ich kann nur sagen, es ist schon etwas eigenartig, dass ein absolutes Universalgenie, wie es Leibniz sicherlich war, die Akademie einmal gegründet hat und ein aus Teterow stammender Mediziner sie dann auflösen musste, das ist für die Geschichte schon etwas bizarr.

Inzwischen waren dann auch in Rostock die ganzen Wendebewegungen mit all ihren Unruhen vor sich gegangen. Ich selbst war zu Wahrnehmung der Präsidenschaft der Akademie durch die Universität Rostock freigestellt worden. Als ich dann 1992 wieder nach Rostock zurückkehrte, wollte man mich hier nicht mehr haben. Für mich ergaben sich daraus einige schwere persönliche Entscheidungen. Es gibt ein Sprichwort von Friedrich Nietzsche, das ich hier vielleicht nur in den Raum stelle, ohne es zu kommentieren. Und dieses Sprichwort von Nietzsche heißt: „Große Verbindlichkeiten machen nicht dankbar, sondern rachsüchtig.“ Als ich zurück in meine Klinik kam, wurde gerade darüber an den Rostocker

---

<sup>8</sup> „1992 – Das verdrängte Jahr“ Dokumente und Kommentare zur Geschichte der Gelehrten Sozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992, Horst Klinkmann und Herbert Wöblke, trafo verlag Berlin 1999, ISBN 3-89626-179-7.



Kliniken abgestimmt, ob man die alten Chefs behalten wolle oder nicht. Die Mitarbeiter meiner Klinik hatten mehrheitlich dafür gestimmt, dass ich bleiben durfte, aber dann fand man heraus, dass die Wahlbeteiligung unter 50 % lag und demzufolge musste ich also weg. Dazu kam die ganze übliche Stasi-Geschichte, die für mich in dieser Situation irrelevant war, die mir aber doch ein ziemlich schweres emotionales Trauma versetzte. Als Verantwortlicher für die gesamte medizinische Forschung in der DDR war ich in die ganze Geheimhaltungshysterie, die die DDR hatte, eingebunden, auch wenn immer wieder versucht wurde, sie zu umgehen. Beispielsweise durften wir keine wissenschaftlichen Arbeiten aus dem Forschungsbereich in westdeutschen Zeitschriften veröffentlichen, aber wenn wir in Englisch schrieben und die Artikel mit dem gleichen Inhalt an Zeitschriften nach England oder Schweden oder anderswo hinschickten, dann war das kein Problem. Zu dieser Zeit tauchte auch eine Stasiakte von mir auf. Ich habe mich sehr gewundert, wieso das der Fall war, weil sich darin nichts fand, was direkt von mir war, sondern nur über mich.

Einige Jahre später hatten meine Frau und ich ein bewegendes Erlebnis, weil die ganze Angelegenheit uns beide doch zutiefst getroffen hatte. In der Weihnachtszeit kam plötzlich ein ehemaliger, so genannter „Sicherheitsbeauftragter“ der Universität Rostock zu uns. Zu Ihrem Verständnis so viel, wenn Sie Forschung betrieben, schauten diese Sicherheitsbeauftragten nach, ob Sie auch ihre Forschungsberichte mit dem entsprechenden vertraulichen Dienstsiegel oder „geheime Verschlussache“ versahen. Dieser, unser damaliger Sicherheitsbeauftragter, ich will den Namen nicht nennen, kam zu uns, bat mich um Entschuldigung und überbrachte mir ein Schreiben auf dem stand, dass er eidesstattlich erkläre und sich entschuldige, dass er – unwissentlich für mich – für seine eigene Karriere eine Akte angelegt habe. So etwas war für den Einzelnen auch immer ganz bedeutend für die eigene Karriere. So viel dazu. Die Universität meinte dann, sich von mir trennen zu müssen aufgrund „persönlicher Nichteignung“. Ich habe dagegen geklagt, vor dem Arbeitsgericht auch Recht bekommen und mich mit einem Vergleich einverstanden erklärt, aber es wäre unehrlich, wenn ich nicht sagen würde, dass ich in dieser schwierigen Zeit eine grundsätzlich bessere Situation hatte als viele andere meiner Kollegen, denn ich konnte mir letztlich aussuchen, wohin ich von Rostock aus gehen wollte.

Weniger glücklich war ich über die verlorene Schlacht um die Bewahrung der Akademie, die ich letztlich dadurch verloren habe, dass ich in einem der berühmten „Kamingespräche“ in Bonn und auch später meine Unterschrift für die Auflösung der Akademie verweigert habe, deren Weiterbestand in der Gelehrten-gesellschaft dann ja auch im Einigungsvertrag festgeschrieben war, aber von der damaligen politischen Gewalt ignoriert wurde. Wir waren damals alle bereit und haben uns alle gefreut, die ein bisschen denken konnten, über die Vereinigung Deutschlands. Ich kann mich an niemanden erinnern aus der Umgebung, der etwas

gegen die Vereinigung zu der damaligen Zeit hatte. Wir waren aber auch alle hochgradig fachlich motiviert zu zeigen, dass wir auch etwas konnten. Das Problem, das auch heute noch emotional Deutschland spaltet, ist die Verneinung der Biographien der ostdeutschen Wissenschaftler und der Verzicht der Bundesrepublik auf dieses Wissenschaftspotenzial der DDR, das nicht klein war. Viele meiner Mitarbeiter haben jetzt einflussreiche Positionen außerhalb unseres Landes, einer ist Präsident des Senats der Donau-Universität in Krems in Österreich, ein anderer Vizerektor einer österreichischen Fachhochschule und viele meiner damaligen fähigen Mitarbeiter fanden anderswo ihre Zukunft. Heute ist es mir klar, dass in dieser Zeit natürlich auch ein großes Konkurrenzdenken und -streben nach Konkurrenzausschaltung eine wesentliche Rolle spielte. Unsere Klinik, die sowohl international eine spezifische Organisationsform hatte und auch als solche fachlich einen hohen Ruf genoss, wurde sofort zerschlagen. Es hieß, Naturwissenschaftler hätten in der Medizin in einer solchen Organisationsform wie bei uns nichts zu suchen. Jetzt hat man das offensichtlich wieder neu entdeckt, wie vieles, was bewahrenswert gewesen wäre, sei es im Gesundheitswesen oder auch in der Kinderbetreuung. Wie gesagt, ich konnte mir so ziemlich aussuchen, wohin ich gehen wollte und es begann die Zeit meiner wissenschaftlichen Wanderschaft. Ich bekam eine Professur an der Universität in Bologna, wurde zum Dekan der Internationalen Fakultät für Künstliche Organe gewählt und halte diese Position heute noch, bin gerade gestern von dort zurückgekommen und habe vier meiner Doktoranden in Bologna die Promotionsprüfung abgenommen.

Eine interessante Anekdote aus der Wendezeit möchte ich noch erwähnen. Es gab von vielen Seiten Protestbriefe nach Schwerin, und die Antwort unserer damaligen Schweriner Kultusministerin war, sie hätte für diese rund 300 Protestbriefe, die von Akademiepräsidenten, von Nobel-Preisträgern und von Präsidenten internationaler Gesellschaften kamen, einen Schuhkarton zur Verfügung – so war das damals in der Zeit der Wende. Zwar habe ich mich nie von Mecklenburg emotional trennen können, bin aber dennoch entsprechend den Umständen nach Bologna gegangen, habe auf Bitten eines japanischen Freundes und Chefs die Forschungsleitung seines Betriebes übernommen, JMS – *Japan Medical Supply* – damals mit rund 20.000 Mitarbeitern in der Welt. Die zeitweise Verlagerung dieser Forschungsabteilung in meine Heimatstadt Teterow war die Grundlage für die Entwicklung des Mecklenburger Netzwerkes *BioCon Valley*. Längere Zeit war ich in China beratend tätig und bin heute noch Direktor ehrenhalber des Nationalinstitutes für Medizinische Materialien an der Nankai-Universität in Tianjin. Und an der Strathclyde University in Glasgow hatte ich eine permanente Gastprofessur für Medizintechnik. Hinzu kam eine auffällige Häufung internationaler Ehrungen, vielleicht auch als Reaktion auf die Vorgänge hier zu Hause. So hatte ich in den letzten Jahren schon ein relativ bewegtes Leben, aber das muss ich Ihnen ehrlich gestehen – die Verletzungen von damals bestehen irgendwie nach wie vor.

Zurückgekommen nach Mecklenburg bin ich vor allem auch wegen der Erklärung unseres Ministerpräsidenten Dr. Harald Ringstorff, das Ziel seiner Regierung sei Versöhnen statt Spalten. Die Landesregierung hat sich bei mir offiziell durch zwei ihrer Minister entschuldigt, die Universität hat sich durch ihren Rektor wieder zu mir bekannt und in der Zwischenzeit bin ich nun 2004 als Berater der Bundesregierung für den Aufbau Ost berufen worden. Hier im Lande bin ich der Vorsitzende des Kuratoriums für Gesundheitswirtschaft, das ist jenes Gremium, welches für das Land Mecklenburg-Vorpommern, das sich auf die Fahne geschrieben hat Gesundheitsland Nr. 1 zu werden, dieses Ziel umsetzen soll. Ich bin weiterhin Vorsitzender des *BioCon Valley*-Verbundes, das große Netzwerk, das wir in der Biotechnologie in unserer Heimat aufgebaut haben. Jetzt bin ich auch noch einer der drei Gründungsväter der ersten großen europaweiten Großuniversität, der Scan Balt Universität im Ostseeraum geworden. Das ist alles, was ich Ihnen in der zur Verfügung stehenden Zeit berichten konnte, es waren einige anekdotenhafte Ausschnitte aus einem Leben, das mich durch drei Gesellschaftsordnungen führte. In jeder gab es Freud und Leid, und in jeder musste der Mensch sich einrichten. Unauslöschlich für das eigene Leben bleibt aus der ersten, dass Krieg die abscheulichste Form der menschlichen Dummheit ist, aus der zweiten, dass Individualität und Sehnsucht nach freier Bewegung und Entscheidung letztlich alle Mauern sprengt und Geschichte schreiben kann und in der jetzigen dritten, dass Kapitalismus keine Idee, sondern ein Ordnungssystem ist, das viel Karrieremodelle gebiert, aber Ideale sterben lässt.

Dieses Leben hat mich gelehrt gelassen zu sein und sich nur über Nebensächlichkeiten wie dem Fußball bei F. C. Hansa zu ärgern, mit dem mich auch 40 Jahre meines Lebens verbinden. Das war es.

## Diskussion

Transkription und Protokoll: Daniel Münzner und Jörn Wüstenberg

Kersten Krüger:

Wir begannen mit Fußball und haben mit Fußball geendet. Es ist nicht ganz unser Thema. Ich darf um Wortmeldung bitten.

Jörn Wüstenberg:

Vielen Dank für den Vortrag. Ich habe eine Frage zu der Exzellenz in der Forschung und der Einmischung der Politik. Sie haben die Metapher der Oase verwendet, um das zu beschreiben. Sie hatten das Gefühl, eine Freiheit zu haben, die es sonst nirgendwo gab. Gab es vielleicht dennoch Versuche des Staates, Sie zu reglementieren?

Horst Klinkmann:

Also ich sage das immer wieder. Wir in Rostock an unserer Klinik waren in einer doch etwas besonderen Situation. Wir waren aufgrund der Ergebnisse unseres Forschungsteams zu etwas geworden, das man präsentieren konnte – so wie die Sportler, die bei der Olympiade Medaillen gewonnen hatten. Vor allen Dingen aber auch noch dadurch, dass ich nun – und das war so etwas die lächerliche Seite in der DDR – bei den internationalen Wahlen für die Präsidenschaften internationaler Gesellschaften immer auch gegen Vertreter der Bundesrepublik gewonnen hatte, insgesamt vier Mal. Das war ungefähr wie auch das Fußballspiel damals mit dem bekannten Tor von Sparwasser gegen die Bundesrepublik. Wir hatten freie Räume und ich hatte Mitarbeiter, die diese freien Räume auch dadurch genutzt haben, dass sie hervorragende Arbeit leisteten. Außerdem muss ich auch aus meiner Position als Präsident des Rates für medizinische Wissenschaften sagen: Die Medizin und die medizinische Forschung hatten gegenüber anderen Wissenschaftsbereichen generell größere Freiräume. Diese Freiräume der medizinischen Forschung waren allerdings vordergründig begrenzt durch die Verfügbarkeit der so genannten „Harten Währung“. In der medizinischen Forschung hatten wir praktisch unlimitiert DDR-Geld zur Verfügung, aber eine sehr starke Begrenzung westlicher Währung.

Vielleicht dazu folgende Anekdote: Ich weiß es noch wie heute und vielleicht können sich auch noch einige von Ihnen daran erinnern, wir hatten einen sehr berühmten Wissenschaftler, der Physiker war, aber eigentlich war er nach deutschem Recht gar nichts, denn er hatte bekanntermaßen in seinem ganzen Leben niemals ein Examen abgeschlossen, er war einfach genial, dieser Mann war Manfred von Ardenne.<sup>9</sup> Er kam zurück aus der UdSSR in die DDR, und mit ihm hatte ich viel in meiner Funktion als Präsident des Rates für Medizinische Wissenschaften zu tun und fühlte mich bisweilen etwas als Gegenpol. Manfred von Ardenne war, wie ich es bereits sagte, einer der genialsten Erfinder. Er ist der Erfinder der Fernsehröhre, er ist der Erfinder des Elektronenmikroskops und hat wohl nur deshalb den Nobelpreis nicht bekommen, weil er DDR-Bürger war. Nobel-Preise sind bekanntlich auch immer etwas Politisches. Manfred von Ardenne war in der Sowjetunion entscheidend mit beteiligt an der Atomtechnik. Er war auch derjenige, der bei der Feier zur Kapitulation des Dritten Reiches als eine der „Trophäen“ gezeigt wurde. Er saß bei der Siegesfeier neben Stalin im Bol'schoi-Theater. Nach Kriegsende war das so ein „Wissenschaftlertausch“, Werner von Braun mit seiner etwas gefärbteren Vergangenheit als Erfinder der V2 hatte man getauscht – von Ardenne in die SU, von Braun in die USA. Nach seiner Rückkehr bekam Ardenne hier von Walter Ulbricht die Zusage unlimitierter finanzieller Mittel, weil er sich entschieden hatte, in die DDR zu gehen und nicht

---

<sup>9</sup> Manfred Baron von Ardenne, geboren 1907 in Hamburg, gestorben 1997 in Dresden.

in die Bundesrepublik und damit ging er, das darf ich sagen, relativ rücksichtslos um. Wir hatten für die medizinische Forschung einen bestimmten Anteil an Devisen zur Verfügung, aber wenn Herr von Ardenne sagte, er brauche für seine später nicht immer ganz wissenschaftlich belegten Ideen Geld, dann ging uns das verloren, zum Beispiel für die Grippe-Forschung. Das war vielleicht so eine politische Entscheidung, wie Sie sie jetzt hinterfragt haben, und das hat sich dann über die ökonomische Seite entsprechend umgesetzt.

Eine zweite Situation, die uns in der Medizin immer außerordentlich bedrückt hat, war letztlich auch eine politische Entscheidung. Wenn wir etwas bis zur Produktionsreife entwickelt hatten, fanden wir kaum risikobereite Partner in der Industrie. Häufig gab es ein fertiges Ergebnis, das darauf wartete in ein Produkt umgesetzt zu werden. Dann haben wir die Industrielleute in den Rat für medizinische Wissenschaft vorgeladen, aber wussten doch schon vorher, dass sie eine interne Beratung hatten für die Argumente, warum dies nicht umgesetzt werden konnte. Dies hatte etwas zu tun mit dem Prämiensystem und der so oft beklagten fehlenden Risikobereitschaft in der DDR, dies war ein wirklich großes Problem der DDR. Aber ob Sie es glauben oder nicht, für uns in Rostock nahm das nachher sogar eine positive Wendung. In den letzten Zeiten der DDR beteiligten wir uns am so genannten „Immateriellen Export“, das waren Forschungsleistungen, die in den Westen verkauft wurden und dafür hat das Imperium um Schalck<sup>10</sup> das Geld an Land gezogen. Gehen Sie davon aus, dass Politgewaltige damals wenig fachliche Ahnung hatten, und das war für uns gut. Wir hatten aufgrund der Position, dass wir Leitungsfunktionen in medizinischen Weltgesellschaften hatten, Verträge mit Firmen aus dem Ausland gemacht, für die wir zum Beispiel Dialysemembranen entwickelten. Dort waren Stundenlöhne vorgegeben, die offiziell abgerechnet wurden, die wir aber in der Direktverbindung mit den Partnern etwas nach unten korrigiert hatten. Wir wollten dafür aber kein Geld haben, sondern Ausrüstung. Diese Ausrüstung wurde dann hierher gebracht und wurde auch zollmäßig nicht bearbeitet, da sie für die Erfüllung der Aufgaben für den immateriellen Export bestimmt waren. Dadurch war zur Zeit der Wende unsere Klinik hier in Rostock in der Forschung mit entsprechenden Apparaten besser ausgerüstet als manche vergleichbare Klinik in der alten BRD. Es war ein großer Vorteil auch für meine Kollegen, die dann in der Wende auch „freigesetzt“ wurden, dass sie moderne Technik beherrschten und deshalb auch sehr schnell wieder gute Stellen bekommen haben. Die anderen Bereiche der Wissenschaft – ich bin dann ja noch ganz kurzfristig Vizepräsident des Forschungsrates der DDR nach der Wende geworden – wie etwa die Geisteswissenschaften waren in einer ganz anderen Situation. Aber ich wiederhole mich, die Medizin war auch ein Vorzeigefeld für die DDR, auch in ihrer Organisation.

---

<sup>10</sup> Alexander Schalck-Golodkowski, Oberst des MfS, zuständig für Devisengeschäfte.

Hilde Michael:

Gab es dennoch Situationen, wo Sie heute im Nachhinein sagen würden: Da habe ich gemerkt, wie die Staatsmacht versucht, die Wissenschaft und das wissenschaftliche Wirken zu beeinflussen, etwa bei den Auslandskontakten.

Horst Klinkmann:

Also, das gab es mit Sicherheit. Aber sehen Sie: Unsere wissenschaftliche Forschung war letztlich politisch uninteressant. Was wir an wissenschaftlicher Forschung betrieben, wenn wir zum Beispiel ein neues Medikament entwickelten, das war ja ideologiefrei, weil es einerseits nur für die Medizin wesentlich war, aber andererseits sich für die DDR immer auch ein Exportpotenzial erschlossen hat. Die medizinische Forschungsorganisation in der DDR war folgendermaßen: Es gab Hauptforschungsrichtungen, davon gab es nach meiner Erinnerung zehn. Darunter gab es Forschungsprojekte. Die Hauptforschungsrichtungen bekamen die höchste finanzielle Zuwendung, die Forschungsprojekte lagen etwas darunter. Die Ausrichtung der Hauptforschungsrichtung und -projekte war mit Sicherheit etwas, ich will nicht sagen politisch, aber durch das Gesellschaftssystem bedingt. Wir hatten zum Beispiel keine Möglichkeit, ein eigenes Forschungsprojekt Umweltmedizin zu gestalten, sondern wir mussten die Umweltmedizin in anderen Forschungsprojekten verstecken. Die Forschungsprojekte wurden verteidigt vor dem Rat für medizinische Wissenschaft, und in diesem Rat für medizinische Wissenschaft saßen auch immer Vertreter der so genannten „Gesellschaftlichen Organisationen“, aber es wäre nicht korrekt, wenn ich sagen würde, dass bei uns im Rat für Medizinische Wissenschaft in die fachlichen Diskussion jemand sich eingemischt hätte.

Christian Hall:

Ich habe zwei Fragen. Wir hatten das letzte Mal ihren Kollegen Richter<sup>11</sup> zu Gast, der war ja sehr aktiv in der Wendezeit. Sie waren ja eingespannt bei der Akademie, aber haben Sie sich da vielleicht auch engagiert? Das wäre meine erste Frage. Nun die zweite Frage. Sie haben davon gesprochen, dass es günstiger gewesen wäre, die Wissenschaftsbereiche gesamtdeutsch zu evaluieren und insgesamt Bilanz zu ziehen. Wie wurde das aufgenommen und wie wollten Sie das eigentlich durchsetzen?

---

<sup>11</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001655](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001655)

Siehe auch seinen Beitrag in diesem Band.

Horst Klinkmann:

Also Ihre erste Frage ist einfach standortgemäß zu beantworten und war dadurch bedingt, dass ich ab 1990 als Präsident der Akademie in Berlin tätig war. Von meinen Aufgaben hier an der Universität Rostock wurde ich durch den Rektor freigestellt. Meine Aufgabe, die mir von all denen, die mich gewählt hatten, erteilt war, war es, den Wissenschaftsbereich der Akademie zusammenzuhalten und in die Forschungslandschaft der Bundesrepublik zu überführen. Ich hatte bereits ausgeführt, dass wir im November 1989 in den Grunewald nach West-Berlin geholt worden sind. Dort sind wir mit dem damaligen Präsidenten des Wissenschaftsrates, Prof. Dieter Simon, zusammengetroffen; aus der DDR – auch hier wiederhole ich mich – waren unter anderem dazu geladen der damalige Präsident der Leopoldina<sup>12</sup>, Prof. Parthier. Aus der alten Bundesrepublik waren neben dem Chef des Wissenschaftsrates, Prof. Simon, auch andere Vertreter der Wissenschafts- und Forschungsorganisationen der alten Bundesrepublik dabei. Wir haben uns damals wirklich freundschaftlich und sehr positiv darüber unterhalten, wie wir versuchen wollten, die beiden deutschen Wissenschaftslandschaften zusammenzufügen. Man wusste in diesem Kreise auch genau, dass es in der DDR Institute gab, vor allem an der Akademie der Wissenschaften, die sich in keiner Weise zu verstecken brauchten und sich teilweise sogar in bestimmten Bereichen, etwa in der Astrophysik oder der Plasmaphysik deutlich besser waren als vergleichbare Institute in der alten Bundesrepublik. Wir waren uns auch einig, dass wir eine gesamtdeutsche Evaluierung der Wissenschaftslandschaft haben wollten, damit Doppelinstitute gerecht evaluiert wurden von einer international und gesamtdeutsch zusammengesetzten Evaluierungskommission.

Anfangen mit der Evaluierung wollten wir in der DDR an den Instituten der Akademie, das ist dann auch so gelaufen. Inzwischen hatte sich jedoch die politische Landschaft durch die stattgefundenen Wahlen anders entwickelt, und nachdem die DDR-Institute und Universitäten evaluiert worden waren, wurde dann plötzlich politisch entschieden: „Jetzt ist Schluss!“ und die bundesdeutschen Institute und Universitäten wurden nicht evaluiert. In diesem Evaluierungsprozess, das muss ich zugeben, habe ich auch persönlich einen großen Fehler gemacht. Wir waren in der DDR so erzogen, das Beste immer zuerst zu zeigen. Und so habe ich die besten Akademie-Institute auch als erste zur Evaluierung vorgestellt. Die Evaluierung dieser ersten Akademie-Institute hat offensichtlich ein Erdbeben unter den Evaluierern verursacht, vor allem unter der so genannten „Heiligen Allianz“, das war die Vereinigung aus der Max-Planck-Gesellschaft, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Fraunhofer-Institute und so weiter. Die waren von den Evaluierungsergebnissen sehr überrascht, denn die Kenntnisse über das,

---

<sup>12</sup> Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, siehe:  
<http://www.leopoldina-halle.de/>

was in der DDR existierte, war in Schweden, Dänemark, Frankreich und anderswo sicherlich größer als allgemein in der Bundesrepublik, während unsere Kenntnisse über die Bundesrepublik umgekehrt größer waren. Dann war ich mit dem damaligen Wissenschaftsminister, Herrn Prof. Terpe, Mathematiker von der Universität Greifswald, indirekt beteiligt an der Ausarbeitung des deutschen Einigungsvertrages. Dabei ging es uns darum, für Deutschland dieses Wissenschaftspotenzial der Akademie der Wissenschaften zu retten. Dass wir damit nicht ganz falsch lagen, will ich nur als Randanekdote erzählen. Ich war letzten Montag in Berlin zu einer Diskussion über die Gesundheitswirtschaft in Deutschland eingeladen, da war auch der derzeitige Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie anwesend. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften wurde im Verlauf der Vereinigung auf eine regionale Akademie als Berlin-Brandenburgische Akademie 'runter gebrochen. Der gegenwärtige Präsident, Herr Prof. Stock,<sup>13</sup> war anwesend und es ging dann in der Diskussion um die deutsche Einheit und die Notwendigkeit einer nationalen Akademie und ich kann ihn nur zitieren – dies war natürlich auch für mich eine gewisse Genugtuung, aber keine Befriedigung – Herr Prof. Stock sagte dann in der Runde „Ja sehen Sie, dort sitzt Herr Klinkmann, er ist der lebende Beweis für die entscheidenden Fehler, die wir in der deutschen Einheit gemacht haben.“ Heutzutage hat Deutschland keine einhellige Stimme in der europäischen Wissenschaftslandschaft, die Franzosen haben ihre Académie Française, die Engländer haben ihre Royal Society, aber Deutschland hat keine nationale Akademie und damit keine einheitliche Wissenschaftsstimme nach außen, und das wird heute von allen Betroffenen als Nachteil empfunden. Wir hatten damals einen Vorschlag gemacht und gesagt, gebt diesen positiv evaluierten Instituten der Akademie eine Chance, sich gleichberechtigt einzubringen, neben den Instituten der Bundesregierung, wie der Max-Planck-Gesellschaft oder der Fraunhofer-Gesellschaft und den anderen Wissenschaftsorganisationen als eigenständige Leibnizgesellschaft und lasst sie sich beteiligen an den Wettbewerben für die Einwerbung von Forschungsmitteln.

Im Rückblick habe ich im Zusammenhang mit diesem Vorschlag sehr lustige Erlebnisse gehabt. Der damalige Chef der Max-Planck-Gesellschaft war Herr Prof. Hans Zacher,<sup>14</sup> Professor aus München und ein Ur-Bayer, wir sind später gute Freunde geworden. Der blaffte mich an und sagte: „Herr Klinkmann, saublöd

---

<sup>13</sup> Günter Stock, Doktor der Medizin, Professor für Vegetative Physiologie, Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften seit 2006, siehe: <http://www.bbaw.de/bbaw/Mitglieder/MitgliedDetails?mitgliedsid=168> (17. Dezember 2007).

<sup>14</sup> Hans F. Zacher, Doktor der Rechtswissenschaften, Professor für öffentliches Recht an der Universität München von 1971 bis 1996, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft von 1990 bis 1996, siehe (17. Dezember 2007): [http://www.mpg.de/ww/de/pub/organisation/wissenschaft/wissenschaftliche\\_mitglieder.cfm](http://www.mpg.de/ww/de/pub/organisation/wissenschaft/wissenschaftliche_mitglieder.cfm)



seins! Die DDR ist doch weiter nichts als eine Wüste in der Wissenschaft!“ Ich habe ihm damals geantwortet und das wird heute häufig noch zitiert: „Wenn Sie Wissenschaftler sind, Herr Zacher, dann wissen Sie, dass in jeder Wüste Oasen sind. Und Oasen zeichnen sich dadurch aus, dass in diesen Oasen besonders auch sehr wertvolle Spezies beheimatet sind sowohl der Tier- als auch in der Pflanzenwelt. Und das ist auch immer noch besser, als wenn ein Ochse eine bayrische Bergwiese zertrampelt.“ Das war nun auch der Stil der Auseinandersetzung in der damaligen Zeit. Gemeinsam mit dem Wissenschaftsminister, Prof. Terpe, sind wir mit dem Vorschlag zur Gründung der Leibnizgesellschaft zu den so genannten Kamingesprächen gegangen. Die Kamingespräche waren eine Einrichtung der damaligen Bonner Regierung, in diesem Fall mit dem damaligen Wissenschaftsminister Heinz Riesenhuber.<sup>15</sup> Wir sind da hingegangen mit unserem Vorschlag in gutem Glauben, aber da wurde plötzlich, als wir diese Idee vorstellten, aus der Allianz, die sich untereinander immer argwöhnisch beäugt und konkurriert hatten, im Wissen über die überraschenden Evaluierungsergebnisse der Akademieinstitute eine große Einheit, weil man sich offensichtlich schon die einzelnen Filetstücke aus diesen Akademiebereichen irgendwie zugeordnet hatte und sie dann nachher auch übernommen hat. Einer der großen Fehler der DDR war sicherlich, dass man die Forschung weitgehend bis auf die Medizin aus den Universitäten herausgenommen hatte und die gesamte andere Forschung weitgehend zentralisiert nach dem sowjetischen Vorbild an der Akademie konzentrierte, die in gewisser Hinsicht rein arbeitsmäßig dann ja auch eine Oaseneinrichtung war. Unsere derzeitige Bundeskanzlerin<sup>16</sup> war an der Akademie damals als junge Physikerin tätig und Herr Thierse<sup>17</sup> in der Kunstwissenschaft.

Christian Zarend:

Ja, was ganz anders. Die Anekdote von dem Blücherdenkmal ist vorhin abhanden gekommen und die wollte ich schon gern noch hören.

Horst Klinkmann:

Das war in meiner sehr jungen Zeit, da hatte ich als Student das Wilhelm-Pieck-Stipendium als Leistungsstipendium und wir hatten hier den Besuch vom Staatsratsvorsitzenden. Wir hatten – wenn Sie mal in die Geschichte hineinsehen

---

<sup>15</sup> Heinz Riesenhuber, Doktor der Chemie, Bundesminister für Forschung und Technologie von 1982 bis 1993, siehe:

<http://www.bundestag.de/mdb/bio/r/riesehe0.html> (17. Dezember 2007).

<sup>16</sup> Angela Merkel, Doktorin der Physik, Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland seit 2005, siehe: <http://www.bundestag.de/mdb/bio/m/merkean0.html> (17. Dezember 2007).

<sup>17</sup> Wolfgang Thierse, Kulturwissenschaftler, Präsident des Deutschen Bundestages von 1998 bis 2005, siehe: <http://www.bundestag.de/mdb/bio/T/thierwo0.html> (17. Dezember 2007).

– im Verhältnis zum südlichen Teil der DDR hier oben die hohen Herren relativ wenig zu Besuch. Ich glaube, Erich Honecker ist nicht ein einziges Mal offiziell in Rostock gewesen in seiner gesamten Amtszeit. Zur damaligen Zeit hatten wir so eine Art Bilderstürmerei in der Geschichte. Deutsche Geschichte galt nicht viel, vor allen Dingen preußische Geschichte. Bekanntlich hat sich das später geändert, und die DDR hat die Wurzeln in der preußischen Geschichte wiederentdeckt. Blücher stand damals auf diesem Platz, auf dem er heute noch steht, nämlich auf dem Universitätsplatz. Aber dieser Platz war damals noch nicht so „durchsichtig“, Blücher stand hinter Büschen und war wenig zu sehen. Ulbricht wurde damals empfangen und auf dem Wege zum Hauptgebäude der Universität wurde ihm dies und das gezeigt, und wir hatten die Hoffnung, dass er dieses Blücherdenkmal besser nicht sieht, aber mit einem Mal blieb er stehen und fragte im schönsten Sächsisch – ich kann das nicht, deshalb will ich das gar nicht imitieren –: „Wer is’n das?“ Er hatte bekanntlich eine etwas erhöhte Stimmlage. „Fürst Leberecht von Blücher, Herr Staatsratsvorsitzender“ „Fürst Leberecht von Blücher, wieso?“ „Marschall Vorwärts, Herr Staatsratsvorsitzender“ „Marschall Vorwärts? Marschall Vorwärts?“ Aber da war ein junger Historiker – also Sie sehen, wie Historiker die Geschichte beeinflussen können –, der sprang dann ein und sagte: „Marschall Vorwärts, das ist derjenige der dem russischen Zaren zur Hilfe gekommen ist bei der Schlacht bei Waterloo, um Napoleon zu besiegen.“ „Oh gut, kann stehen bleiben!“ Damit war das Schicksal des Blücherdenkmals besiegelt, ich höre das noch wie heute, ich stand wenige Meter daneben: „Oh gut, kann stehen bleiben.“ Sehen Sie in dieser Anekdote spiegelt sich etwas wider, was ich sehr bedaure. Wenn wir Franzosen wären oder Engländer oder auch Italiener, wir wären mit unserer unterschiedlich deutschen aktuellen Vergangenheit nicht so bitter ernst umgegangen im Sinne gegenseitiger Anschuldigungen. Wir Deutschen sind Weltmeister im Selbstbemitleiden und im beschuldigen anderer. Andere Länder hätten solche Sachen ganz elegant gelöst und man hätte sich gemeinsam über manches amüsiert und gemeinsam darüber gelacht.

Daniel Kötzing:

Sie hatten ja auch gesagt, dass Sie im Zuge der deutschen Einheit auch in Rostock mit einigen ja auch zweifelhaften Entscheidungen konfrontiert worden sind. Wie begründen Sie die?

Horst Klinkmann:

Ich begründe dies mit zweierlei Sachen. Einerseits aus der Situation heraus der damaligen Zeit, ich begründe sie sicherlich auch, das sei mir erlaubt, aus der menschlichen Neigung des Neides heraus. Wenn Sie eine etwas herausgehobene Funktion haben und wenn Sie damit auch gegenüber anderen im Vorteil sind, zum Beispiel dass Sie reisen können, das wäre dann vom Deutschen etwas zu viel

verlangt, wenn Sie damit keine Antikörper erzeugen würden, und dies ist mir auch sehr deutlich in der Ehrenkommission so gesagt worden. Da wurde mir gesagt: „Ja, wir haben uns immer geärgert, dass Sie immer erzählen konnten, wo sie gewesen sind.“ Ich habe zwar immer versucht meinen Studenten etwas – darauf werde ich heute noch sehr oft angesprochen – von meinen Reisen mitzubringen, weil ich mich bis heute neben der Medizin auch völkerkundlich interessiert habe. Ich war jung damals, bin auf dem Amazonas umhergefahren, habe darüber Bilder gemacht und Krokodile gejagt, mit den Indianern zusammen gelebt, deren Leben mich immer interessiert hat. Später war ich bei den Navahos<sup>18</sup> in ihren Reservaten in den USA, die ihren Kampf um ihr Überleben führten. Als Gastprofessor weilte ich an der Wiege der Zivilisation, im Irak. Wissen Sie, wenn Sie so ein langes Leben haben, haben Sie naturgemäß viel erlebt. Ich habe immer versucht, etwas mitzubringen und habe zu diesen Zweck zum Beispiel Weihnachtsvorlesungen an der Klinik gehalten. Diese Weihnachtsvorlesungen hatten einen gewissen Ruf, das wird mir heute immer noch bestätigt. Der große Hörsaal der Klinik war immer schon Stunden vorher voll, und dabei habe ich dann versucht, ein bisschen von der Welt ‘rüberzubringen zu meinen jungen Studenten, was denen zur damaligen Zeit nicht möglich war selber zu erleben. Aber dies hat offensichtlich sehr viel mehr Antikörper hervorgerufen, als ich angenommen habe.

Das war die eine Seite, die zweite war, und das muss ich leider sagen, ich habe ja auch eine Kündigung bekommen, deren Inhalt unter anderem war, dass ich auch aus fachlichen Gründen ungeeignet sei und dies auf der Basis von fachlichen Gutachten, die offenbar von Kollegen aus der Alten Bundesrepublik erstellt wurden. So etwas nenne ich schlicht und einfach Rache, mehr ist es nicht. Manch anderen hat es in dieser Zeit in den Selbstmord getrieben, wir hatten eine hohe Rate an Suiziden zur damaligen Zeit. Viele sind nie wieder hoch gekommen. Es wäre unfair mich damit zu vergleichen, denn ich hatte den großen Vorteil, mir aussuchen zu können wohin ich gehen wollte und was ich machen wollte. Auch wenn das natürlich sehr vordergründig dargestellt ist, denn seelische Verletzungen waren schon da im großen Ausmaß.

Heiko Marski:

Ich habe noch eine kurze praktische Frage. Sie hatten ja gesagt, dass Sie relativ früh, als sie in den USA waren, eine Professur bekamen, wohl auch mit einem relativ hohen Gehalt, das Ihnen zumindest angeboten wurde. Durften Sie diese Devisen behalten oder mussten Sie das zu Hause abgeben?

---

<sup>18</sup> Indianerstamm im Süden der USA.

Horst Klinkmann:

Nein. Erstens, ein hohes Gehalt habe ich deshalb nicht bekommen, weil ich nicht dort geblieben bin, aber das andere Gehalt, das ich hatte, ging an die DDR. Ich durfte ein so genanntes Taschengeld behalten, das sich an den Lebenskosten orientierte, der Rest wurde abgeführt an das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen der DDR. Aber seien Sie sicher, mein Chef, Prof. Kolff, hatte mir so viele Gastvorlesungen organisiert, dass ich trotzdem nicht schlecht gelebt habe.

Jörn Wüstenberg:

Ich habe noch zwei Fragen zum Abschluss. Sie haben zum Anfang gesagt, Sie seien wieder zurückgekommen in die DDR auch aus Überzeugung, sowohl wegen Ihrer persönlichen Bindung an Mecklenburg, aber auch aus Überzeugung. Wie haben sich diese Überzeugungen gewandelt? Wie haben Sie das wahrgenommen?

Horst Klinkmann:

Ja, ich denke heute darüber noch sehr viel nach, ohne dass ich für mich selbst zu einer abschließenden Meinung gekommen bin. Dadurch, dass ich durch die Möglichkeiten der DDR diese Laufbahn nehmen konnte, haben mich zweierlei Sachen geprägt: Ich war fest davon überzeugt, dass die DDR in vielerlei Hinsicht der bessere Staat war, der den Leuten, die ökonomisch nicht in der Position waren, trotzdem alle Chancen eingeräumt hat. Es wäre nicht ehrlich, wenn ich das nicht sagen würde. Ich habe ein Gefühl der Dankbarkeit verspürt, gegenüber denen, die mir dieses möglich gemacht haben, diese meine Berufslaufbahn einzuschlagen und auszubauen und dieses Gefühl der Dankbarkeit habe ich heute noch. Ich habe die Wellenbewegung, die es in der Zeit der DDR gab, miterlebt. Die 50er Jahre waren eine schlimme Zeit, da war ich an der Oberschule und studierte. Dies war eine Zeit, als mein Schwiegervater in einer sehr schwierigen Situation war, er war selbständiger Lebensmittelhändler, und in dieser Zeit war der Stalinismus auch bei uns sehr bestimmend und es passierten Dinge, wie die „Aktion Rose“ und dieser ganze Mist. Dann gab es danach eine Zeit, die von einer gewissen wirtschaftlichen Erholung geprägt war, und wirtschaftliche Erholung führt in Diktaturen immer zu Lockerungen. Das können sie als Historiker geschichtlich immer wieder erleben, in Diktaturen oder in Monarchien, wenn es schlecht geht, nehmen die Restriktionen immer mehr zu. Danach lockert es sich dann wieder. Ähnlich war es in der Zeit, als ich in Amerika war. Damals ging es gerade weltweit um die Anerkennung der DDR. Für mich war es durchaus beeindruckend, dass sich damals eigentlich ohne Not oder Zwang, so viele Länder sich bereit erklärten, den zweiten deutschen Staat offiziell diplomatisch anzuerkennen. Bekanntermaßen kriegten wir dann ja auch von den Protagonisten oder Antagonisten, je nach dem von welcher Seite Sie das sehen, große Devisenhilfen in die DDR geschickt. Herr Strauß hat wohl wesentlich dazu beigetragen, dass die DDR etliche Jahre länger

gelebt hat. Wenn sie Mediziner sind, haben sie auch noch den Hippokratischen Eid geleistet. Dieser Hippokratische Eid verpflichtet Sie, dass Sie das Beste für die ihnen anvertrauten Patienten machen müssen. Ich berufe mich jetzt nicht auf den Hippokratischen Eid, um mein Verhalten und Verbleiben in der DDR eventuell zu rechtfertigen, aber eines sage ich Ihnen, ich habe ihn geschworen und bin es gewohnt zu dem Wort zu stehen, das ich einmal gesagt habe.

Kersten Krüger:

Ich glaube, das war ein gutes Schlusswort. Einmal sind wir Ihnen recht dankbar dafür, dass Sie zu uns kamen und ich bin sicher, alle erkennen diese Dankbarkeit an gegenüber der Fürsorge in einer Zeit, die desolat und orientierungslos war. Ich erinnere daran, dass wir hier mehrere Kollegen erlebt haben, die aus ähnlicher Situation eine ähnliche Dankbarkeit empfinden, und das ist nichts Schändliches. In diesem Sinne sagen wir herzlichen Dank. Wir können das Gespräch lange fortsetzen, aber möglicherweise zu einem anderen Zeitpunkt und jetzt sind wieder andere Sachen dran, ob es nun Fußball sei oder der Verzicht darauf.

## Universitäre Kinderheilkunde in Rostock 1905-2005

Von Ingo Richter<sup>1</sup>

Die Geschichte der universitären Kinderheilkunde in Rostock ist eingebettet in 100 Jahre deutsche Geschichte und deutsche Kulturgeschichte: Das letzte Jahrhundert ist ein Jahrhundert der Kriege gewesen und hat gerade in Deutschland eine Reihe sehr unterschiedlicher Regierungsformen hervorgebracht.

- Napoleonische Kriege
- Kaiserzeit
- Erster Weltkrieg Untergang des Kaiserreichs und Revolution
- Weimarer Republik
- „Drittes Reich“ – Nationalsozialismus
- Zweiter Weltkrieg
- Teilung Deutschlands
  - DDR zweite deutsche Diktatur im Osten
  - Bundesrepublik Deutschland im Westen
- Wiedervereinigung Deutschlands

Alle diese historischen Ereignisse haben sich in unterschiedlicher Weise auch auf die Entwicklung der Kinderheilkunde in Deutschland und so auch in Rostock ausgewirkt. Die Geschichte der universitären Kinderheilkunde und deren Anfänge in Rostock zeigt einige bemerkenswerte Beispiele, beginnend mit Julius Uffelman.<sup>2</sup>

Es war der Rostocker Arzt, Prof. Dr. Julius Uffelman, der sich 1885 erstmals um ein Fach Kinderheilkunde an der Universität Rostock bemühte. Schon damals musste man sich von der Landesregierung in Schwerin die entsprechende Genehmigung einholen. Die Antwort aus dem Ministerium in Schwerin ließ auch nicht lange auf sich warten.



Abbildung 1  
Prof. Dr. Julius Uffelman 1881  
Universitätsarchiv Rostock

<sup>1</sup> Auszug aus einem Vortrag auf der Tagung zum 100 jährigen Bestehen des Lehrstuhls für Kinderheilkunde in Rostock am 21. Oktober 2005 in Warnemünde, Yachthafenresidenz Hohe Düne.

<sup>2</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001807](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001807)

*... und so glauben wir nicht, daß gegenwärtig ein eignes Fach Kinderheilkunde in Rostock geboten ist ...*<sup>3</sup>

Diese Bemerkung aus dem Unterrichtsministerium in Schwerin aus dem Jahr 1885 an die Medizinische Fakultät in Rostock zeigt zweierlei:

1. Das frühe Bemühen eines Rostocker Arztes um ein Fach Kinderheilkunde und
2. die von Beginn an restriktive Haltung des Ministeriums in Schwerin.

Allerdings tat sich nicht nur das Ministerium in Schwerin, sondern auch die Medizinische Fakultät damals sehr schwer mit dem Fach Kinderheilkunde.

*Die Facultät behält sich bis auf weiteres die Entschliebung vor, ob sie den Plan der Entstehung einer Klinik für Kinderkrankheiten unterstützen wird.*<sup>4</sup>

Hier drängen sich durchaus Vergleiche mit der Gegenwart auf und mit der schwierigen Situation für die Kinderheilkunde in ganz Deutschland. Auf der einen Seite waren es die sozialen Verhältnisse, insbesondere die hohe Kinder- und Säuglingssterblichkeit, die eine Eigenständigkeit für das Fach Kinderheilkunde zwingend notwendig machte. Auf der anderen Seite war es eine mächtige, bereits etablierte Professorenschaft, die sehr darüber wachte, dass ihr von den angestammten Rechten zur Mitbehandlung von Kindern in der Erwachsenenmedizin nichts abhanden kam.

Das 19. Jahrhundert war das große Zeitalter medizinischer und naturwissenschaftlicher Entdeckungen mit einer Reihe von Nobelpreisen für deutsche Wissenschaftler und Ärzte, die sehr wohl die Voraussetzungen für eine weitere Spezialisierung medizinischer Fachdisziplinen schufen: vom Stethoskop zum Blutdruckmessgerät, von der Zuckerprobe im Harn bis zur Bekämpfung des Kindbettfiebers; von der Entdeckung zahlreicher Bakterien bis hin zu den Röntgenstrahlen. Alle diese grundlegenden Entdeckungen sollten und mussten auch nutzbringend für die Kinder angewendet werden.

Otto Heubner wurde 1887 erster Professor für Kinderheilkunde in Leipzig. Er erhielt 1894 den ersten Lehrstuhl für Kinderheilkunde in Deutschland und zwar an der Charité in Berlin. Wie sah es nun in Rostock aus? Nach dem erfolglosen Versuch von Prof. Uffelman ist es erwähnenswert, dass ein Philologe, und zwar ein Dr. Richard Niewerth, sein Haus in der Augustenstraße 30 im Jahre 1895 als Ausbildungs- und Wohnhaus speziell für Kinderpflegerinnen umbauen ließ.

---

<sup>3</sup> Schreiben der Landesregierung in Schwerin an die Universität in Rostock im Jahre 1885. Universitätsarchiv Rostock, Medizinische Fakultät, 3.07.00 Kinderklinik, Nr. 1518.

<sup>4</sup> Ebenda.

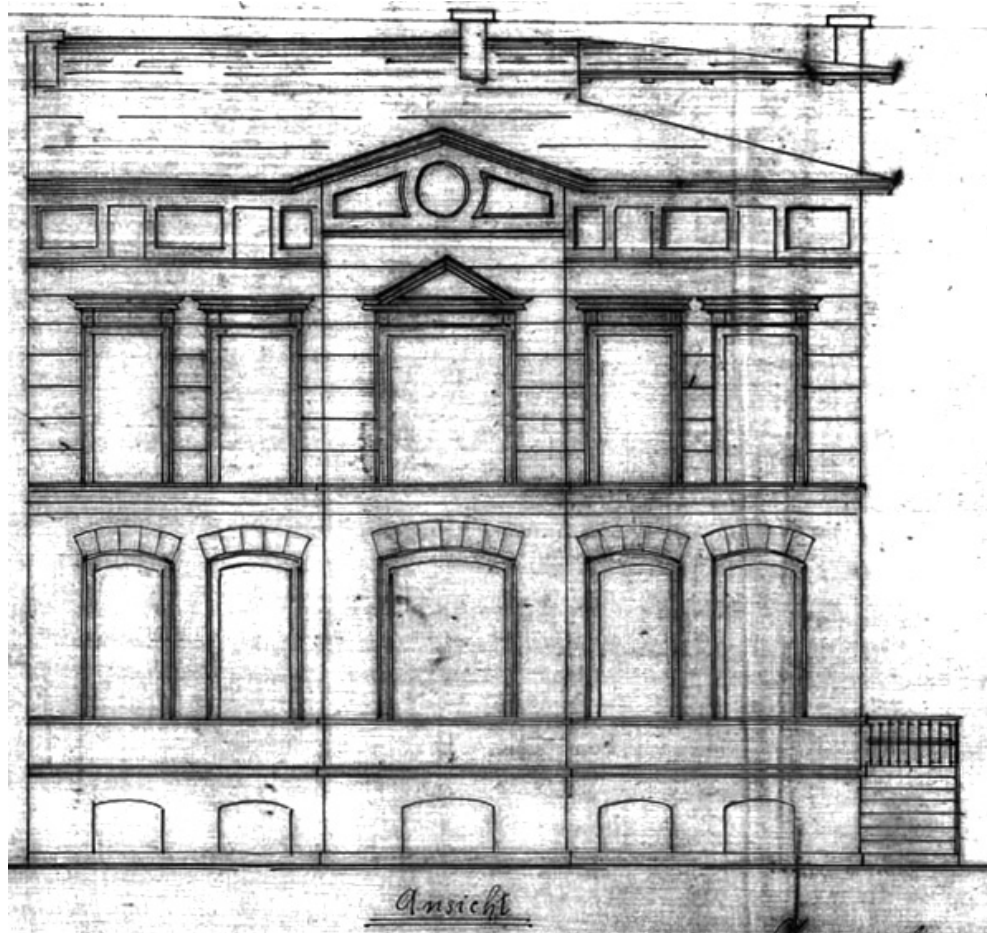


Abbildung 2  
Frontansicht des Architektenentwurfs des Hauses Augustenstr.30  
Kopie Privataarchiv Ingo Richter

Hier in der Augustenstraße, gegenüber diesem Gebäude, wird später die erste Universitäts-Kinderklinik in Rostock untergebracht. Es war schon ein großer Fortschritt, dass in der Medizinischen Klinik unter der Leitung von Professor Friedrich Martius die Kinder seit 1903 von einem seiner Oberärzte, einem Privatdozenten Kühn, in einer poliklinischen Ambulanz betreut werden durften. Dr. Kühn entsprach aber offenbar nicht den Anforderungen in wissenschaftlicher und praktischer Hinsicht, so dass der Dekan der Medizinischen Fakultät, Prof. Theodor Körner, 1905 dem Ministerium in Schwerin folgendes mitteilte:

*... daß o.g. Privatdozent den Anforderungen in der Lehre und in der Praxis für das Fachgebiet Kinderheilkunde nicht genügt.<sup>5</sup>*

<sup>5</sup> Universitätsarchiv Rostock, Medizinische Fakultät, 3.07.00 Kinderklinik, Nr. 1520.



Nun stellte er erneut – jetzt nicht mehr als Externer – einen Antrag um Zulassung zur Habilitation, der jetzt von der Fakultät befürwortet wurde.

Fachlehrerkollegium vom 18. März 1905  
6 Mitglieder im Ganzen des Herrn Ministerfeldes.  
Anwesend: die Herren Wally, Thierfelder,  
Langenbeck, Bauschke, Martin, Pfeiffer, Böcker,  
Müller und Peters.  
Anwesenheit bzw. unfertige: die Herren  
Robert und Schmucke.

Punkt 2 der Tagesordnung: Vortrag  
Martin, betr. Jubiläumserinnerung an den Kaiser  
Gefühl: Die Fachlehrer hält es für  
unwissenschaftlich, dass jetzt ein Vertreter der  
Fächerwelt in der Sache jubiliert.

Universitätsarchiv Rostock, Medizinische Fakultät, 3.07.00 Kinderklinik, Nr. 1520.

*Fakultätssitzung am 18. März 1905*

...

*Punkt 2 der Tagesordnung: Antrag Martins, betr. Habilitation eines Kinderarztes. Beschluß: Die Fakultät hält es für wünschenswert, daß sich ein Vertreter der Kinderheilkunde in Rostock habilitiert.*<sup>6</sup>

Nach erfolgreicher Verteidigung wurde ihm am 2. Juni 1905 die *Venia legendi* verliehen. Damit ist Hermann Brüning der erste kinderärztliche Hochschullehrer an der medizinischen Fakultät der Universität Rostock. Er hatte den Auftrag, in drei kleinen Zimmern der Medizinischen Klinik Säuglinge und Kinder stationär zu behandeln sowie poliklinische Sprechstunden durchzuführen. Die Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte und die Anstrengungen, die er unternahm, um das Los der Kinder zu verbessern und um die Anerkennung eines selbständigen Faches Kinderheilkunde zu erreichen, lesen sich auch heute noch in den Archivunterlagen der Universität und des Landes wie ein Kriminalroman. Trotz herausragender Leistungen blieb er weitere vier Jahre, von 1905 bis 1909, nur Assistenzarzt der Medizinischen Klinik. Am 1. Juli 1909 wurde er zum außerordentlichen Professor für Kinderheilkunde berufen.

*Wir Friedrich Franz urkunden und bekennen hiermit, daß wir den Privatdozenten Hermann Brüning zum Außerordentlichen Professor ernannt und bestellt haben, daß Uns derselbe treu, hold und gewärtig sei.*<sup>7</sup>

Das Ministerium in Schwerin fügte diesem herzoglichen Schreiben ein weiteres hinzu, *nachdem seine Königliche Hoheit geruht haben, Sie zum 1. Juli d. hs. zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät zu ernennen.*<sup>8</sup> Die Berufung zum ordentlichen Professor sollte fast weitere zehn Jahre dauern.

Der Versuch einer Verselbständigung der Kinderheilkunde innerhalb der Räumlichkeiten der Medizinischen Klinik und der Abtrennung seines Fachgebietes von der Inneren Medizin scheitert sowohl an der Haltung der Fakultät als auch am Ministerium in Schwerin. Brüning lässt sich auch weiterhin nicht entmutigen. Sein öffentliches Engagement bei der Organisation des Säuglings- und Kinderschutzes, seine wissenschaftlichen Analysen der Kinder- und Säuglingssterblichkeit in Mecklenburg und seine öffentlichen Vorträge im ganzen Land schaffen ihm ein hohes Ansehen. Am 1. April 1918 wurde ihm in der Augustenstrasse 80 ein Haus zugewiesen. Dies war die erste Universitätskinderklinik in Rostock.

---

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> Ebenda.



Abbildung4

Erste Universitätskinderklinik in Rostock in der Augustenstraße 80  
Kopie Privataarchiv Ingo Richter

Dieses Haus in der Augustenstraße auf dem Gelände der heutigen Universitäts-Hautklinik mit drei kleinen Nachbarhäusern stellte für ihn allerdings nur den ersten Schritt dar. Er ließ keinen Zweifel daran, dass dies nur eine provisorische Lösung sein konnte. Der erste Weltkrieg und die Revolution machten dem Wohlwollen, welches er inzwischen beim Großherzog für seine Pläne erreicht hatte, zunächst ein Ende. Immerhin wurde Brüning am 1. Oktober 1919 – im Zusammenhang mit der 500 Jahrfeier der Universität – zum ordentlichen Professor für Kinderheilkunde berufen. Das sind zwar nicht 50 Jahre wie Bismarck für Mecklenburg prophezeit hatte, aber immerhin 25 Jahre später als in Berlin.

In zahlreichen Veröffentlichungen weist Hermann Brüning immer wieder auf die dramatische Situation der Säuglingssterblichkeit hin und bekräftigt damit die dringende Notwendigkeit einer eigenständigen Kinderheilkunde. Unermüdlich kämpft er in Rostock und in Schwerin für den Bau einer neuen Kinderklinik. Als er schließlich am 4. Juli 1938 den Grundstein für die jetzige Universitäts-Kinderklinik in der Rembrandtstrasse legen durfte, schien sein Jahrzehnte langer Kampf für SEINE, für UNSERE Kinder zum Erfolg geführt zu haben.



Abbildung5

Grundsteinlegung für die Universitätskinderklinik in der Rembrandtstraße am 4. Juli 1938  
 Rechts im Bild Prof. Dr. Hermann Brüning  
 Foto Privataarchiv Familie Brüning

Der zweite Weltkrieg verhinderte allerdings den vollständigen Umzug in diese neue Klinik, so dass letztlich erst in den 1950er Jahren die Universitätskinderklinik in der Rembrandtstrasse bezogen werden konnte. Die offizielle Amtsperiode von Hermann Brüning endete 1939 mit seinem 65. Lebensjahr. Er wurde aber danach noch mehrfach um Vertretung gebeten, so von 1943 bis 1944, im Herbst 1944 und von 1951 bis 1953. Er verstarb 1955 im Alter von 82 Jahren wenige Tage vor einer Ehrung, die ihm aus Anlass seiner 50 jährigen Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Medizinischen Fakultät in Rostock zuteil werden sollte. Auf dem neuen Friedhof in Rostock finden Hermann Brüning und seine Frau Luise ihre letzte Ruhestätte.

Nach Hermann Brüning leiteten bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt zwölf weitere Klinikdirektoren die Universitäts-Kinderklinik Rostock, nicht eingerechnet die Kommissariate.

## Die Direktoren der Universitäts-Kinderklinik Rostock

Hermann Brüning	<a href="http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002018">http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002018</a>
Otto Ullrich	<a href="http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002019">http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002019</a>
Karl Stolte	<a href="http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002021">http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002021</a>
Karl Klinke	<a href="http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002020">http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002020</a>
Fritz Thoenes	<a href="http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002022">http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002022</a>
Siegfried Liebe	<a href="http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002023">http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002023</a>
Heinrich Kirchmair	<a href="http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002024">http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002024</a>
Joachim Reich	<a href="http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002025">http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002025</a>
Jürgen Külz	<a href="http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001308">http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001308</a>
Lothar Pelz	<a href="http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001769">http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001769</a>
Willi Heine	<a href="http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000943">http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000943</a>
Ingo Richter bis 2002	<a href="http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001655">http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001655</a>
Dieter Haffner ab 2005	<a href="http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000729">http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000729</a>

Über sie wird in einer weiteren ausführlichen Dokumentation berichtet.



Abbildung 6

Universitäts- Kinder-und Jugendklinik Eingang Rembrandtstraße16/17

Wie er bald nicht mehr existieren wird

Foto: Birgit Jasper 18.10.2005



Abbildung 7

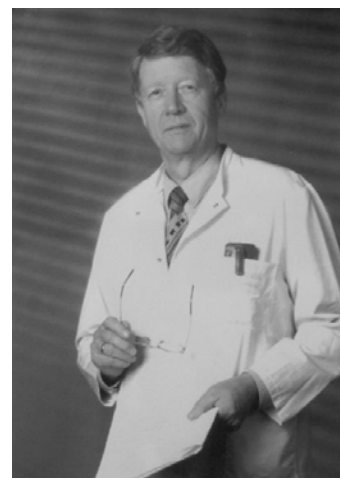
Die letzten vier Klinikdirektoren von 1972 bis 2002 vor dem jetzigen Klinikdirektor  
Prof.Dr. med. Dieter Haffner (seit 2005)

Von links nach rechts: Lothar Pelz, Jürgen Külz, Willi Heine, Ingo Richter  
Fotoarchiv der Universitäts- Kinder- und Jugendklinik



## Richter, Ingo

Auszug aus dem  
Catalogus Professorum Rostochiensium  
([http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001655](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001655))  
vom 21.01.2008




---

<i>akademischer Titel:</i>	Prof. Dr. med. habil.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	1992-2002    Professor für Pädiatrische Onkologie und Hämatologie
<i>Fakultät:</i>	Medizinische Fakultät (1990- )
<i>Institut:</i>	Kinder-und Jugendklinik
<i>Lehr- und Forschungsgebiete:</i>	Onkologie und Hämatologie, Stoffwechselerkrankungen, Endokrinologie, Gastroenterologie

---

<i>Weitere Vornamen:</i>	Martin
<i>Lebensdaten:</i>	geboren am 15.10.1936 in Staßfurt
<i>Konfession:</i>	evangelisch-lutherisch
<i>Vater:</i>	Dr. med. Paul-Gerhardt Richter, Arzt
<i>Mutter:</i>	Dipl. rer. pol. Margarete Richter, Volkswirtin, Krankenschwester, Sprechstundenhilfe
<i>Kurzbiographie:</i>	
1955	Abitur, Große Stadtschule Rostock
1958-64	Studium der Humanmedizin an der Univ. Rostock
1965-69	Facharztausbildung (Kinderheilkunde) an der Univ.-Kinderklinik Rostock
1992	Berufung auf den Lehrstuhl für Kinderheilkunde, Abteilungs-Direktor für Pädiatrische Onkologie und Hämatologie
1992-2003	Initiativen für Leukämie- und Krebskranke Kinder, Gründung der Hanse-Tour Sonnenschein, einer Goodwill Radtour für kranke Kinder in Deutschland und Osteuropa
2002	Emeritierung
2007	Mitwirkung am ARD Film „Die Geschichte Norddeutschlands“

*Akademische Abschlüsse:*

Promotion:	1964 Dr. med., Univ. Rostock
Habilitation:	1983 Dr. sc. med. (Kinderheilkunde), Univ. Rostock

---

*Akademische Selbstverwaltung:*

1994-98	Mitglied im Rat der Medizinischen Fakultät
1994-98	Vorsitzender der Kommission für Akademische Graduierungen der Medizinischen Fakultät (Habitationskommission)
1996-98	Vorsitzender der Promotionskommission der Medizinischen Fakultät
1999-2002	Direktor der Univ.-Kinder- und Jugendklinik Rostock

*Funktionen:*

1990-94	Vorsitzender der Kommission für die Opfer des SED Regimes an der Univ. Rostock
1992-2002	Sonographiekommission der Kassenärztlichen Vereinigung in M-V
1992-2003	Gründung und Vorsitzender der HanseTour Sonnenschein e.V. für leukämie- und krebskranke Kinder
1994-98	Sonographiekommission der Ärztekammer in M-V
1996-2005	Vorsitzender des Vereins "Freunde und Förderer der Hochschule für Musik und Theater Rostock e.V."
1997-98	Öllermann der Jahresköste der Kaufmannschaft zu Rostock
2000-01	Präsident des Rotary Clubs Kühlungsborn-Bad Doberan
2002	Gründung des Rotary Clubs Tessin-Recknitztal, 2003 Ehrenmitglied
2005	Gründung und Vorstandsvorsitzender der Hanseatischen Bürgerstiftung Rostock

*wissenschaftliche Mitgliedschaften:*

Gesellschaft für Kinderheilkunde

*Ehrungen:*

2003	Bundesverdienstkreuz 1. Klasse
2007	Albert-Schulz-Preis, Rostock

*Politische Tätigkeiten:*

1989	Besetzung des Staatssicherheitsdienstes in Rostock: Vier-Augen-Gespräche mit allen Strafgefangenen protokolliert (04.12.)
1989	Einladung von Willy Brandt nach Rostock - Rede in der Marienkirche, Erste Deutsch-Deutsche TV Sendung im ZDF im Teepott in Warnemünde (06.12.)
1989-90	Gründung der SPD in Rostock und in M-V (08.10.), Vorsitzender der SPD in Rostock und im Bezirk Rostock
1989-90	Mitarbeit an den Runden Tischen der Stadt und des Bezirkes Rostock
1990	Mitarbeit in der Gemeinsamen Kommission der SPD Ost und SPD West
1990	Einladung von Helmut Schmidt nach Rostock



---

*Werke (Auswahl):*

- Richter, I.: Zur Geschichte des Arztbriefes. Dt. Ges.-wesen 1969; 44: 2106-2108.
- Richter, I.; W.Heine; Chr.Plath; M.Mix; K.D.Wutzke; J.Töwe: 15 N tracertechniques for the differential diagnosis of dwarfism and prediction of growth hormone effects in children. J Clin Endocrinol Metab 1987; 65: 74-77.
- Heine, W.; Wutzke, K.D.; Richter, I.; Plath, Chr.: Evidence for colonic absorption of protein nitrogen in infants. Acta Paediatr Scand 1987; 76: 741-744.
- Richter, I.; W.Heine; K.D.Wutzke; Chr.Plath: Verfahren zur Aktivitätsbeurteilung von industriell produzierten Wachstumshormonen. Patentschrift 1988; DD-WP 259 259; G 01 N 33 / 60.
- Wutzke, K.D.; Heine, W.; Plath, Chr.; Leitzmann, P.; Radke, M.; Richter, I.; Gülzow, U.; Hobusch, D.: Evaluation of oro-coecal transit time: a comparison of the lactose-(13 C, 15 N) ureide 13 CO<sub>2</sub> - and the H<sub>2</sub> - breath test in humans. Eur J Clin Nutr 1997; 51: 11-19.

*Quellen:*

eigene Angaben

*Weitere Literatur:*

- Ärztjournal M-V, 1996 und 2001.
- WER IST WER ,das deutsche WHO'S WHO, seit 1996, 2006/07, S. 1073.

## **Zeitzeugenbericht von Prof. Dr. Ingo Richter am 1. Juni 2007**

Kersten Krüger:

Meine Damen und Herren, wir eröffnen jetzt die Zeitzeugensitzung mit Herrn Prof. Dr. Ingo Richter. Zuerst gebe ich eine persönliche Vorbemerkung. Unsere Gästeliste, die wir in diesem Zeitzeugenseminar haben, stellt sich auch aus persönlichen Freundschaften zusammen, wobei Ingo Richter und ich uns schon lange gut kennen. Wir sind befreundet über die Wissenschaft, aber auch über die „Hanse-tour Sonnenschein“, eine landesweite Wohltätigkeits-Fahrradtour, mit der Ingo Richter die Kinderklinik, Abteilung Onkologie (Krebskrankheiten und Leukämie) jedes Jahr mit Spenden zusätzlich ausstattet. Wenn man sich die Biografie von ihm durchliest, merkt man aber auch, dass er ebenfalls politisch tätig war. Er ist Träger des Bundesverdienstkreuzes I. Klasse und auch Träger des Albert-Schulz-Preises Rostock. Darüber hinaus war er einst einer der Hauptakteure bei der Besetzung der Rostocker Stasizentrale am 4. Dezember 1989. Ingo Richter hat mir gesagt, dass ihn immer noch ein Gruseln überfällt, wenn er in dieses geschichtsträchtige Haus kommt, in dem wir heute unsere Seminare halten. Das kann ich durchaus nachvollziehen, und das ist auch der Grund, weswegen ich das Fluchtgitter des Treppenhauses bepflanzt habe, sodass dieses Haus irgendwo eine Verfremdung erfährt.

Wir haben die übliche Einteilung, dass der Zeitzeuge einen Vortrag hält und dass dann die Möglichkeit besteht, mit ihm einiges zu erörtern. Herr Richter hat außerdem einige Bilder vom 4. Dezember 1989 mitgebracht, die während seines Vortrages gezeigt werden. Doch es wird nicht vordergründig um diese gehen, sondern um das Leben eines Mannes, der erst nach der Wende Professor werden konnte, da er in der DDR aus der sozial „falschen“ Ecke stammte. Der Vater war Arzt, was eigentlich schon ein Grund war, dass der Sohn nicht Medizin studieren konnte. Das Wort hat Ingo Richter.

Ingo Richter:

Erst einmal sage ich herzlichen Dank für die Einladung und vorweg ein Wort: Ich finde es einfach phantastisch, dass mein Freund Kersten Krüger die Initiative zur Aufarbeitung der Neueren Zeitgeschichte ergriffen hat, da sonst die Erinnerungen alle verloren gehen würden.

Mit diesem Gebäude, welches damals eines der schrecklichsten Gebäude in Rostock war, verbinden mich drei Dinge:

Erstens: 1967 wurde mein Bruder an der Grenze festgenommen und hier in diesem Gebäude inhaftiert, worauf ich aber noch zu sprechen komme.

Zweitens: Das Jahr 1982. Mein anderer Bruder, er lebte bereits in der Bundesrepublik, war in eine Fluchthelfergeschichte verwickelt, weswegen ich dann plötzlich in der Kinderklinik von Zivilpersonen abgeholt wurde und man mich hier 8 Stunden verhörte. Ich hatte aber eine so klare Vorstellung davon, wie das ablaufen würde, dass ich merkwürdigerweise keine Angst hatte. Das Verhör war in einem Raum völlig ohne Fenster und wurde von einem sehr höflichen Offizier durchgeführt. Ich nahm mir Zigarren mit und habe mir dann während wir redeten eine nach der anderen angesteckt. Das waren in den acht Stunden fünf Zigarren! Der Offizier aber war Nichtraucher, weshalb das für ihn furchtbar gewesen sein muss, während ich dabei eine gewisse Genugtuung empfand. Im Anschluss an das Verhör musste ich eine Stunde warten, bis er ein sechsseitiges Protokoll geschrieben hatte, worin sich fast 50 orthografische Fehler befanden. Ich habe ihm dann ganz höflich gesagt, dass ich das so nicht unterschreiben könne, da das Protokoll fehlerhaft sei und so nicht stimme. Es ging bei dem Verhör um ein junges Mädchen, in das mein Bruder verliebt war. Er wollte sie über die Ostsee in den Westen bringen, doch irgendetwas lief dabei schief. Der Offizier aber hatte im Protokoll die Beschuldigte immer mit „die Pohl“ bezeichnet. Sie hieß aber mit Vornamen Christine, und da ich im Gespräch nur von „Christine“ gesprochen hatte, wollte ich, dass das dann auch im Protokoll so vermerkt würde. „Ja“ sagte er, „das ist aber bei uns so üblich.“ Ich entgegnete: „dann müssen Sie das Protokoll aber selbst unterschreiben, da Sie das auch geschrieben haben. Dann können wir alle Fehler so lassen.“

Nachdem der Offizier das Protokoll dann tatsächlich noch einmal neu und von mir korrigiert abgetippt hatte, auch mit dem Namen „Christine“, sagte er erstaunlicherweise zum Schluss zu mir: „Herr Dr. Richter, ich möchte mich bei ihnen bedanken, ich habe sehr viel gelernt in diesem Gespräch!“ Das war schon erstaunlich. Dann konnte ich gehen.

Ich war zwar zuvor von der Polizei in Zivil aus der Kinderklinik abgeholt worden, doch nun musste ich allein aus dem Gebäude zurück auf die Straße. Zum Glück hat mich keiner gesehen, denn wenn jemand dieses Gebäude alleine betrat oder verließ, war das für alle, die diese Person sahen, das sicherste Kennzeichen dafür, dass man bei der Stasi arbeitet. Nachdem ich das meinem damaligen, mir sehr freundschaftlich gesonnenen und humorvollen Chef erzählte, sagte er zu mir, dass er sich in diesem Falle einen Damenstrumpf über den Kopf gezogen hätte. Man nahm das also auch oftmals bewusst scherzhaft-makaber.

Und der dritte Punkt, der mich mit diesem Haus verbindet, ist das Jahr 1989. Im Rahmen der Demonstrationen, die wir im Oktober 1989 begonnen hatten, deren Teilnehmerzahlen von Woche zu Woche zunahmen und die jedes Mal ihren Höhepunkt vorm Stasi-Gebäude erreichten, konnte ich am 4. Dezember 1989 aktiv mit etwa 20 anderen Demonstranten an der Besetzung des Staatssicherheitsgebäudes in der August-Bebel-Straße teilnehmen. Herausragende Persönlichkeit

bei dieser Aktion war Axel Peters vom Neuen Forum. Dabei muss ich immer wieder betonen, dass das kleine Pflänzchen Widerstand nicht in der Bevölkerung entstand, sondern unter dem Dach der evangelischen Kirchen in der DDR.



Abbildung1:  
Demonstration vor dem Gebäude des Staatssicherheitsdienstes  
in der August-Bebel-Straße in Rostock im Herbst 1989  
Foto aus: „Der Norden wacht auf“ von Lothar Probst, Edition Temmen, Bremen 1993

Hier in Rostock war maßgeblich und führend in unserem gemeinsamen Widerstand Pastor Joachim Gauck, der spätere Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen. Und so, wie auf dem ersten Foto zu sehen, sah der Widerstand dann damals aus. Zu dieser Zeit galt man als Dissident, wenn man als Bursche lange Haare trug, und mit solchen langen Haaren und Zigarette im Mund wurde nun vor den Augen der Stasioffiziere niedergekniet und eine Kerze angezündet. Im Laufe der Zeit entwickelte sich das zu einer wahren „Kerzenrevolution“.

Die Stasioffiziere hätten auch SS-Uniformen tragen können, es sind oft diese Sorte von Leuten, die der Mehrheit der Menschen das Leben zur Hölle machen! Sie unterscheiden sich nicht von denen anderer Länder und ähneln sich auf der ganzen Welt und sind weltweit austauschbar.

Ich habe einmal einen Film über die Sowjetunion gesehen, in dem Stalin nach dem gewonnenen Zweiten Weltkrieg alle im Ausland lebenden Russen mit herzlichsten Worten wieder in sein Land einlud, doch kaum waren sie in Moskau auf dem Bahnhof angekommen, wurden sie verhaftet und fast alle umgebracht. Dieser Film erzählte vom Schicksal einer Französin, die das Straflager überlebt hat und nach über 30 Jahren im Gulag in Kamtschatka erst 1987 in ihre Heimat nach Frankreich zurückkehren durfte. Ich gebe das nur als Beispiel an, aber solche Schicksale spielten sich im gesamten Ostblock ab, und jeder, der heute jammert oder zu viel Kritik an seinem Lebensstandard äußert, der sollte sich vor Augen führen, dass es viele Länder auf unserer Erde gibt, wo viel schlimmere Zustände herrschen. Selbst bei unseren polnischen Nachbarn ist der Lebensstandard noch lange nicht so hoch wie bei uns. In Richtung Ural und im asiatischen Teil Russlands und in vielen anderen Ländern der Erde ist die soziale und menschliche Situation absolut unvergleichbar.

Es war eine unglaublich faszinierende Zeit, die im Oktober 1989 begann. Wir haben dann hier im konspirativen Kreis die SPD gegründet, und ich bin auch heute noch stolz darauf, trotz oft kritischer Einstellung gegenüber dieser Partei, Sozialdemokrat geblieben zu sein. Ich hatte damit das unerhörte Glück, Leitfiguren wie Willy Brandt und Helmut Schmidt persönlich kennen zu lernen.

Zu letzterem verbindet mich auch heute noch eine persönliche Freundschaft. Ich empfinde es als persönliches Glück, in jedem Jahr zum Geburtstag von Peter Schulz, einige Stunden mit Helmut Schmidt sprechen zu dürfen. Peter Schulz war Bürgermeister von Hamburg, und sein Vater Albert Schulz war einziger frei gewählter Bürgermeister nach 1945 von Rostock, ehe er von den Kommunisten und der sowjetischen Militäradministration verhaftet wurde. Später ist die Familie dann in den Westen geflohen.

Nach den ersten Demonstrationen wurden die Forderungen nach Freiheit immer intensiver. Es lief alles auf die Ereignisse am 4. Dezember 1989 hinaus.

Bevor ich aber auf die näheren Umstände dieses Datums zu sprechen komme, erkläre ich noch kurz die Arbeitsbedingungen, die ich damals in der Universi-

täts-Kinderklinik hatte. Es war nicht so, dass einem als Arzt jeder Karriereweg verbaut war. Bis zu einer bestimmten Stufe konnte man mit Fleiß und Intelligenz und ich sage auch ganz bewusst mit einer gewissen Anpassungsfähigkeit, ohne sich an das Regime zu verkaufen, habilitieren und Oberarzt werden. Ich habe 1964 das Staatsexamen gemacht, habe dann auch sofort promoviert und wollte 1972 habilitieren. Das allerdings wurde mir zunächst verwehrt. Der damalige, aus Leipzig eingesetzte Chef der Kinderklinik, der zum Glück für uns nur kurz regierte, sagte zu mir, dass erst mal der Genosse Parteisekretär dran wäre. Dieser ist allerdings später auch ohne Habilitation Chefarzt der Kinderklinik im Regierungskrankenhaus und Leibarzt des Enkels von Erich Honecker geworden.

Ich wartete also bis 1983 und konnte dann mit einer hochinteressanten, damals absolut neuen Methode, der 15N Tracertechnik, zusammen mit meinem Freund, Prof. Christian Plath,<sup>1</sup> und Prof. Jochen Stolpe habilitieren. Diesem Thema verdanke ich auch, dass wir später sogar eine Reihe von wirklich guten Publikationen in Zeitschriften der USA unterbringen konnten, die es mir nach der Wende leichter gemacht haben, einen Lehrstuhl zu bekommen, weil ja in der Zeit alles neu aufgerollt wurde.

Nach Fortgang des ersten Parteisekretärs nach Berlin bekamen wir für unsere Kinderklinik nun einen, ich sage einmal für DDR-Verhältnisse durchaus progressiven Parteisekretär der SED. Das ist Ihnen vielleicht gar nicht mehr so bewusst: Jede noch so kleine Institution in der DDR hatte neben einem staatlichen Leiter auch immer einen SED-Parteisekretär. Und der hatte weitgehend das Zepter in der Hand. Das war die graue Eminenz, nichts ging ohne ihn. Das konnte manchmal – je nach Betrieb – ein mehr oder weniger intelligenter oder minderbemittelter Mitarbeiter sein. Manchmal hatte man wirklich Pech. Wir bekamen aber einen Parteisekretär, mit dem wir großes Glück hatten. Er war durchaus systemkritisch, uns gegenüber sehr kulant und bekam nach der politischen Wende durch meine Hilfe als Vorsitzender der Kommission für akademische Graduierungen eine Außerplanmäßige Professur. Ich sah das als einen Gerechtigkeitsfaktor an, ihm auf Grund seines Fleißes und seiner Intelligenz trotz seiner früheren karrierebewussten Mitgliedschaft in der SED dazu zu verhelfen.

Am 4. Dezember 1989 nun hatte ich Nachtdienst in der Kinderklinik, als ich in der Klinik einen Anruf hier aus der Stasizentrale bekam. Ein Freund von mir, Horst Denkmann, der dann später die rechte Hand des ersten Oberbürgermeisters Dr. Klaus Kilimann<sup>2</sup> war, rief mich an und sagte: „Ingo, du musst herkommen, wir

---

<sup>1</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001521](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001521)

<sup>2</sup> Liste der Rostocker Bürgermeister und Oberbürgermeister in: Schröder, Karsten (Hrsg.): In deinen Mauern herrsche Eintracht und allgemeines Wohlergehen. Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihren Ursprüngen bis zum Jahre 1990. Rostock 2003, S. 335-341.

sind bereits drinnen!“ Ich sagte: „Heute schon, Horst?“ Darauf antwortete er aufgeregt: „Ja, wir haben uns heute entschlossen, du warst nicht da.“ Ich sagte ihm, dass ich gerade Nachtdienst hätte. Er drängte aber trotzdem weiter und entgegnete: „Du musst herkommen, bringe bitte einen Notfallkoffer mit, sie sind alle noch bewaffnet.“ Ich musste mir also eine Vertretung für den Nachtdienst organisieren und das war ausgerechnet der Parteisekretär der Kinderklinik, der auch sofort bereit war.

Als ich am Hintereingang der Stasi-Zentrale, am Grünen Weg, ankam, standen um das gesamte Stasi-Gebäude bereits ungefähr 30.000 Menschen und riefen: „Wir wollen ‘rein, wir wollen ‘rein“. Wenn 30.000 Menschen brüllen, dann ist das schon eine ziemliche Aktion. Und das Merkwürdige oder das Erstaunliche daran war die Disziplin, mit der alles vor sich ging. Ich dachte manchmal: Typisch deutsch: am Tage arbeiten, abends Revolution machen. Ich kam etwa gegen 20.00 Uhr, also im Dunkeln, mit meinem gelben Wartburg an. Viele kannten mich in Rostock. Als Kinderarzt ist man ohnehin bekannt wie ein bunter Hund.

Ich fuhr langsam durch die Menge, alle machten Platz. Keiner hat sich aggressiv in den Weg gestellt und mir den Weg versperrt und auch am nächsten Tag sah mein Wagen noch so aus, wie ich ihn dort vor dem Stasi-Eingang stehen gelassen hatte. Dann wollte ich aufs Gelände. Am Eingang stand ein ganz junger Mann zur Bewachung mit einer Maschinenpistole vor der Brust und sagte energisch: „Hier kommen Sie nicht rein.“ Aber man merkte schon, dass auch ihm nicht mehr ganz wohl war. Ich entgegnete: „Wissen Sie, ich darf hier sehr wohl rein. Sie sehen ja, dass ich Arzt bin, einen weißen Kittel trage und einen Notfallkoffer bei mir habe. Sie bekommen größte Schwierigkeiten, wenn ich keine erste Hilfe leisten kann!“

Daraufhin lenkte er sofort ein und meinte, dass er erst telefonieren müsse. Nach dem Telefonat sagte er, der oberste Chef hätte zugestimmt. Ich konnte also passieren. Ich ging schräg über den Hof und gelangte ins Gebäude und zwar durch die Tür, durch die Sie heute zu Herrn Prof. Kersten Krüger ins Historische Institut kommen. Es war schon beklemmend, denn hier hatte ich 1968 bereits meinen inhaftierten Bruder besucht.

In einem großen Saal waren etwa 20 Freunde von uns und etwa 10 Staatssicherheitsleute um einen großen Tisch versammelt. In dieser Nacht haben wir alle Räume durchsucht und anschließend versiegelt. Ein leitender Kriminalpolizist wurde uns zur Seite gestellt. Bei unseren Aktionen haben wir stets darauf geachtet, dass die Volkspolizei auf unserer Seite war. Aber wir waren wirklich unerfahrene Laienspieler, denn die Siegel waren am nächsten Morgen fast alle wieder erbrochen. Wir kamen auch in einen Schaltraum, wo einige Stasi-Mitarbeiter eifrig mit Berlin telefonierten, um sich Weisungen zu holen, bis Horst Denkmann mit einer Zange einfach das Telefonkabel nach Berlin kappte.

Wir wollten zeigen, jetzt regieren wir, und man wagte nicht, uns direkt zu blockieren. Dazu standen zu viele Menschen vor dem Gebäude und begehrten lautstark Einlass.

Die Leitfigur an diesem Tag war eindeutig Axel Peters vom Neuen Forum, der spätere Landrat für den Landkreis Rostock. Er ist an diesem Tag über sich selbst hinausgewachsen. Er war überlegen, war klar, korrekt, und trieb die führenden Mitarbeiter immer wieder mit seinen Fragen in die Enge. Spät in der Nacht holten sie einen weiteren, offenbar führenden Genossen, der sicherlich ein Oberst in Zivil war. Er sah aus wie ein Wolf im Schafspelz, mit Thälmann-Mütze, Joppe und einer ausgebeulten Hose. Axel Peters sagte zu ihm: „Würden Sie bitte so freundlich sein, wenn Sie mit mir reden, die Hände aus den Taschen zu nehmen?“ Er tat es und dann plumpste etwas in seiner linken Hosentasche. Er hatte tatsächlich eine Pistole in der Hand gehabt. Axel Peters hatte es schon zuvor mehrfach zu mir gesagt und nun sah ich es auch, sie waren also alle bewaffnet.

Meine Aufgabe war es in dieser Nacht, als Arzt die 30 inhaftierten Strafgefangenen zu untersuchen. Uns wurde ein Generalstaatsanwalt Müller zur Seite gestellt, als „rechtliches Oberhaupt“ der DDR in Rostock bei den Verhandlungen mit uns. Er brachte mich von Zelle zu Zelle und wollte nun immer gerne bei den Gesprächen mit den Gefangenen dabei sein. Das aber habe ich ihm verwehrt mit den Worten, das sei ein Vieraugengespräch von einem Arzt zu einem von ihnen Inhaftierten. Es war schon ein mulmiges Gefühl, wenn man als Arzt in eine Zelle ging und hinter einem die Tür zuknallte und vor ihnen nun so ein armer Inhaftierter saß. Aber wir befanden uns in einer unbeschreiblichen Hochstimmung und merkwürdigerweise bar jeder Angst. Ich kann es heute gar nicht mehr so richtig einschätzen. Die oftmals massiv fordernde Art, mit der wir den Machträgern gegenüber auftraten und diese einschüchterten, war schon einzigartig.

Nach der dritten, vierten Zelle jedoch merkte ich, dass es gar keine Gefangenen der Staatssicherheit waren, sondern wirkliche Verbrecher. Das waren Kindesmörder, andere Mörder, Leute, die Raubüberfälle begangen hatten. Ein paar Nazis aus der Wolgaster Gegend waren auch dabei, die Hakenkreuze geschmiert hatten, also keine politischen Gefangenen. Diejenigen, die wir gesucht hatten, waren einige Tage zuvor in der Nacht in das Untersuchungsgefängnis hinter der Michaeliskirche verlegt worden.

In der zweiten Nachthälfte haben wir versucht, alle von uns beschlagnahmten Schriftstücke und Unterlagen vor Ort zu sichern. Wir packten große Säcke, die dann durch uns weggeschafft werden sollten. Während wir drinnen Raum um Raum durchsuchten, beobachteten die Demonstranten draußen, wie aus den Kellerfenstern Zivilpersonen und uniformierte Leute kamen, um Akten wegzuschaffen. Außerdem merkten wir, dass ständig Akten unserem Zugriff durch Schreddern entzogen werden sollten. Es war eine ziemlich turbulente Situation. Es wurde schon hell, und das Wachpersonal wurde langsam müde. Wir selbst waren



zwar immer noch angeheizt, aber Axel Peters forderte den General auf, für uns alle einen Kaffee vorbereiten zu lassen. Er sagte aber ausdrücklich, dass wir nicht mit ihnen zusammen sitzen wollten, sondern an getrennten Tischen. Es war schon erstaunlich, wie alles in diesem Ton und dennoch ruhig und konsequent vor sich ging.



Abbildung 2

Ärztliche Untersuchung der Strafgefangenen im Staatssicherheitsgebäude  
in Rostock August-Bebel-Straße am 4. Dezember 1989

Foto: Frank Hormann, Fotoagentur Nordlicht

Am Morgen um 5.00 Uhr hatte ich mein Protokoll über sämtliche Strafgefangenen fertig. Das liegt noch heute irgendwo im Archiv bei den Stasiunterlagen in Waldeck. Dann jedenfalls kam General Mittag zu mir. Er war ein weißhaariger, seriös wirkender Herr in Zivil und machte durchaus einen bürgerlichen Eindruck und hatte kein feistes DDR-Bonzengesicht. Und nun kam dieser mächtige Mann an meinen Tisch und sagte: „Herr Dr. Richter, können Sie bestätigen, dass wir die Strafgefangenen nicht misshandelt haben?“

Worauf ich entgegnete: „Ja, selbstverständlich, das sind ja auch nicht Ihre Strafgefangenen. Wie wir mittlerweile feststellen konnten, haben Sie die eigentlichen politischen Gefangenen drei Tage zuvor schon ins Untersuchungsgefängnis Schwaansche Straße verlegt. Aber auch die werden wir in den nächsten Tagen

befreien! Sie können hier das Protokoll unterschreiben.“ Und dann hat dieser mächtige Mann tatsächlich mit etwas zitternder Hand dieses Protokoll unterschrieben. Das erkennt man heute noch an seiner Unterschrift. Es war für uns wirklich ein historischer Moment.

Die erste erneute Wiederbegegnung mit diesen Räumlichkeiten nach der politischen Wende hatte ich, als ich schon Professor war. Der Landgerichtspräsident, Herr Dr. Hückstedt, hatte hier sein Dienstzimmer. Ich hatte ihn nach der politischen Wende kennen gelernt. Sein Büro sah noch genauso furchtbar aus wie zu DDR-Zeiten, noch mit den gleichen DDR-Möbeln, im typischen SED- Stil. Er führte mich noch einmal durch den Zellentrakt, wo mich all die Gefühle von damals erneut überfielen.



Abbildung 3

Willy Brandt am 6.Dezember 1989 in der Marienkirche in Rostock.

Erste Reihe von links: Willy Brandt, Ingo Richter

5.von links mit Brille Horst Denckmann

Foto: ZDF am 06.12.1989





Abbildung 4

Während der ersten deutsch-deutschen Fernsehsendung im ZDF  
 „Deutsches aus Ost und West“ mit Dirk Sager am 06. Dezember 1989  
 im Teepott in Warnemünde

Im Bild von links: Wolfgang Schnur für den Demokratischen Aufbruch, Ingo Richter für die SPD, in der Mitte Willy Brandt, daneben Joachim Gauck für das Neue Forum und Prof. Reißig für die SED. Rechts im Bild mit erhobener Hand Dirk Sager vom ZDF  
 Foto: Gerhard Schmitz, Warnemünde

Aber Zeit zum Nachdenken blieb uns kaum. Die Ereignisse überschlugen sich fast. Am 6. Dezember wurde Willy Brandt durch meinen Kontakt zu seinem Bonner Büro hier in Rostock erwartet. Es hatte sich wie ein Lauffeuer in der Stadt herumgesprochen. Als er um 18.00 Uhr vor der Marienkirche in der Langen Straße eintraf, brach ein riesiger Jubel los. Zusammen mit Joachim Gauck habe ich ihn dann in der mit etwa 8.000 Menschen völlig überfüllten Marienkirche begrüßen dürfen. Es sprach nun zu uns Rostockern der Mann, der durch seine Politik wie kein anderer den Weg zur deutschen Einheit vorbereitet hatte. Am nächsten Tag schrieb ich den nebenstehenden Brief an Willy Brandt.

**INGO RICHTER:**

Lieber sehr verehrter Willy Brandt!

Die Begegnung — sie war für mich, für uns alle, für uns, das Volk, für uns, die Sozialdemokraten und für uns, die Menschen in Rostock, eine Vision, die sich erfüllt hat.

Der Rückblick — Jahre der Ohnmacht, der Depression, der Unmündigkeit, der Verzweiflung scheinen in solchen Momenten nicht mehr legitim, nicht mehr notwendig.

Der Blick nach vorn — die ersten Schritte im aufrechten Gang, Übung in Demokratie, Tragen von Verantwortung.

Die Frage — werden wir es schaffen?

Die Antwort — wir müssen!!!

Ich schäme mich nicht der Tränen, die ich nicht halten konnte vor den unbarmherzigen Augen der Kamera während der großen Worte an uns, uns Menschen in der Marienkirche in Rostock.

Eine Befreiung durch Worte:

»Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.«

Wachsen — ein Prozeß an eine Zeit gebunden, ein Prozeß, der nicht von heute auf morgen geht.

Und dann die Erinnerung — ... »Einigkeit und Recht und Freiheit, ... einig deutsches Vaterland.«

Und dann die Mahnung: Vergeßt nicht jene, die hungern, nicht jene, denen es schlechter als uns Deutschen geht.

Der Tag klang aus bis in die Nacht in Warnemünde. Ich verlasse das kurze vertraute »Du« des Abends, denke an das Wort »Freund«, weil das Wort »Genosse« für uns nicht möglich ist.

Die Begegnung — sie hat uns Flügel verliehen!

Erwartungen an uns — sie sind gestiegen!

Wir werden uns bemühen, mit Besonnenheit weiter zu gehen — aber wir brauchen dringend Eure direkte Hilfe.

Ich freue mich auf eine neue Begegnung.

Abbildung 5

Brief von Ingo Richter an Willy Brandt vom 7. Dezember 1989

Broschüre: „Willy Brandt in Rostock.“ Sozialdemokratische Partei Deutschlands in der DDR

Thomas-Mann-Straße 15, Rostock, Eigendruck 1989

Diese Begegnung endete im Teepott in Warnemünde mit der ersten wirklich deutsch-deutschen Fernsehsendung „Deutsches aus Ost und West“ im ZDF mit Dirk Sager. Daran nahmen teil außer Willy Brandt, Joachim Gauck für das Neue Forum, Ingo Richter für die SPD, Wolfgang Schnur vom Demokratischen Aufbruch und Professor Reißig von der SED-Parteischule Berlin.

Diese Begegnung hat uns Mut gemacht in unserem weiteren Kampf für die Einheit Deutschlands, und sie hat uns Flügel verliehen.

Noch einige Anmerkungen aus meinem Leben. Ich bin also, wie Kersten Krüger schon gesagt hat, in einem bürgerlichen Elternhaus groß geworden. Ich möchte ihm aber in einem Punkt widersprechen: Die Ärzte waren immer noch, auch wenn sie nicht gerade staatskonform waren, in der DDR eine privilegierte Klasse. So kamen deren Kinder letztlich, wenn auch oft mit Schwierigkeiten, dennoch zum Studium. Aber sie mussten gut sein, sie mussten in den Zensuren besser sein. Wenn ein Lehrer an einer Schule den Doktor nicht mochte, oder wenn man auf der Oberschule war und die Lehrer den Vater nicht kannten, dann konnte das durchaus hinderlich sein. Wenn ein Lehrer, der seinen Auftrag hier aus diesem Gebäude hatte, es nicht zuließ, das Kind zu fördern, war es schwierig, dagegen anzugehen. Aber insgesamt muss ich sagen, waren die Arztkinder privilegiert, im Gegensatz zu den Pastorenkindern oder denjenigen, die der evangelischen oder katholischen Kirche nahe standen.

1967 kam meine Familie, wie bereits zuvor des öfteren, nachhaltig mit dem Staat in Konflikt. Mein jüngster Bruder war ein sehr unruhiger junger Mann. Er bekam schon Fernweh, wenn eine Postkarte an die Eltern aus den westlichen Ländern von den Geschwistern unseres Vaters eintraf. Die Vorstellung, dass unsere Verwandten in der ganzen Welt herum fuhren, bedrückte ihn sehr und machte ihn unruhig. Eines Tages, ohne dass es jemand aus der Familie wusste, ging er über Grevesmühlen hinaus an die Grenze, an den Dassower See. Es war ja alles bewacht und man durfte den Sperrgürtel, fünf Kilometer entfernt von der eigentlichen Grenze, nicht mehr ohne Sondergenehmigung betreten. Den aber hatte er längst westlich von Grevesmühlen überschritten. Zu Fuß war es ihm tatsächlich gelungen, unbemerkt dorthin zu kommen. Mit einem Auto wäre man sofort aufgefallen. Er war nun tatsächlich bis zum Dassower See gekommen. Und vor Ort, wie er dann später erzählt hat, erkannte er, dass dort alles vermint war. Er hatte die Hoffnung zur Flucht deshalb aufgegeben und ging zurück. Er kam unbemerkt aus der Grenzzone und aus Grevesmühlen heraus und ging mit einem Fernglas um den Hals auf der Landstraße, um per Anhalter nach Rostock zurück zu fahren. Dann kam ein Volkspolizist auf einem Motorrad angetuckert.

Dieser fragte ihn: „Bürger, wo wollen Sie hin?“ Mein Bruder: „Nach Hause, nach Rostock.“ Der Vopo wiederum: „Wo kommen Sie her?“ Und jetzt antwortete mein Bruder, der sich dem Polizisten aufgrund seiner Statur ohne weiteres hätte

entziehen können, ganz nüchtern und ruhig: „Eigentlich wollte ich abhauen, aber ich habe es mir doch anders überlegt, ich bleibe in der DDR...“

Was jetzt folgte, war furchtbar. Er wurde mit Handschellen an das Motorrad gekettet und durfte im Dauerschritt bis nach Grevesmühlen nebenher laufen. Die Polizei aus Rostock holte ihn dann ab. Mein Bruder war damals Student in Greifswald, und ihm wurde ein Republikflucht-Prozess gemacht, zunächst in Greifswald, dann hier in Rostock. Das Urteil nach DDR-Recht lautete „versuchter gewaltsamer Durchbruch durch die Staatsgrenze West“. Er bekam zwei Jahre Haft, zunächst hier in Rostock im Staatssicherheitsgefängnis, später in Berlin-Rummelsburg. Ich sehe den Staatsanwalt im Gerichtsgebäude in Greifswald heute noch vor mir. Er hatte einen Augenfehler, einen, wie wir Mediziner sagen, „Strabismus divergens“. Er schielte nach außen. Dadurch erschien es so, als ob ein Auge von ihm immer auf meinen Bruder gerichtet war und das andere Auge auf uns. Seine Anklage und das Urteil waren für uns und unsere Eltern erschreckend. Man hatte nach seinen Ausführungen den Eindruck, mein Bruder sei mit ein paar Panzern gegen die Staatsgrenze gerollt. Wir haben natürlich sofort Berufung gegen dieses Urteil eingelegt. In der Berufungsverhandlung in Rostock vor dem Bezirksgericht (heute das Gebäude der Industrie- und Handelskammer neben dem Steintor), zu der er wieder in Handschellen vorgeführt wurde, ist das Strafmaß auf eineinhalb Jahre reduziert worden.

Noch eine kleine Nebenbemerkung: Die Rostocker Staatsanwältin zu der Zeit, die bei der Stasi ein- und ausging, hatte ihre Kinder bei mir in der Kinderkrippe und brauchte des öfteren einen Kinderarzt. Ich behandelte also ihre Kinder, nicht ahnend, dass sie später als Staatsanwältin meinen Bruder zu verurteilen hatte. Es war jedenfalls ein halbes Jahr weniger. Dieses halbe Jahr war möglicherweise mir, aber offensichtlich eher meinem Elternhaus geschuldet, denn mein Vater war in der Kleinstadt Tessin ein angesehener Arzt, er versorgte immerhin, weil die anderen Ärzte bereits in den Westen gegangen, also wie wir sagten, abgehauen waren, etwa 15.000 Menschen allein, und er war Tag und Nacht unterwegs. Und um noch mal auf die Frau Staatsanwältin zu sprechen zu kommen: Sie wurde ungefähr ein viertel Jahr später wegen Scheckfälschung „nach oben befördert.“ Sie musste die Staatsanwaltschaft hier abgeben und wurde dann irgendwo in einem anderen Bezirk eingesetzt.

Mein anderer Bruder hatte 1958 bereits die DDR verlassen. Er besuchte in der Goethe-Schule die 12. Klasse zusammen mit Joachim Gauck. In einer Pause sagte er zu seinem Freund Gauck, dass er abhauen wolle, er hielte es hier nicht mehr aus. Jochen Gauck brachte ihn dann zum Zug und mein Bruder fuhr nach Berlin. Wenn man eine Fahrkarte nach Ostberlin löste, fuhr man durch einen Zipfel Westberlins. Wir nannten diesen Zipfel immer „HO-Gesundbrunnen.“ Wenn man also in den Westen wollte, stieg man dort aus. Und so machte es auch mein Bruder. Da seine Flucht noch vor dem Republikfluchtgesetz der DDR von

1958 erfolgte, durfte er uns auf Antrag vier Jahre später ohne Gefahr besuchen. Das war für andere Flüchtlinge, die die DDR nach 1958 verlassen hatten, so gut wie nicht möglich.

Bei einem seiner Besuche in späteren Jahren konnten wir mit ihm den Freikauf unseres inhaftierten Bruders organisieren. Das gelang durch einen besonderen Kontakt zu Prof. Walter Hallstein, der nach 1945 hier in Rostock eineinhalb Jahre an der Universität gelehrt hatte, dann aber in den Westen gegangen war und dort mit der „Hallstein-Doktrin“ die Außenpolitik der Bundesrepublik wesentlich geprägt hatte.

Mit ihm war der damalige Dekan der Theologischen Fakultät, Professor Conrad Weiß, seit seiner Jugend befreundet. Er vermittelte durch seine Visitenkarte mit der Aufschrift „Herzlichst Dein Conzel“ – das war sein Kosenamen – den Zugang meines Bruders zum EG Kommissar Walter Hallstein in Brüssel. Und so konnte mein Bruder nach einem Jahr Gefängnis die DDR für 40.000 DM verlassen. Später mussten für den Freikauf von DDR-Bürgern weit höhere Summen bezahlt werden.

Ein Jahr nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis und aus der DDR stellten meine Eltern im Sommer 1969 einen Reiseantrag in die Bundesrepublik, der überraschenderweise sogar genehmigt wurde. Meinen Eltern wurde sogar genehmigt, ihre 13jährige Tochter, also meine Schwester, mitzunehmen. Sie blieben dort etwa 10 Tage und kamen danach wieder zurück, was meinem Vater als Arzt hoch angerechnet wurde. Als sie zur Grenzkontrolle kamen, so erzählte mein Vater, sei dem Grenzsoldaten die Bemerkung entschlüpfte: „Das ist aber erstaunlich, dass Sie als Arzt zurückgekommen sind.“

Blicken wir wieder auf die Zeit der politischen Wende. Nach den Demonstrationen, nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 und nach der beginnenden Auflösung der Organe der DDR und des Staatssicherheitsdienstes wurden unsere Forderungen an den Rat der Stadt immer massiver. Der damalige Oberbürgermeister in Rostock war Dr. Henning Schleiff. Seine rechte Hand war ein Dr. Bölkow, der wiederum Chef der Abteilung für Inneres und somit der Kontaktmann zum Staatssicherheitsdienst war. Am 8. November, einen Tag vor dem Mauerfall, sind wir zu sechst ins Rathaus gegangen, um die gerade gegründete Sozialdemokratische Partei, die damals noch SDP hieß, anzumelden. Das war immer noch in der DDR, die Mauer war ja am 8. November noch nicht gefallen. Dass am nächsten Tag dann die Mauer fallen würde, war am Tag zuvor noch unwahrscheinlich. Jetzt mussten wir zwar noch ein bisschen vorsichtig sein, waren aber dennoch fordernd. Der Stellvertreter von Dr. Bölkow wollte uns auf dem Flur abfertigen und uns nicht ‘rein lassen. Wir sagten, dass wir Dr. Bölkow sprechen müssten und blieben hart bei unserer Forderung. Schließlich wurden wir in das Vorzimmer gebeten und gelangten nach etwas zähen Diskussionen auch ins richtige Amtszimmer zu Dr. Bölkow, der nach einigem Zögern schließlich unsere

Gründungsurkunde zur Kenntnis nahm und als Beweis dafür auch abzeichnete und mit Amtsstempel versah. Da ich mich in dieser Situation gewissermaßen als Anführer fühlte, konnte ich es mir nicht verkneifen, ihm zu sagen, dass an dieser, seiner jetzigen Stelle demnächst ohnehin ein Sozialdemokrat säße. Das war ein erster großer Erfolg für uns.

Schon in dieser frühen Phase der politischen Wende war es für ihn und seine Genossen unglaublich kritisch geworden. Sie hatten Angst und fürchteten um ihre Macht. Es gab sicherlich auch in Rostock Parteimitglieder und Mitarbeiter der Staatsorgane, die am liebsten härter durchgegriffen oder sogar geschossen hätten, aber das ist zum Glück nicht eingetreten.

Herr Dr. Bölkow wurde dann unmittelbar nach der Wende Leiter des Arbeitsamtes in Rostock und saß damit kurzfristig in einer Schlüsselposition, um alle seine ehemaligen Genossen irgendwo unterzubringen. In dieser Hinsicht gab es viele Schwachstellen.

Donnerstags war in Rostock der Tag der Demonstrationen, immer nach den Gottesdiensten in den Kirchen der Stadt. Zu den wöchentlichen Friedensgottesdiensten in den großen Kirchen, vornehmlich in der Marien- und in der Petrikirche, haben die verschiedenen politischen Gruppierungen stets etwas Politisches vorbereitet und vorgetragen. Pastor Joachim Gauck war der eigentliche Kopf der Bewegung. Die Kirchen waren zunehmend überfüllt, sicher auch durch zahlreiche Mitarbeiter der Staatsorgane.

Einmal hatte ich mich auf eine Ansprache auch historisch vorbereitet und gesagt, dass Ernst Thälmann mit der Kommunistischen Partei ein Vorläufer und somit Verbündeter des Nationalsozialismus gewesen sei, was mit ungeheurem Beifall quittiert wurde. Im nächsten Satz begründete ich dann meine Aussage. Es hatte nämlich in der Endphase der Weimarer Republik eine Abstimmung gegeben, bei der die NSDAP und die KPD zusammen gegen die SPD gestimmt hatten, um einen Wahlsieg der SPD zu verhindern. Daraufhin erschien im NEUEN DEUTSCHLAND, dem Zentralorgan der SED ein scharfer Artikel gegen mich, der allerdings einige Zeit später erstaunlicherweise korrigiert wurde.

Heute denkt man natürlich, warum man das nicht alles aufbewahrt und dokumentiert hat. Aber dazu hatten wir überhaupt keine Zeit. Ich habe zwar einige Aufzeichnungen von damals, aber wir haben nicht daran gedacht, dass solche Dokumentationen einmal wichtig werden könnten.

Manchmal wollten wir einfach mit dem Kopf durch die Wand. Und so war auch unser Verhalten. Allerdings bin ich im Nachhinein doch froh, dass ich nicht in der Politik geblieben bin.

Ich denke, wenn die Sozialdemokratische Partei West unter dem Einfluss von Lafontaine sich zur Zeit der politischen Wende und insbesondere in Bezug auf die Deutsche Einheit nicht so völlig falsch verhalten hätte, dann hätte die SPD die Wahl gewinnen können. Aber ab Januar 1990 hatte sich Oskar Lafontaine mehr-



fach gegen die Einheit ausgesprochen, vor allem gegen die schnelle Realisierung. Doch die Menschen hier im Osten wollten die schnelle Einheit. Sie wollten Westgeld haben, sie wollten Freiheit haben, Redefreiheit, Pressefreiheit, Reisefreiheit. Das war das, was die Menschen wollten. Und nun kam dieser Oskar Lafontaine aus dem Saarland und redete genau gegen die damals vorherrschende Meinung. In dieser Zeit hat der spätere erste freigewählte Ministerpräsident der Noch-DDR de Maizière im Wahlkampf einmal treffend gesagt: „Von einem Saarländer haben wir genug.“ Gemeint war auch noch Erich Honecker.

In Rostock gab es in kürzester Zeit 1.500 eingeschriebene Sozialdemokraten, doch dann sind viele wieder ausgetreten. Man kam zu mir und sagte: „Ingo, du bist ein feiner Kerl, du willst die Einheit Deutschlands, aber deine Leute da oben, die wollen sie alle nicht. Schau dir doch deinen Lafontaine und die anderen an. Der einzige, der die Einheit will, ist Helmut Kohl.“ Und damit hatten sie Recht. Nicht ohne Grund hatte die CDU ja dann auch einen überwältigenden Wahlsieg davon getragen. Ich habe über diesen Punkt viel mit Helmut Schmidt diskutiert. Sein Resümee aus dieser Zeit ist, dass Helmut Kohl zur Schaffung der Deutschen Einheit, innen- und außenpolitisch, alles richtig gemacht hat. Aber alles, was er nach der deutschen Einheit gemacht hat, was die Wirtschaft und den Geldumtausch anbetrifft, war langfristig gesehen völlig verkehrt. Das ist Schmidts Urteil und ich denke, dass er damit Recht hat. Wir waren fast alle in einer Hochstimmung und wollten nicht enttäuscht werden.

In diesen unruhigen, aber verheißungsvollen Zeiten wurden wir auch des öfteren nach Bremen eingeladen. Viele Bremer Bürger haben hier zunächst sehr selbstlos geholfen. Bremen war die Partnerstadt von Rostock. Die Partnerschaften zwischen den Städten wurden durch die DDR Administration allerdings immer so gehalten, dass möglichst weit entfernte Städte, wie Hamburg und Dresden oder Rostock und Bremen, nicht etwa Rostock und Lübeck oder Rostock und Kiel Partnerstädte geworden sind. Ich war in dieser Umbruchszeit sehr wütend auf die Sozialdemokratie und auch bitter enttäuscht.

Bis auf wenige Ausnahmen haben wir keine gemeinsame Sprache gefunden, so dass es für die meisten Bürger in diesem Teil Deutschlands selbstverständlich war, Helmut Kohl zu wählen. Dazu gehörte auch ich. Und dennoch: ich bleibe Sozialdemokrat, weil ich in vielen Dingen das menschliche Anliegen in der Sozialdemokratie für stärker entwickelt halte als bei den Christdemokraten.

Die Bürger im neuen Teil Deutschlands haben große Leistungen vollbracht. Insbesondere mussten sie auf einmal alle ihre Papiere von der Geburt an neu ordnen. Sie mussten sich als nunmehr mündige Bürger um sich selbst kümmern und sehen, wie sie in diesem neuen Staatsgebilde zurechtkamen. Das war für manche nicht einfach, aber dennoch positiv. Auf der anderen Seite gibt es aber immer noch Bürger, die verbittert sind, weil ihre Machtpositionen verloren gegangen sind. Sie haben alle Freiheiten, sind materiell sicher gestellt, aber sie sind

unzufrieden und verbreiten schlechte Stimmung. Und wenn sie dann noch an bestimmten Schlüsselpositionen sitzen, verderben sie mit ihrem alten Denken eine positive Entwicklung. Ob das in den Rathäusern ist oder in bestimmten Ämtern oder irgendwo bei den Kreisverwaltungen. Sie sind ja nicht alle entlassen worden, das war auch gar nicht möglich. Es musste ja verwaltungstechnisch weitergehen. Wir wollten auch nicht jedem ehemaligen SED-Mitglied gleich Gegnerschaft unterstellen. Außerdem muss ein Rechtsstaat natürlich auch andere Maßstäbe setzen als die DDR es mit ihren Machtpositionen getan hat. Die Zeit ist um.

Es gäbe noch sehr viel dazu zu sagen, aber dabei möchte ich es heute mit meinen Ausführungen belassen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## **Diskussion**

Transkription und Protokoll: Manuela Hartmann, Ronald Henze, Kristin Rafoth

Daniel Münzner:

An der Besetzung der Zentrale der Staatssicherheit am 4. Dezember 1989 waren Sie und zwei weitere Medizinerinnen maßgeblich beteiligt. Kann man sagen, dass es für Professoren und Studenten der Medizin generell leichter war Widerstand zu leisten und Kritik zu äußern als beispielsweise für Geisteswissenschaftler, die zwangsläufig größere ideologische Nähe zum Staat hatten?

Ingo Richter:

Die Universität Rostock und ihre Professorenschaft glänzten durch das Festhalten an den DDR-Verhältnissen; vom Rektor und Prorektor ganz zu schweigen. Sie waren alle mittelbar oder unmittelbar Helfer sowie Mitglieder des Staatssicherheitsdienstes, was ich jetzt aber nicht weiter bewerten will. Auf jeden Fall gab es eine Reihe von leitenden Positionen, die dem Staatssicherheitsdienst einfach Auskunft geben mussten. Aber was die Beteiligung der Jugend im Allgemeinen und der Studenten im Besonderen betrifft, muss man leider sagen, dass sich diese so gut wie gar nicht am Protest beteiligt hatten (mit Ausnahme der Kreise der evangelischen Kirche). Die Studenten der Universität Rostock waren überwiegend Söhne und Töchter etablierter Genossen der SED, welche auch heute immer noch hohe Positionen besetzen. Es hätte keinen Sinn gehabt, sie damals alle zu entlassen – es musste ja auch weiter gehen. Jede Revolution schafft Unruhe, aber irgendwie wächst die Zeit darüber hinweg, sodass man am Ende sogar sagt: „Ist doch phantastisch gelaufen!“ Das war einmalig in der Weltgeschichte, dass ein Staat einen anderen übernommen hat und sie sich ohne Blutvergießen vereinigt haben. Aber trotz alledem hatten damals Angehörige anderer Fakultäten – wie die Sozialwissenschaftler, die Betriebswirte und die Historiker – viel mehr Zeit als die

Mediziner, um auf die Straße zu gehen. Die Mediziner mussten ja damals wie heute sehr viel auswendig lernen. Die „Blütenfakultäten“, wie wir überheblich sagen, haben aber nicht sonderlich viel Gebrauch von ihrer Zeit gemacht.

Es gab durchaus auch Mitglieder des Lehrkörpers, wobei ich zwei bis drei persönlich benennen kann, die ebenfalls auf Demonstrationen mitgegangen sind und eine Kerze getragen haben. Diese waren aber eher Ausnahmen. Am 12. November 1999 druckte der konservative Rheinische Merkur ein Interview mit mir bezüglich des 10. Jahrestages des Mauerfalls ab.

In dem Interview habe ich klargestellt, dass diejenigen, die ab 1985 in der DDR Professor wurden, um es zivil auszudrücken, ihre Seele an den Staat verkauft hatten. Die hatten dann mehr gemacht als notwendig war, wobei es aber hier wiederum natürlich auch Ausnahmen gab, dann allerdings nur bei solchen, die wirklich so hervorragende wissenschaftliche Arbeit geleistet hatten, dass sie gegen die Regel dann doch durchgelassen wurden. Ab 1985 aber war der Grad der Liaison zwischen jemandem, der Karriere machen wollte, und dem Staatsapparat schon sehr stark. Ich habe außerdem in dem Interview gesagt, dass ich mich als deutscher Professor fühlte, die anderen seien DDR-Professoren. Zu dieser Zeit war ich Mitglied des Fakultätsrates. Sie können sich sicher vorstellen, was dann dort los war. Es sind ja viele zu dieser Zeit Professor geworden.

Hilde Michael:

Welche Konsequenzen hatte die Umbruchszeit für sie als Arzt und Mediziner und wie sah ferner die Organisation des Widerstandes aus, der ja nicht allein aus Straßendemonstrationen und geschriebenen Reden bestehen konnte?

Ingo Richter:

Auf meinen weiteren Berufsverlauf gehe ich später ein. Zunächst komme ich daher auf die Organisation einer Gruppe, einer Partei im Allgemeinen zu sprechen. Im Grunde genommen war unsere Organisation absolut laienhaft. Wir waren nie Parteigänger. Wir haben die SPD gegründet als die einzige deutsche Partei, die nicht in der DDR vertreten war, was allein schon der Grund war, mit Vorbildern wie Willy Brandt und Helmut Schmidt natürlich immer im Hintergrund. Es war zunächst sehr laienhaft, weil wir alle Anfänger waren und keine Parteiorganisatoren. Deswegen haben wir uns auch schnell, als es nachher möglich war, an Parteikräfte in den alten Bundesländern gewandt. Und die haben uns unglaublich und selbstlos, ohne sich in irgendeine Position drängen zu wollen, geholfen. Das haben die anderen Parteien dann auch gemacht, nur mit dem Unterschied, dass sie kurz zuvor noch alle der verlängerte Arm der SED waren. Die Ost-CDU, NDPD, LDPD und die Bauernpartei waren alle unter Führung der SED im Block der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands zusammengeschlossen. Als Vorsitzender der CDU hatte zum Beispiel Gerald Götting natürlich ein CDU-

Parteibuch, aber auch ein SED-Parteibuch, was aber erst nach der Wende herauskam. Er war eigentlich Mitglied der SED, das heißt er hatte in dieser Partei all das auszuführen, was die SED wollte und das war bei den anderen Parteien identisch.

Was mich und den ärztlichen Sektor betrifft, glaube ich, dass ich mich nicht hätte weigern können, wenn die SPD einen Wahlsieg davon getragen hätte, ein politisches Amt zu übernehmen. Ich hatte mich bis dato so weit nach vorn gewagt, versucht so viel zu bewegen, mit vielen Kontakten in den Westen. Das war schon ziemlich einmalig. Wir waren übrigens auch die ersten, die einen Brief zur Deutschen Einheit geschrieben haben. Dieser wurde von mir unterzeichnet und ging an verschiedene hochrangige Persönlichkeiten: Zuerst an Helmut Kohl, dann an den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, an Hans-Jochen Vogel, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Frau Rita Süßmuth und schließlich auch an Hans-Dietrich Genscher. Bei Fragen der Rechtssicherheit, der Politik und des Zusammenschlusses, baten wir den späteren Oberbürgermeister von Rostock, Dieter Schröder, um Hilfe. Der war damals Staatssekretär bei Walter Momper in Berlin, dem Regierenden Bürgermeister. Dieter Schröder hat uns erst einmal die Verfassung, das Grundgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland mitgebracht, und da gibt es den Artikel 23, welcher in weiser Voraussicht davon spricht, wenn ein Bundesland später den Antrag auf Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland stellt, wird es aufgenommen und dann löst das eine Kettenreaktion aus. Das hatten wir gelernt. Diesen Weg wollten wir, wir wollten nicht, dass noch eine DDR-Regierung im freien Sinne gewählt wird, weil wir wussten, dass 50 % alte Kader gewesen wären. Mit denen konnten wir nichts anfangen. Dass denn doch alles ganz gut gelaufen ist, ist toll.

Ich habe also den Brief geschrieben und bin dann nachts von zwei Leuten, wohl vom Verfassungsschutz, abgeholt worden. Meine Frau wusste nicht, wo ich bin. Dann bin ich voller Ehrfurcht nach Bonn gefahren, und da saßen sie alle – diese hohen Herrschaften, die man nur vom Fernsehen her kannte. Man kam da als kleiner Mann an und wurde vom Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker begrüßt. Er stellte mich den anderen vor und erzählte von meinem Brief, allerdings mit den Worten: „so geht das leider nicht, ihre Aktivität in Ehren aber, ...“ Aber zum Glück ist es ja dann doch anders gekommen, so dass sich am 3. Oktober 1990 die DDR und Bundesrepublik Deutschland offiziell vereinigten.

Zwei Jahre später kam dann noch einmal ein für mich sehr eindrucksvolles Erlebnis mit Richard von Weizsäcker, was sich auch auf unsere erste Begegnung bezog. Nach dem Mauerfall bereiste er ganz Deutschland, vor allem Ostdeutschland. Dabei kam er auch ins Rostocker Rathaus, wo der Physiker Dr. Klaus Kiliann zur Zeit Oberbürgermeister war.<sup>3</sup> Ich hätte es auch werden können, aber ich

---

<sup>3</sup> Schröder, Karsten (Hrsg.): In deinen Mauern herrsche Eintracht und allgemeines Wohlergehen (wie Anmerkung 2), S. 324, 341.

wollte zurück in die Medizin und ich wusste, dass ich mit Intrigen schlecht umgehen konnte, die damals allerdings, wie ja auch üblich in der Politik, schon voll im Gange gegen mich waren. Das war nicht meine Welt. Mal voranzuschreiten und so zu tun, als wenn man wüsste, wo es langgehen soll, das war eher meine Sache. Als wir alle im Rathaus waren, durften wir einer nach dem anderen zu Richard von Weizsäcker, um ihn im Vorbeigehen die Hand zu schütteln. Der Bürgermeister stellte uns jeweils immer mit einem „das ist der und der“ vor, doch als ich an der Reihe war, sagte von Weizsäcker: „Ja, Herrn Dr. Ingo Richter kenne ich ...“ Dann erzählte er im Rathaus die Geschichte meines Briefes zum Beitritt des Bezirkes Rostock zur Bundesrepublik Deutschland und sagte folgenden Satz: „Damals war ich als Bundespräsident dagegen, doch heute weiß ich, dass Dr. Ingo Richter Recht gehabt hat. Der Weg wäre besser gewesen.“

Christian Zarend:

Bei der Wahl 1990 siegte im Osten die CDU, und im Westen die SPD unter Oskar Lafontaine. Wie ist Ihr Verhältnis zu ihm und auch zu Ibrahim Böhme, dem damaligen Vorsitzenden der neuen SPD im Osten?

Ingo Richter:

Zu Herrn Böhme: Als ich ihn das erste Mal kennen lernte, war es folgende Situation. Wir in Rostock hatten uns als erste in der DDR Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) genannt und zwar nach dem Besuch von Willy Brandt am 6. Dezember 1989. Da wollten uns die Leute aus Berlin schon wieder aus der SPD rausschmeißen, da sie glaubten, dass Berlin, unter der Führung von Herrn Böhme, die alleinige Führung sei und auch bleiben müsse. Bald lernte ich Ibrahim Böhme persönlich kennen, wobei er mir beim ersten Treffen schwächling und weich vorkam. Ich hab auch zu Markus Meckel ein distanziertes Verhältnis, obwohl er damals einer der führenden Kräfte war und schon anfang, DDR-Außenministerien, also Botschaften zu verteilen. Zu Ibrahim Böhme hatte ich von Anfang an ein Misstrauen und habe es dem Rostocker Kreis, also Harald Ringstorff, Gottfried Timm nicht verhehlt.

Zu Herrn Lafontaine: Ich habe ein sehr distanziertes Verhältnis zu Oskar Lafontaine. Ich bin Kinderarzt für krebskranke Kinder und habe gesagt, dass man ein Krebsgeschwür nicht dadurch heilt, dass man heute, morgen und übermorgen jeweils nur ein bisschen behandelt. Dann wächst und wächst das Krebsgeschwür weiter. Nein, man muss es sofort und radikal beseitigen! So musste es auch mit der DDR geschehen. Was Herr Lafontaine aber wollte, entgegen dem Weg, den damals die DDR-Bürger und Helmut Kohl beschritten haben, wäre ein Deutscher Bund gewesen. Auch Willy Brandt wollte das zeitweise. Lafontaine sah vor allem in sozialen Dingen die Erfüllung seiner persönlichen Einstellung. Aber einmal von seinen politischen Fehlritten abgesehen, habe ich ihn persönlich schon immer als

Verräter empfunden, auch in seinem Verhalten Helmut Schmidt gegenüber. Den Höhepunkt bildet meiner Ansicht nach sein Versagen im Amt des Finanzministers. Da hat er psychisch versagt. In dem Moment, so glaube ich heute, war er damals an der Grenze zwischen Gesundheit und Krankheit. Und dennoch: Wenn man Verantwortung trägt, dann schmeißt man nicht einfach sein Amt hin, selbst wenn es noch so schwer ist oder wenn man noch so sehr darunter leidet.

Neben persönlichen Auseinandersetzungen hatte ich vor allem auch ein anderes Erlebnis mit Herrn Lafontaine: Nachdem er 1999 sein Buch „Das Herz schlägt links“ fertiggestellt hatte, kam er nach Rostock in den Ostseedruck, um es dort vorzustellen und daraus zu lesen. Er kam wie immer zu spät. Da hab ich zu ihm persönlich gesagt, dass der Führer auch immer zu spät gekommen ist. Ich fand es unmöglich, Leute eine halbe Stunde warten zu lassen. Am selben Tag hatte er schon in Neubrandenburg eine Rede gehalten und dafür 20.000 DM bekommen. Ebenso dann in Rostock. Er verdiente sich also an einem Nachmittag 40.000 DM und glaubte tatsächlich, sich nun solche Dinge leisten zu dürfen. Also da kann ich auch über den Sozialismus reden! In diesem Punkt habe ich auch meine Bedenken gegenüber manchen Gewerkschaftsführern. Er kam also nach Rostock und an diesem Tag rief mich mein Freund Gerald Braun (Professor für Wirtschaftspädagogik, Universität Rostock)<sup>4</sup> an und fragte, ob ich nicht am Abend zu Lafontaines Lesung kommen wollte. Nachdem ich abgelehnt hatte, sagte er, dass er die Veranstaltung moderieren werde. Ich sagte: „Gerald, schämst du dich nicht?“, woraufhin er entgegnete: „Du kannst doch jetzt hinkommen und ihm endlich mal persönlich deine Meinung sagen!“ In dem Moment machte es bei mir „Klick“ und ich sagte zu. Um rechtzeitig einen Platz in der ersten Reihe zu bekommen, war ich eine drei viertel Stunde vorher da. Der Saal war brechend voll. Aber im Gegensatz zu sonstigen Veranstaltungen waren bei dieser Veranstaltung kaum Menschen da, die ich kannte. Daraus habe ich geschlossen, dass die Gäste alles Anhänger der PDS gewesen seien mussten. Und dann hatte Manfred Keiper (Andere Buchhandlung Rostock) das Mikro rumgetragen. Es war so abgemacht, dass Lafontaine erst 20 Minuten aus seinem Buch vortrug und dann die ersten Fragen gestellt werden durften. Es kamen diese und jene Fragen – alle sehr freundlich. Er beantwortete sie ausschweifend und dann habe ich mich auch gemeldet. Ich hab ihm meine Vorwürfe öffentlich gemacht, ihn dafür kritisiert, dass er einfach sein Amt nieder schmiss. Sein Buch „Das Herz schlägt links“ war sozialistischer Quark in meinen Augen. Das haben wir uns hier in Rostock an den Schuhsohlen abgelaufen. Aber jeder darf ja eine andere Meinung haben.

---

<sup>4</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001775](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001775)

Daniel Kötzing:

Ihre zynischen Bemerkungen zu Herrn Lafontaine, ihr rigoroser Vergleich mit dem Führer oder ihr Ansatz zu Thälmann lassen das Gefühl aufkommen, dass durch Ihre beständigen Erfolge die Gefahr bestand übermütig zu werden. Zum Beispiel beim MfS oder im Rathaus. Sind Sie da nicht über das Ziel hinausgeschossen?

Ingo Richter:

Da haben Sie durchaus Recht, aber einer der Gründe war, dass ich da glaubte, nicht mit den Intrigen in der Politik umgehen zu können. Man war ja dann auch verbraucht. Sie kennen sicherlich das Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder“,<sup>5</sup> da sind die ersten dann bald verbraucht und werden entlassen. Dann kommen die anderen hinterher. Die sind frisch und die führen es dann weiter. Meine Mitarbeiter in der Kinderklinik, die ich über viele Jahre hinweg geleitet habe, haben mir einmal gesagt, dass das hervorstechendste Merkmal an mir sei, keine Macht zu missbrauchen. Aber das Gefühl der Übermütigkeit, dass Sie, Herr Kötzing, durch meinen Vortrag erhalten haben, hatte ich tatsächlich einmal, wie im Vortrag schon gesagt, in der Marienkirche. Ich hielt dort eine Rede, woraufhin 8.000 Stimmen enthusiastisch anfangen zu brüllen. So war die Stimmung damals, und in dieser Stimmung war ich möglicherweise der Ausdruck der Bewegung, dass es vorwärts geht, dass das DDR-Regime beseitigt wird. Es ist durchaus richtig, dass ich mich manchmal überheblich verhalten habe. Aber ich habe mich dann rechtzeitig zurückgenommen, weil ich gemerkt habe, dass ich eigentlich Kinderarzt bin, daran hängt mein Herz wirklich. Ich habe dann 1992 die Professur für Pädiatrische Onkologie und Hämatologie übernommen und bin dann auch im selben Jahr Direktor dieser Abteilung geworden. Ich habe unzählige Aktionen für leukämie-, krebs- sowie andere chronisch kranke Kinder initiiert, darunter auch die Hanse-Tour Sonnenschein. Ich habe in elf Jahren insgesamt 10.000 000 € gesammelt und das kriegen Sie nicht, wenn sie wie ein stilles Mäuschen dauernd nur bescheiden sind. In diesem Punkt durfte ich nicht bescheiden sein. Der Oberbürgermeister von Rostock hat einmal in einem vollversammelten Saal zu meiner Sammeltüchtigkeit gesagt: „Hier im Saal ist Professor Ingo Richter. Macht eure Portemonnaies zu, der raubt euch sonst aus!“ Die Kinderklinik Rostock ist im Jahre 2000 in einem Focus-Ranking als beste Kinderklinik Deutschlands ausgezeichnet worden. Meine Mitarbeiter haben schon zu mir gesagt: „Ingo, du schaffst noch für die krebserkrankten Kinder goldene Türklinken an!“ Aber ich habe immer für die gesamte Klinik gesorgt, nicht nur für die krebserkrankten Kinder.

---

<sup>5</sup> Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder [1955]. Neuauflage Leipzig 1990.

Christian Hall:

Ich habe drei Fragen.

Erstens: Wie sind Sie eigentlich als renommierter Arzt mit einem guten Werdegang zu DDR-Zeiten zur Opposition gekommen? Sie hatten ja durchaus einen hohen Posten erreicht, hatten sie es also nötig in die Opposition zu gehen?

Zweitens: Wie würden Sie Ihre Arbeit als Kinderarzt in der DDR bewerten, und welchen Stand hatte die Medizin damals im Vergleich zur BRD?

Drittens: Sie haben davon gesprochen, dass beim Umsturz relativ wenige Studenten beteiligt waren. Würden Sie sagen, dass die Wilhelm-Pieck-Universität Rostock eine sozialistische Universität war und dass sich das in der Wendezeit deutlich gezeigt hat?

Ingo Richter:

Die letzte Frage muss mit einem eindeutigen Ja beantwortet werden. Ich fange aber vorerst mit der Opposition an. Erst einmal war ich mit Joachim Gauck befreundet. Wir haben viel diskutiert. Wir sind Schulfreunde. Dann stamme ich aus einem bürgerlichen Elternhaus. Was ich aber später mitmachen musste, war so ekelhaft, dass ich es kaum wiedergeben mag. Auch als Nichtgenossen mussten wir damals an Parteiversammlungen teilnehmen. Und wenn ein intelligenter Mensch als Arzt aus Karrieregründen Genosse war, aber sonst ein feiner Mann, und nun den anderen intelligenten Menschen aus dem Neuen Deutschland sogar schon unterstrichene Textpassagen vorlesen musste, war das einfach nur abstoßend. Zur Wendezeit hatte ich damit zu kämpfen gehabt, dass aus bestimmten Kreisen verbreitet wurde, ich hätte mal den Antrag auf eine SED-Mitgliedschaft gestellt, um meine Karriere zu fördern. Ich wusste, aus welchen Kreisen das kam und konnte nur darüber lächeln. Wenn sie mich da nicht haben wollten, dann ist das ja noch ein gutes Zeichen.

Zur Medizinausbildung: Ich denke, sie war trotz aller Indoktrination sehr gut. In der Zeit von 1958 bis 1964, als ich studierte, waren noch nicht diese ganzen Hochschulreformen. Das ging 1965 erst los. Wir hatten exzellente Hochschullehrer. An der Inneren Klinik den damals berühmten Professor Martin Gülzow. An der Frauenklinik den europaweit bekannten Professor Helmut Kyank. An der HNO-Klinik Professor Kurt Dietzel, der vor allem die Frühdiagnostik und Frührehabilitation schwerhöriger Kinder förderte. Das waren alle gestandene, ehrfurchtgebietende Hochschullehrer. Und wir haben unsere Hochschullehrer verehrt. Wir hatten aber auch Dampf vor denen. Bei dem Chirurgen zum Beispiel standen wir auf, wenn er in den Hörsaal kam. Aber das war damals so. Heute würde man das nicht mehr für ganz normal halten. Die Medizinausbildung war wirklich gut. In die Politik bin ich aufgrund meiner Herkunft und meiner Familiengeschichte gekommen. Wissen Sie, wenn ein Bruder abhaut und der nächste aus dem Gefäng-



nis freigekauft wird, dann werden Sie kein Freund der DDR mehr. Das war auch für meine Karriere nicht gerade zuträglich.

In unserer Klinik hatten wir zur damaligen Zeit einen fachlich exzellenten Oberarzt, den späteren Professor Willi Heine.<sup>6</sup> Er ist vor einigen Jahren ebenfalls in den Ruhestand gegangen. Er war es, der uns immer wieder – trotz mancher politischer Schwierigkeiten – motiviert hat, wissenschaftlich zu arbeiten. So gelang es uns, mit einer damals völlig neuen Methode, der <sup>15</sup>N- Tracertechnik, den Eiweißstoffwechsel bei Kindern zu untersuchen. Diese Methode beruht darauf, dass sich der Stickstoff mit der Atomzahl 15 gegenüber dem normalen Stickstoff mit der Atomzahl 14 in bestimmten Stoffen, z.B. in Aminosäuren anreichern lässt. Der angereicherte Stickstoff, also <sup>15</sup>N, verhält sich im Stoffwechsel genauso wie der normale Stickstoff <sup>14</sup>N, so kann man seinen Weg im Organismus verfolgen. Man gibt den in Aminosäuren angereicherten Stickstoff mit der Nahrung und misst die Ausscheidung im Urin und im Stuhl, ohne Blutentnahme, also durch eine sogenannte nicht-invasive Methode. Mit Hilfe eines bestimmten Rechenmodells, kann man aus den <sup>15</sup>N-Werten im Urin bzw. im Stuhl den Eiweißumsatz im Körper bei Gesunden und bei Kranken bestimmen und Rückschlüsse auf die Behandlung ziehen. Solche Untersuchungen haben wir bei jungen Säuglingen, bei Kindern mit Hormonstörungen und anderen Erkrankungen durchgeführt. Auf der Grundlage dieser Methode ist es uns schon zur DDR Zeit gelungen, einige Arbeiten in Zeitschriften der USA zu veröffentlichen.

Vorher hatten wir bei bestimmten Minderwuchsarten gleich Wachstumshormone gegeben, aber das konnten wir den Kindern nun ersparen. Das war gewissermaßen der Höhepunkt unserer wissenschaftlichen Tätigkeit, die <sup>15</sup>N-Tracertechnik. Dieses Labor existiert heute noch in der Medizin, es wird jetzt geleitet von Professor Klaus-Dieter Wutzke.<sup>7</sup> Wir haben auch nach meinem Ausscheiden noch ein paar Arbeiten veröffentlicht. Ich hätte jetzt auch wieder nach Belgien gekonnt, aber ich wollte lieber zu Ihnen in das Zeitzeugenseminar kommen.

Daniel Münzner:

Auch an der Universität gab es eine Wende, einen Umbruch, eine Ehrenkommission. Wie schätzen sie deren Arbeit ein? Gerade jemand, der die Wende in Gesamtdeutschland kennt, weiß, was da gut und was schlecht gelaufen ist. Beim Zuhören Ihrer Ausführungen habe ich mich gefragt, warum Sie die SPD im Osten gegrün-

---

<sup>6</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000000943](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000943)

<sup>7</sup> Catalogus Professorum rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000000805](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000805)

det haben und nicht eine neue Partei, eine Vereinigung wie das Neue Forum. Hat man sich da bewusst ideologischen Traditionen unterworfen?

Weiterhin: Das Zentrum hat ja sozusagen mit dem Aufbau der CDU auch die katholischen und evangelischen Christen in einer Partei zu vereinen versucht. Die SPD hat es nicht geschafft, Reihen der SED, mit vielleicht zusammenhängendem Wählerpotenzial, auf ihre Seite zu ziehen. Sind sie da vielleicht im Nachhinein traurig? Würden sie da heute einiges anders machen?

Ingo Richter:

Das ist ganz schwierig zu sagen. Aber ich fange einmal mit der ersten Frage an. Die Ehrenkommission war notwendig. Sie wurde geleitet von einem westdeutschen Juristen, der das Recht beherrschte. Es wurden grundsätzlich die Unterlagen der Staatssicherheit zu Rate gezogen. Und was da an menschlichen Verfehlungen zutage gekommen ist, das hätte Sie hier alle umgeworfen. Das hätten Sie nicht für möglich gehalten, dass ein Mensch, den Sie täglich treffen, wirklich widerwärtige Berichte über Sie schreibt. Das ging ja soweit, dass Eheleute sich gegenseitig beurteilt haben. Die Ehrenkommission hat sich zunächst die leitenden Kader, wie es damals hieß, vorgenommen, aber sie musste auch in den Mittel- und Unterbau gehen, auch da gab es Abstrafungen. Damals habe ich alles für absolut notwendig gehalten, wobei ich heute manche Sachen schwächer bewerte. Insgesamt glaube ich, dass der Erneuerungsprozess für Rostock einigermaßen gelang. Und wenn einer, in welcher Partei er auch immer vor der Wiedervereinigung war, in dem neuen Staat etwas engagiert anpackt, sich bewusst wird, dass er früher falsch gehandelt hat, warum sollte er nicht wie wir, die damals für den Umschwung sorgten, ein genauso gleichberechtigtes akzeptiertes Mitglied unserer Gesellschaft werden? Das war meine Grundeinstellung und ich habe damals als SPD-Vorsitzender gegen viel Widerstand dafür gesorgt, dass eine Reihe ehemaliger SED-Mitglieder in die SPD aufgenommen wurden, weil ich sie kannte und weil ich dachte, dass sie anständige Kerle waren. Warum hätten wir auf sie verzichten sollen?

Da leite ich über zum letzten Punkt. Der stark linksorientierte Sozialdemokrat Egon Bahr, welcher gemeinsam mit Willy Brandt die Ostpolitik eingeleitet hatte, hatte einmal gesagt: „Gebt uns unser Blut zurück!“ und meinte damit, dass in der SED eigentlich alle Alten aus der SPD stammten. Man hätte damals viele ehemalige SED-Mitglieder aufnehmen können. Aber die Zeit war nicht reif dafür. Die SPD steckt ja seit über 100 Jahren in dieser Krise zwischen bürgerlicher Mitte und Linksaußen. Und das zersprengt ja auch manchmal eine Partei. Hingegen erscheint die CDU als eine geschlossene Partei, die hierarchisch regiert wird, was auch das Durchgreifen innerhalb der Partei einfacher gestaltet. Nach meiner heutigen Einstellung wäre ich damals wesentlich offener gewesen. Schon allein vom Intellekt her würde sich sicher so mancher Sozialdemokrat heute freuen, so

einen intelligenten Menschen wie Gregor Gysi in der Partei zu haben. Das muss man einfach sagen, wenn Gysi auch ein Schlitzohr ist. Aber auch er hat als Senator in Berlin versagt. Die Arbeit ist auch ihm zu viel geworden, das liegt ihm nicht.

Kersten Krüger:

Jetzt könnten wir mit dem Eindruck gehen, dass die Kinderheilkunde in der DDR erstklassig war. Gab es aber nicht doch medizinische Fortschritte der 70er und 80er Jahre, die an der DDR vorbeigegangen sind? Die Rostocker Universitäts-Kinderklinik hat sicher nicht den ersten Platz im Focus-Ranking errungen, weil sie weitergemacht hat wie in der DDR, sondern weil sie auf medizinische Erkenntnisse aufgebaut hat, die in den 70er und 80er Jahren nicht mehr angekommen waren.

Ingo Richter:

Ja, das ist völlig richtig. Erst einmal muss ich sagen, die apparatetechnische Ausstattung der DDR limitierte sich auf aktive Fächer wie Neurochirurgie, Chirurgie – eben die Highlights der Medizin. Schon in der Intensivmedizin haperte es dann sehr. Die Kinderheilkunde ist allerdings schon immer ein großes Fach gewesen. Die Kinderklinik Rostock war allein schon vom baulichen her ein bevorzugter Standort innerhalb der DDR. 1938 wurde angefangen zu bauen, dann war das Gebäude 1942 im Krieg teilweise fertig. Der letzte Rest wurde erst 1952 fertig gestellt. Der gleiche Stil mit Marmor ist auch nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg fortgesetzt worden. Wenn man durch die Kinderklinik geht, denkt man „die ist aus einem Guss“. Und dann kommt noch etwas hinzu: Wir hatten unerhörtes Glück, da wir nur drei Stasileute in der Klinik hatten. Das gab es sonst offenbar sonst selten. Wir hatten ursprünglich eine souveräne Führungsschicht, mein erster Chef war Professor Heinrich Kirchmair. Er war im Januar 1961 aus Hamburg berufen worden. Sein Lehrer hatte bei den Nationalsozialisten immer an der Grenze zur Verhaftung gestanden, unter anderem, weil er die Euthanasie nicht mitmachte. Kirchmair nahm den Ruf 1961 an und glaubte noch, dass alles gut ginge. Ich sehe ihn immer noch mit seinem weißen Mercedes vorfahren. Doch im August waren die Grenzen dicht, von da an konnte er nicht mehr reisen. Nun war er in Rostock Lehrstuhlinhaber. Er war bis 1969 ein Vorbild für uns. Wir haben ihn verehrt. Das war eine gute Ausbildung. Dann folgte eine Art Interregnum, in der uns ein geistig Gestörter zwei Jahre lang regierte. Es war eigentlich eine tragische Situation. Er ist dann auch in einer Nervenanstalt gelandet. Die Zeichen zeigten sich schon bei uns, als er unter anderem auch ein Kind geschlagen hatte.

Dann kam Professor Jürgen Külz.<sup>8</sup> Was man auch immer hier und da über ihn sagen oder hören mag, er hielt immer schützend die Hand über unsere Klinik, was ihm nicht gerade wenig Probleme bereitete. Was ihn als außergewöhnlichen Chef kennzeichnete, war auch, dass er mich zweimal zu sich holen ließ, um mich vor Stasiermittlungen gegen mich zu warnen. Meine Familie saß irgendwie immer in der Tinte, und auch ich hatte nicht selten unvorsichtige Äußerungen in der Öffentlichkeit getan. Dann sagte er eines Tages zu mir: „Herr Richter, halten Sie nicht immer den Fuß in die Tür. Sie müssen sich nicht immer für diesen oder jenen einsetzen. Passen Sie auf, dass Ihnen nichts passiert. Die waren schon wieder bei mir und haben sich nach Ihnen erkundigt!“ Und tatsächlich: In meiner nicht kleinen Stasiakte steht 1985 „Richter sagt: Die BRD ist für ihn der beste Staat auf deutschem Boden und die DDR nur der nachfolgende Staat des Hitlerfaschismus.“ Ich weiß, dass ich das gelegentlich im Freundeskreis so gesagt habe, aber unter diesen „Freunden“ war dann ein Mitarbeiter der Stasi, und das war ausgerechnet jemand, dem ich mit seinem kranken Enkelkind sehr geholfen hatte. Er war ein Segler aus Ribnitz. Bezeichnend ist aber auch, dass mir danach nichts passiert ist. Nachträglich weiß man, dass die DDR 1985 glaubte, alles im Griff zu haben – zu dieser Zeit wurden wir total überwacht. Nur wenn ich mir etwas zu Schulden hätte kommen lassen oder gar einen Ausreiseantrag gestellt hätte, dann wäre eine solche Äußerung nicht ohne Folgen geblieben.

Kersten Krüger:

Seien wir mit der guten Arbeit hoch zufrieden. Wir danken unserem Referenten, allen Teilnehmenden an der Sitzung und an der Diskussion. Damit schließen wir.

---

<sup>8</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001308](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001308)

## Haendler, Gert

Auszug aus dem  
Catalogus Professorum Rostochiensium  
([http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001544](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001544))  
vom 21.05.2008




---

<i>akademischer Titel:</i>	Prof. Dr. theol. Dr. h. c. mult.
<i>Tätigkeit in Rostock:</i>	1961-69      Professor mit Lehrstuhl für Kirchengeschichte 1969-89      o. Professor für Kirchengeschichte
<i>Fakultät:</i>	Theologische Fakultät (1433-1969) Sektion Theologie (1970-1989)

---

<i>Weitere Vornamen:</i>	Otto
<i>Lebensdaten:</i>	geboren am 17.08.1924 in Berlin
<i>Konfession:</i>	evangelisch
<i>Vater:</i>	Otto Haendler, Professor (Theologie)
<i>Mutter:</i>	Erika Haendler, geb. Badstübner

<i>Kurzbiographie:</i>	
1942	Abitur in Greifswald
1946-50	Studium der Theologie, Univ. Greifswald
1950-60	wiss. Assistent, ab 1956 Dozent, Humboldt-Univ. Berlin
1960-61	Professor mit Lehrauftrag, Univ. Halle
1961-89	Professor mit Lehrstuhl in Rostock
1989	Emeritierung in Rostock

<i>Akademische Abschlüsse:</i>	
Promotion:	1950 Dr. theol., Univ. Greifswald
Habilitation:	1954 Dr. theol. habil., Humboldt-Univ. Berlin

---

<i>Akademische Selbstverwaltung:</i>	
1965-68	Dekan der Theologischen Fakultät, Mitglied im Senat
1968-70	Prodekan der Theologischen Fakultät
1970-72	Mitglied im Wissenschaftlichen Rat
1972-86	Mitglied der Sportkommission

*Funktionen:*

1970-2004 Mitherausgeber der Reihe "Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen"

*Ehrungen:*

1980 Dr. theol. h. c., Helsinki

1991 Dr. theol. h. c., Uppsala

---

*Werke (Auswahl):*

Die abendländische Kirche im Zeitalter der Völkerwanderung. Berlin 1980, 4. Aufl. 1992.

Die lateinische Kirche im Zeitalter der Karolinger. Berlin 1985, 2. Aufl. 1992.

Die Rolle des Papsttums in der Kirchengeschichte bis 1200. Göttingen 1993.

Von der Reichskirche Ottos I. zur Papstherrschaft Gregors VII. Leipzig 1994.

Kirchliche Verbindungen über die Ostsee hinweg in Geschichte und Gegenwart.

Leipzig 1999.

*Quellen:*

eigene Angaben

*Weitere Literatur:*

Gert Haendler: Kirchengeschichte - erlebt und dargestellt, in: Kirchengeschichte als Autobiographie. Ein Blick in die Werkstatt zeitgenössischer Kirchenhistoriker, hrsg. v. Dietrich Meyer, Köln 1999, S. 25-75.

Heinrich Holze (Hg.): Die Theologische Fakultät Rostock unter zwei Diktaturen.

Studien zur Geschichte 1933-1990. Festschrift für Gert Haendler zum 80.

Geburtstag. Münster 2004.

## **Zeitzeugenbericht von Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Gert Haendler am 25. Mai 2007**

Kersten Krüger:

Wir sind sehr gespannt. Lieber Herr Haendler, Sie sind willkommen und Sie haben das Wort.

Gert Haendler:

Zunächst bedanke ich mich recht herzlich für die Einladung. Mein Bericht stützt sich auf vier gedruckte Arbeiten: 1998 erschien das Buch „Die Theologischen Fakultäten in der DDR”,<sup>1</sup> das primär Berlin, Leipzig und Halle im Blick hat, Rostock kommt am Rande vor. 1999 kam ein Sammelband heraus „Kirchengeschichte als Autobiographie”,<sup>2</sup> in dem neun emeritierte Kirchenhistoriker ihr Leben schildern, davon drei aus dem Osten. Meinen Beitrag hatte ich überschrieben „Kirchengeschichte - erlebt und dargestellt”.

Zahlreiche Dokumente bringt das Buch meines Studienfreundes und Kollegen Ernst-Rüdiger Kiesow „Theologen in der sozialistischen Universität - Persönliche Erinnerungen und Dokumente 1965-1991”, die das Historische Institut Rostock 2001 dankenswerterweise gedruckt hat.<sup>3</sup> Zuletzt nenne ich den Sammelband „Die Theologische Fakultät Rostock unter zwei Diktaturen”, den Heinrich Holze, mein Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Kirchengeschichte, als Festschrift zu meinem 80. Geburtstag 2004 zum Druck geführt hat.<sup>4</sup> Holze hatte mich von vornherein in die Planung mit einbezogen, so dass ich neben früheren Artikeln auch noch neue Beiträge zur jüngsten Fakultätsgeschichte beisteuern konnte.

---

<sup>1</sup> Stengel, Friedemann: Die Theologischen Fakultäten in der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71. Leipzig 1998 (Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte, Bd. 3).

<sup>2</sup> Haendler, Gert: Kirchengeschichte, erlebt und dargestellt. In: Kirchengeschichte als Autobiographie. Ein Blick in die Werkstatt zeitgenössischer Kirchenhistoriker. Hrsg. v. Dietrich Meyer. Köln 1999, S.25-75.

<sup>3</sup> Kiesow, Ernst-Rüdiger: Theologen in der sozialistischen Universität. Persönliche Erinnerungen und Dokumente 1965-1991. Mit einem Beitrag von Gert Haendler. Rostock 2000.

<sup>4</sup> Holze, Heinrich: Die Theologische Fakultät Rostock unter zwei Diktaturen. Studien zur Geschichte 1933-1989. Festschrift für Gert Haendler zum 80. Geburtstag. Münster 2004 (Rostocker theologische Studien, Bd.13).

## 1. Mein Leben bis zur Berufung nach Rostock 1961

Geboren wurde ich 1924 in Berlin, eingeschult 1930 in Stralsund. Mein Vater war Pfarrer, 1930-1934 Direktor des Predigerseminars Stettin, wo ich auf das Gymnasium kam. Nach der Machtübernahme der Deutschen Christen in der Pommerischen Kirche im Juli 1933 verzichtete mein Vater auf das Amt als Predigerseminardirektor. Er ging als Pfarrer in das Dorf Neuenkirchen bei Greifswald und lehrte dort auch als Privatdozent an der Theologischen Fakultät Greifswald, an der er sich 1930 habilitiert hatte. 1935 kam ich auf das Gymnasium in Greifswald. Durch das Reichsjugendgesetz 1935 wurde ich in die Hitler-Jugend eingegliedert und spielte 1936-1942 Cello in der Greifswalder Spielschar. Dem Abitur 1942 folgten vier Jahre Kaserne, Krieg und Gefangenschaft. Im Februar 1946 kehrte ich heim in das Pfarrhaus Neuenkirchen bei Greifswald, wo ich 1946-1950 Theologie studierte.<sup>5</sup> Diese Heimkehr in meine äußere Heimat war auch eine Heimkehr in die geistige Heimat, in der ich aufgewachsen war. In mir hatte sich ein Heißhunger auf geistige Arbeit angestaut.

Im Theologiestudium werden primär altsprachliche Texte gelesen. Neben biblischen Texten lasen wir auch lateinische Schriften von Augustin, Anselm von Canterbury und Martin Luther. Bei den Historikern saß ich im Proseminar und in der Vorlesung „Quellenkunde des Mittelalters“. Das war ein recht spröder Stoff, aber handwerklich habe ich dabei viel gelernt. Entscheidende Anregungen kamen von dem Kirchenhistoriker Walter Elliger.<sup>6</sup> Auf dem Greifswalder Markt sahen wir ein übergroßes Stalinbild, das mich abstieß. Elliger verwies auf Zusammenhänge mit der byzantinischen Bilderfrömmigkeit, die vor mehr als einem Jahrtausend 787 zum Dogma erhoben worden war. Das faszinierte mich. Ich stieß auf eine lateinische Stellungnahme gegen die Bilderverehrung aus der Zeit Karls des Großen, die „Libri Carolini“. Mit einer Arbeit über diese Quelle wurde ich 1950 promoviert. Elliger wurde nach Berlin berufen und nahm mich als Assistenten mit. Dort habilitierte ich mich 1954 und wurde 1956 Dozent für Kirchengeschichte. Meine weitere Arbeit wurde durch Elliger bestimmt: Zur Pflege seiner krebserkrankten Frau ließ er sich beurlauben, nach ihrem Tode war er lange krank. Elliger hatte für eine neue Lehrbuchreihe „Die Kirche in ihrer Geschichte“ den Beitrag

---

<sup>5</sup> Haendler, Gert: Erinnerungen an das Theologiestudium in Greifswald 1946-1950. In: Zeitgeschichte Regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 1/10 (2006), S. 108-113.

<sup>6</sup> Bräuer, Siegfried: Kein Freund unserer Republik, aber er sagt, was er meint. Der Berliner Kirchenhistoriker Walter Elliger (1903- 1985). Zeitschrift für Theologie und Kirche 102 (2005), S.435-471. Elliger war 1963 einem Ruf von Ostberlin nach Bochum gefolgt. Über den „Fall Elliger“ berichtet Stengel,(wie Anmerkung 1), S.477-492.



„Frühmittelalter und Germanenmission“ zugesagt,<sup>7</sup> für ihn sammelte ich Literatur. 1958 bat er mich, diesen Beitrag zu übernehmen. Der Göttinger Verlag sowie die Herausgeber Ernst Wolf (Göttingen) und Kurt Dietrich Schmidt (Hamburg) stimmten zu.

Mein Beitrag erschien termingemäß 1961, – kurz vor dem Mauerbau. Dabei förderte mich Kurt-Dietrich Schmidt, der 1934 eine Arbeit über die Christianisierung der Germanen begonnen hatte, die nicht vollendet wurde. Schmidt schickte mir 1958 die erschienen Teile für meinen Beitrag, der die Germanenmission zum Thema hatte. Darin kam Wulfila vor, der erste Germanenbischof in der Völkerwanderung am Ende des vierten Jahrhunderts. Damals las ich auch ein Buch über den Bischof Ambrosius von Mailand, der im späten vierten Jahrhundert als Hofbischof von Kaisern Kirchenbuße verlangt hatte – ein erster Vertreter des Klerikalismus. Welche Spannung: Wulfila wollte das wandernde Volk der Goten zur Sesshaftigkeit bringen, er übersetzte die Bibel in die vom ihm dazu erfundene gotische Schriftsprache – eine Kulturleistung hohen Ranges. So entstand als ein Nebenprodukt des Lehrbuchbeitrags der Vortrag „Wulfila und Ambrosius“, der 1961 in der Evangelischen Verlagsanstalt in Berlin(-Ost) 1961 gedruckt und vom Calwer Verlag in Stuttgart übernommen wurde. Das war ein Thema, von dem ich mich persönlich betroffen fühlte. Die Kirche in der DDR konnte kaum den Idealen des Ambrosius nachstreben. Der Gotenbischof Wulfila zeigte, dass eine kleine Kirche auch unter bedrängten Verhältnissen lebensfähig sein konnte.

Zum 1. September 1960 wurde ich Professor für Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle/Saale. Vorher hatte ich 1959 auf der Vorschlagsliste der Theologischen Fakultät Rostock gestanden. Das Staatssekretariat hatte jedoch einen jüngeren Kollegen mit der Wahrnehmung der Professur beauftragt, der 1960 um Ablösung bat. Die Rostocker Fakultät kam auf ihre Vorschlagsliste von 1959 zurück: Von den drei Kandidaten war einer Dozent am Sprachenkonvikt Berlin geworden, der andere hatte um Ablösung gebeten, also blieb nur ich. Gutachter waren 1959 neben meinem Lehrer Walter Elliger noch Kurt Dietrich Schmidt (Hamburg) und Hans von Campenhausen (Heidelberg) gewesen. Zwei westdeutsche Gutachten waren also noch die Grundlage für meine Berufung zum 1. September 1961 – drei Wochen nach dem Mauerbau!

---

<sup>7</sup> Die Kirche in ihrer Geschichte. Ein Handbuch. Hrsg. von Kurt Dietrich Schmidt und Ernst Wolf. Göttingen 1961 ff.

## 2. Die Anfänge an der Theologischen Fakultät Rostock 1961-1965

Zum 1. September 1961 wurde ich berufen, am 5.9.61 besuchte ich erstmals den Dekan Heinrich Benckert.<sup>8</sup> 1933 hatte Benckert im Kirchenkampf zum radikalen Flügel der Bekennenden Kirche gehört und war zeitweise in Haft gewesen. In den fünfziger Jahren gehörte er zu den Gegnern der Atomaufrüstung. Bei meinem Besuch wirkte er abgespannt und sagte, er habe eine schwierige Sitzung hinter sich. Benckert starb im Mai 1968 kurz nach seinem 60. Geburtstag an einem Krebsleiden. Bei einem Krankenbesuch erinnerte er an unsere erste Begegnung 1961 und sagte, jene Senatssitzung habe ihn sehr belastet: Er habe nicht gegen sein Gewissen handeln können – aber andererseits habe er die Fakultät nicht gefährden wollen. Ich komme auf den Zusammenhang seiner Worte noch zurück.

Am 30. Mai 1962 hielt ich in der Aula meine Antrittsvorlesung: „Die Trennung der abendländischen Kirchen vom römischen Staat im Zeitalter der Völkerwanderung“.<sup>9</sup> Wieder war die Völkerwanderung mein Thema. Im oströmisch-byzantinischen Reich lebte die Kirche als eine staatlich geförderte Institution, die Völkerwanderung war nur eine Randerscheinung. Das weströmische Reich dagegen zerfiel in der Völkerwanderung. Die Kirchen im Westen überlebten jedoch jenes Reich, mit dem sie doch so eng verbunden waren. Das geschah – wenn auch ganz verschieden – in allen Ländern: In Italien, Gallien, Britannien, Spanien und Nordafrika.

Besonders wichtig war der nordafrikanische Kirchenvater Augustin. Er schrieb seine 12 Bücher vom Gottesstaat (*De civitate Dei*) unter dem Eindruck der Eroberung Roms 410 durch die Goten unter Alarich. Das war ein Ereignis, das die Menschen der Antike erschütterte. Augustin entwarf die Konzeption vom Gottesstaat, der verborgen lebt. Die Weltreiche kommen und gehen, der Gottesstaat bleibt. Er beginnt mit Abel, der von seinem stärkeren Bruder Kain erschlagen wurde. Damit bot Augustin indirekt auch eine Grundlage für das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche, das auch für die DDR galt. Staat und Kirche vertraten diese Formel, dabei hatten sie freilich ganz verschiedene Vorstellungen.

Nun stehen theologische Fakultäten an staatlichen Universitäten mit dem Prinzip der Trennung von Staat und Kirche in Spannung. 1952 hatte Ministerpräsident Grotewohl erklärt, die Theologischen Fakultäten sollten aufgehoben werden, die Kirche müsse auf eigenen Seminaren ihren Nachwuchs ausbilden. Die

---

<sup>8</sup> Benckert, Heinrich: *Theologische Bagatellen*. Gesammelte Aufsätze Hrsg. von Gottfried Holtz und Martin Kuske. Berlin 1970.

<sup>9</sup> Haendler, Gert: *Die Trennung der abendländischen Kirchen vom römischen Staat im Zeitalter der Völkerwanderung*. *Theologische Literaturzeitung* 88 (1963), Sp. 61-82. Wiederabdruck in: Haendler, Gert: *Die Rolle des Papsttums in der Kirchengeschichte bis 1200. Ein Überblick und achtzehn Untersuchungen*. Göttingen 1993, S. 149-61.

Kirche hatte energisch die Erhaltung der Fakultäten gefordert und darauf verwiesen, dass schon die Nazis die Theologischen Fakultäten hatten schließen wollen. Die Worte Grotewohls wurden nicht in die Praxis umgesetzt, sie wurden aber auch niemals widerrufen. Die Kirche gründete daher auch eigene Ausbildungsstätten: Das Sprachenkonvikt in Ost-Berlin, das Theologische Seminar in Leipzig, das Katechetische Oberseminar in Naumburg. Daneben blieben die Fakultäten sozusagen auf Abruf bestehen. Von einem Staat, der die Kirche möglichst einschränkte, insbesondere im Bildungswesen, war die Erhaltung theologischer Fakultäten keineswegs zu erwarten. Wir Angehörigen der Fakultät hatten jedenfalls den Willen zur Mitarbeit in der Universität.

Damit komme ich auf meinen Besuch bei Dekan Benckert am 05.09.61 zurück. Das Protokoll der Senatssitzung am 4. September 1961 zeigt, dass Benckert lange geschwiegen hat. Erst als der damalige Prorektor Heidorn<sup>10</sup> alle Senatoren zur Äußerung aufforderte, hat Benckert gesprochen: Ihn bedrücke die Ankündigung der Sowjetunion, die Atomversuche wieder aufzunehmen. Er sei stets gegen Atomversuche aufgetreten, das gelte auch für Versuche in der Sowjetunion.

Nach Benckert sprach der Physiker Gerhard Becherer,<sup>11</sup> Dekan der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät. Er wollte Benckerts Bedenken mit in die Senatserklärung aufnehmen. Dieser Absicht widersprach sofort der Parteisekretär. Er kannte angebliche Pläne des Westens, die „für den Monat Oktober die militärische und politische Vernichtung der Deutschen Demokratischen Republik vorsahen“. Zuletzt wurde die Senatserklärung angenommen und veröffentlicht. Benckert legte jedoch Wert darauf, er habe als Dekan der Theologen eine Unterschrift abgelehnt, Rektor Schick<sup>12</sup> habe das zur Kenntnis genommen und ausdrücklich respektiert.

Besonders nahe stand mir der Senior der Fakultät, der 62-jährige Gottfried Holtz,<sup>13</sup> der Fachvertreter für Praktische Theologie. Holtz hatte sich im Kirchen

---

<sup>10</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001456](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001456)

<sup>11</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002033](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002033)

<sup>12</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002034](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002034)

<sup>13</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002035](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002035)

Nach dem Tode von Gottfried Holtz 1989 erschienen zwei Artikel in der Zeitschrift für plattdeutsche Gemeindefarbeit De Kennung 22 (1989). Eberhard Winkler: Gottfried Holtz als Pastoraltheologe, S. 11-21, und Christian Bunnens: Gottfried Holtz, Pastor, Pädagoge, Professor, S. 22-37. Für das Jahrbuch für mecklenburgische Kirchengeschichte 2 (1999) schrieb auf

kampf 1933/34 in Mecklenburg für die Bekennende Kirche eingesetzt und war von einem Sondergericht in Schwerin zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, die er jedoch nicht absitzen musste. Er war aus Mecklenburg ausgewiesen und Pfarrer in Pommern geworden. In den Jahren 1940-1948 wirkte er in Wieck bei Greifswald als Nachbarpfarrer meines Vaters. Gerade in den letzten Tagen des Monats April 1945 gab es beim Einmarsch der Roten Armee viele Telefonate zwischen den Pfarrhäusern Wieck und Neuenkirchen bei Greifswald. Die kampflose Übergabe der Stadt Greifswald bezog sich nicht auf die Dörfer. Es ging darum, wann die weißen Fahnen zu hissen waren: Nicht zu spät, denn die Russen drohten die Dörfer zu beschießen, aber auch nicht zu früh, denn fanatische Nazis waren eine Gefahr.

Aus Gesundheitsgründen erbat Gottfried Holtz schon 1963, zwei Jahre vorzeitig, seine Emeritierung. Die Neubesetzung gestaltete sich schwierig. Unsere erste Vorschlagsliste wurde in Berlin summarisch abgelehnt. Wir hatten unter anderen Ernst-Rüdiger Kiesow nominiert, meinen alten Greifswalder Studienfreund, der sich an der Theologischen Fakultät Berlin 1958 habilitiert und umfangreiche Lehrerfahrung gesammelt hatte. Als Gemeindepfarrer in Berlin-Pankow hatte sich Kiesow 1960 aktiv für den geplanten Evangelischen Kirchentag in Gesamtberlin eingesetzt, der jedoch im Juli 1961 in Ostberlin verboten wurde und schließlich nur in Westberlin stattfand. Das Staatssekretariat schlug uns Ende 1963 einen ganz unmöglichen Kandidaten vor, es gab viel Aufregungen. Berufen wurde ein Kompromisskandidat, der nach kurzer Wirksamkeit starb. Auf diesem Umweg kam 1965 schließlich doch endlich Kiesow nach Rostock.<sup>14</sup>

Eine Besonderheit in Rostock waren die Konferenzen der Theologen der Ostseeländer. Der Band „Kirchliche Verbindungen über die Ostsee hinweg in Geschichte und Gegenwart“, den Heinrich Holze 1999 als Festschrift zu meinem 75. Geburtstag heraus brachte, bringt Einzelheiten. Im Juni 1961 fand in Greifswald eine erste Theologenkonzferenz statt mit Teilnehmern aus Schweden, Dänemark, Rostock und Greifswald. Die zweite Konferenz sollte im Juni 1962 in Rostock folgen, aber wegen Mangel an Beteiligung mußten wir absagen. Im Juni 1963 zogen wir die zweite Konferenz auf Biegen und Brechen in Rostock durch, obwohl wir nur einen einzigen Referenten aus dem Norden auf dem Programm hatten.

In den nördlichen Fakultäten hatte man sich Gedanken gemacht: Sollte man die kommunistische DDR besuchen? Der dänische Kollege Regin Prenter hat mir 1980 in Helsinki erzählt, er sei 1961 nach Rostock und Greifswald gereist, um

---

S. 101-109 Gert Haendler: Zur Erinnerung an Gottfried Holtz (1899-1989). Wiederabdruck bei Holze, Heinrich: Sammelband, wie Anm.4, S. 283-288.

<sup>14</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002036](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002036)

dort Kollegen kennen zu lernen. In Rostock sprach er mit Heinrich Benckert und Konrad Weiß<sup>15</sup> sowie mit Gottfried Holtz. Danach hat er die Teilnahme befürwortet. Die Kollegen im Norden schätzten Fachgespräche mit den Theologen in Greifswald und Rostock und wollten diese Fakultäten durch Besuche stärken. Ein erster Höhepunkt war 1964 die Ehrenpromotion des finnischen Lutherforschers Lennart Pinomaa in Rostock, dessen Buch über Luther „Sieg des Glaubens“ kurz vorher bei der Evangelischen Verlagsanstalt in Berlin-Ost erschienen war.<sup>16</sup>

### 3. Die Amtszeit als Dekan und Prodekan 1965 bis 1970

Am 1. November 1965 begann meine Amtszeit als Dekan. Am 1. September 1965 war mein Studienfreund Ernst-Rüdiger Kiesow Dozent geworden, nach 2 Jahren wurde er Professor und bald Prodekan für Erziehung und Ausbildung. Ab dem Herbstsemester 1966 vertrat Klaus-Dietrich Schunck<sup>17</sup> das Fach Altes Testament. Zum 1. September 1967 wurde er berufen. Auch mit ihm verbanden mich Erinnerungen an gemeinsame Studienjahre in Greifswald. Eine Krebserkrankung von Heinrich Benckert führte zu seinem frühen Tod im Mai 1968. Im Herbst 1968 wurde Helmut Fritzsche<sup>18</sup> zum Fachvertreter für die systematische Theologie ernannt. Die drei neu berufenen Kollegen waren gerade über 40 Jahre alt und hatten eine Wirksamkeit von mehr als 20 Jahren vor sich. Damit war die plötzliche Kulmination personeller Sorgen der Fakultät bis auf weiteres überwunden.

---

<sup>15</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002037](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002037)

Vgl. Hiecke, Gotthard (Hrsg.): Meister Eckhart – Weggenosse und Führer der Suchenden. Über die Bedeutung der Mystik für die Gegenwart an Eckhart-Zitaten im Tagebuch Dag Hammarskjölds. Herrn Professor D. Konrad Weiß zum 65. Geburtstag. Rostock 1972. Holze, Heinrich: Die Theologische Fakultät, 2004, wie Anm.4, S. 275-282: Erinnerungen an Konrad Weiß.

<sup>16</sup> Pinomaa, Lennart: Sieg des Glaubens. Grundlinien der Theologie Luthers. Bearb. und hrsg. von Horst Beintker. Berlin (-Ost) 1964.

<sup>17</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001227](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001227)

Vgl. Niemann, Hermann Michael (Hrsg.): Altes Testament und Heiliges Land. Gesammelte Studien zum Alten Testament und zur biblischen Landeskunde von Klaus-Dietrich Schunck. Zum 75. Geburtstag von Klaus-Dietrich Schunck. Frankfurt am Main (u.a.) 2002 (Beiträge zur Erforschung des Alten Testaments und des antiken Judentums Bd.50).

<sup>18</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001599](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001599)

Vgl. Fritzsche, Helmut und Kiesow, Ernst-Rüdiger (Hrsg.): Auch in unseren Tagen. Predigten in der Universitätskirche zu Rostock. Berlin 1978.

Zum Dekanat gehörten auch Sitzungen im Senat und in Kommissionen. Manche Kollegen anderer Fakultäten kannte ich. Der Internist Martin Gülzow<sup>19</sup> war im Pfarrhaus Neuenkirchen bei Greifswald groß geworden, sein Vater war der Amtsvorgänger meines Vaters gewesen. Zwei spätere Prorektoren kannte ich vom Tennisplatz her, den Orthopäden Dieter Jaster<sup>20</sup> und den Chemiker Hans-Ulrich Kibbel.<sup>21</sup> Mehrfach spielte ich in der Fußballmannschaft der Professoren zum Tag des Sports. Meine Vorgesetzten waren Rektor Günter Heidorn<sup>22</sup> und Prorektor Gerhard Heitz.<sup>23</sup> Wir waren fast gleich alt und aus dem 2. Weltkrieg mit ähnlichen Erlebnissen heimgekehrt. Heidorn war ein energischer Organisator mit rhetorischer Begabung, der gerne in der Aula internationale Gäste begrüßte. Heitz fühlte sich am wohlsten im Archiv und hat viel veröffentlicht. Heitz und ich wohnten in Bad Doberan und nahmen uns gelegentlich im Auto mit.

Im Jahr 1967 geriet die Fakultät in eine kirchenpolitische Zuspitzung. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) war nach dem Mauerbau 1961 als Organisation im Osten nicht mehr handlungsfähig. Aber die Synode der EKD tagte weiter, nun getrennt in Ost- und Westberlin, am selben Tag, zur selben Stunde und mit derselben Tagesordnung. Wir erlebten das mit, da unser Senior Konrad Weiß dieser Synode angehörte und davon erzählte. Für März 1967 waren wieder Synoden der EKD in Westberlin und Ostberlin geplant, um die Einheit der EKD zu demonstrieren. Erwartungsgemäß verbot die DDR die Synode in Ostberlin. Daraufhin wurde überraschend die Ost-Synode nach Fürstenwalde, 30 km östlich von Berlin, einberufen. Es war aber völlig klar, dass diese kirchliche Veranstaltung für den Staat ein Ärgernis war, das er unbedingt beenden wollte.

Vom Rektorat bekam ich Anweisung, dem Professor Weiß klarzumachen, dass die EKD durch den Vertrag über die Militärseelsorge mit der Bundeswehr und dadurch auch der NATO verbunden sei. Eine Synode der EKD in der DDR sei daher illegal, die Beteiligung daran werde Konsequenzen haben. Ich habe Weiß pflichtgemäß informiert. Er ist trotzdem zur Synode gefahren. Seine Entlassung war zu befürchten. Weiß hoffte, der Landesbischof werde ihm notfalls ein Dorfpfarramt anvertrauen. Das wäre sicher geschehen, Landesbischof Niclot

---

<sup>19</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002038](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002038)

<sup>20</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001758](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001758)

<sup>21</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001853](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001853)

<sup>22</sup> Siehe Anmerkung 10.

<sup>23</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001558](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001558)

Beste hätte Konrad Weiß nicht im Regen stehen lassen. Für die Fakultät wäre das aber ein recht herber Verlust und für Weiß persönlich ein ganz erheblicher sozialer Abstieg gewesen: Er stand fünf Jahre vor der Rente. Er hatte als Professor eine Rente von ca 3.000 Mark zu erwarten, als Pfarrer wären es höchstens 600 Mark gewesen.

Es folgte jedoch nur eine kleine „Rache“: Im Juni 1967 fand die 7. baltische Theologenkonferenz in Lund statt. Den Dienstreisepass für Reisen in das nicht-sozialistische Währungsgebiet bekam man immer erst unmittelbar vor der Reise, Konrad Weiß bekam ihn gar nicht. Der Zusammenhang mit der Synode lag klar auf der Hand, obwohl er niemals offen ausgesprochen wurde.<sup>24</sup>

Durch eine Indiskretion erfuhr Weiß, dass sein Dienstreisepass mit einem gültigen Ausreisestempel in der Auslandsabteilung der Universität lag. Er erbat nach Ende der Konferenz seinen Pass – und er erhielt ihn. Eine Sekretärin hatte wohl nicht aufgepasst. Mit diesem Pass reiste er nach Schweden, holte sich in Malmö beim westdeutschen Konsulat einen Reisepass für die BRD, wo er Verwandte und Bekannte besuchte. Zuletzt nahm er auch noch in der Schweiz an einem Kongress teil. Nach seiner Heimkehr erzählte er begeistert davon. Es grenzt an ein Wunder, dass die zahlreichen recht massiven Verstöße gegen DDR-Gesetze nicht bekannt wurden. Oder übersah man den Vorgang vielleicht absichtlich bei einem so alten Professor, der in wenigen Jahren sowieso aufhören würde?

Ende September 1968 bewegte uns der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR. Am 22. September 1968 beriet der Senat, dem auch der Dekan der Theologischen Fakultät Ernst-Rüdiger Kiesow angehörte, über eine Resolution, in der es unter anderem hieß: „Niemals werden wir es zulassen, dass die Völker der ČSSR ihrer sozialistischen Errungenschaften beraubt werden und der Frieden in Europa gefährdet wird. Daher stehen wir fest hinter den politischen und militärischen Maßnahmen, die von der Sowjetunion, der DDR und den anderen sozialistischen Bruderländern zum Schutz der sozialistischen Ordnung in der ČSSR getroffen wurden. Diese Maßnahmen sind ein echter Ausdruck des sozia-

---

<sup>24</sup> Einzelheiten bringt mein Beitrag „Die Theologische Fakultät Rostock zwischen Mauerbau 1961 und 3. Hochschulreform 1969“ In: Nachdenken über Israel, Bibel und Theologie. Festschrift für Klaus-Dietrich Schunck zu seinem 65. Geburtstag, hrsg. v. H. Michael Niemann, Matthias Augustin, Werner H. Schmidt. Frankfurt/Main u.a. 1994, S. 445-456. Weiß war 1947 mein akademischer Lehrer gewesen, die Lage 1967 beurteilten wir unterschiedlich, ich ging bedrückt zum Gespräch im März 1967. Es verlief ganz kurz. Weiß fragte mich: „Was denken Sie denn, was ich nun machen werde?“ Ich konnte nur antworten: „Wie ich Sie kenne, werden Sie nun erst recht zur Synode fahren“. Weiß strahlte und bedankte sich herzlich. Dem Rektor sollte ich sagen, dass Professor Weiß alle Konsequenzen tragen werde. Dem Rektor mußte ich freilich nichts sagen, denn er hat nicht wieder in der Sache nachgefragt. Im Abschlussbericht über meine Amtszeit als Dekan 1965-1968 heißt es: „Nicht alle Reisen kamen zustande, bedauerlicherweise blieb in einem Fall der Grund bisher ungeklärt“. Tatsächlich war für alle Insider der Grund für die Blockierung der Kongressreise nach Lund 1967 klar (S. 451).

listischen Internationalismus und dienen der Erhaltung des Friedens". Das Protokoll sagt: „Mit einer Stimmenthaltung wurde die Erklärung angenommen. Der Dekan der Theologischen Fakultät, Prof. Dr. Kiesow, enthielt sich der Stimme. Er begründete diese Haltung mit seinem christlichen Standpunkt, von dem aus er militärische Maßnahmen nicht akzeptieren könne".

Kiesow hat diesen Vorfall dargestellt in seinem Buch „Theologen in der sozialistischen Universität" (2001).<sup>25</sup> Wir befürchteten auch in diesem Fall die Entlassung. Kiesow hoffte auf eine Pfarrstelle möglichst in oder nahe bei Rostock, damit er seine Wohnung nicht wechseln müsse. Er blieb jedoch Professor und sogar Dekan. Seine Haltung wirkte nach: Auf einer Gewerkschaftsversammlung der Universität stimmte man zunächst der Senatserklärung zu. Dann erklärte Dr. Peter Heidrich,<sup>26</sup> damals Gewerkschaftsvorsitzender der Theologen, dass die Theologen die kritische Stellungnahme ihres Dekans Kiesow teilten. Daraufhin äußerten nach und nach auch andere Kollegen, es bestünden an ihren Instituten Bedenken.

Ärger gab es vor dem Universitätsjubiläum 1969. Sabine Pauli, die heutige Professorin Pettke,<sup>27</sup> erarbeitete eine Geschichte der theologischen Institute.<sup>28</sup> Es ging um das späte 19. und das 20. Jahrhundert. Dabei fand die Autorin Dokumente, die dem Rostocker Theologiestudenten Eugen Gerstenmaier im Mai 1933 ein tapferes Auftreten gegen die Nazis bescheinigten. Gerstenmaier war 1967 Präsident des Bundestages. Jene Dokumente verschwanden. Rektor Heidorn gab mir ein wüstes Pamphlet gegen Gerstenmaier und forderte die Beachtung der neuesten Literatur! Wir mussten auf Gerstenmaier verzichten. Das war vertretbar, da auch sonst kein Student in der Institutsgeschichte vorkommt.

Zum Universitätsjubiläum lagen vor: Studien zur alttestamentlichen Forschung in Rostock,<sup>29</sup> ein Beitrag zu Julius Wiggers,<sup>30</sup> größere Arbeiten über

---

<sup>25</sup> Kiesow, Ernst-Rüdiger: Theologen in der sozialistischen Universität, wie Anmerkung 3, S. 27-30.

<sup>26</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002056](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002056)

Vgl. Niemann, Hermann Michael (Hrsg.): Weg wird Weg im Gehen. Beiträge zur Spiritualität, Religion und Märchendeutung. Zum 70. Geburtstag des Autors Peter Heidrich. 2.Auflage Münster (u.a.) 2000 .

<sup>27</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002043](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002043)

<sup>28</sup> Pauli, Sabine: Geschichte der theologischen Institute an der Universität Rostock, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock 17 (1968), Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, S. 309-365.

<sup>29</sup> Bernhardt, Karl-Heinz, Alttestamentliche Studien an der Universität Rostock zwischen Reformation und Romantik. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock 17



Wilhelm Walter,<sup>31</sup> Michael Baumgarten,<sup>32</sup> August Wilhelm Dieckhoff<sup>33</sup> sowie Johannes von Walther.<sup>34</sup>

Beim Jubiläum sah man unsere internationalen Gäste gern: Rektor Locher aus Zürich, Prorektor Meulemann aus Amsterdam, unsere schwedischen Ehrendoktoren Ringgren aus Lund und Widengren aus Uppsala sowie unseren finnischen Ehrendoktor Pinomaa. Die DDR erstrebte internationale Anerkennung. Gäste aus Westdeutschland durften freilich nicht eingeladen werden! Der Streit um die Universitätsgeschichte endete: Prorektor Heitz übergab mir das zweibändige Werk mit der Bitte um eine Rezension in einer Fachzeitschrift. In der Zeitschrift für Kirchengeschichte 1971 erschien meine Miszelle „Rostocker Theologen im Urteil der Marxisten“, die freilich ein sehr klares Bild zeichnete.<sup>35</sup>

#### 4. Die Jahre der Sektion Theologie 1970-1989

Nach Gründung der Sektion Theologie Ende 1970 vertrat ich bis 1972 die Sektion im Wissenschaftlichen Rat der Universität. Die Mehrheit der Mitglieder gehörten zur SED, oft verwendeten sie die Anrede „Genossinnen und Genossen“. Die Parteimitglieder kamen manchmal vor Beginn der Sitzung zu Absprachen zusammen, die bis zum Sitzungsbeginn nicht beendet waren. Dann stand die Min-

---

(1968), Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, S. 367-381.

<sup>30</sup> Haendler, Gert: Julius Wiggers, ein Rostocker Theologe und Widerstandskämpfer des 19. Jahrhunderts. In: Antwort aus der Geschichte. Festschrift für Walter Dress zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Wolfgang Sommer. Berlin (-West) 1969, S. 213-26.

<sup>31</sup> Pauli, Sabine: Der Rostocker Kirchenhistoriker Wilhelm Walter, sein Beitrag zur Lutherforschung. Diss. theol. Rostock 1969.

<sup>32</sup> Fohl, Gerhard: Die Theologie des Geistes in den Schriften des Rostocker Theologen Michael Baumgarten. Diss. theol. Rostock 1969.

<sup>33</sup> Uhlig, Siegbert: August Wilhelm Dieckhoffs Stellungnahmen zu kirchenpolitischen und theologischen Streitfragen seiner Zeit. Diss. theol. Rostock 1969.

<sup>34</sup> Opitz, Helmut: Kirchengeschichte als Theologie. Von Leben und Werk des Rostocker Theologen Johannes von Walther. Theologische Habilitations-Arbeit Rostock 1970.

<sup>35</sup> Haendler, Gert: Rostocker Theologen im Urteil der Marxisten. Zeitschrift für Kirchengeschichte 82 (1971), S. 60-64. Ich stellte einleitend fest: „Das Werk ist vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus geschrieben. Der Rektor G. Heidorn, Lehrstuhlinhaber für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, schrieb nicht nur das Geleitwort, sondern nahm maßgeblich Anteil“. Ich zitierte aus dem Vorwort den ursprünglichen Plan, „die Darstellung mit dem Jahr 1965, also mit dem denkwürdigen Besuch abzuschließen, den eine Arbeitsgruppe des Politbüros des ZK der SED unter Leitung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und 1. Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, der Universität Rostock abstattete, da dieser Besuch... eine neue Etappe der Entwicklung der Universität Rostock eingeleitet“ habe.

derheit der „Nichtgenossen“ vor der Tür. Ich erinnere mich an freundliche Gespräche vor der Tür zum Sitzungsraum mit dem Pathologen Alexander Bienengräber,<sup>36</sup> dem Physiologen Dietrich Mücke<sup>37</sup> und der Zahnmedizinerin Ursula Heckmann.<sup>38</sup>

Im Universitätsmaßstab hatte ich nach 1972 nur noch zwei Aufgaben: Als Vorsitzender der Gewerkschaftsgruppe der Sektion Theologie (1972-1986) nahm ich - als Nachfolger von Peter Heidrich - an den Anleitungen für die Universität teil, die uns ein Funktionär gab. Das war wenig erhellend, aber ich saß gerne neben Gerhard Maeß,<sup>39</sup> dem Vertreter der Mathematiker, der sich in diesem Kreise auch etwas fremd fühlte. Wir wohnten in Bad Doberan und nahmen uns manchmal im Auto mit, so dass wir gleich hinterher noch unsere Gedanken austauschen konnten, die recht ähnlich waren.

Die andere Funktion im Auftrag der Sektion war die des Sportbeauftragten. Die Vorsitzenden der Sportkommissionen in den Sektionen kamen als Universitätssportkommission zu Beratungen zusammen, bei denen ein netter Ton herrschte. Wir hatten dasselbe Ziel und es gab eine ganz natürliche Übereinstimmung.

Für die Studenten wurden immer mehr Pflichtvorlesungen im Fach Marxismus-Leninismus eingeführt. Das erkannten wir aber weithin als notwendig an. Nach Lage der Dinge musste ein Pfarrer in der DDR über die Staatsdoktrin der DDR gut informiert sein. In der Sektion regierte nun ein Sektionsdirektor mit Vollmachten, die vorher ein Dekan nicht gehabt hatte. Ein Sektionsrat wurde hin und wieder zum Zweck der Information einberufen. Als Sektionsdirektor amtierte 1970-1976 Klaus-Dietrich Schunck,<sup>40</sup> ihm folgte für fast 14 Jahre von 1977 bis 1990 Helmut Fritzsche.<sup>41</sup> Beide Kollegen wurden oft kritisiert, sie haben sich jedoch unter schwierigen Umständen bemüht, alte Traditionen fortzuführen.

---

<sup>36</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002045](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002045)

Bienengräber, Alexander: Nicht immer ist der Mensch nur heiter, er kann auch krank sein und so weiter. Eine Diskussion mit Wilhelm Busch im Lichte moderner Medizin. 3.Aufl. Berlin 1972.

<sup>37</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000000869](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000869)

<sup>38</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001477](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001477)

Klink-Heckmann, Ursula und Bredy, Edmund: Kiefernorthopädie. 3.Auflage Leipzig (u.a.) 1990.

<sup>39</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000000772](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000772)

<sup>40</sup> Siehe Anmerkung 17.

<sup>41</sup> Siehe Anmerkung 18.

Konrad Weiß<sup>42</sup> wurde 1972 emeritiert und starb 1979. Sein Nachfolger wurde Hans-Friedrich Weiß,<sup>43</sup> ein ausgewiesener Fachmann für das Neue Testament. Er wurde bald Stellvertretender Sektionsdirektor für Ausbildung und Erziehung. Seine Wahl zum Sektionsdirektor war jedoch höheren Orten offenbar unerwünscht und wurde vom Rektor verhindert.

Auf mich kamen andere Aufgaben zu. Den Studierenden fehlten neuere Lehrbücher. Sie lernten oft nach veralteten Lehrbüchern, aus dem Westen kamen kaum noch Bücher an. Ich trug 1971 der Evangelischen Verlagsanstalt Berlin Pläne für kirchengeschichtliche Lehrbücher vor. Joachim Rogge, später Bischof von Görlitz und damals Dozent für Kirchengeschichte am Sprachenkonvikt Berlin, unterstützte mich. Wir hatten ähnliche Zielsetzungen und hätten gerne gemeinsam eine neue Reihe herausgegeben. Aber Rogge und ich waren Schüler von Walter Elliger,<sup>44</sup> der 1963 nach heftigem Streit die DDR verlassen hatte. Wir wären als Elliger-Schüler bei der Zensur von vornherein belastet gewesen.<sup>45</sup> Wir holten daher Kurt Meier (Leipzig) mit ins Boot, der als fortschrittlich galt. Als 1. Band der neuen Reihe erschien 1978 mein Beitrag über die Kirche im Abendland bis zum 4. Jahrhundert.<sup>46</sup> Meine Arbeit hatte länger als üblich beim Amt für Literatur gelegen, der Zensurbehörde der DDR.

Im Verlag war ich zuständig für den Teil I „Von der Alten Kirche bis zum Hohen Mittelalter“. Für den Teil II trug Joachim Rogge die Verantwortung, der schon 1982 zum Lutherjubiläum 1983 einen Doppelband II-3/4 „Der junge Luther – der junge Zwingli“ vorlegte. In dem von Kurt Meier betreuten Teil III „Neuzeit“ tat sich wenig. Mein zweiter Beitrag über die Zeit bis 600 erschien 1980.<sup>47</sup> 1985 erschien mein 3. Beitrag über die Kirche im Zeitalter der Karolinger.<sup>48</sup> Bis 1990

---

<sup>42</sup> Siehe Anmerkung 15.

<sup>43</sup> *Catalogus Professorum Rostochiensium*:

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001857](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001857)

Bull, Klaus-Michael und Reinmuth, Eckart (Hrsg.): *Bekenntnis und Erinnerung. Festschrift zum 75. Geburtstag von Hans-Friedrich Weiß*. Münster 2004 (Rostocker Theologische Studien 16).

<sup>44</sup> Siehe Anmerkung 6.

<sup>45</sup> Vgl. Haendler, Gert: Rostock und die Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen. In: *Jahrbuch für mecklenburgische Kirchengeschichte* 9 (2006), S. 99-105.

<sup>46</sup> *Von Tertullian bis zu Ambrosius. Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen* (KGE Bd. I/3). Berlin 1979, 4. Auflage 1992.

<sup>47</sup> *Die abendländische Kirche im Zeitalter der Völkerwanderung* (KGE, Bd. I/5). Berlin 1980, 4. Auflage 1995.

<sup>48</sup> *Die lateinische Kirche im Zeitalter der Karolinger* (KGE Bd. I/7). Berlin 1985, 2. Auflage 1992.

lagen 13 von den damals geplanten 30 Bänden unserer Reihe vor, in dem von mir betreuten Teil I waren immerhin 8 von 10 geplanten Bänden erschienen.

Die Baltischen Theologenkongressen gingen weiter. Ich war zu Gastvorlesungen 1971 in Schweden und 1974 in Finnland. Mir fiel auf, dass unsere Kenntnisse über die Kirchen im Norden gering war. Nach einigem Suchen fand ich Zeugnisse für schwedisch-deutsche Kirchenbeziehungen: Um und nach 1900 war der schwedische Bischof Knut Henning Gezelius von Scheele oft nach Deutschland gekommen und zum 2. Vorsitzenden der Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Konferenz gewählt worden. Er lud diese Gesellschaft zur Tagung 1901 nach Lund und 1911 nach Uppsala ein. Mein Vortrag über Bischof von Scheele fand im Norden Anklang und kam 1975 in Ostberlin zum Druck.<sup>49</sup> Der Calwer Verlag übernahm auch dieses Heft für die Bundesrepublik.

Noch ein Arbeitsfeld war vom Norden her angeregt: Der Direktor der Lutherhalle Wittenberg, Oskar Thulin, stand 1967 kurz vor dem Ruhestand.<sup>50</sup> Bei der Gelegenheit wollte man die Lutherhalle in ein „Museum der frühbürgerlichen Revolution“ umwandeln. Thulin informierte einige Schweden, die Familie Thulin ist in Schweden verbreitet. Dort entstand ein „Freundeskreis der Lutherhalle Wittenberg“, um Interesse an der Erhaltung der Lutherhalle zu bekunden. Aus Schweden kam die Anregung, auch wir in der DDR sollten einen ähnlichen Kreis bilden. Wir gründeten mit 11 Personen am 10. März 1970 in Ostberlin den TARF: Den Theologischen Arbeitskreis für reformationsgeschichtliche Forschung, der Lutherforscher aus Nordeuropa und Osteuropa zusammenführte. Seit 1976 durften wir auch Kollegen aus der BRD einladen. 1973 hielt ich im TARF eine Vorlesung über die vor 450 Jahren erschienene Schrift Luthers „Dass eine christliche Versammlung oder Gemeinde Recht und Macht habe, alle Lehre zu urteilen und Lehrer zu berufen, ein- und abzusetzen. Grund und Ursach aus der Schrift“ 1523. Das war wieder ein Thema, das mich persönlich betraf. Als Mitglied des Kirchengemeinderats in Bad Doberan hatte ich darüber nachgedacht, was eine Einzelgemeinde bewirken könne.

Auf Einladung des dänischen Kollegen Leif Grane hielt ich 1976 in Kopenhagen eine Woche lang Vorlesungen zu dieser Thematik. Diese Vorlesungen kamen 1979 in Ostberlin zum Druck unter dem Titel „Amt und Gemeinde bei Luther im Kontext der Kirchengeschichte“. Das Heft wurde wieder einmal vom Calwer Verlag für die BRD übernommen und kam 1981 übersetzt auch in den

---

<sup>49</sup> Haendler, Gert: Schwedisch-deutsche Kirchenbeziehungen 1901-1936. Berlin 1975 (Aufsätze und Vorträge zur Theologie und Religionsgeschichte 62).

<sup>50</sup> Vgl. Oskar Thulin: Die Lutherstadt Wittenberg und ihre reformatorischen Gedenkstätten. 5. Aufl. Berlin 1964.

USA heraus.<sup>51</sup> In Dänemark und in den USA tragen die einzelnen Gemeinden größere Verantwortung als in den Landeskirchen Deutschlands, daher bestand dort ein besonders waches Interesse an dieser Thematik.

Die Landeskirche Mecklenburg stellte mir Aufgaben: Ich wurde Leiter des Konfessionskundlichen Werkes und vertrat Mecklenburg in der Arbeitsleitung der DDR sowie im Forschungsbeirat auf DDR-Ebene. 1967-1977 vertrat ich Mecklenburg im Ökumenischen Ausschuss beim DDR-Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes. Zu den Sitzungen in Ostberlin kamen stets Besucher aus Kirchen der BRD, der skandinavischen Länder oder den USA. Von 1972 bis 1983 gehörte ich zum Prüfungsausschuss für das 2. Theologische Examen unserer Landeskirche, einem besonders erfreulichen Gremium.

Seit 1976 lud der Bund Evangelischer Kirchen in der DDR einige Kirchenhistoriker der DDR nach Berlin ein, zu denen einzelne Kollegen aus der BRD kamen. Im Anfang kamen wir fast konspirativ zusammen in einem Gemeindehaus in Berlin-Johannistal, seit 1980 im Sprachenkonvikt. 1979 wurde ich in der Redaktion der Theologischen Literaturzeitung Leipzig Fachberater für die Alte Kirche und das Mittelalter. Hier konnte ich die neuesten Fachbücher in die Hand nehmen und anlesen. Ich war morgens lange vor Sitzungsbeginn dort, um mich kundig zu machen. Eine schönere Aufgabe war gerade unter den restriktiven Bedingungen der DDR kaum denkbar.

Diese Aktivitäten hatten wenig mit der Rostocker Sektion zu tun. Im Jahr 1976 erhielt die Universität Rostock den Namen „Wilhelm-Pieck-Universität“. Ich erfuhr das zufällig auf dem Tennisplatz. Man schüttelte den Kopf, aber Widerstand gab es nicht. Ich dachte an den massiven Widerspruch, den es 1960 auch in der Theologischen Fakultät gegen den Plan gegeben hatte, so dass diese Namensgebung verhindert wurde. Konrad Weiß und Heinrich Benckert hatten mir davon erzählt. Ein ausführlicher Protestbrief von Konrad Weiß liegt in dem Sammelband 2004 von Heinrich Holze vor.<sup>52</sup>

Der Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ brachte 1982 Unruhe. Ein sowjetisches Denkmal an die Vereinten Nationen als Zeichen der Friedensliebe wurde in der DDR von der Polizei verfolgt, sofern es sich junge Leute auf den Ärmel nähten. Brutaler konnte die Unehrllichkeit der DDR-Friedensparolen kaum entlarvt werden.

---

<sup>51</sup> Haendler, Gert: *Amt und Gemeinde bei Luther im Kontext der Kirchengeschichte*. Berlin 1979 (Aufsätze und Vorträge zur Theologie und Religionsgeschichte 72). Das Heft wurde vom Calwer Verlag für die BRD übernommen und kam von da aus in die USA, wo es übersetzt wurde: *Luther on Ministerial Office and Congregational Function*. Translated by Ruth C. Gritsch. Edited by Eric W. Gritsch. Philadelphia 1981.

<sup>52</sup> Holze, Heinrich: *Die Theologische Fakultät Rostock unter zwei Diktaturen* (2004) (wie Anmerkung 4), S.182-185.

Im Jahr 1982 gedachte die Theologische Fakultät Rostock ihrer Zulassung 1432 vor 550 Jahren. Mikko Juva, der Erzbischof von Finnland, wurde Ehrendoktor. Er sprach in der Aula zur Friedensproblematik und wich klar ab von der DDR-üblichen Formel „Der Sozialismus ist der Friede“. In meiner Festvorlesung stellte ich die Frage, warum die Theologische Fakultät nicht gleich 1419 bei der Gründung der Universität, sondern erst 1432 zugelassen wurde. Es war die Furcht der Päpste vor einer kritischen Theologie. Hörer sprachen mich an, ich hätte wohl nicht nur die Päpste in Rom gemeint, die keine Kritik wünschten. Die Beziehung zur führenden Rolle der Partei, die nicht kritisch hinterfragt werden wollte, lag nur zu nahe.

Zwei Jubiläen gab es in Greifswald. 1982 gedachte man des Schwedenkönigs Gustav Adolf, der vor 350 Jahren 1632 in Lützen gefallen war. Das Greifswalder Kolloquium wurde gemeinsam von Historikern und Theologen veranstaltet. Ich sprach über die Anfänge des Gustav-Adolf-Vereins 1832. Dieses Ereignis 200 Jahre nach dem Tode Gustav Adolfs war von einer Begeisterung getragen, die völlig unerwartet kam. Ich folgerte, dass unerwartete Aufbrüche in der Kirchengeschichte immer möglich seien. 1985 feierte man in Greifswald den 500. Geburtstag von Bugenhagen. Mein in Schweden vorgetragenes und gedrucktes Referat galt der Ausbreitung der Reformation in den Ostseeraum und Johannes Bugenhagen. Es ging um Bugenhagens nahes Verhältnis zu Luther, sein Wirken in mehreren Städten Norddeutschlands und Skandinaviens sowie sein Ausharren in Wittenberg 1547 unter feindlicher Besetzung nach Luthers Tod.<sup>53</sup>

Im Luthergedenkjahr 1983 habe ich eine Vorlesungsreihe an der Sektion organisiert, bei der alle Kollegen sowie geladene Gäste sprachen: Walter Jens (Tübingen), Ingun Montgomery (Oslo), Eino Murtorinne (Helsinki), Joachim Rogge (Berlin) und Heinrich Rathke (Schwerin). Ich hielt Vorlesungen in Uppsala, Lund und Strängnäs. An Luthers Geburtstag war ich Gast der Theologischen Fakultät Oslo. Beim Kongress für Lutherforschung in Erfurt leitete ich ein Seminar mit Teilnehmern aus Dänemark, Finnland und den USA.

Im Anschluss an diesen Kongress 1983 lud das Priesterseminar der Katholischen Kirche in Erfurt einige Kollegen aus der DDR ein, um gemeinsame Beratungen kirchengeschichtlicher Themen zu planen. Ein Arbeitskreis traf sich seitdem jedes Jahr zu Referaten und Diskussionen in harmonischer Atmosphäre. Professor Franz Peter Sonntag (Erfurt) war mein Gesprächspartner bei der Leitung

---

<sup>53</sup> Die Vorträge über Bugenhagen und den Gustav-Adolf-Verein stehen in dem Aufsatzband von Gert Haendler „Kirchliche Beziehungen über die Ostsee hinweg“, hrsg. von Heinrich Holze, Leipzig 1999, S. 120-139 und S. 153-170.

der Tagungen und ihrer Vorbereitung. Der Kreis kam fast 20 Jahre lang zusammen, verlor aber nach der Wende seine Bedeutung.<sup>54</sup>

## 5. Die Emeritierung 1989 und die Jahre danach.

Zum 31. August 1989 wurde ich im Alter von 65 Jahren emeritiert. Am 16. 9.89. war die Sport- und Kongresshalle gefüllt mit Studenten im Blauhemd der FDJ, wir Emeriti erhielten Urkunde und Blumen. Nichts deutete darauf hin, was in den nächsten Monaten geschehen werde. Anders war es 5 Tage später bei der Abschiedsvorlesung vor der Sektion Theologie am 21. September 1989. Als Thema hatte ich gewählt „Der Reichsbischof und die Theologischen Fakultäten 1933/34“.<sup>55</sup> Im Juni 1933 hatte die Theologische Fakultät Rostock sich für den gewählten Reichsbischof von Boldelschwingh eingesetzt. Die Nazis setzten ihren Kandidaten Ludwig Müller im Herbst 1933 durch, aber es gab Proteste, - auch von Theologieprofessoren. Die Theologische Fakultät Rostock war die einzige, deren Professoren im Herbst 1934 vollzählig Forderungen nach dem Rücktritt des Reichsbischofs Müller unterschrieben hatten. Mein Referat legte die Verbindung zu den Protesten 1989 nahe. Studenten wollten danach eine Resolution verlesen. Der Leiter der Veranstaltung erklärte, der Rektor habe Resolutionen verboten. Professor Kiesow rettete die Situation mit der Erklärung, die offizielle Veranstaltung sei zu Ende, man könne aber noch zum Gespräch zusammen bleiben. Fast alle blieben. Ein Protest an den Staatssekretär für Kirchenfragen wurde verlesen.

Die Jahre nach der Emeritierung fielen mit der Wendezeit zusammen, die Veränderungen an der Universität sah ich als Emeritus von Bad Doberan aus. Bis 1992 habe ich noch Vorlesungen und Prüfungen gehalten. Zwei nahestehende Kollegen wirkten an der Erneuerung aktiv mit: Rektor Gerhard Maeß aus Bad Doberan und Prorektor Ernst-Rüdiger Kiesow. Dekan wurde nun endlich Hans-Friedrich Weiß.<sup>56</sup> Stark engagiert habe ich mich bei der Besetzung des Lehrstuhls für Kirchengeschichte: 1991 kam Friedhelm Winkelmann<sup>57</sup> und 1995 Heinrich

---

<sup>54</sup> Haendler, Gert: Erinnerungen an die Arbeitsgruppe Ökumenische Kirchengeschichte im Osten Deutschlands. In: Herbergen der Christenheit 25 (2002), S. 73-92.

<sup>55</sup> Theologische Literaturzeitung 116 (1991), Sp.1-16. Abgedruckt 2004 im Sammelband von Heinrich Holze (wie Anmerkung 4), S. 321-339.

<sup>56</sup> Siehe Anmerkung 43.

<sup>57</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium

[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000002048](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000002048)

Winkelmann war in Greifswald habilitiert und hatte in Berlin an der Edition griechischer Kirchenväter gearbeitet.

Holze.<sup>58</sup> Aber auch Rostocker Absolventen wurden jetzt Professoren: Peter Heidrich,<sup>59</sup> Hermann Michael Niemann<sup>60</sup> sowie Udo Kern.<sup>61</sup>

Die Bitte, im Wintersemester 1990/91 in München den Lehrstuhl für Kirchengeschichte zu vertreten, habe ich abgelehnt wegen der Lehrverpflichtungen in Rostock. Der Einladung für ein Gastsemester in Tallin (Estland) 1995 konnte ich aus gesundheitlichen Gründen nicht folgen. Primär lag mir am Abschluss meines vierten Bandes zur Reihe „Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen“, der bis zum Tode von Papst Gregor VII. 1085 führen sollte. Ein Entwurf 1989 hatte sich primär mit der DDR-Literatur auseinander gesetzt. Mein Band erschien erst 1994 in ganz neuer Konzeption.<sup>62</sup> Damit hatte ich in vier Bänden die Kirchengeschichte des Abendlandes nach ihren lateinischen Quellen von den Anfängen um 190 bis zum Ende des 11. Jahrhunderts beschrieben, – also rund neun Jahrhunderte.

Im Jahr 1991 wurde ich Ehrendoktor der Universität Uppsala. Diese Ehrung hatte ich erstmals 1980 in Helsinki erlebt. Die Veränderung lag deutlich vor Augen: 1980 wurde ich von der Auslandsabteilung der Universität Rostock ausführlich belehrt, was ich im Ausland tun oder nicht tun durfte. Die Grenzkontrollen dauerten lange. Gleich nach Ankunft in Helsinki musste ich mich bei der DDR-Botschaft melden, kurz vor dem Rückflug nochmal. Gleich nach der Heimkehr war ein Sofortbericht zu schreiben, später ein ausführlicher Reisebericht nach festen Vorgaben. In Uppsala 1991 war ich Professor Haendler aus Tyskland oder Germany, es gab keine Belehrungen vorher und kaum noch Grenzkontrollen, kein Bericht wurde verlangt. Meine Lage hatte sich grundlegend verbessert.

In Rostock wurde zum Jubiläumsjahr 1994 eine Geschichte der Universität erarbeitet, in deren Vorbereitungskommission ich mitwirkte und zu der ich einen Beitrag über die Geschichte der Theologischen Fakultät lieferte, der gerade auch die jüngste Vergangenheit möglichst ausgewogen beleuchten wollte.<sup>63</sup> 1995 beendete ich nach 17 Jahren als 70-Jähriger meine Mitarbeit in der Redaktion der Theologischen Literaturzeitung in Leipzig, für die ich aber immer noch Rezensionen

---

<sup>58</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001440](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001440)

<sup>59</sup> Siehe Anmerkung 26.

<sup>60</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001731](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001731)

<sup>61</sup> Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000001443](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000001443)

<sup>62</sup> Von der Reichskirche Ottos I. zur Papstherrschaft Gregors VII. Leipzig 1994 (Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen I/9). 2. Auflage 2007.

<sup>63</sup> Haendler, Gert: Die Theologische Fakultät. In: 575 Jahre Universität Rostock. Mögen viele Lehrmeinungen um die eine Wahrheit ringen. Rostock 1994, S. 70-101.



nen schreibe. Kurz nach meinem 80. Geburtstag legte ich meine Funktion als Herausgeber der Reihe Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen (KGE) in jüngere Hände. Von den geplanten 40 Bänden habe ich 32 verantwortlich begleitet.

Nun begann eine Sammlung meiner Aufsätze. Zuerst sorgte Verleger Arndt Ruprecht in Göttingen für den Band „Die Rolle des Papsttums in der Kirchengeschichte bis 1200“.<sup>64</sup> 1999 wurden einige Arbeiten zu einer Festschrift zu meinem 75. Geburtstag vereinigt, Heinrich Holze gab sie heraus unter dem Titel: „Kirchliche Beziehungen über die Ostsee hinweg in Geschichte und Gegenwart“.<sup>65</sup> Zu meinem 80. Geburtstag brachte Holze noch eine Festschrift heraus: „Die Theologische Fakultät Rostock unter zwei Diktaturen“, in der auch mehrere Arbeiten von mir stehen, alte und neue.<sup>66</sup>

Zuletzt fragt man nach einem Gesamturteil: Insgesamt haben alle 6 Theologischen Fakultäten in der DDR durchgehalten und Pastoren für den Dienst in der Kirche ausgebildet. Für die Studenten habe ich mit der Reihe „Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen“ ein Werk angeregt, das mich wohl überdauern wird. Für die Geschichte der Universität ist der Anteil der Theologen freilich nur gering. Mein Beitrag erinnert dankbar an drei ältere Kollegen, die mich 1961 bei meiner Berufung freundlich aufgenommen haben und denen ich bis zum ihrem Tode verbunden blieb: Heinrich Benckert, Konrad Weiß und Gottfried Holtz. Das gilt auch für den Extraordinarius Albrecht Beyer, der primär Pfarrer in Warnemünde war. Mein Studienfreund Ernst-Rüdiger Kiesow kam 1965 nach Rostock und wurde nach der Wende 1991 Prorektor der Universität. Dadurch hatte er einen etwas größeren Einfluss, den ich freilich nicht näher einschätzen kann.

Für die Geschichte der Universität Rostock halte ich als Zeitzeuge der Jahre 1961-1989 zwei Senatssitzungen für wichtig, bei denen Theologen offen ihre abweichende Meinung vertreten haben. Dabei kämpften sie nicht um Rechte der Theologischen Fakultät, es ging um politische Erklärungen, denen sie aus Gewissensgründen nicht zustimmen konnten. Der Erfolg erscheint gering: Die Politik wurde nicht beeinflusst, jene Senatsbeschlüsse wurden nicht verhindert. Heinrich Benckert 1961 und Ernst-Rüdiger Kiesow 1968 haben jedoch ihre Auffassung klar vertreten und Respekt bei den Rektoren Schick bzw. Heidorn gefunden. Die damaligen Dekane der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät äußerten Sympathie: Der Physiker Gerhard Becherer wollte 1961 Benckerts Kritik an den

---

<sup>64</sup> Ein Überblick und achtzehn Untersuchungen. Göttingen 1993.

<sup>65</sup> Siehe Anmerkung 53.

<sup>66</sup> Holze, Heinrich: Die Theologische Fakultät Rostock unter zwei Diktaturen. Studien zur Geschichte 1933-1989. Festschrift für Gert Haendler zum 80. Geburtstag. Münster 2004 (Rostocker theologische Studien. Bd. 13). Darin meine Rostocker Anmerkungen zu einem Buch über die Theologischen Fakultäten im Osten Deutschlands 1945-1970 (S. 187-226) sowie meine Erinnerungen an die Jahre der Sektion Theologie 1970-1989 (S. 289-308).

Atomversuchen in die Senatserklärung aufnehmen, der Chemiker Gerhard Rembarz drückte Kiesow nach der Sitzung 1968 die Hand mit den Worten „Sie als Theologe konnten sich das leisten, wir nicht.“<sup>67</sup>

In diesem Sinne haben Theologen in bestimmten Stunden im Senat der Universität jene protestantische Tapferkeit bewiesen, die an die Haltung Martin Luthers vor Kaiser und Reich in Worms 1521 erinnern kann. Benckert und Kiesow haben sich diese Situation ganz bestimmt nicht gewünscht. Spontan haben sie einen schweren Alleingang gewagt, weil sie der Stimme ihres Gewissens folgen mussten.

## Diskussion

Transkription und Protokoll: Ulrike von Malottki, Sandro Plickert, Annika Zülich

Daniel Kötzing:

Sie haben auf die Forderung von Grotewohl 1952 bezüglich der Schließung der theologischen Fakultäten an den Universitäten der DDR hingewiesen, und in diesem Zusammenhang auch auf die Forderung nach der Gründung kircheneigener Seminare. Kann man in diesem Fall das Fazit ziehen, dass diese Forderung wie ein „Damoklesschwert“ über den Fakultäten der Universitäten hing?

Gert Haendler:

Im Grunde ja. Es ist nur so, dass die Jüngeren das gar nicht mehr so genau wussten. Ich habe das 1952 als Assistent in Berlin miterlebt. Ich weiß noch, was für eine Aufregung das war: die Fakultät soll aufgehoben werden. Sie können sich das ja vorstellen. Aber auch die differenzierten Meinungen – ich persönlich dachte mir, na dann sollen sie doch, dann gehen wir an die kirchlichen Ausbildungsstätten, da haben wir es eigentlich besser, als hier in einem Laden, der sich immer schlimmer entwickelt. Aber das ist nie aufgehoben worden. Für Ältere war es eine Warnung.

Hilde Michael:

Sie haben an einigen Stellen anklingen lassen, wie Besuche im Ausland abliefen, mit Meldungen bei der Botschaft und mit Spezialpass. Wie lief die wissenschaftliche Vorbereitung dieser Zeit ab?

---

<sup>67</sup> Kiesow, Ernst-Rüdiger: Theologen in der sozialistischen Universität., wie Anmerkung 3, S.27.

Gert Haendler:

Das ist unterschiedlich gewesen. Manchmal ist es so gewesen, dass sich hier kein Mensch darum gekümmert hat, was ich da eigentlich vortrage. Aber wir haben auch Gelegenheiten gehabt, wo ich mein Referat vorher einreichen musste. Das war weniger angenehm, obwohl ich nicht vorhatte, irgendetwas Staatsfeindliches zu verkünden, ganz im Gegenteil, ich werde mich hüten. Das war von Jahr zu Jahr unterschiedlich. Insgesamt betrachtet würde ich sagen, in den 1970er Jahren war es besonders schlimm, in den 1980er Jahren löste es sich wieder. Da war man wieder ein bisschen großzügiger.

Daniel Münzner:

Mich würde Folgendes interessieren. Sie zitierten den Kollegen aus den Naturwissenschaften, der sagte, sie als Theologen konnten es sich leisten. War es wirklich so, dass man es sich als Theologe leisten konnte und alle anderen nicht? Und zweitens warum?

Gert Haendler:

Also erstens einmal glaube ich, das stimmte wirklich. Und nicht nur, dass sie es sich leisten konnten, es war sogar so, dass sie der Meinung waren, wir müssten jetzt eigentlich mal was sagen. Denn wir können nicht sagen, es ist für den Frieden, wenn wir in der ČSSR einmarschieren; fast jeder meinte, es sei Wahnsinn, was hier passierte und einer musste doch nun was sagen. Und somit gab es nicht nur eine Stimmenthaltung sondern eine deutliche Distanzierung von dieser Geschichte.

Und nun, warum? Äußerlich könnte man sagen, wenn man die Theologen rausschmeißt, machen sie ihren Laden bei der Kirche weiter. Das wäre möglich gewesen. Aber das reichte nicht. Daneben war die Erwartung einfach zu hoch, eine klare Stellungnahme war gefragt. Für einen Chemiker und Physiker ist das schwieriger.

Kersten Krüger:

Meine Frage zielt auf Widerstand oder Resistenz. Was Sie vortragen, klingt harmonisch; es war überhaupt kein Problem, es gab allenfalls einige Befürchtungen. Vielleicht waren die Befürchtungen etwas ernsthafter. Es klingt alles so, als seien Widerstand oder Resistenz nicht erforderlich gewesen. Ich meine aber – wir diskutieren das gerade in der frühen Neuzeit, nämlich den Unterschied zwischen den Lutheranern und den Calvinisten: „Wie hältst du es mit dem Widerstand?“ Bei Luther heißt es immer, alle Obrigkeit ist von Gott und die Calvinisten sagen, im Zweifelsfalle wird der böse Tyrann umgebracht, wenn wir es jetzt extrem ausdrücken. Wie stellt sich für Sie diese Grenzziehung dar? Die Anschlussfrage wäre dann, wie hat es die pommersche Landeskirche zur Zeit der

DDR – nämlich offensichtlich anders – gehalten? Wo war diese theologische Fakultät und, vielleicht auch erweitert, die mecklenburgische Landeskirche resistent, wo hat sie Widerstand geleistet und wo hat sie ihr eigenes Leben gepflegt und auch pflegen können? Das betrachte ich ja als einen Kristallisationskern der Erneuerung nach 1989 oder auch während des Jahres 1989.

Gert Haendler:

Mecklenburg ist eine lutherische Landeskirche und die Fakultät ist eine Einrichtung, die sich immer zugehörig zu dieser Landeskirche gefühlt hat, also eine lutherische Fakultät. Auch bei uns gilt Römer 13: Jede Obrigkeit ist von Gott, auch eine böse Obrigkeit muss ertragen werden. Das hatte auch Luther so gelehrt. Das hatte 1933 Folgen, aber auch da gab es Widerstand. Wenn uns nämlich ein Reichsbischof vor die Nase gesetzt werden sollte, den die Kirche nicht gewählt hatte, sondern der von außen eingeführt wurde, weil der Reichsbischof Ludwig Müller ein alter Bekannter Hitlers war, was sich später als völlige Fehlrechnung erwiesen hatte. Da gab es dann schon Widerstand, als es um die inneren Angelegenheiten der Kirche ging.

In der DDR ist das in dieser Richtung fortgesetzt worden, obwohl die Obrigkeit eine ganz andere war. Man hat vernünftigerweise gesagt: „Wir wollen in diesem Land unseren Dienst tun, wir wollen weder fliehen noch uns verkriechen. Also müssen wir mit den Machthabern reden.“ Die Bischöfe haben das verschieden gemacht, der thüringische Landesbischof Mitzenheim<sup>68</sup> war entgegenkommender als die Bischöfe der Unionskirche in Berlin und Magdeburg, die auch von calvinistischer Überlieferung mit beeinflusst waren. In den späten achtziger Jahren wurden Unterschiede zwischen Mecklenburg und Pommern deutlich, wobei der pommersche Bischof Horst Gienke aus Mecklenburg kam. Er wollte „lutherisch“ handeln in dem Sinne, dass man sich mit dem Staat zu vertragen hat, in dem man lebt.

Kersten Krüger:

Darf ich eine Anschlussfrage stellen? Also Luther sagt ja, du musst der Obrigkeit gehorchen, aber wenn sie dir die Bibel nehmen, darfst du kein Blättlein herausrücken. Die Frage ist jetzt, inwieweit hat sich die theologische Fakultät beeinflusst gefühlt zum Beispiel durch Unterricht in Marxismus-Leninismus, denn ohne eine ausreichende oder gute Zensur in ML gab es auch kein theologisches Fachexamen. Marxismus-Leninismus kennt allenfalls den wissenschaftlichen Atheismus

---

<sup>68</sup> Vgl. Björkman, Thomas (Hrsg.): Ein Lebensraum für die Kirche. Die Rundbriefe von Landesbischof [Moritz] D. Mitzenheim 1945 - 1970. Lund 1991 (Bibliotheca historico-ecclesiastica Lundensis 28).

und berücksichtigt da die Religion. Sind die Lehrinhalte der Fakultät berührt worden im Sinne von Luthers „lasst euch kein Blättlein nehmen“?

Gert Haendler:

Also die Lehrinhalte sind eigentlich unverändert geblieben. Daran ist nichts geändert worden. Da hat man auch nicht versucht uns reinzureden. Wir selber haben manchmal gesagt, dass es hier und da ein bisschen viel ist und man die Pläne knapper machen könnte. Ansonsten kam der Marxismus-Leninismus einfach dazu. Das blieb sauber getrennt bis auf kleinere Differenzen innerhalb der Fakultät. Mein Kollege Fritzsche, den ich hier zweimal erwähnt habe, war der Meinung, man müsse auch ein inhaltliches Gespräch mit dem Marxismus-Leninismus hinbekommen. Ich war der Meinung, man solle die Finger davon lassen, das könne nicht gut gehen. Aber die Frage ist dann ja auch überholt worden. Man kann nicht mal sagen, ob er damit auf lange Sicht Erfolg gehabt hätte.

Jörn Wüstenberg:

Inwieweit sind die Studenten ihrer Fakultät mit dem Staat in Konflikt gekommen? Wie haben Sie das moderieren können? Sie selbst waren im Ausland bekannt, konnten nicht zu stark angegriffen werden. Man hat ja oft diejenigen, die nicht so bekannt waren, stärker unter Druck gesetzt. Wie sind Sie damit umgegangen?

Gert Haendler:

Die Studenten waren natürlich in anderer Lage als wir Professoren, sie hatten jedoch meistens Verständnis auch für Situationen der Professoren. Manche wollten einfach nur an jener theologischen Fakultät studieren, an der auch schon ihr Vater oder Großvater studiert hatte. Probleme gab es wegen der militärischen Ausbildung im Studienplan sowie im marxistisch-leninistischen Grundstudium. Am meisten Druck entstand 1982 um das Abzeichen „Schwerter zu Pflugscharen“. Da sagte mir ein Student, die Polizei habe ihm das Abzeichen vom Ärmel abgetrennt, er könne es sich erneut holen und wieder aufnähen. Ich habe ihm gesagt, es sei seine Entscheidung, aber ich würde an seiner Stelle warten und nicht schon am nächsten Tage wieder mit dem Aufnäher erscheinen. Jener Student hat sich die Stelle auf dem Ärmel möglichst hell gerieben, so dass man sah: Hier war mal das Friedenssymbol. Das war der Polizei auch nicht angenehm. Ich nenne das als ein Beispiel, wie man als Professor plötzlich mit in die Verantwortung hinein genommen wurde.

Einer unserer früheren Assistenten, der spätere Bischof Stier, hat das mit seinem Sohn durchgemacht. Der Sohn ist von der Schule geflogen und er ist hart geblieben und die Eltern mit ihm. Sie sind hingegangen, und der Vater hat sich dieses Abzeichen – wohl bemerkt der Pastor Stier im Dienst – hat sich diesen umstrittenen Aufnäher aufgenäht und ist damit zum Schuldirektor gegangen, um

für seinen Sohn einzutreten. Das war die extreme Variante, wie man sich da verhalten konnte. Aber das bedeutet nicht, dass Stier und ich uns heute deswegen böse sind. Wir haben damals in ziemlich verschiedenen Lagen gehandelt. Ich konnte nicht vom sicheren Professorensessel aus einen Rat suchenden Studenten auf einen Weg weisen, den ich selbst für risikvoll hielt. Es hätte das Ende des Studiums für diesen Studenten bedeuten können. Die Sektion musste nach einem Kompromiss suchen und eine Eskalation verhindern. Die Aktion verebbte auch bald, ohne dass wir einen unserer Studenten verloren hatten. Christoph Stier ist jedoch in seinem Sinne völlig konsequent geblieben, er war in dieser Frage zu keinem Kompromiss bereit, er ist einen härteren Weg gegangen als wir. Das war ein schweres Opfer: Der eigene Sohn, ein hoch begabter junger Mann in der 10.Klasse, musste von der Erweiterten Oberschule runter in eine 10-Klassen-Schule.<sup>69</sup>

Daniel Münzner:

Ich möchte noch einmal auf ein Ereignis zurückkommen, was Sie angesprochen haben. Sie erzählten ja von dem Kollegen Kiesow, der zunächst nach Rostock berufen werden sollte, und dann gab es Probleme, aber mit genug Ausdauer hat sich das dann erledigt. Wie verlief so etwas? Reichte es einfach zu warten? Sozusagen auf die Hilfe Gottes zu hoffen und zu sagen, irgendwann wird man es den Theologen, wenn sie nicht zu stur sind, auch durchgehen lassen, oder hat man da seine Tricks und Mittel gehabt, wie man dem Staat dann doch das Zugeständnis und den geeigneten Kollegen abgerungen hat?

Gert Haendler:

Kiesow und ich sind alte Freunde, das sagte ich Ihnen schon. Als ich hierher kam und Holtz aufhören wollte, war das erste gleich ein Anruf bei Kiesow: „Dann kommst du hierher.“ Und was macht der gute Mann als Gemeindepastor in Berlin-Pankow? Er engagiert sich für einen Kirchentag, von dem er wissen musste, dass das nicht gut geht. Das war in Ostberlin verboten. Da liefen alle rüber nach Westberlin – wenige Wochen vor der Mauer. Das war schon hektisch. Er war damals ziemlich schlecht angeschrieben. Wir haben ihn trotzdem auf die Liste gesetzt. Und dann wurde uns die gesamte Liste abgelehnt. Alle drei seien unmöglich. Dem damaligen Dekan wurde mangelnde Wachsamkeit vorgeworfen, das war Karl-Heinz Bernhardt, der als linksgerichtet galt und dem das auch nicht so ganz angenehm war. Dann hat man uns einen Gefängnispfarrer der DDR empfohlen, von dem wussten alle, dass er einmal wissenschaftlich völlig un-

---

<sup>69</sup> Der Fall wird in Einzelheiten geschildert bei Anke Silomon: „Schwerter zu Pflugscharen“ und die DDR. Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 33. Göttingen 1999, S.274-281.

möglich und zum zweiten so rot war, dass man ihm nicht trauen kann. Dass der dann später auch in den Westen abgehauen ist, erwähne ich nur nebenbei.

Dann haben wir gesagt, dass wir da noch einen Kompromisskandidaten haben und der ist tatsächlich auch berufen worden. Mit dem wären wir auch ganz gut hingekommen. Also wenn Sie so wollen, dass wir tapfer durchgehalten hätten in dem Sinne, kann man nicht sagen. Ich hatte Kiesow eigentlich abgeschrieben. Jetzt war der neue Mann da. Aber Karl Brinkel starb mit Mitte 50, ich weiß nicht mehr, was er hatte. Es war jedenfalls eine völlig überraschende Lage entstanden. Ich weiß, dass ich gleich danach Kiesow angerufen habe: „Pass auf, es gibt eine neue Möglichkeit.“ Und dann hat das doch noch geklappt im späteren Zugriff.

Jochen Wittenburg:

Wie hat Herr Prof. Wendelborn<sup>70</sup> es denn als Professor an die theologische Fakultät geschafft? Ich bin Physiker und mein Bruder hat Theologie studiert, hier bei Prof. Benckert.

Gert Haendler:

Ach Wittenburg ist Ihr Name?! Peter Wittenburg, ja der gehörte zu meinem ersten Studienjahr, das ich zu betreuen hatte.

Jochen Wittenburg:

Ich war sehr in der Studentengemeinde engagiert als Studentensprecher, und wir waren sehr verwundert, dass ein Prof. Wendelborn an der theologischen Fakultät sein konnte.

Gert Haendler:

Ja – also die drei Insider hier lächeln auch schon. Es ist auch für mich nicht so ganz einfach. Also ich kam hierher, und ehe ich hierher kam, haben mir verschiedene Leute gesagt: „Pass auf! Da ist ein Assistent Wendelborn, der ist für Kirchengeschichte zuständig. Mit dem wirst du zu tun haben.“ Ich war ein bisschen gewarnt und trotzdem habe ich mich bemüht: Ich komme mit dem Menschen schon irgendwie aus, das muss ja gehen. Ich hatte eigentlich das Gefühl ich sei ganz freundlich und nett zu ihm. Dann war ein Seminar, und in diesem Seminar wurde am Schluss ein Artikel aus der „Jungen Welt“ verlesen. In diesem Artikel der „Jungen Welt“ wurde ein Sportler gelobt. Wir wussten alle, am Morgen war es durch das Radio gegangen, dieser Sportler war in den Westen abgehauen und ein paar Tage vorher war noch das Lob in der Zeitung erschienen. Wir alle lachten. Wendelborn war dabei. Und später im Stasi-Bericht habe ich gelesen, dass er

---

<sup>70</sup> Gert Wendelborn, siehe Catalogus Professorum Rostochiensium:  
[http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr\\_professor\\_000000000633](http://cpr.uni-rostock.de/metadata/cpr_professor_000000000633)

diese Geschichte ausgemalt hatte. Aber nun verfälschend. Er teilt es nämlich so mit, als ob ich diesen Artikel mitgebracht hätte. Das aber hatte ein Student gemacht. Ich hätte einen Teufel getan die Stimmung noch anzuheizen. Das hatte ein anderer gemacht und mir schob er das zu. Da bin ich heute noch ziemlich sauer. Das ist ganz bewusste Diskriminierung, die er da mir gegenüber betrieben hatte, während ich mich wirklich bemüht habe, mit ihm auszukommen. Dann wurde es ganz schwierig, als er nach Verlängerung hier promoviert hatte und wir dachten, nun ist es zu Ende mit ihm, nun muss er gehen. Er ging aber nicht. Ich holte mir eine neue Assistentin, die heutige Frau Prof. Pettke. Dann kam aus Berlin die zuständige Referentin Frau Dr. Fessen und machte mir klar, dass Herr Wendelborn hier an der Fakultät bleiben müsse, und ich müsse ihn als Assistenten behalten. Ich sagte zu ihr: „Nein, da ist Schluss. Also an dem Punkt, das geht nicht.“ Aber das Ministerium ernannte ihn nun zum Aspiranten mit einem auswärtigen Betreuer, darauf hatte ich keinen Einfluss. Er behielt aber seinen Lehrauftrag, und dadurch blieb er uns an der Fakultät immer erhalten. Das war für mich nicht ganz angenehm. Er war nun fast bei jeder Prüfung mein Protokollant oder er prüfte, und ich führte Protokoll. Wir mussten uns hinterher immer irgendwie einigen, wie wir was beurteilten. So viel dazu.

Kersten Krüger:

Ich bleibe einmal bei dem Thema. Das ist ein bisschen die Gretchenfrage, denn Herr Prof. Kiesow, dessen Buch ich herausgebracht habe, hat ja auch die Berichte der „IM Gisela“ veröffentlicht; ich weiß auch, wer das ist und wer da betroffen war. Die Gretchenfrage lautet: „Wie hältst du es mit der Staatssicherheit?“ Sie haben das ja in Ihrer Darstellung einfach ausgeklammert – ich vermute aus einer ganz bestimmten Abstinenz heraus. Sie hatten damit nie etwas zu tun und somit wird das nicht thematisiert. Aber ab und zu wird das hier thematisiert und wir merken, irgendwo erwischt einen das Thema dann doch. Also, Wendelborn ist genannt, die Dinge sind bekannt, deswegen können wir den Namen auch nennen, übrigens auch andere.

Inwieweit fühlte sich also die Fakultät in dieser, Sie sprachen vorhin von Befürchtung, ich würde ja fast sagen Bedrohung gefangen? Denn die Firma konnte ja jeden Tag zugreifen. Prof. Kiesow war ja mutig genug, als einer seiner Studenten in diesem Haus verschwunden war, hierher zu gehen und Auskunft zu verlangen: „Wo ist denn der geblieben?“ Das muss man seiner Hartnäckigkeit zurechnen, das war sehr mutig. Ob ich das fertig gebracht hätte weiß ich nicht. Ich bin vielleicht auch zu sehr dem „Leidenden Gehorsam“ Luthers anhängig und ärgere mich manchmal darüber. Konkret frage ich: „Inwieweit war die Arbeit der theologischen Fakultät objektiv beeinflusst, bedroht, eingeschränkt durch die Vertreter dieses Hauses, also die Staatssicherheit?“



Gert Haendler:

Also Gott sei Dank haben wir uns das nicht so vorgestellt. Als ich die Akten hinterher las, dachte ich: „Ist das möglich?“ Sie sagten mit Recht, es ist nicht nur Wendelborn, sondern es waren noch zwei andere. Wobei ich bei diesen beiden anderen immer noch spüre, dass sie die Anliegen der Fakultät da doch auch vertreten wollten, und wer weiß, was man selbst gesagt hätte in dieser Lage. Bei Wendelborn ist das Thema glasklar. Er stand wirklich auf der anderen Seite. Er meldete das als Erfolgsbericht: Ich habe etwas ausgekundschaftet, ich habe da was entdeckt. Zum Beispiel als das mit den Treffen in Ostberlin losging, zu denen die Kirche ein paar Kirchenhistoriker einlud, das waren meistens die von den kirchlichen Ausbildungsstätten. Ich war der einzige Professor, der dabei war. Und dann kamen aus dem Westen „zufällig“ welche dazu, und dann war es eben so ein kleiner Austausch. Das hat Wendelborn Jahre später von einem westdeutschen Kollegen gehört und schrieb einen bitterbösen Bericht an die Stasi: „Professor Haendler spielt bei Ost-West-Treffen seit Jahren eine Rolle und ich habe niemals etwas davon erfahren.“ So machte er daraus für mich einen Minuspunkt. Vielleicht war die Stasi an diesem Punkt jedoch etwas großzügiger als Wendelborn?

Kersten Krüger: Vielleicht eine eitle Hoffnung!

Ursula Kantorczyk:

Herr Haendler, wie haben Sie das früher gemacht? Das neue Herbstsemester begann ja immer mit einer „Roten Woche“. Das heißt, die Studenten erhielten politische Informationen jeglicher Art, und man konnte das gestalten und ließ darüber immer Bericht schreiben. Für mich als Slawistin war das immer ein bisschen einfacher. Wir haben unsere russischen Zeitungen genommen und haben darüber geredet. Über all die Gespräche, die wir mit den Studenten geführt haben, habe ich nie etwas ins Protokoll geschrieben, denn mir war die Meinung der Studenten immer wichtiger. Das, was wir berichteten, war offiziell, da konnte man nichts gegen sagen. Das entsprach der allgemeinen politischen Meinung und die Studenten waren nach den Berichten immer dieser Meinung, die Sie gerade in der *Prawda* gelesen hatten.

Wie haben das die Theologen gemacht? Denn Sie mussten ja auch darüber berichten. Ich kann mir etwas schwer vorstellen, wie Theologen damit fertig werden so etwas zu gestalten. Es ging ja immer um eine ganze Woche.

Gert Haendler:

Ja das ging eine ganze Woche. Das hat uns auch oft die Laune verdorben, wenn das Theater losging. Aber was half es, wir mussten da durch. Wir haben dann versucht, das Beste daraus zu machen und wir haben uns irgendwelche interessanten Gäste geholt. Das ist dann so im Grenzbereich. Da gibt es, mir fällt jetzt

gerade kein Name ein. Herr Weiß, vielleicht fällt Ihnen noch was ein? Sie haben das ja auch lange machen müssen als Stellvertretender Sektionsdirektor.

Herr Weiß:

Ich überlege gerade.

Gert Haendler:

Es ist so lange her, dass man heute sagt: „Das ist ja vor ganz, ganz langen Zeiten gewesen.“ Aber Sie haben völlig Recht. Das war so ein Problem für uns, die „Rote Woche.“ Vor allem auch im Hinblick darauf, dass wir unsere Studenten nicht vergraulen wollten. Die Studienanfänger, die kriegen ja ein Bild – meine Herren, wo komm ich denn hier hin – von der Schule geradewegs in dasselbe Fahrwasser. Irgendwie ist es auch über uns weggegangen aber es war unterschiedlich, sehr unterschiedlich. Auch in der Form, was wir berichten mussten. Wenn ich mich recht erinnere, dass man manchmal recht großzügig schreiben konnte, Veranstaltungen haben stattgefunden, es waren erfreuliche Gespräche, es waren interessante Meinungen und so etwas. Irgendwie so allgemein und dann waren sie zufrieden. Aber ich weiß, dass wir gelegentlich auch rückgefragt wurden, wenn es dann nicht genug war.

Herr Weiß:

Es hat sich im allgemeinen auf sehr kleiner Flamme abgespielt bei uns.

Gert Haendler:

Naja, dass wir so wenig gemacht haben wie möglich, das versteht sich von selbst. Aber etwas mussten wir ja machen. Wir mussten ja vorher schon angeben, was an welchen Tagen stattfand.

Sebastian Leder:

Mich würde interessieren, ob es spezielle Anforderungen an die Studenten, die Theologie studierten, gab oder ob jeder, der ein Abitur machte, auch Theologie studieren durfte?

Gert Haendler:

Also, wer Abitur hatte, der konnte bei uns studieren. Aber es gab mitunter Probleme. 1969 habe ich – als Prodekan für Ausbildung und Erziehung – den Direktor der Erweiterten Oberschule in Bad Doberan besucht: Der Abiturient Klaus H. wurde schikaniert, seitdem er als sein Berufsziel „Theologe“ angegeben hatte. Jener Direktor war einsichtig. Klaus H. bestand das Abitur und kam zu uns. Aber kurz nach Beginn seines Studiums holte ihn das Militär. Das war ganz seltsam. Klaus H. konnte erst 1971 sein Studium fortsetzen, heute ist er Pastor in Dargun.

Jenem freundlichen EOS-Direktor wurde in einem Parteiverfahren „Versöhnertum“ vorgeworfen, er wurde als Direktor abgesetzt und war nur noch Chemielehrer. Dabei spielte sein Eintreten für den Abiturienten Klaus H. eine Rolle. Daher haben wir Abiturienten mitunter geraten, sich zum Medizinstudium zu bewerben: Da wurden sie meistens nicht zugelassen und konnten sich danach zum Studium der Theologie ummelden ohne Schikanen.

Dann hatten wir aber auch Leute, die kein Abitur, sondern die das so genannte kirchliche Abitur hatten. Da gab es ein Sprachenkonvikt in Berlin, es gab dann in Potsdam noch die Ausbildung, in Hermannswerder. Das waren Leute, die im Grunde mehr Vorbildung für unser Studium mitbrachten, als die mit dem staatlichen Abitur.

Herr Weiß:

Darüber hinaus gab es noch die Sonderreifeprüfung.

Gert Haendler:

Ja, die Sonderreifeprüfung. Da haben wir ja auch einige Kapriolen geschlagen. Also der schlimmste Fall war der spätere sächsische Innenminister Eggert.<sup>71</sup> Der kam, glaube ich, noch nicht einmal mit zehn Klassen und wollte Theologie studieren. Kiesow hat sich für den eingesetzt. Er hat gesagt, das ist ein interessanter Mann, den wollen wir haben. Und das war nachher wirklich ein Wirrkopf. Aber später ist er ja Innenminister geworden. Auch hat er nicht umsonst jahrelang jeden zweiten Abend im Fernsehen gegessen und Rundgespräche gemacht. Er hatte ganz zweifellos Talente, das hatte Kiesow schon richtig gesehen. Aber ich konnte mir schlecht vorstellen wie er als Pfarrer auf dem Dorf seinen Dienst macht. Er hat es zeitweilig gemacht, aber für ihn kam die Wende rechtzeitig.

Thorsten Mack:

Sie haben vorhin ein bisschen die Beziehung zur evangelischen Synode in Westdeutschland erklärt und dass es immer wieder Versuche gab, eine gewisse Einheit herzustellen, mit den Terminen ihrer Sitzungen und Ähnlichem. Hat sich in irgendeiner Art und Weise am Anfang der Siebziger Jahre die Entspannungspolitik Willy Brandts ausgewirkt, so dass Sie gemerkt haben, da finden irgendwelche Entwicklungen für Möglichkeiten statt, die es vorher nicht gegeben hat, oder war das für sie ohne jede Bedeutung?

Gert Haendler:

Ich würde beinahe sagen, eher das Gegenteil, das rief Misstrauen hervor. „Willy Brandt, der nähert sich uns an, was ist denn nun, bloß das Feinbild nicht verlie-

---

<sup>71</sup> Heinz Eggert, 1990-1995 sächsischer Staatsminister des Innern.

ren.“ Nach meiner Erinnerung war das so. Es kam eigentlich zu einer Verschlechterung am Anfang der Siebziger Jahre. Das war auch der Anfang der Sektionen, da konnte ein Sektionsdirektor machen, was er wollte. Früher fanden regelmäßig Fakultätssitzungen statt, auf denen wir berieten. Wenn mir der Rektor als Dekan sagte: „Machen sie das und das“, dann sagte ich: „ja, ich werde es in der nächsten Fakultätssitzung vorbringen“, und das hieß: „ich kann das nicht zusagen“ – und das wusste er auch. Beim Sektionsrat hingegen gab er die Anweisung: „Sie haben das durchzusetzen“, und dann passierte es. Wobei das Groteske ist, dass das in den dreißiger Jahren, in den Nazizeiten, schon einmal so war. Keiner hat sich geniert, das hier zu wiederholen.

Kersten Krüger:

Darf ich da gleich noch eine Frage zur Bildung der Sektion anschließen? Nach Auffassung einer marxistisch-leninistischen Wissenschaft ist ja Theologie keine Wissenschaft, und man war dabei, der Theologie die Qualität eines wissenschaftlichen Faches zu bestreiten, ihr das Promotions- und das Habilitationsrecht zu nehmen. Hat das eine Rolle gespielt bei der Bildung der Sektion? Denn die Sektion wurde ja spät gegründet, 1970, sozusagen als man nun gar nicht mehr wusste, wie man weitermachen sollte. Aber an sich war doch daran gedacht, der Theologie, den Charakter einer Sektion, also einer wissenschaftlichen Einrichtung zu verweigern. Ist das richtig, oder ist das ein Gerücht?

Gert Haendler:

Ja, ich würde sagen die Bildung der Sektion war eigentlich ein Zeichen dafür, dass man das eigentlich nicht wollte, dass man uns aber dann doch als Sektion duldete. Es gab ein Problem, an einem ganz drolligen Punkt. Die Habilitation war mit der Verleihung des Titels „Dr. sc.“ verbunden, aber beim „Dr. sc. theol.“, also Doktor der theologischen Wissenschaften, da hakte es; es hat fünf Jahre gedauert bis wir das durften. Wir hatten das Habilitationsrecht fünf Jahre nicht, aber das war eigentlich eine indirekte Folge und nicht so geplant, das ergab sich an dieser Formulierung, wo man dachte: „na das geht doch nicht“. Wir haben auch ganz naiv gesagt: „Na gut, dann jetzt nicht, dann kann das ja in einer anderen Sektion sein.“ Theologen sind ja meistens zugleich Sprachwissenschaftler oder Historiker, die könnten ja auch woanders promovieren. Aber das wollte man auch nun wieder nicht.

Kersten Krüger:

Sie sagen jetzt „man“, wer konkret?

Gert Haendler:

Ich, in diesem Falle. Aber nicht nur alleine, da waren schon doch mehrere der Meinung, es müsse ja nicht „theol.“ heißen“.

Daniel Kötzing:

Wir sind jetzt in der DDR-Geschichte, und da wollte ich fragen: Gab es da Entwicklungen in Bezug auf die Sozialisation der Studenten, also unter anderem, je länger die DDR fortbestand, haben sich da die Zahlen reduziert, der Studienanfänger, und so weiter? Denn im Grunde genommen, ist man ja doch in einem System aufgewachsen, das staatlichen Atheismus verbreitet hat und in dem die Durchsetzung des Glaubens ja auch schwieriger wurde. Hat sich das in diesem Fall auch irgendwo dargestellt?

Gert Haendler:

Ja, das kann man wohl bejahen. Wir haben zeitweise ziemliche Angst gehabt, ob denn überhaupt jemand bis zum Herbst kommt, und dann waren es fünf und da waren wir schon zufrieden. Und dann wurden es meistens doch noch zehn, so dass wir wieder einen Jahrgang zusammen hatten. Aber es ist mit den Studentenanmeldungen sehr an die untere Grenze gegangen. Das war auch immer eine Frage die man von anderen Kollegen gestellt bekam: „Wie viele Studenten haben sie denn?“ „Ach wir haben so 50-60“, haben wir dann immer gesagt, wir waren aber meistens noch ein bisschen drunter. Wir mussten uns ja um Einzelne auch bemühen. Und dann spielte natürlich das Argument eine Rolle, wenn wir ihn nicht nehmen, dann geht er zur kirchlichen Ausbildungsstätte an das Sprachkonvikt Berlin. Das haben wir sehr gerne drohend gesagt, obwohl es für den Betreffenden kein Nachteil gewesen wäre.

Hilde Michael:

Gab es bei ihren Lehrmöglichkeiten irgendwelche Einschränkungen an Themen, wo Sie genau wussten, oder worauf man sie etwas intensiver hingewiesen hatte, dass diese Lehrinhalte nicht berücksichtigt werden durften in der DDR.

Gert Haendler:

Also grundsätzlich nicht, da wir nun auch von uns aus sagten: „Halt mal, das musst du nun nicht unbedingt als Thema geben“, das will ich nicht verschweigen, aber zum Beispiel war die letzte Promotion von Benckert über das Thema „Der Materiebegriff bei Engels und der christliche Schöpfungsglaube“.<sup>72</sup> Jedenfalls eine

---

<sup>72</sup> Nierth, Wolfram: Der Materiebegriff bei Engels und der christliche Schöpfungsglaube. Rostock, Theol. Fakultät, Diss. 1968.

hochbrisante Geschichte. Benckert war schon krank, und da wurde die Promotion durchgeführt. Es kam auch einer von den Marxisten, ergriff dann das Wort und sagte recht kritisch, wenn wir uns schon über Marxismus unterhalten würden, dann sollten wir doch den gegenwärtigen Forschungsstand nehmen, und uns nicht mit Friedrich Engels auseinander setzen, worüber man ja reden konnte. Das Verfahren ist aber über die Bühne gegangen und der Mann ist als Promovierter abgegangen, wobei vielleicht noch ein bisschen die Rücksicht auf den kranken Benckert mitgesprochen haben könnte. Dass man sich sagte, „nun wollen wir deswegen keinen Eklat machen“, aber das war so ein Grenzfall.

Daniel Münzner:

Sie haben schon sehr überzeugend, wie ich finde, dargestellt, dass die Theologie eine gewisse Sonderrolle innehatte. In wie weit hat sie in dieser Rolle, besser als andere Wissenschaften, mit der internationalen Entwicklung Schritt halten können. Also nach 1990 hat man ja dann gesehen und vielleicht auch vorher schon auf den Konferenzen: „Wo stehen denn die anderen, sind die uns einen Schritt voraus?“

Gert Haendler:

Also ich glaube, da sind wir eigentlich immer gut – auf jeden Fall auch durch unsere nördlichen Kontakte – informiert gewesen, aber auch mit den westlichen Fachvertretern, also ich kannte alle meine Kollegen, die drüben waren, auch die Nachwuchskräfte. Das ging so weit, dass die manchmal fragten: „Kennst du den, ist der besser oder der und welchen Eindruck hast du denn da?“ Da war schon ein ziemlich enger Zusammenhang; und ich weiß nicht, ob wir wirklich benachteiligt oder im Rückschritt waren gegenüber der westlichen Entwicklung, da würde ich sagen, nein. Oder ist das überheblich?

Zwischenruf:

Ich weiß die Literaturbeschaffung klappte im Wesentlichen, ich meine, es kam immer einmal eine Sendung weg.

Gert Haendler:

Ja, nicht nur manchmal. Bücher, die mir zustanden, bekam ich mehrfach nicht, das war sehr ärgerlich. Manchmal habe ich mich beim Zollamt Warnemünde beschwert. Dabei habe ich mal die Frage angedeutet, ob denn das Zollamt den Inhalt der beschlagnahmten Bücher beurteilen könne. Über diese Frage hat sich das Zollamt beim Rektorat beschwert. Prorektor Poppe (Sektion Tierproduktion) lud mich vor, verwarnte mich und verlangte, meine Briefe an den Zoll seien in Zukunft vorher dem Rektorat vorzulegen.

Kersten Krüger:

Die Sonderrolle der Theologie scheint mir wichtig zu sein. Wir hatten ja auch schon Historiker hier, und für das Fach Geschichte kann ich allerdings sagen, dass die zwanghafte Ausrichtung auf den Marxismus-Leninismus dogmatischer Ausprägung der DDR für die Wissenschaft nachteilig, um nicht zu sagen, tödlich war.

Gert Haendler:

Also jedenfalls ganz stark prägend. Ich bin einmal angesprochen worden, bei Heidorn, da hab ich von der sozialistischen Oktoberrevolution gesprochen, da wurde ich korrigiert, es heiße die „Große“ Sozialistische Oktoberrevolution.

Kersten Krüger:

Das bringt mich darauf zu fragen, welche Rolle in ihrer Erinnerung die Theologie – wir können es auch auf die Landeskirche erweitern – beim Prozess der Erneuerung spielte. Ich habe vielleicht etwas romantische Vorstellungen und sage immer, die Kirche war die einzige Institution die – sagen wir – noch eine funktionierende Gemeindedemokratie praktizierte; sie hatte auch die Versammlungsräume, so dass hier die Opposition eine Möglichkeit hatte – selbst wenn sie nicht grade lutherisch oder rein christlich gesinnt war – einen Kristallisationskern zu finden von dem aus sie das entwickeln konnte, was über Jahrzehnte verschüttet war: Demokratie. Als Gegenbeispiele nenne ich Nordkorea und auch Kuba, denn dort bestehen die Regime fort, obgleich der Große Bruder weggebrochen ist. Es ist also keine Selbstverständlichkeit, dass sich die bürgerliche Demokratie in unseren Ländern wieder durchgesetzt hat. Welche Rolle spielt dabei die evangelische Kirche hier in Mecklenburg oder auch ihre Fakultät? Oder ist das nur eine falsche Romantik in der Vorstellung? Von den politisierenden Pfarrern hatten wir eben schon gesprochen. Es sind ja viele ausgeschwärmt und in die Politik gegangen; und es war vielleicht ein Scherz, als Sie meinten, sie seien möglicherweise als Gemeindepastoren nicht so geeignet gewesen wie als Politiker. Aber irgendwo hatte dann letztlich – ein Marxist würde sagen in der raffinierten Dialektik – die bekämpfte Kirche den Vorteil, das Ruder herumzureißen, oder nicht?

Gert Haendler:

Ja, ich weiß auch nicht, welche Möglichkeiten wir hatten. Mir fallen nur Gespräche ein, die ich mit meinem katholischen Kollegen Sonntag in Erfurt hatte, und da haben wir auch von Polen gesprochen. Ich habe durchblicken lassen, dass das, was die katholische Kirche in Polen machte, eigentlich eine „tolle Sache“ sei. Das nahm er ein bisschen als Angriff auf, dass die katholische Kirche in der DDR nichts dergleichen machte, und dann sagte er: „Das können wir hier ja nicht machen, wir sind doch in der Minderheit. Dann müssen Sie das schon eher machen.“ Darauf sagte ich: „Wir sind froh, dass wir an der Universität bleiben, dass

wir unseren Raum haben, dass wir lehren können, dass wir Nachwuchs ausbilden. Wir wären ja töricht, wenn wir jetzt noch großen Krawall machten und uns mauzig machten.“ Also ich fand selbst Weißens Tour mit der EKD-Synode an der Grenze dessen, was eigentlich möglich war. Was er dann hinterher machte, dabei wurde mir Angst und Bange.

Ja, wir haben eine ganze Reihe von Leuten ausgebildet, die 1989 politisch aktiv wurden. Joachim Gauck<sup>73</sup> war 1962 mein erster Examenskandidat, er kam dann groß heraus in der Wendezeit. Aber die Linie der Fakultät war das nicht. Ich habe mich jedenfalls nie als Angehöriger einer Widerstandsorganisation gefühlt und ich weiß, dass einmal bei einer Beratung gesagt wurde: „Es darf nicht so weit kommen, dass die Fakultät die Offiziere der 5. Kolonne ausbildet.“ Ich dachte: „Ach du liebes bisschen, was für ein Bild!“ Ich war weit weg davon. Aber immerhin hat es wohl Leute gegeben, die es so gesehen haben und bei Ihnen steckt der Gedanke drin, es wäre schön, wenn es so gewesen wäre. Oder missverstehe ich Sie?

Kersten Krüger:

Die Zeitzeugenberichte aus dem Jahr 1990/1991 legen das aber nahe, denn es sind ja häufig die Oppositionsgruppen in den Pfarrhäusern zusammengekommen.

Gert Haendler:

Ja, das ist richtig.

Kersten Krüger:

Dazu hatte ja die Kirche den Raum gegeben. Auch für die Öko-Bewegung und die Friedensbewegung, also insofern vielleicht von der Kirche als Institution nicht unbedingt gewollt, aber doch von der Opposition so genutzt, und ich glaube sehr sinnvoll genutzt. In einer sozialistischen Diktatur, wie in einer faschistischen, werden demokratische Traditionen verschüttet und absichtlich mit allen Mitteln bekämpft, während die evangelische Kirche noch über die Gemeindeverfassung verfügt. Es gibt die Gemeindeverfassung, es werden Pastoren gewählt, es gibt noch Gremien, die frei und ohne Zensur miteinander sprechen können, die auch noch Toleranz des Andersdenkenden wirklich üben können. Das ist jetzt meine Vorstellung. Da hat die Landeskirche, so denke ich, eine ganz wichtige Rolle gespielt und die Rückfrage lautet, in wieweit auch die Fakultät?

---

<sup>73</sup> Joachim Gauck, 1990-2000 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik.



Gert Haendler:

Also, das würde ich voll unterschreiben, und da würde ich auch als Kirchenältester von Bad Doberan reden. Die Zusammensetzung dieses Gremiums lag wirklich nicht beim Staat, sondern bei der Kirche – sei es durch Wahl oder dass man Leute berief oder wie man das im Einzelnen machte. Aber es stellte sich die Frage, welche Vollmachten eine Gemeinde haben kann. Zwar wurde der Handlungsspielraum mit der Zeit größer, aber die Verantwortlichkeit zugleich auch problematischer. Die Landeskirchen mussten dagegen schon ein bisschen vorsichtig sein und da nicht zu sehr vorangehen. Es war Sache der Pastoren, ob sie ihren Gemeinderaum hergaben, wenn da Freya Klier und Stephan Krawczyk<sup>74</sup> – oder wie sie damals hießen – auftreten wollten. Es gab auch andere, die sagten: „Sei vorsichtig. Morgen sperren sie dir deinen Raum und was hast du davon, wenn du da zwei Künstler hast singen lassen?“ Ich wusste ja auch nicht, was kommen würde. Aus heutiger Sicht sieht man das anders. Man könnte vielleicht sagen, ihr hättet ja auch ein bisschen tapferer sein können. Das kann ich ja auch verstehen. Aber wenn man da drin ist und nicht weiß, welches Ende es nimmt, dann sieht es anders aus. Dann sagt man sich: „Sei froh darüber, was du hast und was du dir erworben hast.“ Von der Sektion erwarten Sie zu viel. Denn die war nun wirklich in einem engen Korsett. Die Fakultät hatte mehr Möglichkeiten als die Sektion. Die genannten positiven Beispiele sind alle aus den sechziger Jahren, die ich auch persönlich noch aktiver mitgestalten konnte.

Jörn Wüstenberg:

Oft ist es ja so, dass man einen Gestaltungsspielraum hat und diesen ausschöpft, und dann reagiert der Staat an einer Stelle und sagt, jetzt habe man diesen überschritten. Sie hatten Beispiele genannt, bei denen es durchaus zu einer Entlassung hätte kommen können. Zu den Beispielen: Wie hat das im Inneren gewirkt? Inwieweit hat man gesagt: „Gut, wir können soweit gehen, aber wir dürfen es nicht als ein Ansporn nehmen um weitere Spielräume zu erschließen.“ Oder gab es irgendwelche Punkte, wo der Staat in ihr Gesichtsfeld in Rostock eingriff und ganz deutlich machte: „Seid froh über das, was ihr habt, überschreitet bestimmte Grenzen nicht.“

Gert Haendler:

Also das ist uns pauschal schon angedeutet worden. Seid mal ganz zufrieden, wie ihr jetzt lebt, es geht noch ganz gut, und es könnte auch schlechter sein. Wie gesagt, bei Konrad Weiß wurde das ganz einfach praktiziert. Er hatte den Ausreisepass von Berlin bekommen, und man hatte ihn hier nicht ausgehändigt. Erst als er gehört hatte, der Stempel sei drin, da ist er hingegangen, und dann hat ihm

---

<sup>74</sup> Beide Träger der DDR-Friedensbewegung.

eine naive oder sehr freundlich gesonnene Sekretärin den Pass gegeben. Ein völliges Missverständnis, was da passiert ist. Ja, es ist im Einzelnen unheimlich verschieden gewesen. Ich darf nur noch einmal an Benckerts Situation erinnern und seine Worte: „Ich konnte um meines Gewissens Willen nicht anders, aber ich wollte die Fakultät nicht gefährden.“ Er konnte, nachdem er immer gesagt hatte, Atomversuche dürfen nicht sein, nicht plötzlich sagen: „Ja, in der Sowjetunion ist das natürlich in Ordnung.“ Sondern da musste er sagen: „Bitte, das gilt für alle, und mich bedrückt es, dass das dort jetzt auch anfängt.“ Er hat daher die Unterschrift unter eine Erklärung, die diese Versuche begrüßt, verweigert. Zugleich hatte er ein Gespür dafür, wenn ich das zu laut mache, dann kann das schwierig werden. Der Vorgang ist nur aus dem Protokoll ersichtlich. Ich habe es nach der Wende im Archiv gefunden. Es war eine dramatische Geschichte. Im Protokoll steht – der Protokollant war offenbar Marxist – der Satz: „Professor Benckert hat den Glauben, das Jesus Christus der Erlöser der Welt ist.“ Ich weiß nicht, was er wirklich gesagt hat, aber so hat der Marxist das ironisch wiedergegeben.

Kersten Krüger:

Wir sind wieder bei der Frage an die lutherische Kirche, die nach Römer 13 die Obrigkeit anerkennt. Es ist deutlich geworden, dass hier die Spielräume eng waren, aber doch vorhanden und empfunden. Eine allerletzte Frage habe ich noch. Sie sprachen von Befürchtungen. Ich spreche mehr von Bedrohungen. Haben Sie sich in ihrem wissenschaftlichen Denken durch dieses Drohpotenzial in irgendeiner Weise beeinträchtigt gefühlt, welches überall sichtbar war, das bei Ihnen im Hause saß, Berichte schrieb oder waren sie dagegen immun und konnten frei ihre Wissenschaft verfolgen?

Gert Haendler:

Das möchte ich schon behaupten, auch im Namen meiner Kollegen. Ja, Herr Weiß, Sie können es vielleicht als neutrale Person noch sagen.

Herr Weiß:

Ja, da kommt es sicher auf das Fach an. In den exegetischen Fächern oder auch im Alten und Neuen Testament lagen die Dinge anders als in der systematischen Theologie. Da ist man ja immer in unmittelbarer Beziehung zum zeitgenössischen Denken, zum philosophischen Denken, und da konnte es schon Schwierigkeiten geben. Da ergab sich die Frage, wie verhält man sich zur marxistisch-leninistischen Philosophie, die den Anspruch erhob, als die eigentliche Wissenschaft Philosophie zu gelten. Da konnte es schon Probleme geben. Aber aufs Ganze gesehen, hat man auf Seiten des Marxismus-Leninismus die Theologie mit Wattenhandschuhen angefasst und als eine sehr eigene Welt angesehen, die letztlich nicht nachvollziehbar war.

Gert Haendler:

Ja, das musste man sogar unter Umständen noch betonen. Das erste Buch, das ich für die Reihe Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen geschrieben habe, trug die Überschrift „Von Tertullian zu Ambrosius“. Das heißt so ungefähr: „Das geht euch gar nichts an. Davon versteht ihr nichts, das bedroht euch nicht, das sind ja uralte Kirchenväter.“ Dass darin viele Dinge vorkamen – etwa wie die alten Christen zum römischen Staat standen – die sich sehr weit hin in die Gegenwart übertragen ließen, war im Titel nicht ersichtlich. Es hat auch lange gedauert, bis die Zensur Ja gesagt hat, aber sie war sich wohl auch im Klaren, dass es sich um eine Grundsatzentscheidung handelte. Das ist eine Lehrbuchreihe, die ansteht. Wenn wir jetzt Nein sagen, dann passiert gar nichts, was soll dann werden? Also hat man es zugelassen. Den ersten Band in der gerade erschienenen zweiten Auflage habe ich hier, inzwischen ist der 33. Band auch da.

Kersten Krüger:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. So darf ich die Sitzung schließen mit vielem herzlichen Dank an unseren Gast, unseren Zeitzeugen. Es war sehr beeindruckend. Dank sage ich unseren Gästen, die diese Runde mit ihren Fragen und Diskussionsbeiträgen bereichert haben. Dank gilt in gleicher Weise dem Plenum des Seminars.



Buchholz, Edith 80, 82-104  
Gehrke, Björn 16  
Haendler, Gert 303, 305-341  
Hartmann, Manuela 292  
Henke, Anne 95  
Henze, Ronald 292  
Hübel, Andrea-Juliane 64  
Kietzmann, Ronny 125  
Klinkmann, Horst 233-235, 238-263  
Krüger, Kersten 104, 107-133, 147  
Landsmann, Maik 194-196, 212  
Leder, Sebastian 16  
Lehmann, Martin 64  
Lehwald, Beate 95  
Malottki, Ulrike von 324  
Marski, Heiko 16  
Michallik, Udo 134, 136-159  
Mrotzek, Fred 160, 162-193  
Münzner, Daniel 253  
Noack, Stephan 95  
Pauer, Christian 147  
Plickert, Sandro 324  
Rafoth, Kristin 292  
Richter, Ingo 264-272, 273-275, 276-302  
Sander, Carolin 178  
Schell-Dieckel, Anne 178  
Schöne, Christoph 194-196, 212  
Trost, Catharina 147  
Tschirschwitz, Lars 125  
Ulbricht, Dörthe 95  
Wendel, Hans Jürgen 7, 9-34  
Wittern, Joachim 53, 55-79  
Wüstenberg, Jörn 36-52, 253  
Zimmermann, Konrad 197, 199-222  
Zulich, Annika 324



**Zur Geschichte wissenschaftlicher Arbeit im Norden der DDR**  
 Vorträge des 100. Rostocker Wissenschaftshistorischen Kolloquiums  
 am 23. und 24. Februar 2007 in Rostock-Warnemünde  
 Martin Guntau, Michael Herms, Werner Pade (Hrsg.)  
 Rostock 2007

Das Kolloquium leistete einen Beitrag zur Darstellung der Arbeit von Wissenschaftlern auf den Gebieten der Natur-, Technik-, Human- und Gesellschaftswissenschaften in der Zeit der DDR. Im Mittelpunkt standen Zielsetzungen, Forschungsprozesse, Ausbildungsformen und Resultate der wissenschaftlichen Arbeit unter den politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in der DDR.

Hubert **Laitko**: Die DDR als Wissenschaftsstandort: Gegenstand historischer Analyse und komparativer Bewertung (S. 10); Horst **Klinkmann**: Die medizinische Forschung in der DDR (S. 38); Wolfgang **Methling**: Umweltwissenschaft, Umweltrecht, Umweltpolitik, Umweltverwaltung und praktischer Umweltschutz in der DDR - Vergängliches und Bleibendes (S. 45); Erno **Wiebeck**: Schiffstechnik - Forschung und Forschungskooperation (S. 50); Christian **Eichler**: Zur Landtechnik-Forschung in der DDR (S. 59); Werner **Ebeling** u. Heinz **Ulbricht**: Zur Entwicklung und Wirksamkeit der Physik an der Universität Rostock im Zeitraum etwa 1950 bis 1990 - Versuch einer Bilanz (S. 69); Helmut **Kristen**: Forschungsmöglichkeiten und -ergebnisse an den chemischen Instituten an der Universität Rostock von 1945 bis 1990 (S. 74); Erich **Biester**: Zur Entwicklung der Biologie an der Universität Rostock (1946 - 1990) (S. 82); Siegfried **Poppe**: Die Entwicklung der Tierernährungslehre an der Universität Rostock (S. 94); Karl-Heinz **Kutschke** u. Adolf **Kotzauer**: Informatik und Computergraphik an der Universität Rostock von 1964 bis 1990 (S. 100); Wolfgang **Brauer**: Gleiches Recht auf Bildung - Vision oder Illusion? Funktion und Leistungen der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten (S. 114); Günter **Heidorn**: Die III. Hochschulreform - Versuch einer Verbesserung der Leitung und Planung im Hochschulwesen der DDR (S. 120); Dieter **Nerius**: Zur Geschichte der Orthographiereformbemühungen in der DDR (S. 124); Manfred **Heiduk**: Probleme der Peter-Weiss-Forschung in der DDR (S. 131); Werner **Pade**: Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit zu Lateinamerika an der Rostocker Universität (S. 137); Gregor **Putensen**: Wissenschaftlicher Perspektivwechsel gegenüber Nordeuropa - von der Philologie zum regionalwissenschaftlichen Arbeitsprinzip (S. 144); Heinrich **Parthey**: Problemtheorie und Methodentheorie der Wissenschaft in den Rostocker Philosophischen Manuskripten von 1964 bis 1990 (S. 149); Gunther **Viereck**: Johann Heinrich von Thünen - Junker oder utopischer Sozialist? Die Thünenforschung in der DDR (S. 161); Joachim **Lehmann**: Historische Migrationsforschung - eine Forschungsgruppe an der Universität Rostock (1980 - 1991) (S. 171); - Themen der Rostocker Wissenschaftshistorischen Kolloquien 1994 - 2007 (S. 186).

Veranstalter waren die Rosa-Luxemburg-Stiftung Regionalbüro Mecklenburg-Vorpommern, die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Forum für politische und interkulturelle Bildung M-V e.V. und der Arbeitskreis Wissenschaftsgeschichte des Literaturhauses Rostock.

Der Band mit den Vorträgen ist erhältlich bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Augustenstr. 78, 18055 Rostock; Fon: 0381-4900450, E-mail: [rosalux-mv@web.de](mailto:rosalux-mv@web.de)  
 Kosten: 10,00 Euro zuzügl. Versandkosten.

